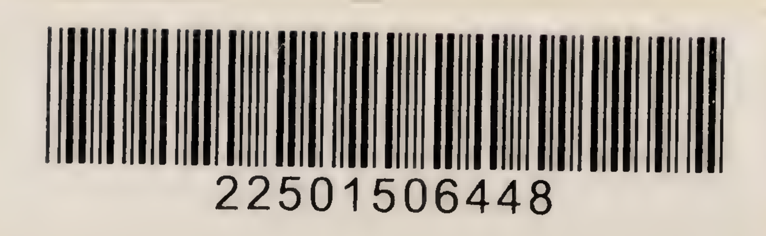
ARTUR RUPPIN



ARTUR RUPPIN

DREISSIG JAHRE AUFBAU IN PALÄSTINA

REDEN UND SCHRIFTEN

1937

IM SCHOCKEN VERLAG / BERLIN

—

Inhaltsverzeichnis

Dreißig Jahre Aufbau in Palästina

—

Palästina vor Beginn der zionistischen Kolonisation

Memorandum an das
Aktionskomitee der Zionistischen Organisation

(10. November 1907)

Vorläufige territoriale Beschränkung des zionistischen Ziels

Das Baseler Programm sagt: »Der Zionismus erstrebt die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina.«

Über die Bedeutung dieses Satzes ist vielfach gestritten worden. Man kann ihn aber meines Erachtens nur so verstehen, daß die Türkei durch einen Staatsakt den Juden in Palästina eine Art von Selbstverwaltung (Autonomie) einräumen soll, wie sie es in ähnlicher Weise gegenüber ihren Untertanen in Samos, in Libanon und in Kreta schon getan hat.

Wenn man diese Autonomie für ganz Palästina erstrebt, so stehe ich nicht an zu sagen, daß dieses Streben zur Zeit verfrüht ist.

Die Griechen auf Samos und Kreta, die Christen im Libanon haben die Autonomie nur erlangt, weil sie in ihrem Gebiete nach Zahl und Einfluß den anderen Nationalitäten und Konfessionen überlegen waren und ihre Forderung nach Autonomie in geschlossener Phalanx vertraten.

Die Juden bilden dagegen mit ihren 80000 Seelen unter der auf 700000 Personen zu beziffernden Gesamtbevölkerung von Palästina nur eine kleine Minderheit. Sie besitzen von der Gesamtfläche Palästinas (29000 qkm) nur etwa 400 qkm, das

heißt etwa eineinhalb Prozent und ragen weder durch Kapital noch durch politische Organisation besonders hervor. Selbst wenn die Türkei den Willen dazu hätte, könnte sie mit Rücksicht auf ihre mohammedanischen Untertanen und auf die Interessen der europäischen Mächte (Deutschland, Rußland, Frankreich) in Palästina der kleinen Zahl von Juden in ihrer jetzigen wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit keine Rechte gewähren, welche ihnen eine bevorzugte Stellung oder gar die Herrschaft in Palästina verschaffen würde.

Damit die Juden nach Zahl und Landbesitz die überragende Bedeutung in Palästina erlangen, wäre notwendig, mehr als 15 000 qkm Landes zu erwerben und mehr als eine halbe Million Juden in Palästina neu anzusiedeln. Die Erwerbung des Landes würde bei einem Durchschnittspreise von dreißig Francs pro Dunam, für 15 000 qkm nicht weniger als fünfhundert Millionen Francs kosten, an deren Aufbringung vorläufig nicht zu denken ist. Die Neuansiedlung von 500 000 Juden würde bei einer Einwanderung von 10 000 Juden jährlich fünfzig Jahre in Anspruch nehmen. Dabei muß eine Einwanderung von 10 000 Juden jährlich schon als das Maximum des irgend Erreichbaren gelten, wenn man bedenkt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, welche das Hundertfache der Bevölkerung von Palästina und eine hochentwickelte Volkswirtschaft besitzen, nur mit größter Mühe eine Einwanderung von etwa 100 000 Juden jährlich aufnehmen. Eine politische Partei kann aber nicht eine Möglichkeit, die sich im günstigsten Falle nach fünfzig Jahren verwirklichen läßt, zur Grundlage ihrer jetzigen Tätigkeit nehmen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, halte ich es für absolut notwendig, das zionistische Ziel *vorläufig* territorial zu beschränken. Nicht für ganz Palästina sollen wir Autonomie zu erhalten suchen, sondern nur für gewisse Gebiete von Palästina. Und da ergibt ein Blick auf die Lage der jüdischen Ansiedlung in Palästina, daß sich dafür am besten zwei Gebiete eignen, nämlich ein Teil *Judäas* und das Gebiet um den *Tiberias-See*.

Stand der jüdischen Ansiedlung in Judäa und um den Tiberias-See

Stand der jüdischen Ansiedlung in Judäa:
Zieht man von der Mündung des Nahr el Audscha (Jarkon) in das Mittelländische Meer eine Linie bis zum Nordende des Toten Meeres und von Gaza eine Linie über Hebron bis zum Toten Meer, so erhält man ein von diesen beiden Linien und vom Mittelländischen Meere und Toten Meere begrenztes Viereck von etwa 4500 qkm (450 000 ha gleich zirka 5 000 000 Dunam) Größe. In diesem Gebiete liegen folgende größere Ortschaften:

	Gesamt-bevölkerung:	Darunter Juden:
Jerusalem	70 000	45 000
Jaffa	40 000	8 000
Gaza	40 000	160
Hebron	20 000	1 000
Bethlehem	8 000	—
Ramle	8 000	100
Ludd	7 000	—
Medschebl	5 000	—
Bejth Dschala	4 500	—
Esdud	3 000	—
Jebna	2 500	—
	208 000	54 260

Die Bevölkerung der vielen kleineren Ortschaften ist schwer zu schätzen; sie dürfte 50 000 bis 75 000 Seelen betragen. Unter den kleineren Orten befinden sich folgende jüdische Ansiedlungen:

	Fläche in ha	Seelen
Petach Tikwa	2200	1400
Mikwe Jisrael (Schule)	250	100
Rischon Lezion	920	900
Neß Ziona, Wadi Chanin, Tel Awiw	300	170
Bet Arif (Ben Schemen)	200	10
Rechowot	1250	550
Ekron	700	350
Artuf (Har Tow)	450	60
Moza	60	30
Katra (Gedera)	450	140
Kastinie (Beer Tuwja)	450	100
	7230 ha	3810

Außer den 7230 ha, welche die Fläche der geschlossenen jüdischen Ansiedlungen ausmachen, befindet sich in den Städten Jerusalem, Jaffa, Hebron und in deren Umgebung noch eine nach ihrer Größe nicht genau bekannte Fläche im Eigentum der Juden.
Wichtig ist, daß es nicht allzu erheblicher neuer Landerwerbungen bedarf, um von Jaffa bis zu dem etwa zwanzig Kilometer entfernten Rechowot oder sogar bis zu dem etwa dreißig Kilometer entfernten Katra (Gedera) einen ausschließlich in jüdischen Händen befindlichen, zusammenhängenden Landkomplex zu schaffen. Damit wäre ein jüdisches Zentrum gebildet, an das sich alle weiteren Erwerbungen in Judäa ansetzen müßten. Insbesondere könnten von hier aus auch die Städte Ludd und Ramle, von deren Gemarkung schon jetzt ein großer Teil den Juden gehört, allmählich von Juden besiedelt werden.
Schwieriger wird es sein, im Süden des beschriebenen Gebietes mit der Stadt Gaza Fuß zu fassen, weil dieser Teil bisher gar keine jüdischen Ansiedlungen enthält. Indessen wird auch hier eine zielbewußte Arbeit Erfolg haben. Von der Stadt Gaza aus, in der sich den Juden für industrielle Betätigung ein großes Feld eröffnet, muß man allmählich auch in deren Umgebung durch ländliche Kolonisation Juden anzusiedeln suchen. Boden ist hier zu niedrigem Preise in Masse zu kaufen. Die Umgegend von Gaza ist besonders deshalb wichtig, weil sie an ägyptisch-englisches Gebiet angrenzt und freundnachbarliche Beziehungen der jüdischen Ansiedlung zu England herstellen kann.

Stand der jüdischen Ansiedlungen um den Tiberias-See:
Das Gebiet der jüdischen Ansiedlungen in Galiläa erstreckt sich von Süden nach Norden in einer Länge von etwa fünfundvierzig Kilometern von Melhamie (am Jordan, drei Kilometer nach seinem Ausflusse aus dem Tiberias-See) über den Tiberias-See bis zum Chule-See (weiter hinauf bis zu dem isoliert liegenden Metulla beträgt die Länge etwa siebzig Kilometer). Östlich wird es vom Jordan und dem Tiberias- und

Chule-See begrenzt. Westlich wird man die Grenze in etwa fünfundzwanzig Kilometer Entfernung parallel zur Ostgrenze zu ziehen haben. In diesem Gebiete von ungefähr 1100 qkm (110000 ha) Ausdehnung befinden sich – wenn man die ungefähr an der Westgrenze liegenden Städte Nazareth und Zafuria als außerhalb des Gebietes liegend betrachtet – nur zwei größere Orte, nämlich Safed und Tiberias. Beide haben eine überwiegend jüdische Bevölkerung; Safed zählt unter 15000 Einwohnern etwa 8000 Juden, Tiberias unter 8000 Einwohnern etwa 6000 Juden. In den kleineren Orten mögen noch 20000 Menschen leben, darunter sind jüdische Ansiedlungen:

	Umfang in ha:	Seelenzahl:
Melhamie (Menachemja)	1000	110
Mescha (Kufar Tabor)	1000	150
Daleika Umeldschuni (Kinneret)	500	—
Jemma (Javneel) und Bejt Dschan	1300	300
Sedschera	2500	200
Hattin	400	—
Rosch Pina	1300	500
Mischmar Hajarden	220	90
Jeßod Hamaala	1000	—
Metulla	—	—
	9220	1350

Zu der Fläche der jüdischen Ansiedlungen treten noch große Landstücke hinzu, welche sich in und bei den Städten Tiberias und Safed in jüdischen Händen befinden. So soll zum Beispiel in der Kaimakamie Tiberias fünfundsiebzig Prozent alles Bodens den Juden gehören.

In der nächsten Nähe des Tiberias-Sees (etwa von Melhamie bis Safed) sind die Juden bereits jetzt nach Seelenzahl und Landbesitz das stärkste Element. Gelänge es, sie in Tiberias und Safed wirtschaftlich besser zu stellen (heute sind sie daselbst fast ausnahmslos arme Chalukka-Empfänger), so wäre am Tiberias-See ein sehr starkes jüdisches Zentrum geschaffen. Es wird in diesem Rahmen von Bedeutung sein, die heißen Quellen am Tiberias-See, welche für die Zukunft der Stadt Tiberias von großer Wichtigkeit sind, in jüdische Hände zu bringen, Hausindustrie einzuführen und eine bessere Straße als den

jetzt bestehenden Saumpfad zwischen Safed und Tiberias zu schaffen.
Eine Verbindung des Tiberias-Sees mit Judäa könnte dadurch erreicht werden, daß man von Jaffa aus über Petach Tikwa, Kfar Saba, Chedera, Sichron Jakow, Schefeja bis nach Mescha so viel Land zukauft, daß ein schmaler Gürtel Landes, eine Art Etappenstraße, in jüdische Hände kommt, so daß ein Weg vom Tiberias-See bis nach Judäa ausschließlich durch jüdisches Land führt.

Die Voraussetzungen zur Erlangung der Autonomie

Drei Voraussetzungen, wie schon oben angedeutet, müssen gegeben sein, wenn die Juden in Judäa und am Tiberias-See mit Aussicht auf Erfolg die Autonomie erlangen sollen. Sie müssen:
1) die Mehrheit der Bevölkerung bilden;
2) den größeren Teil des Grund und Bodens besitzen;
3) den energischen Willen zur Erreichung der Autonomie zum Ausdruck bringen.

Einwanderung:
In bezug auf den ersten Punkt ist davon auszugehen, daß die Größe der Einwanderung nach Palästina davon abhängt, wie vielen Einwanderern das Land eine Existenz gewähren kann. In Osteuropa stehen Massen von Juden zur Auswanderung bereit, und eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Palästina wird sie nach Palästina führen, ohne daß es dazu einer besonderen Agitation bedarf. Der Ansatzpunkt, von dem aus man die Einwanderung nach Palästina fördern kann, liegt also in Palästina selbst, in der Schaffung neuer Existenzmöglichkeiten daselbst.
Um in Judäa und am Tiberias-See eine jüdische Majorität zu erreichen, müßten nach Judäa ungefähr 200000 Juden, nach der Tiberiasgegend ungefähr 15000 Juden neu einwandern. (Hierbei ist angenommen, daß sich Juden und Nichtjuden in Palästina durch den Geburtenüberschuß prozentual gleich

stark vermehren, obwohl in Wirklichkeit der Geburtenüberschuß bei den Juden wahrscheinlich etwas größer ist.) Alsdann würden – wieder unter Außerachtlassung des Geburtenüberschusses – in Judäa ungefähr 250 000 Juden und 200 000 Nichtjuden, am Tiberias-See ungefähr 30 000 Juden und 27 000 Nichtjuden wohnen[1]. Nimmt man zur Erreichung des Zieles einen zwanzigjährigen Zeitraum an, so müssen durchschnittlich jährlich in Judäa 10 000, in Galiläa 700–800 Juden in Stadt und Land neu angesiedelt werden. Enorme Schwierigkeiten werden hierbei zu überwinden sein, als unerreichbar kann das Ziel aber nicht gelten, wenn eine energische, zielbewußte Tätigkeit der Zionisten unverzüglich einsetzt.

Insbesondere müßten erwogen werden:

a) Auf dem Gebiete des Handels: die Errichtung von Filialen der APC. in Safed und Tiberias, die Erschließung des Getreidehandels für die Juden durch Bau von Speichern in Gaza und am Tiberias-See (Zemach);

die Erschließung des Petroleum- und Kohlenhandels durch direkten Bezug aus Rußland und England.

b) Auf dem Gebiete des Verkehrs: der Bau einer Kleinbahn zuerst von Petach Tikwa nach Jaffa mit späterer Fortführung nach Rechowot und vielleicht nach Gaza, der Bau moderner jüdischer Stadtviertel in Jaffa und Jerusalem, die Pachtung der heißen Quellen bei Tiberias;

der Bau einer Straße von Safed nach Tiberias;

der Ankauf der Aktien der Bahn Jaffa—Jerusalem;

die Errichtung von Kurhotels an schön gelegenen Orten (z. B. Gaza, Ramle, Neß Ziona, Rechowot, Rosch Pina);

der Bau eines modernen Warenspeichers in Jaffa.

c) Auf dem Gebiete der Industrie: Einführung der Damaskus-Hausindustrie (Kupfer und Perlmutterarbeiten, Teppichstickerei und -weberei und Holzarbeiten) in Jerusalem, Jaffa, Safed und Tiberias;

---

[1] Läßt man die hart an der Südgrenze liegenden Städte Gaza und Hebron außerhalb der zu besiedelnden Gebiete in Judäa, so würden bereits 140 000 neue jüdische Einwanderer zur Erlangung der Majorität im Lande genügen.

Einrichtung einer Spinnerei in Rischon Lezion;
Ziegel- und Zementfabrikation;
Ausdehnung der Öl- und Seifenindustrie;
Fabrikation von Fruchtkonserven und ätherischen Ölen.

Landerwerb:
Hand in Hand mit diesen Unternehmungen muß die landwirtschaftliche Kolonisation gehen. Dies führt uns zu dem zweiten Punkte, wie nämlich die Juden den größeren Teil des Landes in den beiden Gebieten zu eigen bekommen können. Wie schwierig diese Aufgabe ist, beweist der Umstand, daß nach dreißigjähriger Kolonisationsarbeit und trotz der vielen Millionen des Barons Rothschild bisher nur etwa eineinhalb Prozent des Landes der Gesamtfläche Palästinas im Besitz jüdischer Landwirte sind. In den beiden beschriebenen Gebieten ist das Verhältnis etwas günstiger, immerhin sind auch dort noch nicht zehn Prozent des Landes jüdisches Eigentum. Es würden, damit die Juden die Nichtjuden im Landbesitz übertreffen, in Judäa über 2000 qkm, am Tiberias-See gegen 500 qkm Boden zu erwerben sein. Bei einem Durchschnittspreis von dreißig Francs pro Dunam würde dies ein Kapital von etwa achtzig Millionen Francs erfordern. Diese Summe kann nur aufgebracht werden, wenn sich außer den Zionisten auch andere Kolonisations-Gesellschaften, insbesondere die Ica, und private Kapitalisten am Landerwerbe beteiligen. Für die ersten soll der Zionismus den Nachweis liefern, daß eine Kolonisation von Juden in Palästina billiger und besser als in irgendeinem anderen Lande möglich ist; den Privatkapitalisten soll er nachweisen, daß die Landwirtschaft und der Pflanzungsbetrieb in Palästina rentabel sind. Hierzu soll der *Agrarfonds* dienen, der als selbständige juristische Person (unter dem Namen Palestine Colonisation Association) aus den Geldern des Nationalfonds und des Jewish Colonial Trust mit mindestens 500 000 Mark Aktienkapital zu errichten und dem Palästina-Amt zu unterstellen ist. Der Agrarfonds hat die Aufgabe, bei passender Gelegenheit Land zu kaufen und die Erwerbung dieses Landes unbemittelten Juden gegen langjährige

Amortisation des Kaufpreises zu ermöglichen. Hierdurch sollen die landwirtschaftlichen jüdischen Arbeiter in Palästina, die jetzt keine Aussicht auf Selbständigmachung haben und deshalb Palästina verlassen, im Lande festgehalten und neue Elemente als landwirtschaftliche Arbeiter herangezogen werden, um nach einer mehrjährigen Bewährungsfrist vom Agrarfonds zuerst zu Pächtern und später zu Eigentümern eingesetzt zu werden. Die Erfolge werden in den ersten fünf bis acht Jahren nur geringe, später aber dafür, wenn sich das System bewährt, um so raschere sein. Der Anfang muß aber jedenfalls sofort gemacht werden; denn bei der schnellen Entwicklung Palästinas und der damit verbundenen Preissteigerung des Bodens bedeutet jedes verlorene Jahr eine weitere Erschwerung der an sich schon schweren Aufgabe.

Der Nationalfonds wird durch die Gründung des Agrarfonds nicht etwa überflüssig; im Gegenteil, er erlangt erst durch ihn die Möglichkeit, seiner Aufgabe gerecht zu werden. *Jetzt ist der Nationalfonds zur Untätigkeit verurteilt, weil er den Boden, den er in Palästina kauft, nicht in rationeller Weise verwerten, insbesondere keine jüdischen Pächter dafür finden kann.* Gerade diesem Mangel wird durch die Tätigkeit des Agrarfonds abgeholfen werden.

Nationale Organisation:

Weder die Mehrheit in der Einwohnerzahl noch der überwiegende Landbesitz reichen für sich allein zur Erlangung der Autonomie aus. Jerusalem, Safed, Tiberias sind nach Zahl und Grundbesitz überwiegend jüdische Städte, und doch sind die Juden in ihnen nicht das tonangebende Element, weil sie in Lethargie verharren und nicht den *Willen* zur Autonomie haben. Dieser Wille muß in den Juden Palästinas erweckt werden:

1) durch Erziehung der Jugend im nationalen Sinne;

2) durch Pflege der hebräischen Sprache und Literatur;

3) durch Hebung des kulturellen Niveaus vermittelst weiteren Ausbaues des Unterrichtswesens bis zur Hochschule, durch vereinsmäßigen Zusammenschluß (Turnvereine, Bildungsvereine);

4) durch Errichtung oder Unterstützung großer nationaljüdischer Institute (Nationalbibliothek, Nationalmuseum) in Palästina.

Vertretung in Konstantinopel

Um die hiernach notwendige Arbeit in Palästina ungestört oder mindestens mit möglichst geringer Störung seitens der Behörden durchsetzen zu können und die erforderlichen Konzessionen zu erhalten, ist es sehr wünschenswert, durch eine in Konstantinopel stationierte Vertrauensperson mit der Zentralregierung in Verbindung zu bleiben und diese der jüdischen Arbeit geneigt zu machen. Vielleicht wäre die Aufhebung des Einwanderungsverbots für Juden und der Erlaß einer generellen Anordnung an die Unterbehörden, daß den Juden der Landerwerb nicht unnütz erschwert werden solle, zu erreichen. Daneben würde es Aufgabe des Vertrauensmannes sein, bei der Zentralbehörde von Fall zu Fall die einzelnen von Juden ausgehenden Projekte zu unterstützen. Der Ausdruck »diplomatische Vertretung« ist für dieses Amt unzutreffend; der Vertrauensmann repräsentiert nicht wie die diplomatischen Vertreter der europäischen Staaten in Konstantinopel einen Staat, er soll nicht einmal den Zionismus repräsentieren, sondern nur ein *Unterhändler* der zionistischen Parteileitung sein. Am besten wäre es, wenn ein Arzt oder Großkaufmann im Nebenamte diese Funktion, die ja nicht ständige, sondern nur zeitweilige Arbeit mit sich bringt, versehen könnte.

Dreißig Jahre Aufbau in Palästina

—

Philanthropie oder Kolonisationspolitik?

Vortrag im Jüdischen Kolonisationsverein in Wien über die wirtschaftliche Lage der Juden in Palästina und die Aufgabe der zionistischen Kolonisationspolitik

(27. Februar 1908)

Ich danke den Herren des Wiener Kolonisationsvereins dafür, daß sie mir Gelegenheit gegeben haben, etwas von dem zu erzählen, was ich gelegentlich meines sechsmonatigen Aufenthalts in Palästina im Frühjahr und Sommer des Jahres 1907 zu beobachten in der Lage war.

Mein Vortrag wird sich in zwei Teile gliedern. In dem ersten werde ich Ihnen zeigen, was ich gesehen habe, also das, was *ist.* Im zweiten Teile werde ich versuchen, das darzulegen, was sein *soll,* das heißt, was man in zweckbewußter Arbeit für die Juden in Palästina tun soll, um sie auf ein höheres wirtschaftliches Niveau zu bringen.

Jede Betrachtung der heutigen Verhältnisse Palästinas muß zunächst davon ausgehen, wie die jüdische Bevölkerung von 80000 Seelen in das Land gekommen ist, das vor hundert Jahren nur einige tausend sefardische Juden zählte.

Die Einwanderung der Juden nach Palästina ist nicht mit der von Juden nach anderen Ländern zu vergleichen. Während die Einwanderung nach allen anderen Ländern durchaus von wirtschaftlichen Erwägungen, nämlich von dem Bestreben, durch den Wechsel des Landes unter günstigere wirtschaftliche Bedingungen zu kommen, beherrscht wird, waren es nicht wirtschaftliche, sondern vorwiegend religiöse Motive, welche die Juden zur Einwanderung nach Palästina führten.

Diese Verschiedenheit der Motive kommt deutlich in der Zusammensetzung der einwandernden Juden zum Ausdruck. Die

Juden, die aus Osteuropa nach den Vereinigten Staaten von Amerika auswandern, stehen zum größten Teile im Alter von fünfzehn bis fünfundvierzig Jahren, das heißt in dem erwerbsfähigsten Alter. Nach Palästina sind dagegen bis vor etwa zwanzig Jahren fast ausschließlich solche Leute gegangen, die dort sterben wollten, Leute im hohen Alter, die nicht vom Ertrage ihrer Arbeit leben konnten, sondern die darauf rechneten, Almosen zu empfangen, um sich lediglich religiösen Pflichten hingeben zu können.

Sie konnten auf Almosen mit einiger Sicherheit rechnen, weil bereits seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in Europa eine weitverzweigte Organisation zur Unterstützung der Juden in Palästina bestand, die bis zum heutigen Tage alljährlich große Summen als Unterstützung (Chalukka) nach Palästina sendet. Die Verteilung dieser Chalukka erfolgt nicht nach dem Bedürfnis, sondern in der Regel nach Kopfteilen. Jeder nach Palästina kommende Jude wird in Listen eingetragen und hat Anspruch auf einen Kopfteil jener Chalukkagelder, welche aus dem Lande einfließen, dem er durch seine Geburt angehört. Für die ungarischen Juden ist infolge ihrer geringen Anzahl in Palästina der Kopfteil ziemlich groß, für die russischen und polnischen Juden ziemlich gering. Die sefardischen und jemenitischen Juden erhalten sehr wenig Chalukka, weil sie eben kein europäisches Mutterland haben, in dem für sie gesammelt wird. Die Art der Verteilung der Chalukka hat vielfache Mißstände, da auch solche Juden aus der Chalukka Unterstützung genießen, die bei fleißiger Arbeit sehr gut auch ohne Chalukka von ihrer Hände Werk leben könnten. Außerdem ist bei der Verwaltung und Verteilung dieser Almosengelder eine gewisse Protektionswirtschaft kaum zu vermeiden.

Die Städte

Man kann in Palästina deutlich drei verschiedene Bevölkerungsschichten unter den Juden unterscheiden. Die erste Schicht wird von den sefardischen Juden gebildet, die seit Jahrhun-

derten im Lande wohnen, sich in Lebensführung und Sitten stark den Arabern angenähert haben und neben dem Spaniolischen durchweg auch Arabisch sprechen. Einen Begriff von dem Leben dieser Juden gibt die Stadt *Saida* (das alte Sidon), wo sich ungefähr 2000 Juden – ausschließlich Sefardim – befinden. Sie erhalten keine Chalukka, ernähren sich kümmerlich als kleine Händler und Handwerker, haben geringe Bildung und keine besonders hohe Moral. Auch die Juden, die aus Marokko, Persien und Jemen neuerdings nach Palästina eingewandert sind, kann man in diese erste Schicht einreihen.

Die zweite Schicht bilden die aschkenasischen Juden, die von Osteuropa seit etwa hundert Jahren aus religiösen Motiven nach Palästina eingewandert sind und die Chalukka in Anspruch nehmen. Sie haben sich hauptsächlich in *Jerusalem*, aber auch in *Safed*, *Tiberias* und *Hebron* niedergelassen und wohnen hier untermischt mit der von früher her eingesessenen sefardischen Bevölkerung, von der sie sich jedoch, stolz auf ihre größeren Kenntnisse im jüdischen Schrifttum, sozial getrennt halten. Der Charakter von Safed mit seinen 8000, Tiberias mit 5000 und Hebron mit 1000 Juden ist fast ganz der gleiche. Es sind typische Chalukkastädte.

Von einem wirtschaftlichen Leben ist bei dieser zweiten Schicht sehr wenig zu merken. Die wenigen Berufe, die ausgeübt werden, insbesondere der Handel mit den Beduinen, bringen nur einen geringen Verdienst. Die Städte bieten daher für den Europäer den Anblick einer argen kulturellen und wirtschaftlichen Stagnation. Jeder Zusammenhang mit der Außenwelt fehlt. Weder Zeitungen noch moderne Bücher kommen in diese Orte, das Leben geht seinen Gang wie vor hundert Jahren. Es ist eine schwere Arbeit für die Kindergärten des Hilfsvereins und die Schulen der Alliance, ein anderes Bildungselement hineinzutragen. Den Wohlstand dieser Städte möge folgendes Beispiel illustrieren: ich besuchte in Safed einen Juden, der mir erzählte, daß sein monatliches Einkommen achtzig Francs betrage und daß er deshalb vielfach beneidet und als ein sehr wohlhabender Mann angesehen werde. Das durchschnittliche Einkommen

eines sefardischen Juden stellt sich auf dreißig bis vierzig Francs monatlich.

In Jerusalem liegen die Verhältnisse dadurch etwas anders, daß hier nicht nur, wie in den drei vorerwähnten Städten, sefardische und Chalukka nehmende aschkenasische Juden leben, sondern daß nach Jerusalem in den letzten Jahrzehnten auch zahlreiche erwerbskräftige Juden aus Persien, Jemen, Marokko, Buchara, und, angeregt von der zionistischen Idee, auch modern erzogene junge Juden aus Osteuropa eingewandert sind. Ein buntes Gemisch von Juden aus aller Herren Länder hat sich Jerusalem als seinen Wohnsitz gewählt. Man kann interessante Beobachtungen machen über die Art, wie die Juden sich niederlassen. Der bucharische Jude ist meist wohlhabend oder sogar reich und setzt seinen Stolz darein, in Jerusalem ein schönes und geräumiges Haus zu haben. Der Jude aus Osteuropa baut klein und eng. Am primitivsten wohnt der Jude aus Jemen; er ist froh, überhaupt ein Heim zu haben. Trotzdem sind diese Einwanderer aus Jemen ein wertvolles Element für Palästina, weil sie in ihrer Bedürfnislosigkeit imstande sind, mit der billigen Konkurrenz der Araber Schritt zu halten. Sie werden sich als landwirtschaftliche Arbeiter infolge ihrer Fähigkeit zu schwerer körperlicher Arbeit sehr gut qualifizieren, und es scheint, daß sie in diesem Berufe noch eine große Rolle spielen werden.

In Jerusalem haben sich auch die wichtigsten Bildungsanstalten und hygienischen Institute konzentriert. Es sind hier große Spitäler, Schulen, Waisenhäuser, die Kunstgewerbeschule Bezalel, die Nationalbibliothek und vieles andere. Der jüdische Einfluß in Jerusalem ist jedoch viel geringer, als es nach der Zahl der Juden, die sechzig bis siebzig Prozent der Bevölkerung ausmachen, zu erwarten wäre. Es kommt dies davon, daß politischer Einfluß die Folge einer wirtschaftlichen Machtstellung ist und daß die wirtschaftliche Machtstellung den Juden in Jerusalem fehlt. Noch immer bildet die Chalukka die Hauptexistenzquelle. Es setzen sich zwar allmählich immer mehr Juden in den Handwerken und im Handel fest. Dies sind jedoch bisher nur Ansätze, die sich hoffentlich vergrößern und wachsen werden. Die

Tatsache, daß die Bevölkerung Jerusalems heute in ihrer Mehrzahl jüdisch ist, zeigt sich darin, daß fast überall hebräische und jüdische Aufschriften an den Geschäften zu sehen sind. Die Postämter der fremden Staaten haben hebräische Affichen, das türkische Postamt im Judenviertel hat sogar hebräische Poststempel. Jetzt ist eine große Mühle in jüdischen Händen.
Die dritte Schicht der jüdischen Bevölkerung Palästinas endlich wird von denjenigen Juden gebildet, die unter dem Einflusse der Chowewe Zion oder der Zionisten seit zwanzig bis dreißig Jahren nach Palästina gekommen sind, sei es, um hier die Landwirtschaft zu betreiben, sei es, um in Jerusalem, Jaffa oder Haifa, wo sich bereits eine alteingesessene jüdische Bevölkerung vorfand, Handel oder Industrie zu betreiben. Von Jerusalem ist oben schon gesprochen worden. Von *Haifa* läßt sich wenig sagen; unter den 2000 Juden, die Haifa zählt, dürften 1800 Sefardim und nur etwa 200 Aschkenasim sein. Eine Anzahl vermögender russischer Juden hat eine Öl- und Seifenfabrik errichtet, in der eine größere Anzahl jüdischer Arbeiter beschäftigt ist. Durch die Eröffnung der Bahnlinie Haifa–Damaskus hat sich der Hafenverkehr in Haifa und das wirtschaftliche Leben in der Stadt sehr gehoben, und von diesem Aufschwunge haben auch die Juden profitiert, so daß es ihnen relativ befriedigend ergeht.
Den stärksten Zustrom von Juden der dritten Schicht hat *Jaffa* empfangen, das unter seinen 8000 Juden etwa je zur Hälfte Sefardim und Aschkenasim zählt, unter denen es keine Chalukkaempfänger gibt. Auf Jaffa lastet nicht wie zum Beispiel auf Jerusalem ein Schwergewicht alter, erwerbsunfähiger und jeder Neuerung abgeneigter Juden, und deshalb ist Jaffa zum Mittelpunkt des modernen jüdischen Lebens in Palästina geworden. Vor fünfzig Jahren gab es in Jaffa fast gar keine Juden, vor dreißig Jahren betrug ihre Zahl 1000, und im letzten Jahrzehnt ist ihre Zahl auf 8000 gestiegen. In Jaffa ist der Anfang einer industriellen Entwicklung zu beobachten. Es gibt eine große Maschinenfabrik, in der gegen hundert jüdische Arbeiter beschäftigt sind. Die Juden betätigen sich auch im

Export- und Importhandel, aber hier läßt ihre Anteilnahme noch viel zu wünschen übrig. Ein Aufschwung ist durch die benachbarten jüdischen Kolonien Petach Tikwa, Rischon Lezion und Rechowot eingetreten, indem die Kolonisten ihre Produkte in Jaffa verkaufen und städtische Produkte kaufen. Wohlstand ist aber unter den Juden in Jaffa noch selten; die Mehrzahl lebt noch immer von der Hand in den Mund.
Wichtig ist eine neuerdings in Jaffa errichtete Institution, das Hebräische Gymnasium, in dem ein moderner, fortschrittlicher Geist herrscht. Außerdem hat das Gymnasium das Hebräische als Unterrichtssprache und dient so als Förderungsmittel, um die hebräische Sprache in immer weitere Kreise dringen zu lassen.

Die landwirtschaftlichen Kolonien

Ich gehe nun dazu über, Ihnen ein Bild der jüdischen Landwirtschaft und der Kolonien zu geben. Die Kolonien sind seit dreißig Jahren auf zwei verschiedenen Wegen gegründet worden: teils durch junge Leute, die aus Osteuropa mit viel Begeisterung und Arbeitslust, aber ohne genügende Vorbereitung und Mittel nach Palästina einwanderten; teils durch die zweckbewußte Kolonisationsarbeit Baron Rothschilds. Die erstgenannten Kolonisten sind mit wenigen Ausnahmen, zum Beispiel in Rechowot, bereits nach kurzer Zeit zugrunde gegangen, oder sie waren gezwungen, sich später unter den Schutz Rothschilds zu stellen. Die Kolonisation Baron Rothschilds hat in Palästina Großes geleistet und bleibende Werte geschaffen. Allerdings hat die Kolonisation des Barons ungeheuere Summen verschlungen, und man kann nicht sagen, daß die Kolonien auf derjenigen Höhe sind, die dem Gründer seinerzeit vorgeschwebt haben mag. Aber die Schuld daran liegt nicht an der Arbeit des Barons, sondern daran, daß der Baron, als er sich zur Kolonisationsarbeit in Palästina entschloß, bereits notleidende jüdische Ansiedlungen vorfand und seine Arbeit nolens volens mit diesen beginnen mußte. Die meisten Fehler, die in der Kolonisation gemacht sind, ergeben sich aus dieser Sachlage.

Als den ersten Fehler möchte ich den Umstand bezeichnen, daß die Leute, die man zu Landwirten machen wollte, keine genügenden Kenntnisse in der Landwirtschaft besaßen. Es waren Leute, welche ohne jede zweckmäßige Auswahl nach Palästina herübergekommen waren und sich dort schlecht und recht als Landwirte installiert hatten, aber bald mit ihren Mitteln zu Ende waren und nun um Hilfe riefen. Es ist schwierig, unter den Juden das richtige Menschenmaterial für die Landwirtschaft zu bekommen; die Statistik sagt zwar, daß es in Galizien, Rußland und Osteuropa vom Ackerbau lebende Juden gibt, doch scheinen diese Angaben der Statistik nach dem, was ich in Osteuropa gesehen habe, nicht der Wahrheit zu entsprechen. Die Juden, welche in der Statistik der Landwirtschaft zugerechnet werden, sind in der Mehrzahl nicht Bauern, sondern entweder Grundbesitzer, welche ihr Land verpachtet haben, oder landwirtschaftliche Lohnarbeiter oder Leute, welche eine Kleinviehzucht treiben, jedenfalls nicht ein Typus von Bauern, wie er für Palästina notwendig wäre. Infolgedessen erscheint es überhaupt sehr zweifelhaft, ob man in der Welt Juden vorfinden kann, die nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen geeignet sind, sofort in Palästina tüchtige Bauern zu werden. *Es wird notwendig sein, die Leute im Lande selbst erst eine Vorbereitungszeit durchmachen zu lassen, in der sie sich die notwendigen Erfahrungen erringen, sich an das Klima und die Arbeit gewöhnen und die besonderen Verhältnisse Palästinas kennenlernen können.*

Der zweite Fehler bestand darin, daß die Leute, die eben noch in größter Not gewesen waren, durch die Munifizenz des Barons Rothschild mit einem Male in den Besitz ziemlich erheblicher Geldmittel kamen und damit fast mühelos Anschaffungen machen konnten, die andere Bauern nur im Schweiße ihres Angesichtes in langen Jahren sich erarbeiten können. Und wie es immer ist, ein Erwerb, den man selbst mit Mühe errungen hat, wird sorgfältig bewahrt und gepflegt, was einem Menschen dagegen als Geschenk zufällt, wird nicht genügend geschätzt. Es ist infolgedessen in Palästina ein großer Unterschied zwischen deutschen und jüdischen Kolonisten in bezug auf die Sorgfalt, mit

der das Inventar behandelt wird, wahrzunehmen. Dies liegt nicht an der geringeren Fähigkeit der Juden, sondern daran, daß der deutsche Kolonist sein Anwesen selbst erarbeitet hat und es infolgedessen mit viel größerer Liebe und Sorgfalt pflegt. Auch die größere Bodenständigkeit des deutschen Kolonisten erklärt sich daraus, daß ihm sein Besitz organisch angewachsen, während er den Juden als Geschenk in den Schoß gefallen ist.
Als dritter Fehler muß die Tatsache angesehen werden, daß *man die Selbständigkeit der Kolonisten unterband,* indem man ein System der Administration einrichtete. Über mehrere Kolonien wurde ein landwirtschaftlicher Sachverständiger gesetzt, dessen Anweisungen sich die Kolonisten fügen mußten, obwohl sie das Risiko ihrer Wirtschaft formell und rechtlich selbst zu tragen hatten. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Zwei Arten der landwirtschaftlichen Kolonisation kann ich mir wohl denken. Es ist möglich, als Arbeiter ohne Verantwortung auf Befehl des vorgesetzten Administrators tätig zu sein. Es ist auch möglich, als Landwirt nach eigenem Gutdünken zu arbeiten. Aber schlecht kann ich mir denken eine Verbindung in der Weise, daß man für seine Wirtschaft einstehen und auf der anderen Seite den Anweisungen des Administrators gehorchen soll. Dadurch fühlt der Kolonist nicht die Verantwortlichkeit, die der Bauer fühlt, der auf der eigenen Scholle das tut, was ihm am richtigsten erscheint. Ich möchte nur ein Beispiel anführen, zu welch nachteiligen Folgen die Bevormundung der Kolonisten geführt hat. Es wurde seinerzeit in einigen jüdischen Kolonien auf Anweisung des Barons Rothschild eine bestimmte Weinsorte angepflanzt. Es zeigte sich später, daß diese Weinkultur auf die Dauer nicht rentabel ist. Die Folge war, daß die Kolonisten diesen Wein aushacken mußten und vom Baron Rothschild eine Entschädigung verlangten und erhielten.
Den vierten Mangel finde ich darin, daß viele Kolonien auf *die Kultur nur einer Frucht aufgebaut* sind; entweder treiben sie nur Weinbau oder nur Orangenbau oder nur Körnerbau; infolgedessen ist das Risiko ein größeres, und in den Pflanzungskolonien kommt als besonderer Mißstand noch hinzu, daß die

Kolonisten während mehrerer Monate im Jahre keine Arbeit haben und müßig herumgehen.
Nun sind die Fehler, welche ich hier genannt habe, auch der Verwaltung des Barons nicht unbekannt geblieben, und man hat seit langen Jahren versucht, Abhilfe zu schaffen. Man hat die Selbständigkeit der Kolonisten dadurch zu stärken versucht, daß man die Kompetenzen der Verwaltung eingeschränkt hat; man hat zum Beispiel die Weinkeller in Rischon Lezion, die früher von Administratoren verwaltet wurden, einem eigenen Komitee von Kolonisten übergeben. Man ist bei der Auswahl der Kolonisten für die Kolonie Ekron und für die neugegründeten Kolonien in Galiläa mit Vorsicht zu Werke gegangen und hat nur solchen Leuten Land gegeben, die bereits mit der palästinensischen Landwirtschaft vertraut waren, also insbesondere Kolonistensöhnen oder Landarbeitern. Aber ganz hat man dadurch die Folgen der früheren Fehler nicht beseitigen können. Die alte Generation der Kolonisten ist in der Unselbständigkeit erzogen, sie ist zu einem großen Teile gewohnt, bei Fehlschlägen immer gleich nach Unterstützung zu rufen, und erst in der neuen Generation findet sich hier und da ein besserer Geist.
Man kann abschließend sagen, daß die Kolonisation des Barons die Kolonisation des reichen Mannes gewesen ist, der sich den Luxus gestatten konnte, eine Arbeit früher vollendet sehen zu wollen, als man es bei organischer Entwicklung erreichen kann. Immerhin ist das Geld nicht verloren. Dem Baron Rothschild ist der Umstand zu Hilfe gekommen, daß der Boden im Laufe der Zeit eine große Wertsteigerung erfahren hat, und hierdurch ist das zuviel ausgegebene Geld wieder hereingebracht worden. Vom Standpunkte des Juden, der heute in Palästina kolonisieren will, ist die Arbeit des Barons Rothschild nicht hoch genug anzuschlagen. Wir stehen heute ganz anders da, als wenn wir die Kolonisationsarbeit nochmals von vorn beginnen müßten. Wie wichtig die Kolonien sind, geht daraus hervor, daß die vier bis fünf deutschen Kolonien in Palästina für Deutschland daselbst die festesten Stützpunkte abgeben. Um so mehr ist dies für die Juden der Fall, die fünfundzwanzig Kolonien ihr eigen nennen.

Erwähnen muß ich allerdings, daß die männliche Jugend in manchen Kolonien sehr stark zur Auswanderung neigt, insbesondere verlassen vielfach der zweite und dritte Sohn das Land, weil sie angeblich keine Aussicht haben, ihr Fortkommen zu finden. Leider verlassen sie Palästina nicht so, wie die Syrier Syrien verlassen, nämlich nur auf einige Jahre, um dann mit dem verdienten Gelde nach Syrien zurückzukehren, sondern sie verlassen es auf immer.
Gegenüber den armseligen arabischen Dörfern mit ihren Lehmhütten bilden die jüdischen Kolonien mit ihren breiten Straßen, festen Steinhäusern und roten Ziegeldächern wahre Kulturoasen im Lande. Die jüdischen Kolonisten haben auch für die technische Vervollkommnung der Landwirtschaft in Palästina viel geleistet. Besonders in der Anlage von Pflanzungen – Orangen, Mandeln, Oliven – sind sie sehr tüchtig. Der beste Beweis dafür ist, daß die deutschen Kolonisten von Sarona jüdische Arbeiter zur Anlage von Pflanzungen verwenden und ihnen den hohen Tageslohn von fünf bis sechs Francs zahlen.
Die Deutschen sind zwar den Juden im Körnerbau voraus, aber in der Anlage von Pflanzungen sind die Juden bahnbrechend gewesen; sie sind die ersten gewesen, welche in Palästina besondere Arten von Brunnen zur Beschaffung von Wasser aus größeren Tiefen gebaut haben, sie sind die ersten gewesen, die die Orangenkultur auf ihre jetzige Höhe gebracht haben.
Das geistige Leben in den Kolonien ist sehr rege, das jüdische Bewußtsein ist stärker ausgeprägt als in den Städten. Das Hebräische wird mehr und mehr die Umgangssprache. Man hört die Kinder auf den Straßen ausschließlich hebräisch sprechen; die Kolonien sind es, von denen aus das Hebräische in die Städte dringt, wo es jetzt auch schon eine bedeutende Rolle spielt.

Was kann in Palästina geschehen?

Gestatten Sie mir nun mit einigen Worten darauf einzugehen, was in Palästina geschehen kann. Für die Städte ist es leicht, auf diese Frage zu antworten. Es kommt darauf an, die jetzige

Chalukka, von der die meisten Juden noch immer einen großen Teil ihres Einkommens beziehen, durch Arbeit abzulösen. Aber durch welche Arbeit? Palästina hat im letzten Jahrzehnt einen wirtschaftlichen Aufschwung genommen, die Lebensbedürfnisse nicht nur der Juden, sondern auch der Araber sind gestiegen. Sie kleiden sich bereits europäisch und haben auf diese Weise den Absatz im Lande vergrößert. Aber immerhin ist die Kaufkraft noch immer gering. Es ist in absehbarer Zeit nicht daran zu denken, die 80000 Juden durch den Binnenhandel und durch eine für den einheimischen Markt arbeitende Industrie zu ernähren. Dazu ist der Markt zu beschränkt. Es ist zwar eine gewisse Zahl von Juden im Exporthandel, der sich fast ausschließlich mit dem Export landwirtschaftlicher Produkte (Gerste, Sesam) befaßt, tätig, aber hier kann nur eine relativ geringe Zahl von Juden Nahrung finden. Es ist meines Erachtens nur *eine* Möglichkeit, den Juden Arbeit zu geben, indem sie nämlich Industriezweige ins Leben rufen, die große Exportmöglichkeiten in sich schließen. Eine Industrie für den Export hat gute Chancen dadurch, daß infolge der niedrigen Lebensmittelpreise auch die Arbeitslöhne niedriger sind als in Europa. Manche Erzeugnisse können im Fabriksbetrieb hergestellt werden, und das geschieht auch schon. Aber der Fabriksbetrieb erfordert große Investitionen, und der Umstand, daß Palästina weder Kohle noch Eisen hat, wird der Entwicklung von Großindustrie immer ein gewisses Hindernis sein.

Einführung der Kleinindustrie in die Städte

Viel mehr verspreche ich mir von der Einführung von Kleinindustrie, die im Hause oder in kleinen Werkstätten betrieben wird, wo nicht mechanische Kräfte erforderlich sind, sondern Menschenkräfte ausreichen. Es gibt schon eine Stadt in Palästina, die fast ganz von solcher Kleinindustrie lebt, nämlich Bethlehem, wo beinahe die ganze christliche Bevölkerung Heiligenbilder und Reiseandenken aus Perlmutter herstellt, die hauptsächlich in Amerika Absatz finden. Ähnlich ist es bei den

Christen in Nazareth. Ihr Zentrum hat die Kleinindustrie allerdings in Syrien, in Damaskus. Hier sind es hauptsächlich die sefardischen Juden, welche in dieser Kleinindustrie beschäftigt sind. Es werden dort die bekannten Holzmöbel hergestellt, die mit Perlmutter oder mosaikartig mit anderen Holzarten eingelegt sind, und es werden ferner Gefäße aus Kupfer gearbeitet. In diesen Betrieben sollen 10000 Arbeiter beschäftigt sein, von denen mehr als die Hälfte Juden sind, so daß der größte Teil der jüdischen Bevölkerung von Damaskus von Kleinindustrie lebt. Die Verdienste sind in dieser Kleinindustrie für die Arbeiter keine großen, immerhin ist für den unbefangenen Beobachter zwischen dem Leben in Damaskus und in Jerusalem ein großer Unterschied. In Damaskus herrscht, wenn man durch die Straßen geht, ein geschäftiges Leben, man sieht, die Leute haben etwas zu tun, sie wissen den Wert der Zeit zu schätzen. In Jerusalem herrscht im Verhältnis dazu Grabesstille, die Leute haben keine ständige Arbeit und geben sich nicht die Mühe, die Zeit zu verwerten. Ich würde also in erster Linie empfehlen, wenn es darauf ankommt, die Juden in Palästina wirtschaftlich zu stärken, eine Kleinindustrie einzuführen, und zwar am besten in Jerusalem, wo zwei Drittel der ganzen jüdischen Bevölkerung Palästinas wohnt. Ein Ansatzpunkt besteht schon in der Kunstgewerbeschule Bezalel, die im Jahre 1906 errichtet wurde. Eine entwickelte Kleinindustrie und der Bezalel würden sich gegenseitig von größtem Vorteil sein. Jetzt fehlt für die Schüler des Bezalel noch die Industrie in Palästina, die sie mit ihren kunstgewerblichen Kenntnissen künstlerisch befruchten könnten. Auf der anderen Seite könnte eine in Palästina eingeführte Kleinindustrie von den Schülern des Bezalel großen Nutzen ziehen.

Erst bei einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Juden in den Städten werden sie auch von dem auf hoher Stufe stehenden Schulwesen in Palästina den rechten Nutzen haben können. Jetzt weiß das Kind, das in der Schule europäische Sprachen erlernt, mit dem Wissen in Palästina nichts anzufangen, es ist zu gebildet, um in den ihm in Palästina zugänglichen Berufen

Befriedigung zu finden; es fühlt sich daher unglücklich in Palästina und wandert in fremde Länder aus, so daß die ganze Erziehung, die die Juden in Palästina erhalten, dazu dient, die Juden aus Palästina in andere Länder zu treiben. Wichtig wäre für die Städte auch eine Verbesserung der hygienischen Verhältnisse. Die städtische Hygiene ist der schwächste Punkt der türkischen Verwaltung; es geschieht für die sanitären Verhältnisse so gut wie gar nichts.

Einführung der gemischten Wirtschaft in den Kolonien

Ich wende mich jetzt zu den Kolonien. Hier muß man zwei Fragen beantworten: was in den alten, bereits bestehenden Kolonien geschehen soll, und wie die Kolonisation erweitert, das heißt, wie neue Kolonien geschaffen werden können. Ich will nur kurz andeuten, was in den bestehenden Kolonien geschehen könnte. *Es wird nötig sein, zur gemischten Wirtschaft überzugehen,* nicht ausschließlich Pflanzungen anzulegen, sondern auch Körnerbau zu treiben. Es ist ein großer Schaden für die Kolonisten in den Pflanzungskolonien, daß sie in der langen Zeit, in welcher die Arbeit draußen nicht möglich ist, die Arbeit fast verlernen und sich nach dieser Zeit nur schwer aus dem Müßiggang herausreißen können. Das wird dadurch vermieden, daß man auch Körnerbau betreibt. Dadurch würde auch eine für die Kolonien eminent wichtige Frage, nämlich die Arbeiterfrage, gelöst werden. Bis jetzt können die Kolonisten in den Pflanzungskolonien jüdische Arbeiter nicht das ganze Jahr beschäftigen, sondern nur während eines Teiles des Jahres. Wird in der Saison die Arbeit größer, so sind die jüdischen Arbeiter natürlich nicht sofort in genügender Anzahl zu beschaffen, und es werden Araber aus dem nächsten Dorfe als Arbeiter gedungen. Daher kommt es, daß in vielen Kolonien zu mancher Jahreszeit weit mehr arabische als jüdische Arbeiter beschäftigt sind; ein durchaus unerwünschter Zustand. Gäbe es in den Kolonien zugleich Körnerbau und Pflanzungen, so wäre es möglich, jüdische Arbeiter das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen.

Von großer Wichtigkeit ist die Frage der *Heranziehung der Frau zur landwirtschaftlichen Arbeit*. Während in den deutschen Kolonien fast jede Frau einer Milchwirtschaft vorsteht, fehlt dies in den jüdischen Kolonien fast vollständig, weil es nirgends eine Milchwirtschaft gibt. Man hat den Futterbau vernachlässigt, daher ist die Viehhaltung schwierig, und es gibt in den jüdischen Kolonien oft weder Milch noch Butter zu kaufen. In dieser Beziehung ist entschieden noch viel zu tun; auch der *Geflügelzucht* und dem *Gemüsebau* muß größere Aufmerksamkeit geschenkt werden als bis jetzt. Während die Araber große Kapitalien aus dem Gemüsebau herausschlagen, ist damit in den jüdischen Kolonien kaum ein Anfang gemacht.

Wichtig ist ferner, daß der Kredit auf landwirtschaftlicher Basis ausgedehnt wird. Der Hypothekarkredit, der in Deutschland große Dienste leistet, ist zwar in Palästina infolge der eigenartigen rechtlichen Verhältnisse des Grundeigentums in den jüdischen Kolonien unmöglich, aber in bezug auf den Personalkredit kann durch Ausbildung des *Genossenschaftswesens* noch viel entwickelt werden, was heute nur in den Anfängen da ist.

Von Bedeutung ist noch der Ausbau des Wegenetzes zwischen den Kolonien. Es wäre eine sehr gute Sache, die großen Kolonien in Judäa mit Jaffa durch Kleinbahnen zu verbinden und wie ich höre sind bereits Arbeiten eingeleitet, um solche Kleinbahnkonzessionen von seiten der türkischen Regierung zu erlangen.

Erweiterung der bestehenden Kolonisation

Wie soll man verfahren, will ich zum Schluß fragen, um die bestehende Kolonisation zu erweitern? Es ist erstens nötig, daß die Leute, bevor man sie als Pächter oder Eigentümer selbständig wirtschaften läßt, bereits praktische Kenntnisse in der palästinensischen Landwirtschaft besitzen; sie müssen sich an das Land und an das Klima bereits gewöhnt haben. Es ist zweitens nötig, in den neuen Kolonien durch Einführung der gemischten Wirtschaft die Arbeitskraft der Kolonisten während des gan-

zen Jahres gleichmäßig auszunützen, und es ist drittens erforderlich, daß die Kolonisten, bevor sie selbständig wirtschaften sollen, wenigstens eigene Mittel zur Beschaffung des Inventars haben.

Nun ist das Problem nicht ganz einfach zu lösen. Denn die meisten Juden, die heute nach Palästina kommen, sind ohne Vermögen, und gerade den Besten und Arbeitsfreudigsten fehlt es an Mitteln, um allmählich auf der landwirtschaftlichen Stufenleiter vom Arbeiter zum Pächter und Eigentümer heraufzusteigen.

Die Ica hat den Versuch gemacht, ihr früheres Kolonisationssystem zu ändern. Sie hat in *Sedschera* (Palästina) und *Leloir* (Argentinien) ein anderes System eingeführt. Sie läßt die Juden zuerst auf einer großen Farm als Arbeiter arbeiten, und wenn sie sich dann an das landwirtschaftliche Leben gewöhnt haben, gibt sie ihnen ein entsprechendes Stück Land in Pacht und gewährt ihnen Darlehen zur Beschaffung des notwendigen Inventars und zum Bau des Hauses. Sie unterläßt es, ihnen irgendwelche Vorschriften zu machen, in welcher Weise sie ihre Arbeiten besorgen sollen, und überträgt die Verantwortung vollkommen den Pächtern. Mit diesem System erzielt die Ica weit günstigere Resultate als mit dem früheren.

Ich bin am Schluß meiner Ausführungen. Ich werde mich freuen, wenn meine kurzen Darlegungen Ihnen gezeigt haben, daß Palästina ein großes Arbeitsfeld darstellt, das nur zweckmäßig und zielbewußt beackert zu werden braucht, um in naher Zukunft Früchte zu tragen.

—

Siedlerkredite

Eine dringende Aufgabe landwirtschaftlicher Kolonisationspolitik in Palästina

(»Die Welt«, Oktober 1909)

Voraussetzungen für die Errichtung eines Agrarkreditinstituts

In den Verhandlungen des bevorstehenden Kongresses wird aller Voraussicht nach die Frage im Vordergrund des Interesses stehen, inwiefern durch Schaffung eines Instituts für Agrarkredit die landwirtschaftlichen Kolonisationsbestrebungen der Juden in Palästina wirksam gefördert werden können. Die Redaktion der »Welt« hat mich ersucht, mich zu dieser Frage zu äußern. Ich komme diesem Ersuchen hierdurch nach. Es ist selbstverständlich, daß meine Ausführungen nicht den Anspruch erheben, das ganze Problem autoritativ zu beantworten. Ich werde befriedigt sein, wenn sie die Grundlage für eine sachliche Diskussion schaffen, in der hoffentlich von Anderen fruchtbare Gedanken entwickelt werden.

Aus zwei Hoffnungen heraus ist, wenn ich mich nicht täusche, der Plan eines Agrarkreditinstituts geboren: erstens aus der Hoffnung, daß die neue freie Türkei die Gesetze, welche bisher Immobiliengeschäfte sehr schwierig oder unmöglich machten, in kurzer Zeit beseitigen werde, und zweitens aus der Hoffnung, daß für ein Agrarkreditinstitut, welches nach dem Vorbild europäischer Parzellierungs- und Hypothekenbanken arbeiten und dessen Aktien und Obligationen damit eine sichere Kapitalanlage bieten würden, mit Leichtigkeit größere Kapitalien aufzutreiben wären. Ich unterlasse es an dieser Stelle, diese Hoffnungen auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Ich will annehmen, daß sie

sich erfüllen werden und daß ottomanischen Aktiengesellschaften dasselbe erlaubt sein wird, was in Europa zum Geschäftskreis der Parzellierungs- und Hypothekenbanken gehört:
1) Land zu kaufen und zu verkaufen;
2) über die gekauften Terrains nach freiem Belieben zu verfügen, sie zu ameliorieren, zu parzellieren, zu verpachten, zu bepflanzen und zu bebauen;
3) Hypotheken zu erwerben und Obligationen in Höhe der erworbenen Hypotheken auszugeben.
Ganz leicht wird eine Änderung der bestehenden Gesetze in diesem Sinne kaum sein, da sie mit dem auf dem Koran beruhenden und seit Jahrhunderten festgehaltenen Grundsatz bricht, daß der Boden – mit wenigen Ausnahmen – Staatseigentum und dem einzelnen nur zur erblichen Nutznießung überlassen ist. Aber da die jetzige türkische Regierung mit aller Macht fremdes Kapital ins Land ziehen will, ist es immerhin wahrscheinlich, daß sie schrittweise die Beschränkungen beseitigen und vielleicht in einem oder einigen Jahren die gesamte Reform durchgeführt haben wird.
Ich setze also voraus, daß die Reform erfolgt ist, und wende mich sofort zu der Frage: was kann ein mit großem Kapital ausgestattetes Agrarkreditinstitut, welchem durch eine liberale Bodengesetzgebung Immobiliengeschäfte aller Art möglich sind, für die Förderung der jüdischen Kolonisation in Palästina tun? Es wird die Antwort erleichtern, wenn wir zunächst den möglichen Nutzen für die in Palästina bereits ansässigen Kolonisten und später die Möglichkeit der Ausbreitung der Kolonisation durch Schaffung neuer Kolonien ins Auge fassen.

Nutzen für die schon ansässigen Kolonisten

Die weitaus meisten der in Palästina bestehenden jüdischen Kolonien sind auf rein philanthropischer Basis gegründet worden. Die Kolonisten besaßen keinerlei eigene Mittel, sondern erhielten alles, was sie nötig hatten, Land, Haus und Inventar, von der Kolonisationsgesellschaft. Natürlich behielt sich die

Kolonisationsgesellschaft das Eigentum an Land und Haus vor, so daß die Kolonisten rechtlich nur ein Nutznießungsrecht an Land und Haus haben, aber nicht darüber verfügen, zum Beispiel es hypothekarisch belasten können. Neben diesen sogenannten abhängigen Kolonisten gibt es, besonders in einigen judäischen Kolonien, auch eine gewisse Zahl von unabhängigen Kolonisten, das heißt von solchen Kolonisten, die entweder von vornherein Land und Haus aus eigenen Mitteln gekauft oder später durch irgendwelche Leistungen an die Kolonisationsgesellschaft von dieser das freie Eigentum an Land und Haus erhalten haben. Aber auch diese unabhängigen Kolonisten können ihr unbewegliches Eigentum nicht rechtsgültig hypothekarisch belasten, weil ihr Land nicht auf ihren Namen im türkischen Kataster eingetragen ist, sondern auf den Namen des Vertrauensmannes der Kolonisationsgesellschaft, die einst das Land aus arabischer Hand erwarb. Das hängt damit zusammen, daß bisher in Palästina für den Eigentümer einer kleinen Parzelle die Eintragung ins Grundbuch sehr kostspielig war, so daß allseitig von der Eintragung Abstand genommen wurde. Die Kolonisten begnügten sich damit, daß sie in einem vom Vorstande der Kolonie geführten Buch als Eigentümer ihrer Parzelle verzeichnet waren. Aber diese Eintragung in das sogenannte »jüdische Grundbuch« hat natürlich nach den türkischen Gesetzen keinerlei rechtliche Bedeutung. Wenn in einigen Kolonien das jüdische Grundbuch so großes Ansehen genießt, daß bei einem Kauf der Käufer zufrieden ist, wenn er in dieses Grundbuch eingetragen wird, so mag dies im einzelnen Fall kein Bedenken haben. Ein Agrarkreditinstitut jedoch, das nach dem Muster europäischer Hypothekenbanken arbeiten und dieselbe Sicherheit wie diese bieten will, kann sich selbstverständlich nicht auf dieses Grundbuch verlassen, sondern muß als erstes Erfordernis die absolute Rechtsgültigkeit all seiner Geschäfte mit den Kolonisten verlangen, und diese setzt eben die Eintragung der Kolonisten in das *staatliche* Grundbuch voraus. Kolonisten, welche als Eigentümer ihres Bodens im staatlichen Grundbuche eingetragen sind und einen Besitztitel (Kuschan)

darüber besitzen, dürfte es aber in ganz Palästina kaum einige Dutzend geben.
Für einen Hypothekenkredit seitens eines Agrarkreditinstituts kommen also vorerst nur diese wenigen Kolonisten in Betracht. Die anderen unabhängigen Kolonisten könnten später in Frage kommen, wenn einmal, was an sich sehr wünschenswert wäre, von seiten der Kolonisationsgesellschaften und Kolonisten allgemein an die Berichtigung des türkischen Grundbuchs entsprechend dem jetzigen Besitzstand geschritten wird. Eine solche allgemeine Berichtigung wird nicht leicht sein, da die Eigentumsverhältnisse vielfach recht kompliziert sind. Möglich ist die Berichtigung allerdings, und sie wird wohl früher oder später einmal erfolgen. Dann wird die Zahl der Kolonisten, deren Eigentum hypothekarisch beleihbar ist, auf einige hundert steigen. Die große Mehrheit der Kolonisten wird aber auch dann von dem Hypothekenkredit ausgeschlossen sein, weil sie eben abhängige Kolonisten, das heißt nicht Eigentümer ihres Landes und Hauses sind.
Es ergibt sich hieraus, daß ein Agrarkreditinstitut für die Gewährung von Hypothekenkredit in den bestehenden Kolonien nur ein recht beschränktes Feld hätte und für die Förderung der Kolonien schwerlich viel zu leisten vermöchte, da es die Hauptmasse der Kolonisten außerhalb seines Tätigkeitsgebietes lassen müßte. Die philanthropische Kolonisation ist eben keine Basis für eine kommerzielle Gewährung von Kredit, am wenigsten von langfristigem Hypothekenkredit.
Neben den geäußerten Bedenken rechtlicher Natur erhebt sich die wirtschaftliche Frage, ob durch Gewährung von Hypothekenkredit an die vorhandenen Kolonisten wirklich eine Förderung des Kolonisationswerkes erreicht wird. Es bedarf keines Beweises, daß diese Förderung nur dann erreicht wird, wenn der gewährte Kredit in rationeller Weise zur Erweiterung oder Verbesserung der Wirtschaft verwendet wird. Eine Erweiterung durch Zukauf von Land wird jetzt, nachdem im vergangenen Jahrzehnt die größeren Kolonien durch Landzukäufe bedeutend erweitert worden sind, keine große Rolle spielen. Der Land-

hunger der Kolonisten ist im großen und ganzen gestillt; die Bestrebungen der Kolonisationsgesellschaften, jedem Kolonisten eine für eine bäuerliche Existenz ausreichende Bodenfläche zuzuweisen, sind von Erfolg gewesen. Wenn nicht alles täuscht, so wird der Hypothekenkredit – von den Fällen abgesehen, wo ein Kolonist den Kredit dazu verlangen wird, um seiner Tochter eine Mitgift zu geben oder einen Sohn studieren zu lassen, was natürlich gar nicht mit den Zwecken des Agrarkreditinstituts im Einklang steht – hauptsächlich dazu in Anspruch genommen werden, um Meliorationen aller Art vorzunehmen, das heißt Gebäude zu reparieren oder zu errichten, landwirtschaftliche Geräte oder Maschinen anzuschaffen und ganz besonders, um Pflanzungen von Orangen, Mandeln, Oliven usw. anzulegen. Manche von diesen Verbesserungen werden gewiß sehr nützlich sein und dem gesamten Kolonisationswerk zugute kommen. Auch gegen die Anlage von Pflanzungen ist, sofern der Körnerbau die Grundlage der Wirtschaft bleibt und die Pflanzungen nur eine Ergänzung bilden, nichts zu sagen. Es besteht aber die Gefahr, daß der Hypothekenkredit die in Palästina an sich schon vorhandene Tendenz, den Körnerbau zugunsten des Pflanzungsbaues ganz hintanzusetzen, noch verstärken wird. Das ist bedenklich, denn es bedeutet mehr oder weniger die Umbildung des Kolonisten aus einem selbst mitarbeitenden bäuerlichen Getreideproduzenten zu einem mit Lohnarbeitern arbeitenden kapitalistischen Plantagenbesitzer.

Man könnte vielleicht sagen, daß das Agrarkreditinstitut den Hypothekenkredit nur in solchen Fällen geben darf, in denen das Darlehen wirklich in produktiver und rationeller Weise verwendet wird. Das ist theoretisch sehr schön, praktisch aber fast undurchführbar. Würde das Kreditinstitut tatsächlich nach dem Zwecke des Kredits fragen, so müßte es einen umfangreichen Kontrollapparat einrichten, um festzustellen, daß das Darlehen wirklich nur für die vorgegebenen Zwecke in sachgemäßer Weise verwendet wird. Eine solche Kontrolle würde das Kreditinstitut zwingen, sich mit allen Einzelheiten der

Wirtschaft des Kreditnehmers zu befassen, würde dadurch dem Kreditinstitut wie dem Kreditnehmer in gleicher Weise lästig sein und würde außerdem durch die notwendige Anstellung von landwirtschaftlichen Sachverständigen bei den immerhin kleinen palästinensischen Verhältnissen den Kredit erheblich verteuern. Meines Erachtens muß auch in Palästina ein Agrarkreditinstitut bei dem Geschäftsprinzip aller privaten Hypothekenbanken in Europa bleiben: sich bei Hypothekendarlehen nur von der gebotenen Sicherheit leiten zu lassen, die Verwendung des Darlehens aber vollständig dem Darlehnsnehmer anheimzugeben.

Als Resultat der bisherigen Ausführungen ergibt sich:

1) Augenblicklich hat ein Agrarkreditinstitut unter den in Palästina ansässigen Kolonisten keinen Wirkungskreis, da nur ganz wenige Kolonisten im staatlichen Grundbuch eingetragen sind.

2) Nach der in einigen Jahren möglichen Eintragung der unabhängigen Kolonisten in das staatliche Grundbuch wird das Agrarkreditinstitut einen gewissen Kundenkreis haben; mit der Mehrheit der Kolonisten, den sogenannten abhängigen Kolonisten, wird es aber auch dann keine Geschäfte machen können.

3) Der gewährte Hypothekenkredit wird aller Wahrscheinlichkeit nach nur zu einem Teile in einer für das Kolonisationswerk nützlichen Weise verwendet werden.

Nutzen für neue Kolonisten

Ließ sich im vorhergehenden der Nutzen einer Hypothekenbank für die in Palästina vorhandenen Kolonien nicht sehr hoch bemessen, so ist damit nicht gesagt, daß das Hypothekengeschäft in Palästina überhaupt keine große Bedeutung erlangen wird. Die Gewährung von Hypothekendarlehen kann eine sehr große Rolle spielen, aber erst dann, wenn eine große Parzellierungs- und Besiedlungstätigkeit vorangegangen ist. Das Agrarkreditinstitut muß sich die Kunden für den Hypothekenkredit durch eine groß angelegte Parzellierungs- und Besiedlungs-

tätigkeit erst schaffen; es muß den kleinen Kapitalisten, die sich in Palästina ansiedeln wollen, die Ansiedlung technisch nach Möglichkeit erleichtern und kann ihnen dann zur Ergänzung ihrer etwa nicht zureichenden Mittel im Wege des Hypothekenkredits helfen.

Die Frage, wie man den kleinen und mittleren Kapitalisten, die sich in Palästina ansiedeln wollen, die Ansiedlung ermöglicht, ist nicht nur eine Frage des Kredits, sie ist in vielleicht noch höherem Maße eine landwirtschaftlich-technische Frage. Es sind Leute mit völlig zureichendem Kapital zwecks Ansiedlung nach Palästina gekommen, und sie haben das Land unverrichteter Sache wieder verlassen, weil die technischen Voraussetzungen für ihre Ansiedlung nicht vorhanden waren. Die Leute wollten 200–300 Dunam Land kaufen, und sie konnten, wenn nicht zufällig einmal in einer jüdischen Kolonie ein Stückchen Land zu verkaufen war, aus den Händen der Araber nur große Flächen von mehreren tausend Dunam erwerben. Sie wollten das Land sofort in Besitz nehmen, und sie hätten Kaufverhandlungen einleiten müssen, die Monate oder Jahre in Anspruch nahmen. Sie wollten einen Boden, der sofort bewirtschaftet werden konnte, und man zeigte ihnen Boden, der noch nie von einem europäischen Pfluge berührt worden war, und wo sich weder ein Weg, noch ein Brunnen, noch ein Haus, wohl aber häufig dichtes Gestrüpp und große Steine fanden. Sie wollten in Sicherheit leben, und niemand konnte ihnen in Aussicht stellen, daß sie vor Diebstahl oder Überfall seitens der umwohnenden Araber sicher sein würden. Sie wollten eine jüdische Gemeinschaft bilden, und man mutete einer oder einigen Familien zu, allein mitten unter Arabern zu leben. Sie wollten einige der notwendigsten Voraussetzungen für ein jüdisches Gemeinschaftsleben, eine Schule, eine Apotheke, einen Schochet, und es erwies sich, daß diese Einrichtungen für eine kleine Zahl von Familien unerschwingliche Kosten verursachten. Kurz und gut, man bot den Leuten etwas ganz anderes, als was sie haben wollten.

Es ist nicht zu verwundern, daß unter diesen Umständen kein

Mensch mit Kapital sich in Palästina außerhalb der jüdischen Kolonien ansiedelte. Der Mann, der ein kleines oder mittleres Kapital besitzt, will nicht als Pionier in die Wildnis ziehen, sondern will sich, selbst wenn er einen viel höheren Preis zahlen muß, in geordneten und sicheren Verhältnissen niederlassen. Daraus ergibt sich, daß man nur dann Leute mit Kapital wird ins Land ziehen und damit eine nichtphilanthropische, sondern privatkapitalistische Kolonisation wird inaugurieren können, wenn es gelingt, die vorerwähnten technischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und dem Ansiedler die Möglichkeit zu geben, sich alsbald nach seiner Ankunft in Palästina auf vorbereitetem Boden in sicherer Umgebung ansässig zu machen. Was kann geschehen, um zu diesem Ziele zu kommen? Eigentlich müßte ich, um diese Frage zu beantworten, Wort für Wort das wiederholen, was die *Palestine Land Development Company* in ihrem jüngst veröffentlichten, auch in dieser Zeitung abgedruckten Exposé über ihre Ziele mitgeteilt hat. Ich will mich jedoch kurz fassen. Das Agrarkreditinstitut muß den Ankauf, die Verbesserung und die Parzellierung des Bodens in die Hand nehmen, wobei der Geschäftsgang etwa folgende Etappen aufweisen wird:

1) Ankauf von Boden bei passenden Angeboten aus arabischer Hand, Feststellung der Grenzen und Abmarkung durch feste Grenzzeichen;

2) Besitznahme des Bodens durch einen praktischen Landwirt mit einer hinreichenden Zahl junger kräftiger Arbeiter, die in provisorisch errichteten Unterkunftsräumen unterzubringen sind;

3) Herstellung eines Brunnens und eines Zufahrtweges, Beseitigung der dem europäischen Pflug hinderlichen Sträucher und Steine, Beackerung der ganzen Fläche, soweit sie für Ackerbau bestimmt ist, mit dem europäischen Pflug;

4) Anlage von Pflanzungen auf einem bestimmten Teil der Fläche;

5) Aufstellung eines Parzellierungsplans, in welchem unter Berücksichtigung aller für die spätere Bewirtschaftung in Betracht

kommenden Momente Parzellen von verschiedener Größe vorhanden sein müssen, mittlere von 150–250 Dunam für Kolonisten, kleine von 5–15 Dunam für Arbeiter, und möglichst auch ein bis zwei große Parzellen von 500–1000 Dunam für größere Unternehmer;

6) Veröffentlichung des Parzellierungsplans mit Beifügung von Karten, mit allen zur Beurteilung des Bodens und seiner Bewirtschaftung dienlichen Mitteilungen und mit Angabe des Preises für die einzelnen Parzellen Ackerland sowie für den Dunam Pflanzungsland, ferner mit Beifügung einer Anzahl von Häusertypen, nach denen die Gesellschaft auf Wunsch des Käufers den Bau eines Hauses in bestimmter Ausführung zu einem festen Preise übernimmt.

Das Agrarkreditinstitut wird für Verbreitung dieses Parzellierungsplans unter den Juden in Osteuropa sorgen. Auf diese Weise bekommt der kleine jüdische Kapitalist in Rußland oder Rumänien, der von der Ansiedlung in Palästina träumt, zum erstenmal ein Schriftstück in die Hände, das ihm anschaulich und ziffernmäßig dartut, wie er seinen Traum zur Wirklichkeit werden lassen kann. Bisher ließ man den Mann träumen und wartete, bis er selbst sich einmal nach Palästina wenden würde, was in neunundneunzig von hundert Fällen nie geschah. Jetzt tritt, wie das im Geschäftsleben überall der Fall ist, der Verkäufer mit bestimmten Vorschlägen an den Kaufreflektanten heran und wird dadurch vielfach das Interesse für Palästina, das sonst latent und passiv geblieben wäre, in ein aktives umwandeln und den Entschluß zur Übersiedlung mit einem Mal zur Reife bringen.

Selbstverständlich muß das Agrarkreditinstitut all seine Unkosten für die Vorbereitung des Bodens auf den Kaufpreis aufschlagen und noch einen gewissen Gewinn dazu. Aber die Vorteile, die der Käufer als Entgelt für den höheren Preis erhält, sind außerordentliche: er kommt auf ein Land, mit dessen Bewirtschaftung er sofort beginnen kann, er findet Wasser und Wege vor, er kann sich die Parzelle je nach seinen Bedürfnissen und Mitteln aussuchen, kann sich zu dem Ackerland nach seinem

Belieben junge Pflanzungen hinzukaufen, kann sich, wenn er will, bereits vor seiner Ankunft ein Haus durch das Agrarinstitut zu einem bestimmten Preise errichten lassen und hat dadurch, daß bis zum völligen Verkauf des Landes zahlreiche junge jüdische Arbeiter auf dem Boden sind und die umwohnenden Araber bereits an die jüdischen Nachbarn gewöhnt haben, die größtmögliche Sicherheit gegen Diebstahl und Überfall. Zugleich hat er an dem die Parzellierung leitenden Landwirt in der ersten Zeit eine Stütze, wenn er Rat bei der Einrichtung seiner Wirtschaft bedarf.

Der Verkauf der Parzellen erfolgt nur gegen volle Zahlung des Kaufpreises. Doch braucht das Agrarkreditinstitut die Zahlung nicht in einem Mal sofort zu verlangen, sondern kann dem Bedürfnis vieler kleiner Kapitalisten, den Kaufpreis in mehreren Jahresraten zu zahlen, Rechnung tragen. Selbstverständlich bleibt aber in diesem Fall die gekaufte Parzelle im Besitz des Kreditinstituts und wird erst dann dem Käufer übergeben und auf seinen Namen im staatlichen Grundbuch eingetragen, wenn alle Raten voll bezahlt sind.

Die hier vorgeschlagene Ansiedlungsmethode will für Palästina nicht ein Novum einführen, sie wird überall angewendet, wo Latifundien, die bisher schlecht kultiviert worden sind, an bäuerliche Käufer aufgeteilt werden. Es ist insbesondere die Methode, welche die preußische Regierung in den Ostmarken bei der Parzellierung polnischer Latifundien an deutsche Bauern befolgt.

Wenn das Agrarkreditinstitut in der vorstehend skizzierten Weise seine Rolle als *Parzellierungsinstitut* beendet hat, wenn es die einzelnen Parzellen des Parzellierungsplans gegen volle Zahlung des Kaufpreises verkauft und die Eintragung der Käufer in das staatliche Grundbuch als Eigentümer ihrer Parzellen veranlaßt hat, dann ist die Zeit gekommen, wo es als *Hypothekenbank* in Funktion treten kann. Es kann nach europäischem Vorbild den Boden bis zur Hälfte oder sogar bis zu zwei Dritteln des Wertes hypothekarisch beleihen und damit dem Käufer die Mittel zur Errichtung eines Hauses, zur An-

schaffung von Inventar und Saatgut, zum Lebensunterhalt bis zur ersten Ernte beschaffen. Setzen wir den Fall, daß jemand einhundertfünfzig Dunam Ackerland und fünfzig Dunam Pflanzungen zum Preise von 12 000 Francs gekauft hat, so wird er dieses Land mit einer Hypothek bis zu 8000 Francs belasten können, womit er nicht nur ein einfaches Haus errichten und das notwendige Inventar anschaffen, sondern, was wegen einer etwaigen Mißernte sehr wichtig ist, noch ein kleines Reservekapital zurückbehalten kann. Der Hypothekenkredit hat also die große Bedeutung, daß er die Zahl der Kaufinteressenten erweitert. Sind die gesamten Ausgaben für die Errichtung einer Kolonistenwirtschaft in Palästina etwa 20 000 Francs (12 000 Francs für Land und 8000 Francs für Haus, Inventar, Saatgut usw.), so ist das Agrarkreditinstitut nicht auf die jüdischen Kapitalisten mit wenigstens 20 000 Francs Vermögen angewiesen, sondern kann sich an den naturgemäß größeren Kreis der Leute mit 12 000 Francs Kapital wenden.

Die doppelte Funktion des Agrarkreditinstituts als Parzellierungs- und als Hypothekenbank hat zugleich den Vorteil, daß das Institut bestrebt sein muß, die Käufer bei der Parzellierung nicht zu übervorteilen und für ihr weiteres Fortkommen als Landwirte besorgt zu sein, da es nur auf diese Weise leistungsfähige Hypothekenschuldner erhält, die imstande sind, ihren Verpflichtungen zur Zinszahlung nachzukommen.

Die Hypothekendarlehen müssen, wie das in Europa üblich ist, auf *sehr lange Frist* (wenigstens dreißig Jahre) mit der Verpflichtung zur allmählichen *Amortisation* gegeben werden. Der Zinsfuß wird ungefähr sechs Prozent betragen müssen, damit das Agrarkreditinstitut nach Abzug seiner Verwaltungsspesen in der Lage ist, den Inhabern von Aktien und Obligationen eine angemessene Verzinsung zu gewähren. Um den Kolonisten in der ersten Zeit die Existenz zu erleichtern, wird es sich vielleicht empfehlen, für die ersten zehn Jahre nur die Verzinsung zu verlangen und die Amortisation erst nach Ablauf von zehn Jahren beginnen zu lassen, wenn die Pflanzungen bereits Erträge zu geben anfangen.

Die Sicherheit der gewährten Hypothekendarlehen läßt sich dadurch erhöhen, daß die Hypothekenschuldner in jeder Kolonie zu einem Hypothekenschuldnerverbande vereinigt werden, der für seine Mitglieder solidarisch haftet, dafür aber natürlich ein Mitbestimmungsrecht darüber haben muß, wem und in welcher Höhe ein Hypothekendarlehen gegeben werden kann.

Zur Deckung von Verlusten aus dem Hypothekengeschäft, die natürlich nie ganz ausbleiben werden, muß ein *Reservefonds* gebildet werden, dem etwa zwei Prozent von jedem zur Auszahlung gelangenden Darlehen und später jährlich mit den Zinsen noch ein halb bis ein Prozent zuzuführen sind. Dieser Reservefonds soll den Hypothekenschuldnern, die zu seiner Ansammlung beigetragen haben, wieder zugute kommen, wenn sich etwa nach einer Reihe von Jahren herausstellt, daß die Reserven im Verhältnis der eingetretenen Verluste zu hoch bemessen waren.

Für die erworbenen Hypotheken wird das Agrarkreditinstitut *Obligationen* (Pfandbriefe) ausgeben. Solange es in der Türkei an einem besonderen Gesetz über Hypothekenbanken fehlt, wie es zum Beispiel in Deutschland vor einigen Jahren unter Einführung staatlicher Kontrolle erlassen worden ist, so lange werden die Inhaber der Obligationen kein spezielles Pfandrecht an den von dem Agrarkreditinstitut erworbenen Hypotheken haben und werden nicht besser dastehen als andere Gläubiger. Daran läßt sich vorläufig nichts ändern. Wohl aber läßt sich durch Eintragung aller erworbenen Hypotheken in ein einer gewissen öffentlichen Kontrolle unterstelltes Buch bei dem Agrarkreditinstitut eine Gewähr dafür schaffen, daß tatsächlich nur so viel Obligationen ausgegeben sind, als sichere Hypotheken erworben worden sind.

Das wäre in großen Zügen der Geschäftsgang des Agrarkreditinstituts, wie ich ihn mir vorstelle. Es wäre zweifellos ein großer Fortschritt, wenn es gelänge, das Institut zu begründen und so die Tätigkeit der Gesellschaften, welche unter den jetzigen ungünstigen Gesetzen und mit kleinen Mitteln für dasselbe Ziel

arbeiten, bei einer mit großen Mitteln ausgestatteten Gesellschaft zu konzentrieren. Warnen möchte ich aber davor, das Agrarkreditinstitut zum Idol zu machen und in seiner Anbetung und Erwartung die in Palästina bereits begonnenen Arbeiten, wie zum Beispiel die beschränkte Gewährung von landwirtschaftlichem Kredit durch die Anglo-Palestine-Company, die Ameliorations- und Parzellierungstätigkeit der PLDC., einfach liegen zu lassen. Sie müssen unter allen Umständen energisch fortgeführt werden, damit uns nicht, falls das Agrarkreditinstitut aus irgendwelchen Gründen seine Tätigkeit doch noch nicht so bald aufnehmen kann, mehrere kostbare Jahre für unsere Arbeit ungenutzt verlorengehen.

—

Die Schaffung eines jüdischen Landarbeiterstandes

(»Monatsschrift für die Erschließung Palästinas«, März 1912)

Braucht die jüdische landwirtschaftliche Kolonisation in Palästina überhaupt einen Landarbeiterstand? Kann man nicht auch ohne jüdische Landarbeiter lebenskräftige jüdische Kolonien schaffen? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir mit wenigen Worten sagen, was überhaupt unter jüdischer landwirtschaftlicher Kolonisation in Palästina zu verstehen ist.
Man spricht noch immer von *einer* Kolonisation. Tatsächlich gibt es aber zwei gänzlich verschiedene Arten von Kolonisation. Wir müssen beide Arten anwenden, um der Kolonisation einen möglichst großen Umfang zu geben, aber wir dürfen sie nicht in einen Topf werfen. Viele falsche Vorstellungen und Behauptungen sind dadurch hervorgerufen, viele Fehler sind dadurch gemacht worden, daß man diese beiden Möglichkeiten der Kolonisation nicht scharf genug unterscheidet. Es gibt:
1) eine Kolonisation auf Basis des Ackerbaues;
2) eine Kolonisation auf Basis des Pflanzungsbaues.
Für die Kolonisation auf Basis des *Ackerbaues* passen durchaus nur solche Leute, die, durch keinerlei Komfort verwöhnt, in jungen Jahren nach Palästina gekommen sind, hier eine Reihe von Jahren im Ackerbau gearbeitet und sich eine gründliche Praxis erworben haben. Für die Kolonisation auf der Basis des *Pflanzungsbaues* kommen auch solche Leute in Betracht, die mit gewissen Ansprüchen an Komfort erst in reiferem Alter nach Palästina kommen und keine landwirtschaftlichen Kenntnisse haben, sofern sie über ein Kapital von 15000 bis 20000 Francs verfügen. Die Ackerbaukolonisation paßt ausschließlich für die jungen, kräftigen, mit der palästinensischen Landarbeit

bereits vertrauten *unbemittelten* Juden, durch den Pflanzungsbau können auch ältere, mit der palästinensischen Landwirtschaft unbekannte, aber *bemittelte* Juden zur Kolonisation gelangen.

Beide Arten von Kolonisation aber haben die Existenz eines jüdischen Arbeiterstandes zur Voraussetzung. Für die Ackerbaukolonisation bedarf dies nach Obigem keiner weiteren Ausführung. Wo soll sich der zukünftige Kolonist die erforderliche landwirtschaftliche Praxis erwerben, wenn nicht als Landarbeiter? Der Landarbeiterstand ist hier die notwendige Durchgangsstufe zum Kolonisten. Aber auch die Pflanzungskolonien können den jüdischen Arbeiter nicht entbehren, wenn sie auf die Dauer *jüdische* Kolonien bleiben sollen. Nehmen die Pflanzungsbesitzer, die ja ihre Pflanzungen nicht selbst bearbeiten, nichtjüdische Arbeiter an, so wird allmählich das nichtjüdische Element in der Kolonie stärker als das jüdische Element, und der jüdische Charakter der Kolonien muß dadurch notgedrungen leiden – ganz abgesehen davon, daß die Überzahl der Nichtjuden in kritischen Zeiten überhaupt die Existenz der ganzen Kolonie in Frage stellen kann.

Die osteuropäischen Juden

Drei Möglichkeiten sind es, die zu schaffen sind, um dem osteuropäischen Juden die Tätigkeit als landwirtschaftlicher Arbeiter in Palästina anziehend zu machen, und zwar:

1) die Möglichkeit, sich landwirtschaftlich auszubilden,
2) die Möglichkeit, sich dem landwirtschaftlichen Milieu Palästinas anzupassen und
3) die Möglichkeit, wirtschaftlich vorwärts zu kommen.

1) Die landwirtschaftliche Ausbildung: Der neue Einwanderer versteht in der Regel von der Landwirtschaft gar nichts, und es ist leicht verständlich, daß er aus diesem Grunde von den Kolonisten nicht gern als Arbeiter angenommen wird und daß er dort, wo er angenommen wird, sich mit einem sehr geringen

Lohn begnügen muß, weil er an dem billigen und an landwirtschaftliche Arbeit gewöhnten Araber eine gefährliche Konkurrenz hat.
Es ist unmöglich, die neuen Ankömmlinge in eine landwirtschaftliche Schule aufzunehmen und sie hier für die Landwirtschaft auszubilden, einfach deshalb, weil diese Form der Ausbildung ungeheuere Mittel erfordern und übrigens auch in ihren Ergebnissen kaum besonders günstig sein würde. Bisher wenigstens zeigt die Erfahrung, daß die landwirtschaftlichen Schulen in dem Bestreben, ihre Zöglinge möglichst gut auszubilden, denselben viel mehr Kenntnisse vermitteln als ein Bauer notwendig hat, und daß diese Schüler nach Absolvierung der Schule wenig Lust haben, Arbeiter oder Bauer zu werden, sondern eine andere Beschäftigung vorziehen.
Der Mittelweg, der hier einzuschlagen ist, scheint uns der zu sein, daß die neuen Einwanderer zwar sofort als Arbeiter in die von jüdischen Gesellschaften (Nationalfonds, Ölbaumspende usw.) unterhaltenen landwirtschaftlichen Betriebe eintreten, daß sie aber wenigstens ein Jahr lang die Stelle von Lernenden einnehmen müssen, das heißt mit anderen Worten, daß der Lohn, den diese Arbeiter erhalten, aus zwei Teilen zusammengesetzt ist: der erste Teil bildet den Gegenwert ihrer (noch geringen) Arbeitsleistung, und der andere Teile bildet den Betrag, den die Gesellschaft (oder eine dritte Gesellschaft) zu den Kosten der Ausbildung beisteuert.
2) Die Anpassung an das landwirtschaftliche Milieu: Der Einwanderer aus Osteuropa vertauscht, wenn er nach Palästina kommt, das osteuropäische Klima mit dem Mittelmeerklima, und die Erfahrung zeigt, daß dieser Klimawechsel mit mancherlei Gesundheitsstörungen verbunden ist. Auch die epidemischen Krankheiten des Landes (Malaria, Dysenterie) pflegen gerade dem neuen Ankömmling lästig zu werden. In den meisten Fällen können diese Folgen des Klimawechsels und die epidemischen Krankheiten des Landes vermieden werden, wenn der Arbeiter von vornherein in geordnete Lebensverhältnisse hineinkommt, sich den wichtigsten hygienischen Vor-

schriften anbequemt und ärztliche Hilfe leicht erreichen kann. Bis jetzt ist es den neuen Arbeitern in den Kolonien sehr schwer, in geordnete häusliche Verhältnisse zu kommen. Das Essen, das sie in den sogenannten Arbeiterhotels der Kolonien bekommen, ist nichts weniger als einwandfrei, und ebenso entsprechen die Wohnungen nicht den geringsten hygienischen Anforderungen. Gerade der neue Arbeiter, dessen Arbeitsleistungen unbekannt sind und der deshalb einen geringeren Lohn erhält und zeitweise auch überhaupt ohne Arbeit bleibt, also nur wenig Geld ausgeben kann, leidet hierunter sehr stark. Eine gewisse Abhilfe würde hier schon dadurch eintreten, wenn jedem neuen Ankömmling, wie wir es vorschlagen, die Möglichkeit geboten wäre, während der ersten Zeit in einer Lehrfarm mit ihren geordneten Verhältnissen zu arbeiten. Eine weitere Abhilfe läge darin, daß in jeder Kolonie ein Unterkunftshaus für ledige Arbeiter geschaffen wird, wie es durch den Jüdischen Nationalfonds in einigen Kolonien bereits geschehen ist, in denen jeder Arbeiter für sein Geld eine gesunde Unterkunft und in der mit diesem Hause zu verbindenden Küche ein einwandfreies Essen bekommt. Das Haus müßte eine Dusche enthalten, die Chininprophylaxe gegen Malaria müßte in ihm eingeführt sein und kranke Bewohner müßten ärztliche Behandlung und eine sachgemäße Pflege durch eine Wärterin finden können. Ein mit dem Arbeiterhaus zu verbindender Konsumverein könnte für möglichst billige und gute Beschaffung aller leiblichen Bedürfnisse der Arbeiter sorgen. Hierdurch wird es gelingen, den als Existenzminimum des Arbeiters notwendigen Geldbetrag herabzudrücken und seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem nichtjüdischen Arbeiter zu erhöhen. Freilich hängt das Gelingen all dieser Einrichtungen von dem Organisationstalent der Arbeiter ab. Bisher ist von den Arbeitern auf diesem Gebiete wenig geleistet worden; die unter der Selbstverwaltung der Arbeiter stehenden Küchen zum Beispiel sind nichts weniger als musterhaft, was allerdings zum großen Teile daran liegt, daß es an einem geeigneten weiblichen Element für Küche und Hausarbeit fehlt. Wenn aber solche Einrichtungen in allen Kolonien

bestehen und die bereits begonnenen Versuche zur Heranbildung weiblichen Hauspersonals mit Eifer fortgesetzt werden, würde die Arbeiterschaft einer Kolonie von der Arbeiterschaft der anderen Kolonie lernen, und man könnte schließlich zu guten einheitlichen Verwaltungsformen kommen.

In derselben Weise wie die Arbeiterhäuser, die natürlich unter die Selbstverwaltung der Arbeiter zu stellen wären, dem leiblichen Wohle der Arbeiter zugute kommen und den Ausgangspunkt für genossenschaftliche Hilfe bilden, würden sie auch ihrem geistigen Wohle dienen. Sie würden einen Mittelpunkt schaffen, in dem die Arbeiter nach ihrer Tagesarbeit zusammenkommen, um sich miteinander zu unterhalten und aus einer kleinen Bibliothek und aus den aufliegenden Blättern geistige Anregung zu schöpfen. Dies ist gerade für den Einwanderer, der aus einem städtischen Milieu mit seinen zahlreichen Bildungsmitteln in eine Kolonie kommt, von größter Bedeutung. Ohne die Möglichkeit einer solchen geistigen Anregung fühlt sich der neue Ankömmling nur zu oft ganz verlassen und von Langweile ergriffen und kehrt in einem Augenblicke des Unmuts der Arbeit den Rücken, in der er bei einer gewissen geistigen Anregung und bei größerem geselligen Verkehr wahrscheinlich ausgehalten hätte. Sobald das Arbeiterhaus den Mittelpunkt für die Arbeiter in den Kolonien bildet, ist es eine Kleinigkeit, dort auch eine Arbeitsvermittlungsstelle einzurichten und so die Arbeiter nach Möglichkeit vor Arbeitslosigkeit zu bewahren.

3) Wirtschaftliches Vorwärtskommen: So wichtig auch die vorerwähnten beiden Dinge, die Ausbildung und Anpassung sind, den Kernpunkt des ganzen Landarbeiterproblems bildet doch die Frage, wie der Landarbeiter wirtschaftlich aufsteigen und zur Selbständigkeit und Familiengründung gelangen kann. Von dem Lohn, den er als einfacher Arbeiter erhält, kann er seine Familie nicht ernähren. Das kann er nur dann, wenn er entweder als Vorarbeiter einen höheren Lohn erhält oder zu seinem Arbeitslohn noch Nebeneinnahmen aus einer eigenen kleinen Wirtschaft (Geflügelzucht, Ge-

müsebau, Haltung einiger Kühe) hat oder gänzlich aus dem Arbeiterstande ausscheidet und als Kolonist vom Ertrage des eigenen Bodens lebt.

Die Stellen als Vorarbeiter sind relativ selten und können deshalb nur wenigen Arbeitern nützen. Das wirtschaftliche Vorwärtskommen wird deshalb in der Mehrzahl der Fälle davon abhängen, ob es möglich ist, dem Lohnarbeiter zu einer kleinen Nebenwirtschaft oder zu einer vollen Bauernwirtschaft zu verhelfen. In den Fällen, in denen dies in Palästina bisher geschah, erfolgte es in der Weise, daß philanthropische Gesellschaften ihm Geld zu besonders günstigen Bedingungen darlehnsweise gegeben und die Sicherheit des Kredites dabei nicht genau beachtet haben. Aber dieses System kann nur so lange bestehen, als wir es in Palästina mit einer geringen Zahl von Arbeitern zu tun haben, es taugt aber nicht, sobald die Arbeiterzahl anschwillt. Im letzteren Fall wird das Geld der philanthropischen Gesellschaften unzureichend. Dem wachsenden Bedürfnis kann nur dadurch abgeholfen werden, daß die Kreditgewährung für diese Zwecke in kommerzieller Weise gehandhabt wird. Jede kommerzielle Kreditgewährung setzt aber eine Kreditfähigkeit, das heißt den Besitz von gewissen Mitteln auf der Seite des Kreditnehmers voraus. Eine Kreditgewährung an vollständig mittellose Leute hat keine Basis, weil das Risiko, das schließlich mit jedem wirtschaftlichen Unternehmen verbunden ist, dann ganz auf dem Kreditgeber lastet. Aber auch abgesehen davon ist es eine sehr mißliche Sache, einen Arbeiter, der keinerlei Vermögen besitzt, mit einem Male durch Kreditgewährung zum Besitzer von Haus und Boden und dem dazu gehörigen Inventar zu machen, weil es eine alte Erfahrung ist, daß man das Gut, daß man leicht erworben hat, nicht so vorsichtig behandelt, wie das Gut, das man sich mühselig erarbeitet hat. Daraus folgt, daß eine Kreditgewährung auf kommerzieller Basis nur dann stattfinden darf, wenn der Arbeiter durch den Besitz von einigen Mitteln eine Garantie bietet, das heißt, wenn ein eventueller Verlust in erster Linie ihn selbst trifft. Die Frage ist, wie der Arbeiter, der doch in der Regel nach Palästina ohne

Mittel kommt, in den Stand gesetzt werden kann, die genügenden Mittel zu erwerben, welche die Basis für eine Kreditgewährung bilden können. Wir denken dabei an eine Kreditgewährung, wie sie zum Beispiel auch bei der Kolonisationstätigkeit der preußischen Regierung in den preußischen Ostprovinzen Anwendung findet, ohne welche die Kolonisationstätigkeit überhaupt undenkbar wäre. Hier wird dem Ansiedler das unbewegliche Vermögen (Boden und Gebäude) ohne Anzahlung auf Kredit überlassen, sofern er zur ersten Bearbeitung des Bodens und zur Anschaffung des beweglichen Inventars ein Drittel oder zwei Fünftel des Wertes von Haus und Boden besitzt. Nach derselben Regel müßte also ein Arbeiter, dem ein Kredit von 2000 Francs zum Bau eines Häuschens und zum Ankauf von zehn bis zwanzig Dunam Boden gegeben wird, mindestens etwa 1000 Francs eigene Mittel besitzen, und der Arbeiter, der als Kolonist zweihundert Dunam Boden und ein größeres Haus nötig hat und dafür einen Kredit von etwa 10000 Francs braucht, müßte wenigstens 3000 bis 3500 Francs sein eigen nennen.

Bei den jetzigen Lohnsätzen für Landarbeiter ist es fast unmöglich, daß der Arbeiter hiervon Ersparnisse macht. Wir sehen den einzigen Weg, um ihm Ersparnisse zu ermöglichen, in der Ausdehnung des Systems der *Gewinnbeteiligung* des Arbeiters an dem Betriebe, in dem er tätig ist. Der Arbeiter soll die Gewinnbeteiligung nicht umsonst erhalten. Sie soll vielmehr ein Äquivalent dafür sein, daß er eine übernormale Arbeit leistet. Der Arbeiter, der in einer Farm als Lernender gearbeitet hat und der noch ein bis zwei Jahre bei Privatleuten beschäftigt war, ist dafür reif, um in eine Stellung einzutreten, wo er gegen erhöhte Arbeit und gegen erhöhte Verantwortlichkeit außer dem üblichen Arbeitslohn noch einen Gewinnanteil erhält, der ihm in vier bis fünf Jahren die Ansammlung eines kleinen Kapitals, eben jene notwendige Kreditbasis, ermöglicht.

Das bisher Gesagte bezieht sich auf männliche Arbeiter. Was soll geschehen, um auch *Arbeiterinnen* für all diejenigen Arbeiten zur Verfügung zu haben, die in einem geordneten landwirt-

schaftlichen Betrieb der Frau zufallen? Nach unserer Ansicht müßten Mädchen von vierzehn bis achtzehn Jahren in derselben Weise wie die jungen Männer zunächst ein bis zwei Jahre in einer Lehrfarm Arbeit und Unterweisung erhalten, wobei ihre Beschäftigung sich nicht nur auf die eigentlichen landwirtschaftlichen Arbeiten (Gemüsegarten, Geflügelhof, Kuhstall und Baumschule), sondern auch auf alle Arbeiten in der Küche und im Hause zu erstrecken hätte. Späterhin würden sie als Arbeiterinnen in Privatfarmen oder als Köchinnen in den Arbeiterküchen oder als Aufseherinnen in den Arbeiterhäusern Stellungen finden können. Wenn sie sich schließlich mit einem Kolonisten oder Häusler verheiraten – durch die größere Zahl von selbständig gewordenen Arbeitern wachsen natürlich diese Heiratschancen –, bringen sie durch ihre landwirtschaftlichen Kenntnisse dem Manne eine wertvolle Arbeitskraft in die Ehe und tragen zu seinem wirtschaftlichen Vorwärtskommen bei.

Orientalische Juden

Das obige Kolonisationsschema für osteuropäische Juden bedarf für die orientalischen Juden (aus Jemen, Persien, Nordsyrien) einer Abänderung, weil ihr 'standard of life' niedriger ist, weil sie an das Mittelmeerklima und die Lebensweise des Orients angepaßt sind, und weil sie ganz jung heiraten und gewöhnlich schon verheiratet nach Palästina kommen. Für den orientalischen Juden genügt der geringe Lohn, den er als Arbeiter erhält, im Gegensatz zu dem osteuropäischen Arbeiter bereits zur Ernährung einer Familie, ja er macht sogar mitunter, besonders wenn die Frau durch häusliche Arbeit noch etwas verdient, kleine Ersparnisse. Aber ihn gelüstet es mehr nach dem Leben in der Stadt, wo er unter hunderten oder tausenden seinesgleichen wohnen kann. Deshalb dreht es sich bei dem orientalischen Juden nicht so sehr darum, ihm durch eine eigene kleine Wirtschaft zu einem Nebeneinkommen neben seinem Arbeitslohn zu verhelfen, als vielmehr darum, ihn nach der Einwanderung sofort seßhaft zu machen und an seiner Arbeitsstelle zu ver-

wurzeln. Das geschieht am besten dadurch, daß man ihm ein einfaches Haus mit einem Stück Gartenland zunächst pachtweise, dann auf langjährige Auszahlung überläßt. Diese wirtschaftliche Aussicht im Verein mit der rechtlichen Freiheit, der sie sich in den jüdischen Kolonien erfreuen, würde genügend sein, um eine große Anzahl von Juden aus dem Jemen, Persien und Mesopotamien zur Einwanderung nach Palästina zu veranlassen.

Gemeinsam ist der Arbeiterfrage, mag es sich um osteuropäische oder jemenitische Juden handeln, daß sie mit der Kreditfrage eng verknüpft ist, insofern als in beiden Fällen der Arbeiter darauf angewiesen ist, Haus und Boden auf langjährigen Kredit zu erhalten. Gelingt es nicht, die Kreditfrage in der Weise zu lösen, daß ein Arbeiter, der eine Reihe von Jahren in Palästina gearbeitet und sich hier die notwendigen Mittel zur Anschaffung der beweglichen Habe erworben hat, den notwendigen Betrag zum Erwerb des unbeweglichen Vermögens, das heißt von Haus und Boden, zu einem mäßigen Zinsfuß auf langjährige Auszahlung geliehen erhält, so ist das Arbeiterproblem nicht zu lösen, weil dann dem Arbeiter die Erlangung der wirtschaftlichen Selbständigkeit zu schwierig und zu langwierig sein würde. Er würde im besten Falle zur Selbständigkeit erst in einer Zeit gelangen, wo er seine besten Kräfte bereits in der Lohnarbeit ausgegeben hat. Wie in allen Ländern der Agrarkredit ein unentbehrlicher Faktor in der Landwirtschaft geworden ist, so muß ihm diese Rolle auch bei der jüdischen Kolonisation zufallen. Hoffentlich wird eine Agrarbank nach der bevorstehenden Änderung der türkischen Bodengesetzgebung diese Kreditfrage lösen können oder die großen jüdischen Kolonisationsgesellschaften werden die bisherige philanthropische Kolonisation einschränken und einen ausgedehnten Agrarkredit auf geschäftlicher Grundlage an deren Stelle setzen müssen.

—

Ein Kolonisationsplan

Referat auf dem XI. Zionistenkongreß in Wien

(1913)

Zum ersten Male, seitdem ich ein Amt in der Zionistischen Organisation bekleide, habe ich die Ehre, vor dem höchsten zionistischen Forum zu stehen und über die Arbeit des Palästina-Amts Bericht zu erstatten, mit dessen Begründung und Leitung ich im Frühjahr 1908 meine Tätigkeit begann. Ich will diesen Bericht nicht dazu benutzen, um Ihnen das Geschaffene im Detail zu schildern. Ich denke, daß Sie darüber durch die mehr als reichlichen Mitteilungen in unserer Presse, durch den Ihnen gedruckt vorliegenden Bericht des EAC. an den Kongreß und durch das Referat des Herrn Vorsitzenden des NF.-Direktoriums zur Genüge unterrichtet sind. Ich stelle mir deshalb in meinem Berichte eine andere Aufgabe. Ich will die *prinzipiellen* Fragen erörtern, die bei der Beurteilung unserer Tätigkeit immer wieder auftauchen; ich will Ihnen die Grundzüge des *Systems* aufzeigen, das uns zur Richtschnur gedient hat; und ich will ferner darlegen, weshalb wir von allen möglichen Wegen bei unserer Arbeit gerade diesen Weg gegangen sind.

Die Überalterung der jüdischen Kolonisation

Als ich im Jahre 1907 noch als einfacher Tourist Palästina mehrere Monate lang durchreiste, deprimierte mich am meisten die Energielosigkeit und Mutlosigkeit, die ich unter den Juden, besonders in den Kolonien in Judäa, Samaria und Obergaliläa vorfand. Ich versuchte, den Zustand auf eine diagnostische Formel zu bringen, und es schien mir, als ob man ihn am besten als *Überalterung* bezeichne. Die Kolonien in Judäa, Samaria

und Obergaliläa waren im Durchschnitt zwanzig Jahre alt: die einst als junge Männer, sei es aus Begeisterung, sei es aus Hoffnung auf materiellen Gewinn, die Kolonien gegründet hatten, waren in harter und oft vergeblicher Arbeit mürbe und alt geworden, und der *Nachwuchs fehlte.* Die Jugend hatte von den Eltern weder die Begeisterung noch die Hoffnung auf Gewinn übernommen, und sie hatte deshalb die Kolonien verlassen, um in den Städten oder außerhalb Palästinas ihr Glück zu versuchen. Manche Kolonien sahen geradezu wie Greisenhäuser aus. Man durfte der Jugend darob kaum grollen. Sie konnte den Eltern mit Recht vorhalten, daß die Wirklichkeit ihre Hoffnungen als trügerisch erwiesen hatte. »Habt ihr Geld verdient, und habt ihr eine sichere Zukunft vor euch?« – Diese Frage hörten die 'materialistischen' Eltern von ihren Kindern und mußten sie verneinen. Und in keiner besseren Lage gegenüber ihren Kindern waren die 'idealistischen' Eltern. Als sie mit dem Feuer der Jugend nach Palästina gekommen waren, da hatten sie geträumt, daß es nur ihres festen Willens bedürfe, um ganz Palästina mit blühenden jüdischen Dörfern zu bedecken und die gesamte Judenheit der Galut nach Palästina zu ziehen. Und was war das Resultat fünfundzwanzigjähriger Arbeit? Wie winzig war es im Verhältnis zu dem Erträumten! Und das schlimmste war, daß seit Jahren keine einzige neue Kolonie hinzugekommen war, daß das ganze Kolonisationswerk auf einem toten Punkt angelangt zu sein und sogar abzubröckeln schien. Hatten die Kinder da nicht recht, wenn sie das sinkende Schiff verließen?

Die notwendige Verjüngung

Ich gewann die Überzeugung, daß hier nur *eins* Hilfe bringen konnte: eine *Verjüngung* der Kolonien durch Heranziehung neuer junger und begeisterter Elemente aus Europa. Es mußte eine Blutauffrischung stattfinden, um dem alternden Organismus neue Spannkraft zu geben. Und das war ja gerade unser Glück, daß wir zwar arm an Mitteln, aber immer noch reich an opferwilligen Menschen waren.

Es gab in Palästina Leute, die es als ganz selbstverständlich betrachteten, daß, wenn überhaupt die Zionistische Organisation in Palästina praktisch arbeiten wolle, sie nichts anderes tun könne, als was man bisher getan habe: die bestehenden Kolonisten zu unterstützen und neue Kolonisten durch Gewährung der notwendigen Mittel zu schaffen. »Ihr wollt einen Herzlwald pflanzen und Geld dafür ausgeben? sehr gut; übergebt es den Kolonisten der Nachbarschaft, damit sie das Geld verdienen. – Ihr habt den JNF.? vortrefflich; kauft mit dem Geld Boden bei einer Kolonie und siedelt darauf neue Kolonisten an.« Es gab in Palästina aber auch nicht wenig Leute, die überhaupt jede Tätigkeit seitens der Organisation für verderblich hielten. Für sie war das A und O ihrer Weisheit, daß nur die Privatinitiative dem Kolonisationswerk helfen könne und daß jede Tätigkeit einer Administration gar nichts wert sei. Es gab schließlich auch Leute, Schüler von Achad Haam, die in einer meines Erachtens mißverständlichen Auffassung der Lehren ihres Meisters überhaupt von kolonisatorischer Arbeit nichts wissen wollten. Nach ihrer Meinung mußte sich die Zionistische Organisation, wenn sie in Palästina praktisch arbeiten wollte, ausschließlich die Förderung der hebräischen Sprache, des Schulwesens und sonstiger kultureller Institutionen zum Ziel setzen, um dadurch in Palästina möglichst rasch ein *jüdisches Kulturzentrum* zu schaffen.

Sie wissen alle, daß wir in Palästina weder den Weg der alten Kolonisation gegangen sind, noch still und stumm auf die Privatinitiative gewartet, noch ausschließlich Kulturarbeit getrieben haben. Den Weg der alten Kolonisation konnten wir schon deshalb nicht gehen, weil unsere Mittel dazu viel zu klein waren. Mit den damaligen Jahreseinnahmen des JNF. hätten wir gerade ein Dutzend neue Kolonisten ansiedeln, mit den Geldern der Ölbaumspende einigen alten Kolonisten und hundert arabischen Arbeitern für ein paar Jahre Verdienst geben können. Wäre es nicht lächerlich gewesen, hiermit die praktische Arbeit, von der man so viel gesprochen und für die man ein eigenes Amt gegründet hatte, zu beginnen? Und auf die Privatinitiative

warten, hieß einfach die Arbeit ad calendas graecas vertagen. Was sollte denn den jüdischen Kapitalisten bewegen, seine Gelder in Palästina anzulegen? Und wie hätte er es überhaupt tun können? Wenn er in die jüdischen Kolonien kam und dort nur alte Leute und die allgemeine Mutlosigkeit sah, so erlebte er eine furchtbare Enttäuschung, und meist galt von ihm das Wort: da wendet sich der Gast mit Grausen. Wenn aber doch einmal jemand durchaus ein Stück Land kaufen und bewirtschaften wollte, so fehlte ihm auch hierzu die Möglichkeit. Keine Parzellierungsgesellschaft gab ihm dasjenige Land und so viel Land, als er gerade brauchte. Entweder vertröstete man ihn, daß später vielleicht einmal ein passendes Terrain gekauft werden würde, oder man bot ihm ein beliebiges, gerade käufliches oder gekauftes isoliertes Terrain an, mochte es in Lage, Qualität und Größe passen oder nicht. Es war ungefähr so, als wenn jemand in einen Laden tritt, um ein paar Schuhe zu kaufen und der Verkäufer ihm mit gewinnendem Lächeln ein lebendiges Rind anbietet, das er nur zu schlachten, zu häuten, zu gerben und zu verarbeiten brauche, um die gewünschten Schuhe zu haben. Wenn dann der Käufer für ein solches Angebot kein Verständnis zeigte und der Kauf nicht zustande kam, so war natürlich der Käufer schuld, denn jetzt sei es ja klar erwiesen, daß er gar nicht ernstlich kaufen wolle und daß es überhaupt keine ernstlichen Käufer für Boden gebe. Glauben Sie nicht, daß ich mit dieser Schilderung übertreibe, man konnte eine solche Meinung damals in Palästina von den berufensten Stellen hören. So stand es also mit der Privatinitiative. Es war klar, daß von dieser gar nichts zu erwarten war, wenn man nicht in ganz anderer Weise als bisher vorging und ihre Wege erleichterte.

Blieb noch die kulturelle Tätigkeit. Ich sprach oben von einer mißverständlichen Auffassung der Lehren Achad Haams. Ich glaube, daß Achad Haam die Ansicht vertritt, daß eine große und starke jüdische Gemeinschaft in Palästina später auch eine jüdische Kultur ausbilden und daß diese Kultur dann auch auf die Juden der Galut ausstrahlen und ihr jüdisches Gefühl stärken werde. Aber es heißt diese richtige Auffassung zu einer

Farce machen, wenn man daraus die Forderung ableitet, in Palästina nun zunächst und ausschließlich jüdische Kultur zu schaffen. Ich will hier gar nicht das schwere Geschütz des historischen Materialismus auffahren, um nachzuweisen, daß eine jüdische Kultur in Palästina nicht das Prius, sondern nur das Posterius der Entwicklung sein, das heißt erst dann erwachsen kann, wenn in Palästina eine jüdische Bevölkerung lebt, welche sich bodenständig und materiell gefestigt fühlt, und für die nunmehr eine gute Erziehung ihrer Kinder und die Beschäftigung mit Wissenschaft und Kunst ein Lebensbedürfnis ist. Aber völlig aussichtslos wäre es, wenn man unter den jetzigen Verhältnissen, wo wir erst eine kleine Minderheit im Lande bilden, durch vermehrte Schaffung von Bildungsanstalten künstlich das Reifen einer jüdischen Kultur beschleunigen wollte. Erstens müßten alle diese Anstalten ihre Mittel und Lehrkräfte für lange Zeit noch vom Auslande beziehen und würden damit vom Auslande abhängig sein. Sodann würde aber alle Mühe, die Jugend nationaljüdisch zu erziehen, für die Schaffung einer jüdischen Kultur in Palästina vollständig zwecklos sein, wenn nicht die Schüler nach Absolvierung der Schule in einer jüdischen Kolonie oder in einem jüdischen Milieu in den Städten eine Existenz finden. Heute ist das noch nicht der Fall. Viele junge Leute müssen Palästina verlassen und sich im Ausland eine Existenz gründen, wodurch sie für Palästina verlorengehen. Da aber die Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse viel schwieriger und langwieriger ist als die Schaffung von Erziehungsanstalten, so ergibt sich schon daraus, daß man zur Zeit im Interesse einer kommenden jüdischen Kultur nichts Besseres tun kann, als die wirtschaftliche Position der Juden in Palästina zu verstärken. Aber wie?

Die ersten erforderlichen Schritte

Ich will Ihnen nicht all die Überlegungen wiederholen, die mich zu der von mir schließlich angenommenen Lösung führten; ich will Ihnen nur diese Lösung selbst nennen. Sie hieß: Schaffung

einiger landwirtschaftlicher Großbetriebe im Norden und Süden des Landes; ferner Schaffung einer großen Parzellierungsgesellschaft, und zwar einer solchen für ländlichen und einer für städtischen Boden. Die Parzellierungsgesellschaften sollten den Privatkapitalisten Boden in solcher Form anbieten, daß er für sie unmittelbar verwendbar war. Und die Farmen sollten folgende Aufgaben erfüllen:
1) sie sollten die jungen Leute, die sie als Arbeiter beschäftigten, landwirtschaftlich ausbilden, damit sie nachher als gelernte Arbeiter in die Kolonien gehen könnten;
2) sie sollten, zum Teil wenigstens, durch genossenschaftliche Organisation der Arbeiter auf der Basis der freien Zuwahl der Genossen den Charakter und das Verantwortungsgefühl der Arbeiter stählen und eine *Auslese der Tüchtigsten* herbeiführen;
3) sie sollten alle technischen Neuerungen erproben und eine Form des Betriebes zu finden suchen, die den besonderen Eigenschaften des Juden und den speziellen Erfordernissen der jüdischen Kolonisation angepaßt ist;
4) sie sollten sich, da ja in ihnen nur jüngere und größtenteils aus nationaler Begeisterung eingewanderte Leute vorhanden waren, zu Zentren reinen nationalen Lebens ausbilden;
5) sie sollten den Privatkapitalisten nicht nur durch ihr frischeres Leben Mut einflößen, sondern auch praktisch den Nachweis erbringen, daß landwirtschaftliche Betriebe mit jüdischen Arbeitern durchaus möglich sind und so die Privatkapitalisten zur Nacheiferung anspornen.
Also damit – Schaffung von Farmen und Parzellierungsgesellschaften – war die Aufgabe präzisiert; es handelte sich jetzt darum, diese Aufgabe zu verwirklichen. Ich hatte, um für die Lösung der Aufgabe nicht ganz hilflos zu sein, nach meiner ersten Palästinareise vor Übernahme des Amtes die Gründung einer ländlichen Parzellierungsgesellschaft mit wenigstens einer Million Mark Kapital verlangt. Wirklich wurde daraufhin die PLDC. gegründet. Aber statt des Kapitals von einer Million Mark hatte sie, als ich im Frühjahr 1908 nach Palästina hinüberging, knapp den zehnten Teil, 100 000 Mark. Dieses Kapi-

tal und die etwa 200000 Mark des Vereins Ölbaumspende zur Pflanzung des Herzlwaldes waren – abgesehen von den nicht für Kolonisation verfügbaren 100000 Mark des Palästina-Industrie-Syndikates – die gesamte Morgengabe, die man dem Palästina-Amt auf den Weg gab. Denn die drei Terrains des JNF. (Kinneret, Ben Schemen und Hulda), die uns gleichzeitig zur Verfügung gestellt wurden, waren nicht ein Vorteil, sondern eine Last. Sie waren an Araber verpachtet und durch Raubbau vollständig ausgesogen. Zwei von ihnen waren in Anbetracht ihrer isolierten Lage viel zu klein, nur 2000 Dunam groß, so daß sie eigentlich für keinen einzigen landwirtschaftlichen Zweck paßten, wozu noch kam, daß die Frage der Wasserversorgung auf beiden Terrains noch ungelöst war. Auf der anderen Seite war es eine gebieterische Notwendigkeit, mit diesen Terrains des JNF. irgend etwas anzufangen. Verkaufen durfte der JNF. sie nicht, das verboten ihm seine Statuten; sie an Juden zu verpachten, war unmöglich, denn kein Jude konnte daran denken, in diese ausgesogenen Böden die großen Beträge hineinzustecken, die zu ihrer Bewirtschaftung notwendig waren; die weitere Verpachtung an Araber verbot sich deshalb, weil es von Jahr zu Jahr schwieriger geworden wäre, den Boden von den Pächtern zurückzubekommen, und ein Brachliegenlassen des Bodens endlich war mit Rücksicht auf die türkische Gesetzgebung ausgeschlossen. Also blieb nur übrig, den Boden in eigene Bewirtschaftung zu nehmen. Aber dafür wollte und konnte der JNF. kein Geld hergeben, weil die Sache zu riskant war. Aus diesem Dilemma schien es überhaupt keinen Ausweg zu geben.

So standen also die Dinge. Und mehr als einmal deuchte es mir vermessen, mit den winzigen Mitteln an all diese Aufgaben heranzutreten und mit 300000 Mark etwas Nachhaltiges für ein Kolonisationswerk tun zu wollen, für welches der Baron Rothschild, wie man sagt, bereits mehr als fünfzig Millionen Mark ausgegeben hatte.

Gründung der Farm Kinneret

Aber schließlich siegte der Optimismus. Ich sagte mir: ein Anfang ist die Tat. Die Tat hieß: *Kinneret.* Ich entschloß mich, die Mittel der PLDC. zu benutzen, um auf dem Boden des NF. in Kinneret einen Farmbetrieb einzurichten. Als dies in Palästina bekannt wurde, versammelte sich in Jaffa der damals bestehende Palästinarat und nahm in vielen Sitzungen und in einem ausführlichen Memorandum energisch gegen dieses Projekt Stellung. Seine Hauptargumente waren zwei:

1) die Farm wird eine Administration haben und kann schon deshalb nicht taugen;

2) an die in der veröffentlichten Rentabilitätsberechnung in Aussicht gestellte Rentabilität ist nicht zu denken.

Bei dem ersten Argument spielte eine Begriffsverwirrung mit, die in ganz Palästina damals geläufig war. Man verknüpfte seit der Kritik Achad Haams mit dem Begriffe Administration unvermeidlich stets den Begriff der Bevormundung; man sah nicht ein, daß ein Administrator im Sinne Achad Haams, der als eine Art Protektor und Vermittler zwischen einem fernen Geldgeber und den quasi-selbständigen Kolonisten stand, etwas vollständig anderes ist als der Verwalter einer Farm, in der Lohnarbeiter beschäftigt sind. In diesem Punkte hatte also der Palästinarat unrecht; dagegen hatte er in dem zweiten Punkte vollständig recht. Es war in der Tat ein Irrtum, wenn ich auf Grund der von Fachleuten aufgestellten Rentabilitätsberechnung annahm, daß die Farm schon im ersten vollen Wirtschaftsjahr eine Rente abwerfen würde. Die Erfahrung hat mich inzwischen belehrt, daß die Okkupation neuen Bodens in Palästina so viele 'faux frais' mit sich bringt, daß in den ersten Jahren eine Rentabilität ausgeschlossen ist. Aber ich bereue heute diesen Irrtum nicht. Hätte ich nicht irrtümlicherweise eine baldige Rentabilität des Betriebes angenommen, so hätte ich vielleicht nicht den Mut gehabt, die Farm zu begründen; und dann wäre das Ufer des Tiberias-Sees noch heute wüst und leer, die Ica hätte nicht ihre wenigen Kolo-

nisten dort ansiedeln können, die Gesellschaft Haachusa in St. Louis hätte nicht daran gedacht, dort die erste neue große Pflanzungskolonie anzulegen, an die sich so viele Hoffnungen knüpfen, die Kapitalisten, die ein Jahr später Migdal kauften, hätten nie den Mut dazu gehabt, wenn nicht die Farm Kinneret ihnen den Weg gewiesen hätte, und schließlich wäre selbstverständlich Deganja, unsere schönste palästinensische Farm, wäre die Farm für die landwirtschaftliche Erziehung von Mädchen in Kinneret, wäre auch der Kauf von Merchawja unmöglich gewesen. Kinneret hat viel dazu beigetragen, daß heute Untergaliläa ein so frisches Leben zeigt und sich so vorteilhaft von Obergaliläa abhebt. Ein Irrtum, der zum schnellen Handeln anregt, kann oft wertvoller sein als hundert Wahrheiten, die den Mut lähmen und zur Untätigkeit verurteilen. Solch ein Irrtum war Kinneret. Ich hoffe, daß man einst Kinneret als unseren ersten Schritt zur Wiederbelebung des stagnierenden Kolonisationswerkes noch preisen wird, wenn das Defizit, das es uns in den ersten Jahren brachte und das ja übrigens durch die Wertsteigerung des Bodens mehr als gedeckt ist, längst vergessen sein wird.

Hulda und Ben Schemen

Was in Kinneret, im Norden des Landes, für Rechnung des PLDC. geschah, erfolgte im Süden, auf dem Boden des JNF. in Hulda und Ben Schemen für Rechnung der Ölbaumspende. Ich sagte schon oben, daß diese Terrains wegen ihrer isolierten Lage, ihrer Kleinheit und der Schwierigkeit der Wasserversorgung für eine landwirtschaftliche Bearbeitung nicht günstig waren. Es wäre zum Beispiel viel besser gewesen, statt zweier Terrains von je 2000 ein Terrain von 4000 Dunam zu haben; die Ausgaben für Verwaltung, Gebäude, Wasserbeschaffung, Bewachung hätten sich dadurch viel niedriger gestellt. Aber es stand nicht in unserer Macht, dies zu ändern. Die Terrains waren einmal da und erheischten die Bearbeitung. Da wäre es natürlich ganz verkehrt gewesen, wenn wir diese Terrains wegen der angeführten Mängel ihrem Schicksal überlas-

sen und für den Herzlwald ein neues Terrain gekauft hätten. Es war immer noch besser, auf diesen Terrains mit höheren Kosten den Herzlwald zu pflanzen, als sie allen Gefahren preiszugeben, die mit der bis dahin geübten Verpachtung an Araber verbunden waren. Die beiden Farmen bestehen jetzt fünf, bzw. vier Jahre. Sie haben alle Aufgaben erfüllt, derentwegen sie gegründet waren. Freilich, wenn man die Pflanzung des Herzlwaldes als Selbstzweck betrachtet, so hätte man wahrscheinlich leichter dazu kommen können, wenn man die Anpflanzung unter Aufsicht einiger Kolonisten durch die Araber der Umgegend hätte vornehmen lassen. Es bestand damals in unseren Kreisen große Neigung dazu. Aber ich rechne es mir zum Verdienst an, daß ich diesen Wünschen nicht nachgegeben und von vornherein die Pflanzung des Herzlwaldes nicht als Selbstzweck behandelt, sondern aus ihr ein Mittel zur Errichtung und Unterhaltung zweier Farmen gemacht habe. Der Herzlwald selbst kommt dabei nicht zu kurz; seine Anpflanzung ist fast beendet, und in drei bis vier Jahren werden wir bereits die ersten Erträge haben. Allerdings ist es möglich, daß der einzelne Ölbaum sich nicht auf sechs Mark, wie man vor mehr als zehn Jahren berechnet hatte, sondern einige Mark teurer stellen wird, oder daß der Preis von sechs Mark als Durchschnitt nur dann bestehen bleiben wird, wenn man auch die anderen, als Zwischenkulturen gepflanzten Bäume hinzurechnet. Ich weiß nicht, ob bei irgendeiner anderen Wirtschaftsart, selbst mit arabischen Arbeitern, der Ölbaum heute mit sechs Mark zu pflanzen ist, denn die Preise für menschliche und tierische Arbeit sind in Palästina in den letzten zehn Jahren gestiegen, und man rechnet heute allgemein die Kosten für den Dunam Oliven ohne den Bodenpreis auf neunzig bis hundert Mark, also für den Baum auf neun bis zehn Mark. Aber auch selbst wenn in unserem Farmbetriebe mit jüdischen Arbeitern die Kosten höher wären, kann nach meiner Meinung noch immer nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß wir doch diesen Weg gehen müssen, weil die Farmen für uns einen unschätzbaren kolonisatorischen Wert haben. *Die Farm Ben Schemen zum Beispiel hat als erste die*

Milchwirtschaft in den jüdischen Kolonien eingeführt. Bis dahin hatte keine einzige jüdische Kolonie eine rationelle Milchwirtschaft; kein einziger Liter Milch kam von den jüdischen Kolonien zum Verkauf in die Stadt. An schönen Reden an die Kolonisten, daß sie sich doch der Milchwirtschaft annehmen möchten, hat es nicht gefehlt, aber der Erfolg war gleich Null. Man hörte stets den Einwand, daß im Winter der Milchpreis zu niedrig sei, um die Milchproduktion lohnend zu machen, und im Sommer, wenn der Milchpreis hoch sei, fehle es an Futter und deshalb auch an Milch. In mehrjährigen Versuchen, bei denen wir vieles den Erfahrungen der benachbarten deutschen Kolonien verdanken, hat der Leiter unserer Farm Ben Schemen den Futterbau studiert und durchgeführt. Der Erfolg war, daß die benachbarte Kolonie Ekron die Sache sofort nachmachte und daß heute Ben Schemen und Ekron Tel Awiw täglich mit Milch und Milchprodukten versorgen. Andere Kolonien sind im Begriff, dasselbe zu tun. Was theoretische Belehrungen und Ermahnungen niemals vermocht hätten, hat das praktische Beispiel in kürzester Zeit bewirkt. Wir werden den Kolonien bei der Aufnahme der Viehwirtschaft in einiger Zeit noch eine weitere wesentliche Hilfe leisten können. Die Rinderrasse Palästinas ist schlecht und gibt wenig Milch. Wir haben uns für die Farm Ben Schemen eine Anzahl guter Zuchttiere vom Libanon beschafft, und aus diesem Stamm werden wir allmählich alle Kolonien mit guten Zuchttieren versorgen können. Die Folgen dieser Aufnahme der Viehwirtschaft sind ganz unübersehbar, denn Viehwirtschaft gibt Dünger, und Dünger gibt gute Ernten. Einen außerordentlichen Nutzen haben die beiden Farmen auch dadurch gebracht, daß sie als erste die Anpflanzung von Oliven und Mandeln im Großbetriebe mit jüdischen Arbeitern durchführten und dadurch für die privaten Pflanzungsgesellschaften ein lebendiges Vorbild schufen. Wenn wir den für den Fortschritt der Kolonisation so außerordentlich wichtigen Typus der Pflanzungsgesellschaften schaffen und die zahlenmäßigen und technischen Unterlagen dafür liefern konnten, so verdanken wir dies zum großen Teile den Erfahrungen, die uns unsere Farmen gaben.

Die Erziehung jüdischer Landarbeiter

Als den größten Nutzen der Farmen sehe ich aber *die Heranbildung von jüdischen Arbeitern* an. Wenn in den letzten Jahren der fast schon versiegte Zustrom von jungen Leuten nach Palästina wieder zu fließen beginnt, wenn die Zahl der jüdischen landwirtschaftlichen Arbeiter, die vor fünf Jahren kaum dreihundert betrug, sich inzwischen verfünffacht hat, so ist dies nach übereinstimmender Ansicht aller Kenner der Verhältnisse in erster Linie den neuen Farmen zuzuschreiben. Ohne die Farmen hätten die jungen Leute zum allergrößten Teil keine landwirtschaftliche Beschäftigung finden können. Der junge Einwanderer ist im Anfang durch den Klimawechsel und durch seine Unkenntnis meist ein so schwacher Arbeiter, daß kein privater Kolonist ihn beschäftigen will. Der Kolonist will und kann auch häufig kein Lehrer sein und will und kann seinen Betrieb nicht zu einer Schule machen. Er braucht einen Arbeiter, der die Arbeit schon kennt. Die Folge ist, daß der *erfahrene* jüdische Arbeiter in den Kolonien jederzeit Arbeit finden kann, der neue Ankömmling aber wochenlang vergeblich nach Arbeit sucht. Dieser Mißstand war seit langem bekannt, und es sind schon viele Mittel zu seiner Beseitigung vorgeschlagen worden. Aber erst unsere Farmen haben, indem sie neue Einwanderer als Arbeiter aufnehmen und ein volles Jahr ausbilden, praktisch eingegriffen und Besserung gebracht. Im Laufe der vier bis fünf Jahre ihres Bestehens haben Ben Schemen und Hulda eine stattliche Zahl von Arbeitern ausgebildet, und fast alle sind in Palästina geblieben und haben in den Kolonien ihre Existenz gefunden. Was sie ihrerseits für die Neubelebung der Kolonien leisten, dafür will ich Ihnen ein Beispiel erzählen. Im vorigen Jahre kauften wir in der seit zwanzig Jahren existierenden Kolonie Kastinie (Beer Tuwja) etwa tausend Dunam Boden und verkauften ihn an auswärtige Käufer. Da die neuen Käufer nicht so schnell kamen und der Boden bearbeitet werden mußte, schickten wir zu diesem Zweck acht Arbeiter aus Ben Schemen und Hulda nach Kastinie. Etwa ein halbes Jahr später kamen

die Käufer, und wir wollten nunmehr unsere Arbeiter wieder aus Kastinie zurückziehen. Da erschien bei mir vollzählig der Waad von Kastinie und bat mich flehentlich, das nicht zu tun und die Arbeiter weiter in Kastinie zu belassen. Seitdem die Arbeiter dort seien, herrsche ein ganz anderes Leben in der Kolonie; durch die Arbeiter hätten sie überhaupt erst gelernt, was Arbeit sei, und sie sähen jetzt ein, daß ihre ganze frühere Arbeit »ein Gelächter gewesen sei« (ich zitiere wörtlich). Sie seien »abgeschwächt« gewesen und hätten die Arbeit schon verlernt; jetzt begännen sie selbst wieder aufs Feld zu gehen. Sie hätten, da sie ja nur eine kleine Kolonie und alte Leute seien, vor den Nachbarn gezittert und hätten kaum Mut gehabt, in diesem Jahre überhaupt zu säen; jetzt, nach der Ankunft der Arbeiter, zitterten die Nachbarn vor ihnen.
Ohne die Arbeiter ist die Kolonie abgestorben, mit ihnen lebt sie. Ich denke, solche Fakten sprechen mehr als lange Abhandlungen und sind die beste Rechtfertigung für den von uns eingeschlagenen Weg.

Profit und nationales Interesse

Sie werden jetzt wohl auch verstehen, weshalb die mehrfach gehörte Forderung, wir müßten kaufmännisch arbeiten, für die kolonisatorische Arbeit in Palästina absolut nicht paßt. Wollten wir kaufmännisch arbeiten, so müßten wir unsere Arbeit ausschließlich daraufhin einstellen, daß jeder Betrieb am Ende jedes Jahres einen möglichst hohen Profit bringt; die Zionistische Organisation und ihre Institute glichen dann etwa einer Aktiengesellschaft zur Erzielung möglichst hoher Dividenden. Nun, ich bin selbst lange Jahre Kaufmann gewesen, und meine kaufmännischen Instinkte sind vielleicht nicht geringer als bei irgendeinem anderen Juden. Aber ich rechne es mir gerade als Verdienst an, *daß ich imstande bin, diese kaufmännischen Instinkte überall den höheren Anforderungen unserer nationalen Bewegung unterzuordnen.* Wo keine kolonisatorischen Gesichtspunkte vorherrschend sind, legen auch wir Wert auf Geldver-

dienen, und die Arbeit und die Dividenden der Immobiliengesellschaft zum Beispiel beweisen, daß wir das gar nicht schlecht verstehen. Aber nur jemand, der ganz und gar im kaufmännischen Getriebe verstrickt ist und über den Profithorizont nicht hinausblicken kann, kann verlangen, daß dieser Profitstandpunkt auch in unserer ganzen kolonisatorischen Arbeit maßgebend sei. Ich sehe zum Beispiel in der Ausbildung von Arbeitern oder in der obenerwähnten Neubelebung einer Kolonie, die in den Büchern des Kaufmanns natürlich gar keinen Wert haben, Aktivposten von größtem Werte. Ich kann es mit größter Bestimmtheit sagen: *die für den Kaufmann profitabelsten Unternehmungen in Palästina sind häufig für unsere nationale Aufgabe die unprofitabelsten; und umgekehrt sind viele kaufmännisch unprofitable Unternehmungen von höchstem nationalem Wert.* Ich verstehe überhaupt nicht, wie man sich vorstellen kann, daß eine Tätigkeit, die zum größten Teil darauf gerichtet ist, die Juden beruflich umzuschichten und aus Städtern zu Landwirten zu machen, nach Profitrücksichten geleitet werden kann. Mit demselben Recht könnte man verlangen, daß unsere Schulen Dividende zahlen. Ich verstehe aber auch nicht, wie man glauben kann, daß eine so *gigantische Aufgabe,* wie es die Heranbildung von städtischen Juden zur Landwirtschaft ist, ohne solche Erziehungsstätten und ohne jede Mithilfe unsererseits gelöst werden kann. Wollten wir systematisch vorgehen, so müßten wir Dutzende von landwirtschaftlichen Schulen und Lehrfarmen gründen; wenn wir es nicht tun, so nicht deshalb, weil es nicht nötig ist, sondern weil der Mangel an Mitteln uns zur Beschränkung zwingt.

Es ist auch irrig, wenn man glaubt, die Kolonisation dadurch auf eine kaufmännische Basis stellen zu können, daß wir uns darauf beschränken, *bankmäßige Kredite* an Ansiedler zu geben. *Ich verkenne nicht die große Rolle, die dem Kreditwesen in der Kolonisation zufällt, aber es kann diese Rolle nur dann spielen, wenn ihm Kolonisationsgesellschaften als Schrittmacher vorangehen.* Es müssen erst neue beleihungsfähige Objekte geschaffen werden, bevor Agrarkredit gegeben werden kann. Es be-

steht also nicht etwa ein Gegensatz zwischen unseren Kolonisationsgesellschaften und dem bankmäßigen Kreditwesen, sondern sie sind im Gegenteil aufeinander angewiesen und müssen sich gegenseitig ergänzen. *Ohne Agrarkredit ist keine größere Kolonisation, aber ohne vorhergehende Kolonisationsarbeit ist auch kein Agrarkredit möglich.* Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es vollständig falsch ist, das Verleihen von Geld, womit sich unsere Bank beschäftigt, mit kolonisatorischer Tätigkeit zu vergleichen. Geldverleihen ist ein Geschäft, das wir Juden leider seit zwei Jahrtausenden mehr als zuviel betreiben; es wäre also mehr als merkwürdig, wenn wir auf dem Gebiete, auf dem wir in allen Ländern der Welt exzellieren, nicht auch in Palästina etwas leisten sollten. Aber wo in der Welt finden Sie jüdische Kolonisatoren, wo finden Sie landwirtschaftliche Sachverständige, Leiter und Arbeiter, wo finden Sie ein Schema oder Vorbild für solche Arbeit? Hier müssen wir selbst erst mit Schweiß und Blut durch dichtestes Gestrüpp unseren Weg bahnen, dort finden wir einen breiten ausgetretenen Weg. Ist es da möglich, die Leute, welche auf dem ersten Wege sich Schritt für Schritt das Vorwärtskommen erkämpfen müssen, mit jenen zu vergleichen, die auf dem anderen Wege freie Bahn vor sich haben?

Die Perspektive unserer Arbeit

Mancher meint, daß unsere kolonisatorische Tätigkeit in Palästina schon ungeheuer groß sei. Mir kommt sie leider im Verhältnis zu unserer Aufgabe jämmerlich klein vor. Diese Kleinheit ist sogar meine größte Sorge. *Alle Schwierigkeiten unserer Arbeit werden mich nicht abschrecken, solange diese Arbeit selbst eine große Perspektive hat und mir ein Anfang zu Größerem scheint.* Aber ich müßte und wir alle müßten in dem Moment verzweifeln, wo wir diese Perspektive nicht mehr haben. Deshalb ist es nötig, daß die Anfänge nicht gar zu winzig sind, die Basis unserer Arbeit nicht gar zu schmal ist, *denn der Anfang bestimmt die Expansionsbreite in der Zukunft.* Selbst wenn un-

sere Arbeit nur vorbereitende Arbeit ist und nur Versuche darstellt, so muß sie doch gewisse Dimensionen haben. Sie wissen aus den Naturwissenschaften, daß ein Versuch oft gar nichts besagt, aber eine Reihe von Versuchen mit variierten Bedingungen liefert entscheidende Resultate. Und noch eins. Früher hatte unsere Bewegung in der Charter-Idee ein großes Ideal. Wir haben uns jetzt damit abgefunden, daß wir unser Ziel nicht durch den Charter, sondern durch praktische Arbeit in Palästina erreichen müssen. Auch aus diesem Grunde darf die Arbeit nicht zwerghaft sein. Ich würde es deshalb als ganz falsch ansehen, wenn wir aus übergroßer Vorsicht uns zur Maxime machten, Reserven anzusammeln und auch das Wenige nicht zu tun, was wir mit unseren Mitteln tun können. *Bei meiner Tätigkeit mußte stets der letzte Pfennig mitarbeiten. Für eine Sparbüchsenpolitik ist die Zeit zu kurz und die Aufgabe zu dringend. Alle aufgesammelten Millionen werden bei der fortschreitenden Entwicklung Palästinas das nicht gut machen können, was wir jetzt versäumen, und Millionen werden vielleicht später nicht ausreichen, wo jetzt Hunderttausende genügen.*

Ich will noch ein Argument der Kaufleute berühren, das ich manchmal gehört habe. Man sagt, daß unsere Farmen schon deshalb auf Erzielung von Profit ausgehen müßten, weil nur dadurch das Privatkapital herangezogen werden kann. Aber um sich zu überzeugen, daß die Landwirtschaft in Palästina profitabel sein kann, braucht der Privatkapitalist gar nicht die Ergebnisse unserer Farmen abzuwarten. Er kann in jeder judäischen Kolonie erfahren, daß Pflanzungen einen hohen Gewinn abwerfen. Man soll die Ziele nicht verwirren. Unsere Farmen haben vorläufig noch andere, höhere Aufgaben als die Erzielung von Profiten. Was man von ihnen verlangen kann, ist, daß diejenigen unter ihnen, die nicht alljährlich neue Arbeiter aufnehmen, sondern größtenteils mit gelernten Arbeitern arbeiten, Rente bringen. Das bahnt sich in Kinneret und Deganja auch bereits an. Es geht langsam, weil die Erfahrungen im Farmbetrieb mit jüdischen Arbeitern noch sehr jung sind und eine neue Technik erst im Entstehen begriffen ist.

Jüdische Arbeit

Nach all dem oben Gesagten kann ich mich über eine andere häufig gehörte Frage, weshalb wir in unseren Farmen nur jüdische Arbeiter beschäftigen, ganz kurz fassen. Von meinem Standpunkt aus hat die Frage überhaupt keinen Sinn, denn die Farmen sind uns ja nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu gewissen Zwecken, und unter diesen Zwecken nimmt die Ausbildung jüdischer landwirtschaftlicher Arbeiter die erste Stelle ein. Und nicht nur für einfache Arbeiter, auch für die Ausbildung von Vorarbeitern und Leitern sind die Farmen fast unerläßlich. Wir bekommen ja auch unsere Agronomen nicht fix und fertig geliefert, sondern müssen sie erst durch die Arbeit erziehen. Solange man für die ebenso wichtige wie schwierige Erziehung von Städtern zur Landwirtschaft keinen anderen Weg zeigt, werden die Farmen diesen Erziehungszwecken auch weiterhin dienstbar sein müssen. Sie werden uns dann statt Zinsen etwas viel Notwendigeres geben: nämlich Menschen.

Ich will nur nebenbei bemerken, obwohl es gar nicht so unwichtig ist, daß wir bei unserer Methode unsere Farmen zugleich zu Pflegestätten jüdischen Geistes und der hebräischen Sprache machen. Und ferner: *nur wenn wir in Palästina ein »Werk unserer Hände« schaffen und nicht Exploitatoren fremder Arbeit sind, erwerben wir uns ein moralisches Recht auf den Boden, den wir juristisch erworben haben.*

Damit ist auch klar, daß wir bei der Beschäftigung jüdischer Arbeiter in keiner Weise von einer Animosität gegen die Araber, die ja gute profitable Arbeiter sind, geleitet werden, sondern nur von dem Bestreben, *uns selbst zur Arbeit zu erziehen und unseren Boden mit unserem eigenen Schweiße zu düngen.* Es ist selbstverständlich, daß wir überall auch Nichtjuden beschäftigen sollen und können, wo die Arbeit es verlangt und uns gleichwertige jüdische Arbeitskräfte nicht zu Gebote stehen.

Die Arbeiterfrage

Ich brauche kaum zu sagen, daß mit der Beschäftigung von jüdischen Arbeitern auf unseren Farmen die Arbeiterfrage noch in keiner Weise gelöst ist. Obwohl nach dem Vorbild unserer Farmen auch alle anderen seitdem von Privatleuten und Gesellschaften gegründeten Farmen mit jüdischen Arbeitern arbeiten – auch ein nicht gering anzuschlagender Erfolg unserer Farmen –, und obwohl in all diesen Farmen zur Zeit bereits über vierhundert jüdische Arbeiter beschäftigt werden, so behält die Arbeiterfrage doch noch viele Stachel. Zunächst ist klar, daß die jungen Leute nicht ewig Lohnarbeiter bleiben wollen und sollen, die nur gerade eben den knappen Lebensunterhalt für sich selbst verdienen. Sie müssen eine Möglichkeit haben, wirtschaftlich vorwärts zu kommen und eine Familie zu gründen. Da wir mit einer Wiederaufnahme des früheren Kolonisationssystems, das auch ganz unbemittelten Leuten zu einer vollen Kolonistenstelle verhalf, kaum rechnen können, so sehe ich nur zwei Existenzmöglichkeiten: die erste Möglichkeit ist die Existenz als Häusler, der neben seinem Häuschen auf einigen Dunam Boden etwas Gemüsebau und Geflügelzucht treibt und eine Kuh oder ein paar Schafe hält, in der Hauptsache aber von Lohnarbeit in einer Pflanzungskolonie lebt. Vielleicht wird es mit zunehmender Erfahrung besonders auf dem Gebiete des Gartenbaues möglich sein, allmählich den Typus eines *Häuslers* zu schaffen, für den die eigene kleine Wirtschaft die Hauptsache ist und die Lohnarbeit nur eine Nebenrolle spielt. Die Schaffung einer Häuslerstelle kostet durchschnittlich nur 2000 bis 3000 Francs für den Bau des Häuschens, den Boden und die Wasserversorgung. Für das geringe bewegliche Inventar genügen einige hundert Francs. Solche Häuslerstellen könnten wir durch Kreditgewährung für Häuschen, Boden und Wasserinstallation auch mit unseren beschränkten Mitteln alljährlich in beträchtlicher Anzahl schaffen, zumal wir auf diesem Gebiet mit dem Odessaer Komitee, mit dem Kolonisationsverein Ezra und noch anderen Kolonisationsgesellschaften zu-

sammenwirken. Die Arbeitersiedlungen in Ejn Ganim, Beer Jakow, Nachlat Jehuda, Kfar Saba und Chedera sind die Früchte dieser gemeinsamen Tätigkeit. Aber diese Arbeitersiedlungen können nur in oder neben einer größeren Pflanzungskolonie bestehen, wo die Arbeiter Arbeit finden, und ihre Vermehrung ist deshalb immer von der Vermehrung der Pflanzungskolonien abhängig. Die unerwartet schnelle Verbreitung des Achusa-Gedankens eröffnet hier günstige Perspektiven.

Neben der Ansiedlung von Arbeitern als Häusler wäre es für unsere Kolonisationsarbeit sehr wünschenswert, Arbeiter auch auf der Basis des Körnerbaues zu Bauern zu machen, weil wir hierdurch in den Stand gesetzt wären, größere Terrains schnell unter den Pflug zu nehmen. Aber so wünschenswert diese Art der Kolonisation ist, so schwierig ist sie. Wollen wir nicht wieder in die Fehler der früheren Kolonisation verfallen, so müssen wir von den Ansiedlern nicht nur verlangen, daß sie für den Beruf gut vorbereitet sind – das sollen ja eben die Farmen tun –, sondern daß auch die Installierung so erfolgt, daß kein Geld dabei verlorengeht. Das setzt wiederum voraus, daß eine landwirtschaftliche Betriebsform mit vorherrschendem Getreidebau gefunden wird, welche dauernd befriedigende Erträge liefert, und daß der Ansiedler selbst wenigstens so viel besitzt, um das bewegliche Inventar aus eigenen Mitteln zu erwerben. In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß jeder Ansiedler mindestens 2000 Francs eigenes Kapital haben und für einen Kredit von mindestens 15 000 Francs völlige Sicherheit bieten muß. Da die jungen Leute zum allergrößten Teil ganz mittellos nach Palästina kommen, müßten sie diese 2000 Francs durch ihre Arbeit in Palästina selbst verdienen. Es ergeben sich also folgende drei Fragen:

1) In welcher Weise können Arbeiter in Palästina zu Ersparnissen kommen?

2) Welche Betriebsform auf der Basis des Getreidebaues liefert dauernd angemessene Erträge?

3) Wie läßt sich der für die Installierung solcher Kolonisten erforderliche Kredit von 15 000 Francs pro Kolonist beschaffen?

Vorläufig sind alle diese Fragen noch ungelöst. Wir können nur

sagen, daß wir an der Lösung arbeiten. Für die Erreichung von Ersparnissen erhoffe ich viel von den Arbeiter- und Siedlungsgenossenschaften, indem hier die Arbeiter durch überdurchschnittlichen Eifer hoffentlich allmählich auch überdurchschnittliche Einnahmen haben und davon etwas werden zurücklegen können. Auch ist es möglich, daß der eine oder andere Häusler Ersparnisse macht und dann ein Vollkolonist wird. Die technische Frage: wie ist der Getreidebau rentabler zu gestalten? wird von allen unseren Farmen mit Eifer studiert und praktisch erprobt. Für die Kreditfrage endlich soll eine Agrarbank sorgen, sobald die türkische Gesetzgebung das Hypothekenwesen in europäischem Sinne geregelt haben wird. Das in diesem Frühjahr erlassene neue Hypothekengesetz hat dies leider nicht getan, sondern ist auf halbem Wege stehen geblieben.

Eroberung der Arbeit in den Kolonien

Wir müssen uns deshalb damit zufrieden geben, daß die Lösung dieses Zentralproblems unserer Kolonisation noch einige Zeit dauern wird und daß wir zu seiner baldigen Lösung unser Bestes tun. Inzwischen müssen wir die anderen schon heute gangbaren Wege gehen, wie es die Form der Häuslersiedlung ist, und müssen außerdem dafür sorgen, daß ständig neue Einwanderer der Landwirtschaft zuströmen, damit wir für die Häusler- und später einmal für die Kolonistenstellen passende Bewerber zur Verfügung haben. Dazu genügen nicht unsere Farmen, die ja, um eine möglichst große Zahl von Arbeitern anzulernen, diese immer nur relativ kurze Zeit behalten können; *dazu ist nötig, daß der jüdische Arbeiter sich auch in den Kolonien seinen Platz erobert.* Das ist deshalb nicht leicht, weil der Lohn des jüdischen Arbeiters höher ist als der des arabischen Arbeiters. Der Araber hat einen niedrigeren 'standard of life' als der aus Europa einwandernde jüdische Arbeiter. Er hat außerdem meistens ein Häuschen und Nebeneinnahmen aus der eigenen Wirtschaft und aus der Mitarbeit von Frau und Kindern – während der jüdische Arbeiter nur auf seinen Arbeitslohn angewiesen ist,

obendrein noch Wohnungsmiete zahlen muß und viel mehr unter Krankheiten zu leiden hat als der bereits an das palästinensische Klima angepaßte Araber. In vielen Kolonien bilden die jüdischen Arbeiter nur eine kleine Minderheit, und zwischen ihnen und den Kolonisten herrschen Gegensätze, von denen die Arbeiterpresse voll ist. Man will diese Gegensätze auf das Prokrustesbett des Gegensatzes zwischen Kapitalisten und Proletariern spannen. Aber das heißt den Dingen Gewalt antun. Es handelt sich hier meines Erachtens einfach um den *Gegensatz des Alters und der Jugend.* Für den jungen Mann, der voll Begeisterung nach Palästina kommt, spielt die materielle Frage gegenüber der nationalen nur eine geringe Rolle; für den Kolonisten, der schon in reiferem Alter ist und für eine Familie zu sorgen hat, tritt die materielle Frage in den Vordergrund. Das ist psychologisch so leicht verständlich, daß es unnötig ist, darüber viele Worte zu machen. Begeisterung und Selbstaufopferung ist in der ganzen Welt das Vorrecht der Jugend, und wir können es bei unseren Arbeitern am allerwenigsten vermissen. Im Gegenteil, gerade wegen ihrer nationalen Begeisterung sind sie für uns so wertvoll. Unsere ganze Stellung zu den Arbeitern müßte sich in dem Augenblick ändern, wo sie diesen Idealismus verlieren und lediglich ihre materiellen Interessen hervorkehren würden. Ich sehe nicht ohne Besorgnis, daß sich solche Tendenzen hier und da geltend machen. Ich hoffe aber, daß die Gesamtheit der Arbeiter ihre Opferfreudigkeit bewahren und durch strenge Zucht auch die widerstrebenden Elemente in diesem Sinne erziehen wird.

Ich glaube, daß in den neuen Kolonien, die wir gegründet haben und noch gründen wollen, das Arbeiterproblem viel an Schärfe verlieren wird, weil wir von vornherein auf die Beschäftigung jüdischer Arbeiter Rücksicht nehmen und den ganzen Kolonieplan danach einrichten, so zum Beispiel bei den Pflanzungskolonien durch die gleichzeitige Ansiedlung von Häuslern. Die alten Kolonien dagegen sind, was die Arbeiterfrage anbetrifft, im Zuschnitt verpaßt, und ich glaube nicht daran, daß sich hier sehr viel ändern läßt. Was wir hier noch anwenden können, ist,

daß wir versuchen, die Konkurrenzfähigkeit des jüdischen Arbeiters nach Möglichkeit zu heben. Das tun wir, wenn wir in den Farmen die Arbeiter berufstüchtig machen oder wenn wir für sie in und bei den Kolonien Arbeiterhäuser, Arbeiterheime und Arbeiterküchen schaffen, welche die Lebenshaltung verbilligen. Eine größere Bedeutung hat *die von uns inaugurierte stärkere Einwanderung der jemenitischen Juden,* weil diese keine europäischen Gewohnheiten und Ansprüche mitbringen und deshalb ungefähr mit dem landesüblichen Lohn auskommen können.

Heranziehung von Kapital

Soviel über die Arbeiterfrage, das heißt die Heranziehung von Menschen. Bei der zweitwichtigen Frage, der Heranziehung von Kapital nach Palästina, kann ich mich weit kürzer fassen. Es hat sich im Laufe unserer fünfjährigen Tätigkeit gezeigt, daß man große Kapitalien für Palästina heranziehen kann, wenn man nur die Kapitalsanlage dem Kapitalisten in handlicher Form anbietet. Das ist uns gelungen, weil wir durch aufklärende Schriften den bemittelten Palästinafreunden in der Form der Pflanzungsgesellschaft (Achusa) einen leicht gangbaren Weg zeigten, und weil wir ferner in der PLDC. ein Institut für ländliche Parzellierung und in der im Jahre 1909 gegründeten Immobiliengesellschaft Palästina ein Institut für städtische Parzellierung geschaffen hatten. In den verflossenen fünf Jahren sind in die neugegründeten privaten Farmen etwa eine Million Francs investiert worden, und die PLDC. hat für etwa eineinhalb Million Francs, die Immobiliengesellschaft für etwa eine Million Francs Boden an Privatleute verkauft.
Die Umsätze des Palästina-Amts haben sich in den fünf Jahren verdreißigfacht. Sie betrugen in Einnahme und Ausgabe:

1908	208 000	Francs
1909	527 000	„
1910	1 138 000	„
1911	3 490 000	„
1912	5 552 000	„
Im I. Halbjahr 1913 .	3 593 000	„

Die größere Hälfte dieser Umsätze betrifft Investitionen privater Kapitalisten oder Gesellschaften.
Dabei wollen Sie beachten, daß diese Umsätze erzielt wurden, obwohl die von uns vertretenen Gesellschaften über lächerlich kleine Kapitalien verfügten. Der PLDC. stand, da sie ihr eigenes Kapital in Kinneret festgelegt hatte, nur ein Kredit des JNF. von etwa 250000 Francs zur Verfügung, die Immobiliengesellschaft hatte ein Kapital von 80000 Mark. Wir hatten wegen dieser geringen Mittel ungeheuere Schwierigkeiten bei unseren Transaktionen und hätten sicherlich noch viel mehr erreichen können, wenn die Gesellschaften über größeres Kapital verfügt hätten. Wenn Sie bedenken, daß der Bodenkauf in Palästina zu unseren wichtigsten Aufgaben gehört, und daß unsere einzige Gesellschaft, welche sich – ungehindert durch einengende Statuten – dem Landgeschäft widmen kann, die PLDC. ist, so werden Sie es gleich mir als einen unhaltbaren Zustand ansehen, daß diese Gesellschaft für diesen Zweck eigentlich keinerlei Mittel besitzt. Hier muß je eher je besser Abhilfe geschaffen werden.
So bedeutsam die Pflanzungsgesellschaften für den Fortschritt unserer Kolonisation sind, so haben sie doch den einen Fehler, daß sie von jedem Mitglied die Investition eines beträchtlichen Kapitals – etwa 15000 Francs – erfordern, wovon eine Hälfte sofort und die andere in fünf bis sechs Jahresraten zu zahlen sind. Solche Zahlungen, insbesondere die hohe Anfangszahlung, sind nur den Begüterten möglich. Wir bestreben uns, für diese Pflanzungsgesellschaften Kreditquellen zu eröffnen, um wenigstens die drückende Anfangszahlung zu vermeiden und die Zahlungen auf acht Jahre gleichmäßig zu verteilen.
Noch wichtiger aber ist es, auch den weniger Bemittelten, den Leuten mit nur 4000 bis 6000 Francs Vermögen, die Möglichkeit einer Übersiedlung und selbständigen Existenz in Palästina zu verschaffen. Gelingen kann das nur durch eine stärkere Ausbildung der landwirtschaftlichen Nebenzweige, des Gartenbaues, der Milchwirtschaft, der Geflügelzucht. Ansätze zu solchen landwirtschaftlichen Kleinbetrieben finden wir in Ejn

Ganim, und auch unsere Farmen arbeiten durch Einführung und Erprobung aller landwirtschaftlichen Nebenzweige mit Eifer an der Lösung dieses Problems. Hat unsere Arbeit in den vergangenen fünf Jahren hauptsächlich dem Pflanzungs- und Arbeiterproblem gegolten, so soll sie jetzt dem Kleinkolonisten gelten. Es ist zu hoffen, daß sich in absehbarer Zeit der Typus eines *Kleinkolonisten* herausbilden wird, der aus diesen Nebenzweigen eine ausreichende Existenz hat und für seine Installation keines größeren Kapitals als 4000 bis 6000 Francs bedarf. Wie außerordentlich dies unsere Kolonisation stärken würde, brauche ich wohl kaum zu sagen.

Der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte

Wenn überhaupt die landwirtschaftlichen Nebenzweige sich jetzt erhöhter Beachtung erfreuen, so ist dies – neben der schon erwähnten Bedeutung der Farmen für die Milchwirtschaft und der neu eingerichteten Wasserleitungen für den Gemüsebau – dem Umstand zu verdanken, daß die Kolonien in Judäa jetzt zum ersten Male einen *Markt* für diese Produkte haben. Solange Tel Awiw nicht bestand und die kaufkräftigen Juden von Jaffa in der ganzen Stadt zerstreut waren, konnten die Juden mit den Arabern schon deshalb nicht konkurrieren, weil der Araber seine Produkte nicht nur produziert, sondern auch direkt durch seine Familienmitglieder auf dem Wochenmarkt verschleißt. Seine Frau oder ein Kind sitzen den ganzen Tag mit ein paar Hühnern oder etwas Gemüse auf dem Markt. Das konnten und wollten die Juden nicht nachmachen, und sie konnten deshalb ihre Produkte gar nicht oder nur zu niedrigen Preisen im Kleinverschleiß absetzen. Jetzt ist es, wenigstens in Tel Awiw, anders geworden. Da die Konsumenten zusammen wohnen, ist es möglich, große Verkaufsstellen für alle Produkte einzurichten und so die jüdischen Produzenten, sei es durch ihren Zusammenschluß zu Konsumvereinen, sei es durch einen von Produzenten und Konsumenten gleichmäßig kontrollierten Zwischenhändler, in nahe Verbindung zu bringen. Diese Be-

deutung der Konzentration der Juden in eigenen Stadtteilen ist bisher noch nicht gewürdigt worden; und doch ist sie vielleicht berufen, uns *den so lange vergeblich erträumten jüdischen Kleinkolonisten zu ermöglichen, der von zehn bis zwanzig Dunam Boden leben kann.* Wenn nicht schon hinreichend andere Gründe sozialer und kultureller Art dafür sprechen, Stadtviertel nach dem Muster von Tel Awiw auch in allen anderen Städten zu schaffen, so sollte allein diese Rücksicht auf die Förderung der landwirtschaftlichen Kolonisation dafür genügen.

Mitarbeit der Frauen

Ein Hindernis gibt es beim landwirtschaftlichen Kleinbetrieb noch zu überwinden, das ist die Untätigkeit der Familienmitglieder. Ich hörte kürzlich ein Gespräch zwischen einem jüdischen Kolonisten aus Petach Tikwa und einem deutschen Bauern aus Sarona. Es drehte sich um die Einführung der Milchwirtschaft bei den Juden. Der Deutsche erkannte an, daß die jüdischen Kolonien in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hätten, und seine Einwendung gegen die Prosperität der Milchwirtschaft bei den Juden beschränkte sich auf die Worte: »Ich glaube nicht, daß eure Frauen nachts um drei Uhr aufstehen werden, um die Kühe zu melken.« Er hat damit in der Tat den wundesten Punkt berührt. *Wir haben bisher so viel mit der Heranbildung der Kolonisten zu tun gehabt, daß wir darüber die Kolonistin vollständig vergessen haben. Und doch ist ihre Mithilfe unerläßlich.* Viele Kolonisten kommen im Hause nicht zur Ordnung und in der Wirtschaft nicht vorwärts, weil die Frau das Hauswesen nicht zu verwalten versteht. Gilt das schon für den heutigen Kolonisten, so gilt es noch in viel höherem Maße für den Kleinkolonisten, *dessen Existenz ohne die Mithilfe von Frau und Kindern bei allen leichteren Arbeiten überhaupt undenkbar ist.* Es ist eine durchaus unaufschiebbare Aufgabe, hier einzugreifen, wie es in letzter Zeit durch die Beschäftigung von Mädchen in den Farmen und in den Arbeiterküchen, durch die vom Verband Jüdischer Frauen begründete *Mädchen-*

farm in Kinneret und durch die landwirtschaftliche Schule in Petach Tikwa geschehen ist.
Ich bin zu Ende mit dem, was ich Ihnen über die landwirtschaftliche Kolonisation zu sagen hatte. Es ist sehr lang ausgefallen, aber ich wollte in dieser wichtigsten und meistumstrittenen Frage nach Möglichkeit erschöpfend sein. Ich werde mich dafür, um Ihre Geduld nicht zu sehr auf die Probe zu stellen, bei den folgenden Punkten um so kürzer fassen.

Entwicklung der Industrie

Es ist mehrfach behauptet worden, daß wir infolge unserer Vorliebe für das landwirtschaftliche Problem die wirtschaftliche Stärkung der Juden in den Städten vernachlässigten. Tatsächlich ist für die Entwicklung von Industrie in den Städten wenig geschehen. Im Handel haben die Juden in den letzten Jahren meines Erachtens an Terrain gewonnen, industriell sind wir aber über den Bezalel und die Spitzenateliers nur insoweit hinausgekommen, als infolge der verstärkten Bautätigkeit der Juden ein stärkeres Einströmen der Juden in das Baugewerbe erfolgte und die Herstellung von Baumaterialien durch Juden in die Hand genommen wurde. Was daneben noch von Industrie bei Juden existiert, ist – abgesehen von der Weinfabrikation – nicht bedeutend und beschränkt sich auf wenige Unternehmungen zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte für inländischen Bedarf, wie Mühlen, Ölfabriken und Gerbereien, oder zur Wasserbeschaffung für landwirtschaftliche Zwecke, wie die Bewässerungsgesellschaft Palästina, oder einige mechanische Werkstätten. Es ist aber nicht richtig, daß der geringe Erfolg in der Einführung von Industrie in mangelnden Bemühungen seine Ursache hat. Wir haben alles, was in unseren Kräften stand, getan, um einige Verkehrsunternehmungen, die uns aussichtsreich schienen, ins Leben zu rufen, aber alle Verhandlungen sind schließlich an der Passivität der Behörden oder an der Aufstellung unannehmbarer Bedingungen oder an illoyaler Konkurrenz von anderer Seite gescheitert. Dies zu

ändern, stand nicht in unserer Macht. In der Landwirtschaft, wo wir Menschen heranbilden wollen, müssen wir in gewissem Umfang auch unrentable Unternehmungen beginnen. Wo aber dieser Zweck wegfällt und wo nicht besondere andere nationale Motive mitsprechen, können wir selbstverständlich nur an Unternehmungen herantreten, die sich bezahlt zu machen versprechen. Und da entsprechende Bedingungen nicht zu erlangen waren, mußten wir untätig bleiben.
Nun gibt es außer den konzessionspflichtigen Verkehrsunternehmungen auch konzessionsfreie industrielle Unternehmungen. Aber alle diese Unternehmungen haben natürlich – mit einigen gleich zu besprechenden Ausnahmen – mit der europäischen Konkurrenz zu rechnen. Palästina selbst hat bei der Bedürfnislosigkeit seiner arabischen Bevölkerung einen geringen Inlandsverbrauch; eine große Industrie kann also nicht allein auf dem palästinensischen Konsum fußen, sondern muß die europäische Konkurrenz auch auf dem außerpalästinensischen Markte aushalten können. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, Palästina könne diese Konkurrenz deshalb ertragen, weil der Arbeitslohn sehr niedrig sei. Das ist aber durchaus nicht richtig. Die Lebenshaltung in Palästina ist im Durchschnitt kaum billiger als in einer europäischen Kleinstadt, und deshalb ist der Arbeitslohn, auch absolut genommen, gar nicht so sehr niedrig. Im Verhältnis zu anderen orientalischen Ländern, wo schlecht bezahlte Kinderarbeit eine große Rolle spielt, ist der Lohn sogar recht hoch. So arbeiten zum Beispiel in Damaskus und Urfa Kinder und Frauen zu wahren Hungerlöhnen, ein bis drei Francs wöchentlich. Noch ungünstiger wird aber das Verhältnis dadurch, daß die Arbeit wenig produktiv ist. Der palästinensische Industriearbeiter hält mit dem geschulten europäischen Industriearbeiter keinen Vergleich aus. Auf die Niedrigkeit des Arbeitslohnes allein läßt sich also eine Industrie nicht gründen, es müssen mindestens noch andere Vorteile hinzukommen, wie zum Beispiel Nähe oder Billigkeit der Rohmaterialien, Schwierigkeit des Imports der Waren aus anderen Ländern infolge großen Volumens, Zerbrechlichkeit oder geringe

Haltbarkeit des Produktes oder endlich Affektionswert der Waren wegen ihrer palästinensischen Provenienz oder ihres eigenartigen Stils. Wo diese natürlichen Vorteile nicht hinzukommen, wird bei dem geringen Einfuhrzoll von elf Prozent sogar in Palästina und der Türkei selbst, ganz abgesehen von anderen Ländern, das Ausland die meisten Industrieprodukte billiger nach Palästina importieren, als sie in Palästina selbst hergestellt werden könnten. Erstens hat das Ausland die wichtigsten aller industriellen Hilfsstoffe, Eisen und Kohle, während sie in Palästina fehlen. Sodann sind die Vorteile, die ein industriell entwickeltes Land infolge guter Verkehrsmittel und des Vorhandenseins eines großen Reservoirs von geschulten Arbeitern und Technikern hat, sehr groß und wiegen die elf Prozent Einfuhrzoll in den meisten Fällen auf. Ich kann mich deshalb zu meinem großen Leidwesen denjenigen nicht anschließen, welche große industrielle Möglichkeiten in Palästina sehen und darauf die Hoffnung setzen, daß eine Massenemigration nach Palästina in absehbarer Zeit möglich ist. Im Laufe der letzten fünf bis sechs Jahre sind viele industrielle Projekte erwogen worden. Manche erschienen beim ersten Ansehen sogar sehr verlockend. Aber bei genauer Prüfung haben die Projekte regelmäßig sich als unausführbar oder wenigstens als außerordentlich riskant erwiesen. Das schließt natürlich nicht aus, daß doch der eine oder andere Fabrikationszweig sich als rentabel herausstellen wird. Selbstverständlich müssen alle Anregungen sorgfältig geprüft werden. Ich fürchte nicht den Vorwurf, daß wir zu viel tun; aber der Vorwurf, daß wir zu wenig tun und Gelegenheiten verpassen, würde mich, wenn er berechtigt ist, tief treffen.

Viel aussichtsreicher als eigentliche industrielle Unternehmungen erscheint die sogenannte *Fremdenindustrie*, von der ja ein Land, wie die Schweiz, so ungeheuere Einnahmen zieht. Wie Ägypten in den letzten zwanzig Jahren ein Reiseziel ersten Ranges geworden ist, so könnte wahrscheinlich auch Palästina, das ja an landschaftlichen Reizen nicht arm ist und an geschichtlichen Erinnerungsstätten überhaupt kaum von einem anderen

Lande übertroffen wird, große Scharen von Reisenden heranziehen, und insbesonders die Juden, die unter dem internationalen Reisepublikum einen so großen Prozentsatz bilden, würden doch wohl für Palästina zu interessieren sein. Es wird nur noch wenige Jahre dauern, bis Palästina von Europa aus sogar auf dem Bahnwege erreicht werden kann, und hierdurch, wie durch den bevorstehenden Bau von Häfen in Jaffa und Haifa, durch die jetzt im Bau befindliche Bahnstrecke Haifa–Jerusalem werden sich die Verkehrsverhältnisse so verbessern, daß eine Reise nach und in Palästina nicht beschwerlicher ist als eine Reise nach Ägypten. Wir wenden dieser Frage unsere besondere Aufmerksamkeit zu und haben durch Herausgabe eines Reiseführers und durch Gründung eines Reisebüros den jüdischen Reiseverkehr zu fördern gesucht. Weitere Projekte wegen des Baues von modernen Hotels und Bade-Etablissements am Meer sind in Vorbereitung.

Außer aus dieser Fremdenindustrie wird Palästina vielleicht auch aus seinem Schulwesen mit der Zeit wirtschaftliche Vorteile erzielen können. Schon heute bringt das hebräische Gymnasium in Jaffa durch die ihm von auswärts zugesandten Schüler fast 250 000 Francs Pensionsgelder unter die jüdische Bevölkerung von Jaffa. Mit der weiteren Ausgestaltung des Schulwesens und mit der Eröffnung des Technikums wird die Zahl der Eltern, die ihre Kinder nach Palästina entsenden, hoffentlich eine größere werden, und ich halte es für keine zu kühne Phantasie, wenn ich glaube, daß Jaffa, Haifa und Jerusalem mit der Zeit ein jüdisches Lausanne werden können.

Das Zusammenleben mit den Arabern

Aber all diese Aussichten bewirken natürlich noch keine rapide Volksvermehrung. Wir werden uns mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Juden in Palästina, die heute 100 000 Seelen unter einer Gesamtbevölkerung von 700 000 zählen, mindestens noch einige Jahrzehnte nötig haben werden, bis sie in Palästina die Mehrheit der Bevölkerung bilden, trotzdem ihre natürliche

Vermehrung etwas größer zu sein scheint als die Vermehrung der nichtjüdischen Bevölkerung. *Im Anfang der zionistischen Bewegung war vielfach die Ansicht verbreitet, Palästina sei ein leeres Land, und vielleicht ist unsere ganze frühere Taktik in hohem Maße von dieser irrigen Auffassung bestimmt worden.* Wir haben inzwischen gründlich umlernen müssen. Palästina ist zwar mit seinen dreiundzwanzig Einwohnern auf den Quadratkilometer ein dünn bevölkertes Land und könnte sicherlich bei entwickelter Wirtschaft das Vielfache seiner jetzigen Bevölkerung ernähren. Aber vorläufig ist jeder Fußbreit brauchbarer Boden dort in Privatbesitz und, wenn auch extensiv, bearbeitet, und vorläufig sind die Araber der Zahl nach sechsmal stärker als wir. Wir können die Wirkungen dieses ungünstigen Zahlenverhältnisses nur dadurch wettmachen, daß wir uns vorläufig nicht durch ganz Palästina zerstreuen, sondern uns an einigen Punkten konzentrieren und hier geschlossene Siedlungen bilden. Nur auf diese Weise können wir schon heute in gewissem Umfang das erreichen, was wir erstreben, nämlich ein jüdisches Milieu und einen geschlossenen jüdischen Wirtschaftskreis, in dem Konsument, Zwischenhändler und Produzent sämtlich Juden sind. Unsere Taktik bei der Ansiedlung in Palästina ist dadurch vorgezeichnet. Wir müssen in der Nähe der Städte bleiben, in denen schon jetzt eine zahlreiche jüdische Bevölkerung lebt und müssen versuchen, durch Gründung von Kolonien bei den Städten oder in der Nähe der Städte den städtischen Juden ein wirtschaftliches *Hinterland* zu verschaffen. Wir müssen ferner danach streben, daß die Kolonien oder Kolonienkomplexe durch gute Verkehrswege miteinander verbunden sind. Diese Prinzipien haben uns bei allen Landkäufen der letzten Jahre zur Richtschnur gedient. Es ist aber zugleich eine unabweisbare Aufgabe, das Beieinanderwohnen von Juden und Arabern zu einem friedlichen und möglichst freundschaftlichen zu machen. Wir haben hier vieles nachzuholen, was wir bisher versäumt haben und begangene Fehler wieder gutzumachen. Natürlich ist es vollständig nutzlos, wenn wir uns darauf beschränken, den Arabern zu versichern, daß wir als ihre Freunde ins Land kom-

men. Wir müssen dies vielmehr durch Taten beweisen. *Zwar ist es sicher, daß die jüdische Kolonisation bisher den Arabern schon große materielle Vorteile gebracht hat.* Die Juden haben nicht nur den Arabern in der Umgegend der Kolonien Arbeitsverdienst gegeben, sondern durch die jüdische Einwanderung ist auch der Preis des Bodens und der Preis der landwirtschaftlichen Produkte erheblich gestiegen, und den Vorteil davon haben die Araber gehabt. Es ist auch nicht gering anzuschlagen, daß die Araber von den Juden in landwirtschaftlicher Beziehung viel gelernt haben und daß ihnen in Krankheitsfällen durch den Arzt und den Apotheker der jüdischen Kolonien Hilfe geleistet wird. Es wird aber in dieser Richtung noch mehr geschehen müssen. Ich habe schon in meinem vorjährigen Bericht zur Jahreskonferenz darauf hingewiesen, daß wir Juden uns durch Bekämpfung der epidemischen Krankheiten in Palästina, insbesondere der fürchterlichen und bei den Arabern ungemein verbreiteten Augenkrankheiten ein großes Verdienst erwerben könnten, und daß die systematische Bekämpfung durchaus im Bereich unserer Mittel liegt. Inzwischen hat dieser Gedanke durch die Initiative des Herrn Nathan Strauß, in Verbindung mit anderen Gesellschaften, bereits greifbare Gestalt angenommen, und es ist zu hoffen, daß wir uns durch diese Arbeit bei den Arabern Sympathien erwerben werden. Zugleich aber erfordert die Rücksicht auf die Araber, *daß wir bei allen Landkäufen mit größtem Takt zu Werke gehen und dabei Härten gegen die Araber vermeiden.* Wir haben dies auch schon bisher befolgt, indem wir zum allergrößten Teil nur solchen Boden kauften, der für Getreidebau wenig geeignet und deshalb für die Araber fast wertlos ist. *In den wenigen Fällen, wo wir Getreideboden gekauft haben, haben wir dafür gesorgt, daß die bisherigen Besitzer entschädigt wurden und ohne Groll blieben.* Wir glauben, daß auch in der Zukunft noch viel Landerwerbungen zu machen sind, ohne daß den Arabern der Boden zu knapp wird, weil sehr viel Boden, der für die Araber ungeeignet ist, für uns als Pflanzungsboden verwendbar ist, und weil außerdem auch die Araber ihre landwirtschaftlichen Methoden verbessern und dadurch

mit viel weniger Boden auskommen als bisher, wo bei dem primitiven Fruchtwechsel viel Boden brach liegen mußte. Wenn trotzdem bisher die Beziehungen zwischen Juden und Arabern manches zu wünschen übrig ließen, so ist das nicht zu verwundern. Die neuen jüdischen Einwanderer sind von der arabischen Bevölkerung in Sitten und Gewohnheiten durch eine große Kluft getrennt, und beide Teile haben sich bisher wenig Mühe gegeben, sich gegenseitig zu verstehen, eine Erscheinung, die ja allerdings überall zu beobachten ist, wo zwei Bevölkerungselemente von verschiedener Kultur und verschiedener Sprache aufeinander stoßen. Es kommt noch hinzu, daß die große Masse der Araber in ihrer Meinung sehr stark abhängig ist von einer dünnen Oberschicht einflußreicher Familien. Auch die ganze arabische Presse wird von dieser Oberschicht beherrscht, die zum großen Teil der christlichen Religion angehört und mit der christlichen Religion auch eine gewisse gegensätzliche Stellung zu den Juden übernommen hat. Es ist gewiß nicht unmöglich, diese antijüdischen Beeinflussungen zu bekämpfen. Dazu ist nötig, daß wir in der arabischen Presse den falschen Ausstreuungen über die Juden entgegentreten, und daß wir auch durch persönlichen Verkehr mit einflußreichen Arabern ihnen unsere Absichten verständlich machen. Von Wert wird es auch sein, wenn durch die Einführung der arabischen Sprache in unseren höheren Schulen allmählich ein Geschlecht heranwächst, das mehr als die bisherige Generation imstande ist, mit den Arabern in ihrer eigenen Sprache zu reden.

Eigentlich müßte ich, um in meinem Referat einigermaßen vollständig zu sein, auch unsere *kulturellen* Aufgaben in Palästina besprechen. Ich unterlasse es aber, weil Herr Ussischkin darüber ein besonderes Referat erstatten wird und weil er auf diesem Gebiete natürlich hundertmal mehr sachverständig ist als ich. Was mir auf kulturellem Gebiet wichtig erscheint, ist, daß die verschiedenen Bestrebungen kultureller Art in Palästina an einer bestimmten Stelle zentralisiert werden, und ich habe die Absicht, hierfür in den Kommissionen besondere Vorschläge zu machen.

Die Förderung der Palästinaarbeit

Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, mit meinen Ausführungen zu zeigen, daß wir bei unserer Arbeit in Palästina nicht wahllos zu Werke gegangen sind, sondern daß wir dabei ein bestimmtes System verfolgen, und ich hoffe, daß Sie dieses System billigen. Daß die Arbeit in Palästina notwendig ist, darüber herrscht heute wohl nur eine Meinung. Die Wirkungen unserer Palästinaarbeit zeigen sich ja nicht nur in dem, was wir in Palästina geschaffen haben, sie zeigen sich auch in den Ausstrahlungen, welche die Palästinaarbeit in den Ländern der Galut hervorbringt. Jeder Tourist, der von Palästina zurückkommt, und jeder Zeitungsartikel, der von dem jüdischen Palästina erzählt, schafft uns neue Anhänger für unsere Idee. Auch das gute Verhältnis, in dem wir heute zu allen anderen an Palästina interessierten Kolonisationsgesellschaften stehen, ist nur dadurch möglich geworden, daß wir in Palästina praktisch zu arbeiten begannen und von Worten zu Taten übergingen. Ich glaube, daß dieses gute Verhältnis zu allen anderen Gesellschaften auch kein geringer Aktivposten in unserer Arbeit ist.

Vieles bleibt uns noch zu tun, um die Palästinaarbeit zu stärken. Die Entwicklung unserer Arbeit in Palästina hängt auf absehbare Zeit durchaus noch von den Fortschritten unserer Bewegung in der Galut ab. Es ist gewiß wahr, daß die Anhänger unserer Bewegung im Durchschnitt opferfreudiger sind als in irgendeiner anderen jüdischen Organisation. Aber wir müssen noch viel opferfreudiger werden. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß überall in der Galut lokale Verbände entstehen, welche sich bestimmte Aufgaben wirtschaftlicher oder kultureller Art in Palästina zum Ziele setzen und welche sich nicht scheuen, auch bedeutende materielle Opfer für diese Zwecke zu bringen. Der Zionismus darf für jeden Zionisten nicht nur eine Parteisache, sondern er muß einen Teil seines Lebensinhalts bilden. Wer nicht imstande ist, nach Palästina überzusiedeln, muß sich wenigstens zur Pflicht machen, so oft wie möglich nach Palästina zu reisen und sich an irgendwelchen Aufgaben in Palästina ma-

teriell zu beteiligen. Nur auf diese Weise können wir hoffen, daß unsere Arbeit in Palästina nach der Sturm- und Drangperiode, die wir jetzt hoffentlich bald hinter uns haben, lawinenartig anschwellen und uns wirklich zu dem ersehnten Ziel einer großen national-jüdischen Gemeinschaft in Palästina führen wird.

—

Die Auslese des Menschenmaterials

(»Der Jude«, 1919)

Die Wichtigkeit der Auslese

Eins der wichtigsten Probleme in unserer zukünftigen palästinensischen Kolonisationsarbeit ist die *Auslese des Menschenmaterials,* weil von der richtigen Lösung dieses Problems im wesentlichen die ganze Struktur des zukünftigen jüdischen Gemeinwesens in Palästina abhängt. Bisher hat dieses Problem in der Theorie und Praxis so gut wie keine Beachtung gefunden. In der Theorie beschäftigte man sich zwar viel mit der Erörterung der Frage, welche wirtschaftliche, rechtliche und soziale Struktur für das zukünftige jüdische Leben in Palästina zu erstreben sei, aber man konstruierte dabei ungefähr so wie der Physiker, der seine Gesetze für den luftleeren Raum berechnet und den Luftwiderstand unberücksichtigt läßt. Man nahm an, daß es nur darauf ankomme, eine gute soziale Struktur zu finden und — 'par ordre du moufti' — zu dekretieren, und übersah dabei, daß die besten sozialen Einrichtungen erst durch die Menschen, für die sie gelten, Blut und Leben erhalten, und daß diese Menschen diejenigen sozialen Einrichtungen, welchen sie nach Erziehung, Beruf und Charakter fremd oder feindlich gegenüberstehen, in kürzester Zeit umformen oder zu leeren Hülsen machen werden. Schon in der bisherigen Kolonisationsarbeit in Palästina zeigte sich, daß die theoretisch besten Ratschläge und Einrichtungen nicht verwirklicht werden konnten, wenn sie den Anschauungen und Gewohnheiten der osteuropäischen Einwanderer fremd waren. Viele Vorschläge, welche europäische Gelehrte und Praktiker für die Besserung der palästinensischen Verhältnisse machten, wären sehr gut gewesen, wenn die Einwanderer deutsche Bauern gewesen wären, aber für die mit russischen Ideen und

Gewohnheiten aus städtischem Getriebe kommenden Gehirn- und Nervenmenschen waren sie einfach absurd. Wir müssen endlich lernen, daß auch in Palästina alles Gute in der Zukunft nur durch Anknüpfung an die wirkliche Gegenwart, das heißt an die bestehenden Gewohnheiten der Einwanderer, in allmählicher Entwicklung erreicht werden kann. Ist das Niveau der Einwanderer höher, so ist die Erreichung des Zieles natürlich leichter. Und das Niveau können wir dadurch heben, daß wir durch eine Siebung der Einwanderer nach Möglichkeit nur solche Elemente nach Palästina bringen, die nach Erziehung, Beruf und Charakter sich den von uns erstrebten Zielen nähern.

Ebenso wie in der Theorie, spielte auch in der Praxis die Auslese des Menschenmaterials bisher keine Rolle. Jeder Jude, der nach Palästina einwanderte, war willkommen; mochte er alt, krank, arbeitsunfähig oder nach seinem Charakter antisozial sein, die öffentliche Meinung in Palästina fragte nicht danach. Sie sah in ihm eine Stärkung des an Zahl noch so geringen Jischuw, und dies war für sie genügend. Selbst diejenigen, die die Schäden des alten Jischuw vor Augen sahen, der in den Städten Jerusalem, Hebron, Tiberias und Safed ohne eigene Arbeit nur von milden Gaben des Auslandes lebte, nahmen doch nicht gegen die Einwanderung weiterer alter und arbeitsunfähiger Leute Stellung, weil sie eine solche Einwanderung immer noch für besser hielten als gar keine. Kurz und gut, es war der Kultus der Zahl, der alle Bedenken wegen der körperlichen, beruflichen und moralischen Beschaffenheit der Einwanderer hinwegschwemmte.

Wenn es in Palästina trotz dieser mangelnden Auslese nicht zu schlimmen Resultaten in der Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung und zu schweren Schäden für die Kolonisation gekommen ist, so verdanken wir dies drei Umständen. Erstens dem Umstand, daß die Einwanderer, die nach Palästina kamen, um als Handwerker, Kaufleute, Intellektuelle oder Landwirte von ihrer Arbeit zu leben, dem alten Jischuw geistig so fremd waren, daß sie von ihm ganz getrennt blieben. Es waren zwei Bevölkerungsschichten, die fast ohne Berührungspunkte

nebeneinander herlebten. Die Fehler des alten Jischuw, nämlich seine Unproduktivität und das von ihm kultivierte Bettelwesen, konnten kraft dieser Isolierung auf den neuen Jischuw nicht übergreifen.

Der zweite Grund war, daß in dem neuen Jischuw automatisch ein Ausleseprinzip wirksam war, das die schlechten Elemente ausstieß. Dieses Ausleseprinzip bestand darin, daß Palästina wirtschaftlich den jüdischen Einwanderern aus Osteuropa schlechtere Chancen bot als die anderen großen Einwanderungsländer, wie England und Amerika. Diejenigen Elemente, die raschen Gelderwerb zum Ziele hatten, kamen deshalb entweder gar nicht nach Palästina oder verließen das Land wieder nach kurzem Aufenthalt. Es blieben in der Hauptsache nur diejenigen zurück, die für das ideale Moment, das Palästina als Siedlungsland den Juden bietet, Verständnis und Liebe hatten. Das ergab schon eine Auslese in der Richtung auf die idealistisch gesinnten und nicht dem Gotte Mammon in erster Linie dienstbaren Personen. Es kam hinzu, daß Palästina, ebenso wie es kein Land des leichten Geldverdienstes, so auch kein Land des Komforts und leichter Lebensführung war. Es fehlten alle Arten von Zerstreuungen und Vergnügungen. Das Leben brachte viele Entbehrungen mit sich, die auf die Dauer nur diejenigen ertragen konnten, welche nicht in materiellen Genüssen und weltlichen Zerstreuungen das Ziel des Lebens sahen. Hierdurch wurde bewirkt, daß in der Regel nur die ernsten Elemente unter den Einwanderern in Palästina verblieben und die übrigen wieder ausgestoßen wurden.

Als direkter Grund kam noch hinzu, daß vor dem Krieg der neue Jischuw an Zahl so gering war, daß jeder einzelne sich in ihm nicht nur als eine Nummer, sondern als eine geistige Potenz, als ein wichtiges Glied der Allgemeinheit fühlte. Infolge des großen Interesses, das die Juden der ganzen Welt und ihre Presse an dem kleinen Häuflein Juden in Palästina nahmen, glaubte ein jeder, daß er im Brennspiegel des öffentlichen Interesses stehe und seine Handlungen von der Öffentlichkeit kontrolliert würden. In der Tat drang öffentliches Interesse und öffentliche Neu-

gier tief in das berufliche und private Leben des einzelnen ein. Das wirkte in der Richtung zu Pflichterfüllung und Gemeinsinn. So kam es, daß die Zusammensetzung des neuen Jischuw in Palästina trotz allen Mangels an irgendeiner bewußten Auslese im allgemeinen doch befriedigend und in mancher Hinsicht sogar sehr gut war. Der Gemeinsinn war in höchst lobenswerter Weise entwickelt, und wenn hier und da auch einige unklare Köpfe die öffentliche Meinung auf kurze Zeit verwirrten oder andere unter der Maske des Idealismus egoistische Zwecke verfolgten, so blieben dies doch vereinzelte Fälle, und diese Personen konnten auf das öffentliche Leben nirgends beherrschenden Einfluß gewinnen. In diesem hatte durchaus ein gesunder Idealismus die Oberhand.
In Zukunft werden aber die Faktoren, welche diese automatische Auslese bewirkten, wegfallen. Infolge der besseren Verkehrsverhältnisse, die Palästina während des Krieges erhalten hat und in Zukunft noch erhalten wird, wird sich das wirtschaftliche Leben rasch entwickeln, das Geldverdienen wird erheblich leichter und das Leben komfortabler werden, und schließlich wird mit der Vermehrung der Zahl der Einwanderer der einzelne nicht mehr in dem Licht der Öffentlichkeit stehen, sondern imstande sein, sich zu verstecken und im Trüben zu fischen. Es ist zu befürchten, daß Palästina, das vor den Toren Osteuropas liegt, für viele unerwünschte Elemente zum Tummelplatz werden wird, auf dem sie entweder überspannt idealistische oder trüb egoistische Ziele verfolgen werden. Es ist die Frage, wie man sich dieser Gefahr gegenüber verhalten soll. Soll man, wie früher, jeden Einwanderer willkommen heißen und darauf vertrauen, daß die guten Elemente doch in der Mehrheit bleiben und die schlechten ausstoßen werden? Soll, wie früher, in jedem Einwanderer, ohne Ausnahme, ein erwünschter Zuwachs gesehen werden? Oder soll man mehr auf die Qualität als auf die Quantität der Einwanderung achten, und sollen wir uns von vornherein bemühen, daß nur solche Einwanderer nach Palästina kommen, die für das jüdische Gemeinwesen nach Beruf, Gesundheit und Charakter erwünscht sind?

Ich glaube, daß die Politik des 'laissez aller', die wir bisher in der Einwanderungsfrage betrieben haben, in Zukunft verlassen und durch eine zielbewußte *Einwanderungspolitik* ersetzt werden muß. Als das Ziel dieser Einwanderungspolitik muß gelten, den Prozentsatz der nach Beruf, Gesundheit und Charakter für das jüdische Gemeinwesen in Palästina geeigneten Elemente auf ein Maximum und den Prozentsatz der ungeeigneten Elemente auf ein Minimum zu bringen.

Berufliche Auslese

Beginnen wir mit dem Beruf. Erwünscht sind alle diejenigen, die einen Beruf haben, von dessen Ausübung sie in Palästina leben können, ohne der Armenpflege zur Last zu fallen und ohne durch ihre Konkurrenz den in Palästina bereits tätigen Berufsgenossen zu untergraben. Palästina ist ein vorwiegend landwirtschaftliches Land. Auch das jüdische Gemeinwesen bedarf zu seiner Konsolidierung und Verankerung in erster Linie einer landwirtschaftlichen Bevölkerung. In zweiter Linie sind Handwerker und Industrielle, erst in letzter Linie Kaufleute und Angehörige der freien Berufe (Lehrer, Ärzte usw.) nötig. Will man Zahlen haben, so kann man sagen, daß die Einwanderung die wünschenswerte Zusammensetzung hat, wenn mindestens fünfzig Prozent der Einwanderer der Landwirtschaft, mindestens dreißig Prozent dem Handwerk und der Industrie, höchstens zehn Prozent dem Handel und höchstens zehn Prozent den freien Berufen und den Rentiers angehören.
Nun ist aber die Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa, die für die Auswanderung hauptsächlich in Frage kommt, von dieser wünschenswerten Zusammensetzung der Einwanderer diametral verschieden, denn die Kaufleute und Angehörigen der freien Berufe bilden hier die große Mehrheit und die landwirtschaftlich Tätigen eine ganz kleine Minderheit. Man kann sich diese verschiedene Zusammensetzung am besten unter dem Bild einer Pyramide veranschaulichen. In Osteuropa wird die breite Basis der Pyramide von den Kaufleuten gebildet,

die schmälere Mitte der Pyramide nehmen Handwerker und Industrielle ein, und an der ganz schmalen Spitze stehen die landwirtschaftlich Tätigen. Palästina braucht aber eine Pyramide, deren breite Basis von Landwirten eingenommen ist, während die Handwerker und Industriellen in der Mitte der Pyramide stehen und Kaufleute und Angehörige der freien Berufe nur die schmale Spitze einnehmen sollen. Ließe man der Einwanderung freien Lauf, so ist zu befürchten, daß entsprechend der Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa viel zu viel Kaufleute und Angehörige freier Berufe und viel zu wenig Landwirte kommen. Es ist deshalb eine *Umschichtung* der Bevölkerung für die Einwanderung nötig. Wie kann eine solche zustande kommen?

Ich denke mir dies so, daß wir zunächst diejenigen Berufsangehörigen, die uns für Palästina geeignet erscheinen, auf die sich in Palästina bietenden Aussichten hinweisen. Es kommen hierfür in Betracht erstens die Juden, die schon in Osteuropa, sei es in besonderen landwirtschaftlichen Kolonien, sei es als einzelne, sich mit Landwirtschaft, Gärtnerei und Viehzucht beschäftigen. Insbesondere können hier wahrscheinlich die jüdischen Kolonien in Südrußland mehrere hundert oder tausend geeignete Familien abgeben. Ferner müssen diejenigen Handwerke und Industrien, in denen Juden in Europa bereits in großer Zahl tätig sind und die auch in Palästina einen gesicherten einheimischen Markt oder Export und außerdem annähernd gleich günstige Produktionsbedingungen wie in Europa haben, festgestellt und versuchsweise in Palästina eingeführt werden. Es ist unseres Erachtens verfehlt, wenn man in Palästina an die Einführung von Industrien oder Handwerken gehen wollte, in welchen die Juden in Europa noch nicht heimisch sind. Es würde ungeheuere Mühe machen, die Juden in diese neuen Industrien und Handwerke einzuführen. Es ist eine große Ersparnis an Zeit und Geld, wenn man in erster Linie an die Einführung solcher Industrien und Handwerke denkt, in welchen in Europa schon eine große Anzahl von Juden beschäftigt ist. Bekanntlich hat sich ja die große jüdische Einwanderungsbevölkerung von New

York nur dadurch in so schneller Zeit eine Existenz geschaffen, daß sie diejenigen Handwerke, in denen die Juden schon in Rußland arbeiteten, in Amerika auf einer erweiterten Stufe wieder aufnahm. Bei der Einführung dieser Handwerke in Palästina muß allerdings darauf gesehen werden, daß die sozialen Bedingungen für die Arbeit bessere sind als unter dem Schwitzsystem in New York. Am besten würde sich dies durch die Bildung von Handwerker-Produktivgenossenschaften erreichen lassen.
Bei der geringen Zahl der landwirtschaftlich tätigen Juden in Europa ist allerdings vorauszusehen, daß diese Schicht nicht genügend Einwanderer für Palästina stellen wird. Andererseits ist es äußerst wichtig, möglichst schnell die Zahl der jüdischen Landwirte in Palästina zu vermehren, um die landwirtschaftlichen Kader zu vergrößern. Es verhält sich hier ungefähr ebenso wie im Heer: sind die ausgebildeten Heeresteile (Kader) vorhanden, so ist es möglich, in diesen Kadern alljährlich eine ziemlich große Zahl neuer Leute einzustellen und auszubilden. Das Wichtigste und Notwendigste ist eben die Schaffung guter Kader. In Palästina ist leider die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Farmen, in denen neue Leute landwirtschaftlich ausgebildet werden können, noch sehr klein, und es kann jährlich nur eine beschränkte Anzahl von Einwanderern, die wahrscheinlich mit dreihundert jährlich schon sehr hoch gegriffen ist, neu ausgebildet werden. Es muß deshalb danach gestrebt werden, diese Kader in Palästina schnellstens zu erweitern, da die landwirtschaftliche Ausbildung in Palästina für den zukünftigen palästinensischen Landwirt viel wichtiger ist als die Ausbildung in irgendeinem anderen Land. Der junge Mann, der in Palästina einige Jahre in der Landwirtschaft ausgebildet wird, erlernt ja nicht nur die reine Technik der Landwirtschaft (obwohl auch in dieser Beziehung die Ausbildung in Palästina dem zukünftigen Landwirt im allgemeinen mehr praktische Detailkenntnisse vermittelt als die Ausbildung in einem anderen Land), sondern er wird außerdem noch mit den Landessitten, mit der Landessprache bekannt und gewöhnt sich an das Klima. Personen, die sich nicht an das Klima oder an die Landesgewohn-

heiten anpassen können, scheiden meist schon am Anfang der Ausbildung aus. Nach einer mehrjährigen Ausbildung kann man erwarten, daß von den Ausgebildeten die große Mehrheit dauernd in der palästinensischen Landwirtschaft verbleibt und nur ein kleiner Prozentsatz später verlorengeht. Für diejenigen, die in Europa in der Landwirtschaft ausgebildet sind, ist die Prognose hinsichtlich ihres Verbleibens in der palästinensischen Landwirtschaft viel schlechter. Nach meiner Ansicht wird die größere Hälfte sich in Palästina als nicht geeignet erweisen und nur die kleinere Hälfte wird in Palästina verbleiben können.
Trotzdem hiernach die landwirtschaftliche Ausbildung in Europa viel weniger wirksam und mit viel mehr Verlustprozenten verbunden ist als die landwirtschaftliche Ausbildung in Palästina, wird man doch zunächst von der landwirtschaftlichen Ausbildung außerhalb Palästinas (am besten in solchen Ländern, die Palästina klimatisch und landwirtschaftlich ähnlich sind wie zum Beispiel Südeuropa, Nordafrika, Kalifornien) Gebrauch machen müssen, weil, wie gesagt, die Kader in Palästina zu klein sind, um für die erwünschte Zahl von neuen landwirtschaftlichen Einwanderern eine Ausbildungsmöglichkeit zu bieten. Wenn aber nach einer Übergangszeit von vielleicht zehn Jahren die palästinensischen Kader erweitert sind, wird es hoffentlich möglich sein, von der Ausbildung außerhalb Palästinas ganz abzusehen und allen Einwanderern eine Ausbildungsmöglichkeit in Palästina selbst zu bieten.
Als beste Form für die berufliche Auslese erscheint uns die Organisation von örtlichen *Auswanderungsgruppen.* Die Gruppenauswanderung bietet gegenüber der Einzelauswanderung folgende Vorteile:
1) Sie schafft dem Einwanderer in Palästina Anlehnung an Bekannte und Berufsgenossen aus seiner Heimat und schützt ihn vor Fremdheit und Vereinsamung.
2) Sie bildet einen Kern für gemeinsame wirtschaftliche Betätigung der Mitglieder der Gruppe in Palästina, zum Beispiel für die Bildung von Konsumvereinen, Kredit- und Produktionsgenossenschaften; solche Genossenschaften sind in Palästina sehr

wertvoll, und sie gedeihen am besten, wenn ihre Mitglieder nicht zufällig zusammengewürfelt sind, sondern sich von früher her bereits kennen und einander vertrauen.

3) Sie bietet die Möglichkeit, durch einen engen, mehrjährigen Verkehr der Mitglieder untereinander vor der Auswanderung sich gegenseitig genau kennenzulernen und arbeitsuntüchtige oder antisoziale Mitglieder auszustoßen. Das liegt im eigenen Interesse der Gruppe, denn sie soll ja auch in Palästina eine wirtschaftliche Einheit bilden und wird hier dann am ehesten gedeihen, wenn ihre Mitglieder harmonisch zusammenarbeiten und ihre Privatinteressen mit den Interessen der Gruppe in Einklang zu halten wissen.

Jede Gruppe soll nur so viel Mitglieder umfassen, daß ein enger Verkehr aller Mitglieder möglich ist, im Durchschnitt etwa zwanzig bis fünfzig. Welche Arten von Auswanderergruppen zu bilden sind, wird von der zukünftigen Entwicklung Palästinas abhängen. Doch kann man als häufigste Typen etwa die folgenden fünf bezeichnen:

a) Gruppen von jungen vierzehn- bis achtzehnjährigen Jünglingen und Mädchen, die *landwirtschaftliche Arbeiter* in Palästina werden wollen. Sie müssen gesund, kräftig und anspruchslos sein. Sie sollen der Gruppe mindestens zwei Jahre angehören und soviel Geld sparen, daß sie für die Kosten der Überfahrt und für die Hälfte ihres Unterhalts im ersten Jahr ihres Aufenthalts in Palästina genügend Mittel haben (etwa 400 Goldfrancs bei Zugrundelegung der Preisverhältnisse vor dem Kriege). Ein Teil der Mitglieder soll sich bemühen, schon vor der Auswanderung in ihrem Heimatslande – oder, was besser ist, in Südeuropa, Algier, Kalifornien – die Landwirtschaft (besonders Gartenbau und Milchwirtschaft, die Mädchen auch Geflügelzucht und Haushalt) zu erlernen. Die Mitglieder, die ohne landwirtschaftliche Kenntnisse nach Palästina gehen, müssen wissen, daß ihnen dort eine sechs- bis achtjährige Zeit schwerer Arbeit (drei bis vier Jahre Ausbildung in privaten Kleinbetrieben oder in Farmen, ebensoviel Jahre in Arbeitergenossenschaften) bevorsteht, bis sie Aussicht haben, als Häusler, Kleinsiedler

oder Bauern eine bescheidene Selbständigkeit zu erringen und eine Familie zu gründen.

b) Gruppen von körperlich kräftigen, bis dreißig Jahre alten Männern und Frauen (am besten Ehepaaren), die in Palästina *Kleinsiedler* werden wollen. Die *Kleinsiedlung kann in Palästina nur bei tüchtiger Mitarbeit der Ehefrau gedeihen,* deshalb sollen nicht nur die Männer, sondern auch ihre Frauen als Mitglieder in die Gruppe eintreten und der Kontrolle der Gruppe unterstehen. Auch die Mitglieder dieser Gruppe sind zu ihrem wirtschaftlichen Fortkommen in Palästina auf kooperativen Zusammenschluß (für den Absatz von Milch und Gemüse, für die Herstellung von Milchprodukten und Gemüsekonserven, für gemeinsame Bewässerungsanlagen) angewiesen. Auch bei ihnen ist deshalb eine mindestens zweijährige Mitgliedschaft vor der Auswanderung als Bewährungsfrist notwendig. Sie müssen bei der Auswanderung die Überfahrtskosten und das zur Ansiedlung in Palästina notwendige Eigenkapital (das bei Zugrundelegung der Preisverhältnisse vor dem Kriege 7000 Goldfrancs beträgt) besitzen. Einige jüngere Mitglieder oder Söhne von Mitgliedern sollen sofort nach Gründung der Gruppe nach Palästina gehen, um hier als landwirtschaftliche Arbeiter die Landwirtschaft zu erlernen und später bei der Übersiedlung der ganzen Gruppe diese in die Arbeit einzuführen.

c) Gruppen von *Pflanzern* (Achusa-Gruppen). In diese Gruppen können Leute bis zu vierzig oder sogar fünfzig Jahren als Mitglieder eintreten, doch müssen sie gesund sein, um den Klimawechsel und das Leben in freier Luft zur Beaufsichtigung der Wirtschaft und zur Mithilfe bei leichteren Pflanzungsarbeiten zu ertragen. Auch müssen sie die zur Führung einer Wirtschaft erforderliche Umsicht (für die Anordnung der Arbeit, den Verkauf der Produkte) besitzen. Das eigene Kapital, das jedem Mitglied (nicht auf einmal, sondern in etwa fünf Jahresraten) zur Verfügung stehen muß, beträgt zirka 25 000 Goldfrancs. Da die Mitglieder erst dann nach Palästina übersiedeln können, wenn ihre Pflanzungen schon Ertrag geben (was mindestens fünf Jahre dauert), so werden diese Gruppen noch fünf bis sechs

Jahre nach ihrer Gründung und Anlage der Pflanzung in ihrer Heimat bleiben müssen. Es wird ihnen also Zeit genug bleiben, um ihre Mitglieder auf Herz und Nieren zu prüfen und ungeeignete Mitglieder unter Rückzahlung ihrer Einzahlungen auszustoßen (eine solche Bestimmung muß in das Statut der Gruppe aufgenommen werden). Die richtige Auslese ist bei dieser Kategorie besonders wichtig. Mitglieder mit prononziert egoistischen oder antisozialen Neigungen sind deshalb durchaus unerwünscht. Ebenso wie bei den Kleinsiedlergruppen müssen sofort nach Gründung der Gruppe einige Mitglieder oder Söhne von solchen als Arbeiter zur Erlernung der Landwirtschaft nach Palästina gesandt werden. Je größer die Zahl dieser jungen Leute ist, um so besser ist es für das spätere Gedeihen der Gruppe. Am besten sollte jedes Mitglied einen Sohn (oder Tochter) nach Palästina entsenden.

d) Gruppen von *Handwerkern des gleichen Fachs*. Der einzelne Handwerker wird in Palästina mit dem billigen arabischen Handwerker schwer konkurrieren können; einer Handwerkergenossenschaft, die eine gemeinsame Werkstätte eröffnet und Maschinenhilfe für die Zubereitung des Materials benutzt, eventuell auch eine gemeinsame Verkaufsstelle für den Absatz der Produkte an die Konsumenten betreibt, wird dies viel eher möglich sein. Die zu bildenden Auswanderergruppen, deren Mitgliederzahl bei den nicht für den Export arbeitenden Handwerken wegen der relativen Beschränktheit des palästinensischen Inlandsmarktes am besten zwanzig nicht übersteigt, müssen wegen der späteren Notwendigkeit engsten beruflichen Zusammenarbeitens besonders auf Auswahl berufstüchtiger und verträglicher Mitglieder bedacht sein. Die Auswanderung soll erst nach zweijähriger Mitgliedschaft und erst dann erfolgen, wenn jedes Mitglied über Überfahrtskosten, Unterhalt für die ersten sechs Monate und Kosten für die Einrichtung einer modern eingerichteten Werkstätte verfügt (im Durchschnitt für eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern je nach dem Handwerk und den erforderlichen Maschinen und Materialien 3000 bis 5000 Goldfrancs).

e) *Gruppen von Handwerkern verschiedener Fächer,* die in Palästina einzeln oder in Teilgruppen arbeiten, aber sich durch Gründung einer gemeinsamen Kreditgenossenschaft und eines Konsumvereins fördern wollen. Die zur Auswanderung erforderlichen Mittel sind dieselben wie bei Gruppe d.

Alle Auswanderergruppen sind verpflichtet, wenn sie später die Vergünstigungen organisierter (»registrierter«) Auswanderer genießen wollen, ihre Gründung sofort dem Auswanderungsamt (siehe unten) ihres Heimatlandes anzuzeigen und ihm regelmäßig über Mitgliederzahl, Vermögensstand, Ausbildung der Mitglieder usw. zu berichten. Das Auswanderungsamt soll bei der Bildung von Auswanderungsgruppen helfen und auf Abfassung richtiger Statuten hinwirken. Es hat durch eine periodische Zeitschrift alle für die Auswanderer nützlichen Informationen, besonders über den Arbeitsmarkt in Palästina, den Gruppen bekanntzumachen. Es soll ferner über alle Gruppen durch Vermittlung örtlicher Vertrauensleute (etwa der Vorstände der zionistischen Vereine) eine Kontrolle ausüben und Gruppen mit zweckwidrigen Bestrebungen oder antisozialen Tendenzen zu einer inneren Reform auffordern. Es soll ihnen bei Außerachtlassung der Warnung (durch Verweigerung des Approbationszeugnisses, das heißt des Zeugnisses, daß der Auswanderung der Gruppe keine Bedenken entgegenstehen) die Vergünstigungen registrierter Auswanderer entziehen.
Die Vergünstigungen der vom Auswanderungsamt approbierten (»registrierten«) Auswanderer, die durch den Besitz des Approbationszeugnisses des Auswanderungsamts und durch die Eintragung in das Register des Auswanderungsamts kenntlich sind, sollen in folgendem bestehen:
a) Vergünstigung für die Überfahrt durch Verträge mit Schiffahrtsgesellschaften.
b) Freie Untersuchung durch Ärzte des Auswanderungsamts vor der Auswanderung und Ausstellung eines Zeugnisses über die Freiheit von ansteckenden Krankheiten. Der Inhaber eines solchen Zeugnisses kann bei der Ankunft in Palästina wegen

ansteckender Krankheiten nicht in sein Heimatland zurückgesandt, sondern, falls die Revision der palästinensischen Sanitätsbehörde doch das Vorhandensein einer ansteckenden Krankheit ergibt, nur einer Zwangsbehandlung zur Abwendung der Ansteckungsgefahr unterworfen werden.

c) Provisorische Unterkunft im Ankunftshafen bis zur Übersiedlung an den endgültigen Wohnort.

d) Arbeitsnachweis durch das Arbeitsvermittlungsamt in Palästina.

e) Kreditgewährung durch die öffentlichen Kreditinstitute (Genossenschaftsbank, Agrarbank und städtische Hypothekenbank).

f) Unentgeltliche medizinische Hilfe im ersten Jahr nach der Einwanderung.

g) Versicherung gegen Unfall in Ausübung des Berufs durch die Berufsverbände.

Durch die Androhung der Entziehung dieser und vielleicht noch anderer Vergünstigungen wird das Auswanderungsamt einen wirksamen Druck ausüben können, um unerwünschten Auswanderern oder Auswanderergruppen die Auswanderung nach Palästina zu erschweren. Volle Wirksamkeit werden die Warnungen des Auswanderungsamts allerdings erst dann erlangen, wenn die öffentliche Meinung in Palästina die Autorität der Auswanderungsämter dadurch unterstützt, daß sie den nicht registrierten Einwanderern ihren Unwillen bezeugt und gegen die »wilden«, das heißt nicht registrierten Einwanderer als Störenfriede eines geordneten wirtschaftlichen Lebens in Palästina Stellung nimmt.

Gesundheitliche Auslese

Es wäre gut, wenn nur vollkommen gesunde und kräftige Personen nach Palästina kommen würden und wir dadurch bewirken könnten, daß die neuen Generationen in Palästina gesund und kräftig würden. In dieser Allgemeinheit läßt sich aber dieses Desideratum nicht durchführen, weil die Begriffe gesund und

kräftig zu vieldeutig sind. Schwache Personen können später noch kräftig werden; für viele Berufe ist körperliche Kraft und tadellose Gesundheit weit weniger wichtig als die geistige Veranlagung; und schließlich besagt die Konstitution eines Individuums in vielen Fällen noch nichts für seine Vererbungskapazität. Aus diesen Gründen werden wir uns bei der gesundheitlichen Auslese der Auswanderer darauf beschränken müssen, diejenigen Individuen von der Auswanderung fernzuhalten, die durch die Art ihrer Krankheit (Syphilis, schwere Tuberkulose) eine Ansteckungsgefahr für ihre Mitmenschen sind oder (wie zum Beispiel Geisteskranke, Arbeitsunfähige, Epileptiker) für die Gemeinschaft in Palästina eine Last sind.

Die Ausmerzung dieser Personen soll schon durch die Ärzte der Auswanderungsämter in den Auswanderungshäfen erfolgen, doch soll in Palästina eine nochmalige Revision stattfinden.

Es sei hierbei eine Frage berührt, die auch von Bedeutung ist: die Frage, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, auf die Reinhaltung der jüdischen Rasse in Palästina hinzuwirken. Da wir gerade das, was in uns *jüdisch* ist, in Palästina voll entwickeln wollen, so wäre es natürlich wünschenswert, wenn nur »Rassejuden« nach Palästina kämen. Aber eine direkte Einwirkung auf die Auslese der Einwanderer nach ihrer geringeren oder größeren Annäherung an den jüdischen Rassentypus ist praktisch undurchführbar. Immerhin läßt sich voraussehen, daß die Einwanderer im allgemeinen stärker jüdisch sein werden als die Juden in Europa, weil voraussichtlich diejenigen, in denen sich das Jüdische körperlich und geistig am meisten ausprägt, am meisten von ihrer nichtjüdischen Umgebung in Europa abgestoßen und sich deshalb am ehesten zu der jüdischen Gemeinschaft in Palästina hingezogen fühlen werden.

Ausmerzung der Antisozialen

Wie aus dem Vorstehenden schon ersichtlich, schieben wir die Aufgabe, Personen mit antisozialen Instinkten von der Auswanderung fernzuhalten, in erster Linie den Auswanderungs-

gruppen zu. In Palästina soll diese Auslese dann dadurch fortgesetzt werden, daß auch hier das wirtschaftliche Leben in möglichst weitem Maße auf die Genossenschaft als kleinste wirtschaftliche Einheit basiert wird. Personen, welche von keiner Genossenschaft aufgenommen werden, haben also von vornherein geringe Aussichten auf wirtschaftliches Fortkommen und werden in vielen Fällen das Land wieder verlassen, besonders wenn auch die öffentliche Meinung gegen diese Eigenbrötler und Antisozialen Stellung nimmt.

Es ist vorauszusehen, daß man gegen das hier vorgeschlagene Ausleseprinzip einwenden wird, daß ja auch ganze Gruppen antisozial gesinnt sein können, daß zwanzig Personen zusammen noch nicht die Gewähr bieten, daß sie eine höhere Moral haben als eine Einzelperson. Aber das ist nicht richtig. Im allgemeinen müssen die Gruppen, da sie ja aus den Judenmassen Osteuropas hervorgehen, auch die Moral dieser Massen haben. Diese Moral ist nicht antisozial. Weitaus die große Mehrheit der osteuropäischen Juden können als *erwünschte* Einwanderer gelten. (Wäre es nicht so, so würden überhaupt alle Bemühungen, in Palästina ein jüdisches Leben auf gesunder sozialer Grundlage zu schaffen, umsonst sein, da man durch die Verpflanzung in ein anderes Land moralisch minderwertige Menschen nicht zu moralisch vollwertigen macht und von außen oktroyierte gute soziale Einrichtungen von einer moralisch minderwertigen Bevölkerung in den meisten Fällen zerstört oder umgangen werden.) Nur durch einen unglücklichen Zufall oder durch bewußten Zusammenschluß von 'outsiders' können deshalb in einer Gruppe von zwanzig bis fünfzig Mitgliedern die Minderwertigen einmal in der Mehrheit sein und eine Auslese in unserem Sinne verhindern. Hier müssen dann die Zionisten des Auswanderungslandes auf der Wacht stehen und ihre Stimmen erheben, um solche Gruppen zu stigmatisieren und das Auswanderungsamt zu ihrer Reform aufzufordern.

Überhaupt muß die öffentliche Meinung sowohl im Auswanderungsland wie in Palästina die Auslese durch die Gruppen und Genossenschaften unterstützen. Die Wichtigkeit einer richtigen

Auslese muß überall gewürdigt und verstanden werden. Und da die Gruppenmoral, wie oben gesagt, immer nur ein Spiegelbild der Moral der ganzen jüdischen Bevölkerung ihrer Umgebung ist, so ist zu hoffen, daß, wenn durch gesunde wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere durch die Rückkehr zur Landwirtschaft, durch die Entwicklung des Schulwesens und der munizipalen Selbstverwaltung, die allgemeine Moral und das Verantwortlichkeitsgefühl der Juden in Palästina steigt, auch die Ansprüche der Gruppen an die Moral ihrer Mitglieder immer höher werden. Es kommt vieles darauf an, der Auswanderungsgruppe klar zu machen, daß sie bei einer laxen Praxis in bezug auf die Aufnahme von Mitgliedern sich selbst am meisten schädigt, da die minderwertigen Mitglieder wie Geschwüre am Leibe der Gruppe fressen und ihr wirtschaftliches Fortkommen in Palästina erschweren werden. Die Aufnahme von Mitgliedern in die Auswanderungsgruppe muß deshalb von vornherein so geregelt werden, daß Personen erst dann als definitive Mitglieder aufgenommen werden, wenn sie ein halbes Jahr als Kandidaten an allen Sitzungen und Verhandlungen der Gruppe teilgenommen haben und den übrigen Mitgliedern bekannt geworden sind. Da naturgemäß auch vieles davon abhängt, wer die ersten Gründer einer Gruppe sind, so wird es die Aufgabe der lokalen Vertrauensleute des Auswanderungsamts sein, dafür zu sorgen, ungeeignete Personen von der Gründung von Auswanderergruppen zurückzuhalten und nur solche Personen bei der Gründung von Auswanderungsgruppen zu unterstützen, von denen zu erwarten ist, daß sie der Gruppe einen gesunden Geist einflößen werden.

In Palästina soll ein Zusammenschluß aller Genossenschaften von gleichem oder ähnlichem Typus zu Genossenschaftsverbänden angestrebt und überhaupt in jeder Beziehung auf die Gründung von Gesamtvertretungen der einzelnen Berufe hingewirkt werden. Wir erwarten auch von diesem kooperativen Zusammenschluß eine Hebung der Berufsmoral und eine Stärkung des Gemeinsinns.

—

Ein Wort an die Kritiker

An die Zionistische Exekutive, London

(25. April 1921)

Ich erhielt Ihre Briefe vom 21. und 29. März, sowie vom 5. April, betreffend den Bericht der Reorganisationskommission[1]. Ich bin zu meinem großen Bedauern aus Mangel an Zeit nicht imstande, eine ausführliche Erwiderung darauf zu schreiben. Ich will jedoch Ihrem Wunsche entsprechen und Ihnen einige kurze Bemerkungen zu dem Bericht senden.

Es ist sehr leicht zu kritisieren; es ist sehr schwer, es besser zu machen. Ich bin selbst weit davon entfernt, alles gutzuheißen, was seit dem Beginn der Tätigkeit der Zionist Commission[2] in

---

[1] *Reorganisations-Kommission.* Mitglieder dieser Körperschaft, die Ende 1920 auf Drängen vornehmlich der amerikanischen Zionisten zur Untersuchung der Tätigkeit der Zionist Commission und besonders ihrer Kolonisationsmethoden nach Palästina fuhr, waren: die Mitglieder der Zionistischen Exekutive *Julius Simon* (geboren 1875 in Mannheim) und *Nehemja de Lieme* (geboren 1882 im Haag, seit 1911 Vorsitzender des Niederländischen Zionistenbundes), sowie – als besonderer Vertreter der amerikanischen Zionisten – *Robert Szold* (geboren 1889 in Streator, Illinois, USA.).

[2] *Zionist Commission.* Mit Zustimmung der britischen Regierung ging im Frühjahr 1918 ein Ausschuß nach Palästina ab, der die Zionistische Organisation sowie die Judenheit der alliierten Staaten in allen Dingen, die die Verwirklichung der Balfour-Deklaration betrafen, beim Oberkommando der britischen Truppen vertreten sollte. Der Ausschuß erhielt den Namen »Zionist Commission«, hebräisch »Waad Hazirim« (Rat der Delegierten). An der Spitze der Zionist Commission stand Professor *Weizmann;* sein Stellvertreter war *N.M.Ussischkin.* Aus England gehörten der Zionist Commission die Herren *Joseph Cowen, Dr.M.D.Eder* und *Leon Simon,* aus Italien die Herren Hauptmann *Dr. Artom* und Kommandant *Levi Bianchini,* aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika (nach dem Waffenstillstand) die Herren *Lewin Epstein, Dr.Friedenwald* und *Robert Szold,* aus Frankreich Professor *Sylvain Lévi* als Mitglieder an. Dr. M. D. Eder vertrat dabei die Jewish Territorial Organization (ITO.), Professor Sylvain Lévi die Alliance Israélite Universelle. Als Sekretär fungierte *J.M.Sieff* (London); Verbindungsoffizier zum Stabe Lord Allenbys war Major *Ormsby-Gore,* dessen Adjutant *Edwin Samuel.* Die Funktionen der Zionist Commission gingen nach dem XII. Zionisten-Kongreß in Karlsbad, 1921, an die »Zionistische Palästina-Exekutive« über.

Palästina getan worden ist. Sie wissen, daß ich sofort nach meinem Eintreffen in Palästina im Jahre 1920 auf die Mängel in der hiesigen Arbeit aufmerksam gemacht habe und daß ich Sie zu wiederholten Malen ersucht habe, mich von meiner Tätigkeit in der Zionist Commission zu entbinden. Nur mit großem Widerstreben habe ich mich auf das Ersuchen der Exekutive und der Reorganisationskommission bereit erklärt, vorläufig noch weiter in der Zionist Commission zu verbleiben. Ich glaube für mich hiernach in Anspruch nehmen zu können, daß ich der Tätigkeit der Zionist Commission mit völliger Objektivität gegenüberstehe.
Der Bericht der Reorganisationskommission befaßt sich in seinem ersten Teil insbesondere mit der landwirtschaftlichen Kolonisation und leidet hier an dem schweren Fehler, daß er die Tätigkeit des Palästina-Amts bis zum Ausbruch des Weltkrieges, dann die Tätigkeit des Palästina-Amts während des Weltkrieges und die Tätigkeit der Zionist Commission seit der englischen Okkupation in einen Topf wirft. Dadurch wird die ganze Darstellung verzerrt. Denn in den drei eben angegebenen Perioden waren nicht nur die Personen, welche die Arbeit leiteten, verschieden, sondern auch die Ziele der Arbeit waren durchaus verschiedene.
1) Ich übernehme die volle Verantwortung für das, was in der Zeit vom Beginn des Palästina-Amts (1908) bis zum Ende des Jahres 1914 in Palästina auf kolonisatorischem Gebiet geschehen ist. Vergegenwärtigen wir uns einmal die finanzielle Lage in dieser Zeit.
Die zionistische Organisation hatte in dieser Zeit nur minimale Einnahmen aus Schekeleingängen und konnte für das *Kolonisationswerk* in Palästina überhaupt nichts ausgeben. Sie konnte mit Mühe und Not die minimalen Ausgaben für das Palästina-Amt selbst, die im Jahre 1908–1909 einschließlich aller Gehälter 1000 Pfund und in den späteren Jahren etwa 2000 Pfund betrugen, aufbringen. Der Jüdische Nationalfonds, dessen Reineinnahmen in diesen Jahren durchschnittlich nur 10 000 bis 20 000 Pfund betrugen, konnte nicht daran denken, mit diesen Beträgen irgendwelche Kolonisation zu treiben. (Denn auch

vor dem Kriege waren zur Einrichtung eines Kolonisten nicht viel weniger als 1000 Pfund erforderlich.) Außer dem Nationalfonds gab es nur noch die Palestine Land Development Co., die mit ihrem Aktienkapital von kaum 10000 Pfund auf dem Gebiet des Bodenkaufs Außerordentliches leistete, aber natürlich nicht imstande war, Kolonisation im eigentlichen Sinne des Wortes zu betreiben. Die Parole dieser ganzen Periode von 1908–1914 war deshalb auch nicht »Kolonisation«, sondern »Vorbereitung zur Kolonisation«, und zwar Vorbereitung eines geeigneten Ansiedlermaterials und Vorbereitung von geeigneten landwirtschaftlichen Methoden. Zu diesem Zweck hat das Palästina-Amt damals vier Farmbetriebe ins Leben gerufen, nämlich Ben Schemen und Hulda, die zur Einführung einer modernen Milchwirtschaft und zu Pflanzungen (Ölbaumspende) dienten, und die beiden Farmen Deganja und Kinneret, auf denen die ersten Versuche mit Arbeitergenossenschaften gemacht wurden. Ich bemerke dazu, daß der Boden für keine dieser Farmen vom Palästina-Amt ausgesucht wurde, sondern daß das Palästina-Amt bei seiner Begründung diese Böden bereits im Besitze des Nationalfonds vorfand, ohne daß der Nationalfonds wußte, was er mit diesen Ländereien anfangen sollte. Hätte das Palästina-Amt die Möglichkeit gehabt, selbst den Boden für die ersten Farmbetriebe auszusuchen, so würde es wahrscheinlich anderen Boden dafür ausgewählt haben. Aber es war damals sowohl aus Mangel an Mitteln wie aus der Notwendigkeit heraus, die bereits vorhandenen Nationalfondsböden, deren Brachliegenlassen überall als eine Schande empfunden wurde, zu bearbeiten, unmöglich, neue Böden zu kaufen und die alten Böden einfach preiszugeben. Außer diesen vier Farmen ist in der Zeit von 1908–1914 nur noch die Farm Merchawja gegründet worden, für deren Gründung, wie ich ja hier nicht im einzelnen auszuführen brauche, die noch auf Herzl zurückgehende Verbindung der zionistischen Organisation mit den Siedlungsideen Franz Oppenheimers verantwortlich ist. Bei dem Aufbau dieser Farmbetriebe ist in keiner Weise freigebig vorgegangen worden. In Ben Schemen haben wir die alten Belkindschen

Häuser übernommen. In Hulda haben wir ein einziges Arbeiterhaus gebaut, das noch nicht 1000 Pfund kostete und zu dem erst später noch zwei andere Arbeiterhäuser hinzugebaut wurden. Ebenso ist in Kinneret und Deganja nur das Allernotwendigste an Gebäuden zur Unterbringung der Arbeiter und des lebenden und toten Inventars gebaut worden. Wenn in Merchawja die Gebäude mit etwas größerem Aufwand gebaut sind, so beruht dies darauf, daß man hier dem Wunsche Oppenheimers Rechnung tragen mußte, aus Merchawja das Modell für viele andere ähnliche Betriebe zu machen und deshalb von vornherein alles aufs beste einzurichten. Die gesamten Ausgaben für diese fünf Farmbetriebe einschließlich der Gebäude in der Zeit von 1908–1914 betrugen:

Ben Schemen	23 532 Pfund
Hulda	13 859 ,,
Deganja	11 598 ,,
Merchawja	23 844 ,,
Kinneret	7 757 ,,
	80 590 Pfund

In dieser Summe sind auch die Ausgaben für die Pflanzungen der Ölbaumspende in Ben Schemen und Hulda eingeschlossen, mit denen diese Farmbetriebe nicht direkt belastet werden können. Es bleibt dann als Gesamtausgabe für die fünf Farmen ein Gesamtbetrag von etwa 60 000 Pfund übrig. Wenn man bedenkt, daß auf diesen Farmen im Laufe dieser Zeit mehrere hundert Arbeiter mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut gemacht wurden, und daß die Farmen zum erstenmal den Beweis erbracht haben, daß landwirtschaftliche Betriebe ausschließlich mit jüdischer Arbeit geführt werden können, und daß ferner diese Farmen für Hunderte und Tausende von jüdischen Arbeitern, die nach Palästina kamen, ein Ziel und eine Hoffnung bedeuteten, so wird man, ganz abgesehen von dem außerordentlichen propagandistischen Werte dieser Farmen für die Spenden des Jüdischen Nationalfonds, sagen müssen, daß dieses Geld durchaus richtig angewandt war. Jedenfalls sind die Kritiker bis zum heutigen Tage jeden Beweis dafür schuldig geblieben, daß mit einem solchen Betrag mehr für die

Kolonisation Palästinas hätte geschehen können. Hätte man, wie es die Reorganisationskommission nach ihrem Berichte für zweckmäßig zu halten scheint, dieses Geld nach Muster der Ica-Kolonien zur Ansiedlung von Kolonisten verwendet, so hätte man dafür, sage und schreibe, sechzig Kolonisten ansiedeln können. Wie kläglich hätte die Zionistische Organisation damit dagestanden! Und wie wenig wäre man sicher gewesen, daß diese sechzig Kolonisten wirklich ohne weitere Nachschüsse sich erhalten können. Haben doch die meisten Ica-Kolonisten bis zum heutigen Tage nicht aufgehört, von der Administration Vorschüsse und Darlehen zu fordern.

Außer diesen fünf Farmbetrieben hat die Zionistische Organisation, beziehungsweise der Jüdische Nationalfonds, in den Jahren 1908–1914 auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Kolonisation nur noch den Bau von Häusern für einige Dutzend landwirtschaftlicher Arbeiter und für die Jemeniten unternommen, die durch die Propaganda des Palästina-Amts nach Palästina übersiedelten. Die hierfür aufgewandten Beträge (1000 bis 2000 Francs für ein Haus) sind minimal, die Erfolge durchaus befriedigend.

Ich resümiere also: Nichts ist falscher, als für die Periode von 1908–1914 der Zionistischen Organisation den Vorwurf zu machen, daß sie zu viel Geld ausgegeben oder dieses Geld schlecht angewendet hat. Ich vertrete vielmehr mit größter Entschiedenheit die Behauptung, daß das ausgegebene Geld für das damals einzig mögliche Ziel, nämlich für die Vorbereitung der Kolonisation, in denkbar bester Weise angewendet worden ist und daß man der Zionistischen Organisation nicht den Vorwurf machen kann, daß sie zu viel, sondern höchstens den, daß sie zu wenig auf diesem Gebiet getan hat.

2) In der zweiten Periode, der Periode des Weltkrieges, konnte von einer freien Tätigkeit in Palästina keine Rede mehr sein. Alle Bestrebungen waren darauf gerichtet, das Bestehende von einem Tage zum anderen zu fristen und der Not des Tages abzuhelfen. Auf diesem Boden erwuchs damals in Palästina das Bestreben, für diejenigen, welche durch den Krieg erwerbslos ge-

worden waren, an Stelle von Unterstützungen Arbeit zu geben. Hier lag es natürlich am nächsten, an landwirtschaftliche Arbeit zu denken, weil Boden für solche Arbeit verfügbar war und man aus der Arbeit dasjenige zu erzielen hoffte, was damals am notwendigsten war, nämlich Lebensmittel. Auf dieser Grundlage erwuchsen dann die Gruppen, welche auf jüdischem Boden Ackerbau oder Gemüsebau betrieben. Es war von vornherein klar, daß diese Arbeiten nur als Notstandsarbeiten berechtigt waren und daß sie mit der Wiederkehr normaler Zeiten keine Berechtigung mehr hatten. Die meisten von ihnen sind deshalb auch nach Beendigung des Krieges verschwunden. Allerdings war es nicht leicht, in allen Fällen diese Gruppen sofort aufzulösen, weil die Arbeiter sich nur schwer von der ihnen liebgewordenen Arbeit trennten und alle Anstrengungen machten, um weiter bei dieser Arbeit zu bleiben. Dieses Streben ist an sich durchaus erfreulich, und es wäre das beste gewesen, wenn man diese Arbeiter hätte kolonisieren können. Zwar war dies aus Mangel an Mitteln nicht sofort möglich; man hoffte aber, daß in kurzer Zeit die Mittel verfügbar werden und dann die Arbeiter in der Landwirtschaft würden verbleiben können. Es mag sein, daß man aus diesem Grunde, um nicht die Arbeiter von der Landwirtschaft zu entfernen, einige landwirtschaftliche Gruppen aufrecht erhalten hat, obwohl sich dies ökonomisch nicht rechtfertigen ließ. Ich möchte hierbei betonen, daß ich, obwohl ich vor dem Kriege der Hauptverfechter der landwirtschaftlichen Kwuzot gewesen bin, nach meiner Rückkehr im Jahre 1920 sofort darauf hingewiesen habe, daß die *während des Krieges entstandenen Kwuzot* zum allergrößten Teil ökonomisch nicht richtig fundiert sind und deshalb aufgelöst werden müssen. Tatsächlich sind auch, wie ich schon oben erwähnte, die meisten dieser Gruppen bereits wieder verschwunden.

3) Was die kolonisatorische Tätigkeit der *Zionist Commission* anbetrifft, so muß ich sagen, daß die Zionistische Kommission im Anfange bis zu ihrer Verschmelzung mit dem Palästina-Amt Ende 1919 überhaupt keine kolonisatorischen Pläne verfolgte.

Die Kommission hatte einen ausgesprochen politischen Charakter und ordnete alle anderen Interessen den politischen unter. Es kam hinzu, daß die englische Militärverwaltung, wie zur Genüge bekannt ist, der jüdischen Kolonisation durchaus kein Wohlwollen entgegenbrachte, und daß sowohl hierdurch, als auch infolge des Verbots, Grundstücke zu erwerben, überhaupt keine vernünftige kolonisatorische Tätigkeit möglich war.
Nicht unerwähnt lassen möchte ich gleich bei dieser Gelegenheit, daß es überhaupt falsch ist, die Zionist Commission als eine Einheit zu betrachten. Durch den fortgesetzten Wechsel der Personen innerhalb der Zionist Commission gab es überhaupt keine Kontinuität in ihrer Arbeit, und es ist absolut ungerecht, die jetzigen Mitglieder der Zionist Commission, die wie zum Beispiel ich erst spät in die Kommission eingetreten und nur mit größtem Widerstreben in der Kommission verblieben sind, für das verantwortlich zu machen, was vor ihrem Eintritt in die Kommission geschehen ist. Diese mangelnde Kontinuität in der Zionist Commission ist nicht verwunderlich, sie ist nur ein Spiegelbild dessen, daß in der Zionistischen Organisation überhaupt seit mehreren Jahren keine einheitliche Auffassung über unsere Aufgaben in Palästina besteht. Wie der Zufall es gerade wollte, wurden bald Vertreter dieser, bald Vertreter einer anderen Anschauung in die Zionist Commission entsandt, und es kann bei dieser Heterogenität und Zufälligkeit in der Zusammensetzung der Zionist Commission höchstens wundernehmen, daß die Arbeit in Palästina nicht viel mehr gelitten hat, als es tatsächlich der Fall gewesen ist, und daß das Erworbene im großen und ganzen erhalten geblieben ist.
Nach diesem kurzen geschichtlichen Überblick über die Kolonisationstätigkeit in Palästina möchte ich gleich zu dem Vorschlag übergehen, den die Reorganisationskommission macht, und wodurch sie an Stelle des jetzigen Systems ein neues System setzen will. Sie will die Idee des 'full equipment' der zukünftigen Ansiedler aufgeben und will an dessen Stelle ein System setzen, wonach die Ansiedler im bescheidensten Maße anfangen und erst allmählich aus ihren eigenen Ersparnissen sich ihre

Wirtschaften aufbauen sollen. Ich möchte hierzu zunächst bemerken, daß, wie ich das oben ausgeführt habe, das von der Kommission so hart getadelte System des 'full equipment' in der zionistischen Tätigkeit überhaupt noch nie in Anwendung gekommen ist. Das war gerade das System der Ica-Kolonisation, die jedem Kolonisten außer Boden und Gebäuden noch einen Kredit zur Anschaffung des Inventars gewährte. Das System des 'full equipment' ist, soweit es sich um die Zionistische Organisation handelt, bisher nur in der *Idee*, nämlich in den Verschlägen vorhanden, welche das Kolonisations-Department der Zionist Commission für die Zukunft aufgestellt hat. Ich bin durchaus nicht ein Anhänger des 'full equipment', aber ich bin noch viel weiter davon entfernt zu glauben, daß das von der Reorganisationskommission als Gegensatz zum 'full equipment' angepriesene Schema ausführbar ist.

Es ist ohne weiteres als richtig anzunehmen, daß es für unsere Kolonisation außerordentlich wichtig wäre, wenn jeder Ansiedler die für seine Wirtschaft nötigen Anschaffungen und Ausgaben wenigstens zu einem Teil aus eigenen Mitteln bestreiten könnte. Dann würde der Ansiedler erstens viel fester an seine Wirtschaft gebunden und im Interesse der Erhaltung seines Kapitals zu den größten Anstrengungen und Entbehrungen gezwungen sein, und zweitens würde das Risiko für das von zionistischen Institutionen hergegebene Kapital sich erheblich verringern, da ein Verlust in erster Linie den Ansiedler selbst treffen würde. Leider stehen wir aber vor der Tatsache, daß wir geeignete Ansiedler mit eigenem Kapital nicht zur Verfügung haben.

Schon vor dem Kriege schieden sich die Juden, welche Kolonisten sein wollten, in zwei Klassen: erstens in solche mit Mitteln, aber ohne landwirtschaftliche Erfahrung und ohne den Willen und die Kraft zu harter Arbeit, und zweitens in solche, welche in Palästina Erfahrung als Arbeiter und Kraft zu landwirtschaftlicher Arbeit erworben, aber keine Mittel hatten. Es hat sich damals herausgestellt, daß diejenigen mit Mitteln, aber ohne landwirtschaftliche Erfahrung und ohne Willen und Fä-

higkeit zu körperlicher Arbeit für die landwirtschaftliche Kolonisation noch weit weniger brauchbar waren als die Ansiedler ohne Mittel, aber mit landwirtschaftlicher Erfahrung. Junge Leute, welche Mittel und zugleich landwirtschaftliche Erfahrung und Fähigkeit zu körperlicher Arbeit haben, sind jetzt, nachdem der Krieg die osteuropäischen Juden finanziell ruiniert hat, noch viel weniger vorhanden als vor dem Kriege. Jedenfalls steht die Tatsache einwandfrei fest, daß die mehreren hundert landwirtschaftlichen Arbeiter in Palästina, welche infolge ihrer Erfahrung und ihres langjährigen Aufenthalts in Palästina das beste vorhandene Ansiedlungselement darstellen, keine irgendwie nennenswerten Mittel besitzen. Es ist auch ausgeschlossen, daß sie bei den hiesigen Lohnverhältnissen sich in absehbarer Zeit irgendwelche Ersparnisse zurücklegen können. Ich glaube, es ist überflüssig, auf das Lohnproblem in Palästina näher einzugehen. Es ist zur Genüge bekannt, ein wie gefährlicher Konkurrent der genügsame und seit vielen Generationen in der Landwirtschaft erfahrene Fellache für den jüdischen Arbeiter ist, und wie der jüdische Arbeiter die größten Schwierigkeiten hat, um in Konkurrenz mit dem Araber auch nur das *Minimum* dessen als Lohn zu erhalten, was er zu seiner Existenz bedarf. Es ist möglich, daß wenn in Palästina späterhin die Landwirtschaft nicht mehr den primitiven Charakter hat, den sie heute trägt, sondern zu verbesserten Arbeitsmethoden übergeht, für die der Fellache nicht so gut geeignet sein wird, daß dann der jüdische Arbeiter einen Vorsprung gewinnen und gewisse Ersparnisse wird machen können. Vorläufig gibt es aber keinen anderen Ausweg, als entweder ganz auf Kolonisation zu verzichten oder die hier vorhandenen Arbeiter anzusiedeln, obwohl sie keine eigenen Mittel besitzen und alles, was zu ihrer Ansiedlung nötig ist, fast bis auf den letzten Pfennig von zionistischen Institutionen bekommen müssen. Ich weiß sehr wohl, daß diese Tatsache für die jüdische Kolonisation in Palästina sehr unangenehm ist und erschwerend wirkt. Man kommt aber um diese Schwierigkeit nicht dadurch herum, daß man diese Tatsache übersieht und sich in der Phantasie Kandidaten für

die Ansiedlung vorzaubert, die außer palästinensischer landwirtschaftlicher Erfahrung und dem Willen zu eigener Arbeit auch noch eigene Mittel besitzen.
So viel ist also klar: die Ansiedler werden im Beginn ihrer Ansiedlung alles zur Siedlung Nötige von zionistischen Institutionen bekommen müssen. Es taucht nun die Frage auf, was alles als zur Ansiedlung nötig zu betrachten ist. Darüber, daß der Boden, der den Ansiedlern übergeben wird, vorher assaniert sein muß, daß Arbeitsgeräte und Vieh zur Bearbeitung des Bodens vorhanden sein müssen, darüber kann, scheint mir, kein Zweifel entstehen. Über diesen Bedarf hinaus ist bisher keine der zionistischen Farmen versorgt worden. Es bleibt also eigentlich nur die Frage der Gebäude für Menschen und Vieh und Geräte. Ich kann mir vorstellen, daß man für die Menschen in der ersten Zeit auf feste Gebäude verzichten und sie in Zelten unterbringen kann. In der Tat besteht in der hiesigen Arbeiterschaft eine starke Tendenz dahin, zur Verbilligung der Siedlungskosten auf den Bau von Häusern zu verzichten. Ich bin nicht dagegen, daß man hiermit einen Versuch macht. Ich kann aber die Zweifel nicht unterdrücken, ob nicht die Unterbringung der Arbeiter in Zelten, insbesondere wenn es sich dabei um Familien handelt, Gefahren für die Gesundheit mit sich bringen wird, welche das Gelingen der ganzen Siedlung vereiteln. Aber gesetzt den Fall, daß man auf diese Weise das Kapital für menschliche Wohnungen spart und darauf hofft, daß der Enthusiasmus der Arbeiter ihnen über die Unbilden der schlechten Unterkunft hinweghilft, so kann man jedenfalls mit dem Vieh und den Arbeitsgeräten nicht in dieser Weise verfahren. Hier müssen gute Unterkunftsräume von vornherein gebaut werden, wenn man nicht diesen Mangel mit baldigem Untergang des lebenden und toten Inventars bezahlen will.
Ich resümiere also: Wenn die Kommission mit solchem Nachdruck gegen das System des 'full equipment' ankämpft, ist das insofern ein Kampf gegen Windmühlenflügel, als das System des 'full equipment' bisher noch nirgends in der Zionistischen Organisation in Anwendung gekommen ist. Und was den Ge-

genvorschlag anbetrifft, dem Arbeiter nur das Minimum dessen zu geben, was er am Anfang braucht und ihn das übrige aus seinen eigenen Ersparnissen hinzufügen zu lassen, so ist dieser Vorschlag durchaus richtig, wenn man unter dem Minimum alles das versteht, was der Ansiedler nötig hat, um seine Wirtschaft von Anfang an mit Aussicht auf Erfolg zu betreiben. Dann ist der Vorschlag aber nicht neu, denn auch in den weitestgehenden Vorschlägen des Kolonisations-Departements, die die Kosten einer Familien-Ansiedlung mit 1200 Pfund berechnen, ist immer nur mit diesem Minimum gerechnet worden. Eine Ersparnis in den Ansiedlungskosten könnte, wie oben erwähnt, nur dann erzielt werden, wenn man an Stelle fester Wohnungen für die Ansiedler sich auf ihre Unterbringung in Zelten beschränkt, und diese Möglichkeit ist eine Probe wert. Sie ist aber weit davon entfernt, als ein Allheilmittel für die Probleme der landwirtschaftlichen Kolonisation angepriesen zu werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhange noch folgendes erwähnen: Die Reorganisationskommission gibt in ihrem Bericht zu verstehen, daß es wahrscheinlich für die Kolonisation besser gewesen wäre, wenn das Palästina-Amt nach dem Muster der Ica-Kolonien in Galiläa einzelne Familien kolonisiert hätte. Ich bin zwar der Ansicht, daß die Kolonien der Ica in Galiläa, deren Wert ich durchaus nicht herabsetzen will, in keiner Weise ein Vorbild für unsere Kolonisation darstellen, weil in ihnen (mit Ausnahme der Kolonie Kinneret, wo infolge der Nähe unserer Farmen das Prinzip der eigenen Arbeit durchgedrungen ist) das Prinzip der arabischen Arbeit vorherrscht, und weil sie auch ökonomisch mit ihrem Getreidebau durchaus noch nicht konsolidiert sind. Dennoch wäre das Palästina-Amt vielleicht im Beginne seiner Tätigkeit den Weg der Ica gegangen, wenn es die Mittel dafür zur Verfügung gehabt hätte. Aber diese Mittel waren damals nicht vorhanden. Der Jüdische Nationalfonds war damals die einzige zionistische Institution, die überhaupt über Mittel zur Kolonisation verfügte. Aber seine Einnahmen waren damals außerordentlich gering, und ihre Benützung wurde

durch die Reserveklausel und durch das Bestreben erschwert, das Geld des Nationalfonds nur für Bodenkäufe und nicht für Siedlungskosten auszugeben. Aus diesem Grunde war zum Beispiel die Palestine Land Development Co. trotz ihres geringen Kapitals gezwungen, die Bewirtschaftung der Farmen Kinneret und Deganja auf ihre Rechnung zu nehmen, da der Nationalfonds die Mittel dazu nicht hergab. – Es ist eine sehr leichte Sache a tergo, wenn man von den jetzt viel reicher fließenden Einnahmen der Zionistischen Organisation ausgeht, zu sagen, dies und jenes hätte anders gemacht werden sollen. Man muß sich aber vergegenwärtigen, daß dieser andere Weg, eben wegen des Mangels an Mitteln, überhaupt nicht gangbar war. Das Palästina-Amt hatte damals nur die Wahl, entweder *überhaupt nichts zu tun* oder durch den Betrieb von Farmen, der wenigstens nicht, wie die Kolonisation der Ica, besondere Gebäude für jede Familie erfordert, einen billigen Weg der Kolonisation zu gehen. Es mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Gruppe in Deganja jahrelang in elenden arabischen Hütten wohnte, bevor das jetzige Wohnhaus erbaut wurde, und daß ebenso in Kinneret, Hulda und Ben Schemen das in Gebäuden investierte Kapital auf das Mindestmaß beschränkt wurde.
Die beste Rechtfertigung für die Tätigkeit des Palästina-Amts liegt übrigens darin, daß, wie eine sachverständige Schätzung ergeben wird, alles Geld, das von seiten des Nationalfonds und der sonstigen zionistischen Institute in landwirtschaftliche Betriebe hineingesteckt worden ist, heute *(ohne Berücksichtigung der Wertsteigerung des Bodens)* voll erhalten ist, und daß der Boden der Farmen, wie er bisher durch die Arbeitergenossenschaften bearbeitet wurde, jederzeit mit geringen Kosten in Kolonien von Einzelansiedlern umgewandelt werden kann. Die Vorschläge zu dieser Umwandlung sind von der Kolonisationsabteilung der Zionist Commission bekanntlich schon der vorigen Jahreskonferenz unterbreitet worden. Sicherlich werden die Kolonien, die auf dem vorbereiteten Boden der Farmen entstehen, weit besser prosperieren als alle früheren Kolonien, die auf nicht vorbereitetem Boden gegründet wurden.

So viel über die landwirtschaftliche Kolonisation. Was die übrigen Vorschläge der Reorganisationskommission auf wirtschaftlichem Gebiet anbetrifft, so vermisse ich in dem Bericht jede Erwähnung der Tatsache, *daß die meisten dieser Vorschläge nicht von der Reorganisationskommission konzipiert sind, sondern daß es die Vorschläge sind, welche ich der Reorganisationskommission gemacht habe.* Ich finde es nicht richtig, daß die Reorganisationskommission in ihrem Berichte gegen die Zionist Commission polemisiert und die Tätigkeit dieser Kommission als absolut wertlos hinstellt, ohne zu erwähnen, daß die meisten positiven Vorschläge, die sie selbst vorbringt, gerade von mir, also aus der Mitte der Zionist Commission, stammen. Ich erwähne hiervon:

a) die Trennung aller produktiven wirtschaftlichen Arbeit von der Zionist Commission und ihre Zuteilung an besondere selbständige Gesellschaften (in wiederholten Berichten nach London von mir betont und hier der Reorganisationskommission auseinandergesetzt);

b) die Errichtung einer Großeinkaufsgenossenschaft, ein Vorschlag, den ich im vorigen Jahre Herrn Simon gesandt und ausführlich begründet habe;

c) die Errichtung einer Central Land Purchasing Agency, die ich schon vor einem Jahre schriftlich und jetzt der Reorganisationskommission gegenüber mündlich ausführlich begründet habe, und wobei ich die Ausgestaltung der Palestine Land Development Co. zu einem solchen Institute vorgeschlagen habe, mit all den Details, welche die Reorganisationskommission dafür gibt;

d) The Workers Bank entspringt, wie Sie wissen, ganz und gar einem Vorschlag, den ich auf der letzten Jahreskonferenz und in vielen Artikeln vertreten habe und der ja jetzt im wesentlichen bereits verwirklicht worden ist;

e) The Workers Equipment Fund ist dem Namen und der Sache nach genau der Vorschlag, den ich hier der Reorganisationskommission gemacht habe;

f) die Notwendigkeit einer Mortgage Bank ist von mir sofort,

als ich vor einem Jahre nach Palästina kam, in einem Exposé der Exekutive in London und Amerika auseinandergesetzt worden;

g) die Notwendigkeit genossenschaftlicher Darlehnskassen für Handwerker und kleine Industrielle ist von mir seit der Publikation des neuen Genossenschaftsgesetzes in einem Referat im Waad Leumi und in mehreren Artikeln in der hiesigen Presse vertreten worden.

Ich brauche wohl nicht zu bemerken, daß ich das Vorstehende nicht erwähne, um mich damit zu brüsten, sondern lediglich um zu zeigen, daß der ganze Ton, auf den der Bericht der Reoganisationskommission gestimmt ist, falsch ist. Der Bericht läuft ungefähr darauf hinaus: »Von hier ab und heute beginnt eine neue Epoche in der Palästinaarbeit, und das ist unser Verdienst.« Demgegenüber ist es nötig festzustellen, daß die Reorganisationskommission in ihrem Bericht keine einzige schöpferische eigene Idee bringt. Sie ist stark in der Betonung des Unzulänglichen und der Schwierigkeiten in unserer Arbeit; sie ist steril, soweit sie aus Eigenem Vorschläge zur Verbesserung der jetzigen Arbeit machen soll. Ich halte der Reorganisationskommission zugute, daß sie unter dem Eindruck der schlechten Finanzlage sich verpflichtet fühlte, hier Ersparnisse zu machen, und unter diesem Gesichtswinkel geneigt war, jede Ausgabe mißgünstig und kritisch zu betrachten. Ich habe hierfür durchaus Verständnis und habe der Kommission deshalb hier in ihrem Bestreben zu sparen nach besten Kräften beigestanden. Aber der Bericht verschiebt diesen Gesichtspunkt ganz und gar. Er läßt jedes liebevolle Verständnis für die Arbeit, die unter schwierigsten Verhältnissen hier geleistet worden ist, vermissen und gefällt sich in einer Kritik, deren Hochmut nur dann berechtigt wäre, wenn die Reorganisationskommission wirklich aus Eigenem neue positive Wege der Arbeit gewiesen hätte. Das ist aber, wie oben erwähnt, durchaus nicht der Fall.

—

Die Kosten der zionistischen Kolonisation

An die Zionistische Exekutive, London

(16. März 1922)

Ich ersehe aus dem mir übersandten Protokoll der dortigen Exekutive[1] vom 29. Januar, daß sich Herr Professor Weizmann in dieser Sitzung wie folgt geäußert hat:

»Das Entscheidende ist, daß die Kolonisationsmethoden *radikal geändert werden* müssen. Die Kosten der Ansiedlung von Arbeitern auf dem Boden waren sehr hoch. Ich habe durch Untersuchung festgestellt, daß die Ausgaben der englischen und australischen Regierung nicht niedriger, vielleicht sogar höher sind. Die Zionistische Organisation muß jedoch zu *niedrigeren* Ergebnissen kommen, weil sie einer stärkeren Kritik als die Regierungen der beiden Länder ausgesetzt ist. Wir müssen beweisen, daß wir durch intensive wissenschaftliche Methoden zu ausgezeichneten Ergebnissen auf kleinen Bodenstücken gelangen können.

Man beschwert sich über den Verlust der Regierungsländereien in Beisan (Bet Schan). Ich denke, daß, wenn die Juden den Nachweis erbracht hätten, daß sie auf kleineren Bodenflächen bessere Resultate erzielen, wir das Land zurückerhalten hätten, weil man für Nachlässigkeit und Unfähigkeit keine Belohnungen gibt. Das Fehlen befriedigender Ergebnisse beim Kolonisations-Departement in Palästina beruht auf der Tatsache, daß Dr. Ruppin von einer Gruppe von Menschen umgeben war, die die erforderliche Entwicklung hemmten. Die Methode muß ra-

[1] *Zionistische Exekutive in London.* Die Exekutive in London bestand damals gemäß der Wahl auf dem XII. Zionisten-Kongreß in Karlsbad, 1921, aus folgenden Herren: Vorsitzender *Nahum Sokolow*, sodann als Mitglieder *Joseph Cowen, Wladimir Jabotinsky, Richard Lichtheim, Leo Motzkin, Max Soloweitschik.*

dikal geändert werden. Wir müssen im eigenen Hause Ordnung machen, bevor wir uns an andere wenden.«

Ferner hat sich nach demselben Protokoll Herr Naiditsch[1] folgendermaßen ausgesprochen:

»Ich stimme zu, daß die Kolonisationsmethoden in Palästina hoffnungslos falsch waren, und es ist unmöglich, 1000 Pfund für die Ansiedlung eines Siedlers zu sammeln. Ich bin überzeugt, daß die Palästinaregierung für die Ansiedlung Kredite gewähren müßte und daß einflußreiche jüdische Organisationen uns bei der Erreichung dieses Zieles helfen können.«

Ich halte es für meine Pflicht, diese Äußerungen nicht unwidersprochen zu lassen, weil sie meines Erachtens auf einer gefährlichen Selbsttäuschung beruhen und geeignet sind:

1) den Rest an Hoffnungen, welche hier in Palästina bei den verantwortlichen Leitern der Kolonisation und bei den Arbeitern auf ein Gelingen der jetzt begonnenen Siedlungsarbeiten vorhanden sind, gänzlich zu vernichten;

2) an Stelle dieser immerhin auf einer langen Erfahrung beruhenden Siedlungsarbeiten irgendwelche anderen Kolonisationsmethoden zu setzen, welche angeblich billiger und viel besser sind, über deren Einzelheiten, Ausführbarkeit und allgemeine Anwendbarkeit in Palästina aber in dem oben erwähnten Protokoll keinerlei Beweise beigebracht werden.

Ich finde in dieser Art, gegenüber den Schwierigkeiten und unzulänglichen Resultaten der bisherigen Kolonisationsmethoden auf eine andere Methode hinzuweisen, die angeblich alle diese Schwierigkeiten wie mit einem Zauberstabe löst, ein Analogon zu der in letzter Zeit auch vielfach gehörten Meinung, daß wir die landwirtschaftliche Kolonisation ganz aufgeben und uns der Industrie zuwenden müßten. Diese Meinung bemüht sich auch nicht, irgendwie zu beweisen, daß die Schaffung von Industrien in Palästina leichter ist als die Schaffung von renta-

---

[1] *Isaak Naiditsch,* einer der aus Sowjetrußland emigrierten Zionistenführer; Mitglied des Direktoriums des Keren Hajessod, nahm damals an den Arbeiten der Zionistischen Exekutive teil.

blen Landwirtschaftsbetrieben – die Ruinen der Glasfabrik in Tantura, der Seifenfabriken »Atid« in Haifa und Ben Schemen, der Seidenspinnerei in Rosch Pina, der Ölfabrik in Moza und noch vieler anderer untergegangener industrieller Unternehmungen reden eine zu beredte Sprache, wie dornig auch der industrielle Weg in Palästina ist –, sondern diese Meinung ist psychologisch dadurch zu erklären, daß man die Schwierigkeiten in der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Kolonisation täglich vor Augen hat, während Industrie vorläufig nur ein abstraktes Wort ist und man sich hierbei mit einiger Phantasie die Schwierigkeiten wegzaubern und schöne Zukunftsbilder ausmalen kann.

Im einzelnen möchte ich zu den Äußerungen im Protokoll bemerken:

1) Herr Dr. Weizmann sagt, daß er selbst festgestellt hat, daß die Regierung in England und Australien für die Kolonisation eines Siedlers nicht weniger, sondern sogar mehr Ausgaben hat als wir in Palästina. Nach dieser Feststellung hätte ich eigentlich eine andere Wendung erwartet als diejenige, »daß die Zionistische Organisation jedoch viel billiger arbeiten müsse«. Die Zionistische Organisation kann auch keine Wunder tun. Ich möchte mich aber für die Frage, wie hoch die Kosten eines landwirtschaftlichen Siedlers sind, auf ein Land berufen, das Palästina klimatisch am ähnlichsten ist, in dem die Regierung die modernsten Kolonisationsmethoden anwendet, und in welchem ein Sachverständiger wie Elwood Mead an der Spitze dieser Kolonisationsarbeit steht – nämlich auf Kalifornien. Ich sende Ihnen anbei zwei kürzlich von der Universität von Kalifornien herausgegebene Broschüren von Elwood Mead: »The Rural Credit System Needed In Western Development« und »How California Is Helping People Own Farms And Rural Homes«, sowie eine Broschüre von Thomas Forsyth Hunt: »Purposes Of Rural Credit And Land Settlement Measures In California« und verweise auf deren Inhalt.

Mead (Seite 12 seiner Broschüre »The Rural Credit ...«) stellt fest, daß eine Familie zur Ansiedlung zwanzig bis vierzig acres

bewässerten Bodens bedarf (das sind neunzig bis hundertzwanzig Dunam! Wir rechnen in Palästina mit weit kleineren Flächen bewässerten Bodens). Er gibt ferner (Seite 24 seiner Broschüre: »How California ...«) eine Übersicht über die Installierungskosten eines Siedlers und kommt dazu, daß außer dem Bodenpreis von 10000 Dollar für die Einrichtung im ersten Jahr noch 6835 Dollar und später noch 480 Dollar, das heißt zusammen also (außer dem Bodenpreis) noch 7315 Dollar nötig sind: das heißt, daß in Kalifornien die Ansiedlung eines Siedlers, *ohne den Bodenpreis zu rechnen,* ungefähr 1650 Pfund kostet, während wir in Palästina nur mit 800–1000 Pfund rechnen.
Auch Hunt sagt auf Seite 6 seiner Broschüre, daß eine Farm mit Boden durchschnittlich auf 16000 Dollar, das heißt auf 3500 Pfund zu stehen kommt.
Ich glaube nicht, daß man in Kalifornien nicht sehr gern billigere Siedlungsmethoden angewendet hätte, wenn es solche gäbe, und ich muß aus den Berichten dieser anerkannten Autoritäten den Schluß ziehen, daß es solche billigeren Kolonisationsmethoden in Kalifornien vorläufig nicht gibt. Deshalb scheint es mir sehr verwegen, a priori und apodiktisch zu sagen, daß es in Palästina solche Kolonisationsmethoden geben muß.
Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch erwähnen, daß Sie diesen Broschüren entnehmen können, daß der Preis von rohem, das heißt noch nicht für Kultivierung vorbereitetem Boden, der unbewässert ist, in Kalifornien durchschnittlich fünfzig Dollar pro acre, von vorbereitetem und bewässertem Boden mindestens hundert Dollar, im Durchschnitt aber zweihundertfünfzig Dollar pro acre beträgt. Diese Preise entsprechen einem Preis von ungefähr drei Pfund pro Dunam unbewässerten Bodens oder von sechs bis fünfzehn Pfund pro Dunam bewässerbaren Bodens, das heißt, sie stimmen ungefähr mit den Preisen in Palästina überein. Wenn man auch sagen kann, daß Kalifornien infolge seiner weiter fortgeschrittenen Entwicklung höhere Bodenpreise rechtfertigen kann, so steht dem auf der anderen Seite entgegen, daß Kalifornien bis vor kurzem über riesige jungfräuliche Bodenflächen verfügte, während Palästina ein kleines Land

ist, das im Verhältnis zu Kalifornien überhaupt nur winzige Bodenflächen gut kultivierbaren Bodens hat und in dem sich religiöse und nationale Konkurrenz diesen Boden streitig macht.

2) Ich erkenne gern an, daß es für die Propaganda und Geldsammlung besser wäre, wenn wir die Kosten für die Ansiedlung eines Landwirts in Palästina nicht mit 1000, sondern mit 500 Pfund angeben könnten. Aber viel wichtiger noch als diese absolute Ziffer und das eigentlich Entscheidende in der landwirtschaftlichen Kolonisation ist die Frage, bei welchem landwirtschaftlichen Betrieb am ehesten und sichersten eine Rentabilität gegeben ist. Kann man nachweisen, daß man mit 1000 Pfund einen solchen rentablen Betrieb schaffen kann, so werden wir auch diese 1000 Pfund bekommen; wenn wir dagegen nicht dazu gelangen, einen rentablen Betriebstypus zu schaffen, so werden wir auch 500 Pfund nicht bekommen. Ich finde, daß man in der Diskussion hierüber sich viel zu sehr von dem Bestreben leiten läßt, für die Zwecke der Propaganda niedrige Ziffern für die Ansiedlungskosten zu bekommen. Solange man aber nicht gleichzeitig mit der Nennung dieser niedrigen Ziffern darauf hinweisen kann, daß man mit diesen niedrigen Beträgen *tatsächlich* rentable landwirtschaftliche Betriebe *geschaffen hat,* fürchte ich, daß die Propaganda sich sehr bald an dem Mißtrauen der Geldgeber und an der Kritik von Sachverständigen lahm laufen wird.

3) Ich glaube, daß ich in meinem Referat in Karlsbad genügend zum Ausdruck gebracht habe, wie wenig befriedigend die Resultate unserer bisherigen landwirtschaftlichen Kolonisation sind. Aber mit demselben Nachdruck vertrete ich den Standpunkt, daß wir doch immerhin dem Ziel, einen rentablen landwirtschaftlichen Betriebstypus zu schaffen, in den letzten fünfzehn Jahren erheblich näher gekommen sind. Ich bin kein übermäßiger Optimist und setzte doch große Hoffnungen auf das Gelingen der von uns jetzt zum erstenmal auf großen Flächen und auf Grund des Karlsbader Budgets mit großzügigen Plänen begonnenen Kolonisation in Emek Jesreel. Unsere Siedlungen in

Nahalal und Nuris[1] bilden den Abschluß und die Krönung der bisherigen Kolonisationsmethoden. Wenn auch sie versagen, so werden wir uns damit abfinden müssen, daß der bisherige Weg nicht gangbar ist. Vorläufig aber glaube ich vielmehr an ein Gelingen der Versuche – vorausgesetzt, daß die dafür bewilligten und erforderlichen Mittel wirklich zur Verfügung stehen – als an ein Mißlingen.

4) Es ist natürlich durchaus wünschenswert, daß neben den bisherigen Kolonisationsmethoden auch neue Methoden probiert werden, und ich bin aus diesem Grunde auf dem Karlsbader Kongreß für eine Erprobung der Soskinschen Vorschläge[2] eingetreten. Nur habe ich damals davor gewarnt und warne auch jetzt davor, bei diesen neuen Methoden das Kind mit dem Bade auszuschütten und in der Hoffnung auf ein Gelingen dieser neuen Vorschläge einfach alles Bisherige abzutun. Solange der neue Weg nicht in der Praxis als gangbar und als allgemein anwendbar bewiesen ist, wäre es Va banque-Spiel, wenn wir alles, was bisher getan worden ist, einfach zum alten Eisen werfen würden. Daß unsere bisherige Kolonisationsarbeit übrigens hier im Lande nicht ohne Anerkennung bleibt, dazu verweise ich auf den Bericht im »Haarez« über den Besuch, den General Deedes, der Civil Secretary, vor einigen Tagen unserer Siedlung in Dilb (Kirjat Anawim) abgestattet hat. Sie ersehen daraus, daß General Deedes in Worten höchsten Lobes und größter Bewunderung über die Entwicklung der Kolonien im letzten Jahre sprach. Es heißt dort:

> »Als ich vor einem halben Jahre hier war, hätte ich nicht geglaubt, daß hier eine jüdische Siedlung entstehen könnte. Ich hielt den wüsten Boden gar nicht für geeignet dazu und glaubte nicht, daß die Arbeiter die Kraft haben würden, ein solches

[1] Bodenkomplex im Ostteil des Emek, auf dem z. B. Kfar Jecheskel und Ejn Charod errichtet wurden.

[2] *Dr. Selig Soskin*, Agronom, Mitglied der auf dem VI. Zionisten-Kongreß in Basel, 1903, eingesetzten Palästinakommission, zu der außer ihm Dr. Franz Oppenheimer und Professor Otto Warburg gehörten. Seine Ausführungen, in denen er eine sogenannte intensive Kolonisation forderte, auf die Ruppin Bezug nimmt, finden sich im Protokoll des XII. Zionisten-Kongresses, S. 342 bis 351.

Wunder zu tun. Und nun sehe ich ein, daß ich mich geirrt habe. In beiden Annahmen habe ich mich geirrt, mehr aber in der zweiten: denn die Energie der Arbeiter liegt klar zutage, und es ist zweifellos, daß durch sie diese Einöde in eine blühende Siedlung verwandelt wurde. Ihre Siedlung hat auf mich einen so starken Eindruck gemacht, wie keine andere jüdische Siedlung, die ich bisher besucht habe. Ich kann allen Gegnern der Siedlung in Palästina und den Gegnern des jüdischen Volkes nur raten, daß sie nach Kirjat Anawim gehen und das Wunder sehen, daß Juden imstande sind, die Einöde zum Leben zu erwecken.«

5) Ich bedaure sehr, daß die von mir auf dem Kongreß geforderte Entsendung von amerikanischen Experten nach Palästina zur Begutachtung der bisherigen und der neuen Kolonisationsmethoden bisher noch nicht erfolgt ist. Ich habe das Londoner Büro gleich nach meiner Rückkehr vom Kongreß nach Palästina ersucht, die Experten nach Palästina zu entsenden, bin aber ohne jede Nachricht geblieben, was in dieser Richtung bisher geschehen ist. Ich habe jedoch, wie Sie wissen, um wenigstens die besten in Palästina vorhandenen Sachverständigen für unsere Arbeit auszunützen, gleich nach meiner Rückkehr hier einen »Waad Chaklaut« (landwirtschaftlichen Beirat) konstituiert, dem außer Herrn Öttinger, zwei Agronomen, die Herren Krause (Leiter der Schule Mikwe Jisrael) und J. Wilkansky, zwei Kolonisten, die Herren Eisenberg und L. Raab, und zwei landwirtschaftliche Arbeiter, Elieser Joffe und Harzfeld angehören. Alle unsre prinzipiellen Vorschläge werden von diesem Beirat geprüft. In der nächsten Woche wird sich der gesamte Beirat in den Emek Jesreel begeben, um an Ort und Stelle die dort gemachten Arbeiten zu prüfen. Ich tue alles, was ich kann, um die besten vorhandenen Kräfte in den Dienst unserer Arbeit zu stellen. Ich wäre aber natürlich im Interesse der großen auf mir lastenden Verantwortung mehr wie jeder andere dafür dankbar, wenn ich zur Beratung und Begutachtung nicht nur die palästinensischen Sachverständigen, sondern auch Autoritäten von Weltruf hier hätte, und ich bedauere außerordentlich,

daß – wie ich wohl verstehe, aus finanziellen Gründen – die Entsendung der amerikanischen Experten bisher unterblieben ist.
6) So viel als Antwort auf die Bemerkungen der Herren Dr. Weizmann und Naiditsch. Ich kann mich jedoch, nachdem einmal die Frage unserer kolonisatorischen Arbeit angeschnitten ist, nicht darauf beschränken, auf die Kritik zu erwidern, ich muß Klage darüber führen, daß die vielen Versprechungen, welche mir in Karlsbad in bezug auf die Deckung des landwirtschaftlichen Budgets gemacht worden sind und die für mich die Bedingung für die Übernahme der Verantwortung für die landwirtschaftliche Kolonisation waren, nicht eingehalten worden sind. Als ich in Karlsbad Herrn Professor Weizmann sagte, daß ich nicht nach Palästina gehen und nicht von neuem die ungeheuer schwere Bürde und Verantwortung für landwirtschaftliche Kolonisation übernehmen könne, wenn ich nicht absolut sicher bin, daß im Monat Oktober wenigstens 10000 Pfund, im Monat November 15000 Pfund und vom Monat Dezember ab 20000 Pfund monatlich für das landwirtschaftliche Budget überwiesen würden, hat mir Herr Professor Weizmann in feierlicher Form zugesagt, daß diese Summen zur Verfügung stehen würden. Daraufhin bin ich nach Palästina gegangen und daraufhin habe ich die Pläne für die landwirtschaftliche Arbeit in diesem Etatsjahr begonnen. Leider sind diese Versprechungen in keiner Weise erfüllt worden. Ich will nicht davon reden, in welch unerträgliche Lage ich dadurch versetzt worden bin; denn ich will meine Person hierbei ausscheiden. Aber was ich nicht überwinden kann, ist, daß auch die mit so viel Hoffnungen begonnenen neuen Siedlungsarbeiten im Emek Jesreel und die Konsolidierung unserer bisherigen Betriebe, die zu deren vollständiger Einrichtung und Selbständigmachung führen sollten, vor dem Zusammenbruch stehen. Die von der Londoner Exekutive verlangte Reduzierung des Budgets von 55000 auf 34000 Pfund läßt unter Berücksichtigung der privilegierten Stellung der Hadassa für das landwirtschaftliche Budget nur 8650 Pfund monatlich übrig. Wir werden also statt der vom Kongreß bewilligten und feierlich versprochenen 20000 Pfund mo-

natlich knapp vierzig Prozent dieser Summe erhalten. Ich erkläre Ihnen kategorisch, daß es unter Berücksichtigung der von uns schon eingegangenen juristischen und moralischen Verpflichtungen, die wir nicht mitten im Jahre einfach annullieren können, nicht möglich sein wird, die neuen Siedlungen im Emek Jesreel systematisch auszubauen. Damit zerstören Sie die großen Hoffnungen, die wir gerade auf diese Siedlungen gesetzt haben, die, wie ich schon oben erwähnt habe, die Entscheidung darüber bringen sollten, ob nach den bisherigen Methoden eine rentable Kolonisation möglich ist.

Ich appelliere an Sie mit allem Nachdruck, daß Sie das Äußerste tun, um es nicht zu diesem Zusammenbruch kommen zu lassen. Wir haben, da wir schließlich nicht mit dem Kopf durch die Wand können und da wir verstehen, daß Sie dort Ihr möglichstes tun, um Gelder zu beschaffen, hier an unserm ursprünglichen Budget gekürzt, was irgend zu kürzen möglich war. Aber nach allen diesen Kürzungen stellt es sich doch als unumgänglich heraus, daß Sie zur Fortführung der Siedlungsarbeit in Erez Israel für diese Siedlungen außerhalb des monatlichen Budgets von 8650 Pfund noch 1500 Pfund monatlich (oder noch 10000 Pfund für dieses Etatsjahr) aufbringen. Von dem jetzigen landwirtschaftlichen Monatsbudget von 8650 Pfund können wir mit Rücksicht auf die bereits früher eingegangenen Verpflichtungen für den ersten Moschaw Owdim Nahalal und für den zweiten Moschaw Owdim Kfar Jecheskel (in Nuris) und für die anderen zwei Kwuzot in Nuris nicht mehr als 2500 Pfund monatlich ausgeben. Wir brauchen aber dafür als Minimum 4000 Pfund monatlich.

Ich lege Ihnen als heilige Pflicht ans Herz, uns außerhalb des Budgets von 8650 Pfund noch diese 1500 Pfund monatlich zu beschaffen und nicht wegen einer relativ so winzigen Summe das Gelingen dieser Siedlungen in Frage zu stellen.

Ich bitte von dem Inhalt dieses Schreibens sämtlichen Mitgliedern der Exekutive Kenntnis zu geben. Ich habe von hier aus Kopien an Professor Weizmann, an den Finanz- und Wirtschaftsrat und an den Keren Hajessod gesandt.

—

Ein Kolonisationsfonds

An die Zionistische Exekutive in London

(16. Juli 1922)

Ich habe in meinen Referaten auf den Kongressen in Wien und Karlsbad auf die Notwendigkeit der Schaffung eines besonderen Kolonisationsfonds hingewiesen. Bis zum heutigen Tage ist aber dieser Fonds nicht geschaffen worden. Ich denke, daß jetzt endlich die Zeit gekommen ist, um den Kolonisationsfonds ins Leben zu rufen und im Zusammenhang damit überhaupt die juristischen und finanziellen Methoden, die bisher bei der landwirtschaftlichen Ansiedlung befolgt wurden, zu ändern.

Als vor fast vierzig Jahren das Odessaer Komitee und der Baron Rothschild mit der Ansiedlung von Juden in der Landwirtschaft begannen, schien es ganz selbstverständlich, daß diesen Ansiedlern alles, was sie zu ihrer Ansiedlung brauchten, gegeben wurde. Die landwirtschaftliche Ansiedlung war damals noch ein solches Abenteuer und so weit von jeder Rentabilität entfernt, daß niemand es gewagt hätte, sein eigenes Kapital in dieses Abenteuer hineinzustecken. Nur durch philanthropische Hilfe konnten die Ansiedler bewogen werden, sich der Landwirtschaft zu widmen. Im Laufe der Jahre ist allmählich der Schimmer des Abenteuerlichen von der landwirtschaftlichen Ansiedlung abgestreift worden. Zwar ist die Landwirtschaft noch immer nicht ein gutes Geschäft. Andererseits haben die Erfahrungen der letzten vierzig Jahre uns doch allmählich gezeigt, daß jemand, der die Landwirtschaft gut erlernt hat und selbst arbeitet, unter normalen Verhältnissen und bei genügender Ausstattung seiner Wirtschaft mit lebendem Inventar aus der Landwirtschaft eine bescheidene Existenz ziehen kann.

Die juristischen und finanziellen Methoden bei der Kolonisa-

tion sind aber diesem wirtschaftlichen Fortschritt nicht gefolgt. Noch immer wird in der weitaus überwiegenden Zahl von Fällen die Kolonisation in der alten Weise geführt, das heißt so, daß der Ansiedler selbst keinerlei Mittel in die Landwirtschaft hineinsteckt, sondern alles Notwendige – wenn auch nicht mehr unter dem alten Wort »Stütze«, sondern unter dem Wort »Darlehen« – von einer Kolonisationsgesellschaft bekommt. Alles Risiko, das mit der Wirtschaft verbunden ist, trifft deshalb nicht den Siedler, sondern ausschließlich den Geldgeber. Ich denke, daß es Zeit ist, jetzt von diesem Zustand allmählich zu einem anderen Zustand überzugehen, in welchem der Ansiedler nicht ein mittelloses Kolonisationsobjekt ist, sondern in dem er als ein kreditfähiges Individuum einem landwirtschaftlichen Kreditinstitute gegenübersteht. Zur Durchführung dieser Änderung schlage ich, soweit die Zionistische Organisation in Frage kommt, folgenden Modus vor:

1) Die jetzige Abteilung für Landwirtschaft und Kolonisation bei der Palästina-Exekutive soll lediglich als eine Abteilung für landwirtschaftliche Informationen und Gutachten und für fachmännische Aufsicht über die Siedlungen mit einem ganz kleinen Beamtenstab weiter bestehen. Dagegen sollen alle Transaktionen, welche mit der Gewährung von Mitteln für Kolonisation verbunden sind, von der Abteilung weggenommen und einem besonderen Kolonisationsfonds übertragen werden.

2) Der Kolonisationsfonds soll wie eine Bank an Einzelne oder Gruppen, welche landwirtschaftliche Erfahrung haben (in der Regel soll eine mindestens fünfjährige Arbeitszeit in der Landwirtschaft, davon mindestens ein Jahr in Palästina verlangt werden) und entweder bereits eine Wirtschaft besitzen oder nach einem geprüften oder für gut befundenen Plan einen landwirtschaftlichen Betrieb gründen wollen, Darlehen unter folgenden Bedingungen zu drei Prozent Zinsen gewähren:

a) auf massive Häuser bis zu neunzig Prozent ihres Wertes zur Rückzahlung in zwanzig bis dreißig Jahresraten;

b) auf Holzhäuser bis zu fünfzig Prozent ihres Wertes zur Rückzahlung in vier bis sechs Jahresraten;

c) auf lebendes und totes Inventar bis zu 66 $^2/_3$ Prozent des Wertes zur Rückzahlung in vier bis sechs Jahresraten.
3) Die Verwaltung des Kolonisationsfonds soll durch einen von der Palästina-Exekutive ernannten Manager und durch einen Board von sieben Mitgliedern erfolgen. Als dieser Board könnte der jetzige Waad Chaklai, der sieben Mitglieder zählt, fungieren.
4) Nach fachmännischer Berechnung sind zur Zeit zur Ansiedlung eines selbstarbeitenden landwirtschaftlichen Siedlers insgesamt (ohne den ameliorierten Boden) 425–625 Pfund nötig, nämlich für lebendes und totes Inventar 300 Pfund, für Saatgut und Unterhalt bis zur ersten Ernte 75 Pfund, für Gebäude, wenn es sich um provisorische Gebäude handelt, 50 Pfund, für massive Gebäude 250 Pfund. Der Ansiedler müßte also, wenn er aus dem Kolonisationsfonds die oben erwähnten Anleihen bekommt, noch 200 Pfund aus eigenen Mitteln besitzen. Da nur wenige der Ansiedlungskandidaten diese 200 Pfund selbst besitzen werden, so schlage ich vor, daß die Arbeiterorganisation in Palästina die Initiative zu einer *Ansiedlungsgesellschaft*[1] ergreift, deren Konstituierung und Finanzierung ich mir wie folgt denke:
a) Die Gesellschaft soll zunächst ein nominelles Aktienkapital von 50 000 Pfund haben, das eventuell später erhöht werden soll.
b) Die Arbeiter sollen eine Aktion für den Absatz dieser Aktien einleiten.
c) Jeder Aktionär der Gesellschaft, der von der Arbeiterorganisation als zur Ansiedlung geeignet befunden wird, hat das Recht, den fünffachen Betrag, den er in Aktien der Gesellschaft besitzt, als »Ansiedlungsbeihilfe« zu verlangen. Diese Ansiedlungsbeihilfe muß er in zehn bis zwanzig Jahresraten mit mäßigen Zinsen zurückzahlen.
d) Der Kolonisationsfonds wird der Ansiedlungsgesellschaft entweder in Form eines Darlehens oder in Form von Vorzugsaktien

[1] Die etwa zehn Jahre später von der Arbeiterorganisation gegründete Gesellschaft »Nir« entspricht ungefähr diesem Vorschlag.

denselben Betrag zuführen, der bei der Ansiedlungsgesellschaft aus dem Verkauf von gewöhnlichen Aktien in bar vorhanden ist.

Wenn es gelingt, in dieser Weise den Kolonisationsfonds und die Ansiedlungsgesellschaft ins Leben zu rufen, so würde die Finanzierung neuer Siedler in Zukunft in folgender Weise vor sich gehen:

a) Ein Aktionär der Ansiedlungsgesellschaft, der 40 Pfund Aktien besitzt, kann darauf von der Ansiedlungsgesellschaft eine Ansiedlungsbeihilfe von 200 Pfund bekommen.

b) Die Ansiedlungsgesellschaft wird die Ansiedlungsbeihilfe nur an solche ihrer Aktionäre geben, die infolge ihrer landwirtschaftlichen Erfahrungen als Ansiedler die größten Chancen auf Erfolg haben. Würde sie bei der Kreditgewährung unvorsichtig vorgehen, so würde sie damit in erster Linie alle ihre anderen Aktionäre schädigen.

c) Mit den 200 Pfund Ansiedlungsbeihilfe, die der Ansiedler von der Ansiedlungsgesellschaft bekommt, wird er sich um weitere Kredite an den Kolonisationsfonds wenden. Der Kolonisationsfonds wird ihm Kredite auf Gebäude und Inventar in den oben angegebenen Grenzen geben, falls diese Kredite durch Verpfändung der Gebäude, bzw. des Inventars gedeckt sind und die Priorität vor der Ansiedlungsbeihilfe der Ansiedlungsgesellschaft haben.

Die Vorteile dieser Form der Finanzierung sind folgende:

1) wird niemand angesiedelt werden, der nicht wenigstens einen kleinen Betrag aus eigenen Mitteln besitzt. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige schlechte Lage in Palästina soll dieser Betrag am Anfang nur auf 40 Pfund bemessen werden; er kann später erhöht werden.

2) Die Ansiedlungsgesellschaft selbst, die von den Arbeitern verwaltet wird und bei der das in erster Linie von Verlusten betroffene Kapital aus Geldern der Arbeiter stammt, wird mit Rücksicht hierauf ein großes Interesse daran haben, nur wirklich tüchtigen und vorgebildeten Kandidaten Ansiedlungsbeihilfen zu gewähren.

3) Die Kredite, die aus dem Kolonisationsfonds gegeben werden, werden mit Rücksicht darauf, daß nur Leute, die noch 200 Pfund besitzen, Kredite bekommen, und mit Rücksicht darauf, daß diese Kredite aus dem Kolonisationsfonds vor den Ansiedlungsbeihilfen die Priorität besitzen, als sichere Kredite angesehen werden können.

4) Der Kolonisationsfonds wird, bevor er Kredite gibt, ein technisches Gutachten von der landwirtschaftlichen Abteilung der Zionistischen Exekutive oder von der landwirtschaftlichen Versuchsstation über die Aussichten des landwirtschaftlichen Betriebes, für welchen der Kredit verlangt wird, einholen. Dieses Gutachten wird die hauptsächliche Unterlage sein für die Frage, ob der Kredit zu gewähren ist. *Auf diese Weise wird die begutachtende Stelle eine andere sein als die kreditgewährende Stelle.* Das verbürgt eine viel größere Objektivität und Sicherheit in der Kreditgewährung als dies bisher der Fall war, wo ein und dieselbe Stelle die landwirtschaftlich-technischen Aussichten zu prüfen und gleichzeitig auch selbst den Kredit zu geben hat.

5) Die Rückzahlungen, die auf die Kredite an den Kolonisationsfonds rückfließen, dienen zur Verstärkung dieses Fonds. In den ersten Jahren, solange diese Rückzahlungen klein sind, muß der Kolonisationsfonds zwar noch aus den Mitteln der Zionistischen Organisation dotiert werden. Späterhin ist aber zu hoffen, daß er durch die Eingänge aus Rückzahlungen und Zinsen sich auch ohne neue Dotierungen arbeitsfähig erhält.

—

Masseneinwanderung und ihre finanziellen Erfordernisse

Referat auf dem XIII. Zionistenkongreß in Karlsbad

(1923)

Ich komme dem Wunsche des Aktionskomitees nach, Ihnen meine Auffassung über *die zukünftige wirtschaftliche Arbeit in Palästina* und *ihre Finanzierung* vorzulegen. Ich habe zwar große Zweifel, ob meine Ausführungen in dieser von Politik durchtränkten Atmosphäre Ihre Aufmerksamkeit fesseln werden; denn ich muß leider feststellen, daß das Interesse für wirtschaftliche Fragen bei uns noch immer in zweiter Linie steht. Wir betonen zwar offiziell, daß der wirtschaftliche Aufbau Palästinas unsere wichtigste Aufgabe ist. Kommt es aber dazu, dieses Interesse einmal durch die Tat zu beweisen und sich ernsthaft mit wirtschaftlichen Problemen zu beschäftigen, so zeigt sich, daß diese behauptete Neigung für die Wirtschaft nur eine platonische Liebe ist, und daß die wahre Liebe der meisten Delegierten doch der Politik gehört.

Sei dem, wie ihm sei, ich will zu Ihnen über diese Fragen sprechen; nicht in allen Details, denn dazu reicht die Zeit nicht aus, aber ich will wenigstens Schlaglichter auf die wichtigsten Fragen werfen. Einiges finden Sie in meinem Kongreßbericht über »Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik«. Diesen will ich hier ergänzen und beginne mit der Frage der Einwanderung.

Sie erinnern sich wohl noch der hitzigen Diskussionen, die in der Frage der *Einwanderung* vor drei bis vier Jahren geführt wurden. Damals wollten die sogenannten *Maximalisten* eine jährliche Einwanderung von 100000 oder sogar Hunderttau-

senden. Ich, der ich für die ersten Jahre auf eine Einwanderung von nur 30000 jährlich rechnete, wurde als Minimalist verschrien. Die Ereignisse haben – leider! – nicht nur die Phantasiezahlen der Maximalisten, sondern auch meine bescheideneren Zahlen weit hinter sich gelassen. Nur 8000 bis 10000 Einwanderer sind jährlich nach Palästina gekommen. Heute bin ich, wenn ich nach wie vor an der Einwandererziffer von 30000 als notwendig festhalte, der Maximalist. Ich halte sie für notwendig. Nur bei einer solchen Ziffer sind wir auf dem Wege zu einer nationalen jüdischen Heimstätte. Als wir dem letzten Kongreß ein Budget von eineinhalb Millionen Pfund vorlegten, sagte ich Ihnen in meiner Kongreßrede, daß wir mit diesem Budget die Möglichkeit für 30000 Einwanderer schaffen könnten. Als wir statt der eineinhalb Millionen nur eine halbe Million erhielten und als statt 30000 nur 8000 bis 10000 Einwanderer ins Land kamen, schien es mir, daß unsere ganze Bewegung aussichtslos sei, wenn es nicht gelingt, größere Mittel zu bekommen. Ich wäre völlig verzweifelt gewesen, wenn ich nicht überlegt hätte, daß auch diese Summe von einer halben Million Pfund gegenüber unseren winzigen Geldmitteln vor dem Kriege schon eine große Summe ist und daß es vielleicht doch gelingen wird, sie auf das Doppelte und Dreifache zu steigern. Aus diesen Motiven heraus verließ ich im letzten Sommer Palästina und fuhr nach Amerika. Das Programm, das ich dort vorlegte, hielt an der Summe von eineinhalb Millionen Pfund und an 30000 Einwanderern fest, und in all meinen Reden in Amerika habe ich diese Ziffer als das unumgängliche Minimum bezeichnet.

Ich denke also, man wird mich nicht beschuldigen können, daß ich die Notwendigkeit einer viel größeren als der gegenwärtigen Einwanderung nicht einsehe. Wogegen ich mich aber auf das schärfste wenden muß, ist, daß in den bisher gehörten Reden die Sache so dargestellt wird, als ob die Einwanderung lediglich davon abhängt, daß wir das Einwanderungsreglement verbessern. Dieses Reglement mag in vieler Hinsicht, besonders bezüglich der Kopfsteuer von einem Pfund, reformbedürftig sein, aber das ist nicht der Kern des Problems. Der Kern ist: *man kann*

die Einwanderung nicht von der Existenzbeschaffung für die Einwanderer trennen. Es ist leicht und populär, eine große Einwanderung zu fordern und gegen die Einwanderungsbeschränkungen zu donnern. Ich würde mich diesen Donnerern gern anschließen, wenn sie zeigen wollten, daß für unbeschränkte Einwanderer gleichzeitig unbeschränkte Existenzmöglichkeiten geschaffen werden. Unsere unbemittelten Einwanderer finden in Palästina keine fertigen Existenzmöglichkeiten. Diese müssen vielmehr neu geschaffen werden. Die Einwanderer können nicht mit ihren zehn Fingern den Boden aufbrechen oder Industrieprodukte erzeugen. Palästina ist nicht isoliert, es ist wirtschaftlich mit der übrigen Welt verbunden, und seine Produktionsmethoden dürfen nicht hinter denen anderer Länder zurückstehen. Dazu gehören Maschinen, dazu gehört Geld. *Einwanderung ist*, mathematisch gesprochen, *eine Funktion der vorhandenen Geldmittel. Werden wir größere Mittel haben, dann sind alle Einwanderungsreglements Spinnweben, ohne Mittel werden sie eiserne Barrieren.*

Bei der Versorgung der Einwanderer mit einer Existenz ist zu unterscheiden: die Versorgung mit *vorübergehender* Arbeit, das heißt mit einer Arbeit, die ihrer Natur nach in kurzer Zeit zu Ende geht und die dabei Beschäftigten dann wieder ohne Existenz läßt – und einer Tätigkeit, die, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, den Beschäftigten *dauernd* eine Nahrungsquelle bietet. Da die Versorgung mit einer *vorübergehenden* Arbeit mit viel *geringeren Ausgaben* bewirkt werden kann als die Versorgung mit einer *dauernden Existenz,* ist bisher ein sehr *beträchtlicher Teil des Budgets* für die Versorgung der Einwanderer mit solch vorübergehender Arbeit ausgegeben worden. Die Mittel zur Versorgung der Einwanderer mit dauernder Arbeit, wie sie durch ihre Ansiedlung in der Landwirtschaft oder ihre Beschäftigung in Handwerk und Industrie möglich ist, waren nur in beschränktem Maße verfügbar. Je größer die Einwanderung war und je mehr Mittel deshalb für die Versorgung der Einwanderer mit vorübergehender Arbeit notwendig waren, um so *geringer* waren die *Mittel,* welche für die

Versorgung der Einwanderer mit *dauernder* Existenz übrigblieben.

Ich habe über diese Frage zur letzten Sitzung des Aktionskomitees geschrieben:

»Es ist eine politische Frage, ob wir auch im kommenden Jahre wie in dem vergangenen Jahre uns bemühen sollen, so weit wie möglich die Zahl der Einwanderer zu vergrößern auf die Gefahr hin, daß dadurch der größte Teil unserer verfügbaren Mittel für die Versorgung dieser Arbeiter mit vorübergehender Arbeit festgelegt wird. Vielleicht ist eine solche Maßnahme politisch zu rechtfertigen. Vom *wirtschaftlichen* Standpunkt aus ist sie *absolut unhaltbar.* Die Gelder, die wir für diese Versorgung mit vorübergehender Arbeit ausgeben, bringen keinen dauernden Nutzen. Die dabei beschäftigten Einwanderer bilden ein fluktuierendes Element, das nach Beendigung der Arbeiten wieder beschäftigungslos dasteht und wieder mit dem Ersuchen um neue Arbeit zu der Zionistischen Exekutive zurückflutet, während diejenigen, welche als Landwirte, Handwerker oder Industriearbeiter eine Beschäftigung finden, trotz mancher Fehlschläge doch grundsätzlich für die Dauer versorgt sind und aus dem Hilfsbereich der Zionistischen Exekutive ausscheiden.

So sehr ich die Notwendigkeit einer möglichst großen Einwanderung nach Palästina einsehe, so muß doch überall verstanden werden, daß eine große Einwanderung nur dann möglich ist, wenn das jüdische Volk große Mittel für Palästina hergibt. Hätten wir ein Budget von ein oder eineinhalb Millionen Pfund, wie es uns noch vor zwei Jahren als möglich erschien, so wäre auch eine Einwanderung von 20000 bis 30000 Juden nach Palästina möglich. Aber mit einem Palästinabudget von 300000 Pfund, von dem mindestens ein Drittel für Schulen, Gesundheitspflege usw. abgeht, ist es absolut unmöglich, eine große Einwanderung nach Palästina zu unterhalten. Wenn wir trotzdem eine große Einwanderung fortsetzen und fast alle unsere verfügbaren Mittel zur Schaffung von vorübergehender Beschäftigung für diese Ein-

wanderer aufwenden, so bekommt unsere wirtschaftliche Arbeit einen ungesunden Charakter, und die Einwanderung muß, wenn sie sich vielleicht auch noch für kurze Zeit aufrecht erhalten läßt, doch schließlich zu einem katastrophalen Ende kommen, weil eben in kurzer Zeit unsere Mittel nicht mehr hinreichen werden, um diese Einwanderer auch nur mit einer vorübergehenden Beschäftigung zu versehen.

In dieser Sache liegt die Kernfrage unserer Wirtschaftspolitik in Palästina. Ich vertrete aufs entschiedenste die Ansicht, daß wir nicht das Risiko eines katastrophalen Endes der Einwanderung auf uns nehmen, sondern in der Zukunft die Einwanderung und unsere Möglichkeit zur Versorgung dieser Einwanderung mit dauernder Existenz miteinander in Einklang bringen müssen. Ich halte es für zulässig, daß die Zahl der vorübergehend Beschäftigten in Palästina immer derjenigen Zahl von Menschen entspricht, die wir in den kommenden zwei Jahren voraussichtlich in dauernden Existenzen unterbringen können. Ein gewisses Reservoir von vorübergehend Beschäftigten muß Palästina haben, weil aus diesen Elementen sich die Kandidaten für eine spätere dauernde Existenz rekrutieren. Im Stadium der vorübergehenden Beschäftigung werden die Tüchtigen von den Untüchtigen, die für Palästina Geeigneten von den Ungeeigneten geschieden. Es ist aber ein absolut unhaltbarer Zustand, wenn die Zahl der vorübergehend Beschäftigten so groß wird, daß wir für sie sogar in sechs oder acht Jahren keine dauernde Existenz zu schaffen imstande sind.«

Ich wiederhole: Wir müssen *Einwanderung und Existenzbeschaffung koordinieren* und müssen in demselben Maße, in dem die Einwanderer nach Palästina kommen, die sich nicht aus eigenen Mitteln erhalten können, für ihre Ansiedlung als Produzenten in Landwirtschaft und Industrie sorgen. Einer der Vorredner hat gesagt, daß das beste Mittel, um Geld für Palästina zu bekommen, das wäre, daß wir eine große Anzahl von Einwanderern nach Palästina bringen, auf die Gefahr hin, daß dort 50000 Arbeitslose seien. Gerade durch eine solche nach Abhilfe

schreiende Arbeitslosigkeit würde das jüdische Volk bewogen werden, größere Mittel für Palästina zu geben. Ich zweifle, ob dieses Rezept richtig ist. Es scheint mir eine *Desperado-Politik*. Unser Menschenmaterial ist für uns zu wertvoll, als daß wir es einem solchen gefährlichen Versuche aussetzen könnten. Schon jetzt sind die Opfer unter den *Chaluzim* in Palästina nicht gering. Ich habe kürzlich erst eine Liste von fünfzig Chaluzim gelesen, die in letzter Zeit an Krankheit, durch Unfälle oder durch hinterlistige Überfälle ihr Leben hingegeben haben. Andere Völker errichten ihren im Kriege gefallenen unbekannten Soldaten Denkmäler. Das jüdische Volk wird, wie ich hoffe, einstmals diesen unbekannten, auf dem Felde der Arbeit gefallenen Chaluzim ein Denkmal setzen. Denn sie sind es, nicht diejenigen, die im Lampenlicht des Parteigetriebes stehen, die in Wirklichkeit Palästina erbauen. Aber gerade weil es sich hier um so wertvolle Menschen handelt, dürfen wir nicht durch ein Hasardspiel in unserer Einwanderungspolitik ihr Leben und ihre Gesundheit leichtfertig aufs Spiel setzen. Bei allem Enthusiasmus unserer Chaluzim können sie in Palästina nichts leisten, wenn sie nicht Essen und Arbeit haben. Wollen wir also eine große Zahl von Einwanderern nach Palästina bringen, so ist es nicht das Wichtigste, nach freier Einwanderung zu rufen, sondern an das jüdische Volk zu appellieren, daß es größere *Mittel* für die Palästinaarbeit zur Verfügung stellt.

Man hat im Laufe der Debatte unsere *Palästinaarbeit* kritisiert und sogar von einem Bankrott der Palästinaarbeit gesprochen. Ich behaupte dagegen, daß wir, was die Qualität unserer Arbeit in Palästina anbetrifft, niemals weiter vom Bankrott entfernt waren als gegenwärtig. *Unsere neuen Ansiedlungen im Emek stellen in den Methoden der Ansiedlung und in der beruflichen Vorbildung der Ansiedler einen bedeutenden Fortschritt dar gegenüber allen früheren Ansiedlungen.* Der Bericht des Herrn Ettinger in dem Jahresbericht der Exekutive an den Kongreß gibt Ihnen darüber Einzelheiten. Einer der besten landwirtschaftlichen Experten in Palästina hat kürzlich über unsere neue Siedlung in Nahalal gesagt: »Wenn irgendeine landwirtschaft-

liche Ansiedlung in Palästina Erfolg hat, so wird Nahalal die erste sein.«

Sie wissen, daß unsere landwirtschaftlichen Arbeiter vornehmlich in *Kwuzot* arbeiten. Wir können zwei Arten von solchen unterscheiden: die *vorbereitenden* Kwuzot (Okkupationsgenossenschaften) und die *dauernden* Kwuzot (Siedlungsgenossenschaften). Die Kwuza zum Zwecke der Okkupation bereitet den Boden für die künftige Ansiedlung vor und schafft durch Ausscheidung der unpassenden Mitglieder eine homogene Gruppe, die, wenn sie dann als Siedlungsgruppe arbeitet, eine größere Gewähr für Erfolg bietet. Die Vorwürfe, die man von mancher Seite gegen unsere Kwuzot hört, sind unberechtigt, denn man muß bedenken, daß neue Formen für unsere Kolonisation gesucht werden müssen. Wir können nicht einfach den russischen Muschik oder den Landwirt irgendeines anderen Landes kopieren. Dazu ist unser Menschenmaterial zu eigenartig. Es läßt sich nicht einfach in soziale Formen hineindrängen, die für andere Völker und andere Länder bestehen; es muß sich die ihm adäquaten Formen sozialen Zusammenlebens schaffen.

Ich möchte nur einige Worte sagen über unsere *landwirtschaftlichen Arbeiter* überhaupt. Ich bin nicht blind gegen ihre Fehler. Es fehlt den meisten von ihnen eine gründliche berufliche Ausbildung, es fehlt ihnen vielfach der Sinn für Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit; ich habe häufig mit Bedauern Mangel an Ordnungsliebe und an ästhetischem Sinn bemerkt. Aber diese Fehler sind nicht spezifisch für sie; es sind die Fehler des ganzen jüdischen Volkes in den Ländern, aus denen unsere Einwanderer kommen. Und es ist mir klar, daß sie durch die Reise von Osteuropa nach Palästina nicht mit einem Male alle diese Fehler verlieren, sondern daß dies Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Wir sollen zwar nicht müde werden, eine Änderung und Besserung zu fordern, sollen aber nicht verzweifeln, wenn der Fortschritt nur langsam ist. Den Fehlern stehen große Vorzüge gegenüber, und im ganzen haben wir alle Ursache, auf diese Jugend stolz zu sein. Aber sie ist nicht ein leicht formbarer Ton;

sie ist vielmehr ein sprödes Material, das leicht zerbricht, wenn es nicht vorsichtig angefaßt wird.

De Lieme[1] bekämpft in seiner Broschüre, daß wir dem landwirtschaftlichen Ansiedler das 'full equipment' geben, so wie er es schon in dem Bericht der Reorganisationskommission vor zwei Jahren getan hat. Wenn geeignete Ansiedler mit einigen Mitteln vorhanden sind, ziehen wir sie sehr gerne Unbemittelten vor. Aber leider gibt es nur sehr wenige Bemittelte und bei diesen wenigen ist es gewöhnlich so, daß, je mehr Mittel sie haben, um so weniger landwirtschaftliche Vorbildung und Eignung und um so weniger Neigung zu schwerer körperlicher Arbeit vorhanden ist. Das ist für den schließlichen Erfolg der Kolonisation ein größeres Minus als das eigene Kapital an Plus bedeutet. Der Unterschied zwischen jenem, der ein Programm für die Arbeit in Palästina aufstellt, und dem, der die Arbeit in Palästina führt, ist der zwischen Zeichner und Erbauer. Die Arbeit am Zeichenbrett ist leichter als die Arbeit beim Bau. Aber dafür ist das Resultat im ersten Fall eine Zeichnung, im zweiten ein Haus. Ich kann also in diesem Fall wie in manchem anderen das Programm von de Lieme nicht akzeptieren. Aber ich würde der Zionistischen Organisation vorschlagen, *Herrn de Lieme mit seinem Programm* zu akzeptieren, weil ich überzeugt bin, daß er, wenn er in Palästina ist, sich von der Wirklichkeit korrigieren läßt und sie nicht in das Prokrustesbett seiner Theorie zwängen wird.

Ich möchte auch einige Worte über unsere *Bodenkaufspolitik* sagen. Vor einigen Jahren lebten wir mit dem Gedanken, daß wir unseren Bedarf an Boden zum großen Teil durch die Überweisung von Staatsländereien seitens der Regierung würden decken können. Ich habe dies schon damals als eine Illusion bezeichnet, und die Ereignisse haben mir recht gegeben. Die *Staatsländereien* in Palästina sind, mit Ausnahme der sogenannten Dschiflikböden im Jordantal, die früher Privatbesitz des Sultans waren und mit Pächtern stark besiedelt sind, durchweg Ländereien niedrigster Qualität: Gebirge, Sanddünen oder

---

[1] *Nehemja de Lieme.* (Vgl. S. 106, Anmerkung 1)

Sümpfe. Sie müssen nämlich verstehen, daß Staatsländereien in Palästina nur diejenigen Ländereien sein können, die entweder niemals bearbeitet waren oder die drei Jahre lang unbearbeitet geblieben waren. Jedermann in Palästina hatte unter türkischem Regime das Recht, jungfräulichen Boden dadurch zu erwerben, daß er ihn in Bearbeitung nahm. Sie werden leicht begreifen, daß infolge dieser Bestimmung nur die minderwertigsten Böden, deren Bearbeitung nicht lohnte, Staatseigentum blieben. Tatsache ist es, daß die jetzigen Staatsböden, soweit sie aus Sanddünen oder kahlen Gebirgen bestehen, überhaupt nicht mit Aussicht auf Rentabilität bearbeitet werden können, und soweit sie aus Sumpfböden bestehen, nur dann, wenn für die Austrocknung der Sümpfe große Summen ausgegeben werden. Ich habe in einem Falle, wo kürzlich von der Regierung ein größeres Gebiet solchen Sumpfbodens übergeben wurde, festgestellt, daß die Kosten der Ameliorationsarbeiten für dieses Gebiet mindestens ebenso hoch und wahrscheinlich höher sein werden als der Preis für guten Boden, den man aus privater Hand kauft.

Ich möchte davor warnen, daß wir zu dieser Illusion der Staatsländereien nun eine *zweite Illusion* hinzufügen, nämlich, daß es uns gelingen wird, Böden aus privater Hand in Zukunft *billiger* als heute zu kaufen. Die Vertreter dieser Ansicht stützen sich auf die Behauptung, daß es außer den Juden keine anderen Käufer für Boden in Palästina gebe, und daß der palästinensische Boden gar keine oder eine sehr niedrige Rente abwerfe. Hier liegt ein Irrtum vor. Der palästinensische Boden liefert zwar dem jüdischen Ansiedler noch keinen oder nur einen sehr geringen Reinertrag, aber der *Ertragswert* richtet sich nicht nach den paar tausend jüdischen Ansiedlern, sondern nach den Hunderttausenden von arabischen Fellachen. Der arabische Großgrundbesitzer kann für guten Boden jederzeit arabische Pächter finden, die ihm den »Hums«, das heißt den fünften Teil des Bruttoertrages, als Pacht zu zahlen bereit sind. Das bedeutet, wie ich mich an vielen konkreten Beispielen überzeugt habe, immerhin eine Verzinsung mit fünf Prozent und mehr. Da der arabische

Kapitalist immer noch die Anlage seines Vermögens in Boden jeder anderen Anlage vorzieht, so ist dieser Zinsertrag für ihn nicht unbefriedigend.

Es ist auch nicht richtig, daß nur die Juden Boden kaufen. Aus dem letzten Jahresbericht der Regierung geht hervor, daß ein gar nicht unbeträchtlicher Teil aller Bodenverkäufe an *arabische Käufer* erfolgt ist. Und wir selbst haben, als wir vor kurzem zur Arrondierung einer Kolonie den geforderten Preis nicht zahlen wollten, erlebt, daß der Boden von einem arabischen Effendi zu diesem Preise gekauft wurde.

Der *Hauptirrtum* der Verfechter der Theorie der zukünftigen billigen Bodenpreise liegt aber wahrscheinlich darin, daß sie sich den Grundstückmarkt in Palästina in der Art des europäischen Grundstückmarktes vorstellen; das heißt so, daß jedes Grundstück zum Verkauf feil ist und einen vom Ertragswert bestimmten Preis hat. Das ist ganz falsch. Grundstücke in Palästina in arabischer Hand sind nicht ohne weiteres zum Verkauf im Markte. Ein arabischer Großgrundbesitzer trennt sich nicht von seinem Grundstück, weil er mit dem Erlös irgendeine andere, bessere Kapitalsanlage machen kann. Er verkauft den Boden nicht freiwillig aus europäischen wirtschaftlichen Erwägungen heraus, sondern er verkauft ihn normalerweise nur dann, wenn er durch die Höhe seiner Schulden dazu gezwungen wird. Die Frage, ob in Palästina Böden zum Verkauf angeboten werden, hängt also viel weniger davon ab, wer dafür einen etwas geringeren oder besseren Preis bietet, sondern davon, ob die Großgrundbesitzer dringend Geld brauchen. Wenn sie in der Zukunft ihre Geldbedürfnisse durch eine staatliche oder private Agrarbank befriedigen können, wird das Angebot von Boden – davon bin ich überzeugt – sehr stark zurückgehen.

Und zum Schlusse noch eins: von dem gesamten Boden Palästinas sind zur Zeit nur etwa fünfunddreißig Prozent kultiviert und nur weitere fünfzehn Prozent sind kulturfähig, zusammen also fünfzig Prozent. Die anderen fünfzig Prozent sind kahle Berge und Sanddünen, die für absehbare Zeit für Kultur ungeeignet sind und nicht in Frage kommen. Von dem kultur-

fähigen Boden sind aber mindestens zwei Drittel in Händen der Fellachen, das heißt zerstückelter *Kleinbesitz,* der für unsere Kolonisationszwecke nicht geeignet ist, ganz abgesehen davon, *daß wir überhaupt aus politischen und menschlichen Gründen die Fellachen nicht landlos machen dürfen.* Wir brauchen, um systematisch kolonisieren zu können, große, zusammenhängende Grundstücke, nicht allzu weit von Häfen oder Eisenbahnstationen entfernt. Diese Böden finden wir nur bei den *Großgrundbesitzern.* Da diese, wie vorhin erwähnt, nur *ein Drittel* des kulturfähigen Bodens in Palästina besitzen, so kommt es darauf hinaus, daß uns bei unseren Käufen nicht der ganze Boden Palästinas, sondern nur ein Sechstel dieses Bodens zur Auswahl steht.

Der Bodenkauf ist für unsere ganze Arbeit in Palästina so wichtig, daß wir ihn zu keiner Zeit aus unserer Tätigkeit ausschalten dürfen. Im Gegenteil, da die Aufgaben, die uns heute, nach der Mandatserteilung obliegen, zehn- und zwanzigmal so groß sind wie früher, so ist es absolut notwendig, daß auch unsere Tätigkeit auf dem Gebiet des Bodenkaufs sich entsprechend vervielfacht. Der Jüdische Nationalfonds, der bereits vor dem Kriege mehr als 50000 Pfund Einnahmen jährlich hatte, sollte demgemäß heute eine halbe Million oder sogar eine Million Pfund Einnahmen haben, um den Bodenkauf im richtigen Tempo zu betreiben. Es ist sehr bedauerlich, daß er statt dessen nur eine Jahreseinnahme von 100000 bis 150000 Pfund zu verzeichnen hat. Hier muß Wandel geschaffen werden; und ich darf vielleicht kurz erwähnen, daß ich in der Ausgabe von Rentenbriefen durch den Jüdischen Nationalfonds ein Mittel zur Erhöhung seiner Einnahmen sehe, und ich möchte gern, daß ein Versuch hiermit gemacht würde. Ferner muß die Palestine Land Development Company, die sowohl für den Jüdischen Nationalfonds, als für Privatgesellschaften das technische und juristische Instrument für die Durchführung von Bodenverkäufen ist, durch *Erhöhung ihres Aktienkapitals* in den Stand gesetzt werden, ihre wichtige Rolle führen zu können. Wenn verschiedentlich gefragt wird, weshalb neben dem Nationalfonds noch eine besondere Boden-

kaufsgesellschaft nötig ist, so möchte ich darauf erwidern, daß in Palästina zehn Verhandlungen wegen Bodenkaufs angeknüpft werden müssen, damit eine zum Ziel führt. Jede dieser Verhandlungen – auch die ergebnislosen – ist natürlich mit Unkosten und mit einem Risiko, mitunter auch mit Vorschüssen verbunden. Für den Nationalfonds würde es vom propagandistischen Standpunkte aus sehr bedenklich sein, wenn er seine Gelder in solchen nicht ganz sicheren Unterhandlungen gefährden würde. Er soll, als ein Volksfonds, nicht riskante Verhandlungen eingehen, sondern soll nur Boden in absolut sicherer Weise kaufen. Das kann er eben dadurch, daß die PLDC., die als geschäftliches Unternehmen auch Risiko tragen kann, ihn von diesen riskanten Geschäften befreit und ihm gegen eine ganz geringe Kommission auf alle Böden, nachdem sie dieselben ordnungsgemäß gekauft hat, ein Optionsrecht einräumt.
Wenn auf dem Gebiete der *Industrie* auf die wichtige Rolle der *Privatinitiative* hingewiesen wird, so muß ich Sie daran erinnern, daß Privatinitiative im wirklichen Sinne noch immer sehr selten ist. Es kommen viele Leute mit Geldmitteln hinüber, aber wenn sie die Schwierigkeiten sehen, die Palästina bietet, gehen viele von ihnen nach Europa oder Amerika zurück oder legen nur kleine Beträge in Grundstücken oder im Häuserbau an. Die Juden verstehen Privatinitiative so, daß sie ihr Geld nur in sicheren Geschäften anzulegen bereit sind. In Palästina sind aber auch solche Geschäfte notwendig, bei denen man von vornherein des Erfolges nicht sicher sein kann. In der Tabakindustrie sind uns auf diese Weise nichtjüdische Unternehmer, obwohl wir über diesen Gegenstand eine riesige Korrespondenz geführt haben, zuvorgekommen und haben Zigarettenfabriken erbaut. Die Bäder in Tiberias harren noch immer der Erschließung, wir haben noch immer kein großes Hotel in Jerusalem, eine große Kühlanlage ist nicht von Juden, sondern von Engländern gebaut worden. Es kommt hinzu, daß die Menschen, die nach Palästina kommen, oft vom wirtschaftlichen Standpunkt aus eine selectio in peius, eine Auswahl zum Schlechteren, vorstellen. Sie sind Idealisten und als solche nicht darauf ein-

gestellt, das Maximum an materiellem Vorteil aus ihrer Tätigkeit zu ziehen. Es fehlt ferner *berufliche Ausbildung* von Beamten und Arbeitern. Ich habe mich in Amerika bemüht, tüchtige Leute zur Übersiedlung nach Palästina zu bewegen, aber das Resultat war kläglich. Die meisten wollten ihre guten Stellungen dort nicht aufgeben, und diejenigen, die sich in Amerika nicht hinaufzuarbeiten verstanden hatten, würden auch für Palästina nicht geeignet sein. Außerdem steht der Privatinitiative entgegen hoher Arbeitslohn, hohe Valuta und ungenügender Zollschutz. Privatwirtschaftliche Tätigkeit, die nicht vom Kapitalisten selbst geleitet wird, hat wenig Aussicht. Unternehmer und Kapitalist müssen in einer Person verbunden sein. Wir dürfen aber keineswegs die Hoffnung verlieren, daß schließlich doch mehr unternehmungslustige Juden mit Mitteln nach Palästina kommen werden und müssen uns weiter bemühen, Kredite zu schaffen und die Öffentlichkeit mit Informationen zu versehen. Eine ganze Anzahl Unternehmungen, die Mahlmühle in Haifa, die Ölmühle in Haifa und die bevorstehende Errichtung der Zementfabrik bedeuten große Fortschritte. Hoffentlich werden wir bald auch Beteiligung von jüdischen Produzenten auf dem Gebiete der Erzeugung der bisherigen großen Importartikel finden, wie Textilien, Zucker und Zigaretten.

Der nächste Hauptpunkt sind die *Finanzen.* Ich lege Ihnen einige Thesen vor:

1) Als zionistische Spendenfonds werden anerkannt der *Keren Hajessod* und der *Keren Kajemet* Lejisrael (JNF.). Die Abgrenzung ihrer Kompetenzen erfolgt durch einen Wirtschaftausschuß.

2) *Die Herausgabe von Mitteln des Keren Hajessod für produktive Zwecke soll durch einzelne, für jeden besonderen Zweck bestehende Aktiengesellschaften erfolgen,* die nach palästinensischem Recht als juristische Personen zu begründen sind. Als solche Aktiengesellschaften sind neben den bereits bestehenden (Mortgage-Bank, PLDC., Workers-Bank) ein landwirtschaftlicher Kolonisationsfonds und eine Industriebank sofort neu zu begründen.

Der Keren Hajessod soll für seine Beiträge Aktien erhalten.
3) Die unter Nr. 2 erwähnten Aktiengesellschaften sollen zur Ausgabe von festverzinslichen, in zehn bis dreißig Jahresraten amortisierbaren *Obligationen* schreiten, sobald sie nach Ansicht des Wirtschaftsausschusses für die Verzinsung und Amortisation dieser Anleihen sichere Gewähr bieten.
Der Keren Hajessod soll nötigenfalls für den Zinsendienst der Anleihen die subsidiäre Haftung übernehmen.
4) Der Verkauf der unter Nr. 3 erwähnten Anleihen soll durch *Investments Companies* erfolgen, die in den dazu geeigneten Ländern mit Zustimmung des Wirtschaftsausschusses und im Einvernehmen mit der zionistischen Landesorganisation zu begründen sind.

Sie sehen, das Prinzip dieser Finanzvorschläge ist, daß wir neben dem Keren Hajessod noch andere Kapitalquellen für Investments in Palästina suchen. Ein Teil der Gelder, die für den Aufbau notwendig sind, zum Beispiel Hypotheken zum Bau in den Städten, können schon jetzt amortisiert und verzinst werden; in anderen Fällen ist das nur eine Frage der Zeit. Ich hoffe zum Beispiel, daß Gelder, die wir für landwirtschaftliche Zwecke aus einem Kolonisationsfonds anlegen, in fünf bis zehn Jahren so sichere Anlagen sind, daß wir Obligationen auf sie ausgeben können. Meine Erfahrungen in Amerika haben mich gelehrt, daß der Verkauf von Palästina-Wertpapieren an Private nur möglich ist, wenn ein *großes Bankunternehmen* moralisch hinter den auszugebenden Wertpapieren steht. Dieser Gedanke hat mich geleitet, als ich in Amerika die ersten Schritte zur Gründung einer zentralen Investment-Company unternahm. Dr. Weizmann, Schmarja Levin und andere amerikanische Freunde haben mir dabei geholfen, und es ist zu hoffen, daß sie zustande kommt.
Schließlich möchte ich noch auf etwas hinweisen. Unsere Hauptausgaben in der Landwirtschaft erfolgen noch immer in administrativer Form, aber der Arbeiter muß lernen, daß das Geld, das er bekommt, nicht eine Unterstützung, sondern ein

rückzahlbares *Darlehen* ist. Auch aus diesem Grunde ist die Schaffung eines besonderen Kolonisationsfonds, der für die Darlehen alle möglichen rechtlichen Sicherheiten nimmt und für säumige Schuldner ein strenger Mahner ist, notwendig.

Die früher erwähnten eineinhalb Millionen Pfund für 30 000 Einwanderer aufzutreiben, wird uns im nächsten Jahre nicht möglich sein. Wir werden viel weniger haben. Aber auch für die Verwendung kleinerer Beträge müssen wir das Prinzip aufstellen, daß ein großer und alljährlich wachsender Prozentsatz unserer Ausgaben für die Ansiedlung unserer Arbeiter als landwirtschaftliche und industrielle Produzenten verwendet werden muß. Alle anderen Ausgaben haben nur subsidiäre Bedeutung, und sie dürfen die eigentlichen *produktiven Ausgaben* nicht übersteigen. Ohne mich auf allgemeine Ziffern für das nächstjährige Budget festzulegen, möchte ich sagen, daß es notwendig ist, daß der Keren Hajessod Aktien verschiedener Institute in Palästina erwirbt (Mortgage-Bank, PLDC. usw.), um sie zu stärken und den Obligationen, die sie später ausgeben wollen, einen stärkeren Rückhalt zu geben. Die Arbeiterbank in Palästina, die außerordentlich viel für die Aufrechterhaltung unserer industriellen und landwirtschaftlichen Kooperativen getan hat, muß einen Beitrag für die Erhöhung ihres Aktienkapitals erhalten. Wir müssen einen Industriekreditfonds gründen. Wir können in Palästina mit Krediten in der Industrie vielen kleinen Unternehmern auf die Beine helfen. Es ist schließlich etwas gegen die Höhe der Lebensmittelpreise in Palästina zu tun, etwa durch Gründung einer Großeinkaufsgenossenschaft für Lebensmittel.

Meine Ausführungen konnten nur fragmentarisch sein. Dafür finden Sie im Bericht der Exekutive ein Material, wie es noch nie in solcher Reichhaltigkeit einem Kongreß vorgelegen hat. In meinen Schlußworten muß ich wieder auf den Anfang zurück kommen: Wir haben bisher von der Größe der Arbeit, die uns in Palästina obliegt, anscheinend noch keine richtige Vorstellung. Alle politischen Errungenschaften in Palästina, ob groß oder klein, haben für mich keine Bedeutung, wenn ihnen nicht

die wirtschaftliche Arbeit auf dem Fuße folgt. Alle Ihre politischen Beratungen und Überlegungen haben nur dann Wert, wenn Sie verstehen, daß sie nur den Rahmen schaffen, der durch wirtschaftliche Arbeit ausgefüllt wird. Unsere Arbeit in Palästina hängt davon ab – mehr als je! –, daß wir bald große Mittel bekommen, denn nur dann werden wir unsere Zahl in Palästina, die leider, leider noch sehr klein ist, in absehbarer Zeit verdoppeln und verdreifachen können.

—

Eine Investitionsgesellschaft für Palästina

Referat vor amerikanischen Nichtzionisten

(1924)

Ich bin sehr dankbar dafür, daß mir die Gelegenheit geboten wird, vor einer Versammlung hervorragender amerikanischer Juden ein paar Worte über die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas zu sagen. Wäre ich im Besitze eines Zauberteppichs, so würde ich ihn benützen, um Sie alle für einen Augenblick von den Küsten des Atlantischen Ozeans hinüberzutragen nach der palästinensischen Küste des Mittelländischen Meeres. Ich bin sicher, daß meine Worte einen viel stärkeren Widerhall erwecken würden, wenn sie inmitten der rein jüdischen Stadt Tel-Awiw gesprochen werden könnten, die vor fünfzehn Jahren eine Wüste war und heute eine wundervolle Stadt mit mehr als 15000 Einwohnern ist, oder in der jüdischen Gartenstadt auf den Abhängen des Karmels, oder auf dem Ölberg, wo gerade jetzt die ersten Gebäude für die künftige hebräische Universität errichtet worden sind. Meine Worte würden einen Rückhalt finden in dem, was Sie mit eigenen Augen sehen. Aber leider habe ich keinen Zauberteppich, und ich kann nur hoffen, daß diese Versammlung für viele von Ihnen eine Anregung sein wird, das Land zu besuchen, das jetzt so leicht erreicht werden kann, und das Ihnen – abgesehen davon, daß es Sie von der Wahrheit meiner Worte überzeugen wird – mit unvergeßlichen Eindrücken lohnen würde.

Die Aufgabe

Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist die, bis zum weitesten Ausmaße die Gelegenheit auszunützen, die durch die Balfour-De-

klaration und durch das englische Palästina-Mandat den Juden der ganzen Welt geboten wird. Die Mandatarmacht hat es unternommen, beim Aufbau einer jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina zu helfen. Dieser Aufbau ist nur möglich durch eine Vergrößerung der gegenwärtigen Bevölkerungszahl der Juden in Palästina, die heute nur etwa 100 000 von einer Gesamtzahl von etwa 750 000 beträgt. Es muß daher unser Ziel sein, für eine große Anzahl von Juden die Möglichkeit zu schaffen, nach Palästina auszuwandern und dort eine gesunde wirtschaftliche Existenz zu finden.
Es gibt Hunderttausende von Juden in Osteuropa, welche bereit und von Sehnsucht erfüllt sind, nach Palästina zu gehen. Viele von ihnen würden Palästina jedem anderen Lande vorziehen, weil sie sich durch die Tradition der Vergangenheit und durch die Hoffnung auf eine große Zukunft mit Palästina verbunden fühlen. Andere sind bereit, nach Palästina zu gehen, da sie infolge des Mangels an wirtschaftlichen Möglichkeiten und wegen der herrschenden antisemitischen Strömungen ihr Heimatland verlassen müssen. Viele von diesen Menschen haben keine andere Wahl als Palästina, da die Hindernisse, die einer jüdischen Immigration in andere Länder entgegengestellt werden, sich von Tag zu Tag verstärken.

Die Aufnahmefähigkeit Palästinas

Nach Ansicht der ersten Autoritäten hat Palästina in alter Zeit eineinhalb bis zwei Millionen Einwohner beherbergt. Wenn man in Betracht zieht, daß man mit den modernen technischen Methoden und mit den modernen Mitteln des Verkehrs, der Landwirtschaft und der Industrie bessere Resultate erzielen kann als vor zweitausend Jahren, so unterliegt es keinem Zweifel, daß Palästina ein Vielfaches seiner gegenwärtigen Bevölkerung erhalten könnte, wenn sein wirtschaftliches Niveau durch Einführung von Kapital und modernen Produktionsmethoden gehoben werden könnte. Das ist wesentlich. Bei den gegenwärtigen unentwickelten wirtschaftlichen Bedingungen, nach Jahr-

hunderten der türkischen Mißwirtschaft, kann Palästina keine größere Anzahl von Immigranten aufnehmen. Die Entwicklung, für die Kapital und technische Fortschritte notwendig sind, muß zusammen mit den Immigranten in das Land kommen.
Die große Masse der palästinensischen Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Mit Ausnahme der wohlhabenden Orangenpflanzer im Jaffaer Distrikt führen die arabischen Bauern mit ihren primitiven Wirtschaftsmethoden ein sehr armseliges Leben, und auch dieses können sie nur mit Hilfe ihrer Frauen bei der harten Arbeit und ihrer Kinder von frühester Jugend an bestreiten. Die arabischen Bauern kennen keine Lohnarbeit, sie kaufen und verkaufen sehr wenig und trachten so ziemlich alles, was sie brauchen, aus ihrer eigenen Wirtschaft zu bekommen. Die nicht Landwirtschaft treibende Bevölkerung Palästinas lebt hauptsächlich vom Fremdenverkehr, von dem Gelde, welches für die große Anzahl religiöser und philanthropischer Institutionen nach Palästina kommt, und ein ganz kleiner Teil findet seinen Lebensunterhalt durch die Industrie. Dieser Prozentsatz besteht hauptsächlich aus kleinen Handwerkern. Mit Ausnahme der zwei alten Industrien, der Seifenindustrie, die sich in arabischen, und der Weinindustrie, die sich in jüdischen Händen befindet, sind Fabriken nur in den letzten Jahren errichtet worden, und fast alle von Juden. Aber sie stehen alle noch im Anbeginn.
Um ein vollkommenes Bild der Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung zu geben, sei schätzungsweise berichtet (eine detaillierte Zählung steht nicht zur Verfügung), daß von den 100000 Juden, welche dort ihren Lebensunterhalt finden, tätig sind:

in landwirtschaftlichen Kolonien	20 000
in Fabriken und Werkstätten	10 000
als kleine Handwerker	10 000
als Kaufleute und im Transportgewerbe	15 000
als ungelernte Arbeiter bei Bauten und ähnlichen Arbeiten . .	3 000
in Fachberufen und als Beamte	12 000
und ohne einen besonderen Beruf etwa	30 000

Infolge der geringen kommerziellen Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung besteht für jüdische Kaufleute nur ein sehr be-

grenztes Arbeitsfeld. Dasselbe gilt für jüdische Fachberufe. Auch die jüdischen Handwerker aus Osteuropa können nur in sehr wenigen Fällen mit den arabischen Handwerkern konkurrieren, wenigstens gegenüber den arabischen Arbeitgebern. Es ist daher klar, daß die Immigranten in Palästina nur dann von Nutzen sein können, wenn ein großer Teil von ihnen in der Landwirtschaft und Industrie beschäftigt wird. Die Landwirtschaft bietet in Palästina viele Möglichkeiten. Der Professor an der Universität Kalifornien, Elwood Mead, welcher als die erste Autorität in Fragen der landwirtschaftlichen Kolonisation angesehen wird, hat auf Ersuchen der Zionistischen Organisation vor einigen Monaten die jüdischen Siedlungen in Palästina inspiziert. Professor Mead vergleicht Palästina mit Kalifornien. Er ist der Meinung, daß das Land in einen Fruchtgarten von höchster Güte verwandelt werden kann. Im Zusammenhang mit der Landwirtschaft können viele Industriezweige entwickelt werden, wie zum Beispiel Mehlmühlen, Ölmühlen, Gerbereien, Kühlanlagen, Fabriken für Seife, Parfüm, Zigaretten, Konserven usw. Das Projekt des Ingenieurs Ruthenberg, der eine Konzession für die Entwicklung der elektrischen Wasserkräfte durch Ausnützung der Gewässer des Jordans erhalten hat, wird Palästina billige elektrische Kräfte schaffen und die Errichtung von anderen Industrien, wie Textil, Glas usw., ermöglichen. Auch die natürlichen Quellen des Landes können entwickelt werden, wie zum Beispiel die berühmten heißen Mineralquellen von Tiberias, die Salze des Toten Meeres; der Touristenverkehr kann durch Errichtung guter Hotels und Sanatorien einen Aufschwung nehmen. Wenn das vor kurzem aufgetauchte Gerücht, daß die Standard Oil Company in Palästina Öl gefunden habe, sich bestätigt, würde das natürlich für das Tempo des wirtschaftlichen Fortschritts von großer Tragweite sein. Viele der osteuropäischen Juden, die gern jüdische Immigranten wären, sind für die landwirtschaftliche und industrielle Arbeit sehr geeignet. Tatsächlich können die 35000 jüdischen Immigranten, die seit 1920 nach Palästina gekommen sind, in bezug auf Leistungsfähig-

keit und Charakter als ein ausgesuchtes Menschenmaterial betrachtet werden. Sie sind der harten Pionierarbeit in Palästina mit Leib und Seele ergeben. Aber selbst die höchste Begeisterung kann diese Menschen nicht vor einem Fehlschlag bewahren, wenn sie nicht das für ihre landwirtschaftliche und industrielle Einrichtung nötige Kapital erhalten. Die Zeiten sind vorbei, wo ein Mann hoffen konnte, mit seiner Hände Arbeit durch die Landwirtschaft sein Auskommen zu finden. Ebenso würden Fabrikanten selten in der Lage sein, in Palästina eine Fabrik zu errichten, wenn sie, wie dies heute der Fall ist, gezwungen wären, das ganze nötige Kapital aus ihren eigenen Mitteln aufzubringen, ohne die Möglichkeit, ein langfristiges Darlehen zu erhalten. Um die kulturellen Bedürfnisse der Immigranten zu befriedigen und ihre Gesundheit zu schützen, ist es auch nötig, ihnen beim Erziehungs- und Sanitätswesen behilflich zu sein, wenigstens für die nächsten zehn Jahre, bis die Immigranten von heute sich endgültig festgesetzt haben. Die palästinensische Regierung kann für diese Bedürfnisse nicht in der entsprechenden Weise sorgen. Sie muß im ganzen Lande das verbessern, was während der Jahrhunderte türkischer Herrschaft vernachlässigt worden ist. Und die geringen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, genügen nicht, um rasche Fortschritte zu machen.
Die jüdische Immigration betrug während der letzten drei Jahre ungefähr 10 000 jährlich. Wir können nicht erwarten, daß sich diese Ziffer rasch und sprungweise erhöht. In jedem Lande sind die Anfangsziffern der Immigration klein und sie wachsen nach und nach. In den Vereinigten Staaten betrug die Anzahl der jüdischen Immigranten

in den Jahren	jährlich etwa
1871–80	10 000
1881–90	24 000
1890–1900	39 000
1900–1910	98 000

Um zwischen Optimismus und Pessimismus den Mittelweg zu finden, können wir es zu unserem Ziel machen, während der nächsten fünf bis zehn Jahre 20 000 Immigranten jährlich nach Palä-

stina zu bringen, in der Hoffnung, daß auf dieser Anfangsgrundlage später 30 000–40 000 jährlich hinüberkommen können.

Die Finanzierung des Aufbauwerkes

Die Erfahrungen der Palästinakolonisation haben gezeigt, daß nur junge und gesunde Menschen, welche durch einige Jahre als Landarbeiter tätig waren, als landwirtschaftliche Siedler Erfolg haben können. Solche Leute haben in der Regel entweder überhaupt kein Geld oder im besten Fall einen kleinen Betrag. Sie müssen mindestens neunzig Prozent des für ihre Ansiedlung notwendigen Betrages in Form eines Darlehens erhalten. Dieses Darlehen beträgt bis 4000 Dollar für einen Siedler. Leute, welche industrielle Unternehmungen in Palästina errichten wollen, haben gewöhnlich eigene Mittel, aber sie brauchen einen Zuschuß durch langfristige Kredite, die für jeden in einem Unternehmen beschäftigten Arbeiter auf 1000 Dollar geschätzt werden können. Durch ein Darlehen von 5000 Dollar können wir also einer landwirtschaftlich und einer in der Industrie tätigen Familie ihr Auskommen verschaffen. Aber die Erfahrung lehrt, daß, wenn zwei Familien in der Landwirtschaft und Industrie tätig sind, für zwei weitere Familien mit geringen eigenen Mitteln die Möglichkeit besteht, durch Transportarbeit, Handel, als Lehrer, Ärzte usw. ihr Auskommen zu finden. Daraus geht hervor, daß ein Betrag von 5000 Dollar genügt, um die Niederlassung von vier Familien auf gesunder wirtschaftlicher Basis in Palästina zu sichern. Wenn man als die ungefähre Anzahl der Familienmitglieder fünf annimmt, bedeutet das 250 Dollar pro Person. Zusammenfassend können wir sagen, daß die für jüdische Immigranten in Palästina notwendigen Auslagen in drei Klassen geteilt werden können:

1) *Nationale Auslagen* für Arbeiten philanthropischen oder kulturellen Charakters, wie zum Beispiel Erziehung, sanitäre Arbeiten und die erste Hilfe für die Immigranten. Diese Auslagen können nur durch Spenden gedeckt werden, denn wenn diese Aufgaben auch vom nationalen Gesichtspunkt sehr wichtig und

unerläßlich sind, so werden sie doch keine Rückzahlung und keine Verzinsung der darauf verwendeten Summen ergeben.
2) *Unsichere Investitionen* für Arbeiten, wo es zweifelhaft ist, ob das darauf verwendete Geld rückerstattet werden kann, da diese Arbeiten, wie zum Beispiel die Schaffung von neuen landwirtschaftlichen Siedlungen, neuen Industriegebieten oder Einrichtungen für das Gemeinwohl nicht von Anfang an als Unternehmungen angesehen werden können, deren Erfolg und deren Gewinn gesichert sind. In diese Kategorie gehören auch zweite Hypotheken auf Grundbesitz, die nicht als vollkommen gesichert angesehen werden können, die aber trotzdem in solchen Fällen sichergestellt sind, wo sie zur Lösung des Wohnungsproblems oder zur Förderung der Industrie oder zur Vergrößerung der Beschäftigungsmöglichkeiten für die Immigranten beitragen.
3) *Sichere Investitionen* für solche Tätigkeiten, die sich vollkommen in geschäftlichen Linien bewegen und welche für das darauf verwandte Geld vollkommene Sicherheit und mäßige Verzinsung verbürgen. Zu diesen Tätigkeitsgebieten gehören: erste Hypotheken auf städtische Bauten oder auf Grundstücke in oder in der Nähe von Städten, die für Entwicklung von Vorstädten sich eignen; der Ankauf von Anleihen, die von jüdischen Gemeinden aufgenommen wurden, wie zum Beispiel die kürzlich ausgegebene Anleihe für Tel-Awiw; der Ankauf von Aktien und Anleihen von Banken und Handelsgesellschaften, die in Palästina arbeiten; der Ankauf von Aktien und Anleihen von bereits bestehenden und gewinnbringenden Unternehmungen, deren Tätigkeit ausgedehnt werden kann; der Ankauf von Wertpapieren von einer Gesellschaft, die Kolonisationsdarlehen auf der Grundlage ihrer Anleihen an gut vorwärts kommende Kolonisten vergibt.

In runden Summen kann gesagt werden, daß für die erste Kategorie der oben erwähnten drei Arten von Auslagen, das sind die nationalen Auslagen, jährlich etwa eine Million Dollar nötig sind. Die zweite und dritte Kategorie erfordern 250 Dollar für jeden Immigranten. In welchem Verhältnis diese Beträge unter Punkt 2 oder Punkt 3 fallen werden, wird vor allem von den

Fortschritten abhängen, die Landwirtschaft und Industrie in Palästina machen. Je sicherer sie einen Gewinn abwerfen, desto größer wird der Prozentsatz sein, der unter Kategorie 3 fällt. In den ersten Jahren wird der größte Teil der Auslagen sicher unter Kategorie 2 fallen, soweit es sich um neue Unternehmungen handelt. Aber es gibt in Palästina viele Möglichkeiten, auf bereits bestehende sichere Objekte Darlehen zu gewähren. Der Mangel an langfristigen Krediten, der bis jetzt in Palästina geherrscht hat, hat für erste Hypotheken auf bereits gebaute Häuser, für Hypothekenkredite an erfolgreiche Orangenpflanzer und andere im Fortschritt begriffene Landarbeiter oder für bereits im Bestehen begriffene Industrien ein weites Feld gelassen. Diese nach Palästina fließenden Darlehen würden dazu helfen, die bereits bestehenden Unternehmungen zu vergrößern und neue zu errichten. Im ganzen wird es für die gegenwärtige Zeit wohl richtig sein zu sagen, daß von den für jeden Immigranten nötigen 250 Dollar fünfzig Prozent unter Kategorie 2 (unsichere Investitionen) und fünfzig Prozent unter Kategorie 3 (sichere Investitionen) fallen.

Da wir es uns zum Ziel gesetzt haben, in den nächsten Jahren in Palästina eine Einwanderungszahl von 20 000 jährlich zu erreichen, würde sich das folgende Jahresbudget ergeben:

Nationale Ausgaben	1 000 000	Dollar
Unsichere Investitionen (20 000 × 125 Dollar)	2 500 000	„
Sichere Investitionen (20 000 × 125 Dollar) .	2 500 000	„
	6 000 000	Dollar

Es besteht die Hoffnung, daß von diesem Betrage die nationalen Auslagen und die Beträge für unsichere Investitionen vom Keren Hajessod und vom Jüdischen Nationalfonds aufgebracht werden. Es bleibt die Frage, wie die zweieinhalb Millionen Dollar für die dritte Kategorie beschafft werden sollen.

Die Aufgabe einer Investment Company

Die Investitionen der dritten Kategorie sollen dem Unternehmer eine vollkommene Sicherheit und eine sechsprozentige Ver-

zinsung gewähren. Außerdem würden sie den am Aufbau Palästinas interessierten Juden das befriedigende Bewußtsein gewähren, an diesem Aufbau beteiligt zu sein. Das Problem besteht darin, den jüdischen Unternehmer davon zu überzeugen, daß das von ihm gegebene Geld tatsächlich eine sichere Investition bildet. Unglücklicherweise hat Palästina durch Jahrhunderte hindurch immer nur um philanthropische Unterstützungen gebeten, so daß die Menschen außerhalb Palästinas sich daran gewöhnt haben, alles in Palästina als ein Werk der Barmherzigkeit zu betrachten und schwer daran gewöhnt werden können, an Investitionen in Palästina zu denken. Es ist noch nicht genügend bekannt, daß die vollkommen andere Gesetzgebung und Verwaltung, die die Folgen des englischen Mandates sind, und die Verbesserungen der Wege, Eisenbahnen, des Post- und Telephonwesens aus Palästina, das unter der türkischen Regierung ein Land des Stillstands war, ein Land des rapiden Fortschritts gemacht haben, das für den Unternehmer eine große Anzahl von Investitionsmöglichkeiten mit voller Sicherheit und anständiger Verzinsung bietet.

Aber es ist für einen einzelnen amerikanischen Juden schwer, Nachforschungen über die Art und die Sicherheit eines ihm vorgelegten palästinensischen Projektes anzustellen, denn Palästina ist von Amerika zu weit entfernt.

Die einzige Lösung, die diese Entfernung und die Unsicherheit des jüdischen Unternehmers in Amerika überwinden könnte, bildet die Schaffung einer »Investment Corporation« in Amerika mit einem Stammkapital von, sagen wir, fünf Millionen Dollar, die von Männern mit gutem geschäftlichen Ruf begründet und geleitet werden soll.

Wenn diese Investment Corporation in Amerika gesetzlich eingetragen sein wird, wird sie einen oder mehrere Sachverständige nach Palästina entsenden, die ihr dann jene Projekte empfehlen werden, die in bezug auf Sicherheit und Gewinn vollkommen befriedigend sind. Auf der Grundlage dieser Empfehlungen wird die Corporation entscheiden, ob und in welcher Weise sie an den betreffenden Unternehmungen interessiert

ist. Der beste Weg zur Finanzierung dieser Unternehmungen wäre für die Investment Corporation die Ausgabe von Pfandbriefen auf der Grundlage ihres Vermögens, um dann außerhalb ihres Aktienkapitals gegen diese eigenen Pfandbriefe palästinensische Wertpapiere und Anleihen anzukaufen. Die Gesamtausgabe dieser Pfandbriefe müßte in einem bestimmten Verhältnis zum Aktienkapital der Corporation beschränkt werden. Die Corporation müßte mit kleinen jüdischen Bankiers wegen des Verkaufs ihrer Pfandbriefe in Verbindung treten und auch andere Schritte zu dem gleichen Zweck unternehmen. Die Corporation müßte auch Vorkehrungen treffen, daß sie selbst oder andere Banken ihre Pfandbriefe beleihen. Sie sollte auch versuchen, einen Markt für den Wiederverkauf der Pfandbriefe zu begründen. Es muß vermieden werden, daß die Investitionen totes Kapital werden, was bisher die größte Schattenseite der Palästina-Unternehmungen gewesen ist. Der Sachverständige der Investment Corporation, der in Palästina seinen Wohnsitz hat, wird fortlaufend die Sicherheit und die pünktliche Zahlung von Zinsen überwachen müssen, so daß das Geld der Geldgeber in jeder Beziehung sichergestellt sein wird. Wenn die Investment Corporation nach diesen Richtlinien begründet würde und ihr Investitionen in Palästina in der richtigen Weise angekündigt werden, so besteht alle Hoffnung, daß die amerikanischen Juden Palästina als ein Land für Kapitalinvestierungen betrachten werden wie jedes andere Land. Die Errichtung einer Investment Corporation mit zuverlässigen Sachverständigen würde die Unternehmer davor bewahren, Kapital in palästinensischen Unternehmungen anzulegen, die nicht genau nachgeprüft sind. Eine Empfehlung der Company wäre ein Beweis für den gesunden und gewinnbringenden Charakter des Unternehmens. Investment-Gesellschaften dieser Art existieren in England seit dem letzten halben Jahrhundert und waren einer der wichtigsten Faktoren bei der Verteilung der in den Vereinigten Königreichen herausgegebenen ausländischen Wertpapiere. Sie standen als Vermittler zwischen dem englischen Unternehmer und ausländischen Unternehmungen. Ihr In-

vestierungskapital erreicht Höhen von über hundert Millionen Pfund.

Es ist richtig, daß die Investment Company nur dann in Palästina sichere Unternehmungen finden wird, wenn zu gleicher Zeit eine Institution wie der Keren Hajessod bereit ist, sei es selbst mit Opfern, »den Weg zu bereiten«, indem sie die Last der unsicheren Investitionen und der nationalen Auslagen auf sich nimmt. Die Investment Company braucht den Keren Hajessod als Wegbahner, so wie der Keren Hajessod die Investment Company braucht für die ungeheuere Aufgabe des Aufbaus von Erez-Israel. Der Keren Hajessod ist ein Grundfonds. Er legt den Grund. Die Investment Corporation soll auf diesem Grund weiterbauen. Grundsteine ohne auf ihnen errichtete Gebäude sind unvollständig und ohne Nutzen; ein Gebäude ohne Grundstein ist nicht zuverlässig oder überhaupt nicht möglich. Die Zusammenarbeit dieser beiden Institutionen ist notwendig, um einen soliden Bau zu errichten.

Die Investment Corporation wäre auch in dem Sinne ein Segen, daß sie dadurch, daß sie den Keren Hajessod von der Ausgabe für Investitionen befreit, mit der Notwendigkeit aufräumen würde, wirtschaftliche Unternehmungen aus einem Spendenfonds zu finanzieren, was unvermeidlich zur Demoralisierung des Schuldners führt, weil es seinen Willen zur Rückzahlung schwächt. Sie würde also alle wirtschaftlichen Unternehmungen auf eine gesunde Basis stellen.

Die Investment Corporation würde wahrscheinlich auch dazu beitragen, daß eine Verbindung und Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und den in fremden Ländern bereits bestehenden Gesellschaften, die für ähnliche Zwecke in Palästina errichtet worden sind, erzielt werden könnten. Das hätte den Erfolg, daß Übergriffe vermieden und die administrativen Auslagen vermindert werden könnten.

Wenn diese Versammlung den Grundstein zur Errichtung einer solchen Investment Corporation legen würde, dann bin ich sicher, daß dieser Tag ein historischer für den Aufbau Palästinas und für das Schicksal des jüdischen Volkes werden könnte.

Lassen Sie mich meinen Bericht mit den Worten schließen, die Ramsay Macdonald vor zwei Jahren nach seinem Besuch der jüdischen Palästinakolonien schrieb. Nachdem er in den höchsten Ausdrücken die Intelligenz und Hingabe der jüdischen Immigranten und die jüdischen Arbeitsleistungen in Palästina bewundert hatte, fährt er fort:
»Man geht heute durch Palästina mit den Worten vieler Prophezeiungen auf den Lippen. Man hört sie, als wenn die Hügel sie flüsterten. Die Lager der Immigranten am Seeufer, an den Wegseiten, auf den Hügeln scheinen auf Befehl Gottes entstanden zu sein, scheinen vor langer, langer Zeit errichtet worden zu sein, damals, als versprochen wurde, daß 'Er die Ausgestoßenen von Israel sammeln und die Verstreuten von Juda aus allen vier Ecken der Erde zusammenrufen wird'. Die Zeit hat Ereignisse werden lassen, und das Land Israels empfängt wieder seine Kinder. Es ist müde, es ist vernachlässigt, es ist in fremder Knechtschaft, aber die Schätze seiner Mutterschaft sind ihm geblieben, und seine Kinder können in seinem Dienste Frieden und Glückseligkeit finden.«

Dreißig Jahre Aufbau in Palästina

—

Die Kwuza

Entwicklung und Bedeutung für den Aufbau Palästinas

(»Jüdische Rundschau«, September 1924)

Kein anderes Problem in der Kolonisation hat so viel Diskussionen hervorgerufen, wie das Problem der Kwuza. Ihre Lobredner und Gegner preisen oder tadeln sie mit derselben Glut.

Wir wollen, bevor wir auf den Charakter der Kwuza und ihre Vorteile und Nachteile eingehen, in wenigen Worten ihre Geschichte erzählen.

Die Entstehung der Kwuza

Die Kwuza entstand *nicht* als ein beabsichtigtes soziales Experiment. Vielmehr waren die *Ursachen*, welche vor fünfzehn Jahren zu ihrer Begründung führten, *dreierlei Art:*

1) Die Zionistische Organisation verfügte über keinerlei Mittel für die Zwecke der Kolonisierung von *Einzelpersonen* nach dem Muster der Rothschild- und Ica-Kolonien. Es gab drei zionistische Institute, welche einige Mittel besaßen, nämlich den Jüdischen Nationalfonds, die Ölbaumspende und die Palestine Land Development Co. Von diesen Institutionen hatte der KKL. nur den Kauf von Boden zum Ziel, die Ölbaumspende die Anpflanzung von Bäumen, die PLDC. den Erwerb und die Weiterveräußerung von Boden. Zur Kolonisation im eigentlichen Sinne des Wortes war keine dieser Gesellschaften bereit, und die Gründung der ersten zionistischen Farmen in Kinneret und Hulda im Jahre 1908 war nur auf einem Umwege möglich, nämlich dadurch, daß der KKL. seinen Boden der PLDC., beziehungsweise der Ölbaumspende, in Erbpacht gab, und diese Gesell-

schaften auf dem Boden landwirtschaftliche Betriebe errichteten, die PLDC. in Kinneret, die Ölbaumspende in Ben Schemen und Hulda. Aber der Zweck dieser Betriebe konnte gemäß den Statuten der PLDC. und der Ölbaumspende nicht die Ansiedlung von Kolonisten sein, sondern das Ziel war bei der PLDC. die Amelioration und Bewirtschaftung des Bodens mit dem Ziele eines Reingewinns und eines späteren Weiterverkaufs; bei der Ölbaumspende die Anlage von Pflanzungen. – Für diese Aufgaben war die Begründung einer Farm (Großbetrieb) der einzig mögliche Weg. Die Kolonisierung einzelner Siedler konnte dafür nicht in Frage kommen.

2) Die Kolonisierung einzelner Leute war auch deshalb unmöglich, weil es zu jener Zeit in Palästina an landwirtschaftlich vorgebildeten Leuten, die zur Ansiedlung als Einzelkolonisten geeignet gewesen wären und denen man das zur Ansiedlung notwendige Kapital hätte anvertrauen können, mangelte. Auch Frauen, die den Siedlern richtige Hilfe in der Wirtschaft hätten leisten können, waren nicht vorhanden. Es fehlten somit die wichtigsten Voraussetzungen für ein Gelingen der Einzelwirtschaft. Nur der Farmbetrieb, in welchem die Leute als Arbeiter von einem Administrator oder von einem selbstgewählten erfahrenen Vormann oder Komitee ihre Anweisungen erhielten, gab einigermaßen Sicherheit dafür, daß die investierten Gelder nicht verlorengehen würden.

Diese beiden Ursachen, der Mangel an Mitteln und der Mangel an geeigneten Ansiedlungskandidaten, waren bestimmend dafür, daß die ersten Ansiedlungsversuche der Zionistischen Organisation nicht die Form der Einzelkolonisation, wie sie die Ica in ihren untergaliläischen Kolonien besaß, sondern die Form des Farmbetriebs annahmen. Im Anfang unterstanden die Farmen einem Agronomen als Administrator. Es zeigte sich jedoch bald, daß dieses System schwer aufrecht zu erhalten war. Es fehlte an jüdischen Agronomen, welche neben landwirtschaftlicher Erfahrung auch Verständnis für die nationalen Ziele unserer Kolonisation und für die Psychologie der revolutionären Jugend hatten, die aus Rußland nach Palästina kam. Der Ad-

ministrator hatte vielfach die Tendenz, den schwer zu behandelnden und landwirtschaftlich unerfahrenen jüdischen Arbeiter durch den gefügigen, billigen und landwirtschaftlich erfahrenen arabischen Arbeiter zu ersetzen. Das rief den schärfsten Widerstand der jüdischen Arbeiter hervor, die in den Farmen den einzigen Weg hatten, auf dem sie sich eine landwirtschaftliche Ausbildung aneignen konnten. Ein zweiter Mangel war, daß der Administrator nach dem Muster europäischer landwirtschaftlicher Großbetriebe die Arbeiter nur als Lohnarbeiter behandelte und ihnen keinerlei Mitbestimmungs- oder Mitberatungsrecht in der Führung der Wirtschaft einräumen wollte, während es den Arbeitern gerade darauf ankam, als Schaffende an der Entwicklung der Wirtschaft mitzuarbeiten. Die Verhältnisse spitzten sich so zu, daß bei einem Streik, der im Jahre 1909 in Kinneret ausbrach, der einzige Ausweg war, die erfahrensten Arbeiter der Farm der Unterordnung unter den Verwalter zu entziehen und sie auf einem Teil des Bodens in Deganja als besondere Gruppe mit eigener Verantwortung anzusiedeln. Der Vertrag, der mit der Gruppe in der Hitze des Streiks abgeschlossen wurde, enthält nur die wenigen Punkte, daß die sieben Mitglieder der Gruppe einen Minimalbetrag als Monatslohn erhalten sollten (weniger als den sonst üblichen Lohn) und außerdem die Hälfte eines eventuellen Reingewinns aus der Wirtschaft.

Diese in Sturm und Drang geborene erste Kwuza Deganja hat besonders durch die Tüchtigkeit ihrer Begründer und durch den Geist des leider zu früh verstorbenen Joseph Bussel auf den weiteren Gang der Kolonisation einen großen Einfluß ausgeübt.

Im Jahre 1910 wurde ein zweiter Schritt getan. Auf Initiative von Franz Oppenheimer, für dessen Ideen Herzl schon im Jahre 1903 aufs wärmste eingetreten war, wurde in Merchawja eine Farm begründet, um den Oppenheimerschen Plan einer landwirtschaftlichen Siedlungsgenossenschaft zu verwirklichen. Oppenheimers Idee war, daß es notwendig sei, in der Landwirtschaft den Großbetrieb beizubehalten, weil dieser große technische Vorzüge gegenüber dem Kleinbetrieb habe, daß es aber

zugleich notwendig sei, in diesem Betrieb nicht Lohnarbeiter, sondern »Genossen« zu beschäftigen, welche die Eigentümer des Großbetriebs sind oder allmählich werden. Oppenheimer wollte auf diese Weise die Uninteressiertheit des Lohnarbeiters an dem Schicksal des Betriebes überwinden. Die Genossen-Arbeiter sollten als zukünftige Eigentümer des Betriebes zu ihm dieselbe enge Beziehung haben und das Inventar des Betriebes mit derselben Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit behandeln, mit welcher der Bauer seinen eigenen kleinen Betrieb verwaltet. Die Farm Merchawja wurde in den ersten Jahren nach ihrer Gründung, welche der Vorbereitung der eigentlichen Siedlungsgenossenschaft dienen sollten, durch einen Agronomen verwaltet. Es ergaben sich bald die mit dem Administrationssystem verbundenen Reibungen zwischen dem Administrator und den Arbeitern, die noch dadurch verschärft wurden, daß die Arbeiter nicht ein homogenes Element darstellten, sondern aus verschiedenen Teilen Europas stammten und unter sich selbst nicht einig waren. Als der Weltkrieg ausbrach, war es nötig, das Administrationssystem aufzugeben. Die Arbeiter bildeten eine Kwuza mit einem von ihnen selbst gewählten Komitee, die nach mehrfachem Wechsel der Mitglieder sich schließlich konsolidiert hat und die sich heute in einer ziemlich befriedigenden wirtschaftlichen Situation befindet.
Während und besonders nach der Eroberung Palästinas durch die Engländer vermehrte sich die Zahl der Kwuzot beträchtlich, weil die hohen Lebensmittelpreise die Ausnutzung alles verfügbaren Bodens erheischten. Die Kwuza blieb, wenn man die ersten Versuche mit Administratoren aus den Jahren 1908 bis 1910 außer Betracht läßt, bis zum Jahre 1921 die einzige Form für die zionistischen landwirtschaftlichen Siedlungen.

Die Gründe für die Form der Gruppensiedlung

Die Gründe für das Festhalten an der Gruppensiedlung gegenüber der Einzelsiedlung können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1) Die Einzelansiedlung verlangt, daß der Siedler die Landwirtschaft in allen ihren Zweigen gründlich kennt und dadurch Gewähr für die richtige Führung seiner Wirtschaft bietet. Solche Kandidaten für die Siedlung waren in nennenswerter Zahl nicht vorhanden. Die Gruppensiedlung hatte den Vorteil, daß die einzelnen Mitglieder ihre Erfahrungen und Kenntnisse in den einzelnen Zweigen der Landwirtschaft ergänzen konnten.
2) Der Einzelsiedler erlangt, sobald er auf einem bestimmten Boden angesiedelt wird, feste Rechte gegenüber der Zionistischen Organisation. Wenn er sich später als ungeeignet für die Ansiedlung erweist, ist es schwierig oder unmöglich, ihn von dem Boden zu entfernen. Bei der Gruppenansiedlung ist der Zusammenhang der Gruppe mit dem Boden viel loser. Es ist viel leichter möglich, entweder die ganze Gruppe aufzulösen oder sie durch einen Wechsel der ungeeigneten Mitglieder zu reformieren.
3) Die Gruppe ist, wenn sie einen Kern von tüchtigen Mitgliedern hat, eine unübertreffliche Schule, um die Fähigkeiten der einzelnen Mitglieder zu erkennen und ungeeignete Elemente auszumerzen. Dieser Prozeß der *Eliminierung und Auslese* ist für die jüdische Kolonisation von allergrößter Bedeutung. Unsere jungen Leute kommen nach Palästina voll Begeisterung. Sie überschätzen im Rausch dieser Begeisterung häufig ihre Kräfte und ihre Fähigkeit, sich auf das landwirtschaftliche Leben einzustellen. Nur durch die harte Schule der Arbeit und durch die Kritik, welche die Genossen untereinander üben, ist es möglich, die Tüchtigen von den Untüchtigen zu unterscheiden und den Nur-Enthusiasten zu überzeugen, daß Enthusiasmus allein in der Landwirtschaft nicht genügt, sondern daß körperliche Kraft und Geschicklichkeit, sowie die Fähigkeit zu Entbehrungen dazu kommen muß. Wenn heute die Tüchtigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter in Palästina unvergleichlich viel höher ist als vor zehn und fünfzehn Jahren, so ist das in erster Linie dem Eliminationsprozeß in den Kwuzot zuzuschreiben. Von den Tausenden, welche durch die Kwuzot hindurchgegangen sind, ist ein großer Teil, vielleicht die Mehrzahl, ausge-

schieden worden. Die Zurückgebliebenen sind diejenigen, welche die Feuerprobe in den Kwuzot überstanden haben. *Die Kwuza kann mit Recht als die Geburtsstätte des jüdischen landwirtschaftlichen Arbeiters in Palästina bezeichnet werden.* Ein gewisses Maß von landwirtschaftlicher Ausbildung hat sich zwar ein Teil der Chaluzim schon in Europa angeeignet. Aber es ist in allen Fällen für Palästina ungenügend. Besser ist die Ausbildung, welche den jungen Leuten in der landwirtschaftlichen Schule in Mikwe Jisrael zuteil wird. Aber diese Schule hat erst seit dem Amtsantritt ihres jetzigen Direktors Krause kurz vor dem Weltkrieg Fühlung mit unseren Kolonisationsbestrebungen gewonnen. Sie war dann durch den Krieg zum Stillstand verurteilt und hat erst in den letzten zwei bis drei Jahren wieder ausgebildete Zöglinge entlassen.

4) *Die Gruppensiedlung verlangt im Beginn weit geringere Mittel als die Einzelsiedlung.* Das große Wohnhaus der Gruppe und der große Stall sind verhältnismäßig billiger als eine entsprechende Zahl von Einzelhäusern und Einzelställen. Auch die Anschaffung des Inventars stellt sich billiger. Bei den ungeheuer kleinen Mitteln, mit denen die Zionistische Organisation bis nach dem Weltkrieg zu arbeiten hatte, war dieser eine Grund bereits genügend, um der Gruppenansiedlung den Vorzug zu geben. Es war gar nicht möglich zu fragen: Gruppenansiedlung oder Einzelansiedlung?, sondern es hieß: Gruppenansiedlung oder gar nichts. Die Gesamtausgaben, welche von allen zionistischen Instituten (Nationalfonds, PLDC., Ölbaumspende, Siedlungsgenossenschaft) für die landwirtschaftliche Kolonisation ausgegeben wurden (ohne den Bodenpreis), betrugen in den Jahren 1908–1914 insgesamt noch nicht 20000 Pfund! Und selbst dieser geringe Betrag stand nicht für beliebige Zwecke der Kolonisation zur Verfügung. Hätte er à discretion verwendet werden können, so wäre es vielleicht das beste gewesen, ihn für die Ausgestaltung eines landwirtschaftlichen Schul- und Versuchswesens zu verwenden. Aber das war unmöglich, weil die eben erwähnten Institutionen ihre Gelder für bestimmte Zwecke (Bepflanzung mit Bäumen, Gründung einer Farm,

Amelioration und Parzellierung von Boden) zu verwenden hatten und die Beschäftigung von jüdischen Arbeitern dabei für sie nur als Mittel zum Zweck in Frage kam. *Die ersten Farmen mußten also wider Willen auch die Rolle einer Schule und einer Versuchsstation übernehmen.*

Die Einwände gegen die Kwuza

Die Bedenken, welche gegen die Gruppensiedlung und zugunsten der Einzelsiedlung geltend gemacht werden, sind folgende:
1) Der Einzelsiedler hat als Eigentümer seiner Wirtschaft einen viel stärkeren Antrieb zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Er weiß, daß seine Arbeit ausschließlich ihm und seiner Familie zugute kommt, und sein eigenes Interesse zwingt ihn deshalb zu höchster Anspannung seiner Kräfte. In der Gruppensiedlung, sagen die Gegner der Kwuza, fehle dieses Eigeninteresse. Der Tüchtige leide durch die Untüchtigkeit anderer Genossen und werde dadurch selbst zur Nachlässigkeit geneigt. Das Inventar werde weniger wirtschaftlich behandelt, weil nicht das Band des privaten Eigentums den Einzelnen mit dem Inventar verbinde. Als die Folge dieser geringeren Arbeitsleistung und geringeren Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erscheinen die Defizite der Kwuzot. Von den Anhängern der Kwuzot wird hierauf erwidert, daß untüchtige Mitglieder durch den scharfen Eliminationsprozeß in den Kwuzot sehr bald ausgemerzt werden und daß die Zurückbleibenden ungefähr den gleichen Standard der Leistungsfähigkeit haben. Ferner, daß in den Gruppen, sobald sie sich einmal durch mehrjährigen Eliminationsprozeß konsolidiert haben, die Anhänglichkeit an die Wirtschaft und der Ehrgeiz, die Wirtschaft auf eigene Füße zu stellen, dieselbe Gewähr für Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geben, wie das Privatinteresse des Einzelsiedlers.
2) Ein zweiter Einwand ist, daß in den Kwuzot ein ständiger Wechsel der Mitglieder stattfindet; daß diejenigen Mitglieder, die gerade etwas lokale Kenntnisse erlangt haben, fortgesetzt durch Neulinge ersetzt werden, die durch ihren Mangel an Er-

fahrung der Wirtschaft Schaden zufügen. Diese Unstetigkeit der Arbeiter sei nicht dadurch begründet, daß untüchtige Arbeiter ausgeschieden und durch tüchtige ersetzt werden, sondern sie seien begründet in einem Wandertrieb der landwirtschaftlichen Arbeiter, für die es eine Lockung und ein Abenteuer sei, möglichst jedes Jahr an einen anderen Platz zu ziehen.

3) Gegen die Gruppensiedlung wird ferner eingewendet, daß das von der Gruppe gewählte Komitee, das die Wirtschaft leiten soll, hierzu keine genügende landwirtschaftliche Erfahrung besitze und daß dadurch häufig schwere technische Fehler begangen würden. Es ist nicht zu leugnen, daß in der Tat besonders im Beginn der Kolonisation die Leiter der Kwuzot häufig nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben standen. Die Zahl der landwirtschaftlich erfahrenen Arbeiter war damals überhaupt sehr klein, und so waren nicht immer geeignete Leute für die Leitung der Kwuzot vorhanden. In dem Maße, in dem inzwischen die Zahl tüchtiger landwirtschaftlicher Arbeiter gestiegen ist, ist auch die Leitung der Kwuzot besser geworden. Die Leiter der Gruppen in Deganja, Kinneret, Merchawja, die von den alten Kolonisten vor zehn Jahren als unerfahrene junge Leute über die Achsel angesehen wurden, werden heute mit Respekt behandelt, und ihre Wirtschaftsbetriebe haben sich technisch sehr gut entwickelt. Allerdings ist es klar, daß die Fähigkeit auch des tüchtigsten landwirtschaftlichen Arbeiters zur Leitung einer Farm Grenzen hat. Wir glauben, daß seine Fähigkeiten zur Leitung einer Farm, in der zwanzig bis dreißig oder vierzig Mitglieder arbeiten, ausreicht, besonders wenn die Farm in technischen Fragen auf die Hilfe der Versuchsstation und der von ihr gesandten Instruktoren rechnen kann. Je größer aber die Wirtschaft wird, um so schwerer wird es sein, aus den Arbeitern selbst geeignete Wirtschaftsleiter zu finden. Die große Kwuza, die jetzt von einem Teil der palästinensischen Arbeiter gegenüber der kleinen Kwuza als die bessere Form empfohlen wird, hat in dieser Schwierigkeit, für sie die richtigen Leiter zu finden, ein schweres Bedenken gegen sich.

4) Ein vierter Einwand ist der, daß, wenn die Form der Kwu-

za für junge Leute, insbesondere für Unverheiratete, zu rechtfertigen sein mag, es doch niemals vorauszusehen ist, ob die Form der Gruppensiedlung noch aufrechterhalten werden kann, wenn die Mitglieder älter werden, wenn sie sich verheiraten oder ihre Kinder älter werden. Es wird dann zu Gegensätzen innerhalb der Kwuza kommen, und bei höherem Alter der Mitglieder wird es nicht möglich sein, durch den Eliminationsprozeß die Dissentierenden zu entfernen. Da andererseits bei tiefgehenden Unstimmigkeiten die gemeinsame Wirtschaftsführung unmöglich sein wird, so wird kein anderer Ausweg übrig bleiben, als die Wirtschaft zu teilen und jedem einzelnen eine Parzelle und Gebäude anzuweisen. Was soll aber alsdann mit den bereits vorhandenen großen Gebäuden geschehen, die auf gemeinsame Wirtschaftsführung zugeschnitten sind? – Von allen Einwänden gegen die Kwuza erscheint uns der letzte Einwand als der wichtigste. Es ist in der Tat niemals möglich, bei einer Gruppensiedlung von Anfang an vorauszusehen, ob sich diese Gruppe durch alle Nöte und Schwierigkeiten hindurch behaupten und als Gruppe weiter bestehen wird. Sogar bei konsolidierten Gruppen, die schon eine mehrjährige Elimination hinter sich haben, ist es noch immer nicht sicher, ob nicht nach weiteren fünf oder zehn Jahren innere Unstimmigkeiten der Mitglieder eine gemeinsame weitere Wirtschaftsführung unmöglich machen und eine Aufteilung der Farm in kleine Betriebe erheischen werden. Dadurch würden die großen gemeinsamen Gebäude der Gruppensiedlung fast nutzlos werden. Es sollten deshalb bei einer Gruppensiedlung die Gebäude von Anfang an so angelegt werden, daß sie bei einer späteren Aufteilung des Betriebes mit keinem oder nur geringem Schaden auch für Einzelsiedler verwendet werden können.

Die Aussichten der Kwuza

Wenn wir unsere Ansicht über die Kwuza in wenigen Strichen zusammenfassen wollen, so würden wir zu folgenden Schlüssen kommen:

1) Die Form der Kwuza war unter den historisch gegebenen Bedingungen – Mangel an Mitteln und Mangel an landwirtschaftlich erfahrenen Kandidaten – die einzige Möglichkeit für die Zionistische Organisation der Vorkriegszeit, irgend etwas Neues auf dem Wege der landwirtschaftlichen Kolonisation zu beginnen.
2) Die Kwuza hat durch den Eliminationsprozeß unter ihren Mitgliedern die landwirtschaftlich Geeigneten von den Ungeeigneten gesondert und ist die Geburtsstätte des neuen jüdischen landwirtschaftlichen Arbeiters in Palästina geworden.
3) Die Arbeitsleistungen in den Kwuzot sind nicht geringer als in den Einzelsiedlungen. Die Defizite der Kwuzot sind nicht größer als die Defizite in den Einzelsiedlungen, zum Beispiel in den Kolonien der Ica in Untergaliläa.
4) Nachdem uns heute landwirtschaftlich erfahrene Arbeiter in hinreichender Zahl für die Ansiedlung zur Verfügung stehen und die Zionistische Organisation über unvergleichlich viel größere Mittel verfügt als früher, fallen die Gründe fort, welche im Beginn der zionistischen Kolonisation für die Gruppensiedlung den Ausschlag gaben. *Die Einzelansiedlung ist heute ebenso möglich wie die Gruppenansiedlung.* Die Gruppensiedlung wird in denjenigen Fällen vorzuziehen sein, in welchen die Mitglieder der Gruppe durch Bande der Freundschaft miteinander eng verbunden sind. Wenn hier die Mitglieder die Form der Gruppensiedlung verlangen, so kann sie ohne Bedenken gewählt werden, sofern die zu begründende Wirtschaft nur so groß ist, daß sie von den Erfahrensten unter den Mitgliedern mit Erfolg geleitet werden kann und bei der Errichtung der Gebäude auf eine mögliche spätere Aufteilung der Farm in Einzelbetriebe Rücksicht genommen wird. In einem solchen Fall sind der Gemeingeist und der größere Enthusiasmus, welcher die Gruppensiedlung gegenüber der Einzelsiedlung charakterisiert, wertvolle Aktiva, die unseres Erachtens die möglichen Nachteile überwiegen.
In allem Vorgehenden haben wir unter Kwuza lediglich diejenige Kwuza verstanden, die als permanente Siedlergruppe

mit einem konsolidierten Mitgliederbestand auf einem bestimmten Boden angesiedelt und die mit allen notwendigen Gebäuden und allem Inventar versehen wird. Wir haben also absichtlich beiseite gelassen alle diejenigen Kwuzot, die für bestimmte vorübergehende Zwecke, wie zum Beispiel für Amelioration und Bepflanzung der Grenzen gebildet werden, weil es sich hierbei nicht um landwirtschaftliche Arbeiten im eigentlichen Sinne des Wortes handelt. Ebenso haben wir beiseite gelassen solche Gruppen, die noch keinen festen Mitgliederbestand haben und nur vorübergehend einen Boden bearbeiten (Okkupations- und Vorbereitungsgruppen). – Die Vorstellungen von der Kwuza sind sehr häufig dadurch verwirrt worden, *daß man die drei verschiedenen Zwecke der Gruppenarbeit, nämlich die Akkordgruppe für nichtlandwirtschaftliche Arbeit, die Okkupationsgruppe für vorübergehende oder vorbereitende landwirtschaftliche Arbeiten und die Siedlergruppe für permanente landwirtschaftliche Arbeit nicht auseinanderhält.* Insbesondere muß zwischen der Okkupationsgruppe mit noch nicht konsolidiertem Mitgliederbestand und der permanenten landwirtschaftlichen Siedlergruppe mit konsolidiertem Mitgliederbestand scharf unterschieden werden. Es kann vorkommen, daß aus der Okkupationsgruppe im Verlaufe einiger Jahre durch einen dauernden Ausleseprozeß die permanente Siedlergruppe herauswächst. Aber das braucht durchaus nicht die Regel zu sein. Es ist absolut unzulässig und gefährlich, mit Okkupationsgruppen mit zufällig zusammengewürfelten Mitgliedern und mangelnder landwirtschaftlicher Erfahrung irgendwelche Vereinbarungen bezüglich ihrer Ansiedlung zu treffen. Nur solche Gruppen, die nach mehrjährigem Zusammenarbeiten bereits einen konsolidierten Mitgliederbestand mit landwirtschaftlicher Erfahrung haben, dürfen für permanente landwirtschaftliche Siedlung in Betracht kommen.

Wenn man erwägt, daß in jedem europäischen Dorf die Erfahrung vieler Generationen niedergelegt ist, daß durch die Blutmischung zwischen den einzelnen Familien des Dorfes eine gewisse Gleichmäßigkeit der Mentalität erzielt ist und daß eine tausendjährige Tradition das Verhalten des Einzelnen fast bis

in die kleinste Kleinigkeit des täglichen Lebens zwangsläufig bestimmt, so wird es klar, wie notwendig es ist, bei unseren Ansiedlern, die gänzlich traditionslos von den verschiedensten Ländern Europas nach Palästina zusammenströmen und hier beim Aufbau einer Siedlung zusammenarbeiten sollen, irgendeinen *Ersatz für diese tausendjährige Tradition europäischer Siedlungen* zu schaffen. Die Erfahrung in der jüdischen Kolonisation in Palästina, so kurz sie ist, hat bisher bereits eines bewiesen, daß diejenigen Siedlungen an inneren Zwistigkeiten zugrunde gehen oder in ihrer Entwicklung ungeheueren Schaden leiden, in denen nicht wenigstens ein Kern von gleichstrebenden Elementen vorhanden ist, die der Siedlung den Ton geben und an welche sich die übrigen Elemente assimilieren. *Keine Siedlung wird Bestand haben, in der einzelne Siedler nach Wunsch und Willkür einer Kolonisationsbehörde ohne Rücksicht auf ihren inneren seelischen Zusammenhang zusammengebracht worden sind.* Die unvermeidlichen Disharmonien unter den Siedlern werden jeden Fortschritt verhindern. Hier leistet die Kwuza den unschätzbaren Dienst, daß sie durch allmähliche Elimination der unpassenden Elemente einen Kern von gleichstrebenden Menschen schafft, welche untereinander harmonieren und dadurch auch in die neue Siedlung einen bestimmten Gemeingeist hineinbringen, der dann für die später Hinzukommenden Tradition und Gesetz wird.

—

Achtzehn Jahre Aufbau

Referat auf dem XIV. Zionistenkongreß in Wien

(1925)

Ich habe meiner sonstigen Gewohnheit entgegen beschlossen, diesmal kein Referat auszuarbeiten, sondern mir vorgenommen, mich von der Stimmung des Kongresses leiten zu lassen und nach den Ausführungen der übrigen Redner zu sehen, welche Probleme noch nicht berührt worden sind. Es ist mir deshalb ganz lieb, unvorbereitet einige Probleme zu berühren, die mir besonders wichtig sind. Ich will vor allem die Ausführungen des Herrn Dr. Halpern[1] ergänzen, ohne aber gegen ihn zu polemisieren. Denn neunzig, ja vielleicht neunundneunzig Prozent dessen, was er gesagt hat, unterschreibe ich voll.

Die Fortschritte der letzten Jahre

Wir haben in den letzten beiden Jahren in Palästina zwei erfreuliche Erscheinungen zu verzeichnen. Einmal die *Stärkung der Einwanderung* und dann die *Vergrößerung des Bodenbesitzes*. Beim letzten Kongreß betrug die Anzahl der Juden im Lande 90000, das war ein Achtel der Bevölkerung, jetzt sind es 135000 oder ein Sechstel der Bevölkerung. Der Bodenbesitz betrug damals 500000 Dunam, das sind fünf Prozent der kulti-

[1] *Dr. Georg Halpern;* Mitglied des Aktions-Komitees sowie des damals bestehenden Finanz- und Wirtschaftsrats, dessen Mitglieder (nach den Wahlen des XIV. Zionisten-Kongresses in Wien, 1925, die Herren Berthold Feiwel, Georg Halpern und Isaak Naiditsch) in der Exekutive Sitz und Stimme hatten. Die Ausführungen, auf die Ruppin Bezug nimmt, verlangten angesichts der starken mittelständischen Alija aus Polen eine weitgehende Förderung der Industrie durch die Mittel der Zionistischen Organisation und finden sich im Protokoll des XIV. Zionisten-Kongresses, S. 68 bis 82.

vierbaren Gesamtfläche, jetzt fast eine Million, das ist das Doppelte. Es wäre alles erfreulich, wenn wir sagen könnten, daß diese Einwanderung in Palästina fest verwurzelt ist und daß der Boden angefangen hat, Früchte zu tragen. Leider haben wir noch keine definitiv günstigen Ergebnisse.

Europa in Asien!

Ich habe in den letzten Monaten einige Reisen in die Nachbarländer Palästinas, nach Syrien, nach Ägypten und Griechenland gemacht und dabei eine seit langem bekannte Tatsache bestätigt gefunden, die die Wurzel all der Schwierigkeiten in Palästina ist, die Tatsache, daß wir seit dem Beginn der Kolonisation Palästinas, das ist seit fast fünfzig Jahren, das Prinzip gehabt haben, in Palästina als Europäer zu leben, daß wir den *europäischen 'standard of life'* dem asiatischen gegenübergestellt haben. Ich sage ja nicht einmal, daß das nicht gut ist, ich stelle es nur fest, daß wir von vornherein angefangen haben, Europa nach Palästina zu verpflanzen. Diese Verpflanzung eines höheren Standards hat inmitten der Umgebung eine künstliche Wirtschaftsinsel, eine Art Korallenriff, geschaffen. In Ägypten ist Frauen- und Kinderarbeit für zwei und drei Piaster Lohn pro Tag in großer Zahl zu haben. In Syrien arbeiten in den Fabriken kleine Kinder, die so gut wie gar nichts als Lohn bekommen. Als ich in einer Fabrik den Leiter fragte, von welchem Alter ab er Kinder aufnehme, erklärte er mir mit Stolz: »Wir nehmen hier Kinder erst vom zehnten Jahre auf, während überall sonst Kinder bereits vom fünften Jahre aufgenommen werden!«

Ich kann es gar nicht scharf genug betonen, wie sehr durch diese Ausnützung billiger Frauen- und Kinderarbeit in den Nachbarländern unsere eigene Lage in Palästina erschwert wird. Wenn ich sage, daß wir in Palästina Europäer bleiben wollen, so heißt das auch, daß wir unseren Kindern eine Schulerziehung angedeihen lassen wollen, daß wir unsere Frauen nicht, wie dies bei den Ägyptern üblich ist, einfach zu Transporttieren erniedri-

gen wollen. Aber das sind Schwierigkeiten, mit denen wir zu rechnen haben. Wir können uns heute nicht auf den vorderasiatischen 'standard of life' zurückschrauben. Wir haben zu oft gesagt, und die Außenwelt hat es uns gerade hoch angerechnet, daß wir europäische Lebensformen nach Asien verpflanzt haben, und ich kann mir auch nur das vorstellen, daß in Ägypten und Syrien, gerade durch die Arbeiten des Völkerbundes und auf andere Weise, allmählich Gesetze eingeführt werden, die die schreckliche Ausplünderung, die dort noch herrscht, verbieten und in diesen Ländern den 'standard of life' der Bevölkerung höher stellen. Aber vorläufig sind wir die Einzigen in diesem Gebiet, und dieses Gebiet reicht ja weit hinaus nach Nordasien, China und Japan, die sich versagen, ihre Kinder von frühester Jugend an zu industrieller oder sonstiger schädlicher Arbeit zu benützen und ihren Frauen die Möglichkeit eines häuslichen Lebens zu geben. Das schafft uns die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft und Industrie. Es ist auf die Dauer unmöglich, daß wir, eine kleine Minderheit, in Palästina hohe Löhne zahlen, wenn ringsherum große Bevölkerungsschichten mit niederen Löhnen leben. Eine gewisse Zeit wird diese Schwierigkeit noch andauern. Es wird allmählich sicher ein Gesetz erlassen werden, das die schreckliche Ausnützung der Kinder verbietet, und das einzige Heilmittel für uns ist nicht, daß wir unseren Standard herabsetzen, sondern daß der Standard der Nachbarn sich erhöht. Ein Beispiel für den niederen Standard unserer Nachbarn: Griechenland hat jetzt fast 100 000 Griechen, die in der Türkei gelebt haben, nach Griechenland zurückgebracht. Wissen Sie, was diese Kolonisation kostet? Ich werde es Ihnen sagen, auf die Gefahr hin, daß Sie uns von neuem vorwerfen, daß wir teuer kolonisieren. Jeder dieser Ansiedler bekommt hundertvier Pfund pro Kopf außer dem Boden. Für diese hundertvier Pfund baut man ihm ein Haus, in dem allerdings unter einem Dach die Menschen und das Vieh und der Schuppen für die Geräte vereinigt sind, das kostet die Hälfte des Betrages, und die andere Hälfte muß für sein ganzes Inventar und für seinen Lebensunterhalt genügen. Aber der Unterschied ist eben der, daß

diese Leute wirklich auf dem niederen Standard weitervegetieren, den sie aus Kleinasien mitgebracht haben. Wir, die wir nicht mit dem arabischen Pflug arbeiten wollen, müssen sofort mit dem europäischen Pflug auch andere Zugtiere haben, diese anderen Zugtiere verlangen andere Unterkünfte und so weiter und so weiter, so daß wir trotz aller Versuche in Palästina, trotz aller Vorschläge unserer Sachverständigen bisher noch immer dazu gekommen sind, 700 Pfund als das Mindestkapital für eine in der Landwirtschaft beschäftigte Familie zu geben, ohne den Boden.

Unsere Siedlungen

Was wir in Palästina in der Landwirtschaft bisher geschaffen haben, ist wirklich noch keine Möglichkeit für eine Masseneinwanderung. Ich sage hier in aller Sachlichkeit, daß wir in Palästina bisher versucht haben, den Betrieb zu finden, der nach einer gewissen Reihe von Jahren eine Rentabilität sichert. Ich habe auf dem letzten Kongreß gesagt, daß wir den größten Teil des Weges, der zu diesem Ziele führt, zurückgelegt haben. Ich glaube heute sagen zu können, daß wir dieses Ziel bereits erreicht haben. Einige unserer neuen Kolonien, die vor drei oder vier Jahren gegründet wurden, haben schon in diesem Jahre ungefähr ihre Ausgaben hereingebracht, und es besteht begründete Hoffnung, daß sie in noch einem oder zwei Jahren bereits voll durch ihre eigene Arbeit sich eine Existenz gründen. Aber es ist eine teuere Sache. In der letzten Sitzung des Aktionskomitees hat Herr Farbstein[1] darüber geklagt, daß wir mit unseren Mitteln nur ein paar Dutzend unbemittelter Leute in Palästina würden ansiedeln können. Er hat Recht, aber er würde auch Recht haben, wenn diese paar Familien verdoppelt oder verdreifacht würden. Die Ziffer wäre im Verhältnis zu dem, was wir in Palästina tun sollten, noch immer eine außer-

---

[1] *Heschel Farbstein* (Warschau); Führer des polnischen Misrachi, Teilnehmer des I. Zionisten-Kongresses, 1931 bis 1933 Mitglied der Zionistischen Palästina-Exekutive.

ordentlich kleine. Ob wir dreißig Familien kolonisieren, ob wir dreihundert kolonisieren: gegenüber den Wünschen und Nöten der Juden Osteuropas bleibt das immer eine außerordentlich niedrige Ziffer. Wir haben in dem letzten Jahre viel von der Ansiedlung bemittelter Elemente gehört. Meine Herren, diese Bemittelten sind in Wirklichkeit halbbemittelte Elemente. Sie brauchen die Hälfte, mindestens die Hälfte des zur Ansiedlung nötigen Kapitals von anderer Seite. Und diese Hälfte macht, wenn wir Boden und Einrichtung mit 1100 Pfund rechnen, 550 Pfund aus. Sie werden sicher selbst die weitere Rechnung machen können, daß, wenn wir die ganzen Mittel, die wir für Landwirtschaft zur Verfügung haben, für diese halbbemittelten Elemente aufwenden, auch dann die Ziffer der möglichen Ansiedler nur eine kleine bleibt.

Das Kernproblem

Und wir kommen hier zum *Kernproblem* unserer ganzen Arbeit in Palästina. Wir können nicht warten, meine Herren, und alle Diskussion darüber ist überflüssig, daß wir Palästina in Submission zum billigsten Preis erwerben können. Palästina hat seinen Preis, und wollen wir eine wirtschaftlich gesunde Struktur der Bevölkerung erreichen, so müssen wir diesen Preis zahlen. Bei unseren jetzigen Mitteln sind wir dazu leider nicht imstande. Nehmen Sie ein einziges Beispiel. Die Industriebank, die jetzt hoffentlich in dem neuen Budget zur Verwirklichung kommt, ist von mir im Jahre 1921 auf dem Karlsbader Kongreß gefordert worden; ich habe damals ausführlich erklärt, warum solch eine Bank notwendig ist. Ich habe die Forderung auf dem Kongreß 1923 wiederholt; es ist damals die lächerlich geringe Summe von 20000 Pfund für eine solche Industriebank eingestellt worden, aber nie zur Auszahlung gelangt. Warum? Wir hatten kein Geld dazu. Und so sehen wir: hätten wir diese Bank vor zwei Jahren gehabt, sogar vor einem Jahre gehabt, als die Einwanderung begann, so hätten wir sehr viele Klagen, die uns jetzt treffen, wahrscheinlich vermieden. Dasselbe gilt von der

Einwanderung dieser halbbemittelten Leute, auch von den Wünschen und Klagen der Privatinitiative.
Ich bin stolz auf die freundschaftlichen Gefühle der Arbeiter mir gegenüber; doch habe ich natürlich nichts gegen die Ansiedlung anderer Elemente. Ich bin in der letzten Zeit zweimal nach Amerika gefahren und habe dort hart gearbeitet, um eine Economic oder Investment Corporation zu schaffen. Ich möchte noch das eine sagen: Vor zwei Jahren noch habe ich mich hier und in anderen Ländern der Welt bemüht, Leute zu finden, die ein Stückchen Boden in Palästina kaufen. Ich glaube, es gibt in diesem Kongreß eine ganze Anzahl von Leuten, die es damals abgelehnt haben, einen Bauplatz in Palästina zu erwerben. Das liegt nur zwei Jahre zurück, meine Herren! Die ganze Bewegung für Palästina, das heißt die Bereitschaft bemittelter Leute, in Palästina Geld zu investieren, ist, sagen wir mal, achtzehn Monate alt, neunzehn Monate vielleicht. Ich will Ihnen nur sagen, Sie sollen diese Dinge nicht übertreiben. Wir waren leider, als diese Einwanderung begann, gewissermaßen gebunden. Wir hatten gewiß laufende Verpflichtungen und bei dem kleinen Betrieb blieb nichts übrig; und, meine Herren, wenn 20 000 oder 30 000 Pfund übrig geblieben wären, glauben Sie mir, die Klagen wären genau dieselben. Mit solch kleinen Summen können Sie diesem gewaltigen Strom der Einwanderung nicht mehr das geben, was ihm gebührt. Und wenn wir hier sagen, wir müssen eine Majorität schaffen und die Einwanderung verstärken, so sollten Sie doch nie außer acht lassen, meine Herren, daß es neben einer Einwanderung auch eine Rückwanderung gibt. Wir haben das schon einmal gehabt, vor drei Jahren. Wenn es uns nicht gelingt, die Leute, die nach Palästina kommen, so zu verwurzeln, daß sie eine Existenz haben, so sind wir in keiner Weise dagegen geschützt, daß dieselben Leute Palästina wieder verlassen. Es nützt also nichts, nur auf Quantität hinzuarbeiten, das wird uns nicht einen dauernden Zufluß bringen. Man muß neben der Quantität auch darauf sehen, daß diese Elemente in Palästina wirtschaftlich leben können.

Nationale Siedlung und Privatinitiative

Ich darf weiter vielleicht auf folgende Tatsachen hinweisen. Als ich zum erstenmal in Palästina war, im Jahre 1907, war damals eine kleine, arme jüdische Gesellschaft, die sich »Achusat Bajit« nannte und die mit dem Projekt kam, ein Stadtviertel neben Jaffa zu gründen. Hätte ich mich damals an Privatleute gewandt und ihnen vorgeschlagen, Geld für die Gründung dieses Stadtviertels zu geben, niemand hätte sich auf ein solch waghalsiges Projekt eingelassen. Nur dadurch, daß ich den Nationalfonds dazu bewog, daß er die Anleihe für den Bau dieses Stadtviertels hergebe, konnte Tel Awiw, auf das wir heute so stolz sind, gegründet werden. Die *nationale Ansiedlung muß der Privatinitiative vorangehen.* Nun, es ist wahr, wir haben auf manchen Gebieten jetzt bereits den Zustand erreicht, wo auch das private Kapital sich betätigen kann. Ich freue mich über jeden kleinen Handwerker in Tel Awiw, über jedes kleine industrielle Unternehmen, denn das ist natürlich ebenso produktiv wie die Landwirtschaft und soll uns im höchsten Maße willkommen sein. Die Auswüchse, die daneben bestehen, müssen wir bekämpfen. Wir müssen, was den am meisten gefühlten Übelstand, die Bodenspekulation, betrifft, dazu kommen, daß wir *ein allgemeines Kontrollorgan für Bodenkäufe* schaffen, dem alle zionistischen Bodengesellschaften unterstehen. Dieses Kontrollorgan muß dafür sorgen, daß keine dieser Gesellschaften aus dem Ankauf des Bodens, der für alle unsere Arbeit unerläßlich ist, einen größeren privaten Profit zieht als nach den strengsten Grundsätzen angemessen ist.

Die Palestine Land Development Company

Ich glaube, in bezug auf die Palestine Land Development Company gilt ein Wort aus 'Wallenstein': »Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.« Aber ich glaube, daß die Geschichte dieser Gesellschaft einst Gerechtigkeit widerfahren lassen wird. Meine Her-

ren, diese Gesellschaft war die erste, die überhaupt daran gegangen ist, in systematischer Weise Boden in Palästina zu kaufen, und die diesen Boden ohne Profite den nationalen Institutionen und Privatpersonen zur Verfügung stellt. Sie war die erste, die Ingenieure für Städtebau nach Palästina geschickt hat und der es zu danken ist, wenn wir heute in Palästina einen rationellen Parzellierungsplan, einen richtigen Städtebauplan haben. Darf ich Ihnen sagen, daß die Gesellschaft mit Mühen, von denen keiner von Ihnen eine Ahnung hat, und durch die unerhörte Hingabe, Uneigennützigkeit und Arbeitsfreudigkeit des Herrn Hankin im Laufe des letzten Jahres mehr als 200000 Dunam Boden erworben hat. Sie wissen nicht, was das heißt, meine Herren!

Wenn Sie wollen, können Sie vielleicht sagen, daß die Organisation der Gesellschaft noch manche Mängel hat. Ich bin der letzte, der das bestreiten will. Aber wägen Sie doch einmal das eine gegen das andere ab! Können Sie der Gesellschaft nachweisen, daß sie jemals ungerechten Profit genommen hat? Hat sie vielleicht zu viel Dividenden verteilt, zahlt sie zu hohe Gehälter? Die Palestine Land Development Company ist lediglich eine Institution der Zionistischen Organisation, und ihre Ziele sind gewiß von uns allen zu begrüßen. Wir haben Ausstellungen gegen die Gesellschaft, bitte sehr, wir haben jedenfalls das Recht der Kontrolle, der Einsetzung anderer Direktoren. Der Meschek[1] ist eine Gründung, die jetzt, glaube ich, eineinhalb Jahre alt ist, Meschek ist eine private Gesellschaft, die sich aber bereit erklärt hat, sich der Kontrolle der Zionistischen Organisation zu unterstellen. Es ist nicht die Schuld des Meschek, daß

[1] *Meschek.* Die »Meschek« Palestine Building Company Ltd. wurde als private Bodenkaufsgesellschaft begründet, die alle Böden der PLDC. übernahm, auf die der KKL. nicht reflektierte. Gleichzeitig übernahm sie die Vertretung der PLDC. außerhalb Palästinas und verkaufte ihre Böden an jüdische Kapitalisten der Golah, einzelne und Gruppen, die auf diese Weise ihre Alija vorbereiteten, weiter. Sie arbeitete eng mit dem American Zion Commonwealth (Amzic) zusammen, insbesondere durch Käufe in der Küstenebene und in der Nähe der Städte. Die Deflation in Polen 1926 ließ die Zahlungen der hauptsächlich in Polen ansässigen Käufer aus mittelständischen Kreisen ins Stocken geraten und erzwang die Übernahme der Gesellschaft durch den Keren Hajessod.

diese Kontrolle bisher nicht ausgeübt worden ist. Es ist unsere Schuld, daß wir kein Kontrollorgan dafür haben.

Ein Kolonisationsfonds

Wenn Sie mir das Geringste nachweisen, daß irgendeine Gesellschaft sich in ungerechtfertigter Weise bereichert, so werde ich der erste sein, der dagegen Stellung nimmt. Also, wie ich schon gesagt habe, Sie können nicht hier die Tätigkeit einer Gesellschaft, meine Herren, danach beurteilen, ob in einem einzelnen Falle ein Irrtum vorgefallen ist; das kommt in jedem Geschäft vor. Hier handelt es sich um etwas ganz anderes. Es geht hier um Prinzipien. Haben Sie gegen die Prinzipien dieser Gesellschaft etwas einzuwenden? Darauf kommt es an. Mißstände können Sie abstellen, und die Gesellschaft wird immer auf Ihrer Seite sein. Noch über eine unserer Gesellschaften möchte ich in diesem Zusammenhang sprechen. Der letzte Kongreß hat beschlossen, einen *Kolonisationsfonds* zu gründen, der die bisherigen Aktiva der Zionistischen Organisation und des Keren Hajessod zu verwalten hat. Ich muß leider gestehen, daß es mir nicht möglich gewesen ist, diesen Beschluß des Kongresses im Laufe der letzten zwei Jahre durchzuführen. Ich habe es mehrfach versucht, habe aber leider bei anderen Instanzen der Organisation das nötige Verständnis nicht gefunden, und bis zum heutigen Tage ist deshalb dieser Kolonisationsfonds nicht geschaffen worden. Ich halte seine Schaffung aber heute für ebenso notwendig wie vor zwei Jahren und hoffe, daß seine Begründung jetzt wenigstens bald vor sich gehen wird.

Unsere Hypothekenbank

Ich möchte weiter hier die *Hypothekenbank* erwähnen. Meine Herren, was wir vorhin über den Mangel von Mitteln sagten, der unsere Tätigkeit bagatellisiert, gilt in besonderem Maße von der Hypothekenbank. Nachdem wir mit unendlichen Mühen das Statut von der Regierung genehmigt erhalten hatten und im-

stande waren, Hypotheken zu geben, stellte sich heraus, daß wir dieser Bank seit ihrer Begründung vor zwei Jahren nicht mehr als etwa 60 000 Pfund zur Verfügung stellen konnten. Was sind 60 000 Pfund an Hypotheken, wenn in Tel Awiw jetzt monatlich zweihundert Häuser gebaut werden? Sie können nicht einen einzigen Monat damit das Hypothekenbedürfnis decken. Es hat sich infolgedessen herausgestellt, daß man von unserer Hypothekenbank als von einem Institut spricht, das seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen ist. Nicht weil es nicht die Form, weil es nicht die Möglichkeit dazu hätte, um richtig zu arbeiten; es fehlen eben die Mittel.

Unsere Wirtschaft

Vieles liegt vielleicht auch daran, daß wir in wirtschaftlichen Fragen kein kompetentes und autoritatives Forum haben. Wir hatten den Finanz- und Wirtschaftsrat. Aber dieser Finanz- und Wirtschaftsrat war den Dingen in Palästina zu fern und hat auch zu wenig direkten Einfluß auf unsere wirtschaftlichen Institutionen, als daß man seine Tätigkeit in Palästina als eine dirigierende, richtunggebende hätte bemerken können. Ich bin der Ansicht, daß wir in unseren wirtschaftlichen Dingen überhaupt eine neue Ordnung schaffen müssen. Ich bedauere, diesem verehrten Kongreß sagen zu müssen, daß er für wirtschaftliche Fragen niemals das nötige Interesse gezeigt hat. Dasselbe gilt von dem Aktions-Komitee. Man ist immer vollständig beisammen und hört mit größtem Interesse zu, wenn es sich um politische Fragen handelt, aber leere Bänke gähnen einen an, wenn man wirtschaftliche Fragen vorbringt. Es ist wahrscheinlich hier nicht anders als in anderen Parlamenten. Ich weiß, daß auch dort für wirtschaftliche Fragen nicht sehr hohes Interesse ist. Aber das ist es ja, daß die Folgerung, die wir daraus ziehen müssen, die ist, daß wir neben dem Kongreß und neben dem Aktions-Komitee eine Behörde schaffen müssen, die die höchste Behörde für wirtschaftliche Fragen darstellt und die in alle unsere wirtschaftlichen Tätigkeiten Einheitlichkeit und Richtung hin-

einbringt. Ich schlage deshalb vor, daß der Finanz- und Wirtschaftsrat zunächst nach Palästina verlegt wird, daß er sich dort durch Aufnahme von Mitgliedern erweitert, die vom Kongreß gewählt werden sollen, und daß er außerdem die Direktoren aller unserer großen wirtschaftlichen Institute sich zu Mitgliedern macht. Es soll auf diese Weise vermieden werden, daß die eine Gesellschaft neben oder gegen die andere arbeitet.

Eine Nationalanleihe

Herr Dr. Halpern war so freundlich, hier zu erwähnen, daß ich einen großzügigen Plan für die Finanzierung des Aufbauwerks habe. Ich bin weit davon entfernt, so etwas zu haben oder zu sagen. Ich fühle nur das schreiende Mißverhältnis zwischen den Bedürfnissen unserer wachsenden Einwanderung und zwischen den Mitteln, die wir durch Keren Hajessod und Keren Kajemet zur Zeit aufbringen können. Hier erhebt sich immer von neuem die Frage: Gibt es denn keine andere Möglichkeit, neue Gelder auf dem Wege des Kredits zu beschaffen? Sie wissen, daß eigentlich die Absicht, die Economic oder Investment Corporation in Amerika zu begründen, aus dem Gefühl dieses Mißstandes entsprang. Leider sind die Fortschritte dieser Gesellschaft bis zum heutigen Tage keine großen. Ich bin nicht imstande Ihnen zu sagen, ob und wann sie ihre Tätigkeit in Palästina beginnen wird. Ich hoffe bald, denn sie hat einen Experten nach Palästina geschickt, der ihr über die möglichen Investierungen dort Bericht erstatten soll, aber ich weiß doch nicht, welche Resultate der Bericht dieses Sachverständigen gehabt hat. Es ist mir nun folgendes von neuem durch den Kopf gegangen: Wir sollten doch, nachdem vor einem halben Jahre die griechische Anleihe mit Erfolg in der Welt placiert worden ist, doch auch noch einmal dem Gedanken dieser Nationalanleihe nähertreten. Meine Herren, ich weiß sehr gut, daß wir das Geld einer solchen Nationalanleihe sehr gern annehmen würden; die Schwierigkeit besteht darin, ob auch die andern uns das Geld geben werden. Nun hat Herr Dr. Halpern bereits mit Recht

erwähnt: die größte Schwierigkeit besteht darin, daß ein sehr großer Teil dieser Mittel für landwirtschaftliche Ansiedlung verwendet werden muß, wenn wir eben unseren Einwanderern eine gesunde wirtschaftliche Struktur geben wollen, und daß die Landwirtschaft nicht hohe Zinsen zahlen kann und im Anfang überhaupt gar keine. Erst allmählich kann sich dieser Zinssatz steigern. Ich sehe also die Möglichkeit einer Anleihe nur dann, wenn es uns gelingt, einen Garantiefonds zu schaffen, aus dem wir den Zinsendienst in den ersten zwanzig Jahren decken können, soweit die Zinsen nicht aus den Krediten in Palästina zurückfließen. Wenn es uns gelingt, andere große jüdische Gesellschaften, Logen, Vereine, Gemeinden, reiche Privatpersonen dazu zu bringen, daß sie zwanzig Jahre hindurch 200 000 Pfund für diesen Zinsendienst als Garantiekapital zur Verfügung stellen, dann sehe ich gewisse Möglichkeiten, eine große nationale Anleihe von zehn Millionen Pfund durchzusetzen; nur Möglichkeiten, durchaus noch keine Wahrscheinlichkeiten. Denn es gehört dazu weiterhin noch die größte und stärkste moralische Unterstützung der League of Nations. Ohne diese moralische Unterstützung halte ich es für ausgeschlossen, diesen sehr erheblichen Betrag von jüdischen Zeichnern zu bekommen. Die League of Nations hat im Falle Griechenlands die Initiative ergriffen. Durch ihre moralische Unterstützung ist einer speziellen Kommission in Griechenland, der National Settlement Commission, dieser Betrag von zehn Millionen Pfund für produktive Zwecke, das heißt zur Gewährung von Krediten an die repatriierten Griechen, zur Verfügung gestellt worden. Aber hier stand hinter dieser Kommission die griechische Regierung, welche, gedeckt durch die Steuerkraft ihrer ganzen Bevölkerung, die Garantie für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe übernahm und die außerdem der Kommission Boden im Werte von zehn Millionen Pfund zur Verfügung stellte. Wir haben weder ein Staatswesen hinter uns, noch haben wir Spezialsicherheiten von solcher Art und Größe. Aber doch haben wir gewisse Möglichkeiten. Wir haben einen Keren Hajessod, der uns im letzten Jahre mehr als 500 000 Pfund eingebracht hat, wir haben einen

Nationalfonds mit einer Viertelmillion jährlicher Einnahmen, und ich denke, wenn wir diese Einnahmen und vielleicht noch Garantien anderer nahestehender Gesellschaften aufbringen, daß wir dann doch vielleicht in den Augen der Hochfinanz, mit Unterstützung der League of Nations, nicht als Phantasten gelten, wenn wir unseren Anleiheplan vorbringen. In jedem Falle verlangt die dringende Not, unseren Einwanderern in viel höherem Maße als bisher Kredite zu geben, von uns, daß wir einen solchen Plan nochmals aufs gründlichste prüfen. Alles, was ich von dem Kongreß verlange, ist, daß er eine Kommission zur Prüfung eines solchen Anleiheprojekts einsetze.

Ich möchte mir am Schluß einige persönliche Bemerkungen erlauben. Ich bin seit achtzehn Jahren als Vertreter der Zionistischen Organisation in Palästina tätig und ich fühle, daß jetzt für mich die Zeit gekommen ist, anderen Platz zu machen. Ich habe bereits vor zwei Jahren die Absicht geäußert, zum mindesten für einige Zeit fortzugehen, habe aber damals diese Absicht auf verschiedenes Drängen aufgegeben, weil ich noch nicht die Möglichkeit einer Nachfolge sah und weil ich natürlich die Arbeit, die mir teuer war, die den besten Teil meines Lebens ausgefüllt hat, nicht einfach wegwerfen konnte. Aber ich sehe jetzt eine geordnete Nachfolge. Ich fühle das Bedürfnis, mich wissenschaftlichen Arbeiten zu widmen, für die ich seit vielen Jahren keine Zeit mehr finden konnte, weil die praktische Arbeit des Tages mich ganz in Anspruch nahm. Ich werde also jetzt meinen Posten in Palästina verlassen; ich werde mich natürlich jederzeit freuen – ich bleibe in Palästina –, einen Rat geben zu können, wenn ich nach einem solchen gefragt werde. Es wird späteren Jahren vorbehalten bleiben, ein Urteil über meine Tätigkeit in Palästina zu fällen. Ich könnte sagen, daß ich ein Hauptziel meiner Arbeit darin gesehen habe, in den Menschen, mit denen ich arbeite, den Enthusiasmus zu bewahren, den sie nach Palästina mitbrachten. Es war mein hauptsächliches Bestreben, diese Flamme des Enthusiasmus zu schüren und ein Diener am Licht zu sein.

—

Krisenzeiten

Referat auf dem XV. Zionistenkongreß in Basel

(1927)

Ich will mit dem beginnen, was unsere Öffentlichkeit vor und auf dem Kongreß am meisten erregt hat, nämlich mit unserem *Verhältnis zur Arbeiterschaft.*

Chaluziut und Baale-Batijut

Ich sehe in dem jetzigen Kampf gegen die Arbeiterschaft nicht eine zufällige Erscheinung. Ich sehe darin den Beginn der *Auseinandersetzung zwischen Chaluziut und Baale-Batijut,* zwischen den Prinzipien des Pioniertums und denen der Wirtschaftlichkeit, die wir in allen Bewegungen finden, welche, von einer außerwirtschaftlichen (religiösen, nationalen oder sozialen) Idee geboren, sich allmählich an die wirtschaftliche Wirklichkeit anpassen. Diese Anpassung ist notwendig. Aber ich glaube, diejenigen sind auf dem falschen Wege, die diese Anpassung von heute auf morgen durch ein Gebot von außen her oder durch das Höherhängen des Brotkorbes bewirken wollen. Chaluziut ist für uns noch immer unentbehrlich. Sie ist mehr als nationale oder religiöse Begeisterung. Diese können einen Juden wohl nach Palästina führen, aber sie können ihn hier nicht Jahre hindurch Tag für Tag von früh bis spät bei Arbeiten festhalten, die ihn über das normale Maß der Kräfte hinaus anstrengen und gefährden. Mit dem Geist der Baale-Batijut wird er es nach dem nationalökonomischen Gesetz, daß jeder auf der Linie des geringsten Widerstandes vorwärtszukommen trachtet, so einrichten, daß seine Arbeit möglichst leicht und einträglich sei.

Beide Schichten, sowohl die Chaluzim wie die Baale-Battim, mit ihrer bestimmten Mentalität haben in unserer Kolonisation ihren Platz, aber man muß jede von ihnen an der richtigen Stelle einsetzen. Den von Sümpfen bedeckten, von Beduinen und feindlichen Nachbarn gefährdeten *Emek* konnten wir nicht durch gesetzte Familienväter des Mittelstandes, sondern nur durch eine vor Gefahren für Leben und Gesundheit nicht zurückschreckende begeisterte Jugend erobern. Erst nachdem durch sie der Emek, in dem vor zehn Jahren kein Jude ungefährdet auf einer Straße gehen konnte und wo die Malaria schrecklich wütete, zu einem der gesündesten und sichersten Teile Palästinas geworden ist, kann man auch von Ansiedlung anderer Elemente dort sprechen.

Die Biluim und alle jene, die unsere ersten landwirtschaftlichen Siedlungen in Palästina vor vierzig Jahren begründet haben, waren sicherlich von höchster nationaler Begeisterung erfüllt, und ich schätze ihre Leistungen in keiner Weise geringer ein als die Leistungen der Chaluzim in unseren Tagen. Aber trotz dieser Begeisterung waren ihre Siedlungen vor zwanzig Jahren, als die Zionistische Organisation ihre ersten landwirtschaftlichen Versuche begann, ein Zerrbild von dem, was wir unter einer jüdischen Siedlung verstehen. Der Geist der Baale-Batijut war über den Geist der Chaluziut mächtig geworden, unterstützt von dem System der Bevormundung, das in den Siedlern den ursprünglichen Enthusiasmus mehr und mehr erstickte. Ich glaube, wir können gar nicht genug vom Geiste der Chaluziut in unseren Siedlern aufspeichern. Denn die Bedürfnisse des Tages und das allmähliche Älterwerden werden für sich allein genügen, an diesem Enthusiasmus zu nagen.

Vergessen Sie nicht, daß der Zionismus, wie sich mehr und mehr herausstellt, eine *Arbeit auf lange Sicht* ist. Wir werden nicht morgen oder übermorgen oder in fünf oder in zehn Jahren unsere Hände in den Schoß legen und sagen können: »Nun ists getan!« Es ist eine Arbeit, die noch die kommende Generation beschäftigen wird, besonders die kommende Generation in Palästina. Diese wird der Eckpfeiler unseres zukünftigen Gemein-

wesens dort sein. Jedes in Palästina geborene jüdische Kind ist für uns ein wertvolles Aktivum. Es ist ein Glück, daß die Scheu vor reichem Kindersegen, die in den Galutländern die Juden erfaßt hat, auf Palästina noch nicht übergegriffen hat. Wir haben dort den Optimismus, die Hoffnung auf die Zukunft, welche Kinderreichtum noch als Glück empfindet, wie es bei unseren Großeltern der Fall war, und durch welche das jüdische Volk sich zwei Jahrtausende trotz der Ungunst der äußeren Verhältnisse erhalten hat. Die *Juden in Palästina haben die höchste Geburtenziffer unter allen Juden der Welt.* Aber um so wichtiger ist es, daß diese Jugend in Palästina bleibt und ihm nicht, angezogen von den größeren materiellen Aussichten anderer Länder, den Rücken kehrt. Das war der Grund zum Verfall der alten Siedlungen, daß die Jugend aus Mangel an Enthusiasmus sie verließ. Lassen wir uns das eine Warnung sein. Wir müssen der Jugend ihren Enthusiasmus bewahren, und das wird nur dann gelingen, wenn die Eltern ihren Enthusiasmus bewahren und ihre Kinder damit erfüllen.

Vom Wert der Chaluziut

Es wird, wie mir scheint, auf diesem Kongreß von manchem geringschätzig angesehen, wenn wir in unseren Aufbauarbeiten von dem *Wert des Enthusiasmus* sprechen. Diese Geringschätzung wäre berechtigt, wenn wir hier in der Generalversammlung einer Aktiengesellschaft wären, wo alle Dinge lediglich vom Profitinteresse beurteilt werden. Aber an dem Tage, an dem das Profitinteresse zum Prinzip unserer Arbeit gemacht werden wird, wird unsere Bewegung tot sein, und niemand wird sie mehr zum Leben erwecken können. *Eines der wertvollsten Aktiven, die wir in den letzten zwanzig Jahren erworben haben, ist der Enthusiasmus unserer Siedler.* Von ihm strömt die Begeisterung aus, die uns Sympathien und Geldquellen erschließt, die auf andere Weise nicht erreicht werden können.

Ich will Ihnen ein Beispiel dafür geben. Von vielen Seiten wird gegen die Form der *Kwuza,* der Kollektivsiedlung, Sturm ge-

laufen, weil sie angeblich unwirtschaftlich ist. Ich bestreite, daß die bisherigen Erfahrungen ein solches Allgemeinurteil rechtfertigen. Aber nicht darüber will ich hier sprechen. Ich will Ihnen nur eine Stelle aus einem Briefe von Colonel Wedgwood vorlesen. Colonel Wedgwood, dem wir für sein mannhaftes Eintreten und für sein tiefes Verständnis für unsere Sache zu so tiefem Danke verpflichtet sind, schrieb mir nach seinem Besuch in Palästina:

> »Ich bin ebenso interessiert an der Kwuza wie am Zionismus überhaupt. Die Chaluzim in den Kwuzot haben mich enthusiasmiert. Ich kann Ihnen unmöglich sagen, wie entzückt, überrascht und begeistert ich von Ihren Siedlungen war. In Deganja fühlte ich wirklich, daß ich nun das ‚nunc dimittis' singen könnte.«

Die Wirkung, die Deganja auf Herrn Wedgwood ausgeübt hat, erscheint zwar nicht als Aktivposten in der Bilanz von Deganja. Aber ist sie nicht ein großer *Aktivposten für die zionistische Bewegung?*

Und es ist nicht nur Colonel Wedgwood, bei dem ich diese Wirkung feststellen konnte. Ich habe zu meiner eigenen Überraschung gefunden, daß sogar die 'hard boiled business men' aus Amerika gerade für den Enthusiasmus und den Drang zu neuen besseren Lebensformen, der in den Kwuzot zum Ausdruck kommt, großes Verständnis und Sympathie haben.

Die Chaluziut wirkt sich nicht nur darin aus, daß der Chaluz bereit ist, jede Arbeit zu übernehmen. Sie manifestiert sich auch in anderer Weise zum Vorteil unserer Sache. Als es im Laufe des letzten Jahres gelegentlich der städtischen Wahlen für uns von höchster politischer Wichtigkeit war, daß die Juden die palästinensische *Staatsbürgerschaft* erwarben, da kamen unsere Arbeiter wie ein Mann diesem Rufe nach. Die Baale-Battim dagegen zögerten, weil sie durch viele Rücksichten der Familie und des Vermögens in ihren Entschlüssen nicht so frei waren. Für sie war es zum Beispiel von Wichtigkeit, daß ein Testament, das ein Palästinenser macht, nicht vom Regierungsgericht, sondern vom Rabbinatsgericht interpretiert wird, und manche von ih-

nen waren in Sorge, ob sie dieses Risiko laufen könnten. Für die Arbeiter gibt es kein Testament und deshalb auch nicht Bedenken dieser Art. Sie werden natürlich einwenden, daß es für den Arbeiter leicht sei, sich über diese Bedenken hinwegzusetzen, weil er jung sei und deshalb weder nach Familie noch nach Vermögen zu fragen habe. Das ist als Erklärung ganz richtig, aber es ändert nichts daran, daß für uns in Palästina eben dieses Element, das auf Fragen des Vermögens und der Familie keine Rücksicht zu nehmen braucht und sich rückhaltlos für unsere Sache einsetzen kann, von so hohem Wert ist. Dasselbe gilt in bezug auf die hebräische Sprache und die Erziehung der Jugend. Die Arbeiter in Palästina sind das festeste Bollwerk der *hebräischen Sprache.* Nirgends wird die hebräische Sprache so viel und mit so viel Liebe gepflegt, wie in ihren Kreisen, während in den Schichten der bürgerlichen Einwanderer diese Einstellung zur hebräischen Sprache sehr häufig vermißt wird. Keinem Arbeiter wird es einfallen, seine Kinder in eine andere als in eine hebräische Schule zu schicken. In den bürgerlichen Kreisen haben wir noch sehr viele Beispiele gegenteiliger Art.
Der Punkt, in dem ich mich von den Vertretern des baale-battischen Prinzips unterscheide, ist nicht, daß ich dieses Prinzip für unrichtig halte, sondern daß ich es für unmöglich und schädlich halte, dieses Prinzip *gegen* unsere Siedler und Chaluzim durchzuführen. Diejenigen, die das wollen, sind von *Mißtrauen gegen die Arbeiterschaft* erfüllt und glauben, daß die Arbeiter in der Zionistischen Organisation nur eine melkende Kuh sehen und es ihnen ganz gleichgültig ist, ob zionistische Gelder verlorengehen, wenn sie nur davon profitieren. *Ich dagegen habe mich in meiner ganzen bisherigen Tätigkeit vom Vertrauen darauf leiten lassen, daß die Arbeiter sich als integralen Bestandteil der ganzen Zionistischen Organisation fühlen und daß sie Fehler, die sie machen, ebenso schwer empfinden wie wir alle.* Ich bin in diesem meinem Vertrauen auf die Arbeiter bis heute nicht erschüttert.
Der zweite Punkt ist, daß die Gegner der Arbeiter glauben, sie verstünden alle Dinge besser als die Arbeiter selbst. Ich muß in dieser Beziehung vor Überhebung warnen. Es gibt kein Volk in

der Welt, dessen Arbeiterstand sich an Intelligenz mit unserem Arbeiterstand vergleichen kann, und wir sollten es uns deshalb sehr überlegen, die Meinung der Arbeiter, insbesondere in der Frage, wie sie ihr eigenes Leben in Palästina sozial gestalten wollen, von oben herab zu behandeln. Ich glaube, daß die bürgerlichen Zionisten um so weniger Grund haben, die Fehler, die die Arbeiter gemacht haben, zu übertreiben, als den Fehlern der Arbeiter mindestens ebenso viele Fehler der bürgerlichen Zionisten gegenüberstehen und die bürgerlichen Zionisten in keiner Weise den Befähigungsnachweis dafür erbracht haben, daß sie berufen sind, über die Arbeiter zu Gericht zu sitzen.

Man redet soviel und immer wieder von neuem über den *Solel Bone*[1]. Es ist wahr, der Solel Bone hat der Zionistischen Exekutive ein gutes Stück Geld gekostet; aber ich wäre sofort imstande, Ihnen ein halbes Dutzend bürgerlicher kapitalistischer Unternehmungen zu nennen, welche der Zionistischen Organisation oder den zionistischen Instituten das Doppelte gekostet haben. Warum erwähnen Sie, wenn Sie vom Solel Bone sprechen, nicht auch die Arbeiterbank, die inmitten der Stürme der letzten zwei Jahre es verstanden hat, ihre Aktiva zu erhalten?

Und schließlich gibt es noch einen dritten Differenzpunkt zwischen mir und den Vertretern der Wirtschaftlichkeit. Das ist die andere Wertung von *Geld* einerseits und von *persönlichen Leistungen* andererseits. Es ist nicht angebracht, sich in unserem Kolonisationswerk von dem jüdischen Sprichwort leiten zu lassen: »Wer das Geld gibt, hat zu befehlen.« Dieses Verhältnis von Befehlen und Gehorchen kann nicht aus den ganz andersartigen europäischen Verhältnissen in unser Siedlungswerk in Palästina übertragen werden. Vielmehr muß der Arbeiter, der zwar kein Geld, dafür aber persönliche Leistung, Gesundheit und Zukunft aufs Spiel setzt, zumindest als ein durchaus *ebenbürtiger Partner* betrachtet werden.

---

[1] *Solel Bone*, die Bau-Kooperative der Allgemeinen Arbeiterorganisation, nahm seit 1924 einen außerordentlichen Aufschwung. Erst die Krise der sogenannten IV. Alija brachte einen Rückgang der Bautätigkeit, in dessen Verfolg eine Sanierungsaktion für den Solel Bone aus Mitteln der Zionistischen Palästina-Exekutive beziehungsweise des Keren Hajessod notwendig wurde.

Ich glaube, daß der allmählich notwendige *Übergang vom Pioniertum zur Wirtschaftlichkeit* bereits jetzt auf dem Marsch ist.

Arbeiter und Wirtschaftlichkeit

Die Buchführung, die manche unserer Siedler in Nahalal aus freien Stücken führen, gibt über jeden Pfennig ihrer Einnahmen und Ausgaben Auskunft und könnte vielen bürgerlichen Landwirten zum Muster dienen. Ich habe Amerikaner sagen hören, daß es in Amerika wenige Farmer geben dürfte, die über den Stand ihrer Einnahmen und Ausgaben so genau orientiert sind. Das sind zweifellos Anzeichen eines Fortschritts zur Wirtschaftlichkeit.
Wenn Sie die Rede Arlosoroffs gehört und die Verhandlungen auf der letzten Konferenz der Arbeiterorganisation in Palästina gelesen haben, so werden Sie sehen, daß heute der Geist der Wirtschaftlichkeit bei den Arbeitern mehr und mehr eindringt. Die Arbeiter selbst haben ihre wirtschaftlichen Mißerfolge schwer kritisiert. Ich würde es für einen Fehler halten, wenn wir diese natürliche Evolution dadurch erschweren, daß wir uns jetzt auf eine feindliche Stellungnahme der Zionistischen Organisation zu den Arbeitern festlegen. Vergessen Sie doch nicht, daß seit der Zeit, da die ersten Pioniere ihren Fuß in den Emek setzten oder die Arbeiter die ersten öffentlichen Arbeiten übernahmen, kaum sechs Jahre verflossen sind! Was sind sechs Jahre in einem Werk von solcher Größe und solchen Schwierigkeiten? Ich glaube, der unparteiische Beobachter wird sich eher darüber wundern, daß die Arbeiter auf dem Wege zur Wirtschaftlichkeit schon so weit voran, als darüber, daß sie noch so weit zurück sind.
Als ich im Jahre 1925 zum erstenmal den *Plan einer Anleihe* ernstlich erwog, fuhr ich in unsere Emek-Siedlungen und sagte den Siedlern, daß ich keine Möglichkeit einer Anleihe zur Erweiterung unseres Siedlungswerkes sehe, solange nicht die jetzigen Siedlungen Erträge abwerfen. Deshalb müsse in unseren Siedlungen jeder Mann sein Äußerstes tun, um zur *Rentabilität*

zu gelangen. Ich fand dafür überall offene Ohren und ehrlichen Willen. Das ist die Erziehung zur Wirtschaftlichkeit durch einen Appell an die Chaluziut, an den Geist, der zu eigenen Opfern bereit ist, um den Weg für andere zu bahnen. Es ist sehr leicht, den Enthusiasmus, den wir zwanzig Jahre hindurch wie eine heilige Flamme gehütet haben, zu zerstören. Es ist unmöglich, ihn, wenn er einmal erstickt ist, wieder zu entflammen. Ich rufe Sie auf zu einer gerechten Würdigung der Chaluziut, und ich bin überzeugt, daß die Arbeiter mehr und mehr den Wert der Wirtschaftlichkeit für die Erweiterung unserer Arbeiten einsehen und in dieser Richtung weitere Fortschritte machen werden.

Es war für die zionistische Bewegung vielleicht bisher das größte Aktivum, daß sie mit den Arbeitern eine einheitliche Front nach außen gebildet hat. Diejenigen, die jetzt Feindschaft zwischen uns und den Arbeitern predigen und das Tischtuch mit ihnen zerschneiden wollen, bringen uns in eine große Gefahr. Der Pfeil, den sie gegen die Arbeiterschaft abzuschießen glauben, kann sehr leicht auf die ganze zionistische Bewegung zurückfallen und sie zerstören.

Wirtschaftliche Struktur der künftigen Judensiedlung

Ich komme nun zum zweiten Teil meiner Ausführungen, zu der Frage nach der *wirtschaftlichen Struktur*, die wir für die Juden in Palästina anstreben sollen. Die Eigenart unserer Aufgabe liegt darin, daß die Juden in Palästina sich nicht wie in den Galutländern vorwiegend im Handel konzentrieren können, sondern daß sie *alle* Zweige, die zu einer gesunden Volkswirtschaft gehören, im richtigen Verhältnis besetzen müssen. In den Galutländern sind die jüdischen Kaufleute, auch wenn sie fünfzig Prozent aller jüdischen Erwerbstätigen ausmachen, doch nur wenige Prozent der Gesamtbevölkerung. In Palästina, wo die jüdischen Kaufleute fast nur auf den Handel mit Juden angewiesen sind, müßte ein so hoher Prozentsatz von Händlern unter ihnen zu einer Katastrophe führen. Unser Aufbauwerk gleicht dem Vor-

marsch einer Armee. Keine Truppengattung darf allein vorrücken. Nur im Zusammenhang mit den anderen Truppengattungen ist ihr Vorgehen möglich. Ohne den Schutz der schwer beweglichen Artillerie sind Infanterie und Kavallerie ohnmächtig. Unsere Artillerie ist die Landwirtschaft. Sie bestimmt durch das Tempo ihres Vorrückens auch das aller unserer anderen Tätigkeitszweige. Mit einer *gesunden Landwirtschaft als Basis* werden sich auch Industrie, Handel und Bauwesen in den Städten entwickeln.

Wenn wir uns ein Land zum Muster nehmen, das wie Dänemark oder die Schweiz durch den Mangel an Metallen und Kohle Palästina ähnlich ist, so finden wir in der Landwirtschaft sechsundzwanzig Prozent und fünfunddreißig Prozent der Bevölkerung tätig. Mir scheint, daß ungefähr in dieser Proportion auch die Juden in Palästina in der Landwirtschaft vertreten sein müssen. Heute haben wir nur fünfzehn Prozent, und diese Basis ist für unsere Wirtschaftspyramide zu schwach.

Man hat kritisiert, daß wir in Palästina als landwirtschaftliche Betriebsform die sogenannte *gemischte Wirtschaft* eingeführt haben. Im Mittelpunkt der gemischten Wirtschaft steht die Milchproduktion. Ich erinnere mich, daß vor zwanzig Jahren in ganz Palästina nur ein Gefühl der Entrüstung darüber herrschte, daß unsere Siedlungen keine Milch produzierten und daß Milch überhaupt nicht vorhanden war oder nur von nichtjüdischer Seite geliefert werden konnte. Wir haben dann begonnen, den Milchbedarf in immer steigendem Maße aus unseren eigenen Siedlungen zu decken, aber wir sind damit durchaus noch nicht am Ende. Der Bedarf an frischer Milch ist noch immer viel größer als die Produktion. In Europa konsumiert man vier- und fünfmal soviel Milch pro Kopf wie die Juden in Palästina. Der Milchpreis ist in Tel Awiw mit elf Piaster per Rottel doppelt so hoch wie in London, dreimal so hoch wie in Berlin und fünfmal so hoch wie in Paris. Die deutschen Kolonien in Palästina sind durch die Milchproduktion reich geworden. Gerade frische Milch ist durch ihre leichte Verderblichkeit ein Produkt, in dem es schwer ist, vom Ausland Konkurrenz zu machen, und daher ist es, solange

der Inlandmarkt für Milch aufnahmefähig ist und hohe Preise zahlt, vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt eine Selbstverständlichkeit, daß wir uns der Deckung dieses Bedarfes zuwenden.
Ich behaupte, *daß die gemischte Wirtschaft unter den heutigen Verhältnissen Palästinas eine nach jeder Richtung wohldurchdachte und angemessene Betriebsform ist,* aber ich behaupte nicht, daß sie immer die einzige Betriebsform bleiben muß. Insbesondere muß nach den Erfahrungen der letzten Jahre die hochwertige *Palästinaorange* als ein Produkt gelten, für das Palästina durch seine klimatischen Verhältnisse ein natürliches Monopol besitzt und das sogar bei einer stark gesteigerten Produktion einen gesicherten Markt hat. Unsere palästinensischen Agronomen, die Herren Wilkansky, Oettinger, Smiliansky, empfehlen Siedlungen auf der Basis des Orangenbaues auf das wärmste.
Es ist möglich, daß wir außer der Orange in Palästina noch andere Produkte finden, für die Palästina durch seine klimatischen Bedingungen besonders geeignet ist und für die außerhalb Palästinas ein Markt besteht. Vielleicht gehören hierher Tafeltrauben, Bananen, bestimmte Gemüsesorten. Aber es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir neue Siedlungen auf der Basis dieser Produkte gründen würden, falls wir nicht vorher Gewißheit darüber haben, daß diese Produkte im Ausland zu rentablen Preisen abgesetzt werden können. Sie wissen, daß von uns, zum Teil mit Hilfe der palästinensischen Regierung, Versuche gemacht werden, um die Transport- und Absatzfähigkeit der Tafeltrauben und bestimmter Gemüsesorten im Auslande zu erproben. Wenn wir hierüber Gewißheit haben, wird die Zeit gekommen sein, den Anbau dieser Produkte in unseren Siedlungen zu propagieren.

Einwände gegen die Siedlungen

Ein Wort noch über die *Kwuza*. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß die Zionistische Organisation in keiner Weise auf die Kwuza als alleinige soziale Form eingeschworen ist. Nach

einer Aufstellung, die bis zum November 1926 reicht, hatte die Zionistische Organisation insgesamt für die Kwuzot 282000 Pfund, für die Moschwe Owdim und andere Kolonien bürgerlicher Ansiedler 300000 Pfund ausgegeben. Sie hält also zwischen der Form der Kwuzot und der Form der individuellen Siedlung das Gleichgewicht aufrecht. Ich selbst bin nicht weniger stolz darauf, bei der Gründung von Nahalal und Kfar Jecheskel mitgewirkt zu haben, als bei der Gründung von Deganja und Kinneret. Ich weiß nicht, ob die Kwuza in der Zukunft alle Hoffnungen erfüllen wird, die die in den Kwuzot lebenden Siedler an diese Form knüpfen. Aber das eine weiß ich, daß in der Vergangenheit die Form der Kwuza uns *außerordentlich wertvolle Dienste geleistet* hat. Bei dem Mangel an Schulen zur landwirtschaftlichen Ausbildung haben die Kwuzot uns als ein Surrogat für die landwirtschaftlichen Schulen gedient, und aus ihnen sind die besten unserer landwirtschaftlichen Siedler, sogar diejenigen, die später in die Moschwe Owdim eingetreten sind, hervorgegangen. Ich sehe auch heute noch nicht, *wie wir ohne die Kwuzot imstande wären, unseren Einwanderern das notwendige landwirtschaftliche Training zu geben.* Es gibt in Palästina nur eine einzige landwirtschaftliche Schule, und die Unterweisung in den Pflanzungskolonien ist außerordentlich einseitig. Nur in den Kwuzot konnte bisher der junge Arbeiter den ganzen vielseitigen landwirtschaftlichen Betrieb kennenlernen. Ich hoffe allerdings, daß es daneben gelingen wird, bei den einzelnen Siedlern in den Moschwe Owdim junge Leute als Lehrlinge unterzubringen und dadurch die Möglichkeit zur landwirtschaftlichen Ausbildung zu erweitern.

In jedem Fall, scheint mir, haben wir kein Recht, von irgendeinem doktrinären Standpunkt aus über die Kwuzot, weil sie etwas Neues darstellen, den Stab zu brechen. Man muß ihnen fair play geben und sie an ihren wirtschaftlichen Resultaten messen. Die bisherigen Erfahrungen rechtfertigen es in keiner Weise, die Kwuzot in ihren wirtschaftlichen Resultaten über oder unter die Moschwe Owdim zu stellen.

Professor *Elwood Mead* und Professor *Oppenheimer* haben in

ihren Berichten darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Leitung jeder Kwuza aus den Händen des selbstgewählten Arbeiterkomitees zu nehmen und einem landwirtschaftlichen Sachverständigen zu übertragen. Ich wäre im Prinzip mit solch einer sachverständigen Leitung sehr einverstanden, das Schlimme ist nur, daß solche für Palästina geeignete landwirtschaftliche Verwalter ungeheuer selten sind, daß ihr Gehalt eine schwere Belastung für die Kwuza ist und daß durch den Verwalter mit seinen höheren Ansprüchen in den sonst einheitlichen und sehr einfachen 'standard of life' der Genossen eine Zwiespältigkeit der Lebenshaltung hineinkommt, die auf die Arbeiter aufreizend und niederdrückend wirkt. Meines Erachtens muß man Vorteile und Nachteile des Administrators gegeneinander abwägen. Dann wird man wahrscheinlich zu dem Resultat kommen, daß in den kleineren Kwuzot die Nachteile, in den größeren Kwuzot, die eine umfassende landwirtschaftliche Bildung erfordern, die Vorteile eines Administrators überwiegen.
Ein anderer Vorwurf gegen unsere Siedlungen richtet sich gegen die *hohen Ansiedlungskosten.* Über die Frage, wieviel die Ansiedlung eines Siedlers kosten darf, läßt sich aus der reinen Theorie überhaupt nichts sagen. Wir können nur durch Vergleiche mit anderen Ländern zu einem Urteil kommen. Hierbei sehen wir, daß die Ansiedlung eines Landwirts in England, Kanada, Südafrika, Australien, Deutschland in keiner Weise weniger, sondern mehr kostet als in Palästina. Wir rechnen in Palästina, wie Sie wissen, *einschließlich des Bodens,* der etwa 400 Pfund kostet, mit Ansiedlungskosten von 1100 Pfund pro Siedler, und ich bin sicher, daß wir diesen Betrag auf 1000 Pfund oder noch etwas weiter herunterbringen könnten, wenn die Ansiedlung in einem großen Maßstabe und mit bereiten Geldmitteln erfolgt. In all den übrigen von mir genannten Ländern kostet die Ansiedlung nicht nur 1100, sondern 1200, 1500 und sogar 2000 Pfund. Ich kenne nur zwei Beispiele einer großen Kolonisation, in denen die Ansiedlung billiger ist. Das eine ist die griechische Kolonisation, das andere die neue jüdische Kolonisation in Südrußland und der Krim.

Die Kolonisation der griechischen Flüchtlinge

In *Griechenland,* dessen Siedlungen ich im Jahre 1925 besuchte, werden *außer dem Boden* die gesamten Ansiedlungskosten nur auf hundertzweiundfünfzig Pfund geschätzt. Nun bin ich weit davon entfernt, die Leistungen der Refugees Settlement Commission in Griechenland herabzusetzen. Sie hat eine gewaltige Leistung vollbracht. Aber sie ist mit unseren Aufgaben in Palästina deshalb so schwer zu vergleichen, weil

1) die Regierung den Siedlern sofort Land im Werte von sechsundzwanzig Millionen Pfund überlassen konnte;

2) die Ansiedler seit Generationen Landwirte waren;

3) weil es Familien mit vielen Arbeitskräften (Kindern und Alten) sind, während unsere Siedler in der Regel nur ein bis zwei Arbeitskräfte haben;

4) weil sie in Griechenland genau dieselben Landwirtschaftsmethoden befolgen konnten, die sie von ihrem früheren Aufenthalt in der Türkei gewohnt waren, und nicht nötig hatten, wie wir in Palästina, neue Methoden zu suchen;

5) weil sie keinen europäischen, sondern von Kleinasien her einen orientalischen niedrigen 'standard of life' hatten; weil sie ferner

6) zu einem großen Teil in die von den Türken verlassenen Farmen in Griechenland hineinkommen konnten. 51 000 solche Farmen im Werte von 4000 Millionen Drachmen, das heißt etwa zwölf Millionen Pfund, standen für die Ansiedlung unentgeltlich zur Verfügung. Die landwirtschaftliche Kolonisation in Griechenland war also nicht wie bei uns ein *Ansiedlungs-*, sondern mehr ein *Übersiedlungsproblem.* Dazu kommt noch

7) daß sie nicht nur die aktive Unterstützung der griechischen Regierung und des Völkerbundes, sondern auch die Sympathie des gesamten griechischen Volkes auf ihrer Seite hatte. Letzterer Umstand drückt sich zum Beispiel darin aus, daß außer den Kosten, welche die Refugees Settlement Commission für die Ansiedlung der Flüchtlinge ausgegeben hat, die griechische Regierung in den Jahren von 1912 bis 1926 für die Flüchtlinge

noch extra siebzehn Millionen Pfund ausgegeben hat, davon sieben Millionen Pfund allein von 1922 bis 1926.
Diese Summen sind in den Ausgaben der Refugees Settlement Commission nicht enthalten, ebenso nicht die allgemeinen Ausgaben für Wohlfahrtszwecke des griechischen Staates, von denen die Flüchtlinge in hohem Maße Nutzen ziehen. Wenn man alle diese Ausgaben zusammenrechnet, so werden sich die Ansiedlungskosten erheblich höher stellen, als sie nach dem Bericht der Refugees Settlement Commission erscheinen.
Die Billigkeit der griechischen Ansiedlung hat auch eine ernste Kehrseite. Die Sterblichkeit an Malaria war im Beginn eine ungeheuere, weil die Ansiedler infolge der notwendigen Eile auf nicht assaniertem Boden angesetzt wurden. Viele Tausende und Zehntausende sind hierdurch zugrunde gegangen. Im Jahre 1923 starben in Mazedonien auf 1000 Flüchtlinge dreiunddreißig, während nur zehn geboren wurden. Wir sind dagegen, wie Sie wissen, von Anfang an gerade auf diesem Gebiet, allerdings mit großen Aufwendungen, vorbildlich vorgegangen und haben mit unserem Menschenmaterial hausgehalten.
Wenn man die wirtschaftliche Lage und die Rentabilität der griechischen Ansiedler in Betracht zieht, so sehen wir hier vorläufig genau dieselben Schwierigkeiten wie in Palästina. Ein erheblicher Teil der Siedlungen ist in einer sehr unbefriedigenden Lage. Insgesamt hat die Refugees Settlement Commission auf die acht Millionen Pfund, die sie für landwirtschaftliche Siedlungen ausgegeben hat, bis 31. März 1927 nur 80 000 Pfund, das heißt nur ein Prozent zurückerhalten. Wir sollten also, wenn wir fremde Leistungen als Vorbild hinstellen, etwas vorsichtiger sein und nicht so tun, als ob anderweitig alles gut und nur bei uns alles schlecht ist.
Auch die niedrigen Ansiedlungskosten in der *Krim* von etwa zweihundert Pfund pro Familie sind deshalb nicht mit Palästina zu vergleichen, weil in Südrußland Baumaterialien, Holz, Vieh, landwirtschaftliche Maschinen sehr viel billiger sind als in Palästina. Die Regierung gibt das Holz für den Bau der Häuser gratis und hat den Transport auf der Eisenbahn für die Siedler auf ein

Minimum herabgesetzt. Die Wirtschaft des jüdischen Siedlers in Südrußland ist eine viel einfachere als in Palästina. Sie beruht ausschließlich auf dem Getreidebau, benutzt die einfachen Methoden des russischen Bauern und kann infolgedessen mit viel weniger Investitionen auskommen.
Wir hätten es an sich gar nicht nötig, uns an Griechenland als Vorbild zu halten, wir brauchten nur die *Fellachen* in Palästina nachzuahmen. Aber wir können sie leider nicht nachahmen. Es gibt ein Minimum der Lebenshaltung, das europäische Juden in der Regel nicht unterschreiten können, ohne körperlich und geistig zusammenzubrechen. Wenn die Einwanderer nicht die Möglichkeit haben, sich selbst und ihre Familien gegen Krankheit, klimatische Unbilden und Hunger zu schützen, ihre Kinder in Schulen zu schicken und in ihrem Geist zu erziehen, so werden sie bei größtem Enthusiasmus nicht nach Palästina kommen oder Palästina wieder verlassen. Es kommt hinzu, daß die Juden, wenn sie nach Art der Fellachen leben und wie diese von früher Kindheit an ihre ganze Zeit der Befriedigung ihrer notwendigsten leiblichen Bedürfnisse widmen müßten, die kulturellen Interessen nicht pflegen und Palästina niemals zu einem geistigen Anziehungspunkt für die Juden der Welt machen können. Wie primitiv die arabischen Fellachen leben, können Sie daraus ersehen, daß mir vor kurzem ein gebildeter Araber sagte, er habe gesehen, daß die Leute in unseren Siedlungen bei ihrer Toilette Zahnbürste, Handtuch und Seife gebrauchen, und er könne nicht verstehen, wie der Ackerbau solch einen Luxus erlaube.

Ansiedlung auf Basis der Orangenkultur

Ich habe vorhin bereits erwähnt, daß ich fast sicher bin, daß wir für den *Typus der gemischten Wirtschaft* die Kosten auf 1000 Pfund und vielleicht noch weiter herunterbringen können. Der zweite Typus, den ich für möglich halte, der *Typus des Pflanzers*, speziell des Orangenpflanzers, der etwa fünfzehn Dunam bewässerten Boden besitzen und davon den größeren Teil mit Orangen bepflanzen soll, kostet bis zur Fruchttragung der Pflanzung,

einschließlich eines Wohnhauses, nicht weniger als 1200 Pfund. Da aber zu hoffen ist, daß für diesen Typus sich bemittelte Kandidaten finden werden, so dürften auch für diesen Typus im Wege des Kredits höchstens 900 Pfund erforderlich sein. Vielleicht kann sogar, wenn wir die Kredite nicht Einzelnen geben, sondern uns an privaten Pflanzungsgesellschaften, wie zum Beispiel der von Dr. Brünn vorgeschlagenen, beteiligen, der Betrag pro Familie noch weiter heruntergesetzt werden. Daneben aber sehe ich die Möglichkeit für einen dritten Typus, den ich als den *Typus des Arbeitersiedlers* bezeichnen möchte. Sie erinnern sich vielleicht, daß wir früher einmal viel von dem Typus des Häuslers in den Kolonien gesprochen haben, das heißt von einem Arbeiter, der von Lohnarbeit lebt, aber daneben ein Häuschen und ein bis zwei Dunam Boden für Gemüsezucht für den eigenen Bedarf haben soll. Ich muß Ihnen leider sagen, daß dieser Typus sich als ein Mißerfolg herausgestellt hat, und zwar aus psychologischen Gründen. Unsere Juden wollen nicht ewig Arbeiter bleiben. Sie sind bereit, während eines Übergangsstadiums Arbeiter zu sein, aber sie wollen den Weg zu einer späteren Selbständigkeit sehen. In Europa gibt es Landarbeiter, die vor der Selbständigkeit zurückschrecken, weil sie sich nicht die Befähigung zur Führung einer Wirtschaft zutrauen. Einen jüdischen Landarbeiter von dieser Mentalität habe ich noch nicht gesehen. Sogar die Jemeniten, von denen wir früher glaubten, daß sie Arbeiter bleiben würden, fordern mit Recht, zumindest für ihre Kinder, einen Weg zur Selbständigkeit. Ich glaube, dieser Weg ist möglich, wenn man ihnen nicht wie bisher nur ein bis zwei Dunam, sondern mindestens zehn bis fünfzehn Dunam Land gibt, von denen mindestens zehn bewässerbar und für Bepflanzung mit Orangen durch Tiefpflügen usw. vorbereitet sind. Ich stelle mir vor, daß dann der Arbeiter im Laufe von einigen Jahren in seiner freien Zeit diesen Boden mit eigenen Kräften allmählich bepflanzt und dadurch zur Selbständigkeit aufsteigt. Wir haben in Ejn Ganim und Neß Ziona bereits eine ganze Reihe von Siedlern dieser Art vor uns. Dieser Typus des Arbeitersiedlers würde zugleich eine erhebliche Verbilligung des Sied-

lungswerkes bedeuten; denn ich glaube, daß der Boden mit der notwendigen Vorbereitung und einem Häuschen nicht mehr als 400 bis 500 Pfund zu kosten braucht.

Mittelstandskolonisation

Die Bemühungen zur Kolonisierung mittelständischer Elemente sind so alt wie die Kolonisationstätigkeit der zionistischen Bewegung überhaupt. Schon im Jahre 1910 veröffentlichte ich für das Palästina-Amt eine Broschüre über die Anlage von Pflanzungen in Palästina und gab mir schriftlich und durch Reisen nach Osteuropa die größte Mühe, Leute mit Kapital in die Landwirtschaft nach Palästina zu bringen. Aber in den Vorkriegszeiten, als die wirtschaftliche Lage der Juden in Osteuropa relativ gut war, konnte man zwar *Geld* für Palästina von den Juden bekommen, aber nicht *Leute mit Geld* für Palästina. Die Versuche, Pflanzungen für abwesende Teilnehmer anzulegen, haben all die bekannten Nachteile gegen sich. Vielleicht ist heute mit Rücksicht auf die Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa die Zahl der mittelständischen Elemente, die in Palästina Landwirte werden möchten, größer als vor dem Kriege. Aber Sie können in dem Bericht der Exekutive lesen, daß Dr. Soskin, der für seine Siedlung in allen Ländern Leute mit 450 Pfund Kapital gesucht hat, diese nicht finden konnte. Das sollte uns doch zum Nachdenken anregen. Nun ist es möglich, daß der Grund für diesen Mißerfolg darin liegt, daß die mittelständischen Elemente nicht Gemüse, sondern Orangen anpflanzen wollen, weil sie davon ein behaglicheres Leben erwarten. Ich bin der Ansicht, daß wir versuchen müssen, auch diesen Weg zu gehen. Aber wir sind erst seit wenigen Jahren in bezug auf den Orangenbau wieder zuversichtlich geworden. Die Unterbindung der Absatzmärkte im Kriege, die Heuschreckenplage und andere Schwierigkeiten hatten noch vor sechs bis sieben Jahren die Orangenpflanzungen so in Verruf gebracht, daß zum Beispiel eine der schönsten jüdischen Orangenpflanzungen im Jahre 1921 zu keinem Preise an Juden zu verkaufen war und

schließlich in arabische Hände überging. Erst die letzten Jahre haben uns gezeigt, daß die Orange einen stabilen Markt hat und die Orangenpflanzung eine rentable Sache ist. Aber wenn wir nun den Versuch mit der Ansiedlung von Orangenpflanzern aus den mittelständischen Elementen machen und diesen Elementen ein relativ leichtes Leben schaffen wollen, so muß dieser Mittelstand auch wirklich wenigstens einige Mittel besitzen. Früher schien es schon ein Maximum, wenn wir den Siedlern die Hälfte des notwendigen Kapitals vorstrecken konnten. Ich glaube, wir werden darüber hinaus auf zwei Drittel oder sogar drei Viertel gehen müssen. Aber ein Minimum von einem Drittel müssen wir von den Siedlern selbst verlangen. Wenn Sie auch hierauf verzichten, so würde das heißen, daß Sie nicht das Kapital, sondern die Gesinnung des Mittelstandes nach Palästina importieren wollen, und dafür habe ich kein Verständnis. Ebensowenig wie ich es für erlaubt halte, in unserer Kolonisation den Arbeiter zu bevorzugen, weil er eine proletarische Gesinnung hat, sondern verlange, daß man ihn nur nach seiner beruflichen Eignung beurteilt, ebenso kann für mich nicht die mittelständische Gesinnung eines Menschen der Anlaß sein, ihm den Vorzug vor anderen, nach Alter und Kraft besser geeigneten Kandidaten zu geben.

Wenn ich sehe, wieviel *Rezepte* für die landwirtschaftliche Kolonisation gegeben werden, erinnere ich mich häufig des berühmten Rezeptes aus dem Kochbuch: *»Man nehme usw.«*; aber woher nimmt man bei uns so leicht die wichtigsten Elemente der landwirtschaftlichen Kolonisation: bewässerten Boden, Geld, vorgebildete Siedler? Woher die tüchtigen Siedlerfrauen, die nach einem Bericht über die englische Kolonisation der Schlüssel zum Erfolg des Siedlers sind? Wir können mit den Rezepten in vielen Fällen nicht mehr anfangen als der arme Mann mit dem Kochbuch des Reichen.

Ich wende mich mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf, daß die Zionistische Exekutive bisher nur für die Arbeiter gesorgt und den Mittelstand vernachlässigt habe. Ich kann von mir selbst sagen, daß meine erste Tat in Palästina im Jahre 1907

mein Ersuchen an den Nationalfonds war, für den jüdischen Mittelstand in Jaffa die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um ein eigenes Stadtviertel neben Jaffa zu bauen. Das war der Anfang von Tel Awiw. Und dem Ausbau von Tel Awiw hat noch in vielen folgenden Jahren meine Arbeit gegolten. Das Palästina-Industriesyndikat, die Immobiliengesellschaft 'Palästina', die Gründung von Achusot, die Gründung von Stadtvierteln bei Haifa und Jerusalem, wem anders galten sie als dem Mittelstand? Als ich vor drei und vier Jahren in Amerika war, galt meine Arbeit ausschließlich der Gründung einer Investment Corporation, die doch, wie Sie verstehen, den Interessen des Mittelstandes und der Kapitalisten zugute kommen sollte. Es wird, weil man immer nur auf die Aufwendungen aus dem Keren Hajessod für die Kolonisation der Chaluzim starrt, vergessen, daß gleichzeitig aus den Mitteln zionistischer Institute, zum Beispiel der General Mortgage Bank of Palestine, der Anglo-Palestine Company, des Jewish Colonial Trust, sehr beträchtliche Summen ausschließlich für den Mittelstand aufgewendet worden sind. Ich will nicht das eine mit dem anderen ziffernmäßig vergleichen, weil es mir nicht darauf ankommt, die Gegensätze zu schüren, sondern sie zu überwinden. Es scheint, daß man bei uns nicht versteht, daß ein Vater imstande ist, ein Kind zu lieben, ohne das andere zurückzusetzen, daß er beide mit gleicher Liebe umfassen kann. Es ist nicht willkürliche Bevorzugung, sondern eine aus den Verhältnissen der Pionierperiode hervorgegangene Notwendigkeit, daß in der Landwirtschaft zunächst die Arbeiterkolonisation ihren Platz fand. Aber dieser Vorrang bedeutet nur ein zeitliches Vorhergehen und schließt die nachfolgende mittelständische Kolonisation nicht aus, sondern macht sie im Gegenteil in vielen Fällen erst möglich.

Für gerechte Einschätzung des Geleisteten

Obwohl ich an der Gestaltung des zionistischen Siedlungswerkes mitbeteiligt war, glaube ich berechtigt zu sein, über dieses Siedlungswerk ein objektives Urteil zu fällen. Es sind sicher in

den einzelnen Wirtschaften Fehler gemacht worden, wie das unvermeidlich ist, wenn man mit so vielen neuen Menschengruppen und unter ungenügend bekannten lokalen Bedingungen arbeitet. Aber im Prinzip kann man unser *Suchen nach dem richtigen Weg* in der Kolonisation, das sich durch unsere ganze, übrigens sehr kurze, Vorbereitungsperiode hinzieht, so wenig als fehlerhaft bezeichnen, wie man bei einem Chemiker, der in seinem Laboratorium viele Versuche macht, um zu einem Resultat zu kommen, die abwegigen Versuche als Fehler bezeichnen kann. Sie sind für ihn ebenso viele Richtungspunkte, um den Weg zum endlichen positiven Erfolg zu finden. Ich sage nicht, daß unser Weg uns bereits zum Gipfel geführt hat, aber Betriebe wie Nahalal oder Kfar Jecheskel oder Deganja oder Gewa bedeuten eine weit höhere Stufe in der Entwicklung, als wir sie im Beginn unserer Arbeit vorgefunden haben. Es ist leicht, einer der Neunmalweisen zu sein und a tergo in Kenntnis aller bisherigen Versuche zu verkünden, wie man alles hätte machen müssen. Diese Weisen hätten ihre Weisheit uns am Beginn verkünden müssen, als die Kenntnis, die uns erst durch unsere Arbeit offenbar wurde, noch im Schoß der Zeiten schlummerte.

Würde ich heute einen Bericht über die Kolonisation in Griechenland zu schreiben haben, so würde es mir ein leichtes sein, dort Fehler aufzuweisen; aber solch ein Bericht würde gar keinen Wert haben, weil er a tergo geschrieben ist und mit Kenntnissen operiert, die erst durch die Arbeit selbst gewonnen wurden.

Dieses falsche 'Hysteron proteron' ist es, das in so vielen Fällen das Urteil der Kritiker ungerecht macht. Es gibt in der landwirtschaftlichen Kolonisation *kein ewiges System;* neue Bedingungen im Absatz oder in der Finanzierung oder in der Zusammensetzung unseres Menschenmaterials werden auch eine Revision unseres Systems mit sich bringen. *Wir waren bisher in der Periode der Pionierarbeit und der Spendenfonds. Wir sind jetzt in einer Übergangszeit zur normalen Arbeit und zum Leihkapital.* Dementsprechend werden wir auch in der Beurteilung unseres

Betriebes mehr und mehr den Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität betonen müssen. Aber das darf uns nicht die Kenntnis verschließen, daß *nur* durch die vorhergegangene Pionierperiode mit ihrem Enthusiasmus und ihrem Suchen nach neuen sozialen und technischen Formen eine neue Periode normaler und auf Rentabilität gerichteter Arbeit erreicht werden konnte.
Ich kann wegen der Kürze der Zeit wie über die Landwirtschaft so auch in bezug auf die Industrie nur in Schlagworten reden.

Für Industrie und Handwerk

Meines Erachtens ist der einzige Weg, wie die Zionistische Organisation der Industrie und dem Handwerk helfen kann, die Schaffung von *langfristigen Krediten,* die bisher in Palästina so gut wie ganz fehlen. Über die Aussichten der Industrie in Palästina werden wir auf dem Wege theoretischer Erwägungen nicht zu sicheren Schlüssen kommen. Noch viel weniger als bei der Landwirtschaft kann man bei der Industrie schwimmen lernen, ohne sich ins Wasser zu wagen. Wir müssen von vornherein der Möglichkeit ins Auge sehen, daß nicht alle industriellen Unternehmungen in Palästina Erfolg haben werden. Aber wenn wir nicht auch das Risiko eines Mißerfolges auf uns nehmen werden, können wir nie zu einem Erfolg kommen. Ich habe bereits auf den beiden vorhergehenden Kongressen zur Befriedigung des Bedürfnisses nach langfristigen Krediten die Gründung einer *Industriebank* verlangt. Zur Kritik, die an dem Projekt dieser Industriebank geübt worden ist, hat vielleicht der Name »Bank« beigetragen. Wenn man nämlich unter einer Industriebank ein Institut versteht, das nur absolut sichere Kredite und nur auf kurze Zeit gibt, so ist natürlich für eine solche Bank in Palästina kein Platz. Es dreht sich aber eben nicht um eine solche Bank, sondern um ein Institut, das folgende Aufgaben erfüllen soll:
1) die einer zentralen Informations- und Beratungsstelle in bezug auf industrielle Projekte;
2) die Mitwirkung bei der Finanzierung solcher industrieller

Unternehmungen, die von ihm nach gründlicher Untersuchung der technischen und kaufmännischen Bedingungen als aussichtsreich erkannt worden sind, und

3) die Kontrolle derjenigen Unternehmungen, denen das Institut entweder selbst durch Kredit oder Beteiligung geholfen hat oder bei denen es die Interessen privater Kapitalisten wahrnimmt, deren Beteiligung es vermittelt hat.

Ein solches zentrales Institut für die Bedürfnisse der Industrie könnte vielleicht besser »Industrial Investment Company« oder »Industrial Development Company« oder so ähnlich genannt werden, um das phonetisch bequeme, aber dem Sinne nach zu enge Wort »Bank« zu vermeiden.

Ich glaube, daß wir trotz der Beschränktheit in unseren Geldmitteln diesen Kongreß nicht zu Ende gehen lassen dürfen, ohne das minimale Kapital von 100 000 Pfund für dieses Institut aus dem Budget der beiden nächsten Jahre bereitzustellen.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung

Die Industrie hat, wie Sie wissen, verschiedene Forderungen an die Regierung. Einige ihrer Forderungen, so zum Beispiel die Abschaffung des industrietötenden Einfuhrzolls auf Rohmaterialien, hat die Regierung erfüllt. In anderen Forderungen, zum Beispiel der Steuerfreiheit industrieller Unternehmungen in der Anfangszeit oder neuerdings in der Frage des Zollabkommens mit Syrien, nimmt die Regierung einen Standpunkt ein, der den Wünschen unserer Industriellen zuwiderläuft. Ich glaube, daß wir in diesen Fragen nicht weiterkommen, solange dieselben vom Revenuestandpunkt betrachtet und von denjenigen Beamten entschieden werden, denen im Ressortinteresse an einer Erhöhung der Regierungseinnahmen gelegen ist. Ich sehe hier nur einen Weg: die Mandatarmacht muß einen speziellen *Kommissar für die Wirtschaftspolitik Palästinas* bestimmen, der von einer höheren Warte aus, im Einklang mit den Bestimmungen des Mandats, die Wirtschaftspolitik leitet.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Die Tatsache, daß es in Palästina bisher an jeder gesetzlichen Regelung der *Beziehungen zwischen industriellem Arbeitgeber und Arbeiter* fehlt, hat deshalb besonders unangenehme Folgen, weil die jüdischen Arbeiter und Arbeitgeber aus allen möglichen Ländern stammen und die allerverschiedensten Ansichten über ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten haben. Diese Gesetzlosigkeit zu beseitigen, ist die Aufgabe der von der Exekutive und vom Waad Leumi eingesetzten Kommission, die bemüht ist, ein Reglement auszuarbeiten, das die wichtigsten Beziehungen zwischen jüdischem Arbeitgeber und Arbeiter regeln und die Löhne fixieren soll. Die Kommission ist in ihrer Arbeit schon ziemlich weit vorgeschritten. Die Gerüchte, die über die großen Gegensätze zwischen jüdischem Arbeitgeber und Arbeitnehmer umlaufen, sehen sich vielleicht weniger schrecklich an, wenn wir uns die Tatsache vor Augen halten, daß der Jude wahrscheinlich nirgends in der Welt als Fabrikarbeiter leicht zu behandeln ist. Ich las zum Beispiel erst ganz kürzlich in einem Bericht über die Industrie in Polen, daß viele jüdische Industrielle, die gute Juden sind, gerne Spenden für das Joint Distribution Committee geben, aber in ihren Betrieben keine Juden beschäftigen wollen, »weil es zu schwer sei, mit jüdischen Arbeitern umzugehen«.

Zur Krise der vierten Alija

Es ist viel über die Frage diskutiert worden, wer die Einwanderung von Leuten, die in Palästina keine Existenz haben, veranlaßt hat. Gegenüber den Beschuldigungen gegen die Zionistische Exekutive möchte ich sagen: ‘peccatur intra muros et extra’. Die Exekutive ist gewiß nicht von jeder Schuld freizusprechen, aber man muß sagen, daß sie weniger als die Zionisten in Osteuropa selbst darüber orientiert sein konnte, ob die Einwanderer wirklich das von ihnen angegebene Kapital oder die von ihnen behaupteten Fachkenntnisse besaßen. Die Exekutive

stand damals unter einem ungeheueren Druck von Polen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Juden unerträglich waren und von wo man verlangte, daß das erforderliche Kapital für die unabhängigen Einwanderer von 500 Pfund auf 250 Pfund herabgesetzt werde. Warum haben diejenigen, die die Exekutive heute beschuldigen, daß sie diesem Druck nachgegeben hat, nicht im Jahre 1924 bis 1925 gegen die Einwanderung protestiert? An Warnungen, daß eine überstürzte Einwanderung nach Palästina ein Unheil ist, hat es nicht gefehlt. Ich selbst habe auf dem 13. Kongreß im Jahre 1923 mit größter Schärfe dies betont und gesagt: »Wenn wir eine Einwanderung fortsetzen und fast alle unsere verfügbaren Mittel zur Schaffung von vorübergehender Beschäftigung für diese Einwanderer aufwenden, so bekommt unsere wirtschaftliche Arbeit einen ungesunden Charakter, und die Einwanderung muß, wenn sie sich vielleicht noch für kurze Zeit aufrechterhalten läßt, doch schließlich zu einem katastrophalen Ende kommen, weil eben in kurzer Zeit unsere Mittel nicht einmal mehr hinreichen werden, um diese Einwanderer auch nur mit einer vorübergehenden Beschäftigung zu versehen.« Ich habe die traurige Genugtuung, daß das, was ich damals und später in noch schärferer Weise, kurz vor meinem Austritt aus der Exekutive im Frühjahr 1925, dort zu Protokoll erklärte, bis ins kleinste eingetroffen ist. Vielleicht mußte es einmal zu der jetzigen Katastrophe kommen, um, nach der langen Periode der Illusion über die Aufnahmefähigkeit Palästinas, durch die harte Wirklichkeit uns das zu zeigen, was Palästina leisten kann und was nicht.

Es ist unrichtig, die Schuld für den Mißerfolg der letzten Einwanderung darauf zu schieben, daß die Exekutive die mittelständischen Elemente nicht genügend unterstützt hat. Wenn die Exekutive alle ihre Energie nur auf Kräftigung der mittelständischen Einwanderung gelegt hätte und auf diese Weise für diese Elemente 100000 bis 200000 Pfund mehr ausgegeben hätte, so würde dies die Situation in keiner merkbaren Form geändert haben. Zur wirtschaftlichen Verwurzelung der Einwan-

derung der letzten Jahre waren nicht einige hunderttausend Pfund, sondern ein bis zwei Millionen Pfund nötig.

Voraussetzungen gesunder Kolonisation

Ich wende mich zu der Frage, welche Mittel notwendig sind, um in Palästina dauernde Existenzmöglichkeiten einer jüdischen Bevölkerung zu bieten, die zu dreißig Prozent in der Landwirtschaft, zu dreißig Prozent in Industrie und Handwerk und zu vierzig Prozent in Handel und Verkehr, Touristik, freien Berufen usw. tätig ist. Ich will Sie hier nicht mit einzelnen Berechnungen ermüden. Ich will nur betonen, daß wir uns klar darüber sein müssen, daß die wirtschaftliche Verwurzelung in dem erwähnten Sinne nur möglich ist, wenn für jeden *Einwanderer* entweder zusammen mit ihm oder von dritter Seite gleichzeitig auch *Kapitalien* nach Palästina einwandern. Nach meiner Berechnung muß, wenn wir die Landwirte zu je einem Drittel auf der Basis der gemischten Wirtschaft, der Orangenpflanzung und des Arbeitersiedlers ansiedeln, jede landwirtschaftliche Familie einschließlich des Bodens im Durchschnitt etwa 730 Pfund kosten. Für jede Familie, die als Unternehmer oder als Arbeiter in Industrie und Handwerk beschäftigt ist, müssen, wie ich aus statistischen Feststellungen der letzten Zeit entnehme, 150 Pfund für Kredite vorhanden sein. Für die in Handel und Verkehr Erwerbstätigen ist eine Erhöhung des Kapitals unserer kommerziellen Unternehmungen notwendig. Wenn ich auch hierfür angemessene Beträge einsetze, so komme ich dazu, daß für jede einwandernde Familie, die ich im Durchschnitt auf fünf Köpfe ansetze, aus Mitteln der Zionistischen Organisation oder anderer Kreditinstitute 375 Pfund notwendig sind; das heißt, für jede 375000 Pfund, die wir für wirtschaftliche Zwecke in Palästina verfügbar haben, können wir 1000 Familien oder 5000 Seelen in Palästina in wirtschaftlicher gesunder Weise unterbringen. Sie werden aus diesen Ziffern selbst die Schlüsse für die Vergangenheit und für die Zukunft ziehen können.

Konsolidierung

Sie werden mit Recht einwenden, daß es müßig ist, über ein Programm für die Einwanderung zu sprechen, solange wir nicht aus der jetzigen Krisis in Palästina wieder zu normalen Bedingungen gelangt sind. Die jetzige Krisis lähmt jede systematische Tätigkeit, weil die Notwendigkeit, den Arbeitslosen zu helfen, Gelder in unproduktiver Weise verschlingt, die dann für produktive Zwecke fehlen. Wir müssen die Periode vom jetzigen bis zum nächsten Kongreß zu einer Periode des Übergangs zu normalen Zeiten machen. Ich glaube, daß das möglich ist; aber es ist von einer Bedingung abhängig, nämlich daß es uns gelingt, sofort beim Beginn des nächsten Budgetjahres der Exekutive eine solche Summe zur Verfügung zu stellen, daß sie damit nach Abzahlung von Schulden wieder zu einer geordneten Finanzwirtschaft kommen und durch Beginn der Ameliorierungsarbeiten die Arbeitslosenunterstützung abstellen kann. Professor Weizmann hat auf die Wichtigkeit dieser Sache bereits mit allem Nachdruck hingewiesen.
Es ist gewiß bedauerlich, daß die Schuldenlast der Exekutive, die 1925 nur 15000 Pfund betrug, sich in den letzten zwei Jahren verzehnfacht hat. Aber wenn Sie eine Wiederholung solcher Vorkommnisse verhindern wollen, so müssen Sie dafür sorgen, daß die Exekutive nicht wie bisher in Palästina als Mädchen für alles betrachtet wird. Es ist in der Zeit kurz nach dem Kriege leider von uns dadurch gesündigt worden, daß wir glaubten, uns mit allen Dingen des jüdischen Lebens beschäftigen zu müssen und sogar für die Stadt Jerusalem ein Kanalisationswerk zu bauen.
Seitdem ergeht in Palästina der Schrei an die Exekutive, wann immer irgendwo eine Hilfe notwendig ist. Das muß natürlich zu schlechten Resultaten führen. Die Exekutive ist keine Regierung, sie kann nicht durch Anziehen der Steuerschraube wachsenden Ausgaben auch wachsende Einnahmen gegenüberstellen. Sie hat nur ganz bestimmte und, wie Sie wissen, sehr beschränkte Mittel zu ihrer Verfügung und sie muß in eine finanzielle Kata-

strophe hineinkommen, wenn nicht ihr Aufgabenkreis von vornherein genau bestimmt ist. Die Öffentlichkeit muß wissen, daß alle Aufgaben philanthropischer Art nicht zum Aufgabenkreis der Exekutive gehören und daß es nutzlos ist, sich mit Dingen an die Exekutive zu wenden, für die sie nicht ausdrücklich durch ihr Budget zuständig ist.
Unsere Finanzwirtschaft in Palästina bekam, nachdem sich unsere ersten Hoffnungen nicht verwirklicht hatten, den Charakter einer *Kolonisation auf Abzahlung*. Dieses Abzahlungssystem ist in der Kolonisation ebensowenig sparsam wie bei den Privaten. Es kostet mehr, aber andererseits dürfen Sie nicht vergessen, daß wir durch dieses System es ermöglicht haben, im Jahre 1920 mit einem Mal die große Emek-Kolonisation zu beginnen. Sie mußte auf einmal im großen Stile begonnen werden. Unsere bereiten Mittel hätten dazu nicht gereicht. Es blieb nur die Möglichkeit, entweder von dieser großen Kolonisationsaufgabe abzusehen oder das System der Ratenzahlungen zu beschreiten. Und ich glaube auch heute noch, daß die Emek-Kolonisation eine so große Tat war, daß das System der Ratenzahlung durch sie gerechtfertigt wurde.
Meines Erachtens sollte die *Exekutive in Palästina* so klein wie möglich sein. Ich glaube nicht, daß eine Exekutive dadurch leistungsfähiger wird, daß sie mehr Mitglieder zählt. Ich bin undemokratisch genug, um zu glauben, daß *das beste Kollegium das Einmann-Kollegium* ist. Seitdem ich zum erstenmal nach dem Kriege in die Exekutive eintrat, habe ich gegen das kollegiale Prinzip angekämpft und zum wenigsten eine Ressortteilung angestrebt und durchgesetzt. Aber ich glaube, daß auf diesem Gebiete noch viel mehr geschehen muß und daß wir die größte Leistungsfähigkeit erreichen werden, wenn für jedes Tätigkeitsgebiet nicht ein Kollegium, sondern ein Mann die Verantwortung trägt.
In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Vorschlag von mir zurückkommen, den ich bereits auf den drei früheren Kongressen vorgebracht habe (und der leider bisher aus falsch verstandenem Prestige noch immer nicht zur Ausführung gekom-

men ist). Ich meine die Gründung eines besonderen *Kolonisationsfonds* und erwarte davon, daß die landwirtschaftliche Kolonisation aus dem vielgestaltigen Betrieb der Exekutive herausgenommen und einer besonderen fachmännischen Verwaltung unterstellt wird, eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Ich bin überhaupt dafür, daß die Exekutive *keine wirtschaftliche Tätigkeit in eigener Regie* ausübt, sondern daß für jede wirtschaftliche Tätigkeit größeren Umfangs ein besonderes, dieser Tätigkeit angepaßtes Institut gegründet werde. *Die Exekutive soll in wirtschaftlichen Dingen nicht selbst administrieren, sondern diese Tätigkeit nur kontrollieren.* Dadurch werden meines Erachtens nicht nur die Leistungen in dieser bestimmten Tätigkeit gesteigert werden, sondern auch die Exekutive wird von der täglichen Kleinarbeit, wie sie die direkte Administration mit sich bringt, befreit und, indem sie sich auf die Kontrolle der wichtigen und prinzipiellen Seiten in der Geschäftsführung aller einzelnen Institute beschränkt, wird sie viel eher imstande sein, wirklich richtunggebend und leitend aufzutreten.

Die Einstellung der Regierung

Ich will noch mit einigen Worten auf unser Verhältnis zur Regierung eingehen. Ich bin überzeugt, daß die Regierung uns Sympathien entgegenbringt, aber leider dauert es oft sehr lange, bis sich diese Sympathien zur Tat verdichten. Ich will hier nur eine spezielle Sache, die für unsere landwirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung ist, erwähnen. Unsere Kolonisation hat dadurch, daß sie nicht mit den primitiven Methoden des Fellachen, sondern mit großen Investitionen für Bewässerung, Maschinen, Düngung arbeitet, naturgemäß größere Bruttoerträge als die Fellachenwirtschaft. Die Regierung nimmt davon den *Zehnten* und zieht auf diese Weise aus dem von Juden besiedelten Boden viel höhere Steuern als früher. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, wenn der höhere Rohertrag auch einem höheren Reinertrage entspräche. In Wirklichkeit aber ist das durchaus

nicht der Fall. Unsere Siedlungen haben, zumindest in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens, sehr schwer zu kämpfen, um dem Siedler die nackte Existenz zu geben. Weder der Nationalfonds noch der Keren Hajessod, die durch ihre Kapitalien die Errichtung der Wirtschaften ermöglicht haben, können in diesen zehn Jahren von dem Siedler irgendwelche Zahlungen bekommen. Unter diesen Umständen ist es ein offenes Unrecht, wenn die Regierung aus den Siedlern mehr Steuern herausholt als von den früheren Besitzern; denn der Siedler muß, um den Oscher zu zahlen, ihn sich entweder von seinen notwendigsten Bedürfnissen absparen oder, wenn er das nicht kann, müssen der Keren Hajessod und der Keren Kajemet ihm noch das Geld dazu geben. Sie werden also dafür bestraft, daß sie die Ansiedler finanziert haben. Ich betrachte diesen Zustand als unhaltbar und glaube, daß wir verlangen müssen, daß die Regierung für eine Übergangszeit von zehn bis fünfzehn Jahren von dem Siedler keinen höheren Oscher erhebt als denjenigen, den die Regierung früher von demselben Boden bezogen hat.
In derselben Weise ist es nicht gerechtfertigt, daß die Regierung die *Grundsteuer* (Werko) von dem Kaufpreis des Bodens erhebt. Wir müssen, wie Sie wissen, für den Boden in Palästina weit höhere Preise zahlen, als dem Ertragswert des Bodens entspricht. Boden, der von früher her in den Grundbüchern der Regierung nur mit vierzig bis fünfzig Piaster pro Dunam eingetragen ist und in der Hand des arabischen Eigentümers nur von diesem Wert den Werko bezahlt, wird, sobald wir ihn mit drei Pfund pro Dunam kaufen, mit diesem Wert im Grundbuch registriert und muß dann auch von diesem Wert die Grundsteuer zahlen. Es ist schlimm genug, daß wir so hohe Bodenpreise zahlen müssen, aber es ist ungerecht, daß die Regierung noch ihrerseits hiervon einen Vorteil zieht. Sie dürfte den Boden stets nur zu seinem wirklichen Werte ansetzen.
Bei der Notwendigkeit, für neue Einwanderer Häuser zu bauen, ist es auch eine durchaus berechtigte Forderung, daß die Regierung, wie es in vielen anderen Ländern zur Linderung der Wohnungsnot geschieht, neue Bauten für eine Reihe von Jahren von

jeder Steuer befreit. Ebenso sollten zur Förderung der Industrie neue Fabrikgebäude für die ersten zehn bis fünfzehn Jahre keine Steuer zu zahlen haben.

Besonderen Wert lege ich darauf, daß die Regierung uns ihre Arme bei der Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens leiht. In sehr vielen Ländern und sogar in vielen englischen Dominions gibt die Regierung entweder selbst Darlehen für Amelioration oder landwirtschaftliche Ansiedlung oder hilft privaten Ansiedlungsgesellschaften durch ihre Garantie. Wenn wir in Palästina das nicht für eine jüdische Siedlungsgesellschaft erlangen können, so müssen wir wenigstens verlangen, daß die Regierung die Rückzahlung, welche die Siedler an die jüdischen Siedlungsgesellschaften zu leisten haben, wie eine öffentliche Steuer behandelt und sie, mit Vorrang vor allen sonstigen Gläubigern, wie eine Steuer von den Siedlern einzieht. Bei einer solchen Hilfe der Regierung besteht für uns eine viel größere Aussicht, daß die Siedlungsgesellschaft von außen her eine Anleihe bekommt.

In bezug auf die Bereitstellung von *Staatsländereien* hat die Regierung bisher so gut wie nichts getan. Sie wissen, daß sie in ihrem Bericht an den Völkerbund als Grund dafür angegeben hat, daß zunächst einmal die allgemeine Katastrierung des Bodens in Palästina erfolgen müsse, bevor sie Staatsländereien vergeben könne. Da sich diese allgemeine Katastrierung aber noch viele Jahre hinziehen kann und ich glaube, daß nicht für alle Staatsländereien die Katastrierung von solcher Wichtigkeit ist, so sollten wir von der Regierung verlangen, daß sie eine besondere Kommission einsetzt, in welcher die Staatsländereien daraufhin geprüft werden, ob sie nach ihrer rechtlichen oder tatsächlichen Lage nicht auch ohne vorherige Katastrierung bereits für unser Siedlungswerk freigegeben werden können. Eine solche objektive Prüfung von Fall zu Fall wird die Erbitterung zerstreuen, die bisher wegen des völligen Versagens der Regierung in diesem Punkte bei vielen von uns vorhanden ist.

Ich komme zum Schluß. Ich bin nicht geneigt, unsere Leistungen seit dem Jahre 1908 geringschätzig zu beurteilen. Wenn Sie

bedenken, daß in diesen neunzehn Jahren der Weltkrieg mit seinen Nachwirkungen etwa sieben Jahre hindurch eine geordnete Wirtschaft unmöglich machte und daß eigentlich nur zwölf Jahre einer richtigen Arbeit hinter uns liegen, von denen wir in den ersten sechs Jahren noch nicht einmal mit ebenso vielen Francs arbeiteten, als wir heute Pfunde haben, so sage ich, daß *unsere Leistungen außerordentlich groß* sind. Ein einziges Nahalal wäre für solch kurze Zeit schon eine Leistung. Aber wir haben nicht nur ein Nahalal. Ferner: lesen Sie den Bericht der PLDC. in dem Bericht der Exekutive. Diese Gesellschaft hat mit ihrem winzigen Kapital seit 1908 fast 400 000 Dunam landwirtschaftlichen Boden, davon etwa die Hälfte für den Keren Kajemet, und mehrere Millionen Quadratmeter städtischen Boden erworben. Vergleichen Sie einmal eine Landkarte mit dem jüdischen Besitz vom Jahre 1908 mit dem heutigen Besitz, und Sie werden sehen, welche Zunahme unser Landbesitz erfahren hat und wie die Küstenebene und der Emek Jesreel heute anders aussehen. In diese Zeit fällt die Gründung und die Entwicklung Tel Awiws, das eine außerordentliche Summe von Energie repräsentiert. In diese Zeit fällt die Errichtung moderner jüdischer Stadtviertel in Jerusalem, Haifa und Tiberias. In diese Zeit fallen die Anfänge einer Industrie, die in der Textilbranche und in der Erzeugung von Baumaterialien auf dem Wege zur günstigen Entwicklung ist. Und schließlich fällt in diese Zeit die Vermehrung der Zahl der Juden von 65 000 auf 155 000. All dies sind Tatsachen, die wir uns immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen sollten, wenn wir anfangen, kleinmütig zu werden.

Und so schließe ich meine Ausführungen mit zwei Ermahnungen: *Werden Sie nicht ungeduldig,* wenn wir auf unserem Wege Schwierigkeiten finden oder wenn wir manchmal im Zickzack gehen! Vergessen Sie nicht, wie kurz die Zeitspanne ist, seitdem wir in Palästina eine systematische Arbeit begonnen haben! Soll ich Sie daran erinnern, daß im Jahre 1908 das gesamte Budget der Zionistischen Organisation für Palästina *achthundert Pfund* war? Soll ich Sie daran erinnern, daß im Jahre 1914 Amerika für Palästina noch nicht entdeckt war? Soll ich Sie daran er-

innern, daß erst im Jahre 1921 der Keren Hajessod gegründet wurde, daß erst vor sechs Jahren zum erstenmal ein größerer Bodenkomplex in unsere Hände kam? Ich glaube, wenn Sie dies alles abwägen und wenn Sie andererseits abschätzen, welch ungeheuere Summe von nationaler Energie in einer einzigen Siedlung wie Nahalal oder Deganja verkörpert ist, so werden Sie nicht umhin können zu gestehen, daß hier eine ganz erhebliche Leistung vorliegt. Ich glaube, wir können dem Urteil der Geschichte darüber mit Ruhe entgegensehen.

Und noch eine zweite Mahnung: Verfallen Sie nicht in den Fehler, *Enthusiasmus und letzte persönliche Hingabe* bei den neuen Juden in Palästina geringzuschätzen! Es genügt nicht, daß wir als Volk in der Vergangenheit Verdienste hatten. Wir müssen uns auch in der Gegenwart die Achtung und Sympathie der Welt durch unsere Leistungen täglich neu erobern. Und ich kann mir kaum etwas denken, was dazu mehr geeignet ist als die restlose Hingabe und Selbstlosigkeit, die unsere Chaluzim auszeichnen. Ich hoffe, daß eine gerechtere gegenseitige Würdigung von rechts nach links und von links nach rechts eintreten wird und daß wir in dieser von sozialen Kämpfen zerrütteten Welt ein lebendiges Beispiel einer Gemeinschaft geben können, in der diese Kämpfe auf ein Minimum reduziert und das Glücksgefühl des Einzelnen gesteigert wird. Manche mögen glauben, daß uns in Palästina von selbst auch ein höheres Menschentum erwachsen wird. Ich bin nicht dieser Ansicht. *Wir werden in Palästina das ernten, was wir jetzt säen.* Und deshalb ist es so wichtig, daß die Saat eine gute ist. Größeres Vertrauen und größeres Verständnis von hüben und drüben – das sind die Bedingungen, unter denen wir hoffen können, auf unserem Wege erfolgreich weiterzuschreiten und in Palästina ein jüdisches Gemeinwesen von hohem ethischen Wert zu begründen.

Dreißig Jahre Aufbau in Palästina

—

Emek Jesreel

Zur Geschichte des Bodenkaufs im Emek Jesreel

(»Palästina«, Juni 1929)

Die Vorgeschichte

Die Bemühungen, den Emek Jesreel für die jüdische Kolonisation zu erwerben, haben eine lange Vorgeschichte. Es war klar, daß dieses Gebiet, das die größte fruchtbare Ebene Palästinas darstellt, den jüdischen Kolonisationsgesellschaften von Anfang an in die Augen fallen mußte. Als im Jahre 1890 infolge der Verfolgungen in Rußland die Juden in Massen sich zur Auswanderung aus Rußland anschickten, nahm ein Teil von ihnen sich auch Palästina zum Ziel. Es bildeten sich in den größeren russischen Städten jüdische Gesellschaften mit dem Zweck, Boden für Kolonisation in Palästina zu erwerben. Diese Gesellschaften standen in Verbindung mit dem Odessaer Komitee der Chowewe Zion, das seinerseits sein Büro in Jaffa beauftragte, für diese Gesellschaften passenden Boden in Palästina zu kaufen. Zur Ausführung des Auftrags setzte sich das Büro mit Herrn Jehoschua Hankin in Verbindung. Dieser, damals ein junger Mann von etwa fünfundzwanzig Jahren, hatte bereits vorher den Boden für die Kolonien Rechowot und Chedera erworben und dabei seine Kenntnisse und seine Geschicklichkeit in solchen Verhandlungen erwiesen. Er hatte alle Kaufmöglichkeiten studiert und hatte einen Plan ausgearbeitet, um 160 000 Dunam Boden im Emek Jesreel und etwa 70 000 Dunam in Untergaliläa (Jemma, Mescha usw.) zu erwerben. Er legte diesen Plan Herrn Tomkin vor, der das Büro der Chowewe Zion zusammen mit den Herren Pines und Bentowim leitete. Tomkin stimmte dem Plan zu, nicht nur wegen der Fruchtbarkeit

der vorgeschlagenen Gebiete, sondern weil es hier und nur hier möglich war, große Flächen auf einmal von Großgrundbesitzern zu erwerben, während im übrigen Palästina der Boden in kleinen Teilen unter viele Eigentümer zersplittert war und der Erwerb eines zusammenhängenden Stückes den größten Schwierigkeiten begegnete und Jahre in Anspruch nahm.
Hankin ging mit Eifer ans Werk, und es gelang ihm im Jahre 1891, sich durch einen Vertrag mit den Großgrundbesitzern 160 000 Dunam Boden im Emek Jesreel und der Akko-Ebene zum Preise von fünfzehn Francs pro Dunam zu sichern. Diese 160 000 Dunam umfaßten auch die Böden, die vor einigen Jahren in den Besitz der Haifa Bay Development Co. und kürzlich zum größten Teil in den Besitz des Jüdischen Nationalfonds gekommen sind. Es war Hankin nicht leicht geworden, den Vertrag wegen der 160 000 Dunam zu einem niedrigen Preise abzuschließen, weil schon damals Spekulanten aller Art sich an den Bodeneigentümer herandrängten und durch Angebot höherer Preise den Vertrag mit Hankin zu vereiteln suchten. Aber Hankin genoß bei den Arabern ein großes Vertrauen, und es gelang ihm, die Konkurrenz der Spekulanten auszuschalten. Aber mitten in der Ausführung des Vertrages verbot die türkische Regierung, die durch die stärker gewordene Einwanderung von russischen Juden erschreckt war, die jüdische Einwanderung überhaupt. Dieser Schlag wirkte katastrophal auf den Bodenkauf. Die russischen Bodenkaufsgesellschaften lösten sich auf, sandten die versprochenen Kaufgelder nicht ein, und die ganze großangelegte Transaktion fiel ins Wasser.

Der erste Kauf (Merchawja)

Zwanzig Jahre vergingen, ohne daß der Versuch, den Emek Jesreel zu erwerben, wiederholt wurde. Erst im Jahre 1910 nahm Hankin, der inzwischen in Untergaliläa Boden für die Ica gekauft hatte, die Verhandlungen wegen Bodens im Emek Jesreel wieder auf. Er schloß auf Veranlassung eines russischen Juden, Elias Blumenfeld, der mit eigenen Mitteln eine größere

Farm anlegen und zu diesem Zweck 1000 Dunam kaufen wollte, einen Vertrag über eine Fläche von 9500 Dunam in 'Fule, das später Merchawja genannt wurde. Er hoffte, daß die Ica, in deren Diensten er damals stand, den Rest des Bodens kaufen würde. Aber die Ica lehnte es ab, und so wandte er sich an mich, als Leiter des Palästina-Amts, mit der Frage, ob die zionistischen Institutionen zum Ankauf bereit seien. Mir war schon früher, jedesmal wenn ich auf der Fahrt von Haifa nach Nazareth meinen Blick über die weite Fläche des Emek Jesreel schweifen ließ, klargeworden, daß dieses Gebiet infolge seiner Nähe zu Haifa, der guten Verbindungen durch Eisenbahn und Chaussee, der leichten Bearbeitbarkeit des Bodens wie kein anderes Gebiet für eine jüdische Kolonisation geeignet sei. Ich ergriff deshalb gern die Gelegenheit, den ersten Fuß in den Emek zu setzen. Aber es war nicht leicht, die Mittel für den Kauf aufzutreiben. Nur der Zufall, daß damals gerade Franz Oppenheimer seine Siedlungsgenossenschaft begründet hatte und dafür Boden suchte und daß gleichzeitig noch einige private Käufer auftraten, machten den Kauf möglich. Der Nationalfonds übernahm 3500 Dunam des Bodens für die Siedlungsgenossenschaft und die Palestine Land Development Co. den Rest. Noch aber war damit der Kauf nicht durchgeführt, denn die türkischen Behörden weigerten sich, den Kauf zu bestätigen, trotzdem als Käufer vor den Behörden weder der Nationalfonds noch die PLDC., sondern ein Jude, Efraim Krause, der türkischer Staatsangehöriger war, auftrat. Der Gouverneur in Nazareth, ein fanatischer Antizionist, erklärte, daß er bis zum letzten Blutstropfen gegen diesen Kauf kämpfen würde. Er ließ auch die Befehle des ihm vorgesetzten Mutessarif in Akko, dem Kauf keine Hindernisse zu bereiten, unbeachtet. So blieb denn nichts übrig, als daß wir uns an den Vali (Generalgouverneur) in Beirut wandten. Höchste Eile war geboten, denn der Kauf begann schon Aufsehen zu erregen, und einflußreiche Kreise bemühten sich, ihn zu vereiteln. Ich erinnere mich, wie Hankin und ich im Februar 1910, an einem schrecklich stürmischen und regnerischen Tage, an dem die Schiffe zwischen Haifa und Beirut nicht ver-

kehren konnten (einen Weg für Wagen gab es noch nicht), von Haifa nach Beirut ritten, und wie wir am ersten Tage erst gegen Mitternacht in Sidon und am zweiten Tage in Beirut ankamen. Aber trotzdem wir zwei Wochen hierblieben und uns die Bestätigung des Kaufes von einem Tage zum andern zugesagt wurde, mußten wir doch schließlich Beirut unverrichteter Sache verlassen. Erst den Bemühungen Hankins durch seine Freunde in Konstantinopel gelang es, durch das Ministerium die Bestätigung des Kaufs durchzusetzen. So war der erste Siedlungspunkt im Emek gewonnen, und bald darauf begannen die Oppenheimersche Siedlungsgenossenschaft und einige private Kolonisten dort die landwirtschaftliche Tätigkeit.

Neue Versuche

Um diese Zeit regte sich von neuem unter den bemittelten russischen Juden das Interesse für den Bodenkauf in Palästina. Hankin war seit dem Kauf von Merchawja in die Dienste der *Palestine Land Development Company* getreten, für die er bis heute arbeitet. Er ließ keine Gelegenheit vorbeigehen, um den Bodenbesitz in Palästina zu erweitern und trat im Jahre 1913 wiederum in Verhandlungen wegen einer an Merchawja angrenzenden Fläche von 20000 Dunam in Mesra. Er schloß einen provisorischen Vertrag zum Preise von rund vierzig Francs pro Dunam ab. Ich bemühte mich, auf einer Reise in Rußland und auch auf schriftlichem Wege dafür Käufer zu finden, und auch das Odessaer Komitee tat Schritte in dieser Richtung. Es gelang mit Hilfe des verstorbenen Ingenieurs Nachum Syrkin in Kiew, den reichen Zuckerfabrikanten Brodski für diesen Boden zu interessieren; er gedachte, darauf Versuche mit dem Anbau von Zuckerrüben zu beginnen. Brodski beauftragte uns, den Boden zu kaufen. Aber kaum hatte er sich zum Kauf des Bodens bereit erklärt, als der Baron Rothschild ebenfalls den Entschluß faßte, den Boden zu erwerben. Es war kein Zweifel, daß dem Baron in diesem Falle das Vorrecht gebührte. Ich telegraphierte deshalb an Brodski – es war in den letzten Tagen des Juli 1914

– und bat ihn, zugunsten des Baron Rothschild auf den Kauf zu verzichten. Umgehend kam seine telegraphische Zustimmung aus einem deutschen Badeort. Es war bereits einige Tage vor oder einige Tage nach der Kriegserklärung, und es war klar, daß Brodski gar nicht mehr in der Lage gewesen wäre, das Geld für den Kauf zu überweisen. Dagegen überwies der Baron Rothschild für den Kauf des Bodens eine halbe Million Francs. Dieses Geld konnte zwar in der Kriegszeit nicht mehr für den Bodenkauf benützt werden, es war aber die letzte Geldsendung, welche die Ica in der Kriegszeit erhielt, und war ihr zur Fortsetzung ihrer laufenden Arbeiten von höchstem Wert.

Der große Bodenkauf

Während des Krieges und in den ersten zwei Jahren nach dem Kriege waren Bodenkäufe gesetzlich unmöglich. Nach Einrichtung der Zivilverwaltung unter Herbert Samuel im Jahre 1920 wurde der Bodenkauf wieder erlaubt. Hankin war wieder zur Stelle und schloß einen provisorischen Vertrag über 70000 Dunam ab. Die Hälfte des Bodens (Nahalal, Djindjar, Nasra) war unbewässerter Boden und kostete drei Pfund pro Dunam, die andere Hälfte (Nuris) war zum Teil bewässert und kostete sechseinhalb Pfund. Der ganze Kaufpreis belief sich annähernd auf 300000 Pfund und sollte sofort bei Übernahme des Bodens bezahlt werden. Als Hankin mit diesem Vertrage zu mir kam, erklärte ich ihm, daß nach der Geldlage der Zionistischen Organisation und ihrer Institute ein solcher Kauf absolut unmöglich sei. Hankin wies immer wieder auf die Wichtigkeit dieses Kaufes hin. Ich sah ein, daß hier zum ersten Male die Möglichkeit gegeben war, auf einer großen Fläche, wie sie uns vordem noch nie zur Verfügung gestanden hatte, eine Kolonisation großen Stils zu beginnen, aber ich sah keinen Weg, um den gewaltigen Betrag für den Kauf aufzubringen. Unsere Unterhaltung dauerte viele Stunden und schien resultatlos zu verlaufen, bis ich schließlich Hankin erklärte, daß ich versuchen wollte, den Jüdischen Nationalfonds für den Kauf zu interessieren, falls es möglich sei, den Kauf-

preis in zehn Jahresraten zu erlegen. Ein solcher Vorschlag erschien damals als utopisch, denn noch niemals war bis dahin ein Fall vorgekommen, daß Araber Boden auf Ratenzahlungen verkauften. Auch Hankin hatte große Zweifel, ob dieser Weg gangbar sei, wollte aber immerhin die Sache versuchen, und wirklich gelang es ihm, von den Eigentümern eine Option zu erhalten, wonach sie den Kaufpreis zwar nicht in zehn, aber in sechs Jahresraten bekommen sollten. Der Jüdische Nationalfonds wurde damals in Palästina durch ein Komitee vertreten, das aus den Herren Ussischkin, Ettinger und mir bestand. Dieses Komitee stimmte dem Kauf im Prinzip zu und unterbreitete ihn zur Bestätigung dem Direktorium des Nationalfonds in Europa. Hier fand aber der Kauf starken Widerspruch. Die Revisionskommission, die damals gerade nach Palästina kam, erklärte sich gegen den Kauf. Der Gouverneur des Nationalfonds legte gegen ihn sein Veto ein, und der Kauf wäre wahrscheinlich gescheitert, wenn nicht die Zionistische Exekutive eingegriffen und mit der ausschlaggebenden Stimme von Dr. Weizmann sich für den Kauf ausgesprochen hätte. So kam der Kauf nach vielen anderen Schwierigkeiten schließlich doch zustande und ermöglichte die Gründung einer ganzen Reihe von neuen Siedlungen im Emek (Nahalal, Ginegar, Kfar Jecheskel, Gewa, Ejn Charod, Tel Jossef, Bet Alfa).

In den nächsten Jahren gelang es Hankin, noch weitere große Flächen im Emek Jesreel für den Nationalfonds, die American Zion Commonwealth und private Gesellschaften zu erwerben. Außerdem erwarb er im Jahre 1924 zirka 65 000 Dunam in der Akko-Ebene, darunter 46 000 Dunam an der Küste zwischen Haifa und Akko. Hiervon ging ein Viertel in das Eigentum des Nationalfonds und drei Viertel in den Besitz der Palestine Land Development Company über, die ihrerseits diesen Boden später an die durch die Initiative von Joseph Loewy zusammen mit der American Zion Commonwealth gegründete Haifa Bay Development Co. verkaufte. Im Jahre 1928 ist der größte Teil von der Haifa Bay Development Co. auf den Jüdischen Nationalfonds übergegangen. Die Erwerbung dieses Bodens ist des-

halb besonders wichtig, weil sie dem Jüdischen Nationalfonds einen bleibenden Einfluß auf die Entwicklung von Haifa sichert.
Insgesamt sind vom Jahre 1910 bis jetzt im Emek Jesreel (ohne die 65000 Dunam in der Akko-Ebene) zirka 225000 Dunam zum Preise von insgesamt 800000 Pfund erworben worden.

Die Bedeutung des Emek Jesreel

Es ist öfter gefragt worden, warum die Zionistische Organisation gerade den Emek Jesreel als Kolonisationsgebiet gewählt und die Küstenebene, die sich für Pflanzungen und besonders für Orangenpflanzungen eignet, vernachlässigt hat. Die Antwort hierauf ist zunächst die, daß der Bodenkauf in der Küstenebene durchaus nicht vernachlässigt, daß allerdings der größte Teil nicht vom Jüdischen Nationalfonds, sondern von Pflanzungsgesellschaften erworben worden ist. In der Zeit von 1910 bis jetzt sind allein durch die Palestine Land Development Co. in der Küstenebene von Gaza bis Haifa 70000 Dunam, und wenn man die Akko-Ebene hinzurechnet, sogar 135000 Dunam gekauft worden. Daß trotzdem in der zionistischen Öffentlichkeit viel mehr von den Käufen im Emek Jesreel als von den Käufen in der Küstenebene bekannt ist, hängt damit zusammen, daß es im Emek Jesreel möglich war, ganz große Flächen auf einmal zu kaufen, während in der Küstenebene immer nur kleine Käufe von einigen hundert oder einigen tausend Dunam möglich sind. Zu den oben erwähnten Käufen der Palestine Land Development Co. in der Küstenebene kommen noch 60000 bis 70000 Dunam hinzu, welche die Ica in der Nähe von Benjamina gekauft oder von der Regierung in langjährige Pacht bekommen hat. Auch einige Privatleute und Gesellschaften haben in der Küstenebene direkt von Arabern einige Terrains gekauft. Rechnet man hierzu noch zirka 50000 Dunam Boden, deren Kauf schon vor langer Zeit durch die Palestine Land Development Company begonnen wurde (zum größten Teil für Rechnung des Jüdischen Nationalfonds), aber infolge

großer Schwierigkeiten erst jetzt seiner Durchführung nahegekommen ist, so ergibt sich, daß in der Küstenebene, einschließlich der Akko-Ebene, zirka 250 000 Dunam Boden in jüdischen Besitz gekommen sind, das heißt sogar etwas mehr als im Emek Jesreel.

Richtig ist allerdings, daß die Zionistische Organisation in der ersten Zeit nach dem Weltkrieg das Schwergewicht ihrer Kolonisation in den Emek Jesreel verlegte, weil sie nur hier hoffen konnte, in kurzer Zeit große Flächen für eine großzügige Kolonisation zu erwerben. In der Küstenebene hätte der Kauf, der sich im Emek Jesreel in einigen Monaten durchführen ließ, viele Jahre in Anspruch genommen. Es war aber damals gerade im Interesse der ganzen zionistischen Bewegung eine unabweisliche Notwendigkeit, nicht jahrelang mit der Kolonisation zu warten, sondern sofort damit zu beginnen. Dazu kommt noch, daß in der Küstenzone die Kolonisation im wesentlichen auf Grundlage des Orangenbaues geführt werden muß und daß Orangenplantagen erst nach sechs Jahren einen Ertrag geben. Bei der unsicheren Finanzlage der Zionistischen Organisation, wie sie im Jahre 1920 und 1921 herrschte, würde eine Kolonisation in der Küstenebene außerordentlich riskant gewesen sein, denn sie hätte bedeutet, daß die Siedler mindestens sechs Jahre hindurch die Kosten für ihren Lebensunterhalt und für die Anlage der Pflanzungen von den zionistischen Fonds bekämen. Und wer hätte damals, im ersten Jahre des Keren Hajessod, eine solche Verpflichtung auf sechs Jahre übernehmen können? Es mußte eine Kolonisationsform gefunden werden, bei welcher die Siedler in kürzester Zeit Einnahmen aus ihren eigenen Farmen ziehen konnten, und dafür bot die gemischte Wirtschaft, mit der Milchwirtschaft als zentralem Zweig, die beste Möglichkeit.

Siedler, die mit eigenen Mitteln Orangenpflanzungen angelegt und die Zionistische Organisation der finanziellen Verantwortung enthoben hätten, gab es damals nicht. Es war die Zeit der Inflation in Europa, in welcher die Summen, die in Palästina zur Anlage einer Orangenpflanzung erforderlich waren, in europäi-

scher Währung Millionen- und Milliardenbeträge ausmachten. Außerdem waren im Jahre 1921 die Orangenpflanzungen durchaus nicht beliebt. Sie hatten während des Krieges, als sechs Jahre kein Orangenexport möglich war, große Verluste gebracht und schienen keineswegs eine sichere Anlage zu sein. Noch im Jahre 1921 fand sich für eine der bestgelegensten und schönsten jüdischen Orangenpflanzungen in Palästina sogar zu den niedrigsten Preisen kein jüdischer Käufer, und sie ging durch Kauf auf einen Araber über. Die PLDC. konnte für Böden, die sie 1922 in der Nähe von Petach Tikwa kaufte, jahrelang keinen Käufer finden. Erst seit dem Jahre 1925 weist der Orangenbau eine hohe Rentabilität und einen sicheren Markt auf, und erst seit dieser Zeit beginnt sich das Privatkapital für Orangenpflanzungen zu interessieren.

Man kann sagen, daß die bisherigen jüdischen Bodenkäufe auf die beiden großen Ebenen Palästinas fast gleichmäßig verteilt sind. Nur abseits dieser Ebenen, im Bergland, ist kein Boden gekauft worden, weil die erhöhten Schwierigkeiten der Kolonisation im Gebirge erkannt wurden. Es mutet deshalb sonderbar an, wenn in dem Bericht der Expertenkommission der Jewish Agency sehr ausführlich gegen die »Bergkolonien« der Zionistischen Organisation polemisiert wird. Gemeint sind damit die Kolonien Atarot (Kalendie) und Kirjat Anawim bei Jerusalem. Aber diese sind viel eher als *Vorstadt*-Kolonien denn als Bergkolonien zu bezeichnen, denn ihre Existenz beruht auf der Nähe des Jerusalemer Marktes. Durch diese Nähe erzielen sie für ihre Milch, Gemüse, Eier und Früchte so gute Preise daß ihre Lage durchaus befriedigend und besser ist als die vieler Kolonien in der Ebene.

Der Kauf der Emek-Böden hat der Stadt Haifa, die im Wirtschaftsleben Palästinas in der Zukunft die erste Stelle einnehmen wird, ein jüdisches Hinterland gegeben und wesentlich dazu beigetragen, daß die jüdische Bevölkerung Haifas seit dem Jahre 1920 von 3000 auf 15000 angewachsen ist. Hätten wir den Emek Jesreel noch nicht gekauft, so würden wir heute, wo Haifa vor dem Hafenbau und vor einer neuen Verbindung

mit Mesopotamien steht, alles daransetzen müssen, um den Emek zu erwerben. Da wir ihn größtenteils schon besitzen, können wir uns jetzt anderen Gebieten, insbesondere solchen in der Zone des Orangenbaues, zuwenden, wohin schon in den beiden letzten Jahren der Schwerpunkt der Kauftätigkeit verlegt worden ist.

—

Palästinas Bedeutung für die Zukunft des Judentums

Referat auf dem XVI. Zionistenkongreß in Zürich

(1929)

Zum erstenmal, seitdem ich an zionistischen Kongressen teilnehme, werde ich nicht über Einzelfragen des Palästinaaufbaues, sondern über seine Bedeutung im ganzen für die Zukunft der Juden sprechen. Ich halte es für notwendig, daß wir in einer Zeit, in der wir in eine neue Phase unserer Palästinaarbeit eintreten, uns von neuem Zweck und Ziel der zionistischen Tätigkeit ins Gedächtnis rufen.

Es scheint mir, daß es seit der Zerstörung des jüdischen Staates in Palästina kaum eine Zeit gegeben hat, die für das Schicksal des jüdischen Volkes von so folgenschwerer Bedeutung war wie die letzten drei Jahrzehnte. In diese Zeit fallen sowohl positive wie negative Erscheinungen von großer Tragweite. Die *Zahl* der Juden ist in dieser Zeit von zehneinhalb Millionen auf fast sechzehn Millionen gestiegen. Sie ist damit weit höher als jemals zuvor. Im Altertum ging sie nicht über viereinhalb Millionen hinaus. Im Beginn des neunzehnten Jahrhunderts betrug sie zweieinhalb Millionen. Auch die *Verteilung* der Juden in der Welt hat in den letzten drei Jahrzehnten große Veränderungen erfahren. Fast drei Millionen Juden sind in dieser Zeit aus den Ländern Osteuropas nach Mittel- und Westeuropa, nach den Vereinigten Staaten und anderen überseeischen Ländern gewandert und sind zum größten Teil aus der Not zum Wohlstand aufgestiegen. In den Vereinigten Staaten, in denen um 1900 nur etwa eine Million Juden wohnten, leben heute viereinhalb Millionen. Die Rechtsbeschränkungen und unerhörten Bedrückun-

gen, denen die sechs Millionen Juden in Rußland vor dem Weltkrieg ausgesetzt waren, haben aufgehört. Die gesetzliche *Gleichberechtigung* der Juden ist nach 150 Jahren rechtlicher Zurücksetzung in der ganzen Welt durchgeführt. In den meisten Ländern Osteuropas sind die Juden seit dem Weltkrieg durch die völkerrechtlichen Verträge zum Schutz der nationalen Minderheiten als nationale Minderheit anerkannt und haben dadurch das Recht erhalten, ihr kulturelles Leben nach eigenem Willen zu gestalten. Die jahrhundertealte Sehnsucht der Juden nach *Palästina*, die früher nur in Gebeten, in Pilgerfahrten und in kleinen Anfängen einer Besiedlung Befriedigung finden konnte, hat durch die Balfourdeklaration und durch das Palästinamandat eine völkerrechtliche Grundlage zu ihrer Verwirklichung bekommen, die uns vor fünfzehn Jahren noch als ein Traum erschien.

Die Assimilationserscheinungen

Unter diesen Gesichtspunkten gesehen, steht der Bau der Judenheit heute imposanter als da jemals zuvor. Aber hinter der glänzenden Fassade sind zerstörende Kräfte am Werke. Sie untergraben den Grundpfeiler des Baues, nämlich das Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden, das auf ihre Religions-, Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft gegründet war. Wir sind gewohnt, diese Erscheinung als *Assimilation* zu bezeichnen. Wir verstehen darunter, daß Juden sich von der traditionellen jüdischen Kultur, die bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts allen Juden gemeinsam war, loslösen und in das Herrschaftsgebiet einer anderen Kultur gelangen, die ihnen höher als die eigene erscheint und der sie sich deshalb anzuschließen suchen.

Der Wechsel der Kultur ist die Einleitung zum Wechsel der Nationalität. Es wird zwar von manchen Seiten behauptet, daß ein Jude so wenig aus seiner Nationalität austreten könne wie ein Neger aus seiner Rasse. Aber der Vergleich stimmt nicht. Die Rasse ist ein vom Menschen unabhängiger Faktor, seine Nationalität hängt dagegen zu einem großen Teil von äußeren Ver-

hältnissen ab, auf deren Wahl und Gestaltung der Mensch Einfluß hat. Viele Juden in Westeuropa fühlen sich dem Volkstum ihrer Umgebung näher als den Juden und können kaum noch zur jüdischen Nationalität gerechnet werden. Es hat keinen Zweck, ihnen eine fiktive jüdische Nationalität zuzuschreiben. Sie bleiben vielleicht eine Zeitlang in einem Schwebezustand zwischen beiden Nationalitäten, aber schließlich fallen sie der Anziehungskraft der stärkeren Nationalität anheim. Sie können hierbei trotz völligen Verlustes des Interesses an jüdischen Dingen doch formell noch Juden der Religion nach bleiben. Sie können aber durch Taufe, Austritt oder durch Mischehen, bei denen die Kinder der christlichen Religion zufallen, auch äußerlich die Trennung von der jüdischen Gemeinschaft vollziehen.

Vor dreißig Jahren waren zwar die *Gefahren der Assimilation* auch schon sichtbar, aber sie hatten bei weitem nicht den Umfang, den sie inzwischen erlangt haben. Während um das Jahr 1900 noch drei Viertel aller Juden in Ländern mit relativ niedriger Kultur, in Osteuropa und im Orient, lebten und die Versuchung zum Übergang in die Kultur der nichtjüdischen Umgebung gering war, hat sich heute das Bild gänzlich geändert. Heute lebt bereits die Hälfte aller Juden außerhalb Osteuropas in den Ländern höherer Kultur, davon allein fünf Millionen im englischen Sprachgebiet, und ist hier den Verlockungen dieser Kulturen im höchsten Maße ausgesetzt. Wir finden demgemäß eine steigende *Abwendung von all den Kulturwerten, die noch vor zwei und drei Generationen unseren Vorfahren teuer waren.* Entsprechend der großen Bedeutung, welche die Religion bisher für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden hatte, leidet die Judenheit mehr als andere ethnische Gruppen durch den Niedergang des religiösen Lebens in der Gegenwart. In Mittel- und Westeuropa ist die Zugehörigkeit zum Judentum bei vielen ein leerer Schein, ohne jeden religiösen Inhalt, geworden. In Amerika besuchen Zehntausende von Juden die Kirchen der Christian Science. Andere haben die Religion überhaupt aus ihrem Leben ausgeschaltet. Sie treten zwar nicht formell aus dem Judentum aus, weil in Amerika die Zugehörigkeit zu einer Reli-

gion reine Privatsache ist und nicht offiziell registriert wird, aber sie verlieren jeden Zusammenhang mit dem Judentum. Die Taufe ist bei ihnen nicht ein einmaliger Akt, sondern ein chronischer Prozeß.

Die jüdischen Organisationen geben sich ungeheuere Mühe, dieser Abwendung von der jüdischen Tradition Einhalt zu tun. Allein in New York haben die jüdischen Organisationen für die Zwecke des Religionsunterrichts der Kinder im Jahre 1928 fast fünf Millionen Dollar ausgegeben. Aber trotzdem ist es ihnen nicht gelungen, mehr als etwa ein Drittel der jüdischen Schulkinder zum regelmäßigen Besuch des jüdischen Religionsunterrichts zu veranlassen. Die übrigen zwei Drittel wachsen auf, ohne von jüdischer Geschichte und jüdischer Religion irgend etwas zu verstehen. Ähnlich sind die Verhältnisse in West- und Mitteleuropa. In einer großen italienischen Gemeinde beklagte sich bei mir der Vorsteher, daß die Juden sogar am Jom Kippur nicht mehr in die Synagoge kommen. Auf meine Frage, was sie denn überhaupt noch mit dem Judentum verbinde, antwortete er: »Sie wollen auf einem jüdischen Friedhof begraben werden.« Das Resultat einer kürzlich von den amerikanischen Reformgemeinden veranstalteten Umfrage war, daß nur fünfzig Prozent der Juden am Jom Kippur in die Synagoge kommen, aber neunzig Prozent noch »Jahrzeit« halten. Es ist also nicht mehr das jüdische Leben, sondern das Mysterium des Todes, das viele Juden noch beim Judentum festhält.

In Deutschland besteht eine heftige Diskussion darüber, *ob Mischehe, Taufe und Geburtenrückgang* bereits die Vorboten des Untergangs der deutschen Juden sind oder nicht. Eine kürzlich einberufene Konferenz in Berlin war ausschließlich diesen Fragen gewidmet. Hier wie überall bei der Bewertung sozialer Vorgänge kommt es darauf an, von welchem Standpunkt man die Dinge sieht. Wenn fünfzig Jahre nach der gesetzlichen Zulassung der Mischehe in Deutschland jeder fünfte Jude – in den größten jüdischen Gemeinden Berlin, Hamburg, Köln sogar jeder dritte bis vierte Jude – eine Mischehe eingeht, so ist das ein hoher Prozentsatz für den, der sich klar macht, daß vor fünfzig

Jahren dieser Prozentsatz fast Null war. Aber natürlich kann sich ein Optimist damit trösten, daß immerhin die Spanne bis zu hundert Prozent noch weit ist. Dasselbe gilt in bezug auf die Taufe. Auf je 1000 Juden entfallen in Deutschland jährlich nur ein bis zwei Täuflinge. Das ist an sich eine geringe Ziffer. Aber wenn sie ein Menschenalter hindurch anhält, so kommt es doch darauf hinaus, daß jeder zehnte Jude in Deutschland aus dem Judentum austritt. In Holland hat die Mischehe eine solche Verbreitung gewonnen, daß einige Rabbiner im vorigen Jahre allen Ernstes erwogen, die Juden, die Mischehen eingehen, mit dem Cherem zu belegen. Sogar in den Vereinigten Staaten, wo unter den osteuropäischen Einwanderern die Mischehe vor dreißig Jahren unbekannt war, kommen heute in der zweiten Generation bereits zahlreiche Mischehen mit Italienern und anderen Einwanderergruppen, aber auch mit altansässigen Amerikanern vor. Gar nicht zu reden von den Verhältnissen in Ländern, wo die Juden in kleiner Zahl seit langem wohnen und wohlhabend geworden sind, wie Italien, Dänemark, Australien. Hier ist die Mischehe unter ihnen fast zur Regel geworden.

Die Verluste durch Mischehe und Taufe sind eine um so ernstere Gefahr, als sie von einem starken Geburtenrückgang begleitet sind. Der Geburtenrückgang durch gewollte Beschränkung der Kinderzahl ist zwar im letzten Jahrhundert bei allen Völkern mit fortgeschrittener Kultur zu beobachten. Aber da er sich in den Städten und in den gebildeten Schichten am stärksten zeigt und die Juden gerade hier besonders zahlreich sind, so hat er nirgends einen so katastrophalen Umfang angenommen wie bei den Juden in Mittel- und Westeuropa. In der Zeit von 1841 bis 1866, also in der Generation unserer Großväter, entfielen auf hundert Juden in Preußen jährlich fünfunddreißig Geburten, im Jahre 1926 dagegen nur noch zwölf, bei den Christen immerhin noch einundzwanzig. Die Sterblichkeit ist bei den Juden nicht in demselben Maße zurückgegangen wie die Geburtenziffer. Deshalb können die Juden, deren hohe Fruchtbarkeit früher sprichwörtlich war und ihnen trotz aller Verfolgungen und Nöte den Fortbestand ermöglichte, heute in manchen Ge-

bieten, so zum Beispiel in Preußen und Budapest, den Abgang an Gestorbenen nicht mehr durch die Geborenen ersetzen. Sie haben keine natürliche *Zunahme,* sondern eine natürliche *Abnahme,* was einem langsamen Selbstmord gleichkommt. Sogar das wegen seiner geringen Geburtenzahl berüchtigte Frankreich weist demgegenüber doch immerhin noch einen Überschuß der Geburten über die Sterbefälle auf. Nur in Palästina haben die Juden mit einer Geburtenziffer von fünfunddreißig und einer Sterbeziffer von dreizehn einen natürlichen Zuwachs von zweiundzwanzig auf tausend (im Jahre 1927) und stehen damit unter allen Juden der Welt weitaus an erster Stelle.

Als ich vor fünfundzwanzig Jahren in meinem Buch »Die Juden der Gegenwart« diese Assimilations- und Zerfallserscheinungen statistisch behandelte, waren es *periphere* Erscheinungen, von denen höchstens ein Viertel aller Juden berührt wurden. Bei den übrigen drei Vierteln, die in Osteuropa wohnten, war weder von religiöser Indifferenz noch Geburtenrückgang, Mischehe oder Taufe in nennenswertem Maße die Rede. Hier liegt der entscheidende Punkt, der die jetzige Situation der Juden gegenüber ihrer Situation vor dem Weltkriege unterscheidet. *Heute sind diese Zerfallserscheinungen nicht mehr nur periphere Erscheinungen, sondern sie sind in den Kern der Judenheit eingedrungen.* Die ganze Judenheit ist in diesem Sinne heute zur Peripherie geworden.

Die Gründe hierfür sind verschiedener Art. In Sowjetrußland führt die Regierung einen Kampf gegen alle Religionen, die sie als Opium für das Volk betrachtet. Unter den Schlägen dieser Verfolgungen und unter den Einwirkungen der gänzlich veränderten wirtschaftlichen und politischen Situationen ist das russische Judentum, vor kurzem noch die Hochburg jüdischer Tradition, völlig zusammengebrochen und stellt heute nur noch ein Trümmerfeld dar. Die drei Millionen Juden in Sowjetrußland üben nicht nur ihrerseits keinen Einfluß auf die Geschicke der ganzen Judenheit aus, sondern auch diese Judenheit selbst ist von jedem Einfluß auf die Juden in Sowjetrußland abgeschnitten. Die Folge ist, daß die jüdische Jugend in Rußland

unter dem Einfluß der großartigen Jugendpropaganda der Sowjetregierung ihr jüdisches Bewußtsein verliert und sich anderen Idealen zuwendet. Am deutlichsten drückt sich das in dem Niedergang der jüdischen Sprache und des jüdischen Schulwesens aus, die früher die beiden Eckpfeiler für die Erhaltung jüdischer Eigenart bildeten. Während im Jahre 1897 im Ansiedlungsrayon siebenundneunzig Prozent aller Juden sich des Jüdischen als Umgangssprache bedienten, war im Jahre 1926 dieser Prozentsatz in der Ukraine auf sechsundsiebzig Prozent, in Weißrußland auf neunzig Prozent zurückgegangen. In Zentralrußland, das als Abwanderungsgebiet für die Juden der Ukraine und Weißrußland eine große Rolle spielt, gaben 1926 sogar nur noch achtundvierzig Prozent aller Juden Jüdisch als ihre Umgangssprache an. Im selben Jahre besuchten in der Ukraine nur noch siebenunddreißig Prozent, in Weißrußland vierunddreißig Prozent, in Zentralrußland nur sieben Prozent aller jüdischen Schulkinder jüdische Schulen. Alle übrigen besuchten allgemeine Schulen mit Russisch oder Ukrainisch als Unterrichtssprache, wo sie selbstverständlich von jüdischer Geschichte und Religion nicht das Geringste erfahren. Hier gehen vor unseren Augen Hunderttausende von jüdischen Kindern dem jüdischen Volk für immer verloren.
Aber nicht nur in Sowjetrußland, auch in den anderen Ländern Osteuropas ist die Lage gegenüber der Vorkriegszeit gänzlich verändert. Mit der gesetzlichen Gleichberechtigung der Juden und mit dem starken kulturellen Aufstieg der Länder Osteuropas seit dem Weltkrieg nähern sich die Juden in viel stärkerem Maße als früher der christlichen Kultur. In Polen, wo 1897 noch siebenundneunzig Prozent aller Juden jüdisch sprachen, waren es 1921 nur noch vierundsiebzig Prozent. Während vor dem Weltkrieg die Mehrheit aller jüdischen Kinder in Polen Chedarim und andere jüdische Schulen besuchte, befanden sich 1925/26 nur noch zweiundzwanzig Prozent aller jüdischen Kinder in solchen Schulen, die übrigen achtundsiebzig Prozent besuchten die allgemeinen Volks- und Mittelschulen und eignen sich dadurch das Polnische an Stelle des Jüdischen als Umgangssprache an.

Auch Mischehe und Taufe, vor dem Weltkrieg in Osteuropa außerordentlich selten, verbreiten sich. In Sowjetrußland ist in der kurzen Zeit seit dem Weltkrieg die Mischehe, besonders in Zentralrußland, bereits etwas Alltägliches geworden. In Polen wächst die Zahl der Taufen. Die Geburtenziffer geht zurück und zeigt in Rumänien, in Warschau und in Lodz bereits eine starke Annäherung an das westeuropäische Niveau. Da der Rückgang der Sterblichkeit dem Geburtenrückgang nicht gleichkommt, so haben wir damit zu rechnen, daß in Zukunft auch in Osteuropa die Vermehrung der Juden viel langsamer sein wird, als es in den vergangenen dreißig Jahren der Fall war. Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts lebten fast alle aschkenasischen Juden noch in Osteuropa. Sie sprachen dieselbe Sprache – Jüdisch – und waren nach Kultur, religiöser Tradition und Beruf eine homogene Masse. Heute hat sich diese einheitliche Judenheit nicht nur räumlich auf viele neue Länder verteilt, sondern sie hat sich auch kulturell in eine große Zahl von Judenheiten zerspalten, die in Sprache, Bildung, religiöser Tradition und Umgangsformen weit voneinander entfernt sind. Sie können sich kaum noch verständigen und sehr häufig nicht verstehen. Diese sprachliche und kulturelle Entfremdung hat das frühere Solidaritätsgefühl zwischen den Juden stark gelockert. Daß es noch nicht ganz gelöst ist, beweist die großzügige Hilfe, welche die Juden der Vereinigten Staaten durch das American Joint Distribution Committee während und nach dem Kriege den Juden Osteuropas geleistet haben. Aber es ist nicht zu verkennen, daß sich die Juden durch Assimilation an die Kultur ihrer Heimatländer kulturell immer mehr voneinander entfernen und das Gefühl ihrer Schicksalsgemeinschaft und Zusammengehörigkeit verlieren.

Die Verteidigung

Das Judentum hat heute auf einer viel längeren Front und mit viel stärkeren Feinden zu kämpfen als früher. Die Mittel, die es früher zur Verteidigung benützte, wie zum Beispiel die Sorge

für Religionsunterricht der Kinder und für geordneten Gottesdienst, genügen in dem heutigen Kampf nicht mehr. Die Juden der ganzen Welt haben im letzten Jahrhundert von den Energien gelebt, die die osteuropäische Judenheit vom fünfzehnten bis zum neunzehnten Jahrhundert durch Konzentration ihres Geistes auf die jüdische Literatur und durch Heiraten innerhalb des eigenen Kreises in sich aufgespeichert hatte. Die jüdischen Auswanderer aus Osteuropa brachten diese jüdischen Energien in die Auswanderungsländer mit. Mit der Sperrung der Einwanderungsländer und mit der drohenden Erschöpfung des Kräftereservoirs in Osteuropa ist die Judenheit außerhalb Osteuropas auf ihre eigenen Kräfte zu ihrer Verteidigung angewiesen. Und es scheint, als ob diese Kräfte zur Abwendung der Gefahren nicht ausreichten, als ob das Judentum sich auf einer abschüssigen Bahn bewegt, an deren Ende der Untergang steht. Wem dies nichts sagt, wer der Auflösung der Juden als einer besonderen ethnischen Gruppe und in ihrem Aufgehen in der übrigen Menschheit teilnahmslos zusieht, mit dem ist freilich nicht zu rechten. Aber er zeigt Mangel an Verständnis für das, was die Judenheit jetzt und in Zukunft für die Menschheitskultur bedeutet, und für das, was der einzelne Jude von heute der Judenheit schuldet. Hätten die Juden nicht durch ihren engen Zusammenschluß alle in ihnen enthaltenen natürlichen Anlagen konserviert und immer höher in der Richtung der Geistigkeit gezüchtet, so hätten sie der Menschheit viel weniger bedeutende Männer auf dem Gebiete von Wissenschaft und Wirtschaft gestellt, und sie selbst wären nicht auf die kulturelle und wirtschaftliche Höhe gelangt, die sie innehaben. Nur Kurzsichtige können den Schatz an ererbten Anlagen und kulturellen Werten, den unsere Vorfahren in drei Jahrtausenden erwarben und uns als Erbe hinterließen, als wertlos wegwerfen.

Tatsächlich ist die Zahl der Juden, denen das Verschwinden der Juden gleichgültig ist, gering. Viel größer ist die Zahl derjenigen, die die Größe der Gefahr nicht sehen. Weil es sich hierbei nicht um plötzlich eintretende Erscheinungen handelt, die dem Beobachter einen Schock versetzen, sondern um Erscheinungen, die

aus kleinen Anfängen langsam zu großem Umfang anwachsen, hat man Zeit, sich an diese Erscheinungen zu gewöhnen und sich damit zu trösten, daß das, was in der Vergangenheit dem Judentum keinen tödlichen Streich versetzt hat, es auch in der Zukunft nicht tödlich treffen kann. Aber die Gefahr hat eben heute einen ganz anderen Umfang und Charakter angenommen als früher.

Was können wir zur Abwehr dieser Gefahr tun? Für uns Zionisten ist es klar, daß die Diaspora aus sich heraus nicht die Antitoxine schaffen kann, die gegen die Einwirkungen der Assimilation schützen können. Unter den Stößen der starken fremden Kulturen muß das jüdische Leben hier zwangsmäßig Form und Inhalt von den umgebenden Kulturen bekommen. Es werden ihm keine eigenen Werte bleiben, die zu seinem Weiterbestand inmitten einer feindlichen Umwelt genügen. *Nur abseits von der großen Heerstraße der christlichen Kultur, in einem Lande, mit dem wir uns historisch verbunden fühlen und das alle ins Unterbewußtsein gesunkenen jüdischen Gefühle wieder aktiviert, in einem Lande, in dem unsere Kinder von frühester Jugend an die Sprache der Bibel sprechen und ihren Geist durch sie formen, kann ein jüdisches Leben entstehen, das stark genug ist, die Wirkungen fremder Kulturen zu überwinden und darüber hinaus warmes jüdisches Blut auch in die Adern der Diaspora zu pumpen.* Es scheint mir ein bedeutungsvolles Zeichen zu sein, daß Juden, die neuerdings in südamerikanische Länder gelangt sind, für ihre Kinder Lehrer aus Palästina berufen und hebräische Kindergärten und Schulen eröffnet haben. Ihr Instinkt sagt ihnen anscheinend, daß ihnen in ihrer Vereinzelung der Anschluß an Palästina der beste Schutz gegen den Verlust ihres Judentums ist. Auch in europäischen Ländern mit einer kleinen jüdischen Bevölkerung, wie zum Beispiel Finnland, Estland, Lettland, suchen die Juden durch engen Anschluß an Palästina und durch Pflege der hebräischen Sprache die Gefahr der Entjudung zu bekämpfen.

Aber damit, daß wir Zionisten die Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte als den einzigen Ausweg aus den Gefahren ansehen, ist das Problem praktisch noch nicht gelöst. Die

Zahl der Juden in Palästina beträgt heute nur 160000, das heißt nur ein Prozent aller Juden der Welt. Wir können zwar mit Stolz sagen, daß Palästina, das vor drei Jahrzehnten bei den Juden der Welt nur als Chalukkaland bekannt war, das nur zu nehmen aber nichts zu geben bereit war, inzwischen eine andere Einschätzung erfahren hat. Palästina ist heute materiell zwar noch der nehmende, aber ideell bereits in hohem Maße der gebende Teil geworden. Die Leistungen der kleinen Schar von Juden in Palästina auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Industrie, der hebräischen Sprache und Literatur, des Theaters, der Musik haben die Aufmerksamkeit und die Hochschätzung der Juden in der Diaspora auf sich gezogen. Aber es ist klar, daß diese Leistungen nicht die notwendige große Resonanz und Wirkungsbreite haben können, wenn sie nur von einem Häuflein von 160000 Juden getragen werden.

Ich habe seit zehn Jahren wiederholt meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es *bei einer ernsthaften Kraftanstrengung der ganzen Judenheit möglich ist, die Zahl der Juden in Palästina in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren auf eine halbe Million und in weiteren zehn bis fünfzehn Jahren auf eine Million zu bringen.* Hierbei spreche ich natürlich von solchen Juden, die, gemäß den ökonomischen Bedingungen Palästinas, in Landwirtschaft und Industrie, das heißt in der Produktion der Güter, in einem viel höheren Maße tätig sind, als es bei den Juden in der Diaspora der Fall ist. Wenn es uns gelingt, in den ersten Jahren 1000 Familien jährlich mit Hilfe des Keren Hajessod in der Landwirtschaft anzusiedeln und diese Zahl allmählich auf 2000 bis 3000 jährlich zu steigern, so können wir in zwanzig bis dreißig Jahren 50000 Familien, das heißt eine Viertelmillion Seelen, in der Landwirtschaft haben. Das liefert uns, wenn wir gleichzeitig auch der Industrie durch Kredite zu Hilfe kommen, die Grundlage, um eine Million Seelen in wirtschaftlich gesicherten Positionen unterzubringen.

Kolonisationsfonds – Ansiedlungsbank

Es war ein *großer Nachteil für unsere kolonisatorische Arbeit in Palästina, daß wir nie einen Plan auf lange Sicht machen konnten,* weil wir unsere finanziellen Möglichkeiten kaum für ein Jahr, geschweige für fünf oder zehn Jahre, mit Sicherheit voraussehen konnten. Ich hoffe, einer *der ersten Schritte der erweiterten Jewish Agency*[1] *wird es sein, diesen Mangel zu beheben.* Wie bei der jüdischen Kolonisation in Rußland oder bei der englischen Kolonisation in Kanada und Australien die Ansiedlung einer bestimmten Zahl von Familien innerhalb einer bestimmten Zeit das Ziel ist, so müssen wir uns auch in Palästina ein solches Ziel stecken. Erst dadurch werden wir jedes Jahr eine Rechnung machen können, ob wir unsere Gewissenspflicht erfüllt haben.

Daß die Erweiterung unserer kolonisatorischen Arbeit eine viel stärkere Tätigkeit auf dem Gebiet des Bodenerwerbs durch den Jüdischen Nationalfonds verlangt und ohne eine solche Utopie bleibt, ist in den letzten Jahren so klar zutage getreten, daß es bereits Gemeingut aller an Palästina interessierten Kreise geworden ist. Hier muß eine besonders energische Arbeit einsetzen. Daneben scheint mir auch die *Organisation der kolonisatorischen Arbeit* eine neue Form zu fordern. Sie muß, wie ich bereits auf früheren Kongressen verlangt habe, auf einen besonderen *Kolonisationsfonds* oder eine *Ansiedlungsbank* übergeleitet werden. Dieser Institution muß ein bestimmter Prozentsatz von dem jährlichen Keren Hajessod-Budget zugesichert wer-

[1] *Erweiterte Jewish Agency.* Artikel 4 des Palästina-Mandats, der die Zionistische Organisation als vorläufige Jewish Agency anerkennt, legt ihr gleichwohl nahe, »die Mitarbeit aller Juden zu sichern, die gewillt sind, bei der Errichtung des Jüdischen Nationalheims Beistand zu leisten«. In Ausführung dessen waren seit 1923 mit nichtzionistischen Persönlichkeiten und Gruppen, vor allem in Amerika, Verhandlungen geführt worden, die zu dem Ziele führten, daß 1929 im Anschluß an den XVI. Zionisten-Kongreß in Zürich der Council der Jewish Agency, in dem die Zionistische Organisation sowie eine große Anzahl nichtzionistischer Gruppen und Körperschaften gleichmäßig je 112 Mandate besitzen, seine konstituierende Sitzung abhielt. Infolge des Eintritts der Nichtzionisten bezeichnete man die nunmehr dem Artikel 4 des Mandats völlig entsprechende Jewish Agency als 'erweitert'.

den. *Der Zustand, daß die landwirtschaftliche Kolonisation, die doch die Grundlage all unserer Arbeit ist, als Aschenbrödel die Brocken bekommt, welche die übrigen sogenannten festen Ausgaben übriglassen, muß endlich aufhören.*
Man kann einwenden, daß sogar eine Million Juden in Palästina doch nur fünf Prozent aller Juden der Welt ausmachen und daß also noch immer fünfundneunzig Prozent in den Ländern der Galut verbleiben. Das ist in der Tat nicht zu ändern. Kein ernsthafter Zionist hat je daran gedacht, daß Palästina alle Juden der Welt aufnehmen könnte. So wie schon zu Zeiten des alten jüdischen Staates die Juden in den Diasporaländern viel zahlreicher waren als in Palästina selbst, so werden wir uns auch für die Zukunft mit der Tatsache einer großen jüdischen Diaspora abfinden müssen. Aber Palästina kann den Mangel heilen, an dem diese Diaspora jetzt leidet. *Jetzt sind die Judenheiten der verschiedenen Länder nur disjecta membra, denen ein zentraler Impuls, ein Herz fehlt. Palästina kann für sie dieses Herz werden, der geistige Motor, der aus der Tiefe des jüdischen Gemeinschaftslebens in Palästina neue Werte schöpferisch hervorbringt, sie der Diaspora weitergibt und hierdurch in den Zerstreuten wieder das Gefühl der Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinschaft erweckt.*

Die Araber

Aber noch ein zweiter Einwand erhebt sich: auch eine Million Juden in Palästina nach zwanzig oder dreißig Jahren werden weniger sein als die Zahl der Araber, die heute schon dreiviertel Millionen beträgt und die infolge ihrer außerordentlich hohen natürlichen Vermehrung in zwanzig bis dreißig Jahren auf mehr als eine Million anwachsen werden. Ganz abgesehen davon, daß eine Million Juden noch nicht für alle Zeiten das Endstadium zu sein braucht, hat dieser Einwand nur für denjenigen Bedeutung, der glaubt, daß es gegen eine Majorisierung der Juden durch die Araber in Palästina keinen anderen Schutz gebe, als daß die Juden selbst die Mehrheit erlangen. *Aber wir haben auch eine feier-*

liche Verpflichtung des Völkerbundes, daß Palästina so verwaltet werden soll, daß die Errichtung eines jüdischen nationalen Heimes erleichtert wird. Es wäre ein Bruch dieses Versprechens, wenn wir einer Majorisierung durch die Araber ausgeliefert würden. Ich sehe im Völkerbund Schutz und Schild für die Fortführung unserer Tätigkeit. *Wir müssen soviel Juden wie möglich nach Palästina bringen, weil mit dem Wachsen der Zahl unsere wirtschaftliche und kulturelle Stoßkraft sich potenziert.* Wohl uns, wenn unsere Zahl so groß wird, daß sie die Zahl der Araber übertrifft – aber politisch soll die Rechtsstellung von Juden und Arabern in Palästina jetzt wie später unabhängig davon sein, wer von ihnen zahlenmäßig stärker ist.

Wir wollen uns freihalten von dem Irrtum, der ein Jahrhundert hindurch Europa beherrschte und zu der Katastrophe des Weltkrieges führte, daß in einem Staat nur eine Nationalität herrschen kann. *Unter der Ägide des Völkerbundes soll Palästina ein Staatswesen werden, in dem Juden und Araber als zwei gleichberechtigte Nationalitäten nebeneinander leben. Keine soll herrschen, keine soll beherrscht werden.* Dem Recht der Araber, in Palästina zu bleiben, steht gleichwertig das Recht der Juden gegenüber, nach Palästina zu kommen. Auf dieses Recht können und werden wir nicht verzichten, weil davon das Schicksal eines Sechzehn-Millionen-Volkes abhängt, das unter den kulturschöpferischen Völkern der Menschheit sicher nicht an letzter Stelle steht und in der Zukunft der Menschheit noch vieles zu geben berufen ist. Aber wir wollen, indem wir uns unseres eigenen Wertes für die Kultur der Menschheit bewußt sind, damit die Kulturleistungen anderer Völker in keiner Weise verkleinern. Unser Nationalismus ist nicht ein überheblicher chauvinistischer Nationalismus, der das eigene Volk über die anderen Völker setzt, sondern ein geläuterter Nationalismus, der den anderen Völkern das gleiche Recht auf Betätigung ihrer Eigenart zugesteht, das er für das eigene Volk fordert. *Wir wollen den Chauvinismus, den wir bei anderen Völkern hassen, auch bei uns selbst bekämpfen.*

Die Arbeiter Palästinas

Das Gelingen unseres Werkes in Palästina hängt zu einem großen Teil davon ab, ob es uns gelingt, alle Schichten der Juden zu einer friedlichen Zusammenarbeit in Palästina zu bringen. Alle Kräfte, die wir in Streitigkeiten unter uns selbst verbrauchen, gehen für schöpferische Tätigkeit verloren. In Europa sind die Juden zum größten Teil Selbständige, nämlich Kaufleute, Vermittler, Handwerker, Besitzer industrieller Betriebe. Jüdische Arbeiter machen nur einen kleinen Prozentsatz aus. In Palästina, wo die Juden der Mehrzahl nach Produzenten in Landwirtschaft und Industrie sein müssen, wird der Prozentsatz der Arbeiter ein viel höherer sein. Schon diese Verschiedenheit des Zahlenverhältnisses zwischen Selbständigen und Arbeitern bringt es mit sich, daß sich die Ideale der Arbeiterklasse in Palästina viel stärker geltend machen als im jüdischen Leben in Osteuropa oder in Mittel- und Westeuropa. Wo es in der Welt jüdische Arbeiter in geschlossenen Massen gibt, in der polnischen Textilindustrie, in der Diamantindustrie in Amsterdam und Antwerpen, in der Bekleidungsindustrie in New York, sehen wir überall ein starkes Streben der Arbeiter nach Organisation. Es ist ein Charakteristikum des jüdischen Arbeiters – und damit zeigt er sich als wahrer Sohn des jüdischen Volkes –, daß er nicht ein stummes Anhängsel an einen großen Betrieb bleiben, sondern an der Entwicklung des Betriebes schöpferisch mitarbeiten will, daß er sich nicht für alle Zeit mit einem niedrigen Lebensstandard begnügt, sondern auf Verbesserung dieses Standards sinnt. Er will auch als Arbeiter ein geistiger Mensch bleiben und an den Kulturgütern seinen Teil haben. Er mag infolgedessen für den Arbeitgeber nicht immer bequem sein, aber wenn wir überhaupt einen jüdischen Arbeiterstand haben wollen – und das ist das sine qua non für eine rasche Vermehrung unserer Zahl in Palästina –, so werden wir dieser Eigenart Rechnung tragen müssen. Das wird um so eher möglich sein, als der jüdische Arbeiter zwei wertvolle Eigenschaften nach Palästina mitbringt, seine nationale Zuverlässigkeit und seine Intelligenz. Beide weisen ihn dar-

auf hin, seine Forderungen nicht zu überspannen, weil Palästina in einer kapitalistischen Welt auf das Einströmen von Privatkapital nicht verzichten kann. Der wirtschaftliche Friede in Palästina hat zur Voraussetzung, daß Verständnis für die Eigenart des jüdischen Arbeiters sich mit Verständnis für wirtschaftliche Möglichkeiten im Rahmen der Weltwirtschaft paart. Wir müssen in Palästina zu Kollektivverträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern kommen, welche das Arbeitsverhältnis regeln und eine friedliche Beilegung aller Streitigkeiten vorsehen. Ich hoffe, wir sind nach jahrelangen Verhandlungen jetzt diesem Ziel nahe und werden dadurch den Weg für neue industrielle Unternehmungen in Palästina ebnen.

Eine neue soziale Ethik

Obwohl wir den sozialen Frieden in erster Linie im Interesse eines ungestörten Aufbaues Palästinas erstreben, so kann dies Streben doch darüber hinaus noch weite Kreise ziehen. Die europäischen Formen der kapitalistischen Wirtschaft sind bedingt durch eine lange geschichtliche Entwicklung. Wir haben in Palästina den Vorteil, daß wir keine solchen festen Formen vorfinden. Wir brauchen nichts Bestehendes zu zerstören, sondern können unsere Wirtschaft von unten auf, sozusagen auf den nackten Felsen, bauen. Wir haben schon heute in Palästina Anfänge einer verheißungsvollen Entwicklung zu neuen sozialen Formen. Große Teile unserer Bodenerwerbungen sind in den Besitz des Jüdischen Nationalfonds übergegangen, der sie als Eigentum des jüdischen Volkes verwaltet und der privaten Spekulation entzieht. Palästina ist das einzige Land, in dem ohne staatliches Eingreifen die jüdischen industriellen Betriebe den achtstündigen Arbeitstag eingeführt und Kinderarbeit ausgeschlossen haben. Die Zahl der Genossenschaften für Kredit, für Einkauf und Verkauf, für Bauten, für öffentliche Arbeiten, für landwirtschaftliche Arbeit sind so groß, daß man Palästina heute das kooperative Land nennen kann. Die ärztliche Fürsorge unter den Arbeitern ist, trotzdem der Staat hierzu keinerlei Beiträge

leistet, vorbildlich organisiert. Wenn man bedenkt, daß alle diese neuen Leistungen in ganz kurzer Zeit geschaffen worden sind, so ist die Hoffnung berechtigt, daß der Drang der Juden zur Schaffung neuer sozialer Formen in Palästina in der Zukunft noch manche Frucht tragen wird.

Vor mehr als zwei Jahrtausenden haben die jüdischen Propheten zuerst ein hohes ethisches Ideal aufgestellt und den Weg der Menschheit erleuchtet. Die Juden in Palästina können auf der Suche nach neuen, besseren Formen des sozialen Zusammenlebens vielleicht zur Schaffung einer neuen sozialen Ethik beitragen, nach der die Menschheit dürstet, und können zeigen, daß der Geist der Propheten noch in ihnen lebendig ist. *Ich glaube, daß wir nur durch die Hoffnung auf neue, bessere soziale Formen in den breiten Schichten der von Handarbeit Lebenden den Enthusiasmus erhalten können, der mir für den Erfolg unserer Arbeit unerläßlich scheint.* Der Enthusiasmus unserer Siedler hat mehr wie irgendein anderer Faktor unserer Arbeit Freunde unter Juden und Christen gewonnen. Gerade Nichtzionisten, und zwar wirkliche 'Businessmen', haben erkannt, daß ohne die Hoffnung auf bessere soziale Lebensformen der Enthusiasmus der großen Masse der Einwanderer versiegen würde und daß damit ein wertvolles Aktivum für den Aufbau Palästinas verlorenginge. Das Leben in Palästina muß sich zwar, je weiter wir uns von der Pionierperiode entfernen, immer mehr mit Wirtschaftlichkeit durchdringen. Aber *Wirtschaftlichkeit allein ohne den vorwärtsstürmenden Enthusiasmus wird ein jüdisches Palästina nicht aufbauen.*

Das religiöse Leben

Wie die Juden in Palästina aus allen Ländern und Schichten der Judenheit stammen, so spiegelt auch ihr religiöses Leben vorerst noch die religiöse Zerrissenheit der Juden in der Diaspora wider. Aber in Palästina ist die Religion viel enger mit nationalen Empfindungen und mit geschichtlichen Erinnerungen verbunden. Viele religiöse Symbole, deren Sinn in der Diaspora ausgelöscht war, leuchten in Palästina wieder im alten Licht.

Hier kann jedes Kind die Bibel im Urtext lesen und sie mit dem Lokalkolorit erfüllen, das ihr volles Verständnis ermöglicht. Kein geringerer als Chaim Nachman Bialik setzt sich mit seiner ganzen künstlerischen Gestaltungskraft für die Wiederbelebung religiöser Gebräuche ein. Dem so Geschaffenen wohnt, weil es nicht aus der Studierstube, sondern aus dem Volksleben entspringt, weil es nicht nur gelehrt, sondern gelebt wird, eine viel größere Kraft inne, sich durchzusetzen. *Ich denke, es ist kein Traum, daß von hier aus einmal eine Erneuerung des religiösen Lebens auch in der Diaspora ausgehen wird.*

Neue jüdische Kultur

Das Wunder der Wiederauferstehung der hebräischen Sprache in Palästina, das Erscheinen einer *reichhaltigen hebräischen Literatur, das hebräische Schulwesen* mit der *hebräischen Universität* an seiner Spitze, werden in der Diaspora das Interesse für die hebräische Sprache beleben. Nichts ist aber mehr geeignet, den Zusammenhang mit dem Judentum zu stärken als eine, wenn auch nur fragmentarische Kenntnis des Hebräischen.
In Palästina können die Juden auf der Grundlage der hebräischen Sprache und einer Volkswirtschaft, in der alle Zweige besetzt sind, eine eigene jüdische Kultur schaffen. Sie wird als ein neues Glied in den Chor der nationalen Kulturen eintreten und die Weltkultur um eine neue Note bereichern. *In dieser neuen jüdischen Kultur wird sich alles Erbgut des Orients mit den wissenschaftlichen Errungenschaften des Abendlandes zu einer Synthese vereinigen.* Sie kann vielleicht zur Brücke zwischen diesen beiden Welten werden und eine Aufgabe lösen, an der Jahrhunderte sich vergeblich abmühten.

Der Antisemitismus

Der Antisemitismus in der Diaspora wird zwar nicht aufhören, auch wenn die Juden in Palästina durch die Tat die Beschuldigung widerlegen, daß sie auf geistigem und wirtschaftli-

chem Gebiet nicht Schöpfer, sondern nur Vermittler seien. Zeigt sich diese Behauptung in ihrer Haltlosigkeit, so wird der Antisemitismus eine andere ersinnen, um die rassenmäßige Minderwertigkeit der Juden zu erweisen. Wir bauen Palästina nicht auf, um den Antisemitismus zu widerlegen. Aber es wird für den Antisemitismus ein schwerer Schlag sein, wenn in dem jüdischen Gemeinwesen in Palästina ad oculos demonstriert wird, daß Juden in Industrie und Landwirtschaft alle Arbeiten, von der geringsten bis zur höchsten, verrichten können, daß die Forschungsarbeiten jüdischer Gelehrter und die Werke jüdischer Künstler auf hohem Niveau stehen. Bisher fehlte unter allen Nationen nur den Juden ein eigenes Blatt für die Aufzeichnung ihrer Kulturleistungen. Palästina kann ein solches Blatt in die Geschichte einfügen, in dem die Leistungen der Juden als Kollektivum in Debet und Kredit verzeichnet und den Leistungen anderer Völker gegenübergestellt werden. Ich denke, wir werden diese Gegenüberstellung nicht zu scheuen haben.

Aufgaben der Juden in der Diaspora

Welche Aufgaben bleiben, so kann man fragen, den Juden der Diaspora, wenn Palästina eine so überragende Bedeutung im jüdischen Leben erlangt? Zunächst ist die *Diaspora auf viele Jahrzehnte hinaus Palästinas Reservoir für Menschen und Mittel.* Versagt die Diaspora hierin, so muß das jüdische Leben in Palästina verdorren. Es kann sich nur durch ständigen Zufluß von Juden aus der Diaspora erhalten und verstärken. Nichts könnte falscher sein, als wenn die Juden in Palästina glauben würden, daß das Schicksal der Juden in der Diaspora Palästina nichts anginge. Der ganze Aufbau Palästinas hat auf absehbare Zeit hinaus überhaupt nur Sinn, weil wir durch ihn die Diasporajudenheit in ihrem jüdischen Bewußtsein zu stärken hoffen.
Darüber hinaus haben die Juden noch eine andere große Aufgabe vor sich. Das wichtigste Geschehnis in unseren Tagen, das einzige, das vielleicht dem grausigen Unsinn in der historischen Betrachtung einmal Sinn geben kann, ist die Gründung des Völ-

kerbundes, der den Krieg abschaffen und eine friedliche Zusammenarbeit aller Völker herbeiführen will. Wir Juden sind das einzige Volk, das über die ganze Welt verstreut ist und das bei keinem Kriege gewinnen kann. Jeder Sieg in einem Land ist für uns gleichzeitig eine Niederlage in einem anderen Land. Wir sind auf diese Weise geradezu prädestiniert, die Schildknappen des Völkerbundes zu werden und überall in der Welt für die Völkerversöhnung einzutreten. Aber wir können diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn wir nicht in den umgebenden Völkern aufgehen und somit in den allgemeinen Widerstreit der Völker eintreten, sondern wenn wir uns als Juden erhalten.

Dreißig Jahre Aufbau in Palästina

—

Der Hope Simpson-Bericht

Eine kritische Analyse der Vorwürfe gegen die zionistische Kolonisation Palästinas

(»Palästina«, März–April 1931)

Die anbaufähige Fläche Palästinas

1) Der Commissioner of Lands der palästinensischen Regierung hat nach dem Bericht von Hope Simpson[1] (p. 22) am 30. April 1930 die anbaufähige (cultivable) Fläche Palästinas wie folgt eingesetzt:

	Metrische Dunam
Ebene von Beersheba Subdistricts	1 641 000
Fünf große Ebenen nördlich des Beersheba Subdistricts	5 216 000
Hügelland	5 376 000
	12 233 000

2) Gegenüber diesen Zahlen schätzt Hope Simpson (p. 22) die anbaufähige Fläche Palästinas nur auf 8 044 000 Dunam, davon 2 450 000 Dunam 'in the hill country' (Hügelland). Diese gewaltige Abweichung, die für den ganzen Hope Simpson-Bericht eine entscheidende Bedeutung hat, wird gestützt:

a) auf Angaben des Directors of Surveys,

b) auf eine Aufnahme des Berglandes vom Flugzeug aus.

Diese beiden Grundlagen sind in keiner Weise geeignet, die Folgerungen von Hope Simpson zu stützen.

3) Hope Simpson schreibt (p. 22):

---

[1] *Sir John Hope Simpson* wurde am 1. Mai 1930 vom damaligen Staatssekretär des britischen Kolonial-Amtes, Lord Passfield, in Ausführung einer Empfehlung des Berichtes der sogenannten Shaw-Kommission, die 1929/30 die Ursachen der arabischen Unruhen im August 1929 untersucht hatte, in besonderer Mission nach Palästina gesandt, um die Fragen der für jüdische Kolonisation verfügbaren Bodenfläche, der jüdischen Einwanderung und Ansiedlung zu untersuchen. Der Bericht Sir Johns wurde von der zionistischen Öffentlichkeit einhellig abgelehnt.

»The cadastral survey of Palestine is now in progress and the Director of that survey has submitted a careful estimate of the total cultivable area of the country, based in part on the area already surveyed and in part on the results of the aerial survey to which reference has already been made.«

Die 'cadastral survey' von Palästina hat sich bisher nur auf den Süden Palästinas und einen Teil der Küstenebene erstreckt, dagegen nicht auf das Bergland. Da von der Differenz von 4 189 000 Dunam zwischen den Schätzungen des Directors of Lands und den Schätzungen des Directors of Survey der größte Teil, nämlich 2 926 000 Dunam, auf das Bergland entfällt, so ergibt sich, daß die Schätzung von Hope Simpson für das Bergland sich ausschließlich auf die 'aerial' survey (Flugzeugaufnahme) stützen kann.

4) Die aerial survey, von welcher Hope Simpson (p. 23) selbst sagt: »that the figure obtained by it is of course far from exact«, unterliegt folgenden Bedenken:

a) Nur ein kleiner Prozentsatz (»about one tenth«, p. 13) des Gebirgslandes ist von der aerial survey aufgenommen worden, und zwar »a number of tracts selected as representative« (p. 23). Es fehlt jede Angabe, unter welchen Gesichtspunkten die 'tracts' ausgewählt worden sind und weshalb sie als repräsentativ für das Gebirgsland gelten können.

b) Obwohl Aufnahmen vom Flugzeug jetzt mit Erfolg benutzt werden, um unbekannte Gegenden zu erforschen oder große Landstrecken in allgemeinen Umrissen aufzunehmen, so können sie schwerlich im einzelnen darüber Aufschluß geben, welche Teile eines bestimmten Dorfes anbaufähig oder nicht anbaufähig sind. Abgesehen davon sind zur Ausdeutung von Flugzeugaufnahmen nur speziell ausgebildete Landmesser fähig, und es ist uns nicht bekannt, daß solche Spezialisten in Palästina vorhanden sind.

c) Aus der photographischen Aufnahme kann nur mit größerer oder geringerer Genauigkeit abgelesen werden, wieviel von einer Fläche cultivated oder non-cultivated ist. Hierbei hängt die Genauigkeit wesentlich davon ab, ob die Aufnahme in einer Zeit

gemacht wird, in welcher das Getreide noch auf dem Felde steht. Die Flugzeugaufnahmen sind anscheinend im Juni oder Juli gemacht worden, das heißt zu einer Zeit, als das Getreide größtenteils eingebracht war. Es ist durchaus möglich, daß bearbeiteter Boden deshalb als uncultivated (und uncultivable) angesehen wurde.

d) Bei dem primitiven Fruchtwechsel der Araber kommt es häufig vor, daß Land nicht jedes Jahr, sondern nur jedes zweite oder dritte Jahr bearbeitet wird. Auf solchem Lande wachsen sehr schnell Unkräuter auf, und es sieht vom Flugzeug durchaus wie unbearbeiteter Boden aus.

5) Es führt zur Verwirrung, daß Hope Simpson in seinem Bericht zwischen cultivable (kulturfähig) und cultivated (bearbeitet) keinen deutlichen Unterschied gemacht hat. Er hat in einer Unterhaltung mit Col. Kisch[1] ausdrücklich erklärt, daß nach seiner Ansicht aller 'cultivable' Boden in Palästina auch tatsächlich 'cultivated' ist. Diese Annahme ist durchaus unrichtig, wie sich aus folgendem ergibt:

a) In dem 1930 veröffentlichten und von Hope Simpson so häufig zitierten Bericht der Regierungskommission »On the Economic Condition of the Agriculturists in Palestine« (in folgendem Johnson-Crosbie-Bericht[2] genannt) wird berichtet (p. 20), daß in den hundertvier Dörfern, welche die Kommission untersucht hat, von insgesamt 1 247 581 Dunam Boden 78 255 »uncultivated but cultivable« waren. Der Prozentsatz der »uncultivated but cultivable« Fläche betrug also in diesen hundertvier Dörfern 6,2 Prozent der Gesamtfläche.

b) Zum wenigsten hätte Hope Simpson deutlich unterscheiden müssen zwischen Land, das nicht anbaufähig ist unter Zugrundelegung der jetzigen arabischen Methoden und solchem Land, das auch mit den besseren jüdischen Methoden nicht anbaufähig ist.

---

1 *Frederick Hermann Kisch*, britischer Oberst, geboren 1883 in Darjeeling (Ostindien), Mitglied der Zionistischen Palästina-Executive 1927–1931.

2 *Johnson-Crosbie-Bericht*. Die Kommission wurde im April 1930 von der Palästina-Regierung eingesetzt, um die ökonomische Lage der Fellachen zu erforschen und dementsprechende steuerpolitische Maßnahmen zu empfehlen. Der Bericht wurde Ende 1930 publiziert.

Wäre er in die Einzelheiten der ganzen Frage näher eingegangen, so würde er bemerkt haben, daß die unbebaute Fläche in die folgenden Kategorien eingeteilt werden sollte.

I) Unbebautes Land, das sogar mit den gegenwärtigen Methoden des Fellachen angebaut werden kann (siehe oben unter a).

II) Land, das unbebaut ist, aber für Anpflanzung von Bäumen benutzt werden kann. Solche Anpflanzungen erfordern allerdings technische Kenntnisse und Aufwendungen von Kapital, wie sie dem Fellachen nicht zur Verfügung stehen. In diese Kategorie gehören viele leichte Böden in der Küstenzone, die für die Anpflanzung von Orangen geeignet sind oder Gebirgsboden, wo Bäume angepflanzt werden können, falls das Gebirge terrassiert wird.

III) Land, das nicht bearbeitet wird, weil die Niederschläge ungenügend sind, das aber ohne weiteres bearbeitet werden könnte, wenn Wasser vom Untergrund oder von nahen Flüssen heraufgepumpt und für Bewässerung verwendet werden würde. Das ist der Fall zum Beispiel im Jordantal und in einigen südlichen Teilen Palästinas.

IV) Unbearbeiteter Boden, der nur dann anbaufähig gemacht werden kann, wenn große Verbesserungen vorgenommen werden, die viel Zeit und Geld kosten, zum Beispiel Sumpfgegenden wie die Hule-Sümpfe.

V) Land, das zur Zeit überhaupt nicht in ökonomischer Weise anbaufähig gemacht werden kann, wie zum Beispiel die Wüste im Süden Palästinas und nackte Felsen im Gebirge.

c) Wenn hiernach die Gleichsetzung von 'cultivable' und 'cultivated' sogar für die primitive arabische Wirtschaft nicht zutrifft, so trifft sie noch weniger zu, wenn wir die jüdische Landwirtschaft in Betracht ziehen, die mit ihren verbesserten Methoden auch solchen Boden bearbeiten kann, der für die Araber als 'uncultivable' gilt. Die jüdische Kolonisation hat mit Erfolg sandigen, sumpfigen und gebirgigen Boden nutzbar gemacht, der von den Arabern niemals bearbeitet wurde. Hope Simpson (p. 21) zitiert zustimmend die Definition des Commissioner of Lands, wonach als 'cultivable' das Land angesehen wird, »which is ac-

tually cultivated or which can be brought under cultivation by the application of the labour and financial resources of the average individual Palestinian cultivator.« Diese Definition muß vom Standpunkt der jüdischen Kolonisation zurückgewiesen werden, denn sie würde bedeuten, daß die heutigen Arbeitsmethoden des Fellachen mit seinem Mangel an Initiative und Kapital der entscheidende Faktor für die Vergrößerung der kultivierbaren Fläche sind. Wenn der Bericht von Hope Simpson die Frage entscheiden soll, ob für neue jüdische Ansiedler in Palästina noch Platz ist, so ist es selbstverständlich, daß als 'cultivable' nicht nur derjenige Boden anzusehen ist, den der Fellache mit seinen heutigen Methoden, Kenntnissen und Geldmitteln bearbeiten kann, sondern auch derjenige Boden, den die viel besser ausgerüsteten jüdischen Siedler bearbeiten können.
d) Als ein Beispiel dafür, daß das 'cultivable' Land für die jüdische Kolonisation vielen Boden einschließt, der für die Fellachen als 'uncultivable' gilt, kann die Chule-area dienen. Hope Simpson (p. 22 und 23) übernimmt die Angabe des Directors of Surveys, daß von der gesamten Chule-Fläche von 191 000 Dunam 65 000 Dunam 'marshy' (sumpfig) und deshalb 'uncultivable' seien, während er (p. 19) zugibt, daß diese marsh area durch reclamation cultivable gemacht werden kann. Diesen Boden als uncultivable zu rechnen, ist um so weniger verständlich, als die Regierung einem Araber bereits eine Konzession für die reclamation der marsh area übergeben hat.
6) Es ist ein schwerer Mangel des Hope Simpson-Berichts, daß die Karte der Flugzeugaufnahme, auf die sich Hope Simpson für seine Schätzung der Fläche im Bergland bezieht, bisher nicht veröffentlicht wurde und dadurch der Nachprüfung entzogen ist. Hope Simpson schreibt in seinem Bericht (p. 30) »that the area surveyed is shown in blue lines on Map Nr. 2 attached to this report«. Aber in Wirklichkeit war die Karte dem Bericht nicht beigefügt und ist bis heute nicht veröffentlicht worden. Bevor dieser fundamentale Mangel nicht behoben ist, ist es unmöglich, die Hauptgrundlage des Hope Simpson-Berichts, nämlich seine Schätzung der cultivable Fläche im Bergland, zu

prüfen. Die Jewish Agency hat sich im November und Dezember 1930 an die Palästinaregierung gewandt und um die Vorlage der Karte gebeten, hat sie aber bis heute nicht erhalten.
7) Die Folgerungen, welche Hope Simpson aus der Flugzeugaufnahme zieht, scheinen die besten Sachverständigen Palästinas nicht überzeugt zu haben. In jedem Falle gibt der Bericht von Hope Simpson keinen Anhalt dafür, daß der Commissioner of Lands sich bewogen gefühlt hat, seine früheren Schätzungen nach der Flugzeugaufnahme zu ändern.

Die Durchschnittsgröße einer Farm

8) Der Hope Simpson-Bericht stellt die Durchschnittsfläche eines 'agricultural holding' in der Weise fest, daß er von der gesamten

'cultivable' Fläche von	8 044 000 Dunam
abzieht 1 500 000 Dunam im Beersheba-District	
und 900 000 ,, ,, jüdischen Besitz	2 400 000 ,,
und daß er die dann verbleibenden (p. 24)	5 644 000 Dunam

auf die nichtjüdischen Landwirte, die außerhalb des Beersheba-Districtes wohnen, verteilt. Die Zahl dieser nichtjüdischen Landwirte wird festgestellt, indem angenommen wird, daß die ländliche Bevölkerung laut der Volkszählung vom Jahre 1922 außerhalb der Beersheba-area und nach Abzug der jüdischen ländlichen Bevölkerung sich von 1923 bis 1929 um sechsundzwanzig pro mille jährlich vermehrt habe (p. 158) und zur Zeit 478 390 Seelen betrage (p. 25). Unter der Annahme, daß jede Familie aus fünfeinhalb Seelen bestehe, ergibt sich die Zahl der Familien als 86 980 (p. 26 und appendix II, p. 158). Weiterhin wird auf Grund des Johnson-Crosbie-Reportes die Zahl derjenigen Familien in den Dörfern, welche nicht selbständige Landwirte (cultivators), sondern Arbeiter (labourers) sind, auf 29,4 Prozent geschätzt, woraus die Folgerung gezogen wird, daß von den gesamten 86 980 Familien in den Dörfern Palästinas 61 408 selbständige Landwirte sind (p. 26). Indem die in nichtjüdischen Händen vorhandene Fläche von 5 644 000 Dunam auf diese

61408 Familien verteilt wird, ergibt sich, daß auf jeden selbständigen arabischen Landwirt 91,9 Dunam entfallen (p.64).

9) Diese Berechnung unterliegt folgenden Einwänden:

a) Es ist nicht gerechtfertigt, den Beersheba-Distrikt völlig beiseite zu setzen. Der Beersheba-Distrikt und die sogenannte 'southern desert' (südliche Wüste) nehmen (s. appendix III des Hope Simpson-Reportes) 11872000 Dunam, das heißt fünfundvierzig Prozent der gesamten Fläche Palästinas ein. Der Hope Simpson-Bericht begnügt sich damit (p.20), kurz darauf hinzuweisen, daß, falls hier Wasser für Bewässerung gefunden wird, große landwirtschaftliche Möglichkeiten vorliegen, daß aber ohne Bewässerung das Gebiet nicht entwickelt werden kann. Diese kurze Abfertigung wird der großen Ausdehnung dieses Gebietes in keiner Weise gerecht. In dem Bericht der Joint Palestine Survey-Commission[1], den Hope Simpson so häufig zitiert, heißt es mit Bezug auf den Beersheba-Distrikt in dem Gutachten von Mr. Strahorn:

»In my opinion there are considerable areas of land over which sufficient water for irrigation could be found at an economic depth.«

b) Es ist zweifelhaft, ob die ländliche Bevölkerung in den sieben Jahren von 1923 bis 1929 wirklich den enormen natürlichen Zuwachs von sechsundzwanzig Prozent jährlich gehabt hat. Darüber wird erst die Volkszählung von 1931 Aufschluß bringen können.

c) Die Abwanderung von den Dörfern in die Städte, die in Palästina seit dem Jahre 1922 als Folge der vermehrten Bautätig-

---

[1] *Joint Palestine Survey Commission.* Im Laufe der langwierigen Verhandlungen um die Erweiterung der Jewish Agency (vgl. Anmerkung S.240) konstituierten Professor Weizmann und Louis Marshall, der Führer der amerikanischen Nichtzionisten, im Januar 1927 eine ›Gemeinsame Palästina-Untersuchungs-Kommission‹ (Joint Palestine Survey Commission). Die Kommission bestand aus: *Lord Melchett* (1868–1930), *Felix Warburg* (geboren 1871 in Hamburg), *Lee K. Frankel* (1867–1931) und *Oskar Wassermann* (1869–1934). Sie wurde in ihrer Tätigkeit durch einen größeren Stab von Sachverständigen unterstützt. Ihr Bericht, der die allgemeinen Möglichkeiten Palästinas günstig beurteilte, in einigen Punkten jedoch (z.B. hinsichtlich der Rentabilität der Kwuzot) sich kritisch verhielt, wurde 1928 veröffentlicht.

keit in den Städten und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der Städte eingesetzt hat, ist gänzlich außer acht gelassen. Es ergibt sich im Gegenteil das überraschende Resultat, daß nach den Zahlen von Hope Simpson im Jahre 1930 nur 33,4 Prozent der ganzen nichtjüdischen Bevölkerung in den Städten wohnen würden, während der Prozentsatz bei der Volkszählung vom Jahre 1922 34,3 Prozent betrug. Für jeden, der die Verhältnisse kennt, wird es absolut unglaublich sein, daß in Palästina entgegen den Vorgängen in allen anderen Ländern die städtische Bevölkerung sich schwächer vermehrt haben soll als die ländliche.

d) Hope Simpson nimmt auf Grund der Angaben des Director of Health an (p. 26), daß die Familie eines Fellachen durchschnittlich aus fünfeinhalb Seelen besteht und kommt deshalb, wie oben erwähnt, zu 86980 Familien in den Dörfern überhaupt und zu 61408 Familien selbständiger Landwirte. In dem Johnson-Crosbie-Bericht (p. 4, table III) wird dagegen merkwürdigerweise auf Grund der Angaben desselben Departements of Health die durchschnittliche Seelenzahl einer Familie mit sechs angegeben. Ebenso findet sich dort (table III) die Mitteilung, daß die Fellachen in den von der Johnson-Crosbie-Commission untersuchten 104 Dörfern die Zahl der Seelen mit 136044 und die Zahl der Familien mit 23573 angaben, das heißt mit 5,76 Seelen pro Familie. Bei Zugrundelegung von sechs Seelen pro Familie ergibt sich, daß die Zahl der selbständigen Landwirte 56290 beträgt. Auf jeden selbständigen Landwirt würden dann von der anbaufähigen Fläche Palästinas nicht, wie der Hope Simpson-Bericht angibt, 91,9 sondern 100,3 Dunam entfallen (bei Zugrundelegung von 5,76 Seelen pro Familie 96,3 Dunam).

e) In der Rechnung von Hope Simpson wird außer acht gelassen, daß in Palästina zur Zeit 120000 Dunam Boden mit Orangen bepflanzt sind, von denen die Hälfte, das heißt 60000 Dunam, Nichtjuden gehört. Von je zehn Dunam Orangen kann mindestens eine Familie als Eigentümer oder Arbeiter ihren Lebensunterhalt ziehen. Ebenso ist für jede zehn Dunam Orangen, so-

lange sie noch nicht zur Fruchttragung gelangt sind, mindestens die Arbeitskraft einer Familie erforderlich. Demgemäß sind einerseits von der anbaufähigen Fläche, welche Hope Simpson mit 5644000 Dunam angibt, 60000 Dunam, andererseits von der Zahl der 56290 selbständigen arabischen Landwirte, 6000 abzuziehen. Es ergibt sich dann, auf der Grundlage von sechs Seelen pro Familie, daß die Durchschnittsgröße jedes arabischen 'holding' (ohne die Orangenpflanzer) 111 Dunam beträgt.

f) In derselben Weise ist in dem Report nicht berücksichtigt, daß eine beträchtliche Zahl von Arabern in der Nähe der Städte von Gemüsebau auf ganz kleinen Flächen, in der Regel weniger als zehn Dunam, leben. Fast der ganze Gemüsebedarf Jerusalems wird von arabischen Dörfern in der Umgegend (Siloa, Bittir) oder von Jericho gedeckt. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Umgebung von Jaffa, Tel Awiw und Haifa. Diese Gemüsezüchter haben in Jerusalem, Jaffa, Tel Awiw und Haifa eine städtische Bevölkerung von 200000 Seelen mit Gemüse zu versorgen, und wir glauben deshalb, daß die Zahl der Gemüsezüchter, wenn wir sie mit 2000 annehmen, eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist. Ziehen wir auch diese 2000 Familien von den nach e) verbleibenden 50290 Familien ab, und nehmen wir an, daß die gesamte von ihnen bestellte Fläche zehn Dunam pro Familie, das heißt 20000 Dunam beträgt, so ergibt sich, daß auf 48290 Landwirte 5564000 Dunam entfallen, somit würde jedes 'holding' (ohne die Orangenpflanzer und Gemüsezüchter) durchschnittlich 115,7 Dunam betragen.

g) Hope Simpson geht über die Tatsache, daß eine große Zahl von Arabern, die Gemüse oder Orangen unter Bewässerung kultivieren und dazu nur ganz kleine Flächen brauchen, mit der Bemerkung hinweg (p. 64):

»Their number is not material to the argument and may be set off against the reduction in the area due to the German villages and to a certain area of agricultural land held by some of the churches.«

Diese Behauptung ist in keiner Weise überzeugend. Es ist in den früheren beiden Paragraphen gezeigt worden, daß – im Gegen-

satz zu der Hope Simpsonschen Behauptung – die Zahl der Landwirte, die von Orangen- oder Gemüsekultur leben, sehr beträchtlich ist. Die anderen Bemerkungen von Hope Simpson würden nur dann Geltung haben, wenn Hope Simpson von seinen Berechnungen nicht nur die Böden ausgeschlossen hätte, die im Besitz der Kirchen und der Deutschen sind, sondern auch die Zahl der Landwirte auf diesen Böden. Statt dessen gibt er überhaupt keine Ziffern über den Umfang dieser Böden und die Zahl der Bearbeiter. Er gibt auch keine Tatsachen dafür an, daß die durchschnittliche Fläche eines 'holding' auf deutschem oder kirchlichem Boden größer ist als sonst im Lande. In Wirklichkeit ist der deutsche Boden zu einem großen Teil für intensive Kulturen (Orangen, Gemüse) ausgenützt, so daß eine Familie hier wahrscheinlich weniger Boden bearbeitet als die durchschnittliche Fellachenfamilie. Der Versuch von Hope Simpson, den deutschen und kirchlichen Boden als Kompensation für den arabischen Orangen- und Gemüseboden zu benutzen, ist deshalb durch Tatsachen nicht belegt.

10) Hope Simpson (p. 64) entnimmt dem Johnson-Crosbie-Bericht (p. 21), daß die 16 633 landwirtschaftlichen Familien in den untersuchten 104 Dörfern insgesamt 1 247 581 Dunam bearbeiten, das heißt pro Familie fünfundsiebzig Dunam. Es ist aber unrichtig, diese Zahl als die durchschnittliche Fläche eines holding für ganz Palästina anzusehen. Die 104 Dörfer haben, wie aus table XXIII in dem Johnson-Crosbie-Bericht hervorgeht, von anderen Dörfern 126 522 Dunam, das heißt mehr als zehn Prozent der gesamten von ihnen bearbeiteten Fläche, gepachtet. Das beweist, daß in diesen Dörfern Mangel an Boden herrscht, während die anderen Dörfer, von denen der Boden gepachtet ist, naturgemäß Überfluß an Boden haben müssen. Es ist deshalb anzunehmen, daß der Durchschnitt eines holding in ganz Palästina nicht widergespiegelt wird in der Durchschnittshöhe eines holding in den untersuchten 104 Dörfern.

11) Hope Simpson läßt Transjordanien gänzlich außer Betracht. Allerdings ist nicht er daran schuld, sondern die Terms of reference, die ihm von dem Colonial Office gegeben wurden, und in

welchen Transjordanien ausgelassen wurde. Aber diese Auslassung ist ungerechtfertigt. Nach unserer Ansicht bilden Palästina und Transjordanien eine wirtschaftliche Einheit. Beide unterliegen den Bestimmungen des Palästina-Mandats. Wenn die Bestimmungen des Mandats, die sich auf das Jewish National Home beziehen, für Transjordanien außer Kraft gesetzt worden sind, so besagt dies doch nicht, daß Transjordanien gänzlich außer Betracht bleiben muß, wenn es sich um einen Plan handelt, in dem Mandatsgebiet für neue landwirtschaftliche Siedler Raum zu schaffen. Hope Simpson (p. 144) schlägt vor, die Araber, die angeblich im Gebirge nicht genügend Boden haben, in die Küstenzone zu verpflanzen und ihnen hier Boden zu geben. Dieser Vorschlag hat vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte alles gegen sich und nichts für sich. Die Küstenzone ist infolge ihres Klimas, infolge der Beschaffenheit ihres Bodens und infolge der leichten Bewässerungsfähigkeit die natürliche Zone für bewässerte Baumpflanzungen, insbesondere für Orangen. Ein Plan zur Intensivierung der Landwirtschaft Palästinas, der diesem Tatbestand nicht Rechnung trägt, sondern die primitive arabische Landwirtschaft des Berglandes in die Küstenzone verpflanzen will, ist die schwerste Inkonsequenz, die man sich denken kann. Will man die Landwirtschaft Palästinas intensivieren, so muß die Küstenzone für Siedler reserviert bleiben, die mit Hilfe bedeutender Kapitalien und moderner landwirtschaftlicher Kenntnisse imstande sind, die Küstenebene in einen Fruchtgarten zu verwandeln. Die Fellachen des Berglandes können infolge des Mangels an Kapital und infolge ihrer Unbekanntheit mit Bewässerung und mit modernen landwirtschaftlichen Methoden für eine solche Entwicklung für absehbare Zeit nicht in Betracht kommen. Sie würden, wenn man ihnen in der Küstenzone Land gibt, mindestens für eine Generation diesen Boden gegen alle moderne Entwicklung blockieren. Dagegen würden dieselben Fellachen, wenn man sie von dem Bergland Palästinas auf das Plateau Transjordaniens verpflanzt, dort in bezug auf Klima und Boden dieselben Bedingungen vorfinden, unter denen sie bisher gearbeitet haben. Die Übersiedlung wür-

de sie vor keinerlei neue landwirtschaftliche Probleme stellen. Sie könnten ihre Wirtschaft genau in derselben Weise betreiben wie bisher. Sie würden dazu keine großen Kapitalien nötig haben, und sie würden für Transjordanien, das mit seinen großen unbearbeiteten Flächen und seiner spärlichen Bevölkerung dringend neue Ansiedler braucht, eine Wohltat sein. Wenn Hope Simpson also in dem Bergland Palästinas mehr Luft schaffen will, so spricht vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt alles dafür, die Auswanderung nicht in die Küstenebene, sondern nach Transjordanien zu lenken. Es heißt, den wirtschaftlichen Verhältnissen Gewalt antun, wenn man bei Betrachtung der für Ansiedlung verfügbaren Fläche Transjordanien von Palästina abtrennt.

The viable lot

(Die zum Lebensunterhalt eines Fellachen erforderliche Fläche)

12) In dem Johnson-Crosbie-Report (p. 22) ist gesagt:
»To provide the minimum cost of living for a family, a holding of 75 dunams seems to be necessary for an owner cultivator, while a tenant requires 130 dunams.«
Die Johnson-Crosbie-Commission ist zu ihrer Schätzung von 75 Dunam für einen Eigentümer und von 130 Dunam für einen Pächter auf Grund von eingehenden Untersuchungen darüber gelangt, was die Fellachen in den untersuchten 104 Dörfern für ihren Lebensunterhalt, zur Bezahlung von Steuern und zur Erhaltung ihres Inventars bedürfen. Von allen bisherigen Versuchen, diese Kosten festzustellen, ist die Untersuchung der Johnson-Crosbie-Commission die neueste und auf einem viel breiteren Material basiert als irgendeine frühere Untersuchung.
13) Hope Simpson zitiert diese Stelle aus dem Johnson-Crosbie-Bericht und fügt hinzu (p. 63):
»This opinion was arrived at on a consideration of the gross return from the holding at the prices of the years 1924 to 1928. As has been shown elsewhere, present-day prices are but 50 per cent of those adopted by the Committee in arriving at its deduction.«

Dieser Zusatz von Hope Simpson kann den Eindruck erwecken, als ob der im Jahre 1930 eingetretene Preisrückgang für landwirtschaftliche Produkte die Einnahmen des Fellachen um die Hälfte herabgedrückt hätte und daß er deshalb eine viel größere Fläche braucht als die von der Johnson-Crosbie-Commission angegebene. Eine solche Folgerung wäre ganz falsch:
a) Es ist in keiner Weise sicher, daß das niedrige Preisniveau für Getreide, das niedriger ist als jemals früher in den letzten zehn Jahren, auch für die Zukunft dasselbe bleiben wird. Es ist durchaus möglich, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, die im Jahre 1930 infolge der gewaltigen Welternte einen außerordentlichen Tiefstand erreicht haben, wieder in die Höhe gehen werden. Jedenfalls ist es nicht angebracht, das viable lot auf die Getreidepreise eines einzigen Jahres zu basieren.
b) Der Fellache ist nur in einem geringen Maß an den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte interessiert, da er den größten Teil seiner Produkte selbst konsumiert. Nach dem Bericht der Johnson-Crosbie-Commission (p. 14) betrug der Wert aller landwirtschaftlichen Produkte aus den untersuchten 104 Dörfern 799232 Pfund. Davon kommen auf den Markt zum Verkauf (p. 23) nur Produkte im Werte von 106000 Pfund, das heißt nur 13,3 Prozent der gesamten Produkte.
c) In dem Johnson-Crosbie-Report (p. 20) ist festgestellt, daß von den gesamten Ausgaben für den Lebensunterhalt einer Fellachenfamilie im Werte von sechsundzwanzig Pfund nicht weniger als siebzehn Pfund aus den eigenen landwirtschaftlichen Produkten gedeckt werden. Unter den übrigen neun Pfund befinden sich fünf Pfund für Kleidung, wovon ein Teil (zum Beispiel Wolle und Wollprodukte) wahrscheinlich auch aus der eigenen Wirtschaft gedeckt wird.
d) Wenn man also sogar das heutige Preisniveau der landwirtschaftlichen Produkte als ein dauerndes annimmt, so würde der eingetretene Preisrückgang den Fellachen nur insoweit treffen, als er landwirtschaftliche Produkte *verkauft*. Das trifft aber, wie oben erwähnt, nur für 13,3 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produkte zu. Sogar ein Preisfall von fünfzig Prozent,

wie Hope Simpson ihn annimmt, würde nur bedeuten, daß der Fellache, der jetzt 13,3 Prozent seiner Produkte, oder, in Dunam gesprochen, das Produkt von zehn Dunam auf den Markt bringt, in Zukunft das Produkt von zwanzig Dunam auf den Markt bringen muß, mit anderen Worten: das viable lot müßte dann nicht fünfundsiebzig, sondern fünfundachtzig Dunam betragen.

e) Hope Simpson hat diese grundlegende Tatsache außer acht gelassen, wenn er (p. 69 und appendix XV) die Rechnungen in dem Johnson-Crosbie-Report auf Grund des Preisrückgangs in den landwirtschaftlichen Produkten einer Revision unterzieht. Er berechnet dort den Wert der *gesamten* landwirtschaftlichen Produkte eines holding von hundert Dunam nach den heutigen niedrigen Preisen und kommt dann zu dem Resultat, daß der gesamte Wert der landwirtschaftlichen Produkte nicht vierundsechzig Pfund ist, wie in dem Johnson-Crosbie-Report (p. 18) festgestellt wird, sondern nur 40,6 Pfund und daß als Nettoertrag zum Lebensunterhalt nicht 32,5 Pfund verbleiben (Johnson-Crosbie p. 18), sondern nur 11,8 Pfund. Diese Berechnung ist absolut *irreführend* und unverständlich im Lichte der Tatsache, daß die Wirtschaft des Fellachen in erster Linie zur Deckung seines eigenen Lebensunterhalts bestimmt ist, und daß der Preis der landwirtschaftlichen Produkte nur für das kleine surplus von Bedeutung ist, das der Fellache auf den Markt bringt.

f) Derselbe Fehler wird von Hope Simpson in einer noch gröberen Form wiederholt, wenn er bei Angabe der Einnahmen auf Grund der heutigen niedrigen Preise berechnet, aber bei den Ausgaben für Lebensunterhalt die früheren hohen Preise einsetzt, die er einer Tabelle von Wilkansky (The Fellah's Farm p. 49) entnimmt. Wilkansky nimmt die Preise an, die in den Jahren 1925 bis 1926 bestanden, wie daraus hervorgeht, daß er noch in ägyptischen Pfunden rechnet, die nur bis 1927 (vor Einführung der palästinensischen Währung) in Palästina Kurs hatten. Durch diese verschiedene Behandlung von Einnahmen und Ausgaben kommt Hope Simpson zu ganz falschen Resultaten. Um dies nur an einem Beispiele klarzumachen: Unter den Haus-

haltsausgaben des Fellachen von insgesamt 49,50 Pfund führt Wilkansky an

4 Kantars	Weizen	zu	Pfund E	4,—	Pfund E	16,—
3 ,,	Durra	,,	,,	2,500	,,	7,500
					Pfund E	23,500
					= Pfund	24,087

Nach den heutigen Preisen, wie sie Hope Simpson (appendix 14) angibt, würden diese Mengen Weizen und Durra kosten:

4 Kantars = 1152 kg	Weizen	à 5.9 mil per kg	Pfund	6,800
3 ,, = 864 ,,	Durra	,, 3.2 ,, ,, ,,	,,	2,764
			Pfund	9,564

Die Angaben nach heutigen Preisen für Weizen und Durra sind also nur 39,7 Prozent der Ausgaben laut Wilkanskys Preisen. Nimmt man an, daß auch die anderer Lebensmittel in der Wilkanskyschen Tabelle (Milch, Eier, Olivenöl, Vegetables) im Betrage von etwa achtzehn Pfund im selben Prozentsatz im Preise zurückgegangen sind, so würden die gesamten Ausgaben für den Lebensunterhalt des Fellachen sich wie folgt stellen:

	nach Wilkansky	nach Hope Simpsons heutigen Preisen
für Weizen und Durra	24,087	9,564
,, Milch (9£), Eier (2£), Olivenöl (5£), Gemüse (2£)	18,—	7,146
,, Kleidung, Reis, Petroleum, Zucker	8,—	8,—[1]
	50,087	24,710

14) Hope Simpson (p. 63) erwähnt, daß in dem Dorf Beer Zeit, im Gebirgslande, 180 Familien vorhanden waren und daß von diesen 180 Familien eigentlich nur 65 Familien auf dem Boden des Dorfes existieren können, denn the viable lot betrage 112 Dunam, und die Fläche des Dorfes genüge nur für 65 solcher viable lots. Die Tatsache, daß trotzdem 180 Familien in dem Dorf leben, sucht Hope Simpson damit zu erklären, daß die Dorfbewohner von ihren Verwandten in Amerika Geld bekommen, sich als Tagelöhner Geld verdienen und von Geldverleihern Geld bor-

[1] Zu Wilkanskys Preisen eingesetzt, obwohl heutige Preise niedriger sind. Das zeigt, daß bei heutigen Preisen die Haushaltungsausgaben des Fellachen nur halb so hoch sind wie nach den früheren Preisen.

gen. Es fehlt in dem Bericht von Hope Simpson jeder Hinweis darauf, in welcher Weise das viable lot in diesem Dorf auf 112 Dunam berechnet worden ist. Ebenso ist die Erklärung, daß fast zwei Drittel der Bevölkerung dieses Dorfes von Geldsendungen aus Amerika, Arbeitsverdiensten und Anleihen (?) existieren, so wenig einleuchtend, daß es wohl gerechtfertigt erscheint, über diese Angaben zur Tagesordnung überzugehen.

15) Hope Simpson (p. 62) bezieht sich darauf, daß die General Federation of Labour, als sie von der Regierung die Überweisung von Staatsland in Tel Arad für jüdische exsoldiers verlangte, 200 Dunam als das Minimum für einen Siedler bezeichnet hat. Hierbei läßt Hope Simpson die Tatsache außer acht, daß Tel Arad in dem regenarmen Beersheba-Distrikt gelegen ist. Die Landwirtschaft in Tel Arad muß wegen der Regenarmut des Gebietes nach dem System des dry farming betrieben werden, wozu größere Flächen erforderlich sind als in den anderen Teilen Palästinas. Es geht nicht an, daß Hope Simpson einmal die Beersheba-Region als für Siedlung nicht geeignet von dem eigentlichen Palästina abtrennt und das zweite Mal einen Boden in diesem Distrikte als typisch für das übrige Palästina hinstellen will.

16) Es ist überraschend, daß Hope Simpson (p. 64) trotz der entgegenstehenden Feststellungen des Johnson-Crosbie-Berichtes zu dem Schluß kommt: »*It is clear* that in unirrigated land the ‚lot viable' is not less than 130 dunams.« In dem Johnson-Crosbie-Bericht wird diese Fläche für *Pächter* als notwendig bezeichnet, weil der Pächter etwa ein Drittel seines Ertrages an den Grundbesitzer als Pacht zahlen muß. Nun ist aber der Pachtbesitz in Palästina durchaus nicht Regel, sondern Ausnahme. Obwohl keine amtlichen Angaben darüber vorliegen, wie viele Landwirte in Palästina Pachtboden und wieviele eigenen Boden bearbeiten, so gehen doch die höchsten Schätzungen des Pachtbodens nicht über dreißig Prozent der gesamten bearbeiteten Fläche hinaus, während mindestens siebzig Prozent das Eigentum der cultivators sind. In den von der Johnson-Crosbie-Commission untersuchten 104 Dörfern waren (p. 20 des Johnson-

Crosbie-Reportes) von insgesamt 1247581 Dunam 29,7 Prozent gepachteter Boden, aber wir haben bereits oben darauf hingewiesen, daß diese 104 Dörfer 126522 Dunam von *anderen Dörfern* gepachtet hatten und deshalb nicht als typisch für den Durchschnitt Palästinas betrachtet werden können. Es dürfte der Wahrheit näherkommen, den Pachtboden in Palästina auf zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent der gesamten bebauten Fläche zu schätzen. Die Behauptung von Hope Simpson, daß für einen Landwirt 130 Dunam erforderlich sind, wird von dem Johnson-Crosbie-Report also nur in bezug auf höchstens ein Viertel der palästinensischen Landwirte gestützt.

17) Hope Simpson macht in seinem Bericht keinen Unterschied zwischen dem viable lot der Fellachen, die jetzt in Palästina vorhanden sind und zwischen der Fläche, die einem *neu anzusiedelnden* Fellachen zu seinem Lebensunterhalt zugeteilt werden muß. Es besteht aber zwischen diesen beiden Kategorien ein großer Unterschied. Nach dem Johnson-Crosbie-Bericht (p. 14) war der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produkte bei den 16633 Landwirten in den untersuchten 104 Dörfern 799232 Pfund. Davon entfielen auf den Ertrag von Oliven und anderen Fruchtbäumen 219912 Pfund. Da das durchschnittliche holding eines Landwirtes in den untersuchten 104 Dörfern 75 Dunam beträgt, wovon 7 Dunam mit Oliven und anderen Fruchtbäumen bestellt sind, so ergibt sich, daß der Ertrag von einem mit Bäumen bepflanzten Dunam etwa 1,90 Pfund, von einem nicht mit Bäumen bepflanzten Dunam dagegen nur 0,51 Pfund beträgt. In runden Ziffern läßt sich sagen, daß ein nicht bepflanzter Dunam fast viermal soviel Einkünfte liefert als ein nicht bepflanzter Dunam. Die in Palästina vorhandenen Pflanzungen von Oliven und anderen Fruchtbäumen (in den untersuchten 104 Dörfern befanden sich 1479476 solcher Bäume) bilden also ein wertvolles Asset der in Palästina ansässigen Fellachen. Da es bei Oliven etwa zehn Jahre und bei anderen Fruchtbäumen mindestens fünf bis sechs Jahre dauert, bis sie Erträge geben, so ist es klar, daß die bereits angesiedelten Fellachen einen großen Vorteil vor neuen Ansiedlern voraus haben. Würde Hope Simp-

son das viable lot nur mit Rücksicht auf zukünftige Siedler bestimmen, so wäre er berechtigt gewesen zu sagen, daß diese Siedler für eine Reihe von Jahren keine Einkünfte von Baumpflanzungen haben werden, sondern nur vom Getreidebau leben müssen und daß sie deshalb mehr Boden brauchen als die jetzigen Siedler. Wenn er dagegen das viable lot für die jetzigen Fellachen in Palästina berechnet, so muß natürlich in Rechnung gezogen werden, daß ein beträchtlicher Teil ihres Bodens mit Bäumen bepflanzt ist, und daß sie deshalb zu ihrem Lebensunterhalt weniger Boden brauchen als Neusiedler.
Hätte Hope Simpson einen Unterschied gemacht zwischen den Bedürfnissen (dem viable lot) eines neuen und eines alten Ansiedlers, so würde er zu einer anderen Folgerung gekommen sein als zu derjenigen, zu welcher er gelangt ist, indem er nur die Einnahmen aus dem Getreidebau berücksichtigt, nämlich, »daß auf unbewässertem Boden das viable lot nicht weniger als 130 Dunam sein kann« (p. 64). Es sei hier bemerkt, daß Wilkanskys Schätzung der Einkünfte und der Ausgaben von einer Fellachenwirtschaft, auf die sich Hope Simpson bezieht (p. 66), für eine Fellachenwirtschaft gemacht ist, in welcher es keine Bäume und infolgedessen auch keine Einkünfte von Bäumen gibt. Diese Schätzung hätte deshalb richtigerweise von Hope Simpson nur für eine neu anzulegende Fellachenwirtschaft herangezogen werden dürfen.
18) Hope Simpson gibt zu (p. 64), daß dort, wo Wasser für Bewässerung vorhanden und Milchviehhaltung möglich ist, das holding eines Fellachen auf 40 Dunam reduziert werden kann, wovon die Hälfte unter Bewässerung sein muß; dort, wo bewässerte Baumpflanzungen vorhanden sind, könne bei den gegenwärtigen Preisen für Orangen und Bananen das viable lot auf 15 bis 20 Dunam reduziert werden. Hope Simpson läßt hierbei ganz außer Betracht, daß in Gegenden, wo Wasser leicht erreichbar ist, auch ohne Milchviehhaltung und ohne bewässerte Pflanzungen bewässerbarer Boden, auch wenn er nur für Getreide in Zeiten von Dürre oder für Bewässerung von Gemüse für Hausgebrauch oder Verkauf benützt wird, höhere Erträge

liefert als unbewässerter Boden. Solch eine Bewässerung ist für den Fellachen möglich ohne große Geldaufwendungen und ohne eine radikale Änderung in seinen Wirtschaftsmethoden. Hope Simpson hätte deshalb die Bewässerungsmöglichkeiten, die Palästina bietet, und die bisher noch nicht ausgenutzt sind, ebenso als einen Produktionsfaktor behandeln müssen wie den Boden selbst. Statt dessen behandelt er Palästina so, als ob es durchweg nur für den Getreidebau ohne Bewässerung zu benutzen ist. Hätte er in Betracht gezogen, daß auf bewässertem Boden das viable lot beträchtlich herabgesetzt werden kann, so wäre er für ganz Palästina nicht zu 130 Dunam als Minimum des viable lot gelangt, sondern zu einer weit geringeren Fläche.

19) Das viable lot ist keine unveränderliche oder für alle Zeit zu bestimmende Größe. Es hängt von dem 'standard of life' ab, der in einem bestimmten Lande für eine bestimmte Bevölkerungsschicht üblich ist. Die Johnson-Crosbie-Kommission hat berechnet, wie hoch die Kosten der Lebenshaltung eines Fellachen nach dem jetzt bei der bäuerlichen Bevölkerung Palästinas üblichen 'standard of life' sind und ist zu dem Schluß gekommen, daß unter Zugrundelegung dieses 'standard of life' der Fellache 75 Dunam nötig hat, um mit seinen jetzigen Methoden und dem Bestande an Fruchtbäumen die Kosten seiner Lebenshaltung zu decken. Freilich ist in Palästina, wie in jedem anderen Lande des Orients der 'standard of life' kein hoher. Es wäre selbstverständlich gut, wenn es gelänge, in Palästina, wie im ganzen Orient den 'standard of life' zu erhöhen. Aber das ist nur möglich, wenn die Produktivität der Landwirtschaft durch Investierung von Kapital und durch moderne technische Methoden erhöht wird. Nicht in der Vergrößerung der Fläche für primitiven Getreidebau liegt das Heil des Fellachen, sondern darin, daß er aus dem Boden, den er hat, durch Baumpflanzungen und bessere landwirtschaftliche Methoden höhere Erträge erzielt.

20) In dem Johnson-Crosbie-Bericht (p. 22) ist gesagt:
»The small holder or tenant who has not the necessary minimum holding must supplement his income either by hiring him-

self out as labourer inside or outside the village or by engaging in transport work, in charcoal or limekiln burning or some such occupation.«
Diese Bemerkung wird von Hope Simpson zustimmend zitiert. Sie könnte den Eindruck erwecken, als ob Außenarbeit für den Landwirt etwas Außergewöhnliches ist und immer auf Mangel an Boden zurückzuführen ist. Demgegenüber sei festgestellt, daß auch die jüdischen Landwirte in Palästina einen Teil ihrer Einnahmen aus solcher outside labour und insbesondere aus Transporten ziehen. Es ist eine ganz natürliche und in der ganzen Welt bekannte Tatsache, daß der Landwirt für sich und seine Zugtiere nicht während des ganzen Jahres gleichmäßig landwirtschaftliche Arbeit hat und in der toten Saison außerhalb seiner Wirtschaft Geld zu verdienen sucht, indem er sich oder seine Zugtiere zur Arbeit verdingt.

Die landlosen Araber

21) In dem Berichte von Hope Simpson nehmen die sogenannten landless Arabs (landlosen Araber) einen großen Raum ein. Hope Simpson stützt seine Forderungen (p. 142) zu einem großen Teil auf die Annahme, daß in Palästina 29,4 Prozent der in Dörfern lebenden Bevölkerung keinen Boden besitzen, und er läßt an mehr als einer Stelle durchblicken, daß diese landless Arabs früher zu einem großen Teil Boden besaßen und durch die jüdischen Bodenkäufe landlos geworden sind. Seine Ausführungen sind nicht begründet.
22) Die Grundlage für die Behauptung von Hope Simpson, daß in Palästina 29,4 Prozent der Dorfbevölkerung kein eigenes Land besitzen, ist table XXIV in dem Johnson-Crosbie-Bericht. Dort werden die in den 104 Dörfern wohnhaften 23 573 Familien nach der Größe ihres holding gruppiert, und es werden außer den Familien, die eine gewisse Fläche oder Bäume als *Eigentümer* besitzen, auch 6940 Familien als »labourers« aufgeführt. Diese Bezeichnung labourers ist falsch. In dem Questionnaire, welches die Johnson-Crosbie-Kommission an die 104 Dörfer

ausgesandt hatte und dessen Beantwortung ihr das Material zu ihrem Berichte lieferte, hieß die Frage 3:
»3) Number of families
a) Owner only i. e. owning land or trees and living exclusively on them.
b) Owner laboures i. e. owning land and or trees but eking out their means of livelihood by working as labourers.
c) labourers only *owning* neither land nor trees.«
Hieraus ergibt sich klar, daß als labourers (Arbeiter) alle diejenigen gezählt wurden, die kein *eigenes* Land besaßen.
23) Es könnte eingewendet werden, daß die Rubrizierung der Pächter als Arbeiter oder landless für die Folgerungen von Hope Simpson insofern ohne Bedeutung ist, als Hope Simpson den von den Pächtern bearbeiteten Boden zu der von den Eigentümern bearbeiteten Fläche hinzugerechnet hat. Auf diese Weise ist er in Übereinstimmung mit dem Johnson-Crosbie-Report zu dem Resultat gekommen, daß die selbständigen Landwirte 75 Dunam Boden bearbeiten, während sie nur 56 Dunam *eigenen* Boden besitzen. Würde Hope Simpson den Pachtboden nicht zu dem eigenen Boden der selbständigen Landwirte hinzugerechnet haben, so würde eben bei den Eigentümern der Fehlbetrag am Boden um so viel größer gewesen sein.
Aber diese Argumentation übersieht einen wesentlichen Faktor. Hätte Hope Simpson erkannt, daß die von ihm landless genannten Familien in Wirklichkeit Pächter sind, so würde er wahrscheinlich nicht zu dem Vorschlage gekommen sein, diese Familien in andere Teile Palästinas zu verpflanzen. Bei wirklichen landless ist diese Verpflanzung leicht, denn sie sind mit dem Boden ihres jetzigen Dorfes nicht rechtlich verbunden, haben kein landwirtschaftliches Inventar und können in der Tat als Arbeiter auch irgendwo anders existieren. Pächter dagegen bearbeiten oft schon viele Jahre oder Jahrzehnte denselben Boden, haben ein Haus und landwirtschaftliches Inventar, und ihre Verpflanzung an einen anderen Ort ist mit viel größeren psychologischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden. Insofern hat die unrichtige Rubrizierung der tenants

als landless die Hope Simpsonschen Vorschläge in eine falsche Richtung gelenkt.

Unter die Kategorie labourers wurden also alle diejenigen aufgenommen, die keinen eigenen, sondern nur gepachteten Boden bearbeiteten, das heißt alle tenants (Pächter).

24) Nun ergibt sich aus dem Johnson-Crosbie-Report (p.20), daß außer dem Boden, der den Fellachen in den 104 Dörfern als Eigentum gehört, noch 245 275 Dunam von absentee landlords und 126 522 Dunam von anderen Dörfern, zusammen also 371 797 Dunam gepachtet worden sind. Der Johnson-Crosbie-Report gibt keinerlei Anhalt dafür, daß diese 371 797 Dunam gepachteter Boden ausschließlich von denjenigen Familien bearbeitet wurden, die auch einen eigenen Boden besaßen. Es ist für jeden, der die Art der Bearbeitung des Bodens von absentee landlords in Palästina kennt, klar, daß er ganz oder größtenteils von Personen bearbeitet wird, die keinen eigenen Boden besitzen, das heißt von den Personen, die im Johnson-Crosbie-Bericht unrichtig labourers genannt werden, und die Hope-Simpson noch unrichtiger »landless families« tauft. Diese labourers oder landless sind also in Wirklichkeit keine labourers, sondern vielmehr 'tenants' (Pächter) und würden im Durchschnitt 54 Dunam Pachtboden bearbeiten. Damit fällt das ganze Gebäude von Hope Simpson und alle Folgerungen, die er an die Existenz einer großen landlosen Bevölkerung in den Dörfern geknüpft hat, in sich zusammen. Hätte Hope Simpson die in dem Johnson-Crosbie-Report (p.21) gegebenen Ziffern näher analysiert, so wären alle seine Schlußfolgerungen bezüglich der 29,4 Prozent Landlosen unter der Dorfbevölkerung Palästinas nicht möglich gewesen.

25) An allen anderen Stellen des Hope Simpson-Berichtes, wenn es sich darum handelt, die hohe Pachtrente oder die hohen Steuern der Bearbeiter von Pachtboden darzutun, werden diese Bearbeiter fremden Bodens richtigerweise als *tenants* bezeichnet. Würde es irgendeinem Menschen in England einfallen, die landwirtschaftlichen Pächter, die in England einen so großen Teil aller Landwirte ausmachen, als *landless* zu bezeichnen? Es

ist im höchsten Maße zu beklagen, daß Hope Simpson statt der richtigen Bezeichnung *tenant,* die Bezeichnung landlos gewählt hat, die in dem Leser den Eindruck erwecken muß, daß es in den Dörfern ein außerordentlich großes *landloses Proletariat* gibt. Hätte Hope Simpson die Landwirte in der richtigen Weise klassifiziert, so hätte er nicht sagen können, wie er es tat (p. 26), daß sich in den 104 Dörfern eine Anzahl von Familien befinden, die eigentlich Land bearbeiten sollten, aber es in Wirklichkeit nicht tun.

26) Diese schlimme Wirkung des Gebrauches der Bezeichnung landless wird noch dadurch verstärkt, daß Hope Simpson (p. 26 und 142) die Existenz der landless in mehr oder weniger klaren Worten darauf zurückführt, daß Juden Boden gekauft und die früheren Bearbeiter des Bodens verdrängt haben. Eine solche Behauptung hätte Hope Simpson nur dann aussprechen dürfen, wenn er dafür irgendwelche ziffernmäßige Tatsachen hätte beibringen können. Er hätte sich an die Regierung wenden und sie um Feststellung der Tatsachen ersuchen müssen. Das hat er nicht getan. Die einzige Tatsache, die er beibringt (p. 51), ist eine Mitteilung der Area Officers in Nazareth und Haifa, wonach die Zahl der Pächter, welche den von den Juden im Emek Jesreel gekauften Boden verlassen mußten, 1270 beträgt. Wir werden weiter unten zeigen, weshalb diese Schätzung viel zu hoch ist. Aber sogar wenn wir sie als richtig unterstellen, so würde sie der beste Beweis dafür sein, in wie geringem Umfange die Bodenkäufe durch Juden für die Existenz der landlosen Araber verantwortlich sind. Etwa die Hälfte des Bodens, den die Juden seit dem Jahre 1914 in Palästina gekauft haben, liegt im Emek Jesreel. Die andere Hälfte liegt in der Küstenebene und war, da sie zum großen Teil nicht aus Getreideboden, sondern aus sandigem Pflanzungsboden bestand, von Arabern viel spärlicher bearbeitet als der Getreideboden im Emek Jesreel. Es würde sich also im *höchsten Falle* ergeben, daß auf dem gesamten Boden, welchen die Juden seit 1914 gekauft haben, vorher etwa 2500 arabische Pächter ansässig gewesen sind. Ein großer Teil von ihnen hat anderweitig Boden gepachtet und seine recht-

liche und wirtschaftliche Lage hat sich nicht verändert. Aber selbst wenn wir hiervon absehen und die – unrichtige – Annahme zulassen würden, daß die gesamten 2500 früheren cultivators des von den Juden gekauften landless (im wahren Sinne des Wortes) geworden seien, so würde dies nur bedeuten, daß von den 25572 Familien, die Hope Simpson (p.26) für ganz Palästina als landless errechnet, höchstens 10 Prozent in irgendeiner Weise von den jüdischen Landkäufen betroffen sein könnten.

27) In Wirklichkeit ist aber auch dies nicht der Fall. Ein großer Teil der Fläche, welche die Juden in der Küstenzone gekauft haben, war früher von Arabern überhaupt nicht bearbeitet worden, da er aus sandigem Pflanzungsboden bestand, mit dem die Araber nichts anzufangen wußten. Ferner ist ein Teil der früheren Bearbeiter dieses Bodens, wie Hope Simpson (p.50) selbst anerkennt, auf dem Boden geblieben und von der Pica bei der Einrichtung ihrer Wirtschaft unterstützt worden.

28) Was die Bodenkäufe im Emek Jesreel anbetrifft, so hat die Jewish Agency Hope Simpson eine Liste überreicht, welche die 688 Pächter aufzählt, die den Boden vor seinem Erwerb durch die Juden bearbeiteten und die ihn nach dem Erwerb verlassen mußten. Die Liste enthielt alle Pächter, die für ihren Weggang vom Boden Entschädigung erhielten, und es kann kein Zweifel bestehen, daß außer diesen entschädigten Pächtern keine anderen vorhanden waren. In dieser Liste von 688 Pächtern hatte die Jewish Agency mit vieler Mühe und vielen Ausgaben festgestellt, wo sich diese früheren Pächter jetzt befinden, und es war ihr möglich gewesen, nachzuweisen, daß 437 noch jetzt in demselben Distrikt landwirtschaftlich tätig sind, darunter 58 als Charaten (Arbeiter, die von einem Eigentümer oder Pächter auf jährlichen Kontrakt beschäftigt sind). Von den übrigen 251 früheren Pächtern sind 89 jetzt Schafhirten, 37 sind gestorben, 84 sind nicht mehr in der Landwirtschaft tätig und von über 41 war es unmöglich, Auskünfte zu bekommen. Die Liste zeigt also, daß die große Mehrheit der früheren Pächter auch nach

dem Verkauf des von ihnen gepachteten Bodens in der Landwirtschaft verblieben sind. In diese Zahl der noch landwirtschaftlich Tätigen sind auch die 58 Charaten und 89 Schafhirten eingeschlossen worden, weil viele davon auch schon vor dem Verkauf des Bodens Schafhirten waren. Außer Betracht gelassen wurden die 37 Pächter, die inzwischen gestorben sind. Der Grund dafür liegt darin, daß der Jewish Agency nur die Namen der früheren Pächter bekannt waren, aber nicht die Namen ihrer Söhne. Infolgedessen gab es für die Jewish Agency keine Möglichkeit festzustellen, ob der Sohn nach dem Tode seines Vaters in der Landwirtshaft verblieben ist. Die Bemerkung in dem Hope Simpson-Report (p. 51):

»In the cases described an ,died' it is not the family that is extinguished but the head of the family who has died. *Presumably* (?) the descendants are still alive and earning their bread in some other walk of life than agriculture«,

ist deshalb unrichtig.

29) Sir John Hope Simpson schickte die Pächterliste der Jewish Agency an den Governor von Haifa zur Prüfung, und der letztere erwiderte (p. 51 des Hope Simpson-Reportes), daß nach den Ziffern der Volkszählung von 1922 sich 4900 Seelen in den von den Juden erworbenen Dörfern befanden, und daß mit Hinzufügung der 20 Prozent, die sich der Volkszählung entzogen, die Ziffer wahrscheinlich 5900 Seelen betrage. Das würde etwa 1000 Familien entsprechen. Die Area Officers von Haifa und Nazareth gaben Hope Simpson die Auskunft (H. S. p. 51), daß die Zahl der »farmers« im Emek, welche durch die jüdischen Käufe ihren Boden verlassen mußten, 1270 betrug. Der Governor von Haifa sagt fernerhin in seinem oben erwähnten Brief, daß unter der Bevölkerung von 4900 oder 5900 Seelen sich auch solche Personen befanden, die keine Entschädigung von den Juden erhielten, aber »interests in the lands« hatten. Diese beiden Auskünfte sind irreleitend. Es ist absolut unverständlich, welche »interests in the lands« außer Pachtrechten überhaupt in Palästina bestehen können. Die einzige Erklärung für die hohen Ziffern des Governors von Haifa und der area officials in Haifa

und Nazareth kann die sein, daß sie unter »farmers« oder unter Personen, mit »interest in the lands« die Charaten verstanden. Aber dies ist eine falsche Bezeichnung. Der Charat ist weder Farmer, noch hat er irgendwelche Rechte am Boden, sondern er ist einfach ein auf Jahreskontrakt angestellter Arbeiter oder Dienstbote des Eigentümers oder Pächters. Zwischen dem Charat und dem Boden gibt es keinerlei rechtliche Verbindung. Übrigens haben die Pächter, als sie das Land verließen, fast ohne Ausnahme ihre Charaten mit sich genommen, so daß das, was wir oben mit Bezug auf die Pächter gesagt haben, nämlich daß die große Mehrheit von ihnen in der Landwirtschaft verblieben ist, auch für die Charaten Gültigkeit hat.

30) Obwohl nach dem früher Gesagten als sicher anzusehen ist, daß ein großer Teil der Familien, die von Johnson Crosbie labourers und von Hope Simpson landless genannt werden, in Wirklichkeit 'tenants' (Pächter) sind, so wollen wir durchaus nicht behaupten, daß in den Dörfern keine wirklichen labourers oder landless existieren. Allerdings beruht die Landlosigkeit dieser Leute nicht darauf, daß sie keinen Boden zur Bearbeitung bekommen konnten, sondern darauf, daß sie in anderen Berufen beschäftigt sind, zum Beispiel in Mühlen oder als Schmiede oder in anderen Handwerken oder als Kohlen- und Kalkbrenner. Es gibt ferner in den Dörfern Leute, die bereits eine Familie gegründet haben, aber keine eigene Farm besitzen, sondern in der Farm ihres Vaters mitarbeiten, die sie nach dessen Tode einmal erben werden. Sicherlich kann man diese Familien nicht als »landless« bezeichnen. Die wirklichen labourers oder landless, die von Lohnarbeit bei Arabern oder in jüdischen Siedlungen leben, bilden nur einen kleinen Bruchteil der von Hope Simpson als landless bezeichneten Familien.

31) Es ergibt sich aus all dem Gesagten, daß die Einführung des Wortes »landless« in den Bericht Hope Simpsons und die Behauptung, daß 29,4 Prozent der dörflichen Bevölkerung Palästinas landless seien, eine große Verwirrung angerichtet und den wirklichen Tatbestand verdunkelt hat. Die Zusammenfassung der tenants, der Handwerker, der erbberechtigten Söhne und

der Lohnarbeiter unter dem Begriffe »landless« ist vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus durchaus falsch. Sie ist geeignet, in dem Leser des Berichtes den Eindruck zu erwecken, als ob es sich hierbei ausschließlich um Familien handelt, die durch Mangel an Boden von der Beschäftigung in der Landwirtschaft ferngehalten würden. In Wirklichkeit ist ein großer Teil dieser Leute als Pächter oder als erbberechtigte Söhne in der Landwirtschaft tätig, ein anderer Teil gehört anderen für die dörfliche Bevölkerung notwendigen Berufen an und nur ein kleiner Teil sind Lohnarbeiter, auf welche der Begriff »landless« zutrifft. Wenn eine unparteiische Untersuchung darüber veranstaltet wird, wieviel Pächterfamilien durch die Bodenkäufe der Juden aus der Landwirtschaft verdrängt sind, so wird die Zahl sicher unter 1000 zurückbleiben. Aber auch diese haben – obwohl eine rechtliche Verpflichtung in diesem Umfange dazu nicht vorlag – von den jüdischen Gesellschaften Geldentschädigungen erhalten, die pro Familie etwa durchschnittlich 40 Pfund betrug (mehr als der Jahresverdienst des Fellachen). Das bedeutet für den Fellachen ein ziemlich bedeutendes Kapital, mit dem er entweder sich von seinen Wucherschulden (die nach Hope Simpson [p. 68] durchschnittlich 27 Pfund betragen) befreien oder einen anderen Beruf einschlagen konnte. Bei der von Hope Simpson betonten schlechten Lage des Fellachen hat sein Übergang zu einem anderen Berufe für ihn in vielen Fällen wahrscheinlich eher eine Verbesserung als eine Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage herbeigeführt.

—

Der Aufbau nach den Unruhen

Referat auf dem XVII. Zionistenkongreß in Basel

(1931)

Als wir vor zwei Jahren, nach Gründung der Jewish Agency, Zürich verließen, hat wohl keiner von uns daran gedacht, daß die nächsten zwei Jahre uns Ereignisse bringen könnten, die sie zu Krisenjahren erster Ordnung machen würden. Den Unruhen in Palästina folgte der Tod Louis Marshalls, dann kam der Boykott der Araber gegen jüdische Waren; Ende 1929 war der Bankkrach in Amerika mit dem Gefolge der Weltwirtschaftskrise, welche die Juden als Wirtschaftspioniere härter traf als die anderen Völker. Im Jahre 1930 hatten wir eine Mißernte infolge des Auftretens von Feldmäusen; wir hatten die niedrigen Getreidepreise, die unsere jungen Siedlungen mit besonderer Heftigkeit trafen. Wir hatten den Kampf gegen Zolltarife benachbarter Länder, die die Einfuhr palästinensischer Produkte erschwerten. Außerdem hatten wir in den beiden Jahren nicht weniger als sechs Untersuchungskommissionen oder -kommissare, so daß das Land nicht zur Ruhe kam. Der Erfolg aller dieser Ereignisse war eine Erschütterung des Vertrauens in die politische Haltung der Mandatarmacht, und dies zusammen mit den erwähnten wirtschaftlichen Momenten hatte einen außerordentlichen Rückgang unserer Einnahmen zur Folge.
Als ich im Jahre 1929 nach vierjähriger Pause in die Exekutive wieder eintrat, lag uns ein bewilligtes Budget von 750 000 Pfund vor. Mit dem davon auf die Landwirtschaft entfallenden Betrag hoffte ich im Laufe von zwei Jahren nicht nur die Siedlungen im Emek zu konsolidieren, sondern auch mit einer Neukolonisation beginnen zu können. Diese Hoffnung verwirklichte sich jedoch nicht. Das zweite Jahr war womöglich noch

schlechter als das erste; es ging für den Keren Hajessod nur etwa eine Viertelmillion ein, ein Betrag, der fast um die Hälfte hinter den erwarteten Einnahmen zurücksteht. Ich bedauere, daß ich an diesem festlichen Abend Sie sofort mit finanziellen Problemen beschäftigen muß, aber ich denke, es ist meine Pflicht, Sie auf diese wichtigste Frage aufmerksam zu machen. Wir sind ja auch früher nicht verwöhnt gewesen und hatten niemals gefüllte Geldschränke hinter uns. Wir lebten immer von der Hand in den Mund. Aber es ist doch etwas anderes, von der Hand in den Mund zu leben, als heute von dem zu leben, was man morgen zu erhalten hofft und schließlich doch nicht erhält.
Trotz dieser finanziellen Not kann ich doch sagen, daß Palästina in diesen zwei Jahren nicht stillgestanden ist, sondern daß sich eine *Stabilisierung der jüdischen Wirtschaft* ganz offensichtlich zeigt. Die Einwanderung der Jahre 1926/27 hat sich im Lande verwurzelt: jeder hat den Platz gefunden, wo er eine bescheidene Existenz sieht. Ich glaube, das Gesamturteil über die wirtschaftliche Situation der Juden in Palästina muß heute erheblich günstiger lauten als zu irgendeiner früheren Zeit. Neben dieser Stabilisierung der allgemeinen Lage der 170 000 bis 180 000 palästinensischen Juden können wir auch auf Leistungen zurückblicken, die speziell durch die zionistischen Fonds erfolgt sind. Es ist dem Jüdischen Nationalfonds gelungen, in der Orangenzone eine Reihe wertvoller Ländereien zu erwerben, darunter mit Geldern der kanadischen Zionisten den Boden von Wadi el Chawarit, wo wir für 1700 neue Siedlerfamilien Platz zu schaffen hoffen. Die Palästinaorange hat trotz des allgemeinen Preisrückgangs für landwirtschaftliche Produkte ihren Preis auf dem Weltmarkt behauptet, und die Orangenpflanzer haben im letzten Jahre aus ihren Pflanzungen sehr befriedigende Gewinne gezogen. Es wurden neue Packhäuser für Orangen gebaut, die Methoden von Transport und Packung von Orangen verbessert, ein erster Versuch der industriellen Herstellung von Orangensaft durch die Fabrik Assis durchgeführt. Es wurde in größerem Umfange begonnen, Böden, die für Orangenpflanzung nicht brauchbar sind, für die der Orange verwandte Grapefruit

nutzbar zu machen. Die palästinensische Grapefruit fängt an, in den Weltmarkt zu dringen und sich ihrer Schwester, der Orange, ebenbürtig an die Seite zu stellen.

Die Fortschritte, welche wir in Siedlungen mit gemischter Wirtschaft, insbesondere mit Milchwirtschaft, in den letzten Jahren erzielt haben, gehen vielleicht am besten aus den Summen hervor, die sie aus ihren Produkten erlöst haben. Die Gesellschaft *Tnuwa,* durch welche die Siedlungen ihre Produkte verkaufen und die unter Leitung von Elieser Joffe einen großen Aufschwung genommen hat, hat im Jahre 1928 für 70000 Pfund Produkte unserer Siedlungen verkauft, im Jahre 1929 für 96000 Pfund, im Jahre 1930 für 139000 Pfund, und sie erwartet in diesem Jahre eine weitere erhebliche Steigerung. Der Verkauf von Eiern stieg von 886000 Stück im Jahre 1929 auf 1650000 Stück im Jahre 1930, die Milchproduktion von 2¾ Millionen auf 3,6 Millionen Liter, der Absatz von Bananen auf das Fünffache, der Absatz von Trauben auf das Doppelte.

Das Problem unserer Landwirtschaft in Palästina ist nicht mehr wie früher die Steigerung der Produktion – das haben wir in den letzten zehn Jahren gelernt –, sondern es ist das Problem, Märkte für die wachsende Produktion unserer Siedlungen zu finden. Auch in diesem Punkte hat sich die Tnuwa als erfolgreicher Pionier erwiesen. Sie hat, um ein Beispiel anzuführen, als Ägypten durch hohe Zolltarife den Absatz palästinensischer Bananen unmöglich gemacht hatte, andere Märkte für dieselben gesucht und sie, zum Beispiel in Griechenland und Rumänien, gefunden.

Unsere landwirtschaftliche *Versuchsstation* hat in der Schädlingsbekämpfung Bedeutendes geleistet, sie hat zum Beispiel, als die Mäuse, die im Jahre 1930 die Ernte im Emek vernichteten, auch im Jahre 1931 die Ernte zu zerstören drohten, zusammen mit der palästinensischen Regierung Mittel dagegen ergriffen, und es ist dadurch gelungen, den Schaden fast ganz abzuwenden. Die Versuchsstation bemüht sich auch, durch Probesendungen von allen landwirtschaftlichen Produkten nach verschiedenen Ländern neue Märkte zu erschließen. Sie erfreut

sich dabei der Mithilfe des Imperial Marketing Board in England. Sie steht auch in Verbindung mit den besten englischen Versuchsstationen und tauscht mit ihnen Erfahrungen aus. Eines der wichtigsten Geschehnisse in unserer Arbeit im letzten Jahre war es, daß es uns gelungen ist, mit unseren Siedlern die ersten *Verträge* abzuschließen, durch welche sich die Siedler verpflichten, in einer Reihe von Jahren die Beträge, die wir ihnen geliehen haben, mit mäßigen Zinsen abzuzahlen. Es ist uns lange Zeit vorgeworfen worden, daß wir den Abschluß solcher Verträge verzögert haben, aber es lag dieser Verzögerung die richtige Überlegung zugrunde, daß es nicht möglich ist, den Siedlern Lasten aufzuerlegen, bevor die Wirklichkeit gezeigt hat, welche Lasten sie tragen können. Bei einer Kolonisation, die erst im Jahre 1921 begonnen wurde, auf neuen Grundlagen, mit neuen Produkten und mit neuen Methoden, war es unmöglich vorauszusehen, welche Beträge der Siedler nach Abzug seines Lebensminimums für Rückzahlungen übrig haben wird. Daß wir gut daran getan haben, nicht sofort die Verträge abzuschließen, beweist das Beispiel anderer Länder, wie etwa Griechenlands. In Griechenland, wo die Kolonisation im Jahre 1924 durchgeführt wurde und wo von den Siedlern eine achtprozentige Verzinsung des Kapitals und eine Rückzahlung in zwanzig Jahresraten gefordert wurde, hat sich diese Forderung als absolut undurchführbar erwiesen. Die Siedler haben im Laufe der sieben Jahre von 1924 bis 1930 insgesamt nur eine lächerlich kleine Summe, nur viereinhalb Prozent auf Kapital und Zinsen zurückgezahlt. Die griechische Regierung hat sich schließlich veranlaßt gesehen, alle bis Ende 1930 aufgelaufenen Zinsen überhaupt zu streichen und sogar die viereinhalb Prozent, die bis dahin gezahlt wurden, auf die neuen Abzahlungen in den nächsten Jahren zu verrechnen und zugleich den Zinsfuß von acht Prozent auf drei Prozent herabzusetzen. Ähnlich ist es in England mit der Kolonisation gegangen, wo auch die ursprünglichen Bedingungen bald geändert werden mußten. Indem wir nicht sofort die Höhe der Rückzahlungen vereinbarten, sondern erst dann die Verpflichtungen der Siedler bestimmten, als wir wußten, daß sie mit

ihren Kräften übereinstimmen, sind wir den richtigen Weg gegangen. Wir werden von den Darlehen, die wir den Siedlern gegeben haben, nicht die ganze Summe zurückbekommen. Wir werden wahrscheinlich ein Drittel unserer Darlehen verlieren. Aber das ist in der ganzen Welt der Fall und hängt mit dem Rückgang der Preise zusammen. Wir wollen den Siedlern ihre Anlagen nicht zum Kostenpreis, sondern zum heutigen Wert belasten. In Westaustralien, wo eine der unseren im Ausmaße fast gleiche Ansiedlung durchgeführt wurde, hat die Regierung für jeden Siedler 2830 Pfund ausgegeben, und die Regierung hat auf diesen Betrag 66,2 Prozent abgeschrieben, als sie jetzt Verträge mit den Siedlern machte. Bei dem Vergleich mit dieser Kolonisation kommen wir sehr gut weg.
Sir John Hope Simpson hat es für nötig gehalten, in seinem Bericht zu schreiben, daß die jüdische Kolonisation sich besonders teuer stelle. Er hat dabei leider unrichtige Ziffern verwendet und sich auf unsere Vorhaltungen zwar entschuldigt, aber noch immer den Eindruck bestehen lassen, als ob unsere Kolonisation sehr teuer wäre. Sie hat immerhin nur halb so viel pro Siedler gekostet wie in Westaustralien.
Von den fünfundvierzig Siedlungen, die ganz oder teilweise mit Hilfe des Keren Hajessod begründet wurden, sind heute elf so weit, daß sie sich selbst erhalten und von uns keine Zuschüsse bekommen. Weitere zwölf werden in diesem Jahre selbsterhaltend werden, falls wir das Budget von 90000 Pfund, das ein Minimalbudget ist, bekommen. Und wenn wir dazu weitere 110000 Pfund hätten, wären wir imstande, alle fünfundvierzig Siedlungen so weit mit Inventar zu versorgen, daß sie sämtlich aus unserem Budget gestrichen werden und auf eigenen Füßen stehen könnten.
Die *Industrie* in Palästina hat den Boykott der Araber erfolgreich überstanden. Sie hat sich in Palästina durchgesetzt und in Ägypten, in Südafrika, in Syrien neue Märkte erschlossen; die Exportziffern jüdischer Industrieprodukte zeigen eine Steigerung von 194000 Pfund im Jahre 1927 auf 269000 Pfund im Jahre 1929. Die hydro-elektrische Anlage von Ruthenberg am

Jordan wird in Kürze ihre Arbeit beginnen. Die Kaligesellschaft am Toten Meer hat bereits ihre Tätigkeit aufgenommen, eine jüdische Gesellschaft, welche die Ausbeutung der Heilquellen in Tiberias zum Ziele hat, wird hoffentlich ebenfalls in nächster Zeit ihre Arbeit aufnehmen.

Noch einige Angaben über das *Unterrichtswesen.* 22 500 Schüler besuchen unsere Schulen, die von der Regierung offiziell anerkannt sind und auch von ihr mit einem Betrag von 20 000 Pfund subventioniert werden. Es ist uns gelungen, durch unser Schulsystem eine Vereinheitlichung des Erziehungswesens auf Grundlage der hebräischen Sprache herbeizuführen. Leider hat das Erziehungswesen dadurch gelitten, daß wir aus Mangel an Mitteln nicht genug Schulräume hatten und den Lehrern die Gehälter nicht regelmäßig zahlen konnten. Die Übergabe des Schulwesens an den Jischuw wird in irgendeiner Weise durchgeführt werden. Ich warne Sie aber davor, zu glauben, daß damit auch alle finanziellen Lasten auf die Kneßet Jisrael übertragen werden können. Sie ist noch ein junges Gebilde und nicht imstande, alle damit verbundenen Lasten zu tragen. Der Jischuw trägt zusammen mit der Regierung schon heute fast die Hälfte der Kosten. Das Schulwerk erfordert 180 000 Pfund, und wir haben im Vorjahre zusammen mit anderen auswärtigen Institutionen nur 90 000 Pfund beigetragen.

Was das *Sanitätswesen* betrifft, so ist es gelungen, das Krankenhaus in Tel Awiw der Stadt zu übergeben und dadurch die Hadassa zu entlasten. Die Erfolge unseres Sanitätswerkes sind groß und bedeutungsvoll. In Tel Awiw waren vor zehn Jahren zwölf Krankenschwestern nur für die Trachombekämpfung erforderlich, heute genügt eine einzige Schwester, weil das Trachom unter den jüdischen Kindern fast ganz verschwunden ist. Die durch die Freigebigkeit von Nathan Straus eröffneten Gesundheitszentren in Tel Awiw und Jerusalem geben hygienische Volksbelehrung. Die Institute für Mutterschaftsberatung in Tel Awiw und die Arbeit der Hadassa haben dazu beigetragen, daß die Säuglingssterblichkeit sehr zurückgegangen ist. Sie nähert sich in Tel Awiw den Prozentsätzen der wegen ihrer ge-

ringen Säuglingssterblichkeit bekannten Länder und beweist, daß auch im Orient die ungeheure Säuglingssterblichkeit durch geeignete Mittel herabgesetzt werden kann.
Ich habe bis jetzt von den Schwierigkeiten gesprochen, die wir durch unsere finanzielle Lage gehabt haben. Wir hatten auch Schwierigkeiten durch die Kommissionen, welche nach Palästina geschickt wurden. Ich rede hier in erster Linie von Sir John Hope *Simpson,* der die Aufgabe hatte, die Möglichkeit der Hebung der Landwirtschaft zu untersuchen. Sein Bericht war bekanntlich in vieler Beziehung sehr ungünstig für uns. Wir waren in der Beantwortung des Berichtes dadurch im Nachteil, daß zwei seiner Hauptquellen uns erst spät zugänglich wurden. Wir wußten, als der Bericht erschien, nichts über die Vermessung Palästinas vom Flugzeug aus, auf die Sir John Hope Simpson seine Berechnung des kulturfähigen Bodens stützt, und wir kannten nicht den Bericht der Johnson-Crosbie-Kommission, aus der Simpson einen großen Teil seiner Angaben nimmt. Als wir diese Quellen kennenlernten, konnten wir feststellen, daß der Bericht Simpsons in seinem ungünstigen Teil auf Annahmen und Auslegungen beruht, die in keiner Weise einer Kritik standhalten. Sie werden ein Heft vorgelegt bekommen »Die statistischen Grundlagen des Berichts Sir John Hope Simpsons«, in welchem wir nachweisen, daß Simpson keinerlei Recht hatte, die anbaufähige Fläche Palästinas, die bisher mit zwölfeinhalb Millionen Dunam berechnet wurde, auf sechseinhalb Millionen zu reduzieren. Ebenso hatte er kein Recht zu der Annahme, daß es in den Dörfern Palästinas 29,4 Prozent landlose Araber gäbe, wobei er mehr oder weniger deutlich andeutet, daß viele dieser Araber durch die Landkäufe der Juden landlos geworden seien. Es ist uns gelungen festzustellen, daß diese Araber zum größten Teil Pächter auf dem Boden von Großgrundbesitzern sind. Landwirte als Pächter gibt es überall in der Welt. In England ist die Zahl der Pächter größer als die der Bodeneigentümer. Ich glaube, wir haben durch die Broschüre diese Simpson-Legende ein für alle Mal zerstört.
Anläßlich der Untersuchungen von Hope Simpson haben auch

wir besondere Untersuchungen vorgenommen und haben festgestellt, daß es allein in der Küstenebene und der Jordanebene Boden genug gibt, um bei richtiger landwirtschaftlicher Bearbeitung des Bodens über 50000 Familien landwirtschaftlich neu anzusiedeln, ohne daß die bisherigen Bearbeiter verdrängt werden müßten. Wir wollen die Araber nicht verdrängen. Wir haben Verständnis für die Lage der arabischen Pächter; wogegen wir uns wenden, ist, daß die Frage der Pächter zum Vorwand gemacht wird, um den freien Bodenkauf in Palästina einzuengen und jeden Kauf von der diskretionären Entscheidung eines Beamten abhängig zu machen. Wir sind bereit, mit der Regierung darüber zu verhandeln, daß durch unsere Kolonisation in Palästina die bisher auf dem Boden sitzenden Bearbeiter nicht beeinträchtigt werden. Natürlich muß hierbei in Betracht gezogen werden, daß die Bodenbenutzung in Palästina nicht so bleiben kann, wie sie heute ist. Das Land muß aus dem primitiven Stadium der Landwirtschaft zu intensiven Methoden übergehen. Wenn Nomaden ihre Herden auf Boden weiden wollen, der für Orangen taugt, so ist das ein Festhalten an asiatischen Methoden gegenüber europäischen. Wir können aber nicht kolonisieren, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, europäische Methoden anzuwenden.

Sie wissen, daß als Folge des Berichts von Hope Simpson die englische Regierung den Plan gefaßt hat, zweieinhalb Millionen Pfund für die Entwicklung Palästinas als Anleihe auszugeben. Hope Simpson hat über die Frage der Verwendung dieses Anleihebetrages in seinem Bericht nur ganz vage Andeutungen gemacht. Und es war schwer, der Regierung in London klar zu machen, daß in Palästina nicht Boden fehlt, sondern die Möglichkeit zur rationellen Ausnutzung des Bodens. In Transjordanien ist Boden in Fülle vorhanden, trotzdem ist die Lage des Fellachen nicht besser, sondern eher schlechter als im Westjordanland. Ich hoffe, daß es uns gelungen ist, die Regierung zu überzeugen, daß Palästina in erster Linie nicht große Ameliorisierungsarbeiten, sondern Kredite braucht, damit es den Landwirten möglich wird, neue bessere Methoden in ihren Wirtschaf-

ten anzuwenden. Was die Juden für ihre Kolonisation brauchen, ist die Gründung einer Agrarbank, wie sie von dem Sachverständigen für Kreditwesen C.H. Strickland[1] in seinem Bericht vorgeschlagen wurde.

Ich komme zum Schluß. Ich glaube, daß es in keiner Zeit so klar war, was wir in Palästina zu tun haben, als es heute der Fall ist. Wir haben jetzt eine zehnjährige Erfahrung hinter uns, die uns den Weg gezeigt hat, den wir zu gehen haben. Wir können heute in kurzer Zeit das tun, wofür wir früher lange Zeit brauchten. Als nach den Unruhen in Palästina die Frage gestellt wurde, was wir tun sollten, um unsere Lage zu festigen und die Wiederkehr solcher Vorfälle zu verhindern, habe ich den Vorschlag gemacht, daß wir unsere Kolonisation in wenigen Jahren verdoppeln müssen. Ich glaube bis jetzt, daß dieser Vorschlag die Forderung der Stunde und daß er im Bereich der Möglichkeit ist. Wir haben heute etwa 5000 jüdische Siedler. Lassen Sie uns aus den 5000 Siedlern 10000 machen. Boden und geeignete Menschen sind vorhanden. Das bedeutet nicht bloß eine Vermehrung um 5000 Familien, sondern Schaffung von Existenzmöglichkeiten für 15000 Familien, da erfahrungsgemäß mit jeder landwirtschaftlichen Familie zwei Familien in anderen Berufen Existenz finden. Dadurch wird in kürzester Zeit erreicht werden, daß wir nicht bloß achtzehn Prozent, das ist etwas mehr als ein Sechstel, sondern fünfundzwanzig Prozent, das ist ein Viertel der Gesamtbevölkerung Palästinas bilden. Mein Vorschlag erfordert nicht gewaltige Mittel. Wir haben gelernt, billiger zu kolonisieren. Die Baukosten und andere Anschaffungskosten sind gesunken. Wir können heute, wenn es sich um Arbeiter handelt, die während einer Reihe von Jahren von Lohnarbeit leben, eine Familie mit Hilfe eines Kredits von 400 bis 450 Pfund kolonisieren, wenn der Boden vom Nationalfonds beigestellt wird. Aus einer Broschüre, die auf gründlichen Beratungen und Berechnungen von palä-

[1] *C.H. Strickland* wurde im Juli 1930 von der Palästina-Regierung eingeladen, die ökonomische Lage der Fellachen zu prüfen und Vorschläge für die Entwicklung eines genossenschaftlichen Kreditwesens für die arabische Landwirtschaft zu machen. Sein Bericht erschien im Dezember 1930.

stinensischen Sachverständigen beruht, können Sie ersehen, daß Familien aus dem Mittelstand, wenn sie selbst über 400 Pfund verfügen, mit einem Kredit von weiteren 450 Pfund sich in Palästina von der Landwirtschaft, insbesondere von Orangenpflanzungen ernähren können. Hier liegen große Möglichkeiten vor, in kurzer Zeit unsere Position in Palästina so zu verstärken wie niemals vorher.

Aber es bestehen auch für die Privatinitiative und für größere Gesellschaften auf dem Gebiete des Orangenbaus zur Zeit gute Aussichten. Die Palästinaorange hat, wenn die Methoden für den Verkauf und die Verpackung sich weiter verbessern, noch viele Länder als Märkte vor sich, die bisher noch nicht von ihr berührt werden. Die besten Sachverständigen bestehen darauf, daß die Anpflanzung von Orangen noch in langer Zukunft eine gute Anlage ist.

Freilich sind alle Pläne für eine Vergrößerung unseres Siedlungswerkes nicht zu verwirklichen, wenn wir bei dem gegenwärtigen Stand unserer Fonds bleiben. Die Exekutive hat Herrn Dr. Arlosoroff beauftragt, nochmals eine Untersuchung darüber anzustellen und dem Kongreß ein Referat darüber zu erstatten, ob es möglich ist, die Methoden des Keren Hajessod zu verbessern oder andere finanzielle Institutionen oder Mittel zu finden, welche eine Vergrößerung unserer Einnahmen herbeiführen. Sie werden das Referat hören. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß die Leistungsfähigkeit des jüdischen Volkes, eines Volkes von sechzehn Millionen Menschen, gerade bei 250000 Pfund erschöpft sei, gerade bei 200000 Keren Hajessod-Zahlern eine Grenze finden soll. Das jüdische Volk hat in seinem Bestreben nach Selbsterhaltung im letzten Jahrhundert verschiedene Mittel gefunden. Es hat sich in den Ländern Westeuropas und Amerikas die Gemeindeorganisation geschaffen, in Osteuropa hält es an der Orthodoxie fest und befestigt dadurch seine Stellung, in neuester Zeit hat es in der Gesetzgebung zum Schutze der nationalen Minderheiten ein Mittel gefunden, um seine Kultur zu behaupten. Aber ich glaube, daß alle diese Mittel, so wichtig sie sind, doch zur Selbstverteidigung der Juden nicht genügen, wenn nicht in

Palästina eine innere Zitadelle geschaffen wird, die stärker ist als die äußeren Wälle, und von der das Judentum in seinen verschiedenen Positionen Verstärkung bekommt.

Ich bin optimistisch genug zu glauben, daß das jüdische Volk uns bisher für Palästina nur deswegen beschränkte Mittel zur Verfügung gestellt hat, weil es die Bedeutung Palästinas für seine Erhaltung noch nicht begriffen hat. Es gibt noch Millionen von Juden, die glauben, daß das jüdische Volk, das dreitausend Jahre bestanden hat, immer weiter bestehen wird, einerlei ob Palästina aufgebaut wird oder nicht. Ich denke, daß es unsere Pflicht ist, von neuem an das jüdische Volk heranzugehen, und ihm zu erklären: *Mit Palästina steht ihr und fallt ihr.* – Wir haben in den letzten Jahrzehnten oder zumindest in den letzten Jahren unter dem Druck der finanziellen Erfordernisse die Erziehungsarbeit, die Aufklärungsarbeit im Volke vernachlässigt. Wir müssen das nachholen. Wenn wir nicht größere Arbeit in Palästina leisten, so verlieren wir Möglichkeiten, die sich später nie wiederholen. Ich glaube, daß wir diesen Kongreß dazu benutzen müssen, Umschau zu halten: was kann geschehen, um das jüdische Volk für Palästina zu erwecken, ihm klar zu machen, daß Palästina im Brennpunkt aller Maßnahmen für seine Selbsterhaltung steht? Ich hoffe, daß, wenn wir uns mit Ernst dieser Aufgabe zuwenden, wir auch eine positive Antwort bekommen werden. Es ist schwer für jemand, für den der Zionismus Lebensinhalt ist, jetzt ruhig zu sein. Das Ziel scheint schon nahe, und doch besteht die Gefahr, noch vor seiner Erreichung zu stranden. Ich wende mich an Sie als die berufenen Vertreter des jüdischen Volkes: Caveant consules! Diese Zeit oder keine ist es, in der wir unsere Stellung in Palästina so ausbauen können, daß keine Macht der Welt sie wieder zerstören kann. Nutzen Sie die Zeit!

—

An die deutschen Zionisten

Rede auf dem Delegiertentag

der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

(1932)

Der Zionismus ist wie alle neuen politischen Bewegungen kämpferisch in die Welt getreten. Er hat gegen alle früheren Bewegungen zur Erhaltung des Judentums Stellung genommen und sie als nutzlos oder zumindest als unbedeutend in ihren Wirkungen gekennzeichnet. Das war damals nötig. Der Zionismus hätte nicht die Kraft aufgebracht, die vor vierzig Jahren notwendig war, um in das stagnierende Judentum Leben und neue Kraft hineinzubringen, wenn er nicht von vornherein diese kämpferische Note angeschlagen hätte. Aber in den letzten vierzig Jahren ist die Stellung des Zionismus so stark geworden, daß er sich den Luxus erlauben kann, objektiv zu sein und die Bewegungen, die ihm vorangingen, in ihrer historischen Bedingtheit und Notwendigkeit zu sehen.

Die Hegemonie der zionistischen Idee

Die Dinge sehen sich von rückwärts aus immer ganz anders an als im Fluß der Entwicklung. Sie wissen alle, daß die Emanzipation der Juden zurückgeht auf die Gedanken der französischen Revolution. Wenn Sie die Verhandlungsprotokolle über die Frage der Judenemanzipation in der französischen Nationalversammlung aus den Jahren 1789 bis 1791 nachlesen, so werden Sie sehen, daß damals die Emanzipation der Juden für die französische Deputiertenkammer nicht Selbstzweck war, eine Sache für sich, sondern ein *Teilproblem* der allgemeinen Emanzipation aller unterdrückten Völker, der Gleichheit all dessen, was Men-

schenantlitz trägt. Die besten Freunde der Juden sagten ganz offen und ganz ausdrücklich: »Den Juden als *Individuen* geben wir alles, den Juden als *Nation* nichts«. Es war der Gedanke der Menschheit, der damals all diese Verhandlungen beherrschte. Der Begriff der Nation spielte keine Rolle. Und wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß in Mittel- und Westeuropa die Judenemanzipation als Emanzipation der Einzelnen, nicht als Emanzipation des jüdischen Volkes erfolgte und aus dem Gedankenkreise dieser Zeit heraus nicht anders erfolgen konnte, so werden Sie anfangen zu verstehen, weshalb auf dieser Grundlage die Entwicklung in Deutschland und in Frankreich und in England so war, wie sie geworden ist. Dabei muß ich davor warnen, daß wir so tun, als ob die ganze Judenheit bereits den *Prozeß der Assimilation* durchgemacht habe. Die Assimilation hat eigentlich nur in den Ländern Platz gegriffen, in denen die Juden einen ganz kleinen Prozentsatz der Bevölkerung bildeten. In den Ländern der jüdischen Massensiedlung in Osteuropa hat es noch keine durchgreifende Assimilation in diesem Sinne gegeben. Dort hat die große Masse der Juden ihre eigene Sprache und ihre eigene Kultur bis in unsere Tage erhalten. Nicht immer, wenn wir von Assimilation sprechen, sollen wir das mit einem tadelnden Beigeschmack tun. Es gibt zweierlei Arten von Assimilationen: es gibt eine Art-erhaltende Assimilation und eine Art-zerstörende, die man als »Annihilation« bezeichnen könnte. Die Assimilation des liberalen Juden zum Beispiel hatte nicht nur negative Seiten, sie hatte auch sehr viel Positives. Sie war darauf eingestellt, das Judentum in dem fließenden Strom der neuen Einwirkungen fremder Kulturen zu erhalten. Das liberale Judentum lehnte Mischehe und Taufe ab und erhielt dadurch, trotzdem es nur die Religion erhalten wollte, doch zugleich die jüdische Blutsgemeinschaft. Das liberale Judentum hat in der Schaffung der Gemeindeorganisationen sehr viel für die Erhaltung des Judentums getan. Wenn wir mit dem Zionismus über das liberale Judentum und seine Erhaltungstendenzen hinausgehen, so tun wir das, weil wir glauben, daß die Schutzwälle, die das liberale Judentum aufwarf, heute nicht mehr genügen. Deshalb ver-

suchen die Zionisten in Palästina eine Zitadelle aufzubauen, die stärker ist als die Schutzwälle in der Galut. Aber das besagt nicht, daß die früheren Schutzwälle einfach preisgegeben werden. Es gibt verschiedene Arten der Verteidigung, die nebeneinander hergehen können. Ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, wo wir den Zionismus dazu bringen können, *eine das ganze Judentum umfassende Bewegung* zu werden. Wir wollen auch die Kreise, die uns heute gedanklich noch fern stehen, für unsere Sache gewinnen, und wir können sie gewinnen. Sie wissen alle, welch eine große Bedeutung einmal die *Hegemonie* im Judentum gespielt hat. Es war immer ein Land, das an der Spitze der Judenheit stand und das der ganzen Judenheit ihre Note gab und es verteidigte: es war Palästina, als der jüdische Staat noch bestand, es war dann Babylonien, später Spanien, Polen, Deutschland und jetzt vielleicht die Vereinigten Staaten von Amerika. Aber diese Hegemonie war immer die Hegemonie eines Landes. Was mir vorschwebt, ist die *Hegemonie einer Idee,* die Hegemonie der zionistischen Idee im Judentum, die andere Maßnahmen zur Erhaltung des Judentums nicht beseitigt, aber in notwendiger Weise ergänzen und verstärken will. Der Zionismus soll der Königsgedanke, die Krönung aller auf Erhaltung der Juden abzielenden Bestrebungen sein. Wir brauchen das ganze Judentum für unsere Sache, denn die Aufgabe in Palästina ist groß, und sie kann nur erfüllt werden, wenn die ganze Judenheit sich hinter den Palästinaplan stellt.

Die Situation der Juden in Deutschland

Es gab eine Zeit, es war das zwölfte, dreizehnte und vierzehnte Jahrhundert, in dem die Juden in Deutschland ungefähr denselben Vorgang erlebten wie in den letzten Jahren: ein Heruntergleiten von wirtschaftlicher Höhe. Die Juden in der Zeit der Kreuzzüge und später waren in Deutschland die großen Kaufherren; sie waren die »Kapitalisten«, sie waren in vielen Beziehungen den privilegierten Ständen gleichgestellt. Sie haben diese Stellung verloren, nicht weil sie im Konkurrenzkampf

den christlichen Kaufleuten und Handwerkern unterlagen, sondern weil die Obrigkeit in den Städten oder die Zunftorganisationen sich kollektiv gegen die Juden wandten und ihnen ihr Aufwärtsstreben unmöglich machten. Ich weiß nicht, ob die Parallelerscheinungen, die wir heute sehen, dasselbe Resultat haben müssen. Es ist möglich, daß die Geschichte heute andere Bahnen geht, aber die Zurückdrängung der Juden aus den von ihren in Jahrhunderten schwer eroberten Positionen zeigt, daß die Lage der Juden keine stabile ist, daß sie in keiner Weise in ihrer Situation gesichert sind, und daß der Traum des Liberalismus und des Humanismus eben nur ein *Traum* ist, daß eine völlige Gleichstellung der Juden, solange sie Juden bleiben, eine sehr fragliche Sache ist. In dieser Lage kann der Zionismus, kann Palästina für die Juden eine ungeheure Rückenstärkung sein. Palästina wird nicht für alle Juden dieselbe Bedeutung haben. Die einen werden nach Palästina gehen und sich dort auf neuem Boden verwurzeln, die anderen, die das nicht können, werden versuchen, für ihre Kinder dort eine Existenzmöglichkeit zu schaffen, für diese jungen Menschen, deren Zukunft heutzutage eine so hoffnungslose ist. Es ist eine schreckliche Tragik, das eine Generation aufwächst von begabten und arbeitswilligen jungen Juden, die keine Aussicht haben, ihre Kräfte in ihrem Geburtsland zu betätigen. Wenn der Zionismus dieser Generation eine Hoffnung gibt, so ist das schon eine außerordentlich große Sache. Selbst für diejenigen, die ihre Kinder nicht nach Palästina schicken können, wird Palästina eine Quelle des Trostes und der Aufmunterung sein. Sie werden nach Palästina fahren, von dort zurückkommen mit dem Gefühl, daß hier das Judentum seine große Geschichte in Freiheit fortsetzt. Wenn wir jetzt von Zionismus und Assimilation sprechen, sollen wir versuchen, *das Trennende zu mildern und das Verbindende zu stärken*. Jeder Jude, der darauf bedacht ist, die Judenheit zu erhalten, soll uns willkommen sein als Mitglied in dem großen Werk, das wir in Palästina in den nächsten Jahrzehnten zu leisten haben.

Die Fortschritte in den letzten fünfzehn Jahren

Ich möchte nun kurz darauf eingehen, was in Palästina in den letzten Jahren geleistet wurde. Nehmen wir als Stichjahr das Jahr 1918, das Ende des Krieges, die Einführung der englischen Verwaltung in Palästina. Da sehen wir, daß in diesen vierzehn Jahren sowohl die Anzahl der Juden wie die von ihnen in Besitz genommene Bodenfläche, als auch die Zahl der jüdischen Landwirte sich verdreifacht hat: statt 65 000 Juden gibt es heute fast 200 000, statt 400 000 Dunam Boden 1 100 000, statt 15 000 jüdischer ländlicher Bevölkerung 46 000. Palästina hat im letzten Jahr dreieinhalb Millionen Kisten Orangen ins Ausland geschickt, davon ein Drittel aus jüdischen Pflanzungen. In kurzer Zeit wird der Export von jüdischen Orangen denjenigen der arabischen Pflanzungen übersteigen. Die jüdischen landwirtschaftlichen Siedlungen haben sich technisch und wirtschaftlich in überraschender Weise entwickelt. Als die jüdische Kolonisation in Palästina nach dem Kriege einsetzte, und zwar auf der Basis der gemischten Wirtschaft, die in der Hauptsache auf Milchwirtschaft beruhte, hatte die einheimische Kuh einen jährlichen Milchertrag von 700 Litern, heute haben die Kühe in einer großen Zahl unserer Siedlungen durchschnittlich 3500 Liter. Eierproduktion: früher jährlich ein Ertrag von siebzig Eiern pro Henne, heute liefert das neu eingeführte Leghorn-Huhn das doppelte. Weizen trägt sechzig Kilogramm pro Dunam bei den Arabern, bei uns hundertfünfzig Kilogramm pro Dunam. Wir haben neue Kulturen eingeführt: Flachs, Bananen, Kartoffeln. In den Siedlungen des Emek hat man es möglich gemacht, Grapefruit anzupflanzen. Das Organ der Kolonien zum Verkauf ihrer Produkte, die »Tnuwa«, hat im letzten Jahre für etwa 150 000 Pfund Produkte der Siedlungen im Aus- und Inland verkauft. Das sind Ziffern und Entwicklungen, die sich durchaus mit der Kolonisation in anderen Ländern vergleichen lassen. Es sind Angriffe erhoben worden gegen unsere Kolonisationspolitik. Man hat gesagt, warum wir gerade im Emek, wo keine Orangen gepflanzt werden können, unsere Kolonisation begonnen haben. Wäre es nicht

besser gewesen, in der Küstenzone zu beginnen, wo man die so rentable Orange pflanzen kann? Aber in unserer Kolonisation ist nicht nur die Rentabilität der ausschlaggebende Faktor. Hätten wir die Million Pfund, die wir seit dem Kriege in die landwirtschaftliche Kolonisation im Emek hineingesteckt haben, für Kolonisation in der Orangenzone verwandt, so hätte das genügt, um dort 10 000 Dunam Boden mehr mit Orangen zu bepflanzen und 1000 Siedler mehr in der Küstenzone anzusiedeln. Aber es gibt dort ohnehin 70 000 Dunam jüdische Orangenpflanzungen. Wir hätten also dadurch, daß wir unsere Kolonisation in der Küstenzone hätten, nichts neues geschaffen, hätten aber den Emek, der das Mittelmeer mit dem Jordan-Tal verbindet, nicht für die jüdische Kolonisation erwerben können. Gerade heute, wo die Petroleumröhren vom Irak durch den Emek geführt werden, wo gute Straßen durch den Emek laufen, wo Haifa als Hafen ausgebaut wird, können wir ermessen, welche Bedeutung es für uns hat, daß dieses Gebiet in jüdischen Besitz gekommen ist.
Es ist in Palästina nicht nur in der Landwirtschaft vorwärts gegangen. Wir haben auch in der Industrie große Fortschritte zu verzeichnen. Sie wissen alle, daß das Ruthenberg-Werk das Land mit Licht und Kraft versorgt, daß am Toten Meer Kalisalze und Brom gewonnen und exportiert werden, daß unsere Textilindustrie im Aufschwung begriffen ist, daß unsere Zementfabrik mit drei Schichten arbeitet. Auch in den umliegenden Ländern, in Syrien und im Irak, haben palästinensische Produkte Eingang gefunden.

Haben die Juden die Araber verdrängt?

Man hat uns in den letzten Jahren vorgeworfen, daß wir das, was wir in Palästina geschaffen haben, *auf Kosten der einheimischen Bevölkerung* geschaffen haben. Wir haben mit Meinungen von 'Sachverständigen' zu kämpfen gehabt, die sich nur dadurch erklären lassen, daß jeder Sachverständige als Nichtjude mit ganz fremden Vorstellungen nach Palästina gekommen ist, weder das jüdische Menschenmaterial noch die zionistische Be-

wegung noch die besonderen Bedingungen Palästinas kannte und ihnen folglich auch nicht gerecht werden konnte. Sie brachten nur die Erfahrungen mit, die sie bei anderen, mit Palästina nicht vergleichbaren Ländern und Menschen gemacht haben; sie hatten keine Ahnung von jüdischer Psychologie und von den außermateriellen Kräften, die hinter unserer Siedlung stehen. Und dann kam hinzu, daß diese Sachverständigen, vielleicht infolge der Eile, mit der sie ihre Untersuchungen machen mußten, schwere Fehler begingen. Welch einen Schaden hat uns *Hope Simpson* dadurch gemacht, daß er in seinem Bericht feststellte, es gäbe in Palästina 29,4 Prozent 'landlose Araber'. Wenn man eine solche Ziffer zum Angelpunkt eines ganzen Berichtes macht und daraus die wichtigsten Schlüsse zieht, so hätte diese Ziffer hieb- und stichfest sein müssen. Durch einen Zufall ist es mir gelungen, dieser Sache nachzugehen und durch Einsicht in die statistischen Fragebogen festzustellen, daß diese 'landlosen Araber' Araber waren, die zwar keinen Boden zu *Eigentum* besaßen, aber Bodenpächter waren. Die Zweideutigkeit dieses Wortes 'landlos' mußte natürlich auf die Außenwelt den Eindruck machen, daß hier Fellachen von ihrem Boden verdrängt worden sind. Als ich Hope Simpson diese Feststellung unterbreitete, hat er nichts zu antworten gehabt. Der *French-Bericht*[1] ist noch nicht im Wortlaut vorliegend. Aber nach dem, was wir von ihm wissen, scheint es ein Bericht zu sein, der nicht *für* 'development' in Palästina eintritt, sondern ein Plaidoyer *gegen* 'development' ist. Es war stets unsere Sorge, in diesem Punkt besonders vorsichtig zu sein, denn wir kennen die Gefahr, die damit zusammenhängt, und wir haben bis zum heutigen Tage nur Böden ge-

---

[1] *French-Bericht.* Im Juli 1931 setzte der Staatssekretär des Britischen Kolonialamtes, Lord Paßfield, gemäß den Empfehlungen des Berichtes von Sir John Hope Simpson einen Landentwicklungskommissar ein, der auf Grund einer Prüfung der Arbeits-, Boden- und Wirtschaftsverhältnisse Palästinas einen Landentwicklungsplan ausarbeiten sollte, in dem besondere gesetzliche Hilfs- und Schutzmaßnahmen für die durch die zionistische Kolonisation angeblich depossedierten Araber vorgeschlagen werden sollten. Die Zionistische Organisation nahm gegen diesen Bericht, der ihr vertraulich zur Kenntnisnahme übergeben wurde, sehr entschieden Stellung (durch Beschluß des Aktions-Komitees in London vom 7. August 1932). Die offizielle Publikation des Berichtes erfolgte erst im Juli 1933.

kauft, die von Pächtern mit kurzfristigem Pachtvertrag oder von Beduinen besetzt waren. Hier haben wir dann durch Entschädigungen die Pächter dazu bewogen, den Boden zu verlassen. Dagegen haben wir nie Kleinbauern, die auf ihrem eigenen Boden saßen, von ihrem Boden vertrieben. So werden wir auch in Zukunft verfahren. Wie kann das aber geschehen? Dadurch, daß die palästinensische Landwirtschaft, die jetzt auf großen Flächen, aber äußerst primitiv ausgeübt wird, *intensiviert* wird. Man kann uns dabei nicht den Vorwurf machen, daß wir eine theoretische Forderung aufstellen, aus der praktisch nichts herauskommt. Es ist zwar richtig, daß man von einem Bauernstand nicht verlangen und erwarten kann, daß er von heute auf morgen von ganz extensiver zu hochintensiver Wirtschaft übergeht. Dazu gehören neue Kenntnisse und Kapital. Wir haben das in Rechnung gezogen und in einem Memorandum, das wir Hope Simpson übergaben, einen detaillierten Plan vorgelegt, wie wir uns den Übergang von der extensiven zur intensiven Landwirtschaft vorstellen. Wenn der Fellache ein Drittel seines Bodens verkauft und den Kaufpreis dazu benutzt, um seine Wucherschulden zu bezahlen und auf einigen Dunam statt Getreide, Durrha und Melonen viel hochwertigere Produkte, zum Beispiel Orangen anzubauen und sein Inventar zu verbessern, so kann er jährlich größere Einnahmen aus der kleineren Fläche erzielen als früher aus der großen.

Auf dieser Grundlage ist in Palästina noch für mindestens 55 000 jüdische Familien in der Landwirtschaft Platz. Das bedeutet, wenn wir die dadurch mittelbar in Industrie, Handel geschaffenen Existenzmöglichkeiten hinzurechnen, insgesamt Platz für etwa 150 000 Familien, wodurch die Zahl der jüdischen Familien auf 200 000, die Zahl der jüdischen Seelen auf eine Million anwachsen würde. Ich weiß nicht, was *nachher* geschehen wird. Zu jedem Gipfel gibt es einen Weg, den man etappenweise zurücklegen muß. Wir können nicht zu Millionen kommen, wenn wir nicht zunächst Hunderttausende hinüberbringen. Lassen wir uns nicht durch große Visionen einschläfern und von den unmittelbaren Aufgaben abbringen. Visionen sind

nützlich und anregend, aber was uns vorwärtsbringt, ist die Arbeit des Alltags.
Man hat uns vorgeworfen, daß wir unsere Siedler zu gut ausgestattet haben und daß wir zuviel von den ihnen gewährten Darlehen abschreiben müssen. Unter den Sachverständigen, die diesen Vorwurf erhoben haben, war auch ein Mann aus den Vereinigten Staaten; in einem Bericht über zwei Kolonien in Kalifornien, die er geschaffen hat, sehen wir, daß man dort von den Darlehen an die Siedler achtzig Prozent abgeschrieben hat, wir haben nur dreißig Prozent abgeschrieben. In Australien hat die Kolonisation englischer ex-soldiers 2800 Pfund pro Siedler gekostet, bei uns ist man über 1000 bis 1200 Pfund schon sehr ungehalten. Und dort sind fünfundsechzig Prozent abgeschrieben worden. Wir Juden haben weniger Respekt vor den jüdischen Sachverständigen als vor den christlichen Experten. Man hat uns vorgeworfen, daß die Kwuza das eigene Interesse des Siedlers nicht genug berücksichtigt. Es hat sich gezeigt, daß die Kwuza nicht schlechter arbeitet als der Einzelsiedler, und daß die technischen Errungenschaften der Kwuza auch die anderen Siedler vorbildlich beeinflußt haben, wie zum Beispiel Nahalal und Benjamina, wo die Einsiedler sich zum kollektiven Anbau von Getreide entschlossen haben, weil sie nur auf diese Weise die modernsten Maschinen anwenden können.

Was kann in Palästina in Zukunft geschehen?

Was kann und soll in Zukunft in Palästina geschehen? Es hat sich herausgestellt, daß unsere Kolonisationsarbeit uns nicht nur die Siedlungen gegeben hat, sondern ein außerordentlich wichtiges Beiprodukt, nämlich kolonisatorische Erfahrung. Wir sind heute imstande, viel schneller, besser und billiger zu arbeiten als früher. Es sind drei Kolonisationsschichten unterscheidbar. Das Fundament bilden die Kolonien des Barons Rothschild und der Ica, den ersten Stock hat die Zionistische Organisation errichtet, solide und mit großen Kosten. Jetzt können wir mit leichterem Material und geringeren Kosten den zweiten

Stock aufbauen. Als wir noch keine Produktions- und Markterfahrung hatten, mußten wir den Siedlern alles, was sie brauchten, von Anfang an vollständig mitgeben, denn wir konnten ihre ohnehin schon riesigen Schwierigkeiten nicht noch vergrößern; heute ist das anders, wir haben Tausende von landwirtschaftlich ausgebildeten Arbeitern und große Erfahrungen.

Und es ist heute möglich, diese Arbeiter auf dem Boden seßhaft zu machen und ihnen mit einem Kapital von 220 Pfund, wovon sie selbst etwa zwanzig Prozent Eigenkapital beisteuern, den Weg zur allmählichen landwirtschaftlichen Selbständigkeit zu ebnen.

Bisher hat uns die Ansiedlung einer Familie (ohne den Boden) dreimal oder viermal soviel gekostet. Inzwischen aber sind die Preise für Bauten und Inventar gesunken, und wir können von den Siedlern verlangen, daß sie im Laufe einer Reihe von Jahren mit eigener Arbeit und unter Herabsetzung ihres Lebensstandards auf ein Minimum ihre Wirtschaft selbst ausbauen. Aber die Siedler können von ihrer Wirtschaft, wenn auch im Anfang noch so bescheiden, leben, und ein solches Leben mit der Hoffnung auf einen besseren Standard in der Zukunft, eine solche ruhige Existenz in Palästina, wo die Siedler zum großen Teil von der eigenen Produktion leben, ist gewiß den Chancen vorzuziehen, die sonst unserer Jugend in Europa geboten werden. Wir können mit Mitteln, die durchaus nicht unsere Kräfte übersteigen, in fünf Jahren 5000 Menschen seßhaft machen, das sind 15000 in Land und Stadt zusammen, und so können wir von 200000 Juden in Palästina auf 300000 steigen, von einem Sechstel der Bevölkerung auf ein Fünftel. Ich gehöre nicht zu denen, die alles Heil von einer Demokratie erwarten, die alles nach der Stimmenzahl mißt, aber es ist klar, daß wir nur dann ein wichtiges Wort in der Weiterentwicklung Palästinas sprechen können, wenn wir ziffernmäßig dort viel stärker werden. Die größte Möglichkeit bietet die Landwirtschaft, die den Idealen unserer Arbeiterschaft entgegenkommt und sie zu Höchstleistungen veranlaßt.

Ich möchte, daß die deutschen Zionisten die Führung im

Zionismus übernehmen, in Opferwilligkeit, Hingabe und Verständnis für die Größe unserer Aufgabe. Ich glaube in meinem unbesiegbaren Optimismus, daß an jedem Tage und so auch heute eine neue Epoche in der jüdischen Geschichte beginnen kann. Es hängt von dem jüdischen Volk ab, wann sie beginnt.

—

Orangenbau in Palästina

(1933)

Ein wichtiges Resultat unserer landwirtschaftlichen Kolonisation seit dem Weltkriege sind die Erfahrungen, die wir aus ihr gewonnen haben. Keine Theorie kann die praktische Erfahrung ersetzen. Ohne auf die gewonnenen Erfahrungen in allen Einzelheiten einzugehen, sollen hier nur zwei Hauptmomente hervorgehoben werden:

1) Wir haben für die schweren und die leichten Böden in den Ebenen Palästinas Wirtschaftsformen gefunden, die der Eigenart des jüdischen Siedlers, den klimatischen Verhältnissen und den Erfordernissen des Marktes angepaßt und nach menschlicher Voraussicht imstande sind, dem Siedler dauernd eine angemessene Existenz zu gewähren.

2) Wir können heute die Ansiedlung mit viel geringeren Kosten durchführen als vor zehn oder sogar vor fünf Jahren. Das hängt mit dem allgemeinen Rückgang aller Preise, aber auch damit zusammen, daß wir heute eine Wirtschaft viel rationeller aufzubauen wissen, und daß die inzwischen gegründeten Siedlungen Stützpunkte sind, von denen die neuen Siedlungen Nutzen ziehen können.

Wenn wir uns fragen, welches in der Zukunft die Linie unserer Kolonisationstätigkeit sein soll, so zieht zur Zeit unter den für jüdische Ansiedlung geeigneten Gebieten die Küstenebene, das heißt das Gebiet der Orange, in erster Reihe die Aufmerksamkeit auf sich. Außer ihr kommen die Akko-Ebene, der Emek Jesreel und die nördliche und mittlere Jordan-Ebene (Semach, Chule, Beisan) in Betracht, wo sich, besonders durch Vergrößerung und Intensivierung der bereits bestehenden Siedlungen oder im Anschluß an dieselben für eine beträchtliche Zahl neuer Siedler Platz schaffen läßt. Im vorliegenden Artikel soll zu-

nächst die Kolonisation in der Küstenebene behandelt werden. Die Betrachtung der anderen Gebiete bleibt einem späteren Artikel vorbehalten.

Vorzüge und Gefahren der Orangenkultur

Der Boden der Küstenebene ist zu einem großen Teile leichter Sandboden, der für Getreide nicht geeignet ist, aber für die Pflanzung von Orangen ausgezeichnet paßt. Jede Kolonisation in der Küstenebene muß deshalb wenigstens zu einem Teile die Pflanzung von Orangen in Betracht nehmen. Hier erhebt sich die Frage, ob eine Ansiedlung auf Grundlage der Orangenkultur nicht ein zu großes Risiko in sich schließt, weil es für die sich gewaltig ausdehnende Orangenproduktion Palästinas in der Zukunft an Absatz fehlen könne. In der Tat hat sich die mit Orangen bebaute Fläche in Palästina, die im Jahre 1925 nur 30 000 bis 40 000 Dunam betrug, inzwischen auf etwa 180 000 Dunam vergrößert, von denen allerdings zur Zeit erst 40 000 bis 50 000 Dunam zum vollen Ertrage gekommen sind. Die für Export in Frage kommende Orangenproduktion Palästinas, die im Jahre 1932/33 ungefähr viereinviertel Millionen Kisten betrugen, wird in dem Maße, wie die neuen Pflanzungen in das Ertragsstadium eintreten, im Laufe der nächsten sechs bis acht Jahre auf fünfzehn bis achtzehn Millionen Kisten steigen. Da auch die anderen Orangen produzierenden Länder (insbesondere Spanien und Florida) ihre Orangenpflanzungen außerordentlich erweitert haben, so ist es natürlich nicht ausgeschlossen, daß es der palästinensischen Orange in der Zukunft an Absatz fehlen kann.

Hier liegt sicherlich eine nicht zu unterschätzende Gefahr vor, und zwar nicht nur für neue Pflanzungen, sondern für die ganze Orangenindustrie Palästinas überhaupt. Denn ein Überangebot von Orangen oder die zeitweilige Sperrung gewisser Märkte aus Gründen der Finanzpolitik oder die Einführung von Preferencetarifen zu *un*gunsten der Palästinaorange kann einen katastrophalen Rückgang der Preise oder sogar die Unverkäuf-

lichkeit eines Teiles der Produktion herbeiführen. Ebenso kann ein zu großer Export von Früchten junger (sechs- bis achtjähriger) Pflanzungen, die in der Qualität hinter den Früchten älterer Pflanzungen zurückbleiben, das Renommee der Jaffaorangen schädigen und ihre Konkurrenzfähigkeit vermindern. Aber andererseits nimmt der Orangenkonsum in der Welt ständig zu. Bei der ausgezeichneten Qualität der Jaffaorange und bei der Hoffnung auf Senkung der jetzt sehr hohen Spesen vom Baum bis zum Konsumenten durch die Eröffnung des Haifaer Hafens und durch die Einführung billigerer Verpackungsmethoden hat die Palästinaorange im Konkurrenzkampf um die Märkte relativ günstige Aussichten. Es ist auch ein Vorzug der Orange gegenüber anderen Waren, daß man viele Jahre vorher weiß, welche Mengen auf den Markt kommen werden und sich rechtzeitig um die Vergrößerung des Absatzes bemühen kann. Gegenwärtig ist die Kultur der Orange der lohnendste Zweig der palästinensischen Landwirtschaft, und sie kann besonders für den selbstarbeitenden Siedler, der keinen Arbeitslohn auszugeben braucht, auch dann noch lohnend bleiben, wenn in Zukunft die relativ hohen Preise der letzten Jahre auf den ausländischen Märkten einen Rückgang erfahren sollten. Überdies ist die Orangenkultur, deren Pflege ein hohes Maß von Umsicht und Intelligenz verlangt, für den jüdischen Siedler besonders geeignet. Schließlich aber spricht für die Orangenkultur, daß eine Siedlung auf Grundlage der Orangenpflanzung viel weniger Boden braucht als irgendeine andere Wirtschaftsform, und dies ist bei der Bodenknappheit in Palästina für eine große jüdische Siedlung von besonderer Wichtigkeit.

Für Kapitalisten, die größere Beträge in der palästinensischen Landwirtschaft anlegen wollen, die aber keine landwirtschaftlichen Kenntnisse haben, gibt es keine andere passende Anlage außer der Orangenpflanzung. Daß sie dabei ein Risiko laufen, kann nicht geleugnet werden. Aber es gibt heute nirgends in der Welt eine Kapitalanlage, die hundertprozentige Sicherheit und gleichzeitig – wie die Orangenkultur in Palästina – die Möglichkeit eines relativ hohen Gewinnes bietet. Es ist außerdem an-

zunehmen, daß Kapitalisten nicht ihr gesamtes Kapital, sondern nur einen Teil desselben in Palästina investieren und auf diese Weise noch eine Reserve haben, wenn einmal schlechte Jahre kommen.

Für die nichtkapitalistischen Siedler, die ihr kleines Vermögen und ihre ganze Arbeitskraft in ihre Wirtschaft hineinstecken, muß ein gewisses Gegengewicht gegen das Risiko der Orangenkultur dadurch geschaffen werden, daß diese Siedler nicht ausschließlich auf die Einnahmen aus der Orangenpflanzung angewiesen sind, sondern einen Teil ihres Lebensunterhalts aus Milchwirtschaft, Geflügelzucht, Gemüsebau beziehen. Sie sollen bares Geld nur für solche Dinge (Tee, Zucker, Kleidung) ausgeben, die sie nicht selbst produzieren können, oder für Steuern und für geistige und medizinische Bedürfnisse. Die Einnahmen aus der Orangenpflanzung sollen diese Barbedürfnisse decken.

Anlagekosten und Rentabilität der Orangenkultur

Boden in der Küstenebene kostet je nach Qualität und Nähe zu einer Stadt oder zu einer größeren Siedlung von vier bis zwanzig Pfund pro Dunam. Die Bepflanzung eines Dunam durch Lohnarbeiter stellt sich bei sparsamer Wirtschaftsführung einschließlich der Pflege in den ersten fünf Jahren auf vierzig Pfund pro Dunam. Wenn man als Preis für guten Boden in mittlerer Lage fünfzehn Pfund annimmt, so kostet die Anlage eines Dunam Orangen also fünfundfünfzig Pfund. In den ersten fünf Jahren nach der Anpflanzung gibt die Orange keine Früchte und keine Einnahmen. Die Siedler müssen also in dieser Zeit von ihrem Kapital oder von Arbeitsverdienst leben. Vom sechsten Jahre ab fängt die Orangenpflanzung an, Früchte zu geben, und zwar

im 6.	Jahre	50	Kisten	pro	Dunam
„ 7.	„	65	„	„	„
„ 8.	„	80	„	„	„
„ 9.	„	100	„	„	„
vom 10.	Jahre ab	120	Kisten	pro	Dunam

Die Ausgaben für Bearbeitung der Pflanzung betragen vom

sechsten Jahre ab jährlich etwa zehn Pfund pro Dunam. Davon entfallen vier Pfund auf Handarbeit, sechs Pfund auf sonstige Ausgaben (Dünger, Bewässerung usw.).

In den letzten Jahren hat die Orange dem Pflanzer in Palästina pro Kiste vom Baum vier bis fünf Schilling und in manchen Fällen noch mehr eingebracht. Aber es ist unmöglich vorauszusehen, wie die Preise in der Zukunft sein werden. Alle Prophezeiungen darüber entbehren einer gesicherten Grundlage, weil für die Preisgestaltung Faktoren maßgebend sind, die sich jeder Voraussicht entziehen, wie zum Beispiel die Gestaltung der Wirtschaftslage in den Hauptimportländern, von denen die Kaufkraft der Massen abhängt, die Zollpolitik der Importländer, ihre Valutavorschriften usw. Wenn wir im folgenden mit einem Preis von dreieinhalb Schilling pro Kiste rechnen, so ist damit in keiner Weise behauptet, daß die Preise nicht auch unter diesen Betrag sinken können. Aber andererseits ist bei diesem Preise jedenfalls ein gewisser zukünftiger Preisrückgang schon diskontiert.

Unter Zugrundelegung eines Preises von dreieinhalb Schilling pro Kiste erbringt ein Dunam Orangen folgenden Reinertrag:

	Zahl der Kisten	für den kapitalistischen Siedler, der Lohnarbeiter beschäftigt	für den selbstarbeitenden Mittelstandssiedler und Arbeitersiedler
im 6. Jahre nach der Anpflanzung	50	$1^1/_4$ Pfund Verlust	$2^3/_4$ Pfund Gewinn
„ 7. „ „ „ „	65	$1^1/_4$ „ Gewinn	$5^1/_4$ „ „
„ 8. „ „ „ „	80	4 „ „	8 „ „
„ 9. „ „ „ „	100	$7^1/_2$ „ „	$11^1/_2$ „ „
vom 10. Jahre ab	120	11 „ „	15 „ „

Bei dieser Berechnung ist vorausgesetzt, daß der Mittelständler oder der aus dem Landarbeiterstande hervorgegangene Siedler die Handarbeit in der Pflanzung, die der kapitalistische Pflanzer durch Lohnarbeiter ausführen läßt, selbst verrichtet und dadurch die vier Pfund, welche diese Arbeit kostet, erspart.

Der kapitalistische Siedler, der seine Pflanzung weder selbst verwaltet noch bearbeitet, muß zu den oben mit vierzig Pfund pro Dunam angegebenen Anlagekosten der Pflanzung noch unge-

führ zehn Pfund für Administrationsspesen hinzurechnen, ferner dreißig Pfund als siebenprozentige kumulative Verzinsung des investierten Kapitals für die ersten sieben Jahre (dabei ist damit gerechnet, daß im sechsten und siebenten Jahre die Erträge der Pflanzung die Ausgaben der Bearbeitung und Verwaltung decken und im achten und neunten Jahre außerdem sechs bis sieben Prozent Zinsen geben). Ein Dunam Orangen kostet ihn also bis zur vollen Fruchttragung im zehnten Jahre fünfundneunzig Pfund. Von dem Reinertrage von elf Pfund pro Dunam, den die Pflanzung vom zehnten Jahre ab gibt, sind schätzungsweise zweieinhalb Pfund für Administrationsspesen und Steuern abzuziehen. Es verbleiben hiernach pro Dunam achteinhalb pal. Pfund, was auf das investierte Kapital eine Verzinsung von zirka neun Prozent ergibt. Diese Verzinsung ist zwar, verglichen mit den Zinssätzen in anderen Ländern, relativ hoch, unter den in Palästina zur Zeit üblichen Zinsraten liegt sie aber schon nahe an der Grenze, wo die Orangenpflanzung für das Privatkapital noch attraktiv ist. Bei einem niedrigeren Preis pro Kiste würde die Orange ihre Anziehung sehr rasch verlieren, da sich bei einem Preise von drei Schilling das investierte Kapital nur bis 5,8 Prozent, und bei einem Preise von zweieinhalb Schilling nur noch mit 2,6 Prozent verzinsen würde. Es bleibt unter diesen Umständen fraglich, ob es sich für Kapitalisten überhaupt empfiehlt, die von ihnen angelegten Pflanzungen nach der Fruchttragung unter eigenem Administrationssystem zu exploitieren, und ob es nicht für sie besser ist, die Pflanzung nach erreichter Fruchttragung in kleinen Parzellen zu verkaufen. Für den Käufer einer kleinen Parzelle, der seine Pflanzung selbst bearbeitet, stellt sich die Rentabilität durch Wegfall der Administrationsspesen und des Arbeitslohnes für die Handarbeit in der Pflanzung erheblich besser.

Wirtschaftsform und Ansiedlungskosten

Für den *Großbetrieb*, bei welchem Kapitalisten oder kapitalistische Gesellschaften ihr Kapital in die Pflanzung investieren,

aber alle Verwaltung und Arbeit durch Beamte oder Lohnarbeiter verrichten lassen, läßt sich eine reine Rentabilitätsrechnung wie vorstehend aufstellen. Bei dem Kleinbetrieb liegt die Sache insofern anders, als hier der Besitzer der Pflanzung in dieselbe nicht nur Geld hineinsteckt, sondern sie auch selbst *verwaltet* oder sogar auch selbst *bearbeitet.* Diese Kleinbetriebe lassen sich je nach dem Maße, in welchem der Besitzer eigene Arbeit in die Pflanzung hineinsteckt, in drei Kategorien teilen, die wir als Betriebe des kleinkapitalistischen, des mittelständischen oder des Arbeitersiedlers bezeichnen wollen.

1) Die *Kleinkapitalisten* mit 2000 bis 3000 Pfund Kapital können dreißig Dunam Boden erwerben und davon fünfundzwanzig Dunam mit Orangen bepflanzen. Sie bearbeiten die Pflanzung mit Lohnarbeitern, während ihnen selbst die Verwaltung der Pflanzung (das heißt Buchführung, Lohnzahlung, Einkauf und Verkauf usw.) zufällt. Die Einrichtung der Wirtschaft kostet:

30 Dunam Boden à 15 Pfund	Pfund	450.–
Anpflanzung von 25 Dunam mit Orangen à 40 Pfund . .	„	1000.–
Haus und Inventar	„	300.–
	Pfund	1750.–

Da der kleinkapitalistische Siedler in der Regel nicht imstande ist, Nebenzweige der Landwirtschaft mit Gewinn zu betreiben und ihm die Orangenpflanzung in den ersten fünf Jahren gar keine und vom sechsten bis achten Jahre nur geringe Erträge abwirft, so muß er seinen Lebensunterhalt während dieser Zeit aus seinem Kapital bestreiten. Gegenüber dieser großen Geldausgabe ist das, was er für die Pflanzung leistet, nämlich ihre Verwaltung, kein genügendes Äquivalent. Es ist deshalb ökonomischer, wenn diese kleinen Kapitalisten noch sieben bis acht Jahre im Ausland bleiben und ihre Pflanzung in Palästina durch einen anderen Siedler oder durch eine der für diesen Zweck bestehenden Gesellschaften (Jachin oder Notea oder die von D. Brünn begründete Jaffa Plantations Company in Chedera) anlegen lassen. Dann haben sie in dieser Zeit keine Ausgaben für ihren Unterhalt. Dagegen erhöhen sich die Kosten der Einrichtung der Wirtschaft um den Verdienst des Unter-

nehmers für Anlage der Pflanzung, um ungefähr 250 Pfund, auf 2000 Pfund.

2) *Mittelstandssiedler.* Personen, die selbst oder durch ein Familienmitglied nicht nur ihre Wirtschaft verwalten, sondern auch alle landwirtschaftliche Arbeit *selbst verrichten können* und ein Kapital von ungefähr 1000 Pfund besitzen, sollen von einer Fläche von fünfzehn Dunam zehn Dunam mit Orangen bepflanzen. Sie sollen daneben eine Kuh halten und Geflügelzucht und Gemüsebau zum mindesten für den eigenen Bedarf treiben. Die Kosten der Einrichtung der Wirtschaft betragen:

15 Dunam Boden à 15 Pfund	225	Pfund
Bepflanzung v. 10 Dunam mit Orangen, ohne Bezahlung f. Arbeit	280	,,
Bewässerungsanlage für weitere 5 Dunam	40	,,
Haus und Stall	120	,,
Umzäunung, Inventar (Kuh, Geflügel, Geräte)	35	,,
	700	Pfund

Wenn die Siedler den Boden nicht kaufen, sondern vom Jüdischen Nationalfonds in Erbpacht bekommen, verringern sich die Kosten um 225 Pfund auf 475 Pfund.

Auch diese Mittelstandssiedler werden in der Zeit, bis ihre Orangenpflanzung zu genügendem Fruchtertrag gelangt ist, von ihrem *Kapital* leben müssen. Sie können infolge unzureichender landwirtschaftlicher Erfahrung und Übung aus den Nebenzweigen der Wirtschaft keine Bareinnahmen, sondern nur Produkte für den eigenen Bedarf im Werte von zehn bis zwanzig Pfund jährlich haben. Soweit sie gezwungen sind, sofort an den Ort ihrer Siedlung zu gehen, müssen sie deshalb außer der zur Einrichtung ihrer Wirtschaft nötigen Summe noch mindestens 500 Pfund besitzen, um davon ihren Lebensunterhalt in den ersten sieben bis acht Jahren zu bestreiten. Besser ist es, wenn sie noch sieben bis acht Jahre von ihrem bisherigen Berufe leben und an den Ort der Ansiedlung nur einen unverheirateten und für landwirtschaftliche Arbeit geeigneten Sohn schicken. Dieser wird für seinen Unterhalt in den ersten sieben bis acht Jahren mit einem Zuschuß von etwa 250 Pfund auskommen. In diesem Falle würden für die Ansiedlung (auf eigenen Boden) 950 Pfund oder (auf JNF.-Boden) 725 Pfund genügen. Dasselbe Resultat wird er-

reicht, wenn die Pflanzung durch eine Pflanzungsgesellschaft angelegt wird. In diesem Fall würden Anlage und Pflege der zehn Dunam Orangen (ohne Boden) 500 bis 550 Pfund kosten. Die Differenz gegen die Kosten der Pflanzung durch ein Familienmitglied (280 Pfund) beträgt also etwa ebensoviel, wie der Unterhalt des Familienmitgliedes kostet.

3) *Arbeitersiedler.* Arbeiter, die mehrere Jahre hindurch in Palästina in der Landwirtschaft gearbeitet haben und bereit und imstande sind, den 'standard of life' eines landwirtschaftlichen Arbeiters für weitere zehn Jahre beizubehalten, in ihrer Wirtschaft alle Arbeit selbst zu verrichten und außerdem in ihrer freien Zeit als Lohnarbeiter zu arbeiten, sollen auf einer Fläche von fünfzehn Dunam im Anfang fünf Dunam für Orangen und zehn Dunam für Gemüse- und Futterbau verwenden. Die Einrichtung einer solchen Wirtschaft kostet:

15 Dunam Arbeit à 15 Pfund	225	Pfund
Bepflanzung von 5 Dunam mit Orangen (ohne Bezahlung für menschliche Arbeit)	140	,,
Bewässerungsanlage für weitere 10 Dunam	75	,,
Haus und Stall	115	,,
Umzäunung und Inventar (Kuh, Geflügel, Geräte)	45	,,
	600	Pfund

Dieser Betrag verringert sich um 225 Pfund auf 375 Pfund, wenn der Siedler den Boden vom JNF. in Erbpacht bekommt. Der Arbeitersiedler braucht, wenn wir den sehr bescheidenen 'standard of life' eines jungen palästinensischen Arbeiter-Ehepaares zugrunde legen, außer mietfreier Wohnung mindestens 60 Pfund jährlich für seinen Unterhalt. Seine Orangenpflanzung bringt ihm in den ersten fünf Jahren nichts ein. Wohl aber kann er von den zehn Dunam bewässerten Bodens und von seiner Kuh und seinen Hühnern nach einer detaillierten Berechnung der landwirtschaftlichen Versuchsstation Weizen, Viehfutter, Gemüse, Milch, Eier im Werte von fünfundzwanzig Pfund für den eigenen Bedarf und weitere Produkte im Werte von fünfundzwanzig Pfund für den Verkauf erzeugen. Es bleiben ihm dann im Jahre noch mindestens fünfzig freie Arbeitstage übrig, während deren er durch Lohnarbeit bei anderen zehn

Pfund verdienen kann. Damit sind seine Ausgaben gedeckt. Falls der Markt für Gemüse, Milch, Eier beschränkt ist, kann der Siedler deren Erzeugung für den Verkauf bis zum Werte von fünfzehn Pfund jährlich verringern und dafür statt fünfzig Tage hundert Tage Lohnarbeit leisten.

In den Fällen einer besonders günstigen Lage zum Markte und eines für Gemüsekultur geeigneten Bodens ist eine Wirtschaftsform denkbar, bei welcher der Siedler ohne Anpflanzung von Orangen *von Anfang an* seinen Unterhalt *ganz* aus den Erträgen von einjährigen Kulturen bestreitet. Nach den Mitteilungen des Herrn J. Wilkansky, Leiters der Landwirtschaftlichen Versuchsstation, dem ich ebenso wie seinen Mitarbeitern Mr. M. Wilkansky und Kliwaner für viele Informationen verbunden bin, kann ein selbstarbeitender tüchtiger Siedler auf fünfzehn Dunam bewässerten Bodens in der Küstenebene in der Nähe einer Stadt oder Pflanzungskolonie vom ersten Jahre ab aus den Erträgnissen seiner Milchwirtschaft, Geflügelhaltung, Getreide-, Futter- und Gemüseanbau leben. Er würde einen Teil seiner Produkte selbst verzehren und den Überschuß auf dem nahen Markte verkaufen. Diese Überschüsse würden ihm nach Abzug der baren Ausgaben der Wirtschaft eine Bareinnahme von vierzig Pfund geben, die zusammen mit den für den Eigengebrauch dienenden Produkten der Wirtschaft zur Deckung seines Lebensunterhalts ausreichen würden. Die Ausgaben zur Errichtung einer solchen Wirtschaft würden – ohne den Boden – nur 275 Pfund betragen.

Es bedarf nicht vieler Worte, um zu zeigen, daß dieser Wirtschaftstypus, der den Siedler in seinem Lebensunterhalt von dem Risiko der Orangenkultur und von der Erlangung von Lohnarbeit bei anderen befreit, von größter Wichtigkeit ist. Der Siedler würde hier eine Orangenpflanzung von zwei Dunam nur dazu nötig haben, um nach zehn Jahren das Darlehn von 200 bis 225 Pfund, das er für die Errichtung seiner Wirtschaft braucht, zu verzinsen und in fünfundzwanzig Jahresraten zurückzuzahlen. Aber er würde vom ersten Jahre ab alle seine Ausgaben völlig aus den Erträgen seiner Wirtschaft bestreiten.

Die zwei Dunam Orangen würde er im Laufe der ersten Jahre aus eigener Kraft und fast ohne Barauslagen auf seinem Boden anlegen.
Obwohl die Sachverständigen der Versuchsstation überzeugt sind, daß dieser Wirtschaftstypus mit Erfolg verwirklicht werden kann, möchten sie ihn doch erst praktisch erproben, bevor sie ihn allgemein empfehlen. Die Versuchsstation ist jetzt im Begriff, einige Wirtschaften dieses Typus anzulegen. Dadurch werden nach zwei bis drei Jahren genaue Daten über Ausgaben und Einnahmen dieser Wirtschaftsform verfügbar sein. Weil sie heute noch nicht aus dem Versuchsstadium heraus ist, haben wir sie in unseren Plan vorläufig nicht aufgenommen.

Ansiedlungskredite

Für die *Großkapitalisten,* die einen Großbetrieb anlegen, und für die *kleinkapitalistischen* Siedler ist die Bereitstellung von Krediten nicht erforderlich. Wohl aber sollte ihnen der Erwerb von Boden dadurch erleichtert werden, daß eine unter öffentlicher Kontrolle stehende Gesellschaft wie die PLDC. in den Stand gesetzt wird, größere Bodenflächen zu kaufen und sie gegen eine bestimmte Kommission den Siedlern parzellenweise zu verkaufen. Auf diese Weise wird verhütet, daß die neuen Siedler selbst als Bodenreflektanten auftreten und dadurch die an sich schon sehr hohen Bodenpreise noch weiter hinauftreiben. Daß diese kapitalistischen Siedler sich auf Nationalfondsboden ansiedeln, ist sehr unwahrscheinlich, da der Wert des Bodens nur einen unbedeutenden Teil des von ihnen in ihre Wirtschaft zu investierenden Kapitals ausmacht.
Für die *mittelständischen* Siedler ist außer der Erleichterung des Bodenerwerbs oder der Pacht von Nationalfondsboden auch die Bereitstellung eines Darlehens von 200 bis 300 Pfund von Wichtigkeit, weil dadurch auch solche Leute, die nicht das gesamte erforderliche Kapital, sondern nur zwei Drittel davon besitzen, zur Ansiedlung gelangen können.
Für die *Arbeitersiedler* ist infolge ihrer geringen eigenen Mittel

die Ansiedlung überhaupt nur dann möglich, wenn ihnen sowohl JNF.-Boden als auch ein Darlehen zur Verfügung steht. Sie können aus eigenen Mitteln höchstens fünfundzwanzig Prozent der zur Ansiedlung benötigten Barauslagen aufbringen. Von den Einrichtungskosten von 375 Pfund müßte ihnen außer dem Boden also ein Darlehn von 280 Pfund gesichert sein.
500 Arbeitersiedler haben mit eigenen Mitteln oder mit Krediten der Arbeiterbank und des Nir bereits mit der Vorbereitung der Ansiedlung auf Boden des JNF. begonnen. Außer diesen 500 Arbeitersiedlern gibt es noch etwa 900 Arbeiter in der Küstenzone, die durch den JNF. Boden zugesichert bekommen haben, die aber mit der Vorbereitung der Ansiedlung noch nicht so weit vorgeschritten sind wie die übrigen 500.

Lage der Siedler nach voller Fruchttragung der Pflanzung

Bei voller Fruchttragung der Orangenpflanzung, das heißt vom zehnten Jahre ab, betragen die Einnahmen aus der Orangenpflanzung nach Abzug der Bearbeitungskosten bei einem Preise von dreieinhalb Schilling pro Kiste

	Einnahmen brutto in Pfund	Bearbeitungskosten in Pfund	Einnahmen netto in Pfund
für den kleinkapital. Siedler	25 D × 120 Kisten × $3^1/_2$ sh = 525	25 D × 10 = 250	275
für den Mittelstandssiedler	10 D × 120 Kisten × $3^1/_2$ sh = 210	10 D × 6 = 60	150
für den Arbeitersiedler	5 D × 120 Kisten × $3^1/_2$ sh = 105	5 D × 6 = 30	75

1) Der kleinkapitalistische Siedler mit einem Nettoeinkommen von 275 Pfund (außer mietfreier Wohnung) kann hiervon auf bürgerlichem Standard leben.
2) Der Mittelstandssiedler hat außer einer Nettoeinnahme aus der Pflanzung von 150 Pfund eine mietfreie Wohnung und Produkte aus der Wirtschaft für eigenen Gebrauch im Werte von zehn bis zwanzig Pfund. Er hat davon dem JNF. für Bodenpacht etwa fünf Pfund und für Verzinsung (mit fünf Prozent)

und Amortisation eines Darlehens von 250 Pfund zweiunddreißig Pfund jährlich zu zahlen. Die ihm verbleibenden 113 Pfund Bareinnahmen ermöglichen ihm ein einfaches Leben in dörflicher Umgebung.

3) Der Arbeitersiedler hat außer der Einnahme von fünfundsiebzig Pfund aus der Pflanzung noch Einnahmen von fünfundzwanzig Pfund aus den Nebenzweigen der Wirtschaft. Er hat davon etwa fünf Pfund dem JNF. für Bodenpacht, ferner für Verzinsung (mit fünf Prozent) und Amortisierung eines Darlehens von 280 Pfund etwa fünfunddreißig Pfund jährlich zu zahlen. Die ihm verbleibenden sechzig Pfund geben ihm zusammen mit den Produkten aus der Wirtschaft für Eigenverbrauch im Werte von fünfundzwanzig Pfund und mit einer mietfreien Wohnung sein Existenzminimum. Er kann es dadurch verbessern, daß er im Laufe der Zeit mit eigenen Mitteln noch einige Dunam seines Bodens mit Orangen bepflanzt.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

1) Der Orangenbau – als reine Kapitalanlage ohne tätige Mitarbeit des Eigentümers – ist infolge der Unsicherheit des zukünftigen Absatzes und der Preisentwicklung für Orangen mit einem gewissen Risiko verbunden. Sollte der Preis unter drei Schilling pro Kiste ab Baum sinken, so erbringt das angelegte Kapital nicht mehr die heute in Palästina für langfristige Kapitalanlage üblichen Zinsen von sieben bis neun Prozent.

2) Für selbstarbeitende Siedler aus dem Mittelstande oder aus dem Arbeiterstande ist der Orangenbau zusammen mit der Erzeugung von Milch, Eiern, Gemüse für eigenen Bedarf (und bei günstiger Lage zum Markte auch für Verkauf) eine geeignete Grundlage für die Ansiedlung. Der Arbeitersiedler ist allerdings bis zur Fruchttragung der Pflanzung auf Nebenverdienst durch Lohnarbeit angewiesen.

3) Die Mindestkosten der Ansiedlung (auf JNF.-Boden) betragen für den Mittelständler etwa 1000 Pfund oder, wenn er zunächst nur ein arbeitendes unverheiratetes Familienmitglied an den Platz der Ansiedlung schickt und selbst noch sieben bis acht Jahre in seiner Beschäftigung bleibt, 725 Pfund. Die Kosten der

Ansiedlung des Arbeitersiedlers (auf JNF.-Boden), der bis zur Fruchttragung seiner Orangenpflanzung auf Nebenverdienst aus Lohnarbeit angewiesen ist, belaufen sich auf 375 Pfund.
4) Vom zehnten Jahre ab beträgt die jährliche Reineinnahme (außer mietfreier Wohnung und Produkten aus der Wirtschaft) beim Mittelständler 150 Pfund, beim Arbeitersiedler 100 Pfund. Diese Einnahme erlaubt beiden Siedlerkategorien einen angemessenen Lebensunterhalt und die zweiprozentige Amortisierung und fünfprozentige Verzinsung eines Ansiedlungsdarlehns von 250 Pfund beim Mittelständler und 280 Pfund beim Arbeitersiedler.

—

Ein Landerschließungsplan

Kritische Bemerkungen zum Bericht Mr. Lewis Frenchs

(1933)

Der Rücktritt von Mr. Lewis French von seinem Posten als Director of Development for Palestine läßt von neuem die Frage auftauchen, was für die Entwicklung von Palästina geschehen soll. Es wird vielfach die Ansicht geäußert, daß Juden und Araber, wenn sie den French-Bericht ablehnen, selbst mit konstruktiven Vorschlägen für die ökonomische Entwicklung von Palästina heraustreten müßten. Das gelte insbesondere für die Juden, da sie über mehr kolonisatorische Erfahrung verfügten als die Araber.

Nun haben die Juden solche konkrete Vorschläge bereits gemacht. Als im Jahre 1930 Sir John Hope Simpson nach Palästina kam, wurde ihm von der Exekutive der Jewish Agency ein Memorandum über die ökonomische Entwicklung Palästinas überreicht, das unter dem Titel »Palestine, Land Settlement, Urban Development and Immigration« im Jahre 1930 durch die Jewish Agency in London als Broschüre herausgegeben wurde.

Es ist bedauerlich, daß diese Broschüre anscheinend in vielen interessierten Kreisen unbekannt geblieben ist.

Die Vorschläge in dem jüdischen Memorandum unterscheiden sich dadurch grundsätzlich von den Berichten von Hope Simpson und French, daß sie die Hebung der arabischen Fellachen und die Förderung der jüdischen Kolonisation nicht getrennt voneinander, sondern in ihrem gegenseitigen Zusammenwirken behandeln. Sie zeigen, daß die Entwicklung der Fellachenwirtschaft für sich allein aus Mangel an einer Kreditbasis ungeheuer schwierig oder unmöglich ist, daß sie aber gerade im Zusam-

menhang mit der jüdischen Kolonisation in vielen Teilen Palästinas verhältnismäßig schnell und leicht verwirklicht werden kann.
Zunächst ein paar Worte zur Vorgeschichte des Development Scheme.

Die Shaw-Kommission

Die Shaw-Kommission, die bekanntlich nach den blutigen Unruhen vom August 1929 nach Palästina geschickt wurde, hat als erste den Faden aufgenommen, der später von Sir John Hope Simpson und French weitergesponnen wurde. Sie hat in ihrem im Frühjahr 1930 erschienenen »Report of the Commission on the Palestine Disturbances of August 1929« darauf hingewiesen, daß in vielen Fällen Juden von Großgrundbesitzern Land kauften, und daß die auf dem Boden befindlichen arabischen Pächter das Land verlassen mußten. Die Kommission hat zwar anerkannt, daß die Pächter von den jüdischen Käufern freigiebig und über das gesetzliche Maß hinaus entschädigt wurden, sie hat aber der Meinung Ausdruck gegeben, daß die in Palästina geltenden Gesetze für den Schutz dieser Pächter nicht genügend seien.
Über die Zahl der arabischen Pächter, die infolge des Landerwerbs von Juden ihren Boden verlassen mußten, hat die Kommission selbst keine Feststellungen gemacht; sie zitiert (Seite 118 ihres Berichtes) die Angaben des arabischen Experten Mr. Farah, der die Zahl der arabischen Pächter, die im Emek Jesreel durch die jüdischen Landkäufe den von ihnen gepachteten Boden verlassen mußten, auf 1746 Familien oder 8730 Seelen bezifferte. Sie gibt auch die Angaben des Verfassers dieses Artikels wieder, wonach die Zahl dieser Pächter im Emek Jesreel 700 bis 800 beträgt, von denen aber die meisten in der Nachbarschaft neuen Boden gefunden hätten. Die Kommission beschäftigte sich weiterhin besonders mit dem Boden Wadi el Havaret, der von den Juden gerade kurze Zeit vorher in öffentlicher Auktion gekauft worden war und wobei

mehr als 100 Pächter dieses Bodens entsprechend den Bedingungen bei dem öffentlichen Verkaufe ihr Pachtrecht auf den Boden einbüßten. Sie steht unter dem Eindruck der arabischen Behauptung, daß die fortschreitende jüdische Kolonisation zur Verdrängung der Araber von ihren Böden führen müsse.

Der Hope Simpson-Bericht

Die englische Regierung beschloß auf Grund des Shaw-Berichtes, Sir John Hope Simpson nach Palästina zu senden, um die Voraussetzungen für einen größeren Development-Plan zu studieren. Hope Simpson, der im Frühjahr 1930 sechs Wochen in Palästina weilte, war offensichtlich von dem Shaw-Bericht beeinflußt und kam nach Palästina bereits mit der Meinung, daß es in Palästina viele arabische Landwirte gäbe, die durch die Juden 'landlos' (landless) geworden seien. Zu diesem Vorurteil kamen noch zwei andere Gründe, die ihn zu unrichtigen Schlüssen führten.

Er ließ durch Flugzeuge einige Teile Palästinas kartographisch aufnehmen und kam daraufhin zu dem Resultat, daß Palästina, wenn man den wasserarmen und für Besiedlung vorläufig nicht geeigneten Südbezirk (Negew) beiseite lasse, nur sechseinhalb Millionen Dunam kultivierbaren Boden besitze. Diese Ziffer stand in krassem Gegensatz zu allen bisherigen amtlichen Angaben über die kultivierbare Fläche Palästinas, insbesondere zu den Angaben des Commissioners of Land, der die kultivierbare Fläche auf zwölf bis dreizehn Millionen Dunam berechnete. Mit dem Fortschritt der Arbeiten der Land Settlement Commission wird es immer mehr klar, daß die Schätzung von Hope Simpson falsch und die Angaben des Commissioners of Land richtig sind.

Der zweite Grund, der Hope Simpson zu falschen Schlüssen brachte, war eine irrtümliche Auslegung eines Berichtes, den kurz vorher eine Kommission von Beamten der palästinensischen Regierung unter dem Vorsitz von W.I. Johnson über die Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung erstattet hatte.

(Report of a Committee on the Economic Condition of Agriculturists in Palestine and the Fiscal Measures of Government in Relation thereto, Jerusalem 1930.)
Diese Kommission hatte Fragebogen an 104 Dörfer in Palästina versandt und aus den Antworten entnommen, daß 29,4 Prozent der Bewohner dieser Dörfer kein eigenes Land besaßen. Aus dieser Feststellung der *Eigentums*verhältnisse zog Hope Simpson den falschen Schluß, daß 29,4 Prozent der Bewohner *überhaupt* ohne Land für landwirtschaftliche Bearbeitung seien. In Wirklichkeit war dies eine kaum verständliche Mißinterpretation, denn in dem Bericht der Johnson-Kommission war ausdrücklich angegeben, daß in diesen Dörfern ein Drittel des Bodens Eigentümern gehörte, die nicht in den 104 Dörfern wohnten. Es war ohne weiteres klar, daß die 29,4 Prozent 'landlosen' Araber eben diesen Boden als Pächter bearbeiteten, also zwar vom Standpunkt des *Eigentums* aus landlos waren, aber vom Standpunkt des *Besitzes* und der Bearbeitung ebensoviel Boden zur Verfügung hatten wie die anderen Einwohner dieser Dörfer. (In anderen Ländern ist der Prozentsatz der *Pacht*betriebe unter den landwirtschaftlichen Betrieben viel größer als 29,4 Prozent, er beträgt in England über 80 Prozent, in den Vereinigten Staaten etwa 40 Prozent.) Aus diesen drei Faktoren – Einfluß des Shaw-Berichtes, unrichtige Abschätzung der Bodenfläche Palästinas, Mißinterpretation des Johnson-Berichtes – ist zu erklären, daß Hope Simpson in seinem Bericht zu dem Schluß kam, daß in Palästina kein freier Boden mehr vorhanden sei.[1] Zwar fügte er hinzu, daß *bei besserer Ausnützung* des Bodens sich vielleicht doch noch für 20000 neue Landwirte Platz finden ließe, aber der Gesamteindruck seines Berichtes war der, daß das Problem der landlosen Araber in Palästina ein sehr akutes und schwieriges sei.
Die Zweideutigkeit des Wortes 'landless', das sowohl »ohne eigenen Boden« wie »ohne Boden überhaupt für landwirtschaft-

---

[1] Eine mit Ziffern belegte Kritik des Hope Simpson-Berichtes findet sich in meiner von der Jewish Agency herausgegebenen Broschüre: »The Statistical Bases of Sir John Hope Simpson's Report« (London, May 1931).

liche Bearbeitung« bedeuten kann, wirkt sich in dem Bericht von Hope Simpson in übelster und ungerechter Form zu ungunsten der Juden aus.

Lord Passfield's Weißbuch

Während immerhin in dem Bericht von Hope Simpson das Bestreben nach Objektivität zu erkennen ist, und man in der Eile, mit der er seine Beobachtungen in Palästina machen und seinen Bericht schreiben mußte, vielleicht eine Entschuldigung dafür finden kann, daß er groben Irrtümern zum Opfer fiel, ist das Weißbuch, das Lord Passfield auf Grundlage des Hope Simpson-Berichtes schrieb, durchaus von Voreingenommenheit gegen die Juden erfüllt. Wo Hope Simpson sich bemüht, das Für und Wider abzuwägen, wählt das 'White Paper' aus seinem Bericht fast durchweg die für die Juden ungünstige Alternative. Ein krasses Beispiel dafür ist, daß es den von der Exekutive der Jewish Agency geführten Nachweis, daß von den gesamten 688 arabischen Pächtern des von den Juden im Esdralon Valley (d. i. der Emek Jesreel) gekauften Bodens 526 anderweitig Pachtboden gefunden haben, einfach als falsch bezeichnet, obwohl ihm jede Grundlage für eine solche Kritik fehlte. Es sei gleich an dieser Stelle bemerkt, daß die späterhin im Anschluß an die Entsendung von French durch einen englischen Richter eingeleitete Untersuchung über die Frage, wieviel arabische Pächter seit dem Weltkriege infolge der jüdischen Landkäufe im Esdralon Valley und in anderen Teilen Palästinas die Landwirtschaft verlassen haben und existenzlos geworden sind, zwar noch nicht abgeschlossen ist, bisher aber in jedem Punkt die Angaben der Jewish Agency bestätigt hat. Von den sämtlichen 3173 'claims', die von arabischen Pächtern eingereicht worden sind, wurden 1988 bis November 1932 bereits zurückgewiesen, 472 anerkannt, während bei 713 die Entscheidung noch aussteht. Diese Ziffern beweisen bereits zur Genüge, in welchem Maße die Araber, die vor der Shaw-Kommission auf eine ungeheuere Zahl von evakuierten Arabern hingewiesen haben, diese Sache übertrie-

ben haben, um der Kommission die kolonisatorische Tätigkeit der Juden als Gefahr für die Araber erscheinen zu lassen.

Der French-Bericht

Während der Bericht von Hope Simpson von starker Aktivität zeugt und die Möglichkeit einer großen landwirtschaftlichen Entwicklung anerkennt, ist für den French-Bericht, soweit er bisher bekannt ist, ein hohes Maß von Skeptizismus charakteristisch. Er ist weniger ein Bericht über Development als ein Plaidoyer gegen Development. French tritt an die landwirtschaftliche Entwicklung Palästinas von dem Standpunkt heran, daß nichts getan werden darf, wobei nicht hundert Prozent Sicherheit für völliges Gelingen gegeben ist. Von diesem Standpunkt aus sieht er die völlige Durchführung der Landesvermessung, Aufteilung der Muschaböden, gesetzgeberische Maßnahmen zwecks Senkung der Bodenpreise, Garantien für eine relativ hohe Verzinsung des investierten Kapitals als notwendige Voraussetzungen jeder landwirtschaftlichen Development-Tätigkeit an. Wenn man diesen Grundsatz der hundertprozentigen rechtlichen und wirtschaftlichen Sicherheit anwendet, kann man heute weder in Palästina noch sonst in der Welt in irgendeinem wirtschaftlichen Zweige eine Tätigkeit beginnen. Wirtschaftliche Unternehmungen auf lange Sicht sind ohne ein gewisses Risiko nicht denkbar. Das einzige, was vernünftigerweise verlangt werden kann, ist, daß das Risiko in einem angemessenen Verhältnis zu den Chancen des Erfolges stehe. Während French die eigentliche Development-Tätigkeit auf eine ferne Zukunft verschiebt, verlangt er, daß schon jetzt Gesetze erlassen werden, welche den Verkauf von Boden im freien Verkehr verbieten. Er will dem Verkauf von Boden einen Riegel vorschieben, damit nicht etwa ein Boden, der in zehn Jahren einmal für Development in Frage kommt, dieser Bestimmung entzogen wird. Es ist verständlich, daß sowohl Juden wie Araber gegen einen solchen bürokratischen Eingriff in die freie Verfügung über den Boden sich gewehrt haben.

Die Ursachen der schlechten Lage der Fellachen in Palästina

Im Gegensatz zu den Berichten von Hope Simpson und von French hat die Exekutive der Jewish Agency in ihrem anfangs erwähnten Memorandum vom Jahre 1930 die Ansicht vertreten, daß es in Palästina noch Platz für eine sehr große Zahl von jüdischen Landwirten gibt – eine viel größere, als Hope Simpson annimmt –, und daß diese Landwirte angesiedelt werden können, ohne daß dadurch die arabischen Landwirte, mögen sie Eigentümer oder Pächter sein, von ihrem Boden verdrängt zu werden brauchen.

Bevor wir diesen Vorschlag im einzelnen darstellen, sei darauf hingewiesen, daß die Juden niemals bestritten haben, daß die Lage der arabischen Landwirte in Palästina schlecht ist und dringend einer Verbesserung bedarf. Sie wenden sich aber gegen die Behauptung der Araber, daß die schlechte Lage der Fellachen auf die jüdische Immigration und Kolonisation oder auf eine zu hohe Besteuerung des Fellachen zurückzuführen ist. Das einzige Buch, das eine objektive Darstellung der Wirtschaft des Fellachen gibt, ist von dem Leiter der landwirtschaftlichen Versuchsstation der Jewish Agency, Herrn Elazari-Volcani (The Fellah's Farm, Tel Awiw, 1930), verfaßt, was beweist, daß die Juden an der Lage der Fellachen durchaus nicht teilnahmslos vorbeigehen.

Daß die schlechte Lage der Fellachen in Palästina nicht mit der jüdischen Einwanderung und Kolonisation zusammenhängt, ergibt sich schon daraus, daß die Lage der Fellachen in den Nachbarländern Palästinas (Transjordanien, Syrien, Irak), in denen keinerlei jüdische Einwanderung stattfindet, noch schlechter ist als in Palästina. In Transjordanien, in dem bekanntlich die Juden bisher keinen Fuß gefaßt haben, ist die Lage der Fellachen trostlos. Als jetzt die Rohrleitung für das Petroleum von Mosul nach Haifa durch Transjordanien gelegt wurde, haben sich viele Tausende von Fellachen in Transjordanien bemüht, bei dieser Arbeit Beschäftigung zu finden, um einen geringen Taglohn zu

verdienen. Palästina ist im Vergleich mit den Nachbarländern noch eine Art von Eldorado, das viele Einwanderer aus diesen Ländern (auf legalem und illegalem Wege) an sich zieht. Die großen Steuereinnahmen, welche die Juden an die Regierung zahlen und der große Zufluß von jüdischem Kapital nach Palästina hat eine große Anzahl von öffentlichen und privaten Arbeitsmöglichkeiten geschaffen – Straßenbau, Häuserbau, Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen, Orangenpflanzungen, Hafenbau – bei welchen eine große Anzahl von Arabern und darunter sehr viele Fellachen Beschäftigung gefunden haben. Die jüdische Einwanderung hat also nicht etwa die Lage der arabischen Bevölkerung verschlechtert, sondern im Gegenteil zu ihrer Besserung beigetragen.

Die Steuerbelastung des Fellachen

Die Behauptung, daß der Fellache unter zu großer Steuerlast leide, war richtig in türkischer Zeit, als der Oscher (Zehnte, Tithe) und der Werko (Landtax, Bodensteuer) die Haupteinnahmen der Regierung bildeten und der Oscher in erpresserischer Weise von Steuerpächtern eingezogen wurde. Aber seit der englischen Okkupation machen Oscher und Werko infolge Anwachsens der anderen Einnahmen der Regierung einen immer geringeren Teil der gesamten Regierungseinnahmen aus, insbesondere infolge des Anwachsens der Einnahmen der Regierung aus Zöllen. Nach dem Etatsvoranschlag der palästinensischen Regierung für das Jahr 1932/33 fließen von den gesamten Einnahmen von 2 364 000 Pfund 920 000 Pfund, gleich neununddreißig Prozent, aus Zöllen ein. (Zu dieser Einnahme tragen die Juden, da sie verhältnismäßig viel mehr importierte Waren konsumieren als die Araber, pro Kopf mehr als doppelt soviel bei als die übrige Bevölkerung. Der Oscher figuriert unter den Gesamteinnahmen der Regierung für das Jahr 1932/33 mit 180 000 Pfund, das heißt acht Prozent der Gesamteinnahmen. Da im Jahre 1930 die Juden 20 000 Pfund Oscher gezahlt haben und da sie infolge der vergrößerten Anbaufläche für Orangen und des Fort-

schrittes ihrer Siedlungen im Jahre 1932/33 schätzungsweise 30 000 Pfund Oscher bezahlen werden, entfällt auf die arabischen Fellachen 150 000 Pfund. Der Werko ist im Etatsvoranschlag der Regierung mit 240 000 Pfund eingesetzt. Die Juden bezahlten für Werko im Jahre 1930 in den Dörfern 11 600 Pfund, in den Städten 67 600 Pfund, zusammen 79 800 Pfund. Mit Rücksicht darauf, daß die Juden in den Städten seit Jahren ständig neuen Boden erworben und viele Häuser gebaut haben, und daß der Werko in den Städten im Jahre 1931 von neun auf fünfzehn Prozent erhöht wurde, wird der von ihnen im Jahre 1932/33 zu bezahlende Werko sicherlich 120 000 Pfund erreichen oder sogar übersteigen. Auf die Araber würden hiernach 120 000 Pfund Werko entfallen. Leider fehlt es uns an Angaben darüber, wie sich diese Summe auf Stadt und Land verteilt. Da aber der Werko für die arabischen Dörfer auf eine sehr alte Schätzung zurückgeht und notorisch weit hinter dem jetzigen Wert des Landes zurückbleibt und da ferner die Häuser der Fellachen in den Dörfern infolge ihres geringen Wertes überhaupt nicht dem Werko unterliegen, so ist es sicher, daß von der Summe von 120 000 Pfund mindestens die Hälfte und wahrscheinlich mehr auf städtischen Grundbesitz entfällt. Die Gesamtsumme, welche die ländliche arabische Bevölkerung für Oscher und Werko im Jahre 1932/33 aufzubringen hat, beträgt also maximal 150 000 Pfund, plus 60 000 Pfund, das heißt 210 000 Pfund. Da es in Palästina zurzeit etwa 100 000 Fellachenfamilien gibt, ist die Belastung pro Familie nur etwas über zwei Pfund. Abgesehen vom Oscher und Werko steuert der Fellache zu den Einnahmen der Regierung nur sehr wenig bei. An den Haupteinnahmen der Regierung, nämlich den 920 000 Pfund aus Zöllen, ist der Fellache sehr wenig beteiligt, da er in seinem Haushalt importierte zollpflichtige Waren nur in winzigem Maße gebraucht. Die Viehsteuer, welche im Budgetvoranschlag der Regierung für 1932/33 mit 42 000 Pfund eingesetzt ist, fällt nicht auf die Fellachen, sondern auf die beduinische Bevölkerung, die dafür von der Zahlung des Oschers und Werkos befreit ist. Es ist schwer einzusehen, wie eine Steuerbelastung von etwas mehr als zwei Pfund pro Familie der Grund für die

schlechte Lage der Fellachen sein kann. Wenn man heute trotzdem noch in vielen Kreisen von der zu hohen Steuerbelastung des Fellachen spricht, so übernimmt man ohne genügende Kritik eine Behauptung, die früher einmal richtig war, für die Gegenwart, wo sie nicht mehr richtig ist.

Die Schuldenlast des Fellachen

Viel schwerer als die Steuer drückt auf den Fellachen seine Schuldenlast. Nach dem Bericht von Hope Simpson beträgt die durchschnittliche Verschuldung des Fellachen etwa dreißig Pfund und er hat dafür dem Wucherer Zinsen von zwanzig bis dreißig Prozent, das heißt sechs bis neun Pfund jährlich zu zahlen. Davon abgesehen, ist die Verschuldung für den Fellachen eine ständige Gefahr, daß sein Boden verkauft wird und in die Hände des Wucherers fällt, der in vielen Fällen ein in der Nähe wohnender Grundbesitzer ist. French erwähnt in seinem Bericht, daß in einem Subdistrikt im Gebirgslande in den letzten zehn Jahren nicht weniger als dreißig Prozent des Bodens aus den Händen der Fellachen in die Hände arabischer Kapitalisten übergegangen sind. Es ist wichtig, hierbei festzustellen, daß die arabischen Kapitalisten diesen Boden nicht etwa an die Juden weiterverkauft haben, da die Juden in den letzten zehn Jahren im Berglande überhaupt keinen Boden gekauft haben, noch dort Boden zu kaufen beabsichtigen.

Die Primitivität der Fellachenwirtschaft

Der Hauptgrund für die schlechte Lage des Fellachen liegt darin, daß seine Wirtschaft rückständig geblieben ist und sich den neuen Bedingungen der Weltwirtschaft nicht angepaßt hat. Die Produkte, die der arabische Fellache aus seiner Wirtschaft zu Markte bringt, nämlich Weizen, Gerste, Hülsenfrüchte, Sesam, sind infolge der Konkurrenz anderer für Ackerbau viel besser geeigneter Länder außerordentlich billig und gewähren ihm für seine Arbeit ein sehr geringes Entgelt. Nur in denjenigen Fällen,

in denen die Fellachen zu Baumpflanzungen übergegangen sind oder in der Nähe der Städte oder der größeren jüdischen Kolonien Gemüse unter Bewässerung erzeugen, hat sich ihre Lage gebessert. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß jeder Versuch, die Lage der Fellachen zu heben, in der Richtung auf eine allmähliche Abkehr vom reinen Getreidebau und auf den Übergang zu bewässerten und unbewässerten Baumpflanzungen und zur Ausgestaltung der Milchwirtschaft, der Geflügelhaltung und des Gemüsebaues führen muß. Dabei ist natürlich nicht daran gedacht, die Wirtschaft von einem Tag zum andern aus einer extensiven in eine intensive umzugestalten. Die eingewurzelte Tradition des Fellachen steht einem solchen brüsken Übergang entgegen. Wohl aber kann die notwendige Intensivierung im Wege eines allmählichen Überganges erreicht werden.

Die jüdischen Vorschläge für Development im Küstengebiet

Die Vorschläge zu einer Verbesserung der Lage der Fellachen, die von den Juden in dem eingangs erwähnten Memorandum gemacht wurden, beruhen in erster Linie auf einer Feststellung der Fläche des kultivierbaren Bodens in gewissen Teilen Palästinas, die für die zukünftige jüdische Kolonisation hauptsächlich in Frage kommen, nämlich die Küstenebene, das untere Jordantal, das Beisangebiet und das Chulegebiet. Unter diesen vier verschiedenen Gebieten nimmt die Küstenebene den wichtigsten Platz ein. Eine von der Jewish Agency eingesetzte besondere Kommission hat im Jahre 1930 untersucht, welche Flächen in den erwähnten vier Gebieten vorhanden sind und ist zu der Feststellung gekommen, daß die etwa 4000000 Dunam Boden in der Küstenebene sich folgendermaßen verteilen:

	Dunam
Leichter bewässerbarer Boden (für Orangen besonders geeignet)	500000
Schwerer bewässerbarer Boden (für Orangen weniger geeignet)	750000
Nicht bewässerbar (für Getreide geeignet)	1250000
Nicht kultivierbar	1500000

Von den kultivierbaren 2 500 000 Dunam sind zurzeit (approximative Ziffern) in Händen der

	Araber Dunam	Juden Dunam
Orangenpflanzungen	80 000	80 000
Boden, der für Orangen geeignet ist	280 000	60 000
Bewässerbarer Boden, der weniger für Orangen als für Gemüse usw. geeignet ist	700 000	75 000
Nicht bewässerbarer Boden für Getreide	1 040 000	185 000
Zusammen	2 100 000	400 000

Nach dieser Feststellung haben die 22 000 Fellachenfamilien, die in der Küstenebene wohnen, im Durchschnitt fünfundneunzig Dunam kultivierbaren Boden. Die Möglichkeit der Bewässerung, die in der Küstenebene fast überall vorhanden ist, ist nur zu einem sehr kleinen Teil und in vielen Dörfern gar nicht ausgenutzt. Die in arabischen Händen befindlichen Orangenpflanzungen gehören fast durchwegs nicht den Fellachen, sondern Großgrundbesitzern oder städtischen Kapitalisten.

Der Vorschlag der Jewish Agency geht nun dahin, daß der Fellache, statt einer Wirtschaft auf fünfundneunzig Dunam unbewässertem Boden, eine Wirtschaft haben soll, die der Fläche nach um ein Drittel kleiner ist, von der aber sechs bis fünfzehn Dunam für bewässerte Kulturen, davon ein Teil für Orangenpflanzungen, zu benutzen sind. Dieser Plan kann durchgeführt werden, wenn die Fellachen ein Drittel ihrer Fläche an Juden verkaufen und mit dem Kauferlös, der bei einem Durchschnittspreis von vier bis fünf Pfund pro Dunam etwa 150 Pfund betragen würde, erstens ihre Schulden bezahlen und sich von den Wucherzinsen befreien, zweitens ihr lebendes Inventar verbessern, drittens einen Teil des ihnen verbleibenden Bodens bewässern und einige Dunam davon mit Orangen bepflanzen.

Der Fellache, der nach Vollziehung des Verkaufes statt der früheren fünfundneunzig Dunam nur dreiundsechzig Dunam besitzen und davon zunächst siebenundfünfzig Dunam in der früheren Weise bearbeiten würde, könnte den Kauferlös von zirka 150 Pfund wie folgt verwenden:

1) dreißig Pfund zur Bezahlung seiner Wucherschulden, wo-

durch er jährlich sechs bis neun Pfund Zinsen ersparen und von dem Druck des Wucherers befreit sein würde;
2) dreißig Pfund als seinen Anteil an den Kosten der Einrichtung einer Bewässerungsanlage für das ganze Dorf, die zur Bewässerung von sechs Dunam seines Bodens ausreicht;
3) dreißig Pfund zur Bepflanzung von drei Dunam des bewässerten Bodens mit gepfropften Orangenbäumen, die schon nach drei Jahren Früchte bringen (hierbei ist damit gerechnet, daß alle Handarbeit in der Orangenpflanzung von dem Fellachen selbst geleistet wird);
4) fünfzehn Pfund für Verbesserung und Vergrößerung seines lebenden Inventars (Geflügel, Milchvieh, Zugvieh);
5) fünfundvierzig Pfund als Beitrag zu seinem Unterhalt in den drei Jahren bis zur Fruchttragung der Orangenpflanzung.
Eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben des Fellachen in der früheren und in der neu einzurichtenden Wirtschaft ergibt, daß dem Fellachen in der alten Wirtschaft für seinen Unterhalt, Kleidung und sonstige lebenswichtige Bedürfnisse nur etwa dreiunddreißig Pfund blieben, während er in der neu einzurichtenden Wirtschaft in den ersten drei Jahren, das heißt bis zur Fruchttragung der Orangenpflanzung siebenundfünfzig Pfund Einnahmen erzielen kann. Dabei bleibt dem Fellachen die Möglichkeit, den Ertrag der Wirtschaft noch weiter zu erhöhen, indem er von seinen sechs Dunam bewässerten Bodens die drei Dunam, die er zunächst mit Gemüse bebaut, allmählich auch mit Orangen bepflanzt. Dadurch ist eine jährliche Mehreinnahme von vierundzwanzig Pfund, das heißt eine Steigerung der Gesamteinnahmen auf einundachtzig Pfund erreichbar. Es ist gar nicht nötig, an dieser Stelle in die Einzelheiten der Einnahmen und Ausgaben einzugehen. Es ist in Palästina notorisch, daß ein Dunam Orangen dem selbst arbeitenden Besitzer mindestens zehn Pfund Nettoeinnahmen einträgt. (Zurzeit sind die Nettoeinnahmen doppelt und dreifach so hoch.) Es bedarf also keines weiteren Beweises, daß der Fellache, der drei oder sechs Dunam Orangenpflanzung besitzt, die oben erwähnten Einnahmen wirklich erzielen kann.

Natürlich können die Juden Kaufvereinbarungen der oben erwähnten Art nicht mit einem einzelnen Fellachen, sondern nur mit allen oder vielen Fellachen eines Dorfes treffen, da sie für ihre Kolonisation große zusammenhängende Flächen brauchen. Aber mit vielen Dörfern sind solche Kaufvereinbarungen möglich, und damit kann für eine lange Reihe von Jahren der Bodenbedarf für die jüdische Kolonisation befriedigt werden. Die Juden werden auf dem gekauften Boden eine hoch intensivierte Wirtschaft einrichten, bei der eine Fläche von zwanzig Dunam, also weniger als ein Drittel der Fläche, die dem Fellachen verbleibt, für eine Familie ausreicht. Nötig ist zu solchen Kaufvereinbarungen nur, daß die Regierung ihnen wohlwollend zur Seite steht und daß sie insbesondere die Hindernisse wegräumt, die sich aus dem jetzigen unbefriedigenden Stande der Bodenvermessung, des Muschaeigentums und des Katasterwesens ergeben. Hier ist für die Regierung die Möglichkeit vorhanden, ohne irgendeine eigene Kapitalinvestierung eine große kolonisatorische Tätigkeit zu fördern, die sowohl den Arabern wie den Juden von Nutzen ist.

Falls Land, das zum Kauf angeboten wird, nicht den Bearbeitern des Bodens selbst, sondern einem Großgrundbesitzer gehört und von Pächtern bearbeitet wird, wird die Regierung vielfach durch Anwendung des Gesetzes über den Pächterschutz den Großgrundbesitzer dazu bringen können, im Falle des Verkaufs einen Teil des bewässerbaren Bodens (zehn bis fünfzehn Dunam pro Familie) den bisherigen Bearbeitern in Erbpacht zu überlassen oder gegen langjährige Ratenzahlungen zu verkaufen. Das würde den Pächtern die Möglichkeit geben, diesen Boden für bewässerte Kulturen, darunter einen Teil für Orangen zu benützen. Außerdem sollen die Pächter etwa fünfzig Dunam unbewässerten Boden in der bisherigen Form als Pächter mit Pachtvertrag für mindestens fünfzehn Jahre weiter bearbeiten. Das für die bewässerten Kulturen erforderliche Kapital von etwa hundert Pfund pro Familie sollte die Regierung den Pächtern als Anleihe geben (siehe darüber weiter unten). Auf diese Weise wäre auch hier, wie in den Fällen, in

denen die Fellachen selbst Eigentümer des Bodens sind, ein allmählicher Übergang der Pächter von der extensiven zu einer mehr intensiven Wirtschaft möglich.
In den anderen, oben erwähnten drei Gebieten, nämlich im unteren Jordantal, im Beisangebiet und im Chulegebiet, liegen die Verhältnisse anders als im Küstengebiet. Im *unteren Jordantal* ist der in Frage kommende Boden Staatseigentum und sehr dünn besiedelt. Er verlangt allerdings zur Besiedlung ziemlich kostspielige Bewässerungsanlagen. Das *Beisangebiet* war Staatseigentum, ist aber im Jahre 1921 den dort befindlichen Pächtern gegen langjährige Ratenzahlungen zu Eigentum überlassen worden. Die jetzigen Eigentümer wissen aber nicht, was sie mit den ihnen überlassenen, für Eigenbewirtschaftung viel zu großen Flächen, die zum großen Teil bewässerbar sind, aber zunächst drainiert werden müssen, anfangen sollen und haben die vereinbarten Ratenzahlungen nicht geleistet. Es wäre leicht, mit ihnen zu einem Übereinkommen zu gelangen, wonach sie einen Teil des Bodens den Juden verkaufen und – ähnlich wie in der Küstenebene – den Kauferlös zur Intensivierung ihrer Wirtschaft benutzten. Gleichzeitig würde die Regierung hierdurch die ihnen von den jetzigen Eigentümern zu zahlende Abfindung (zirka eineinhalb Pfund pro Dunam), welche diese zu zahlen nicht imstande sind, von den jüdischen Käufern erhalten und könnte dieses Geld benützen, um die notwendigen Drainage- und Wasserregulierungsarbeiten vorzunehmen. In *Chule* ist der Boden ebenfalls Staatseigentum, ist aber auf Grund einer alten türkischen Konzession, welche die englische Verwaltung mit großer Langmut mehrfach verlängert hat, dem Konzessionär zur Ausbeutung überlassen worden, ohne daß dieser bisher den Boden, der versumpft ist, amelioriert hat. Auch hier könnte ohne große Schwierigkeiten zwischen der Regierung, dem Konzessionär und einer jüdischen Gesellschaft eine Vereinbarung getroffen werden, wonach die Entsumpfung des Bodens, die schätzungsweise eine halbe Million Pfund kosten soll, mit Hilfe eines Regierungskredites vorgenommen wird. Die auf dem Boden befindlichen arabischen Pächter sollen dann den zu ihrer Existenz

erforderlichen ameliorierten Boden erhalten und der Rest für jüdische Kolonisation verkauft oder langjährig verpachtet werden. Die Regierung würde im Falle des Verkaufs ihre Investitionen von den Juden in relativ kurzer Zeit zurückbekommen.

Erfahrungen in der Vergangenheit

Die hier gemachten Vorschläge sind nicht nur reine Theorie, vielmehr gibt es eine Reihe von Fällen, in denen in der hier geschilderten Weise seit einer Reihe von Jahren Bodenverkäufe in der Küstenebene an die Juden erfolgt sind, wobei die Verkäufer den Kauferlös zur Intensivierung ihrer Wirtschaft verwendet haben. *Ein nicht unerheblicher Teil der jetzt in arabischen Händen befindlichen Orangenplantagen in der Nähe der Kolonien Rischon Lezion, Rechowot, Petach Tikwa ist mit Geldern gepflanzt worden, die die arabischen Eigentümer für den Verkauf eines Teiles ihres Bodens von den Juden erhalten haben.* Die Araber haben dabei ein glänzendes Geschäft gemacht, denn der sandige Boden, den sie zu guten Preisen an die Juden verkauft haben, brachte ihnen früher so gut wie keine Einnahmen, während sie von den mit dem jüdischen Geld gepflanzten Orangen sehr hohe Einkünfte haben.

Das ganze Problem ist, rein wirtschaftlich gesehen, eigentlich das Ei des Columbus. *Die Araber haben Boden, der ihnen zurzeit sehr wenig einbringt, weil sie nicht das Kapital besitzen, um diesen Boden richtig auszunutzen. Die Juden sind bereit, ihnen durch Kauf eines Teils ihres Bodens das Geld zu liefern, das für die Intensivierung ihrer Wirtschaft notwendig ist.* Es kommt nur darauf an, die politische Leidenschaft, welche jetzt von seiten der Araber solchen Transaktionen entgegensteht, aus dem Wege zu räumen. Wenn sich freilich eine angesehene arabische Zeitung, wie das kürzlich geschehen ist, heftig dagegen wendet, daß die Regierung sich neuerdings um die Auffindung von Wasser bemühe, weil ja dadurch die Möglichkeit gegeben werde, die für eine Fellachenfarm erforderliche Fläche zu verkleinern, so zeigt

das, daß zurzeit viele Araber mehr von politischen als wirtschaftlichen Motiven beherrscht werden.
Die Juden sind bereit, ihre landwirtschaftliche Kolonisation auf den obigen Grundlinien mit Kenntnis der Regierung und im vollem Licht der Öffentlichkeit zu unternehmen. Es wäre ihnen durchaus willkommen, wenn von Zeit zu Zeit ein europäischer Experte von hohem Rang von der Regierung mit der Aufgabe betraut würde, die kolonisatorische Tätigkeit der Juden in bezug auf ihre Folgen für die Fellachen zu untersuchen. Insbesondere hätte er festzustellen, ob und in welchem Umfange die arabischen Dörfer, die einen Teil ihres Bodens an die Juden verkauft und mit dem Kauferlös ihre Wirtschaft intensiviert haben, wirtschaftlich den anderen Dörfern überlegen sind, welche keinen Boden verkauft und ihre alte Wirtschaftsweise beibehalten haben. Es könnte hiernach fortlaufend in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise festgestellt werden, ob die jüdische Kolonisation für die Fellachen von wohltätigen oder nachteiligen Folgen begleitet ist.

Regierungskredite für Development

Aus den obigen Ausführungen ergibt sich, daß ein großer Teil des jüdischen Development-Programms *ohne jede finanzielle Beihilfe der Regierung* durchgeführt werden kann, nämlich derjenige Teil, bei dem die Juden den Boden von den jetzigen Bearbeitern kaufen. Von einem Kredit der Regierung war nur in zwei Fällen die Rede: erstens, um den Pächtern auf dem Lande von Großgrundbesitzern, die durch den Verkauf des Bodens an Juden ihr Pachtrecht verlieren, die Möglichkeit zu geben, auf einer kleinen Bodenfläche, die sie von den Großgrundbesitzern in Erbpacht oder gegen Ratenzahlungen zu Eigentum erhalten sollen, bewässerte Kulturen anzulegen; zweitens war ein Kredit der Regierung als erwünscht bezeichnet zur Entsumpfung des Chulegebietes; drittens zur Verbesserung der Fellachenwirtschaft im Berglande. In den beiden ersten Fällen ist die Kreditgewährung gerade deshalb auf einer sicheren Basis möglich, weil

sie mit jüdischer Kolonisation in Verbindung steht. Die Regierung wird den Großgrundbesitzer nur dann durch Anwendung des Pächterschutzes dazu bewegen können, seinen bisherigen Pächtern einen Teil des Bodens in Erbpacht oder gegen Ratenzahlungen käuflich zu überlassen, wenn der Großgrundbesitzer weiß, daß er nur in diesem Falle von der Regierung die Erlaubnis bekommt, seinen Boden zu verkaufen. (Als Käufer kommen nur Juden in Frage: andere Käufer zu den jetzigen hohen Preisen gibt es nicht.) Bei der Kreditgewährung für die Entsumpfung des Chulegebietes kann die Regierung nur dann darauf rechnen, den von ihr für die Entsumpfungsarbeiten vorzustreckenden Betrag in relativ kurzer Zeit wieder zurückzubekommen, wenn sie einen Teil des ameliorierten Bodens an Juden verkauft oder in Erbpacht gibt. Ohne Zusammenhang mit der jüdischen Kolonisation sind diese Regierungskredite in hohem Maße riskant oder sogar uneinbringlich. Im Zusammenhang mit der jüdischen Kolonisation gewinnen sie eine viel größere Sicherheit. Für die Kredite im Berglande besteht diese Rückendeckung durch die jüdische Kolonisation nicht; aber hier ist dafür der für eine Familie notwendige Kreditbetrag viel geringer.

Es ist die Frage, ob Regierungskredite für die oben bezeichneten Zwecke nur möglich sind, wenn die Regierung, wie es bisher beabsichtigt gewesen zu sein scheint, einen großen Development Loan (man spricht von zweieinhalb Millionen Pfund) aufnimmt. Wenn die Verhältnisse des Geldmarktes für die Aufnahme eines solchen Darlehens günstig wären, so wäre gegen die Aufnahme eines solchen Darlehens unter den oben genannten Voraussetzungen nichts zu sagen. Natürlich würden die Juden dann auf Grund des Palästina-Mandats, das der Regierung die Förderung der jüdischen Landwirtschaft zur Pflicht macht, verlangen, daß auch die jüdische Kolonisation bei der Verwendung des Developments ihren gerechten Anteil bekommt. Die Frage ist aber, ob es wirklich notwendig ist, so lange zu warten, bis die Lage des internationalen Geldmarktes die Ausgabe eines großen Development Loans ermöglicht, oder ob nicht die Regierung aus ihren laufenden Mitteln für solche Kredite bereits etwas tun

kann. Wir glauben, daß das letztere nicht ausgeschlossen ist. Es handelt sich bei den oben erwähnten Bodenkäufen der Juden und bei dem Übergang der Fellachen von einer Extensivwirtschaft zu einer Intensivierung ihrer Wirtschaft um einen Prozeß, der viele Jahre in Anspruch nehmen muß. Ebenso ist auch die Entsumpfung des Chulegebietes eine Arbeit, die sich auf eine Reihe von Jahren erstrecken muß. Die Regierung könnte also, wenn sie in ihr Budget jährlich einen relativ gar nicht so hohen Betrag von etwa 100 000 bis 200 000 pal. Pfund für diese Zwecke einsetzte, die Gründung eines landwirtschaftlichen Kreditinstitutes, einerseits für Araber, andererseits für Juden, und Arbeiten im Chulegebiete im Laufe der Zeit durchführen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sie damit möglichst bald einen Anfang machte.

—

Die Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina

Referat auf dem XVIII. Zionisten-Kongreß in Prag

(1933)

Es erfüllt uns sicherlich alle, die wir seit Jahrzehnten an dem Aufbau Palästinas arbeiten, mit stolzer Genugtuung, daß unsere Arbeit, die im Anfang von so vielen Seiten belächelt wurde, das Resultat gehabt hat, daß in der größten Katastrophe, welche die Juden eines Landes in der Neuzeit getroffen hat, Palästina als der einzige Lichtpunkt erscheint. Während die anderen Länder, in welche sich früher der jüdische Auswanderungsstrom ergoß, in den letzten Jahren ihre Tore infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und der ungeheueren Arbeitslosigkeit fast gänzlich geschlossen haben, ist Palästina von der Wirtschaftskrisis verschont geblieben und hat, besonders infolge jüdischer Initiative und jüdischen Kapitals, einen großen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Es ist das einzige Land in der Welt, in dem keine Arbeitslosigkeit, sondern im Gegenteil Mangel an Arbeitern herrscht. Es ist in der Lage, in wirtschaftlich gesunder Weise jüdische Einwanderer zu absorbieren.

Erschütterung der Wirtschaftslage der Juden in Deutschland

Bevor ich auf die Existenzmöglichkeiten in Palästina eingehe, will ich mit wenigen Strichen skizzieren, welchen Wandel die Wirtschaftsstruktur der Juden in Deutschland erfahren hat. Von den Juden in Deutschland gehörten dem Berufe nach etwa zehn Prozent zu den Beamten und freien Berufen, etwa fünfzig Pro-

zent zum Handel, etwa zwanzig Prozent zu Handwerk und Industrie und zwanzig Prozent zu verschiedenen anderen Berufen. Durch die Gesetzgebung der deutschen Regierung, welche einen großen Teil der jüdischen Beamten ihres Amtes entsetzt, einem großen Teil der Notare und Rechtsanwälte die weitere Fortführung ihres Berufes verboten, einem Teil der Ärzte die Krankenkassenpraxis entzogen und viele andere Verbote und Erschwerungen eingeführt hat, ist dieser Stand außerordentlich schwer betroffen worden. Menschen, die zwanzig Jahre ihres Lebens einem bestimmten Berufe nachgegangen sind und sich darin spezialisiert haben, sind von einem Tage zum anderen ihrer Betätigungsmöglichkeit beraubt worden. Aber selbst diejenigen, welche von den gesetzlichen Verboten nicht direkt betroffen werden, haben ihr Ansehen und einen großen Teil ihrer Kundschaft verloren. Ich bin der Ansicht, daß nur ein kleiner Teil der Angehörigen der freien Berufe seinen Lebensunterhalt in Deutschland weiterverdienen kann.

Die Schicht der Angehörigen der freien Berufe ist sicherlich diejenige, welche die Anordnungen der deutschen Regierung am schwersten getroffen hat. Aber die Folgen der gegenwärtigen Politik, welche sich gegen den Juden als Volksfremden oder als Volksschädling richtet, berühren auch die Juden in allen anderen Berufen. Die Propaganda gegen das Kaufen in jüdischen Geschäften hat besonders in vielen kleineren Städten den Stand der jüdischen Kaufleute sehr erschwert. Mit ihnen ist auch die Stellung der jüdischen Angestellten gefährdet. Ebenso wirkt sich in der Industrie und im Handwerk die Propaganda gegen jüdische Waren und besonders die Tendenz, keine Aufträge zur Warenlieferung an jüdische Unternehmungen zu geben, aus.

Die indirekten Folgen der neuen Gesetzgebung sind für die Juden wirtschaftlich fast noch verheerender als die direkten Folgen. Sie lassen sich nicht zählen und messen. Aber man begegnet ihnen, wenn man das wirtschaftliche Leben der Juden in Deutschland prüft, auf Schritt und Tritt. Zur Zeit lebt noch ein Teil dieser Leute, die ihres Einkommens ganz oder teilweise

beraubt sind, von der Substanz ihres Vermögens. Deshalb tritt die Notlage noch nicht so kraß hervor. Man kann aber die Monate zählen, nach welchen bei vielen diese Reserven aufgezehrt sein werden. Dann wird sich erst das materielle Unglück in seiner ganzen Größe zeigen.
Es gibt in Deutschland etwa 8000 jüdische Ärzte, etwa 4000 Rechtsanwälte, 2000 Zahnärzte und Zahntechniker, Tausende von Ingenieuren, Beamten, Lehrern, Apothekern, Journalisten, Schauspielern. Es gibt viele Tausende von jüdischen Warengeschäften in den kleinen und mittleren Städten. Es gibt ebenso viele Tausende von kleinen und mittleren industriellen und handwerklichen Betrieben. Sie alle sind durch die neue Gesetzgebung in Mitleidenschaft gezogen worden und werden es immer mehr, je länger die einheitlich und mit großer Wucht geleitete Propaganda gegen die Juden andauert. Ich glaube mich nicht einer Übertreibung schuldig zu machen, wenn ich sage, daß bei einer Fortdauer des jetzigen Zustandes die *Hälfte der in Deutschland lebenden Juden* ihre Existenzgrundlage einbüßen wird, und daß nur die andere Hälfte – immer vorausgesetzt, daß nicht neue Schläge kommen – in dem verengten Lebensraume wird existieren können.
Was ist also zu tun?

Zahl der Juden in Deutschland

Die Zahl der Juden in Deutschland betrug bei der Volkszählung vom Jahre 1925 564 000. Die Ziffer ist allerdings heute niedriger. In den verflossenen acht Jahren seit der Volkszählung haben die Juden in Deutschland infolge ihrer außerordentlich geringen Geburtsziffer jährlich etwa 4000 durch den Überschuß der Sterbefälle über die Geburten verloren. Außerdem ist der Überschuß der Auswanderung über die Einwanderung auf mindestens 30 000 zu schätzen, wenn man berücksichtigt, daß in den letzten Monaten allein mehrere zehntausende Juden Deutschland verlassen haben. Ich komme deshalb zu dem Schlusse, daß die Zahl der Juden in Deutschland heute höchstens 500 000 be-

trägt.[1] Sie wird infolge des oben erwähnten Überschusses der Sterbefälle über die Geburten noch weiter zurückgehen, denn unter den jetzigen politischen und wirtschaftlichen Umständen werden jüdische Eltern natürlich noch viel schwerer die Verantwortung fühlen, Kinder in die Welt zu setzen. Ich glaube, daß sich im Laufe der nächsten zehn Jahre die Zahl der Juden in Deutschland auf natürlichem Wege (von Auswanderung abgesehen) um 50000, das heißt auf 450000 vermindern wird.

Ich lasse dabei die getauften oder aus Mischehen hervorgegangenen 'Nichtarier' außer Betracht. Ich will nur bemerken, daß die Zahl der getauften Juden und die Zahl derjenigen, die unter ihren Eltern oder Großeltern nachweislich Juden zählen, nicht, wie vielfach behauptet wird, in die Millionen geht, sondern mit einigen Hunderttausend wahrscheinlich schon zu hoch geschätzt ist. Allerdings ist es bei einem Zusammenleben von zwei Volksgruppen, das sich über ein Jahrtausend erstreckt, selbstverständlich, daß Blut der einen Volksgruppe, wenn auch noch so verdünnt, in die andere übersickert.

Alle diese 'Nichtarier', mögen sie durch die Taufe oder im Gefolge einer Mischehe aus der jüdischen Gemeinschaft ausgeschieden sein, sind in erster Linie ein Problem für diejenige kirchliche oder völkische Gemeinschaft, welche sie aufgenommen hat. Wir haben kein Recht, in ihrem Namen zu sprechen, und können uns nur mit denjenigen Juden befassen, die bis zum heutigen Tage in ihrer angestammten Gemeinschaft verblieben sind.

Die 500000 Juden in Deutschland machen nur etwa drei Prozent der gesamten sechzehn Millionen Juden der Welt aus. Aber sie sind ein wichtiges Glied der Weltjudenheit. Sie haben in den letzten hundert Jahren an der Spitze der Vorkämpfer für jüdische Gleichberechtigung in allen Ländern gestanden und haben den Juden in anderen Ländern, denen es wirtschaftlich schlecht

[1] Anmerkung des Herausgebers. Diese Schätzung ist durch die Volkszählung vom Juli 1933, bei der die Zahl der Juden mit 499682 festgestellt wurde, voll bestätigt worden.

ging, nach besten Kräften geholfen. Deshalb steht die gesamte Judenheit heute mit tiefstem Mitgefühl hinter den Juden in Deutschland und verfolgt gespannt die weitere Entwicklung ihres Schicksals.

Auswanderung – der einzige Ausweg

Es gibt für die 200000 Juden in Deutschland, die in ihren jetzigen Berufen sich nicht mehr erhalten können, in Deutschland keine Möglichkeit, eine Existenz in anderen Berufen zu finden. Würden sie an den Übergang zur Landwirtschaft denken, der an sich schon für Städter sehr schwer und für viele infolge ihres Alters unmöglich ist, so stoßen sie sofort auf das neue deutsche Bauerngesetz, das nur Deutschstämmigen, nicht aber Juden den Zugang zum Boden gestattet. Ein Übergang zum Handwerk kann ebenfalls nicht in Betracht kommen, weil der jüdische Handwerker gegen die christliche Konkurrenz bei der jetzigen gesetzlichen und politischen Lage nicht aufkommen kann. Es ist selbstverständlich, daß der Handel, in dem die Juden schon seit dem Weltkrieg einen äußerst schweren Stand gegen die außerordentlich gewachsene Zahl ihrer christlichen Mitbewerber hatten, keine weitere Juden aufnehmen kann. Der Übergang eines Juden von einem Handelszweige zu einem anderen ist dasselbe, als wenn man sich aus einem brennenden Hause in der Hoffnung auf Rettung zum Fenster hinausstürzt.
Die Lage der jüdischen Jugend, die in dieser unglücklichen Zeit in das Alter der Berufswahl eintritt, ist verzweifelt. Tausende und Zehntausende von jungen Leuten finden keinen Weg, auf dem sie ihre Leben nutzbringend gestalten könnten. Viele fühlen sich auch seelisch nicht imstande, als Bürger zweiter Klasse in einem Lande weiter zu leben, in dem ihre Väter und Großväter als vollberechtigte Volksgenossen gelebt haben.
In dieser Not gibt es keinen anderen Ausweg als eine organisierte Auswanderung, die im Laufe von fünf bis zehn Jahren die 200000 Juden, die heute in Deutschland 'überzählig' geworden sind und Deutschland verlassen wollen, in andere Länder bringt.

Ich habe kein Recht und keinen Auftrag, im Namen der Juden in Deutschland zu sprechen. Ich spreche hier lediglich als Soziologe, der sich seit mehr als dreißig Jahren mit dem Schicksal der Juden in allen seinen verschiedenen Formen beschäftigt. Von diesem Standpunkt aus sehe ich keine andere Lösung, als eine organisierte Auswanderung eines Teiles der Juden aus Deutschland. Diejenigen von ihnen, die keine Existenzgrundlage mehr haben oder sich nach den Erfahrungen der letzten Zeit in Deutschland nicht mehr heimisch fühlen können, werden den Weg der Auswanderung wählen; der Teil, der in Deutschland bleibt, würde dann – so nehme ich an – eine genügende wirtschaftliche Basis behalten. Selbstverständlich müßte auch ihre rechtliche Stellung so geregelt werden, daß sie in Sicherheit und Würde auf deutscher Erde weiterleben können.
Ich spreche hier immer von einer *organisierten* Auswanderung. Ich will damit den Gegensatz dieser Auswanderung zu einer fluchtartigen Auswanderung betonen, wie wir sie in den letzten Monaten bereits erlebt haben. Diese fluchtartige Auswanderung ist in den meisten Fällen weder ein Segen für den Auswanderer, noch für das Land, in das er kommt. Nur eine organisierte Auswanderung, welche die Auswanderer nach ihren Fähigkeiten in die für sie geeigneten Berufe hinüberleitet und unter den Einwanderungsländern diejenigen auswählt, in welchen die wirtschaftlichen Aussichten am besten sind, kann den Fluch in einen Segen verwandeln.

Einwanderungsland Palästina

Unter den Auswanderungsländern richtet sich der Blick natürlich in erster Linie auf Palästina. Ich habe Juden aus Deutschland gesprochen, die vor kurzem noch zu den schärfsten Gegnern des Zionismus und des Palästinawerks gehört haben und die heute offen eingestehen, daß sie sich geirrt haben und daß die Lage der Juden in Deutschland heute noch viel verzweifelter wäre, wenn nicht Palästina für sie eine moralische Rückenstärkung und eine wirtschaftliche Hoffnung wäre.

Die jüdische Bevölkerung in Palästina betrug am Ende des Weltkrieges etwa 65 000. Sie wurde bei der Volkszählung von 1922 mit 83 000, bei der Volkszählung von 1931 mit 175 000 festgestellt und ist heute auf etwa 220 000, das heißt auf ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Palästinas zu schätzen. Von dieser Zunahme entfallen ungefähr 100 000 auf den Überschuß der Einwanderung über die Auswanderung in den letzten zwölf Jahren. Wir hatten also einen durchschnittlichen Jahres-Einwanderungsüberschuß von 8000 bis 9000. Aber das Palästina von heute ist in weit höherem Maße zu einer Einwanderungsaufnahme fähig als das Palästina von 1922. Die Tatsache, daß in Palästina heute 220 000 Juden und nicht nur 83 000 Juden wohnen, ist in sich selbst für die Aufnahmefähigkeit einer neuen Einwanderung ein sehr bedeutender Faktor. Die Einwanderung in ein Land muß, um nicht lawinenartig das Bestehende zu überschwemmen, in einem gewissen Prozentsatz zur bereits vorhandenen Bevölkerung stehen. Von diesem Gesichtspunkte aus allein läßt sich sagen, daß Palästina heute mehr als doppelt so viel Einwanderer aufnehmen kann als im verflossenen Jahrzehnt. Aber dazu kommt noch, daß überhaupt die Wirtschaft Palästinas in den letzten zehn Jahren sich in bedeutendem Maße entwickelt und modernisiert hat und daß hierin große Möglichkeiten für eine neue Einwanderung liegen.

Ich habe als Vorsitzender einer Kommission zur Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina in der letzten Zeit die *Ansiedlungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft* genauer untersucht. Die Kommission hat sich zu diesem Zweck mit dem Jüdischen Nationalfonds, mit der Kolonisationsabteilung der Exekutive der Jewish Agency, mit der Pica, mit den bestehenden Pflanzungsgesellschaften usw. in Verbindung gesetzt und hat außerdem Sachverständige aus allen Zweigen der Landwirtschaft gehört. Die Kommission wird die Schlußfolgerungen, zu denen sie gelangt ist, in Kürze in einer Broschüre veröffentlichen. Es hat sich nach dem Bericht des Leiters der Kolonisationsabteilung der Jewish Agency herausgestellt, daß in den schon bestehenden landwirtschaftlichen Siedlungen oder auf

Böden, die für neue landwirtschaftliche Siedlungen zur Verfügung stehen, für etwa tausend Familien Platz ist.
Außer diesen tausend Familien können einige hundert Familien und vielleicht mehr von Pflanzungsgesellschaften, von der Pica oder einzelnen Kolonisten Boden zur Ansiedlung erwerben. Darüber hinaus kann eine landwirtschaftliche Ansiedlung erst erfolgen, wenn neuer *Boden* gekauft worden ist oder wenn durch neue Wasserfunde und Einführung bewässerter Kulturen die Siedler in den bereits bestehenden Siedlungen in den Stand gesetzt werden, sich mit weniger Boden zu begnügen und einen Teil ihres Bodens an neue Siedler abzugeben. Neue Bodenkäufe sind in Palästina zur Zeit schwierig und erfordern vor allen Dingen zeitraubende Vorverhandlungen. Aber da wir in der Küstenebene, wo überall Bewässerung möglich ist, für eine Siedlerfamilie nur eine Fläche von etwa zwanzig Dunam brauchen, ist auch bei dem Kauf kleinerer Flächen schon die Ansiedlung einer beträchtlichen Zahl von Familien möglich.
Vielversprechend sind die Versuche, in denjenigen Gebieten, die bisher als wasserarm galten, durch Tiefbohrungen Wasser zu beschaffen. Durch Tiefbohrungen, welche die Palestine Economic Corporation zusammen mit der Pica im letzten Jahre vornahm, ist in der Kolonie Jawneel Wasser in beträchtlicher Menge erbohrt worden. Im Emek Jesreel haben die Bohrungen an drei Stellen, in Tel Adaschim, Merchawja und in Jagur, große Mengen Wasser zutage gefördert. Das läßt den Schluß zu, daß im Emek noch an vielen Stellen, wo wir bisher auf unbewässerte Kulturen angewiesen waren, Wasser erbohrt werden kann und bewässerte Kulturen in die Wirtschaft eingeführt werden können. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, an der zur Zeit verschiedene Instanzen im Lande arbeiten, darunter die Palästinaregierung, das ganze Land durch Bohrungen systematisch zu erforschen und das bisher im Untergrund nutzlos abfließende Wasser für die Landwirtschaft nutzbar zu machen. Es wäre sicher außerordentlich wertvoll, wenn von den Geldern, die jetzt für die Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina gesammelt werden, ein bestimmter Betrag diesem

Zwecke gewidmet würde, denn die Erbohrung von Wasser kann uns über die größte Schwierigkeit bei der Ansiedlung von Juden aus Deutschland, nämlich die Schwierigkeit des Erwerbs von Boden, hinwegbringen.

Die Ansiedlung von neuen Menschen in der Landwirtschaft schafft einen vergrößerten inneren Markt für die Produkte der Industrie, gibt dem Handel und dem Transportgewerbe ein Feld für erweiterte Tätigkeit. Es ist eine alte Erfahrung in Palästina, daß mit jeder neuen landwirtschaftlichen Familie auch eine bis zwei Familien eine Existenz in Dorf oder Stadt finden können. Jedes Schiff, das neue jüdische Einwohner ins Land bringt, bringt mit ihnen neue Energien und neue Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Industrie. Es ist erstaunlich, mit welchem Spürsinn die Einwanderer alle Möglichkeiten herausfinden, Waren, die bisher aus fremden Ländern nach Palästina importiert wurden, in Palästina selbst herzustellen, angefangen von der Herstellung eines Nagels bis zur Herstellung eines Autoomnibusses. Die Warenimportliste Palästinas ist eines der am meisten studierten Bücher in Palästina. Jede Woche werden kleinere oder größere Unternehmungen gegründet, welche importierte Waren durch Produkte Palästinas ersetzen.

Wieviel Juden aus Deutschland nimmt Palästina auf?

Nun müssen wir natürlich im Auge behalten, daß Palästina nicht nur für die Juden aus Deutschland da ist, sondern daß die Tore Palästinas auch für die Juden aus anderen Ländern offenbleiben müssen. Es ist schwer zu sagen, welche Proportion die Einwanderung aus Deutschland unter der Gesamteinwanderung Palästinas einnehmen darf, ohne die Interessen der Juden aus anderen Ländern, die nach Palästina einwandern wollen, zu beeinträchtigen. Eine Voraussage in Ziffern ist auch deshalb schwierig, weil es in der Natur der Dinge liegt, *daß die Prosperität, die jetzt in Palästina herrscht, auch einmal von einer Periode der Stagnation oder der Depression abgelöst werden kann.* Schließlich hängt die Aufnahmefähigkeit für Einwanderer aus Deutschland auch davon

ab, welche Mittel sie nach Palästina mitbringen werden und welche Mittel die Judenheit der Welt dafür aufbringen wird. Darüber läßt sich etwas Bestimmtes heute nicht sagen. Ich muß deshalb alle diejenigen enttäuschen, welche gehofft haben, daß ich für die Aufnahmefähigkeit Palästinas für Einwanderer aus Deutschland eine bestimmte Zahl innerhalb einer bestimmten Zeit nennen werde. Ich muß mich darauf beschränken zu sagen, daß Palästina voraussichtlich einen sehr beträchtlichen Teil – ein Viertel, ein Drittel, vielleicht sogar die Hälfte – der 200 000 deutschen Auswanderer im Laufe einer bestimmten Zeit – fünf, acht oder zehn Jahre – wird aufnehmen können.[1] Wir werden die Auswanderung nach Palästina selbstverständlich nur denjenigen Juden erleichtern, die nach Palästina gehen *wollen*. Auswanderer, die glauben, daß für sie in anderen Ländern bessere Aussichten bestehen, sind völlig frei, sich ein anderes Land zu wählen. Für die Aufnahme der gesamten 200 000 Einwohnerer werden außer Palästina andere Länder auch aus dem Grunde mit in Betracht gezogen werden müssen, weil sich die Auswanderung aus Deutschland schwerlich auf eine Anzahl von Jahren gleichmäßig verteilen läßt. Alle diejenigen, die in Deutschland ihre Einnahmen völlig verloren haben, können nicht einige Jahre warten, sondern müssen sofort die Möglichkeit zur Auswanderung haben. Erst wenn dieser erste Run vorüber ist, werden sich die übrigen Auswanderer auf eine Reihe von Jahren verteilen lassen. Mir scheint es deshalb notwendig, damit die Einwanderung nach Palästina nicht überstürzt, sondern in geordneten Bahnen verläuft, daß von vornherein auch die Auswanderung in andere Länder ermöglicht wird.

Andere Einwanderungsländer

Ich denke dabei in erster Linie an die *Vereinigten Staaten*. Diese haben allein im Jahre 1906 154 000 und im Jahre 1921 119 000 jüdische Einwanderer aufgenommen. Zwar wissen Sie, daß in

[1] Diese Voraussage hat sich voll bewährt. Von 1933 bis 1935 sind nahezu 30 000 Juden aus Deutschland nach Palästina eingewandert.

den letzten Jahren die Vereinigten Staaten zu einer strengen Restriktion der Einwanderung gegriffen haben. Im Jahre 1932 sind nur 6000 Juden in die Vereinigten Staaten eingewandert, und zwar fast nur Verwandte von amerikanischen Bürgern. Auf die gesetzliche Einwanderungsquote, die eine Maximalziffer von 153 000 Einwanderern jährlich zuläßt, sind im Jahre 1931 nur für 48 000 Personen Visa erteilt worden. Trotzdem scheint es mir nicht ausgeschlossen, daß unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse der Juden in Deutschland, besonders wenn die von der staatsmännischen Klugheit Roosevelts angebahnte Besserung in der amerikanischen Wirtschaftslage anhält, eine gewisse Milderung in der Erteilung von Visa für Juden aus Deutschland eintritt. Die 4 500 000 Juden in den Vereinigten Staaten machen jetzt 3,6 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Eine Einwanderung von 50 000 bis 100 000 Juden würde den Prozentsatz der Juden unter der Gesamtbevölkerung so gut wie gar nicht erhöhen. Für das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten mit ihren 125 Millionen Einwohnern würde diese jüdische Einwanderung so wenig bedeuten, wie das Ausgießen eines Eimers Wasser für das Niveau des Atlantischen Ozeans. Es würde sich bei den Einwanderern aus Deutschland um Leute handeln, die auf einer hohen kulturellen Stufe stehen und von denen weder für den kulturellen, noch für den wirtschaftlichen Standard der Vereinigten Staaten irgendeine Gefahr zu befürchten ist.

Abgesehen von den Vereinigten Staaten denke ich, daß auch die im Völkerbund vereinigten europäischen und überseeischen Staaten (Brasilien, Argentinien, Kanada, Südafrika) eine beschränkte Anzahl von Juden aus Deutschland aufnehmen werden. Ich habe die Hoffnung, daß es möglich ist, so zumindest für 50 000 Juden eine Zuflucht zu schaffen, ohne daß dadurch den Einwanderungsländern irgendeine Last erwächst. Die jüdischen Gelehrten, Industriellen und Kaufleute werden, davon bin ich überzeugt, für die neuen Länder ein wertvolles Aktivum werden.

—

Fünfundzwanzig Jahre Palästina-Arbeit

Referat auf der IV. Tagung
des Council der Jewish Agency for Palestine in Luzern

(1935)

Es sind jetzt zwölf Jahre her, seit ich zusammen mit Dr. Weizmann in Amerika war und mich an den Unterhaltungen mit dem leider zu früh verstorbenen Louis Marshall und seinen Freunden über die Gründung der erweiterten Jewis Agency beteiligte. Sechs Jahre dauerte es, bis dieser Plan Wirklichkeit wurde, und weitere sechs Jahre sind jetzt seit der Gründung im Jahre 1929 verflossen.
Wäre Louis Marshall noch am Leben, er würde – davon bin ich überzeugt – mit Befriedigung auf das blicken, was in diesen sechs Jahren in Palästina erreicht wurde. Im Jahre 1929 war die Zahl der Juden in Palästina nur 160000, das sind sechzehn Prozent der Gesamtbevölkerung, sie ist heute 350000, das sind siebenundzwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung. Unser Bodenbesitz hat sich um 250000 Dunam, die Fläche der jüdischen Orangenpflanzungen um 100000 Dunam vergrößert. 50000 Juden leben von der Landwirtschaft in ihren verschiedenen Formen, fast 100000 von Industrie, Bauwesen und öffentlichen Arbeiten. Die von uns unterhaltenen hebräischen Schulen zählen in diesem Jahre 33000 Schüler, das heißt mehr als doppelt soviel wie 1929.

Zionisten und Nichtzionisten

Ich bin seit Begründung der Agency bis heute ihr Anhänger geblieben, nicht nur aus praktischen Gründen, weil ich den Kreis der Freunde Palästinas erweitern will, sondern auch deshalb,

weil ich in ihr die *Vorstufe zu einer Gesamtvertretung aller Juden* sehe. Solch eine Gesamtvertretung können wir nicht schaffen auf der Grundlage der Tradition, weil die Juden in den einzelnen Ländern leider in bezug auf Tradition und Interessen schon sehr voneinander verschieden sind. Wir können sie nur schaffen auf dem Boden der gemeinsamen Arbeit für ein bestimmtes Ziel, das für alle Juden – mögen sie liberal oder orthodox, mögen sie arm oder reich sein – noch einen bestimmten Gefühlswert hat. Hierin liegt die Bedeutung Palästinas für die Aufrechterhaltung des jüdischen Gemeinschaftsbewußtseins.

Die jetzige Verfassung der Jewish Agency vom Jahre 1929 war ein Versuch, hineingebaut ins Leere, von dem man nicht wußte, wie er sich in der Praxis bewähren werde. Es ist unvermeidlich, daß bei einem solchen Entwurf sich später Mängel zeigen, und es wäre falsch, wenn wir diese Verfassung zu einem noli me tangere machen und darauf verzichten wollten, sie entsprechend den neu gewonnenen Erfahrungen zu ändern. Mir scheint zum Beispiel, daß zunächst der Name »Non Zionists« schlecht gewählt ist. Er wirkt unvermeidlich so, als ob er einen latenten Gegensatz zu den Zionisten ausdrücken soll. Wäre nicht das Wort *Dorsche Zion* (Pro-Palästinenser oder Palästina-Freunde) besser, wenn man das am besten passende Wort Chowewe Zion wegen seiner Gebundenheit an eine bestimmte historische Gruppe nicht verwenden will?

Aber noch wichtiger als die Änderung des Namens ist die Schaffung eines Verhältnisses *gegenseitigen Vertrauens* zwischen den beiden Partnern. Die Jewish Agency kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn die Zionisten an der Palästinatreue der Nichtzionisten und diese an der wirtschaftlichen Tüchtigkeit der Zionisten zweifeln. Nur wenn beide Teile wirklich aus innerer Überzeugung von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zueinander stehen und jeder an den besten Willen des anderen Teiles glaubt, wird die Jewish Agency fruchtbare Arbeit leisten. Dazu müssen beide Teile den *Separatismus* über Bord werfen, der sich heute noch zeigt. Beide Teile müssen trotz ihrer anderen Auffassung von der Bedeutung Palästinas für die Zukunft der

Juden sich ohne reservatio mentalis der Jewish Agency als der einzigen Körperschaft, welche zur Zeit als Repräsentanz der ganzen am Aufbau Palästinas interessierten Judenheit gelten kann, zur Verfügung stellen.

Palästina als Einwanderungsland

Wenn wir früher uns an die Juden wandten und sie um Unterstützung für unser Werk baten, so war eine der häufigsten Antworten, daß sie in ihrem eigenen Lande genug soziale Hilfe für die Juden zu leisten hätten und daß sie sich für Palästina erst dann interessieren könnten, wenn Palästina den Juden wirklich materiellen Beistand leisten werde. Nun, dieser Zustand ist jetzt eingetreten. Ich habe vor mir die Ziffern der Einwanderung nach Palästina für die ersten sieben Monate des Jahres 1935. In diesen sieben Monaten sind einschließlich der Touristen, welche die Erlaubnis zum Daueraufenthalt erlangt haben, 34900 Juden, das heißt durchschnittlich *5000 im Monat nach Palästina* eingewandert. Das ist das Doppelte und Dreifache der Zahl an Juden, welche alle anderen Einwanderungsländer zusammen aufnehmen. Palästina ist damit zu einer Realität ersten Ranges im jüdischen Leben geworden.

Etwa ein Sechstel der Einwanderer kommt aus Deutschland. In den anderen Ländern ist ein großer Teil der Auswanderer aus Deutschland wirtschaftlicher Flugsand, und selbst das Recht des Verbleibens ist ihnen in keiner Weise gesichert. Ungeheueres menschliches Elend häuft sich bei diesen Auswanderern auf. Demgegenüber haben die 25000 Juden, die nach Palästina gegangen sind, zum allergrößten Teil bereits ihren Platz in der Wirtschaft gefunden.

Die *Einwanderung von Jugendlichen aus Deutschland* nach Palästina, die vor zwei Jahren begann und vorläufig 700 Jugendliche ins Land gebracht hat, in Kürze aber noch weit mehr nach Palästina bringen wird, ist eines der erhebendsten Ereignisse im jüdischen Leben.

Die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas

Von der jetzigen Bevölkerung Palästinas ernähren sich etwa fünfzehn Prozent von der Landwirtschaft, fünfundzwanzig Prozent von Industrie, Handwerk und Bauwesen, dreißig Prozent von Handel, Verkehr, Transport, Touristik, fünfzehn Prozent sind Beamte, Angehörige der freien Berufe und fünfzehn Prozent leben entweder von Renten oder von Unterstützung. In dieser Berufsverteilung ist das Unbefriedigende *der zu geringe Anteil an der Landwirtschaft.* Ich habe bereits in meinem Kongreßreferat mit besonderem Nachdruck daraufhingewiesen, daß wir alle unsere Kräfte einsetzen müssen, um die Landwirtschaft zur Existenzquelle eines Drittels, mindestens aber eines Viertels der jüdischen Bevölkerung in Palästina zu machen. *Ohne eine solche Verbreiterung der landwirtschaftlichen Basis hat unsere Wirtschaftspyramide kein sicheres Fundament.* Wir dürfen in Palästina nicht die einseitige Berufsgliederung der Juden in den Ländern der Galut wiederholen, die uns dort so verhängnisvoll geworden ist. Förderung der landwirtschaftlichen Kolonisation muß deshalb unsere erste Sorge sein.

Ansiedlungsgesellschaft

Der Kongreß hat die Gründung einer besondern Ansiedlungsgesellschaft gutgeheißen, die von jetzt ab alle für landwirtschaftliche Ansiedlung bestimmten Gelder des Keren Hajessod verwalten soll. Wir hoffen hierdurch auf größere Stetigkeit in der Verwaltung, aber darüber hinaus hoffen wir, daß diese Gesellschaft auf Grund der Einnahmen, die ihr vom Keren Hajessod und aus den Verträgen mit den Siedlern zufließen, imstande sein wird, Kredite aufzunehmen und dadurch unsere Siedlungstätigkeit zu erweitern. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß wir von den 2300 Kandidaten, die bereits auf Boden des Jüdischen Nationalfonds sitzen und auf Kredite zu ihrer Ansiedlung warten, nur etwa einem Zehntel aus dem nächstjährigen Budget des Keren Hajessod die Kredite geben können, während die übrigen

neun Zehntel weiter auf die ersehnte Ansiedlung warten müssen. Könnten wir sie ansiedeln, so würden sie viele Millionen Eier, Gemüse, Milch, Obst produzieren, und der Jischuw hätte es nicht nötig, diese Produkte von außerhalb zu beziehen.

Industriekredite

In meinem Referat auf dem Kongreß habe ich mich auch mit der Frage beschäftigt, inwieweit die palästinensische Industrie heute bereits genügend mit Krediten oder Finanzierungsmöglichkeiten versorgt ist, oder ob auf diesem Gebiete noch etwas zu tun ist. Es ist richtig, daß eine Reihe von Instituten den bereits bestehenden industriellen Unternehmungen Kredite, teilweise auch langfristiger Art, gibt oder sich an der Finanzierung industrieller Unternehmungen beteiligt. Es scheint mir aber trotz alledem zweifelhaft, ob damit bereits alle berechtigten Ansprüche der Industriellen befriedigt werden. Ich kenne eine Reihe von Fällen, wo Leute mit vieljähriger Erfahrung in einem bestimmten Zweige der Industrie, der auch in Palästina Aussichten hat, nicht zur Verwirklichung ihrer Pläne kommen, weil sie auf Kredit oder auf Beteiligung von Kapitalisten angewiesen sind und es in Palästina keine autorative Stelle gibt, welche einen bestimmten Plan prüfen und in seinen wirtschaftlichen Aussichten beurteilen kann. Mir scheint, daß aus diesem Grunde mancher gesunde Plan unausgeführt bleibt oder in einer so unzureichenden Form ausgeführt wird, daß dadurch die Chancen des Gelingens verringert werden. Ich bin mir durchaus bewußt, daß nicht jeder Plan eines Industriellen Kredithilfe verdient, und daß zwischen seriösen und nichtseriösen Projekten eine sehr scharfe Grenzlinie gezogen werden muß. Andererseits sind wir im höchsten Maße daran interessiert, jeden seriösen Plan zur Verwirklichung zu bringen. Denn nur, wenn zur Landwirtschaft die Industrie als Erwerbsquelle hinzukommt, können wir hoffen, der ständig wachsenden Zahl von Einwanderern Erwerb zu verschaffen. Mir scheint aus all diesen Gründen die Errichtung einer *Industrial Development Co.*, welche industri-

elle Projekte fachmännisch prüfen und für die gut befundenen die Beschaffung der Mittel übernehmen sollte, durchaus erwägenswert.

Holding Company

Das Interesse, das sich für Palästina in weiten Kreisen der Judenheit geltend macht, hat, wie Sie wissen, einen großen Zufluß von Kapital nach Palästina zur Folge gehabt. Dieses Kapital sucht Anlage und kauft mit Vorliebe die Aktien und Obligationen palästinensischer Gesellschaften. Auch im Auslande zeigt sich für Wertpapiere dieser Art wachsendes Interesse. Nun haben wir aber in Palästina bisher kein Emissionshaus, das die Ausgabe solcher Wertpapiere vornimmt und bei dem Publikum in und außerhalb Palästina das Vertrauen genießt, daß die von ihm empfohlenen Wertpapiere wirklich ein sicheres Anlagepapier sind. Das Publikum ist selbst nur selten in der Lage, eine *Prüfung der Sicherheit der Wertpapiere* vorzunehmen. Es besteht deshalb die Gefahr, daß auch unsichere Papiere in den Verkehr gebracht werden, die den Ruf schädigen können. Außerdem haben die meisten palästinensischen Wertpapiere infolge der relativ kleinen Emissionsbeträge nicht die *Börsenfähigkeit* und damit die jederzeitige Liquidierbarkeit. Das hält viele Kapitalisten davon ab, ihr Geld in diesen Papieren anzulegen. Beide Schwierigkeiten könnten behoben werden durch die Gründung einer *Holding Company,* welche *unter nationaler Kontrolle* steht und die Gewähr bietet, daß sie nur solche Wertpapiere auf den Markt bringt, die von ihr geprüft und für gut befunden wurden. Die Holding Co. könnte sich bei gewissen Emissionen darauf beschränken, als Emissionshaus zu fungieren und durch Hergabe ihres Namens dem Papier ein erhöhtes Vertrauen zu verschaffen. Sie könnte aber auch – und das scheint mir besonders wichtig – die Obligationen oder Aktien der einzelnen palästinensischen Unternehmungen für eigene Rechnung übernehmen und dagegen ihre eigenen Aktien oder Obligationen auf den Markt bringen. Sie würde dadurch ein *Standard-Anlagepapier* schaf-

fen, das in jüdischen Kreisen bekannt werden und von allen am Palästinaaufbau interessierten Kreisen mit Vorliebe gekauft werden würde. Die Holding Co. könnte auf diese Weise aus dem Geldmarkt dauernd Kapital schöpfen und die zentrale Finanzierungsstelle für alle kreditsuchenden soliden palästinensischen Unternehmungen sein.

Krisengefahr

Von vielen Seiten werden wir gefragt, ob nicht zu befürchten sei, daß die jetzige Prosperität Palästinas bald zu einem Ende kommen und einer Krisis Platz machen wird, wie wir sie in den Jahren 1925/26 in Palästina erlebt haben. Ich kann darauf nur sagen, daß sicherlich die jetzige Prosperität Palästinas nicht ewig dauern wird. *Es wird früher oder später auf die wirtschaftliche Hochflut eine Ebbe folgen.* Aber wo gibt es heute in der ganzen Welt ein Land, in dem die Wirtschaft nicht von Gefahren aller Art umlauert ist? Ich glaube, daß unsere Wirtschaft heute viel eher einen Stoß vertragen kann als vor acht oder neun Jahren. Die Regierung hat in weiser und vielleicht sogar in übertriebener Vorsicht eine *Reserve von sechs Millionen Pfund* angesammelt, das heißt doppelt soviel als ihr gesamtes Jahresbudget beträgt. Sie hat mehrfach ausgesprochen, daß sie ein einjähriges Budget als normale und wünschenswerte Reserve betrachtet, daß sie aber auch die zweite Hälfte im Falle einer Wirtschaftskrisis zu großen *öffentlichen Arbeiten* verwenden will. Das gibt uns schon einen gewissen Rückhalt. Außerdem ist die Lage der Juden in vielen Ländern, nicht nur in Deutschland, heute politisch und wirtschaftlich so bedroht, daß Palästina *dauernd Menschen und Kapital* in ganz großem Maße an sich ziehen wird, und dieser Zustrom an Kapital ist natürlich auch ein wichtiger Faktor, um das Wirtschaftsleben in Palästina in Gang zu halten. Die Bemühungen, importierte Waren in Palästina durch *einheimische Produkte* zu ersetzen, können noch für Hunderttausende von Einwanderern Erwerb schaffen, vorausgesetzt immer, daß die Regierung bei Maßnahmen gegen Dumping und

in ihrer Zollpolitik tatkräftig mithilft und daß sie nichts tut, was die jüdische Einwanderung nach Palästina erschwert oder verringert.

Optimismus

Vielleicht werden Sie mir in meiner Beurteilung Palästinas zu großen Optimismus vorwerfen. Ich gebe gern zu, daß ich Optimist bin, aber ich glaube, daß ich zu diesem Optimismus durch die Geschehnisse der Vergangenheit berechtigt bin. Wenn ich auf die letzten achtundzwanzig Jahre der Palästina-Arbeit zurückblicke, so muß ich sagen, daß eigentlich Wunder über Wunder geschehen sind. Ich erinnere mich noch, wie im Jahre 1907, als ich zum ersten Male in Palästina war, ein Uhrmacher aus Jaffa zu mir kam und mir sagte, daß sechzig jüdische Familien aus Jaffa, Kaufleute, Lehrer und Handwerker, sich zusammengetan hätten, um ein eigenes jüdisches Stadtviertel zu bauen und daß sie dazu einen Kredit vom Nationalfonds haben wollten. Auf meine Frage, ob sie denn außer dem Kredit auch eigene Mittel für den Bau zur Verfügung hatten, antwortete er mir, sie hätten bereits 100000 Francs (4000 Pfund) zusammen. Es stellte sich heraus, daß diese 100000 Francs in Wirklichkeit nur aus 50000 Francs in bar und 50000 Francs in Versprechungen bestanden, aber immerhin, ich sah hier einen ersten Anfang von privater Initiative, und es gelang mir, das gewünschte Darlehen von 250000 Francs für diese Gesellschaft in Jaffa und gleichzeitig ein Darlehen von 50000 Francs für eine kleinere Gesellschaft in Haifa durchzusetzen. Und wirklich wurde dann mit dem Bau der Häuser auf den Dünen bei Jaffa und auf den Abhängen des Karmel begonnen. Hätte irgendeine noch so große Einbildungskraft damals ahnen können, daß aus diesen zwerghaften Anfängen in fünfundzwanzig Jahren die Großstadt *Tel Awiw* mit etwa 150000 Einwohnern und der Stadtteil *Hadar Hakarmel* in Haifa mit 30000 Einwohnern erwachsen würde? Hätte es irgend jemand für möglich gehalten, daß aus den verspotteten Bemühungen eines Elieser Ben Jehuda, die hebräische

Sprache wieder zu einer lebenden Sprache zu machen, ein *hebräisches Schulwerk mit über 30000 Kindern* und eine ungeheuere hebräische Literatur in Palästina erwachsen würde? Wäre es mir, als ich im Jahre 1908 mit einem Jahresbudget von 20000 Francs (800 Pfund) zur praktischen Arbeit nach Palästina gesandt wurde, in den Kopf gekommen, daß wir fünfundzwanzig Jahre später für die größte englische Bank ein Partner für eine Anleihe von einer halben Million Pfund sein würden? Hätte irgend jemand es für möglich gehalten, daß wir in Palästina monatlich mehr jüdische Einwanderer haben würden als früher jährlich? Daß Palästina in der größten Katastrophe, die das Judentum in der neuen Zeit getroffen hat, der einzige Rettungsstrahl sein würde? Wenn ich diese Tatsachen und noch viele andere an meinem geistigen Auge vorüberziehen lasse, so kann ich nicht anders als daran glauben, daß eine gütige Vorsehung über unserem Werk wacht. Vielleicht werden Sie mich auf Grund dieses Glaubens als einen Mystiker ansehen. Ich bin es jedenfalls nur in ganz beschränktem Maße. Aber eine Überzeugung habe ich wirklich, die nicht aus der Vernunft, sondern aus anderen Tiefen geboren ist; so wie in der Natur keine Kraft verloren geht, so glaube ich, daß auch im sozialen Geschehen jede aufopfernde und beständige Arbeit nicht ohne Wirkung bleibt und früher oder später ihre Früchte trägt. In diesem Sinne rufe ich Sie auf, der großen historischen Bedeutung dieses Augenblicks für die Zukunft des jüdischen Volkes eingedenk zu sein und alle Kräfte für die Vollziehung unseres Werkes in Palästina einzusetzen.

Dreißig Jahre Aufbau in Palästina

—

Ausblick in die Zukunft

Referat auf dem XIX. Zionistenkongreß in Luzern

(1935)

Vor fünfundzwanzig Jahren, im Jahre 1910, führten wir in Palästina einen schweren Kampf um ein Stück Land – einen Kampf, von dem die Außenwelt wenig erfuhr, der aber für unsere Siedlungstätigkeit von höchster Bedeutung werden sollte. Wir erwarben durch die Palestine Land Development Company dank der unermüdlichen Arbeit und Ausdauer von Jehoschua Hankin gegen den heftigsten Widerstand der lokalen Beamten und unter größten finanziellen Schwierigkeiten den ersten Boden im Emek Jesreel, das heutige Merchawja. Dieser Kauf leitete eine neue Epoche in unserer Siedlungstätigkeit ein. Nicht nur, daß es das erstemal war, daß wir direkt aus arabischer Hand einen großen Bodenkomplex kauften, es bedeutete auch den Anfang der Tätigkeit der zionistischen Organisation in dem Gebiete, das zu unserem zentralen Siedlungsgebiet in Erez Jisrael geworden ist.

Wenn ich im folgenden versuche, einen Rückblick auf unsere Arbeit in dem vergangenen Vierteljahrhundert zu werfen, so kann ich nicht umhin, manches zu wiederholen, was Ihnen vielleicht noch aus meinen Referaten auf früheren Kongressen in Erinnerung ist. Aber es ist ein großer Unterschied, ob man am Beginn eines Bergaufstieges etwas über den Weg sagt, der vor einem liegt, oder ob man darüber spricht, nachdem man den Weg zurückgelegt hat. Im ersten Falle hat man die undankbare und unsichere Aufgabe des Propheten, im zweiten Falle die auf Tatsachen gegründete Aufgabe des rückschauenden Beobachters.

Unsere Zahl 1910 und 1935

Unsere Aufgabe am Beginn der Epoche war, eine möglichst große Zahl von Juden in Palästina wirtschaftlich zu verwurzeln. In türkischer Zeit gab es keine Volkszählungen. Nach den besten Schätzungen waren in Palästina im Jahre 1910 70000 Juden vorhanden, wovon zwei Drittel von Chalukka lebten. Bis zum Weltkriege hatte sich die Zahl auf 85000 erhöht. Im Weltkriege verminderte sich die Zahl durch Austreibungen und Seuchen auf 65000. Bei der ersten Volkszählung im Jahre 1922 wurden 83000, bei der zweiten Volkszählung im Jahre 1931 175000 Juden gezählt. Heute, nach einer mehrjährigen Periode wachsender Einwanderung, ist die Zahl der Juden auf 350000 zu schätzen, von denen kaum zehn Prozent von Chalukka oder sonstigen Unterstützungen, dagegen neunzig Prozent von ihrer Arbeit leben. Sie sehen, daß die Zahl der Juden in der ersten Hälfte unserer Epoche von 1910 bis 1922 infolge des Weltkrieges fast stationär blieb, daß dagegen in den neun Jahren von 1922 bis 1931 eine Verdoppelung und dann in den vier Jahren 1931 bis 1935 wieder eine Verdoppelung stattfand. Diese Zahlen sprechen für sich selbst und bedürfen keines Kommentars. Wir bilden heute siebenundzwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung Palästinas gegenüber elf Prozent im Jahre 1922.

Hindernisse der landwirtschaftlichen Ansiedlung

Ist es gelungen, diesen Juden zu einer gesunden Existenz zu verhelfen? Lassen Sie mich meine Ausführungen hierüber mit demjenigen Teil unserer Arbeit beginnen, der mir immer als der wichtigste erschienen ist und besonders am Herzen lag, der Landwirtschaft. Sie war und ist für mich nicht nur ein Erwerbszweig wie alle anderen, sondern zugleich der Jungbrunnen, in dem wir unsere körperlichen und seelischen Kräfte erneuern, die nach Jahrhunderten eines städtischen bodenfernen Lebens einer solchen Erneuerung dringend bedürfen.

Der Weg unserer landwirtschaftlichen Kolonisation war durch

viele Hindernisse erschwert. Wir haben seit fast zwei Jahrtausenden keinen Kontakt mehr mit der Landwirtschaft und müssen uns seelisch erst wieder zu ihr zurückfinden. Bei unseren Siedlern mit ihrer Bildung und geistigen Regsamkeit bestand im Falle des Mißerfolges in der Landwirtschaft nicht die Gefahr des Verhungerns, die Sir John Campbell in dem Bericht der Joint Palestine Survey Commission als einen wichtigen Antrieb in der Kolonisation der asiatischen Griechen bezeichnet. Jeder andere Beruf wäre für unsere Siedler leichter und profitabler gewesen. Boden zur Ansiedlung stand uns nicht oder nur in einem völlig ungeeigneten Zustand zur Verfügung. Wir konnten nur in wenigen Fällen den Boden kaufen, der für uns am besten geeignet war. Wir mußten uns in den meisten Fällen mit dem Boden begnügen, der gerade auf dem Markte war. Dieser Boden war durch jahrhundertelange irrationelle Bewirtschaftung ausgesogen und mußte trotzdem weit über seinem wirtschaftlichen Wert bezahlt werden. Prozesse und Grenzstreitigkeiten verzögerten oft die Besitznahme. Wenn es schließlich gelungen war, die Menschen auf den Boden zu bringen, so machte die Malaria, die auf dem Boden selbst oder in der Nachbarschaft ihren Ursprung hatte, einen hohen Prozentsatz der Siedler zeitweilig arbeitsunfähig. Tierkrankheiten wie Rinderpest, Abortus, Geflügelpest vernichteten an einem Tage, was die Siedler in jahrelanger Mühe aufgebaut hatten. Der arabische Fellache brachte Gemüse, Eier, Getreide zu sehr niedrigen Preisen auf den Markt und bedeutete bei dem kleinen Umfang dieses Marktes eine schwere Konkurrenz für unsere Siedler. Streitigkeiten mit den Nachbarn und die Abwehr von Überfällen durch eine besondere Wache verursachten große Kosten. Es scheint heute kaum glaublich, daß wir noch bei der Gründung von Nahalal 1921 nach dem Vorbild der Ica-Kolonien mit dem Bau einer Umfassungsmauer um die ganze Siedlung begannen. Erst nach Beginn des Baues drang die Erkenntnis durch, daß eine große Siedlung nicht durch ihre Mauern, sondern durch ihre Männer beschützt werden soll, und wir unterbrachen den Bau.

Eingreifen des Keren Hajessod

Bis zum Jahre 1920 hatten wir in Palästina kein Instrument zur Finanzierung der landwirtschaftlichen Siedlungsarbeit. Der Keren Kajemet hatte an einigen Stellen Boden erworben, aber Leute, die sich mit eigenem Kapital auf diesem Boden ansiedeln wollten, gab es nicht, und den Arbeitern, die bereit waren, sich auf diesem Boden anzusiedeln, fehlte das nötige Kapital. Unter diesen Umständen glich der jüdische Nationalfonds, so wichtig er war, einem Messer ohne Schneide. Seine Böden waren in Gefahr, jahrelang unbearbeitet zu bleiben und von der Regierung oder von den Nachbarn okkupiert zu werden. Aus unseren geringen Mitteln konnten wir bis zum Weltkrieg nur fünf Siedlungspunkte mit etwa hundert Siedlern errichten. Erst durch die Gründung des Keren Hajessod im Jahre 1920 wurde diesem unmöglichen Zustand ein Ende gemacht. Erst von diesem Jahre an beginnt eine systematische Ansiedlung auf Boden des Nationalfonds mit Mitteln des Keren Hajessod. Der Keren Hajessod kann mit Recht für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß er vor fünfzehn Jahren in einem entscheidenden Moment unserer Geschichte die Siedlungstätigkeit in Fluß gebracht hat und damit – getreu seinem Namen – den *Grund* zu der ganzen folgenden Entwicklung gelegt hat.

Neue Wirtschaftsform

Wir konnten nicht einfach die Wirtschaftsform des Fellachen nachahmen, die nicht das Existenzminimum eines Kulturmenschen abwirft, sondern mußten uns den Weg zur Schaffung einer unsere Siedler ernährenden neuen Wirtschaftsform Schritt für Schritt erkämpfen. Langwierige Kreuzungsversuche zwischen verschiedenen einheimischen und auswärtigen Rindviehrassen waren nötig, um eine Rasse hervorzubringen, welche Widerstandsfähigkeit gegen Klima und Krankheiten mit größter Milchergiebigkeit vereint. Wir haben zu diesem Zweck Kühe aus Syrien, aus Holland, aus Ostfriesland und zuletzt – mit gu-

tem Erfolg – auch aus der Schweiz eingeführt. Anbauversuche mit den verschiedensten Grünfutterarten, Bau von Silos zur Futteraufbewahrung, langjährige Fütterungsversuche im Stall lehrten uns die beste und billigste Art der Fütterung der Kühe. Wer heute in einen unserer großen, modern eingerichteten Viehställe blickt, zum Beispiel in Deganja, Ginegar, Gewa, in denen ein jährlicher Durchschnitts-Milchertrag von über 4500 Liter pro Kuh (bei einzelnen Kühen über 8000 Liter) erreicht ist, der ahnt kaum, wieviel Mühe, wissenschaftliche Forschung und praktische Erfahrung zu diesem Resultat notwendig waren. Welch ein Weg von der einheimischen arabischen Kuh mit 700 Liter Milchertrag zu unseren Rassekühen! Vor wenigen Jahren schwebte uns ein Durchschnittsertrag von 3000 Litern als Ideal vor. Heute schreiben wir in das goldene Buch der Milchwirtschaften nur diejenigen Siedlungen ein, die 4500 Liter Durchschnitt haben, und wir werden durch fortschreitende Selektion bald auch diesen unseren eigenen Rekord überholen. Ähnlich wie in der Milchwirtschaft ist der Fortschritt in der Geflügelhaltung. Die von uns importierte Leghornrasse hat die Geflügelzucht auf ein neues Niveau gehoben und den durchschnittlichen jährlichen Ertrag von Eiern pro Huhn von siebzig auf hundertsiebzig gesteigert. Wir ernten jetzt als Resultat der Selektion aus den verschiedenen Weizensorten und infolge besserer Bodenbearbeitung hundertvierzig Kilogramm Weizen vom Dunam an Stelle der sechzig Kilogramm, mit denen wir vor fünfundzwanzig Jahren begannen. Wir haben die Anpflanzung von Grapefruits und Obstbäumen mit Erfolg in Gebieten begonnen, in denen sie früher unbekannt war. Überall zeigt sich Fortschritt dank der nie rastenden Initiative und Intelligenz unserer Siedler und der wissenschaftlichen Arbeit unserer landwirtschaftlichen Versuchsstation. Der Bericht der Versuchsstation, der Ihnen vorliegt, gibt Ihnen einen Überblick über ihre Tätigkeit in den letzten fünf Jahren und zeigt Ihnen die Fülle der Probleme, mit denen sie sich zu befassen hat. In ähnlicher Weise geben wir Ihnen in dem Bericht der landwirtschaftlichen Abteilung der Jewish Agency, der von dem Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung,

Herrn David Stern, verfaßt und mit vielen aufschlußreichen Tabellen versehen ist, ein Gesamtbild über die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige seit dem Kriege. Ich weiß, daß Tabellen im allgemeinen nicht als interessante Lektüre gelten, aber ich empfehle Ihnen trotzdem das Studium dieser Tabellen, weil in ihnen die Quintessenz der Entwicklung unserer Siedlungen niedergelegt ist. Die Produktionssteigerung unserer Siedlungen kommt am besten darin zum Ausdruck, daß die Gesellschaft »Tnuwa«, welche die meisten Produkte unserer landwirtschaftlichen Siedlungen vertreibt, im vorletzten Jahre für 209000 Pfund, im letzten Jahre für 291000 Pfund Produkte unserer landwirtschaftlichen Siedlungen verkauft hat und wahrscheinlich in diesem Jahre 400000 Pfund erreichen wird. Dazu kommt noch der Erlös aus Getreide durch den Hamaschbir und aus Orangen und Grapefruit durch die Gesellschaft Hit im Betrage von 80000 Pfund.
Die Zahl unserer Siedlungen ist seit 1920 von fünf auf fünfzig, die Bevölkerung der Siedlungen von 180 auf 11000 gestiegen. Rechnet man hierzu die Kibbuzim, die bereits auf JNF.-Boden sitzen, aber zum Ausbau ihrer Wirtschaften noch Kredite des Keren Hajessod brauchen, so zählen wir etwa neunzig Siedlungspunkte mit 18000 Seelen.

Die Kritiker

Seit Beginn unserer Kolonisation ist nicht nur von Antizionisten, sondern auch von Zionisten unsere Arbeit kritisiert worden. Ich will nur einige Hauptangriffspunkte herausgreifen:

a) Kritik der gemischten Wirtschaft

Wir führten in unseren Siedlungen die gemischte Wirtschaft ein. Wir wollten dadurch die Gefahr der Monokultur vermeiden, wir wollten ferner, daß die Siedler mit ihren Produkten in erster Linie Palästina selbst versorgen und nicht von Exportmärkten abhängig bleiben. Es ist ein besonderes Verdienst des Leiters unserer Versuchsstation, Herrn Jizchak Wilkansky, daß er seit

fünfundzwanzig Jahren für die gemischte Wirtschaft eingetreten und an ihrer Ausgestaltung und Verbesserung unermüdlich gearbeitet hat. Bis in die letzten Jahre hinein, insbesondere in der Zeit der guten Konjunktur für Orangen, ist die gemischte Wirtschaft angegriffen worden, weil sie in ihrer Rentabilität weit hinter den hohen Einnahmen der Orangenpflanzer zurückblieb. Noch im Jahre 1932 habe ich zur Abwehr dieser Angriffe eine Broschüre »Bauern und Pflanzer« schreiben müssen. Und heute? Heute gibt es in ganz Palästina kaum einen Menschen, der nicht zugibt, daß wir Recht behalten haben, als wir es ablehnten, eine *Konjunkturkolonisation* zu treiben und statt dessen eine vielseitige Wirtschaft errichteten.

b) Kritik der Kwuza

Wir schufen eine Form der Siedlung, die Kwuza, weil wir aus den Bedingungen unserer Arbeit heraus die Erfahrung gewannen, daß viele unserer Siedler nur in der Form der Gruppensiedlung zur Landwirtschaft gebracht werden können und nur in dieser Gemeinschaft das Maximum ihrer Energie hergeben. Eine ganze Bibliothek ist gegen diese Siedlungsform geschrieben worden. Die Experten der Joint Palestine Survey Commission, die im Jahre 1927 Palästina besuchten, kommen in ihrem Bericht zu dem Schluß, daß die Kwuza als Siedlungsform zu verwerfen ist und daß keine neuen Kwuzot gegründet werden dürfen. Heute ist es mit dieser Kritik stiller geworden; auch bei den meisten Gegnern der Kwuza hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß die Kwuza in dem gegenwärtigen Stadium unserer Kolonisation eine der wichtigsten und nützlichsten Errungenschaften unserer Arbeit ist. Ich zitiere Ihnen ein paar Sätze aus einem Brief, den ich vor einigen Wochen von dem bekannten Agrarwissenschaftler Professor Brutzkus bekommen habe, der seit mehreren Jahrzehnten mit jüdischer Kolonisation in vielen Ländern befaßt war und vor kurzem an die Universität in Jerusalem berufen wurde. Professor Brutzkus schreibt mir nach seinem ersten Besuch in unseren Emek-Siedlungen:

»Schon der allgemeine Anblick dieses Tales, das fast ausschließlich mit jüdischen Siedlungen bedeckt ist, seinen blühenden Fluren und Gärten – ist bewundernswert. Ich kannte sehr gut aus eigener Anschauung die zahlreichen jüdischen Siedlungen Rußlands in der Vorkriegszeit, aber ein so großzügiges Bild der jüdischen Landwirtschaft habe ich in meinem Leben noch nie gesehen.

Die genauere Betrachtung der Landwirtschaft hat mich überzeugt, daß sie vorzüglich geführt wird. Sie kann den Vergleich mit der Landwirtschaft der fortgeschrittensten Länder in Europa mit Ehre aushalten. Dabei ist die jüdische Landwirtschaft noch sehr jung und sie mußte sich in ganz eigentümlichen natürlichen Bedingungen entwickeln, die die landwirtschaftliche Wissenschaft gar nicht berücksichtigt. Hier mußte man in den meisten Fällen neue Wege ausfindig machen.

Eine Frage, die mich während meiner Reise besonders interessierte, war diejenige der Lebensfähigkeit der Kwuzot. Daß die Kwuzot in den ersten schwierigen Jahren der Landokkupation eine passende Wirtschaftsorganisation darstellen, schien mir plausibel, ich hegte aber Zweifel, ob sie sich zu einer dauernden Organisation der Landwirtschaft gestalten könnten.

Meine Beobachtungen haben mich überzeugt, daß zunächst die Kwuzot ihre Lebensfähigkeit beibehalten haben und daß ihre Wirtschaft gut geführt wird. Dank der Möglichkeit der Arbeitsteilung steht an der Spitze jedes Zweiges ein gediegener Fachmann. Die Kwuzot sparen mit ihren Arbeitskräften und deswegen sind sie geneigt, die Arbeit zu mechanisieren. Die Grapefruitpflanzungen werden von Anfang an so angelegt, daß sie mechanisch mit Traktoren bearbeitet werden können. Die Getreidefelder werden mit Traktoren bestellt und mit Mähdreschern geerntet. Diese Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeiten muß den Kwuzot als ein großes Verdienst angerechnet werden; denn die Hebung der Produktivität jüdischer Arbeit auf dem Wege der Mechanisierung ist das beste Mittel, die teuere jüdische Arbeit vor der Konkurrenz der billigen arabischen Arbeit zu schützen. Endlich sind die Kwuzot im Augenblick,

wenn infolge der neuen Wasserfunde das Land im Emek neu verteilt werden muß, besonders passende Wirtschaftsorganisationen, weil sie niemals mehr Boden, als sie mit eigenen Kräften bearbeiten können, beanspruchen. Die Kwuzot, die immer neue Mitglieder aufnehmen, müssen auch als landwirtschaftliche Lehranstalten für Erwachsene und als Kolonisationsmittelpunkte gewertet werden.

Damit möchte ich aber keine Prophezeiung über die Zukunft der Kwuzot aussprechen. Diese ist von der seelischen Stimmung ihrer Mitglieder in höchstem Maße abhängig, und diese Stimmungen wechseln mit dem Wechsel der äußeren Lebensbedingungen. Gerade der wirtschaftliche Aufschwung des Landes vermag die Kwuzot vor große Prüfungen zu stellen. Die Aufgabe der Erforschung des inneren Lebens der Kwuzot konnte ich mir aber zur Zeit meiner kurzen Reise nicht stellen.

Bei der heutigen Sachlage haben die Kolonisationsleiter keine Veranlassung, die eine oder die andere Wirtschaftsform zu bevorzugen. Beide Organisationsformen stehen vor den Augen der neuen Siedler, und welche sie wählen – ist ihre Sache. Wir haben hier mit Imponderabilien zu tun, über die keine aprioristischen Schlüsse, die auf rein wirtschaftlichen Erwägungen fußen, gemacht werden können.«

Das ist die Ansicht eines Mannes, der infolge seiner Kenntnis der Juden die besondern Erfordernisse jüdischer Kolonisation würdigen kann. Sie deckt sich durchaus mit meiner eigenen Ansicht.

c) Kritik wegen verspäteten Abschlusses von Verträgen

Ein anderer Vorwurf gegen unsere Kolonisation war der, daß wir mit den Siedlern keine Verträge abgeschlossen und keine Rückzahlungen bekommen hätten. Besonders Sir John Campbell, einer der Experten der Palestine Survey Commission, hat diesen Mangel gerügt. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß in der griechischen Kolonisation, an deren Spitze Sir John Campbell stand, zwar Verträge abgeschlossen, aber bis zum heutigen Tag keine nennenswerten Zahlungen geleistet worden

sind, und daß die Verträge nicht viel mehr als ein wertloses Stück Papier sind. Wir dagegen haben mit Verträgen gewartet, bis wir aus der Wirklichkeit entnehmen konnten, welche Zahlungen für die Siedler wirtschaftlich tragbar waren, und als wir hierüber genügende Erfahrungen gesammelt hatten, schlossen wir mit allen unseren Siedlungen Verträge ab. Der Ernst und die unzähligen aufreibenden Verhandlungen, in denen die Siedler jeden Paragraphen auf seine Tragbarkeit prüften, sind uns Gewähr dafür, daß die Siedler entschlossen sind, diese Verträge mit dem Keren Hajessod nicht als einen Fetzen Papier zu behandeln, sondern getreulich zu erfüllen.

Wir haben geglaubt, daß die Zeit für den definitiven Abschluß der Verträge mit den Siedlern jetzt gekommen ist, nachdem alle unsere Kwuzot das Wirtschaftsjahr 1933/34 mit Gewinn abgeschlossen haben. Der Gewinn schwankt bei den einzelnen Kwuzot von einigen 100 bis zu einigen 1000 Pfund und erreicht insgesamt den stattlichen Betrag von etwa 25000 Pfund. Es ist wahr, daß die gegenwärtigen hohen Preise für Milch und andere Produkte wesentlich zu diesen Gewinnen beigetragen haben; manche Kwuzot haben auch durch Außenarbeit, besonders durch Transport oder Bauarbeit, Geld verdient (insgesamt 5600 Pfund). Andererseits sind aber gewisse Wirtschaftszweige, zum Beispiel Baumpflanzungen, noch nicht zur Ertragsreife gekommen und werden erst in den kommenden Jahren Einkünfte geben. Im laufenden Wirtschaftsjahr 1934/35 dürfen wir mit ziemlicher Sicherheit noch höhere Gewinne als im Vorjahre erwarten.

Wenn ich hier nur die Kwuzot und nicht die Moschwe Owdim erwähne, so hat das seinen Grund darin, daß wir nur für die Kwuzot eine die ganze Siedlung umfassende, nach einheitlichem Schema geführte und von uns kontrollierte Buchführung besitzen, während die einzelnen Siedler in den Moschwe Owdim nicht solche genauen Wirtschaftsrechnungen führen. Aber die Moschwe Owdim stehen in ihrem Fortschritt nicht hinter den Kwuzot zurück. Ein Blick auf den Kuhstall, den Geflügelhof, die Pflanzungen, den Gemüsegarten, das tote In-

ventar der Einzelsiedler zeigt, daß sie heute weit mehr besitzen als im Anfang – auch nach Abzug der Schulden, die sie zur Vergrößerung der Wirtschaft aufgenommen haben. Aus den ursprünglichen zwei Kühen sind in der Regel vier bis fünf geworden. Der heutige Lebensstandard der Einzelsiedler, ihre Produktion, ihre Kenntnisse und Erfahrungen sind unvergleichlich höher als vor zehn oder fünfzehn Jahren. Die Form der Moschwe Owdim, in denen individuelle und kooperative Produktion in einer glücklichen und, wie mir scheint, in der ganzen Welt einzigartigen Weise vereinigt sind, hat sich durchaus bewährt. Sowohl die Kwuzot wie die Moschwe Owdim erfüllen eine notwendige Aufgabe, die Kwuzot für den auf Gemeinschaftsleben eingestellten oder noch nicht in allen Zweigen der Landwirtschaft erfahrenen, die Moschwe Owdim für den auf sich selbst gestellten Menschen mit umfassender landwirtschaftlicher Erfahrung.

Gründung einer Ansiedlungsgesellschaft

Gleichzeitig mit dem Abschluß der Verträge mit den Siedlern haben wir die Vorbereitungen getroffen zur Gründung einer Ansiedlungsgesellschaft, deren Schaffung ich seit vielen Jahren fordere. Wir wollen alle Darlehen, die aus Geldern des Keren Hajessod zum Zwecke der Ansiedlung gegeben werden, über diese Gesellschaft leiten, die natürlich unter unserer Kontrolle stehen wird. Wir hoffen auf diesem Wege größere Einheitlichkeit, Stetigkeit und Sachkunde in der Gewährung von Ansiedlungsdarlehen zu erzielen und in den Siedlern die Überzeugung zu stärken, daß es sich um bankartige Kredite handelt, deren pünktliche Rückzahlung dem Siedler nicht weniger obliegt als bei jedem anderen Darlehen. Die Kolonisationsgesellschaft wird vielleicht auf Grund ihrer Einnahmen aus den Verträgen mit den Siedlern Darlehen aufnehmen und dadurch die Ansiedlungstätigkeit erweitern können.

Wichtigkeit des psychologischen Faktors

Es ist das A und O meiner Erfahrung, daß jüdische landwirtschaftliche Kolonisation, die von Siedlern unter dem Druck wirtschaftlicher Not lediglich aus materiellen Gründen begonnen wird, keine dauernden Bestand hat. Die Geschichte der jüdischen Kolonisation in allen Ländern zeigt uns, daß der Jude, der nur aus wirtschaftlichen Gründen zur Landwirtschaft überging, bei einem Wechsel der wirtschaftlichen Verhältnisse sie jederzeit zu verlassen bereit ist. Für einen jüdischen Farmer in den Vereinigten Staaten ist seine Farm verkäuflich, sobald er dafür ein günstiges Angebot bekommt. Es besteht keine innere Gebundenheit an die Scholle, und wo die Eltern sie nicht haben, kann sie sich auch nicht auf die Kinder vererben. Landwirtschaft muß dem Siedler mehr als irgendein Geschäft, mehr als eine bloße Existenzquelle sein, wenn er und seine Kinder dabei ausharren sollen; es muß die Überzeugung dazu kommen, daß er an einem Werk mitarbeitet, das nationalen Wert hat, daß von seiner Arbeit der Erfolg oder Mißerfolg einer großen Sache abhängt, die ihm teuer ist. Nur wenn es gelingt, diese Überzeugung in unseren Siedlern aufrecht zu erhalten, werden wir den Bestand einer jüdischen Landwirtschaft auf Generationen hinaus sichern. Aus dieser Sachlage heraus haben wir uns in der Vergangenheit bemüht, in den Siedlern diejenigen Gefühlsmomente zu stärken, welche sie veranlassen, gegen den wirtschaftlichen Strom zu schwimmen und Härten auf sich zu nehmen, die ihnen in anderen Berufen erspart geblieben wären. Das taten wir in der Form, daß wir die Initiative der Siedler weckten und ihnen das Gefühl gaben, daß sie nicht Werkzeuge in unserer Hand, sondern gleichberechtigte Mitarbeiter an einem gemeinsamen Werk sind. Wenn ich auf etwas stolz bin, so ist es darauf, daß es mir gelungen ist, die Klippe des gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Siedlern und der Verwaltung, an der so viele Kolonisationsunternehmungen gescheitert sind, zu vermeiden und in den Siedlern trotz aller Schwierigkeiten die Freude und die Begeisterung an ihrem Werke nicht erlöschen

zu lassen. Diese Begeisterung ist die wertvollste Karte, die wir in Palästina auszuspielen haben. Bis heute hat das Wort 'Emek' in Palästina einen besonderen Klang; es ist das Zauberwort, das tausende der heranwachsenden Generation in Palästina dazu gebracht hat, sich mit Begeisterung der Landwirtschaft zu widmen, und das bis in die Galutländer wie eine Fanfare erklingt.

Sachverständige

Es war ein Unglück für unsere Kolonisation, daß, wenn man uns Sachverständige schickte, es solche waren, die in einem bestimmten anderen Lande Kolonisation getrieben hatten (natürlich nicht mit Juden) und die nicht elastisch genug waren, um sich auf ein anderes Siedlermaterial und andere Landesverhältnisse umzustellen, sondern unsere Kolonisation 'coute que coute' in das Prokrustesbett ihrer andersartigen Erfahrung zwängen wollten. Wir mußten diesen Sachverständigen gegenüber schweigen; denn unsere Stimme wäre bei ihrem großen Ansehen in ihren Heimatländern wirkungslos verhallt. Aber heute, wo es sich nicht mehr um Meinungen handelt, sondern wo wir uns auf Tatsachen stützen können, wäre es ein Unrecht an unseren Siedlern, wenn wir nicht öffentlich feststellen wollten, daß in den wichtigsten Fragen nicht diese Sachverständigen, sondern unsere Siedler Recht behalten haben.
Nicht weniger als durch diese technischen Sachverständigen haben wir durch die Juden gelitten, Zionisten und Nichtzionisten, die auf Grund ihrer sozialen Stellung sich berechtigt fühlten, unsere Kolonisation zu kritisieren. Ich rede dabei nicht von Leuten kleinen Formats, die durch Zufall zu Ansehen gekommen sind, ich rede von Leuten, die wirklich in einem bestimmten Gebiete, zum Beispiel als Kaufleute, als Bankiers, als Advokaten, Hervorragendes leisten. Sie sind geneigt, die Grundsätze, die für die Verwaltung eines kaufmännischen oder finanziellen Unternehmens wichtig sind, auf unsere Ansiedlung zu übertragen oder diese Ansiedlung in dem Lichte von Gesetzes-

und Vertragsparagraphen zu sehen. Dabei übersehen sie, daß in der landwirtschaftlichen Ansiedlung die Menschen viel wichtiger sind als die Sachgüter. Hätten wir in unserer Bewegung erfahrene Staatsmänner, so wären sie viel eher als die Geschäftsleute und Advokaten imstande gewesen, Richtlinien für unsere Ansiedlung zu geben, weil jeder Staatsmann das menschliche Element in Rechnung zu setzen weiß. Leider hatten wir keine Staatsmänner als Sachverständige. Wir hatten einen Großen in Israel, der ein Bankier und ein Kolonisator war, *Baron Edmond de Rothschild;* aber nicht der Bankier, sondern der Träumer und Seher in ihm legte den Grund zum Aufbau Palästinas. Ich erinnere mich, daß er noch vor dem Weltkriege mit mir über die Wichtigkeit der Erwerbung des Chulegebietes sprach. Es war nicht seine Schuld, daß die von ihm eingeleiteten Verhandlungen zum Erwerb dieses Gebietes damals ohne Erfolg blieben.

Die Orangenkultur

Ich habe die gemischte Wirtschaft so ausführlich behandelt, weil sie *unsere* Schöpfung ist. Aber nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für den Jischuw steht heute nicht die gemischte Wirtschaft, sondern die Orangen- und Grapefruitkultur an erster Stelle. Ich schätze den Nettobetrag, der durch die Orangenpflanzungen der jüdischen Wirtschaft jährlich zufließt, auf ungefähr eine Million, den Nettobetrag aus den Produkten unserer Siedlungen einschließlich der Selbstversorgung unserer Siedler auf etwas mehr als eine halbe Million und die sonstigen Einnahmen aus der jüdischen Landwirtschaft auf ebensoviel. Von den 250000 Dunam Orangenpflanzungen in Palästina sind 150000 Dunam in jüdischem Besitz. Vorläufig tragen nur etwa 50000 Dunam jüdische und fast ebensoviel nichtjüdische Pflanzungen Frucht. Aber natürlich treten jedes Jahr neue Pflanzungen in das Stadium der Fruchttragung ein. Im Jahre 1940 wird Palästina statt der siebeneinhalb Millionen Kisten, die es im vergangenen Jahre exportiert hat, mindestens zwanzig Millio-

nen Kisten zu exportieren haben, wovon die größere Hälfte von jüdischen Produzenten stammen wird.
Es ist klar, daß zur Schaffung eines Marktes für dieses große zusätzliche Quantum gewaltige Anstrengungen notwendig sein werden, sowohl durch vermehrte Propaganda für die Jaffa-Orange in allen Absatzländern wie durch sorgfältige Auswahl und Verpackung der Früchte und durch Verbilligung der Produktions- und Frachtkosten zur Herstellung der Konkurrenzfähigkeit mit den anderen Orangen erzeugenden Ländern. Ein großer Teil dieser Aufgabe wird der Regierung zufallen, die im höchsten Maße daran interessiert sein muß, die Orangenausfuhr zu fördern, die mehr als vier Fünftel der gesamten Ausfuhr Palästinas beträgt und der einzige Lichtpunkt in der Handelsbilanz Palästinas ist. Gewisse Ansätze hierzu hat die Regierung schon gemacht; sie hat sich ferner in den letzten Jahren an den Kosten der Citrusabteilung unserer Versuchsstation beteiligt, die sich mit Krankheits- und Schädlingsbekämpfung und den Problemen der zweckmäßigen Bewässerung und Düngung usw. befaßt. Aber meines Erachtens stehen diese an sich sehr dankenswerten Ansätze in keinem Verhältnis zu der Wichtigkeit, die diese Frage für die gesamte Wirtschaft Palästinas hat.

Imperial Preference

Ein schwerer Schlag für die Orangenpflanzung Palästinas ist es, daß es trotz der Rührigkeit unserer Orangenpflanzerverbände noch immer nicht gelungen ist, für die palästinensische Orange die Vorteile des Imperial-Preference-Systems zu erhalten. Ich weiß, daß die Schuld daran nicht an der Mandatsregierung liegt, die gern bereit wäre, Palästina die Imperial-Preference zu gewähren, sondern an dem Widerspruch einiger britischer Dominions und insbesondere an der Besorgnis, daß die Einräumung der Imperial-Preference in Palästina alle übrigen Staaten des Völkerbundes zu gleichen Forderungen an Großbritannien verleiten würde. Es müssen trotz alledem weiterhin alle Anstren-

gungen gemacht werden, um in dieser Frage eine befriedigende Lösung herbeizuführen.

Das Minimum der Fläche der Einzelfarm

Wir haben vor fünfzehn Jahren als die für einen Siedler notwendige Fläche hundert bis hundertfünfzig Dunam unbewässerten oder fünfundzwanzig Dunam bewässerten Bodens betrachtet. Wir haben jetzt infolge der besseren Marktverhältnisse in Palästina diese Fläche reduzieren können und sind dort, wo der ganze Boden bewässerbar ist, bis auf zwanzig, und in Fällen, wo der bewässerbare Boden neben einer Stadt liegt, bis auf fünfzehn Dunam heruntergegangen.

Der Leiter unserer Versuchsabteilung, Herr J. Wilkansky, ist seit einigen Jahren zusammen mit seinem Bruder Mordechai, den ein schreckliches Geschick uns kürzlich entriß, mit praktischen Versuchen beschäftigt, um eine Wirtschaftsform zu finden, die auf einer bewässerten Fläche von zwölf Dunam und auf der Grundlage von Wirtschaftszweigen, die schon im ersten Jahre Ertrag geben – also ohne Baumpflanzungen –, dem Siedler eine ausreichende Existenz gewährt. Wir hoffen, im nächsten Jahre aus diesen Versuchen praktische Schlüsse ziehen zu können.

Verschiedene private Siedlungsgesellschaften wollen unter Anwendung vervollkommneter technischer Einrichtungen die Fläche noch weiter bis auf zehn oder fünf Dunam verringern. Wir verfolgen diese Versuche mit Interesse und Sympathie. Wir können sie aber, bevor sie die Feuerprobe der Wirklichkeit bestanden haben, nicht zur Basis unserer Siedlungstätigkeit machen, besonders, da die unumgänglichen Voraussetzungen für jeden Versuch dieser Art, nämlich großer Wasserreichtum und Stadtnähe, nicht überall in Palästina vorhanden sind.

Krisenfestigkeit

Wenn wir mit Befriedigung darauf hinblicken können, daß es uns gelungen ist, unsere Siedlungen in die Linie aufsteigender

Entwicklung zu bringen, so wäre es falsch, die Augen davor zu verschließen, daß auch diese Leistung wie jede menschliche Leistung von Gefahren umgeben ist. Wir sind in keiner Weise sicher, daß das heutige Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte sich auch in der Zukunft halten wird. Schon heute schickt der Irak mit Lastautomobilen große Mengen von Eiern und Geflügel zu niedrigen Preisen nach Palästina, und mit dem Ausbau der Verbindungen nach diesen Ländern mit niedrigem Preisniveau kann der Import sich auch auf andere landwirtschaftliche Produkte erstrecken. Wir müssen deshalb beizeiten darangehen, unsere Wirtschaft für die Zeiten einer Depression vorzubereiten, sie *krisenfest* zu machen. Diese Frage der Krisenfestigkeit ist zur Zeit unser Hauptproblem. Wir suchen sie zu lösen, indem wir durch unsere Versuchsstation die Möglichkeit der Erhöhung der Produktion und der Herabsetzung der Produktionskosten, zum Beispiel in bezug auf Futterration für die Tiere, in bezug auf die notwendige Wassermenge für bewässerte Kulturen, studieren. Aber wir sind noch mitten drin in diesen Vorbereitungen. So sehr wir das Recht haben, uns über die bisherigen Fortschritte unserer Siedlungen zu freuen, so wenig haben wir Grund zu glauben, daß wir nun auf unseren Lorbeeren ausruhen können. Jedes landwirtschaftliche Unternehmen steht in einem ständigen Kampf mit der Natur, mit der Umwelt und insbesondere mit den landwirtschaftlichen Unternehmungen anderer Länder, und wir werden in alle Zukunft hinein auf der Wacht stehen müssen, damit unsere Siedlungen diesen Kampf siegreich bestehen.

Ungenügendes Wachstum der jüdischen Landwirtschaft

Was mich mit besonderer Sorge erfüllt, ist, daß die Fortschritte in der Vermehrung der Zahl der jüdischen Landwirte nicht mit der Vermehrung der gesamten jüdischen Bevölkerung Schritt halten. Mir schwebt für die Juden in Palästina als Ideal eine Berufsproportion von ein Drittel Landwirtschaft, ein Drittel Industrie und Bauwesen, ein Drittel Handel, Touristik, Transport-

wesen, Beamte, freie Berufe vor. Aber der Anteil der in der Landwirtschaft erwerbstätigen Juden ist weit von dieser Proportion entfernt; er betrug bei der Volkszählung 1931 nur fünfzehn Prozent und heute noch etwas weniger. Das ist ein *viel zu schmaler Unterbau* für eine in sich balancierte und gefestigte Volkswirtschaft. Die Landwirte sind nicht nur als Produzenten wichtig, sie sind auch die hauptsächlichen Kunden für die Industrie, die ja heute im wesentlichen auf den Binnenmarkt angewiesen ist. Wir müssen alles daran setzen, um die landwirtschaftliche Basis der jüdischen Wirtschaftspyramide zu verbreitern, sonst werden wir in Palästina nicht zu einem gesunden wirtschaftlichen Aufbau gelangen, und, wenn auch in geringerem Maße, die verhängnisvolle Berufsverteilung der Juden in der Galut wiederholen.
Wir haben heute viel größere Möglichkeiten für eine raschere Ausdehnung unserer Kolonisation als vor fünfundzwanzig oder noch vor fünfzehn Jahren. Wir haben die Erfahrungen, wie die Wirtschaften einzurichten sind, wir haben vorgebildete Siedlungskandidaten, wir haben den Markt. 2300 Siedlungskandidaten, darunter 350 aus dem Mittelstande, sitzen bereits in der Form von Irgunim oder Kibbuzim auf JNF.-Boden und brauchen nur Darlehen vom Keren Hajessod, um ihre Wirtschaften aufzubauen. Bei den Personen des Mittelstandes handelt es sich um einen verhältnismäßig kleinen zusätzlichen Kredit. Aber auch bei den Arbeitersiedlern belaufen sich die erforderlichen Kredite nicht wie früher auf 700 Pfund, sondern nur auf 300 bis 400 Pfund, da die Siedler bereit sind, ihre Wirtschaften klein anzufangen und allmählich auszubauen. Außerdem verfügen sie über eigene kleine Ersparnisse, entweder in bar oder in Inventar, und haben durch die Gesellschaft *Nir*, die ein Aktienkapital von 80000 Pfund besitzt, gewisse Kreditmöglichkeiten. Wir besitzen Boden, der noch nicht besiedelt ist, aber in nächster Zeit siedlungsreif werden und für die Ansiedlung von 2000 Familien ausreichen wird. Viele tausend vorgebildete landwirtschaftliche Arbeiter warten darauf, diesen oder neu zu erwerbenden Boden vom JNF. zu bekommen. Der palästinensische Binnenmarkt bietet heute durch die große Einwanderung einen fast unbe-

schränkten Absatz für landwirtschaftliche Produkte. Bedenken Sie nur, daß im Jahre 1934 für zweieinhalb Millionen Pfund landwirtschaftliche Produkte nach Palästina eingeführt wurden, von denen wir den allergrößten Teil selbst erzeugen könnten. Von den 200 Litern Milch und Milchprodukten (Butter, Käse usw.), die pro Kopf der jüdischen Bevölkerung konsumiert werden, haben jüdische Produzenten im letzten Jahre höchstens ein Viertel geliefert; dagegen wurden für nicht weniger als für 238 000 Pfund Milchprodukte vom Ausland eingeführt. Von dem Verbrauch an Eiern im Jahre 1934 lieferten jüdische Produzenten höchstens fünfzehn Millionen, dagegen das Ausland siebenundfünfzig Millionen im Werte von 105 000 Pfund! Der Import von Schlachtvieh belief sich auf 262 000 Stück im Werte von 335 000 Pfund. Natürlich decken diese Importe nicht nur den jüdischen Bedarf, sondern auch den der nichtjüdischen Konsumenten; aber ein sehr großer Teil der Importe entfällt auf den jüdischen Konsum, und außerdem würden wir auch an die nichtjüdischen Konsumenten verkaufen, sobald wir mit den importierten Produkten im Preis konkurrieren können. Dazu kommt noch, daß die jüdische Einwanderung jedes Jahr den Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten vergrößert. Ich schätze, daß zur Versorgung von 50 000 jüdischen Einwanderern mindestens – je nach der Wirtschaftsform – 5000 bis 10 000 Leute landwirtschaftliche Produkte erzeugen müssen, ganz abgesehen davon, daß der Orangen-, Mandel- und Weinexport jüdische Landwirte beschäftigt. Hier ist eine Chance, die wir unter allen Umständen für uns ausnützen müssen.

Boden und Wasser

Es bleibt die Frage, woher wir den Boden für die zukünftige Ansiedlung bekommen werden. Sie wissen, daß der Kauf von Boden in Palästina immer schwieriger wird und daß, wenn Boden auf den Markt kommt, exorbitante Preise verlangt werden. Wir setzen zwar unsere Bemühungen in bezug auf Bodenkauf fort und lassen auch Transjordanien nicht aus den Augen. Aber

ich glaube, wir müssen zu gleicher Zeit ernsthaft nach neuen Wegen suchen, Boden für unsere Ansiedlung verfügbar zu machen. Wir haben bisher nur Boden erworben, der Wasser in der Form von Regen vom Himmel erhält oder aus nicht zu großer Tiefe des Untergrundes oder von nahen Quellen und Flüssen bewässert werden kann. Wasser und Boden stehen in Palästina in einem bestimmten Verhältnis: je mehr Wasser der Siedler zur Verfügung hat, um so weniger Boden braucht er; man rechnet, daß ein Boden mit Sommerbewässerung fünfmal soviel Ertrag gibt als ohne solche Bewässerung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, erstens durch Erschließung von mehr Wasser den bereits in unserem Besitz befindlichen Boden für die Ansiedlung einer größeren als der jetzigen Zahl von Familien aufnahmefähig zu machen; zweitens Boden, der noch nie bearbeitet worden ist und unter den jetzigen Verhältnissen auch nicht mit wirtschaftlichem Erfolg bearbeitet werden kann, durch neue Methoden, besonders durch künstliche Bewässerung, für die Kultur zu gewinnen. Ben Gurion hat gestern bereits erwähnt, daß von dem gesamten Boden Palästinas, 26000000 Quadratkilometer, heute nur die kleinere Hälfte bearbeitet ist. Die andere Hälfte, teils steiniger Gebirgsboden, teils Dünen, teils wüstenartige Steppe mit weniger als hundert Millimeter Regenfall, ist noch nie von einem Pfluge berührt worden. Würden wir in Palästina Boden nur auf Grund von sicheren Erträgen kaufen, so wäre es mir zweifelhaft, ob wir an die kostspieligen und unsicheren Versuche herangehen sollten, dieses Ödland nutzbar zu machen. Aber wir haben eben nicht nur wirtschaftliche, sondern auch nationale Zwecke, und diese erheischen, daß wir nichts unversucht lassen, um die Aufnahmefähigkeit Palästinas zu vergrößern. Es wird sich hierbei in der Hauptsache darum handeln, Wasser dorthin zu bringen, wo es zur Zeit nicht ist, sei es aus tiefen Schichten des Untergrunds, sei es durch Zuleitung von weit her, sei es durch Aufspeicherung der Winterregen. Wir müssen versuchen, wie einst Moses, Wasser aus den Felsen zu schlagen und die Wüste in Fruchtgärten zu verwandeln. Wir können heute hierüber mit etwas größerer Zuversicht

sprechen als noch vor einigen Jahren, weil wir inzwischen in Bezirken wie im Emek und in Untergaliläa, die bisher als wasserarm galten, in den tieferen Bodenschichten große Wassermengen gefunden haben und weil uns in der geophysischen Untersuchungsmethode ein neues Mittel zur Aufspürung von Wasser zur Verfügung steht, ganz abgesehen davon, daß auch die Technik der Bohrung fortgeschritten ist und Sachverständige aus anderen Ländern wertvolle Erfahrungen im Wasserbau nach Palästina gebracht haben. Aus dem Bericht der landwirtschaftlichen Abteilung können Sie im einzelnen den Stand der Wassersuche in unseren Siedlungsbezirken kennen lernen. Ich habe mich im letzten Jahre mit diesen Fragen eingehend beschäftigt und glaube, daß die Zeit gekommen ist, mit umfassenden wissenschaftlichen Untersuchungen auch in anderen Teilen des Landes zu beginnen und dafür eine besondere *Wasserforschungsstelle* zu errichten, die nach amerikanischem Vorbild der landwirtschaftlichen Versuchsstation angegliedert werden soll. Ich hoffe, Sie werden die hierdurch erwachsenden Ausgaben freudig in das nächste Budget einstellen, denn es dreht sich hierbei um eine Sache, die für unsere ganze Zukunft von höchster Bedeutung werden kann. Die Jewish Agency hat durch die Abteilung für die Ansiedlung von Juden aus Deutschland im vergangenen Jahre bereits den Grund für eine *Bewässerungsgesellschaft* gelegt, welche die Ausführung von Bewässerungsanlagen auf geschäftlicher Basis übernehmen soll, und hat die Absicht, diese Gesellschaft weiter auszubauen.

Bevor ich meine Betrachtungen über die Landwirtschaft schließe, will ich noch mit einigen Worten auf die *Hope Simpson-Legende* eingehen, die für uns von verhängnisvollster Wirkung hätte werden können. Sie erinnern sich, daß Sir Hope Simpson in seinem Bericht an die Mandatsregierung auf Grund einer Angabe im Johnson-Crosbie-Bericht, daß neunundzwanzig Prozent der Araber in den Dörfern keinen Boden besitzen, diese neunundzwanzig Prozent einfach als ‘landless’ bezeichnete und mit der Zweideutigkeit dieses Ausdrucks den Schluß nahelegte, daß diese Araber nicht nur kein Land zu Eigentum, sondern

auch kein Land zur Bewirtschaftung haben und daß deshalb für neue jüdische Siedler gewiß kein Boden mehr verfügbar sei. In Wirklichkeit bezog sich die Angabe im Johnson-Crosbie-Bericht auf die *Pächter,* die ihren Boden von arabischen Großgrundbesitzern in Pacht haben. Glücklicherweise gelang es uns, diesen unverzeihlichen Irrtum – um kein härteres Wort zu gebrauchen – restlos aufzuklären. Sie wissen, daß die englische Regierung durch den damaligen Premierminister Ramsay MacDonald den bekannten Brief an Dr. Weizmann schrieb, in welchem auf unser Ersuchen eine Prüfung der landless-Frage durch einen hohen englischen Richter zugesichert wurde. Das Ergebnis dieser Prüfung war, daß – mit Ausnahme von Emek Chefer, wo die dort herrschende Malaria eine Besiedlung des Gebietes unmöglich gemacht hätte, wenn die früheren Pächter auf dem Boden geblieben wären, und wir deshalb die Pächter durch hohe Geldabfindungen befriedigten – insgesamt seit dem Weltkriege nur etwa 500 Araber infolge unserer Bodenkäufe die Landwirtschaft aufgegeben haben. Sie alle haben von uns, obwohl wir dazu gesetzlich nicht verpflichtet waren, Abfindungen bekommen, und die meisten haben sich damit wahrscheinlich in anderen Berufen eine viel bessere Existenz geschaffen.

Die jüdische Siedlungstätigkeit hat den Arabern wirtschaftlich nicht geschadet, sondern genützt. Es ist nur nötig, die Lage der Fellachen in Palästina mit der des Fellachen in Transjordanien, Syrien, Ägypten, Cypern zu vergleichen, um zu erkennen, daß der Fellache in Palästina – und besonders in der Nähe der jüdischen Siedlungen – viel, viel besser daran ist und als Arbeiter einen doppelt und dreifach so hohen Lohn erhält als in den genannten Ländern. Eine sehr große Zahl von Arabern, die früher zu den Ärmsten gehörten, sind dadurch, daß sie einen Teil ihres Bodens an Juden verkauften, in den Stand gesetzt worden, Orangen zu pflanzen und sind dadurch reich geworden. Wir haben erst kürzlich bei der Erwerbung der Chule-Konzession durch die Tat bewiesen, daß wir die arabischen Landwirte nicht vom Boden verdrängen wollten. Der frühere arabische Konzessionär war verpflichtet, den bisherigen Pächtern 10000 Du-

nam gegen Zahlung der Kosten der Amelioration in Pacht zu überlassen, wir dagegen haben uns bereit erklärt, ihnen 15000 Dunam *ameliorierten Boden unentgeltlich zu Eigentum zu übergeben,* was für uns ein gewaltiges finanzielles Opfer bedeutet. Wir werden auch in Zukunft bei unserer Kolonisation das Prinzip wahren, daß wir die bisherigen Bearbeiter des Bodens nicht aus der Landwirtschaft verdrängen, sondern *durch verbesserte landwirtschaftliche Methoden auf demselben Boden für sie und für uns Raum schaffen.*

Industrie-Entwicklung

Unsere Industrie hat sich im letzten Jahrzehnt mächtig ausgedehnt, trotzdem sie mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Vor dem Weltkriege war überhaupt keine nennenswerte Industrie vorhanden. Dagegen waren im Jahre 1927 in Industrie und Handwerk insgesamt bereits 17000 Personen (Juden und Nichtjuden) erwerbstätig, die Waren im Werte von 3900000 Pfund erzeugten. Die Juden waren schätzungsweise hierbei mit 8000 bis 9000 Personen und einer Jahresproduktion von 2300000 Pfund beteiligt. Im Jahre 1933 war die Zahl der erwerbstätigen Juden in Industrie und Handwerk auf 19600 mit einer Jahresproduktion von fünfeinhalb Millionen Pfund gestiegen, und heute kann man die Zahl der Erwerbstätigen mit 25000 und die Jahresproduktion mit fast sieben Millionen Pfund angeben. Einschließlich Frauen und Kinder leben zirka 50000 jüdische Menschen von Industrie und Handwerk. Dabei enthält diese Zahl nicht die bei Bauten und öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter, die (ohne Angehörige) 14000 betragen. Die Industrie einschließlich Bauwesen und öffentliche Arbeiten ernährt heute mehr als ein Viertel des gesamten Jischuw. Diese Entwicklung wurde erreicht dank der großen Initiative und der vielseitigen Fachkenntnisse unserer Einwanderer, die sich in dem Industriellenverband eine wirksame Vertretung ihrer Interessen geschaffen haben. Natürlich sind nicht alle Unternehmungen, die begonnen wurden, gelungen, und

noch nicht alle bestehenden können als konsolidiert angesehen werden.

Antidumping-Gesetz

In der neuesten Zeit hat sich die Lage vieler Industriezweige dadurch verschlechtert, daß eine Reihe von Ländern angefangen hat, Palästina als Dumpingplatz für ihre Erzeugnisse zu benutzen und dorthin Waren weit unter dem Preise zu verkaufen, zu welchem diese Produkte in ihrem Ursprungsland selbst abgesetzt werden, oder die Produktionskosten der Ware durch Lohndruck und Kinderarbeit so zu senken, daß sie jede Konkurrenz ausschließen. Es ist klar, daß eine junge Industrie eine solche Konkurrenz nicht ertragen kann, und Antidumpingmaßnahmen sind deshalb eine gebieterische Notwendigkeit, wenn wir die von dem Dumping betroffenen Industrien am Leben erhalten wollen. Leider ist Palästina nach Artikel 18 des Mandats zur Meistbegünstigung gegenüber allen Staaten des Völkerbundes verpflichtet und ist nicht frei in der Festsetzung der Zölle gegenüber jedem einzelnen Lande. Der Artikel 18, der vor dreizehn Jahren, als viele Staatsmänner noch an den Segen des Freihandels glaubten, vernünftig erschien, ist heute in einer Welt, die von Protektionszöllen, Prohibitivzöllen und Kontingentierungen strotzt, völlig veraltet und ist zu einem Fluch für unsere Industrie geworden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Völkerbund die Absicht hat, Palästina in dieser Weise wirtschaftlich verkrüppeln zu lassen. Palästina muß, wenn schon nicht die Möglichkeit zu Handelsverträgen mit allen einzelnen Staaten, so zum mindesten die Möglichkeit eines Antidumpinggesetzes bekommen, das sich gegen diejenigen Staaten richtet, die in unfairer Weise Palästina als Dumpingplatz benutzen. Es kann nicht ohne Widerspruch hingenommen werden, daß vor kurzem ein Land in einem Monat für 80 000 Pfund Waren zu Dumpingpreisen nach Palästina exportiert und nur für ein Pfund – sage und schreibe: ein Pfund – Waren von Palästina bezogen hat.

Zollpolitik

Wenn wir diese unfaire Konkurrenz des Auslandes beseitigen und nur mit der normalen Konkurrenz anderer Staaten zu tun haben, so hängt die Zukunft unserer Industrie davon ab, in welchem Maße es ihr gelingen wird, importierte Waren durch einheimische Produktion zu ersetzen. Palästina hat im Jahre 1934 für etwa zehn Millionen Pfund Industrieprodukte hergestellt, daneben aber für etwa denselben Betrag Industrieprodukte importiert. Von diesen zehn Millionen Waren können nach der Meinung Sachverständiger etwa für fünf Millionen Pfund im Lande hergestellt werden. Allerdings muß das Rohmaterial dazu zu einem großen Teile vom Ausland bezogen werden und nur etwa die Hälfte, 2500000 Pfund, würde als Arbeitslohn, Profit usw. im Lande bleiben. An dieser Steigerung der Produktion würden die Juden, die jetzt etwa drei Viertel der palästinensischen Industrie in Händen haben und als Konsumenten mehr als die Hälfte aller Industrieprodukte verbrauchen, den größeren Anteil haben. Darüber hinaus ist eine Ausweitung des Marktes für industrielle Produkte durch die jüdische Einwanderung gegeben. Die 50000 Einwanderer des Jahres 1934 bedeuteten eine Steigerung des Konsums um nicht weniger als fünfzehn Prozent gegenüber dem Vorjahre und für 1935 ist eine ähnliche Steigerung zu erwarten. Das wichtigste für jede Industrie, ein erweiterungsfähiger Markt, ist also vorhanden. Die Schwierigkeit besteht darin, in Preis und Qualität mit den alten Industrieländern zu konkurrieren, die durch Rohstoffvorkommen oder durch lange industrielle Erfahrung oder durch billigere Arbeitslöhne einen Vorsprung vor Palästina haben. Der Ruf nach Zöllen zum Schutz der neuen einheimischen Industrie gegen die entwickelten Industrien anderer Länder ist verständlich. An sich ist die Palästinaregierung, solange sie nicht gegen das Meistbegünstigungsrecht aller Völkerbundsstaaten verstößt, in der Festsetzung ihres Zolltarifs frei. Sie hat bisher kaum eine bestimmte Zollpolitik in bezug auf die Industrie im allgemeinen getrieben, sondern entscheidet über Tarifänderungen bei einzelnen Waren

von Fall zu Fall und hat in den letzten Jahren für die Förderung einzelner neuen Industrien Verständnis und Entgegenkommen gezeigt. Aber sie erhebt immer das Argument, daß sie nicht auf Kosten der Konsumenten eine unbegrenzte Schutzzollpolitik treiben dürfe, die eine Verteuerung der Lebenshaltung herbeiführte. Außerdem bilden die Zölle – mangels einer Einkommens- oder Gewerbesteuer – den wichtigsten Einnahmeposten im Regierungsbudget, und eine Verdrängung importierter Waren durch einheimische Produktion bedeutet für die Regierung einen Einnahmeausfall. Mit diesen beiden Argumenten müssen wir immer rechnen, wenn wir Zollschutz für unsere Industrie fordern. Wir werden, glaube ich, mit der Regierung zu einem Einverständnis gelangen können, wenn wir Zollschutz nicht für jede noch so aussichtslose Industrie fordern, sondern nur für solche Zweige, die Aussicht haben, durch erhöhten Zollschutz über die Anfangsschwierigkeiten jeder neuen Industrie hinwegzukommen und dann auch bei mäßigen Zollansätzen mit dem Ausland erfolgreich zu konkurrieren. Solche 'Erziehungszölle' sind in allen Ländern üblich und nötig, in denen die Regierung das Entstehen einer eigenen Industrie ermöglichen will. Dem fiskalischen Interesse der Regierung an der Erhaltung ihrer Zolleinnahmen kann von uns mit dem Argument entgegengetreten werden, daß die Vergrößerung der Industrie die Voraussetzung für eine größere Einwanderung ist und daß die vergrößerte Einwanderung durch Erhöhung des Bedarfs an denjenigen Industriewaren, die nicht in Palästina hergestellt werden können, sondern importiert werden müssen, den Ausfall an Zöllen wieder wett macht.

Tozeret Haarez

Die jüdische Industrie hat in Palästina noch ein Asset: Die Bereitschaft der Juden, die Produkte der jüdischen Industrie »Tozeret Hajischuw« vor anderen Produkten zu bevorzugen. Diese Bereitschaft kann auf viele Jahre hinaus der jüdischen Industrie eine wichtige Stütze sein. Sie mag sogar dazu führen,

die Käufer über kleine Unterschiede in Preis und Qualität hinwegsehen zu lassen. Aber es muß meines Erachtens ein Schutz dagegen geschaffen werden, daß diese lobenswerte Bereitschaft des Jischuw mißbraucht wird. Nicht jede Ware, mag sie noch so schlecht oder teuer sein, soll von der Sympathie des Jischuw profitieren, sondern nur Waren, die von einer Preis- und Qualitätsprüfungsstelle, in der außer den jüdischen Produzenten auch die Konsumenten vertreten sein müssen, genehmigt und durch eine besondere Schutzmarke kenntlich sind.

Industriebank

Wir führen seit vielen Jahren eine Diskussion darüber, ob zur Förderung der Industrie die Gründung einer Industriebank oder, richtiger gesagt, einer Industrial-Development Company zweckmäßig ist. Mehrere Kongresse haben sich darüber ausgesprochen, aber die Ausführung ist bisher aus Mangel an Mitteln unterblieben. Inzwischen hat der Industriellenverband in Palästina eine Bank zur Gewährung kleiner industrieller Kredite gegründet, und die Abteilung für die Ansiedlung von Juden aus Deutschland hat einen Teil der Kredite an Juden aus Deutschland, die kleine Industrien schufen oder schaffen wollen, über diese Bank geleitet; aber die Bank kann infolge ihrer geringen Mittel ihre Tätigkeit nicht ausdehnen. Sie verlangt jetzt vom Keren Hajessod oder der Anglo-Palestine Bank zusätzliches Kapital. Auch der Economic Board in London und die Palestine Economic Corporation in New York haben Kredite an industrielle Unternehmungen gegeben oder sich an ihnen beteiligt. Die von privatem Kapital gegründete Industrial and Financial Company hat verschiedenen industriellen Unternehmungen Kapital beschafft. Schließlich hat unsere Anglo-Palestine Bank eine besondere Abteilung für Industriekredite errichtet.
Es ist manchmal behauptet worden, daß bei dieser Sachlage die Schaffung einer besonderen Industriebank oder Industrial Development Company überflüssig oder sogar schädlich sei, weil sie zur Gründung unseriöser Unternehmungen ermutigen werde.

Ich habe den Eindruck, daß bisher noch manche seriösen Wünsche von Industriellen auf finanzielle Hilfe oder in bezug auf Langfristigkeit der Kredite unbefriedigt bleiben. So haben zum Beispiel viele Einwanderer aus Deutschland ausgezeichnete Erfahrungen in Industrien, die in Palästina durchaus gute Aussichten haben; aber sie besitzen keine oder zu geringe Mittel und können die vermögensrechtlichen Sicherheiten, welche eine Bank gewöhnlich verlangt, nicht bieten. Es ist die Frage, ob nicht die persönliche Sicherheit, die sie in ihrer technischen Erfahrung, erprobten Tüchtigkeit und Ehrlichkeit bieten, manchmal ebensoviel wert ist, wie eine auf Sachgüter basierte Sicherheit. Wäre unser einziges Ziel bei einer Kreditgewährung die Erzielung von Gewinnen, so könnten wir es unter Berufung auf das größere Risiko rechtfertigen, diese Industriellen ihrem Schicksal zu überlassen. Aber da wir das größte Interesse daran haben, jeden gesunden Keim zu einer Industrie zur Entwicklung zu bringen, so scheint es mir geboten, hier mehr zu tun, als was bei rein bankmäßiger Behandlung üblich ist. Wir haben, scheint mir, hier einen Parallelfall zur Landwirtschaft vor uns: wie die landwirtschaftlichen, so sind auch die industriellen Pioniere nicht von Anfang an bankreif, sondern können es nur allmählich werden.

Wir haben zur Klärung dieser Fragen einen bestbekannten Fachmann in Palästina beauftragt, uns ein Gutachten zu erstatten und alle Argumente pro und contra zusammenzustellen. Über die beste Form der Kreditgewährung kann man streiten, aber in der Sache selbst muß bald etwas geschehen.

Das Meer als Existenzquelle

Ben Gurion hat gestern mit Enthusiasmus davon gesprochen, daß wir auf das Meer hinausgehen und es als Existenzquelle für uns erschließen müssen. Er hat Recht. Das Meer kann für uns neben Landwirtschaft und Industrie von großer wirtschaftlicher Bedeutung werden. Juden in und außerhalb Palästinas zahlen jedes Jahr viele Millionen Pfund für Warenfrachten und

für den Passagierdienst von und nach Palästina, für Aus- und Einladen in den Häfen, für Seefische usw. Bisher bekommen wir von diesen Millionen, die aus jüdischer Tasche fließen, höchstens ein paar Prozent zurück, das andere bleibt außerhalb des jüdischen Sektors der Palästina-Wirtschaft. Wir müssen uns bemühen, unseren Anteil beträchtlich zu erhöhen. Navigare necesse est.

Abteilung für Wirtschaftsforschung und Planung

Die wirtschaftlichen Probleme, welche die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie uns aufgeben, sind so mannigfaltig, daß es nicht mehr möglich ist, zu ihnen in richtiger Weise Stellung zu nehmen, wenn wir nicht eine Stelle schaffen, welche alles wirtschaftliche Material sammelt, bearbeitet und fehlendes Material durch eigene Enqueten beschafft. Nur auf diese Weise werden wir davor bewahrt bleiben, in wichtigen Fragen, zum Beispiel in Zoll- und Steuerfragen oder bei Abschluß von Handelsverträgen mit den Nachbarstaaten oder bei Verkehrsfragen (Eisenbahn, Straßenbau), der Regierung uninformiert gegenüber zu stehen oder auf in der Eile zusammengeraffte Informationen angewiesen zu sein. Auch für die halbjährliche Diskussion über das Labour-Schedule können die Arbeiten einer solchen Stelle großen Nutzen bringen. Aber sie soll darüber hinaus allmählich auch eine allgemeine wirtschaftliche Survey oder Wirtschaftskarte Palästinas schaffen.
Wir haben uns auf Veranlassung der Herren Israel Sieff und Josef L. Cohen in London im letzten Jahre in einem kleinen Komittee mit der Frage beschäftigt, ob und wie ein allgemeiner Wirtschaftsplan aufgestellt werden kann, und sind zu dem Schlusse gekommen, daß die Ausarbeitung eines Plans nicht von heute auf morgen möglich ist, sondern eine Reihe von Vorarbeiten durch ein Gremium von wirtschaftlichen Sachverständigen verlangt. Diese Vorarbeiten müssen nicht nur Palästina, sondern auch die Nachbarstaaten umfassen, die als Produzenten und Konsumenten das Wirtschaftsleben Palästinas beeinflussen. Wir

haben jetzt in Palästina, hauptsächlich durch die Einwanderung aus Deutschland, junge Nationalökonomen von hohem Rang, und es gilt, sie zu einer gemeinsamen Arbeit im obigen Sinne zusammenzufassen. Die unglücklichen Mitglieder der Exekutive sind so mit täglichen Geschäften überlastet, daß sie eine Stelle brauchen, die für sie in wirtschaftlichen Fragen – ich will nicht sagen, das Denken, aber das wirtschaftliche und systematische Nachdenken besorgt und sie zu jeder neu auftauchenden Frage mit Argumenten pro und contra versieht.
Sie finden in dem Ihnen von Herrn Kaplan vorzulegenden Budgetvorschlag einen Posten, der die Einrichtung dieser Stelle für Wirtschaftsforschung und Planung ermöglichen soll.

Holding Company

Die vom Keren Hajessod gegründete General-Mortgage-Bank hat in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung erlebt. Es ist ihr gelungen, zugleich mit einer Erhöhung ihres Aktienkapitals viele Hunderttausende Pfund festverzinslicher Debentures an Kapitalisten im Ausland und in Palästina zu verkaufen. Es zeigt sich, daß das Vertrauen zu Palästinas Entwicklung so gewachsen ist, daß wir für unsere wirtschaftlichen Gesellschaften Leihkapital zu mäßigem Zinsfuß von jüdischem und von internationalem Kapital bekommen können. Nicht nur die General Mortgage-Bank, sondern auch die Anglo-Palestine Bank, die Palestine Land Development Company, die Workers Bank – nicht zu reden von anderen, nicht unserer Kontrolle unterliegenden palästinensischen Gesellschaften – haben in der letzten Zeit erhebliche Beträge von Aktien oder Obligationen ausgegeben. Trotz dieser Erfolge scheint mir noch immer ein Vorschlag erwägenswert, den ich bereits 1923 in Amerika vorgebracht habe: die Gründung einer Holding-Company, welche die zentrale Finanzierungsstelle für alle unsere wirtschaftlichen Gesellschaften werden soll. Mein Vorschlag hat damals den Anstoß zur Gründung der Palestine Economic Corporation gegeben; bisher hat aber diese Gesellschaft nur mit ihrem eige-

nen Kapital gearbeitet und hat sich nicht – oder noch nicht – zu der Holding Company entwickelt, welche die Obligationen der einzelnen palästinensischen Gesellschaften erwirbt und entweder diese selbst – unter ihrer Garantie – auf den Markt bringt oder gegen diese Papiere ihre eigenen Obligationen emittiert. Sie würde dadurch ein einheitliches Wertpapier schaffen, das für das jüdische Publikum ein *Standard-Anlagepapier* werden könnte und leichter börsenfähig sein würde als die Obligationen der einzelnen Gesellschaften.

Methoden der Verwaltung

Palästina wurde bisher von manchen Organisationen, die dort arbeiten, als ein *Kolonialland* angesehen. Nicht die Beamten in Palästina, sondern die Leiter der Gesellschaften in Europa und Amerika behielten sich das Recht vor, die Tätigkeit zu bestimmen. Ich glaube, daß Palästina jetzt mündig geworden ist und diese Vormundschaft nicht mehr nötig hat. Es ist unmöglich, daß Leute, die mit dem palästinensischen Leben ohne Kontakt sind, besser wissen sollen, was in Palästina notwendig ist als diejenigen, die dort dauernd wohnen. Das gilt besonders in der gegenwärtigen Epoche, wo sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Palästina so rasch ändern. Die Gesellschaften müssen ihre besten Leute nicht in Europa oder Amerika halten, sondern sie nach Palästina schicken und ihnen erlauben, die Geschäfte nach ihrem eigenen Ermessen zu führen. Das hat nicht nur den Vorteil, daß die Geschäfte unter viel besserer Kenntnis aller Einzelheiten getätigt werden, es führt auch ein anderes Verhältnis zwischen den palästinensischen Kunden und der Gesellschaft herbei. Ich weiß nicht, ob sogar bei der Verwaltung von Gesellschaften rein kapitalistischen Charakters eine Verwaltung vom Auslande her heute noch praktisch ist; aber in jedem Falle ist sie dort nicht mehr am Platze, wo es sich nicht nur darum handelt, Profite zu erzielen, sondern Menschen schonend zu behandeln und in ihnen die Arbeitsfreude aufrecht zu erhalten. Die palästinensischen Kunden, insbesondere die landwirtschaftlichen

Siedler, haben ein viel höheres Vertrauen zu dem Mann, der die ganze Verantwortung für alle Geschäfte auf sich nimmt, als zu einem Beamten, der nur eine Durchgangsstation für Beschlüsse ist, die einige tausend Kilometer entfernt gefaßt werden. Es ist auch für die leitenden Beamten selbst, und gerade für die besten unter ihnen, auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, daß ihre wohlerwogenen Vorschläge durch irgendeinen Zufall von der übergeordneten Stelle verworfen werden können.

Ich bin der Überzeugung, daß wir unsere Erfolge zu einem großen Teil der Tatsache verdanken, daß die zionistische Organisation der von ihr erwählten Exekutive während ihrer Amtsdauer ganz große Vollmachten gegeben und sie nicht von einer übergeordneten Instanz in Europa oder Amerika abhängig gemacht hat.

Wir erkennen gern an, daß in den letzten zehn Jahren auch neben der zionistischen Organisation andere Gesellschaften an der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie großen Anteil genommen haben, aber es ist eine Tatsache, daß diese Gesellschaften sich diejenigen Arbeitszweige aussuchten, bei denen es sich nicht mehr um Pioniertätigkeit, sondern um relativ sichere Geschäfte handelte. Ein großer Teil der Tätigkeit dieser Gesellschaften wäre unmöglich gewesen, wenn nicht die zionistische Organisation, gestützt durch Keren Hajessod und Keren Kajemet, vorangegangen wäre und die wirtschaftlichen Grundlagen geschaffen hätte. Es ist ein Ruhmestitel der zionistischen Organisation, daß sie ihre Tätigkeit nicht dem Profitinteresse untergeordnet hat. Wir mußten oft in Unternehmungen hineingehen, die nur einundfünfzig Prozent Chance des Gelingens hatten. Dazu gehört allerdings Mut. Es ist viel leichter, zu warten, bis aus der einundfünfzigprozentigen Chance eine neunzig- oder neunundneunzigprozentige Chance geworden ist, und dann erst in Tätigkeit zu treten. Aber wären wir den Kritikern gefolgt, die immer nur die neunundvierzigprozentigen Chancen des Mißlingens sahen, so wäre Palästina bis heute ein *judenleeres* Land geblieben.

Lassen Sie mich an zwei Beispielen zeigen, daß wir gerade mit

unseren Methoden Erfolge erzielten, die wir mit rein kapitalistischen Methoden sicher nicht erzielt hätten. Das eine Beispiel ist die Arbeiterbank, das zweite die Palestine Land Development Company.

Als wir im Jahre 1920 die *Arbeiterbank* gründeten und ihre Verwaltung dem Arbeiter anvertrauten, wurde dies uns überall als Leichtsinn vorgehalten. Es sei doch sicher, daß die Arbeiter an ihre Genossen rechts und links Kredite geben und das Kapital der Bank in kurzer Zeit verlieren würden. Was sagt die Wirklichkeit? Die Arbeiterbank besteht jetzt fünfzehn Jahre, hat ihren Tätigkeitskreis ständig erweitert, ist das wichtigste Kreditinstitut für unsere landwirtschaftlichen Siedlungen und für industrielle Kooperativen geworden und steht in ihrer Solidität keiner anderen Bank nach. Im Gegenteil, wenn ich Kritiken über die Bank höre, so gehen sie in der Richtung, daß sie die Vorsicht in der Kreditgewährung zu weit treibt.

Wir gründeten 1908 die *Palestine Land Development Company*. Wir betrachteten sie als eine Bodenkaufsgesellschaft, die zwar die Erzielung eines angemessenen Gewinnes nicht aus den Augen verlieren, aber in erster Linie bei ihren Bodenkäufen sich von nationalen Interessen leiten lassen müsse. Sie sollte Pionierdienste leisten und auch solchen Boden kaufen, der für das private Kapital nicht anziehend war. Nur weil die PLDC., trotz ihres bis vor kurzem sehr kleinen Kapitals, führend und vor Risiken nicht zurückschreckend, voranging, konnten die ersten Böden im Emek, die Haifa-Bay, der Karmel, der Kern des Hadar Hakarmel, der Strand von Tel Awiw, die neuen jüdischen Stadtteile in Jerusalem und neuerdings die Chule-Böden erworben werden. Aber wieviel Kritik hatte die Tätigkeit dieser Gesellschaft zu erleiden, weil sie angeblich nicht genügend geschäftlich und vorsichtig arbeitete? Die Gesellschaft ist, oft unter größten Schwierigkeiten, ihren Weg gegangen und hat dank der nie versagenden Initiative von Jehoschua Hankin und der unermüdlichen Arbeit von Dr. Jakob Thon die Schwierigkeiten überwunden. Sie steht heute mit einem Aktienkapital von fast 200000 Pfund und mit großen Reserven als eine der

bestfundierten Gesellschaften da. Die Kritiker haben Unrecht behalten, so wie sie meiner vollen Überzeugung nach Unrecht behalten werden, wenn sie die Erwerbung der Chule-Konzession durch die PLDC. als ein zu kostspieliges Unternehmen angreifen. Es wäre ein Verbrechen seitens der PLDC. gewesen, wenn sie eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit, Boden zur Ansiedlung von 2000 jüdischen Familien zu erwerben, verpaßt und darauf spekuliert hätte, daß man die Konzession auch noch später und vielleicht billiger erwerben könne. Wo wichtige nationale Interessen auf dem Spiele stehen, kann man sich den Luxus solcher Spekulationen à la baisse nicht erlauben.

Einwanderung von Juden aus Deutschland

In den letzten zweieinhalb Jahren war die Einwanderung von Juden aus Deutschland ein wesentlicher Faktor in der Entwicklung Palästinas. Etwa 25000 Juden sind seit der Hitler-Revolution aus Deutschland gekommen und haben schätzungsweise ein Kapital von sechs bis acht Millionen Pfund mit wertvollen Fachkenntnissen, besonders industrieller Art, mit sich gebracht. Die zur Erleichterung dieser Einwanderung unter dem Vorsitz von Dr. Weizmann errichtete Zentralstelle für die Ansiedlung von Juden aus Deutschland hat ihre Arbeit im Oktober 1933 begonnen. Treu meinem Grundsatz, in Palästina nicht bürokratisch, sondern in engster Fühlung mit den zu betreuenden Menschen zu arbeiten, habe ich die Arbeit der Zentralstelle mit und zum Teil durch die Vereinigung der Einwanderer aus Deutschland, die Hitachdut Olej Germania geführt und im Einvernehmen mit einem aus den besten Kennern der Verhältnisse ernannten Beirat. Sie ist dadurch dauernd im engsten Kontakt mit den Einwanderern aus Deutschland geblieben und verfügte durch die Mitarbeit von Dr. Landauer und Dr. Senator auch über eine gründliche Kenntnis der Verhältnisse in Deutschland. Aus dem ausführlichen Bericht der Zentralstelle, der Ihnen aus der Feder von Dr. Landauer vorliegt, können Sie alle Einzelheiten über ihre vielgestaltige

Arbeit ersehen. Ich freue mich sagen zu können, daß die Einwanderung aus Deutschland, die wie eine Lawine unerwartet hereinbrach, sich in Palästina viel leichter und besser 'eingeordnet' hat – um dies beliebte Wort zu gebrauchen –, als alle früheren großen Einwanderungen. Natürlich kann bei einer so großen Einwanderung nicht alles glatt gehen, und besonders für die seelischen Nöte vieler Einwanderer, die aus ihrem vertrauten Milieu und Beruf herausgerissen und in ein fremdes Milieu hineingeworfen sind, gibt es keine Hilfe von außen. Hier kann nur der Einwanderer durch volle Hingabe an das neue Leben sich selbst helfen.

Die Überführung von Jugendlichen

Die Überführung von mehr als 700 Jugendlichen aus Deutschland nach Palästina ist über alle Erwartungen hinaus geglückt. Ich kann sagen, daß ich während meiner langen Tätigkeit in Palästina selten so erhebende Momente erlebt habe, wie bei meinem Zusammentreffen mit diesen Kindern in Palästina. Der Junge in Deganja, der mir auf meine Frage, wie es ihm hier gefalle, mit glänzenden Augen und aus tiefstem Innern antwortete: »Fabelhaft«, wird mir immer im Gedächtnis bleiben. Hätte unsere ganze Arbeit in Palästina nur dieses eine Resultat gehabt, Hunderte von Kindern aus drohender seelischer Verkrüppelung in ein freies Leben auf jüdischem Boden hinüberzuretten, so hätten wir auch hierfür schon »dajenu« sagen können. Der Erfolg der Übersiedlung der Jugendlichen war möglich durch das Verständnis und die Bereitschaft der landwirtschaftlichen Kwuzot und Kibbuzim, dieser Jugend ihr Bestes an Zuneigung und erzieherischer Pflege zu geben, durch die beispiellose Hingabe, mit der *Frau Henriette Szold* sich diesem Werke widmete, und durch die Mitarbeit von Dr. Landauer, Dr. Senator und der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendalija in Berlin. Sie alle haben sich durch ihre Arbeit ein unvergeßliches Verdienst um die jüdische Jugend in Deutschland und um Palästina erworben. Wichtig war auch, daß die Wizo in diesem Falle, wie

überhaupt bei landwirtschaftlicher Ausbildung von Mädchen, verständnisvoll mitgeholfen hat.

Zukünftige Sorge für die jüdischen Einwanderer aus Deutschland

Die deutsche Abteilung hat den ersten 25 000 Juden aus Deutschland die Wege zu ihrer Einordnung in Palästina geebnet. Die nachfolgenden Einwanderer werden es in Anlehnung an die bereits vorhandenen wesentlich leichter haben. Die deutsche Abteilung hat die *Rural and Suburban-Settlement-Company* gegründet, eine Gesellschaft mit einem Kapital von 65 000 Pfund, welche die landwirtschaftliche und vorstädtische Ansiedlung des Mittelstandes aus Deutschland fördern soll. Ich hoffe, diese Gesellschaft wird in der Zukunft nicht nur als Siedlungsgesellschaft für den Mittelstand aus Deutschland, sondern für den Mittelstand aus allen Ländern eine wichtige Rolle spielen können. Ebenso setze ich auf die von der deutschen Abteilung gegründete *Wassergesellschaft* die Hoffnung, daß sie sich zu der großen allgemeinen Wassergesellschaft entwickeln wird, die heute in Palästina noch fehlt.

Handwerkskurse sind in Haifa und Tel Awiw eingerichtet worden und werden den Einwanderern aus Deutschland vertragsmäßig auch in Zukunft zur Verfügung stehen. In Jerusalem wird die nach dem Tode ihres Gründers geschlossene Schule des Professors Boris Schatz, »Bezalel«, in Kürze mit Hilfe der deutschen Abteilung unter der Leitung von Josef Budko neu eröffnet werden und jungen Leuten aus Deutschland (und anderen Ländern) die Erlernung eines Kunsthandwerkes ermöglichen.

Die Mittel für soziale Hilfe für Einwanderer aus Deutschland sind für die nächsten zwei Jahre bereitgestellt, und zwar in Form einer Subvention an die von Frau Henriette Szold geleitete Wohlfahrtsstelle des Waad Leumi. Mit dem Anwachsen der Einwanderung ist die soziale Fürsorge in Notfällen ein dringendes Bedürfnis geworden. Die Abteilung für die Ansiedlung von Juden

aus Deutschland hat den ersten Anstoß zu einer systematischen Fürsorge gegeben; jetzt muß das aber zu einer allgemeinen Fürsorge entwickelt werden. Ich hoffe, daß die Spuren der Zentralstelle nicht vergehen werden, auch wenn sie aus Mangel an neuen Mitteln vielleicht gezwungen sein wird, ihre Tätigkeit abzuschließen oder wesentlich zu verkleinern.

Unsere Freunde

Im Zusammenhang mit der Arbeit der Zentralstelle für die Ansiedlung von Juden aus Deutschland ist es mir ein Bedürfnis, dankbar anzuerkennen, daß wir in dieser Katastrophe nicht ganz ohne Zeichen von Sympathie von draußen geblieben sind. Viele Regierungen haben sich, obwohl sie in ihrem eigenen Lande vor Krisis und Arbeitslosigkeit stehen, bemüht, die strengen Einwanderungsbeschränkungen etwas zu mildern. Dadurch haben mehrere tausend Juden aus Deutschland in Frankreich, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Spanien, Belgien, den Vereinigten Staaten und Brasilien Zuflucht gefunden. Unsere besondere Dankbarkeit gilt einer *Gruppe christlicher Freunde* in England.

Zusammenarbeit mit der Regierung in wirtschaftlichen Fragen

Wir sind für unsere wirtschaftliche Arbeit in Palästina auf eine verständnisvolle Zusammenarbeit mit der Mandatsregierung angewiesen. Die englische Regierung, die seit den Zeiten Cromwells immer Sympathie und Verständnis für die Juden gezeigt hat, hat einen besonderen Anspruch auf unser Vertrauen. Wir müssen ihr entgegentreten, wenn sie gegen den Geist des Mandates handelt, aber auch dankbar anerkennen, wenn sie sich bemüht, das Mandat auszuführen. Wir können sagen, daß die Regierung in den letzten Jahren mehr Verständnis für unsere berechtigten wirtschaftlichen Wünsche gezeigt hat als früher, aber nach unserer Meinung bei weitem nicht genug.

Die jüdischen Einwanderer sind für den palästinensischen Trea-

surer ebenso eine Goldgrube, wie es die Goldminen für Südafrika oder die Petroleumquellen für Irak und Iran sind. Die palästinensische Regierung würde nicht in den letzten fünf Jahren ihr Budget jedes Jahr mit einem hohen Überschuß abgeschlossen und eine Reserve von über fünf Millionen Pfund angesammelt haben, wenn nicht durch die jüdische Einwanderung ein Goldregen über das Land dahingegangen wäre. Bei aller Anerkennung für das, was die palästinensische Regierung auf dem Gebiet des Wegebaues, der Sanierung, der Sicherheit für das Land getan hat, müssen wir doch sagen, daß die speziellen jüdischen Interessen in vielen Fällen zu kurz kommen. Es bedurfte erst der großen Regengüsse in diesem Winter, die manche Siedlungen von jeder Verbindung mit der Außenwelt abschnitten, um den Bau der längst als notwendig erkannten Chaussee von Haifa nach Jaffa der Verwirklichung näher zu bringen. Wir sind der Ansicht, daß die Regierung, die ihre Überschüsse zum allergrößten Teil – um nicht zu sagen: ausschließlich – der jüdischen Einwanderung verdankt, auch den Bedürfnissen dieser jüdischen Einwanderung in besonderem Maße Rechnung tragen soll. Das kann sie dadurch tun, daß sie den landwirtschaftlichen Siedlungen Zufahrtswege schafft, bei der Auffindung von Wasser mithilft, die sanitären Bedingungen verbessert und dadurch unsere Siedlungen in den Stand setzt, neue Einwanderer aufzunehmen.

Die Zukunft

Ich habe mich in meinen Ausführungen bemüht, Ihnen ein wahrheitsgetreues Bild unserer wirtschaftlichen Lage zu geben und auch die Schattenseiten nicht zu verschweigen. Ich bin mir klar darüber, daß wir noch immer nicht sagen können: das jüdische Volk hat wieder eine Heimat gefunden. Wenn trotzdem meine Ausführungen von Optimismus und Zuversicht getragen sind, so liegt das wohl daran, daß ich nicht immer nur darauf sehe, was uns noch fehlt, sondern auch auf das, was wir erreicht haben. Als ich im Jahre 1908 die Vertretung der zionistischen Or-

ganisation übernahm, stand so gut wie nichts hinter uns. Wir hatten kein Geld, wir hatten die türkische Regierung gegen uns, wir hatten keine vorgebildeten Siedler, hatten einen erwerbstätigen Jischuw von wenigen Tausenden, und die überwältigende Mehrheit der Juden in der Welt stand gleichgültig oder feindlich zu unseren Plänen. Ich habe auch damals nicht verzagt und im Glauben an den, wenn auch in weiter Zukunft liegenden, Sieg die Arbeit begonnen. Sie werden es deshalb verstehen, wenn ich den Optimismus von damals heute in noch größerem Maße habe. Ich glaube nicht, daß Krächzen zu jeder Zeit und unter allen Verhältnissen zu den notwendigen Eigenschaften eines guten Juden gehört. Gerade, weil uns noch Schweres bevorsteht, müssen wir uns auch einmal eine Atempause der Freude gönnen. Noch vor zehn Jahren konnte man es wagen zu sagen, daß der Aufbau Palästinas nur eine Marotte von Phantasten sei. Heute ist Palästina im Leben des jüdischen Volkes in einem Maße zur Wirklichkeit geworden, wie niemand von uns es sich vor wenigen Jahren noch träumen ließ. Ohne Palästina wäre die Lage der Juden in der Welt ein einziges Grau in Grau. Palästina ist, wie der Commissioner for German Refugees vorgestern richtig betont hat, nicht nur das Hauptauswanderungsland für die Juden geworden – es hat in den letzten zwei Jahren doppelt so viel jüdische Einwanderer aufgenommen als alle anderen Einwanderungsländer zusammen –, sondern es ist auch für viele von denjenigen, die nicht nach Palästina auswandern können, der einzige Lichtstrahl in ihrem Leben. Für jeden, der historische und soziologische Zusammenhänge sehen kann, ist es klar, daß nur Palästina dem in den letzten Jahrzehnten immer weiter um sich greifenden Zerfall des Judentums einen gewissen Halt geboten hat. Immer weitere Kreise unserer früheren Gegner beginnen jetzt einzusehen, daß die früher verspottete *Illusion eines Herzl* sich wie so viele andere Illusionen in der Weltgeschichte als viel stärker erwiesen hat, als alle Berechnungen und Voraussagen der sogenannten praktischen oder vernünftigen Menschen.

Ihnen als denjenigen, die den zionistischen Gedanken seit Jah-

ren und Jahrzehnten vertreten, ist es sicher eine große seelische Genugtuung, daß Sie den heutigen Zeitpunkt erlebt haben. Aber wir sind bei weitem noch nicht am Ende unserer Arbeit. Je finsterer die Wolken sind, die sich über dem jüdischen Volk in den Ländern der Galut zusammenballen, um so größer und um so dringender ist unsere Aufgabe. Sie müssen weiter die Fackelträger Palästinas in der Welt sein. Die Mütter in Sparta sagten ihren in die Schlacht ziehenden Söhnen, daß sie sie entweder als Sieger *mit* ihrem Schilde, oder als Gefallene *auf* ihrem Schild zurückerwarteten. Auch für uns gibt es nur die Wahl: Sieg unserer Sache oder Untergang der Judenheit. Ziehen Sie hinaus von diesem Kongreß mit dem unerschütterlichen Willen, unser Werk zu vollenden und kommen Sie zum nächsten Kongreß *mit* dem Schilde zurück.

NACHWORT

Dreißig Jahre Aufbau in Palästina

—

Artur Ruppin

Von H. H. Thon

Der Zionistenkongreß, der 1907 im Haag stattfand, bedeutete die Einsicht in die Notwendigkeit des Übergangs vom Wort zur Tat, vom propagandistischen und politischen zum praktischen Zionismus.
Jetzt brauchte man eine Persönlichkeit der Tat, einen Organisator. Es galt, im Aufbau des Landes das Zufällige nach Gesetzen zu regeln, das Brachliegende zu bebauen, das Schädliche zu entfernen – und das alles auf einer noch ganz ungesicherten Grundlage, an deren Festigkeit man *glauben* mußte, um sie nicht von vornherein zu verwerfen.
Man sah niemanden im jüdischen Kreise, der sich als Former einer neuen jüdischen Gemeinschaft schon bewährt hatte – waren doch die Massengliederungen des Judentums in der Diaspora immer durch Willen von außen bestimmt gewesen, und der Zionismus war der erste Versuch zu einer vom Volke selbst gewollten, planvollen Zusammenfassung. Das in Palästina Begonnene verlangte dringend nach einer ordnenden Hand: die dort unternommenen Kolonisationsversuche waren zufällig und zusammenhanglos geblieben, vieles war schon im Keim erstickt, manches konnte nicht leben und nicht sterben. Überall fehlte es an einem einheitlichen Plan. In dieser Situation fand man sich bereit, es mit jemandem zu versuchen, der seine Begabung als Organisator des jüdischen Werkes erst beweisen mußte. Man fand schließlich den Mann, dem man diese Begabung zutraute, in Arthur Ruppin.
Ruppin war damals einunddreißig Jahre alt und im Zionismus noch ein homo novus. An der Propaganda für den zionistischen Gedanken hatte er noch niemals direkt teilgenommen, sich nie

um die Bestimmung und Vertiefung des zionistischen Empfindens bemüht. Man wußte von ihm, daß er, ein Selfmademan, sich in ungewöhnlich jungen Jahren als umsichtiger Kaufmann bewährt, ein mit dem Haeckelpreis gekröntes sozialwissenschaftliches Buch geschrieben und in seinem Aufsehen erregenden Buch »Die Juden der Gegenwart« den ersten Versuch zu einer sozialwissenschaftlichen Bestimmung der jüdischen Situation unternommen hatte. Auch seine Gründung des »Bureaus für Statistik der Juden« war ein nie zuvor unternommener Versuch, die Situation des Judentums auf einer anderen als der historischen Ebene wissenschaftlich zu erklären. Das alles aber machte ihn noch nicht zu einer zionistischen Persönlichkeit im Sinne der damaligen Führer. Wohl hatte er seinen »Juden der Gegenwart« ein Kapitel angefügt, in dem er die zionistische Forderung erhob, als einziges Mittel, den drohenden Untergang des Judentums aufzuhalten, aber diese mit wissenschaftlicher Sachlichkeit erhobene Forderung allein gab noch keine Gewähr für Ruppins Durchdringung mit zionistischem Willen. In jenem Augenblick aber war das Verlangen nach einem klugen Analytiker und kaufmännisch geschultem Organisator so groß, daß man über das hinwegblickte, was Ruppin damals an jüdischem Inhalt und an zionistischer Unbedingtheit des Glaubens mangelte, und ihm die erste wichtige Aufgabe von praktischem Wert in Palästina übertrug: die Ausarbeitung eines eingehenden Berichtes über die im Lande begonnenen Kolonisationsversuche mit Vorschlägen für eine Kolonisation größeren Umfanges. Im Mai 1907 begab sich Ruppin zur Ausführung dieses Auftrages nach Palästina, und sechs Monate später legte er der zionistischen Leitung das Resultat seiner Studien und Erwägungen vor – in einer Arbeit, die bewies, daß das Vertrauen, das man ihm entgegengebracht hatte, berechtigt gewesen war. Sein Wirken während dieser ersten Studienreise war über die Erfüllung seines eigentlichen Auftrages hinausgegangen; es war ihm gelungen, vom Jüdischen Nationalfonds eine Anleihe für die sich bildende Häuserbaugesellschaft Achusat Bajit zu erlangen, und damit hatte er

einen wesentlichen Schritt zur Gründung der ersten jüdischen Stadt: Tel Awiw getan. Seinen Auftraggebern kam eine Ahnung davon, daß in diesem wissenschaftlichen Analytiker, Kaufmann und Organisator Kräfte schlummerten, die ihn in eminenter Weise zur Verwirklichung des zionistischen Traumes befähigten.

Nach diesem ersten Versuch machte man Arthur Ruppin den Vorschlag, als Vertreter der Zionistischen Organisation zu dauerndem Aufenthalt nach Palästina zu gehen, um das zionistische Gut dort zu verwalten und zu mehren, und er folgte dem Ruf. 1908 ging er hinaus in die neue Welt – als Träger des Judentums sowohl wie als Führer einer heterogenen Masse ein noch unbeschriebenes Blatt. Er ging nicht in der Überzeugung, daß seines Lebens Erfüllung einzig in der Errichtung der neuen jüdischen Gemeinschaft liege, nicht, weil er Europa nicht mehr ertragen konnte, auch nicht aus abenteuerlichem Drang nach ungewöhnlichen Erlebnissen. Er ging, weil er in sich die Kraft spürte, Ungeordnetes zu ordnen, latente Kräfte wirksam zu machen. Daß sich ihm diese Arbeit gerade auf jüdischem, auf zionistischem Gebiet bot, erschien ihm, dem sich damals auch in Europa sicherlich große Wirkungsmöglichkeiten geboten hätten, als ein Zufall – viel später erst erwies es sich, daß der Zufall gelenkt war durch die in Ruppin noch unbewußt schlummernde treue Liebe zu seinem Volke. Von der jüdischen, besonders der ostjüdischen Psyche wußte er freilich fast nichts, und nur eine gewisse Naivität konnte ihn, der jetzt nur mit Juden, und zwar vorwiegend mit Ostjuden arbeiten sollte, davor bewahren, hierin eine entscheidende Hemmung zu sehen; es war die Naivität des ungebrochenen Menschen, der sich instinktiv des rechten Weges bewußt ist.

In Palästina fand er chaotische Zustände vor. Unter den Kolonisten waren allzu viele von der Höhe ihres Traumfluges zur Niederung egoistischen Zweckstrebens herabgesunken, die Energie der Arbeiter verbrauchte sich in unklaren Ideologien. Die bestehenden Unternehmungen waren unrentabel. Das Land war voll von enttäuschten Existenzen, und vor seinen

Toren stand das weitere Heer der Enttäuschten, für die es keine Lebensmöglichkeiten zu geben schien. Eine allgemeine Unordnung der Zustände fraß am Leben der Gemeinschaft.
Arthur Ruppin begann seine Verwaltungsarbeit, indem er das Zionistische Palästina-Amt einrichtete. So klein und bescheiden dieses Büro war, in das er anfangs nur seinen Freund Dr. Jacob Thon als Mitarbeiter berief, so erwies es doch schon nach kurzer Zeit seine Bedeutung. Es wurde der Kristallisationspunkt für die verschiedensten individuellen Pläne und Unternehmungen, das Zentrum für die vielen Einzelexistenzen und Gruppen, die bisher führerlos im Lande herumgesucht hatten, ohne zu einer konzentrierten Leistung zu gelangen, und die sich nun an den Leiter des Palästina-Amts wandten, zu dem sie schnell persönliches Vertrauen faßten. Bald wurde es möglich, das Palästina-Amt aus Jaffa in das allmählich aus dem Dünensande erwachsende Tel Awiw zu verlegen, das sich nun – als Zentrum der zionistischen Leitung und als Stätte des hebräischen Gymnasiums – schnell zu entwickeln begann.
Mit seinem sicheren Instinkt erkannte Ruppin alsbald als die Grundlage des ganzen Werkes die Erwerbung palästinensischen Bodens. Boden wurde damals – abgesehen von den Erwerbungen der von Baron Rothschild gestützten Ica (der jetzigen Pica) – nur von Privatleuten gekauft; diese Käufe blieben infolgedessen klein und planlos, und schon damals schlich sich egoistische Spekulation im Lande ein. Der Jüdische Nationalfonds hatte seine Tätigkeit noch kaum begonnen. Ruppins erste, durch Professor Warburg ermutigte Tat im Lande war deshalb die Gründung der Palestine Land Development Company, die nicht nur für den Jüdischen Nationalfonds, sondern auch für private Gruppen Boden kaufen sollte. Damals wurden die ersten Schritte zu kolonisatorischer Arbeit, welche die Zionistische Organisation im Lande unternahm, von den anderen hier arbeitenden Gruppen mit großem Mißtrauen beobachtet; es war ein erster Erfolg von Ruppins umsichtiger, Vertrauen und Wärme einflößender Persönlichkeit, daß es ihm gelang, bei dem damaligen Direktor der Ica und Alliance Israé-

lite Universelle, Antébi, nicht Gegnerschaft, sondern den Wunsch nach Zusammenarbeit zu erwecken. Von besonderer Bedeutung aber wurde es, daß Ruppin bald erkannte, wie sehr das zionistische Werk durch Jehoschua Hankin, der Tag und Nacht von der Erweiterung des jüdischen Bodenbesitzes träumte, gefördert werden könnte. Zwei Jahre nach Gründung der Palestine Land Development Company konnte er mit Hilfe von Hankin den ersten Schritt zur Erwerbung eines zusammenhängenden ländlichen Siedlungsgebietes im Emek Jesreel tun; an diese Erwerbung knüpfte er die Hoffnung auf den Beginn einer neuen Epoche in der Besiedlung von Erez Jisrael. Gleichzeitig tat er einen bedeutsamen Schritt zur Entwicklung von Tel Awiw: bald nach Gründung der Stadt, die damals noch ein fern vom Meeresstrande liegendes Städtchen war und seine künftige Ausdehnung nicht im entferntesten ahnte, erwarb er durch Antébis Vermittlung direkt am Meer ein erhebliches Stück Strandboden, was mit allgemeinem Kopfschütteln aufgenommen wurde – hierhin wurde später die Mündung der Allenbystraße verlegt, und damit war der Entwicklung der Stadt zum Meere hin der Weg gewiesen.
Noch eine für den Aufbau entscheidende Tat gelang Ruppin im ersten Jahre seines Amtes in Palästina: die Einrichtung der ersten Arbeiterfarmen mit gemischter Wirtschaft. In Kinneret wurde der Farmbetrieb noch einem Verwalter unterstellt, ebenso in Merchawja, das nach dem Kauf des ersten Emekbodens angelegt und nach den von Franz Oppenheimer empfohlenen Plänen eingerichtet wurde – dagegen war Deganja am Kinneretsee der erste Versuch einer Kwuza, einer sich selbst verwaltenden kollektiven Siedlung.
Wenn man heute auf die Gründung von Deganja zurückblickt, erscheint sie als Frucht einer ungewöhnlichen Intuition. Noch war Ruppin damals durch Sprache, Denkweise und Tradition weit von den ostjüdischen Siedlern des Landes verschieden; die Gesichtspunkte, die sein, des westjüdischen Organisators und Wissenschaftlers Tun bestimmten, waren ganz andere als die, von denen die tief in jüdischer Denk- und Gefühls-

weise wurzelnden, vom zionistischen Traum gebannten Arbeiter des Landes ausgingen. Und doch erfaßte er sofort den in den Arbeitern lebenden Siedlungsgedanken und schuf – in der ihm eigentümlichen instinktiven Erkenntnis des rechten Weges – zum ersten Male einen Siedlungstyp, der dem zionistischen Siedler und seinen Idealen jüdischer Sozialethik ganz entsprach und ihm die Möglichkeit zu reinster Entfaltung gab.
Auch auf kaufmännischem Gebiet konnte Ruppin bald seine organisatorischen Gaben beweisen: er gründete kommerzielle Institute und sanierte andere, die der Umgestaltung bedurften. Manche dieser Gründungen, deren Wert anfangs zweifelhaft erschien, erwiesen sich später unter einem höheren als dem rein kaufmännischen Gesichtspunkt bedeutungsvoll für das Land.
Unter den Leistungen, aus denen erst später Ruppins intuitive Erfassung kolonisatorischer Möglichkeiten hervorgehen sollte, war die Heranziehung der Jemeniten: der Arbeiter Jabneeli schlug vor, jemenitische Arbeiter ins Land zu rufen und dadurch zur Lösung des Problemes der jüdischen Selbstarbeit beizutragen. Da auch Ruppins Mitarbeiter im Palästina-Amt diesen Vorschlag warm befürworteten, wurde Jabneeli 1910 beauftragt, nach Jemen zu fahren und Gruppen jemenitischer Juden zur Auswanderung zu organisieren.
Je mehr Menschen und Gruppen sich an ihn wendeten, desto breiter wurde der Kreis seiner Tätigkeit, desto höhere Anforderungen stellte sie an die Vielseitigkeit seines Verständnisses. Auf allen Gebieten eines – nennen wir es der Anschaulichkeit halber: kleinen Staatswesens mußte er Bescheid wissen, denn alle Fäden liefen in seiner Hand zusammen. Die Einwanderer, die mit jedem Schiff im Hafen von Jaffa anlangten, hatte er in einer für jeden einzelnen geeigneten Weise unterzubringen. Die Pläne der Fachleute wurden ihm zur Begutachtung vorgelegt. Außer den von ihm selbst geschaffenen, mußte er die bestehenden agrikulturellen, industriellen und kommerziellen Institute kontrollieren, neue schaffen, alte abschaffen. Die Möglichkeit zu günstigen Landkäufen hatte er beständig im Auge zu behalten, um im rechten Augenblick zu handeln. Er überwachte die

Bestrebungen zur Herstellung günstiger Beziehungen zu den Arabern, verkehrte mit den Behörden, gab Einzelnen und Gesellschaften im Auslande Auskünfte, wies ihrem Wirken im Lande selbst Wege, kontrollierte auf das Ausland gerichtete Propaganda. Vom Übersichtsplan einer Kolonieanlage bis zum Plan einer Wasserpumpe, von den Körnern einer zur Aussaat bestimmten Getreidesorte bis zu den Statuten einer Fachvereinigung ging jede technische Einzelheit durch seine Hand. Aus einem übergroßen Verantwortlichkeitsgefühl leistete er Arbeiten selbst, die seine treuen Mitarbeiter ihm freudig abgenommen hätten; sein Motto: »keine ehrliche Arbeit geht verloren« erhielt ihn schaffensfroh.

Daneben behielt er Gelegenheit, zu den Menschen in Beziehung zu treten: eine Schar von Menschen belagerte täglich sein Büro und seine Privatwohnung, die alle bei ihm Rat und Unterstützung bei der Gestaltung ihres Lebens suchten. Wenn irgendwo im Lande etwas geschah – ein Feuer, ein arabischer Überfall, ein Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Entgleisung einer Existenz –, wendete man sich an ihn. Dabei lernte er sein Amt immer mehr erfassen, nicht nur als Verwalter von Instituten, sondern auch als Verwalter einer Summe von menschlichen Schicksalen.

Und in wachsendem Maße begannen auch die geistigen Strömungen des Landes an ihn heranzufluten. Im Anfang hatte er den Geisteskämpfen ferngestanden, vielfach waren sie ihm fast lächerlich erschienen. Aber er gewöhnte sich immer mehr, in diesen Geisteskämpfen treibende Kräfte für das palästinensische Leben zu sehen und sie in seine Berechnungen einzubeziehen. Je mehr sich ihr Ernst ihm erschloß, desto wärmeren Anteil nahm er am Kampfe der Geister, ohne doch sich selbst zur einen oder der andern Partei zu schlagen. In seinen eignen Schöpfungen trat immer deutlicher zutage, daß es ihn zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit gegenüber egoistischen Tendenzen drängte. Aber noch nötigte ihn sein Temperament nicht, dort entscheidend einzugreifen, wo feindliche Tendenzen sich bemerkbar machten.

Ruppins gütiges Verständnis für die Eigenarten seiner Nebenmenschen, sein Eingehen auf ihre Wünsche war es, was ihm das persönliche Vertrauen der Menschen erschloß. Seine Zeit, seine Kraft empfand er als dem Werk gehörig. Er nahm sich wenig Zeit für seine persönlichen Angelegenheiten. Durch harte Schicksalsschläge, die ihn in Palästina trafen, ließ er sich nicht in seiner Arbeit hemmen. Die unparteiische Art und unbedingte Ergebenheit, mit der er seine Aufgabe bewältigte, ergänzt durch seine persönliche Herzensgüte und Hilfsbereitschaft waren es, die ihn zum Verkehr mit den Menschen in Palästina so geeignet machten.

Er war der einzige im Lande, zu dem alle Kreise und Parteien Zutrauen hatten. Zirkel, die sich als die »Honorationen« des Landes und außerdem dem Westjuden an jüdischer Kultur überlegen fühlten, fügten sich seinem Urteil. Arbeiter, die von vornherein auf jeden Bourgeois mit Mißtrauen blickten, legten ihr Schicksal in seine Hand, ja, die Arbeiter von Kinneret und Deganja sehen in ihm, obgleich er jede Parteizugehörigkeit ablehnte, einen der ihren – sie sind bis zum heutigen Tage die treuesten seiner Freunde geblieben. Er wußte immer zwischen den Parteien zu schlichten. Gerade weil es ihn nicht drängt, in die ganze Problematik, die in einem Menschen und besonders in einem Juden liegt, einzudringen, kann er jedem für die Gestaltung seiner Existenz gesunde Ratschläge geben.

Es scheint selbstverständlich, daß man ihn zum Vorsitzenden des kurz nach seiner Ankunft im Lande von ihm geschaffenen Friedensgerichtes wählte, das mit dem Bilusiedler Shertok, dem Vertreter der Chowewe Zion Dr. Chissin, Ruppins Freund und Mitarbeiter Dr. Thon sowie A. Berligne und Mordechai Ben Hillel Hacohen ein Richterkollegium bildete, dem sich alle freiwillig unterordneten.

Er half allen, aber in die letzte Tiefe eines Menschen einzudringen, reizte ihn nicht. Er freute sich an der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen und begnügte sich mit dem Guten, auch da, wo es von Schlechtem begleitet ist – denn die Unzulänglichkeit der Welt wird ihm nicht zur Tragik. Er, der sich selbst des rechten

Weges wohl bewußt ist, sieht interessiert den Wegen der anderen zu. Aber keinen will er nach seinem eignen Bilde formen. Das gleiche ruhige Vertrauen, das Ruppin den Menschen gegenüber beweist, zeigt sich in dem Verhältnis zu dem Werke, an dem er in Palästina schuf. Tagtäglich erhielt er Beweise, daß das ganze Werk noch auf Sand gebaut war – so lose wie der Sand von Tel Awiw –, aber niemals entmutigte ihn dieses Bewußtsein. Er schuf, was der Tag von ihm forderte, ohne das Werdende fortwährend am Bilde des letzten Zieles zu messen. Vielleicht war seine Stütze die Ahnung, daß eines Tages eine jähe Wendung der Dinge eintreten würde. –

Als er nach sechs Jahren der Arbeit in Palästina zum erstenmal vor die zionistische Öffentlichkeit trat, um auf dem Zionistenkongreß in Wien in einem streng sachlichen, durch keinerlei Rhetorik ausgeschmückten Bericht über seine Tätigkeit Rechenschaft abzulegen, zeigte sich, daß der Versuch, den man mit Arthur Ruppins Berufung gemacht hatte, in vollem Maße geglückt war: ein neuer Führertyp war in ihm herangereift. Ungleich den ganz von ihrer Phantasie getragenen, nur der Zukunft zustrebenden Schöpfern des Zionismus erwies er sich als eine Persönlichkeit, in der starker Wirklichkeitssinn der Phantasie die Waage hielt. Die Herzen der Zionisten wendeten sich ihm zu, nicht in der leidenschaftlichen Bewunderung, mit der man den großen Meistern des erweckenden Wortes zujubelte, aber in der Wärme eines unerschütterlichen Vertrauens. Durch dieses Vertrauen der jüdischen Öffentlichkeit gestärkt, kehrte Ruppin im Anfang des Jahres 1914 auf seinen Posten zurück.

In einer seiner ersten Leistungen hier zeigte es sich, wie sehr der zionistische Gedanke schon in ihn eingedrungen war: auf dem Wiener Zionistenkongreß hatte man die Gründung einer Hebräischen Universität in Palästina beschlossen – ein phantastischer Plan, anscheinend fern von aller Einsicht in die Realität des damals noch menschenarmen, unentwickelten palästinensischen Lebens. Aber gerade dieser Plan regte Ruppin zu neuer Tatkraft an: im Frühsommer 1914 gelang es ihm, das Terrain auf dem Skopusberge verträglich zu sichern, von dem

jetzt das Universitätsgebäude auf die Stadt Jerusalem herabblickt.

Bald darauf flammte der Weltkrieg auf, und im ersten Augenblick schien es, als sei das noch schwach fundierte jüdische Werk in Palästina dem Untergang geweiht. Viele Zionisten im Lande und sogar manche Führer im Auslande wollten die Flinte sofort ins Korn werfen.

Nicht nur die zionistischen Institute, auch alle anderen jüdischen Gruppen im Lande wurden jäh von der Verbindung mit ihren Auftrag- und Geldgebern abgeschnitten, und die Gefahr, daß alles auseinanderstob und zerfiel, war groß. Da aber bewies sich deutlicher als je zuvor Ruppins überlegene Kraft: um ihn scharten sich alle, an ihn wandte man sich um Rat, mit einem Schlage offenbarte es sich, daß er die führende Persönlichkeit im Lande war, durch die der Jischuw in diesem Augenblick vom Untergang gerettet werden konnte. Durch seine ruhige Umsichtigkeit gelang es, das Bestehende zu erhalten und denen, die mutlos werden wollten, neues Vertrauen einzuflößen. Über den sich überstürzenden Ereignissen einer neuen Zeit haben wir fast vergessen, darüber zu staunen, daß das kleine, noch ganz ungefestigte zionistische Kolonisationswerk den Wirren des Weltkrieges und den Verfolgungen durch die türkischen Behörden standhalten konnte – das war in erster Linie Ruppins Verdienst.

Im zweiten Kriegsjahre mußte er sich, da sein großer Einfluß im Lande von den türkischen Behörden störend empfunden wurde, von der Leitung des Palästina-Amts zurückziehen. Diese unfreiwillige Pause gab ihm die Möglichkeit, nach langer Unterbrechung wieder zu seiner wissenschaftlichen Arbeit zurückzukehren, die in den einzelnen Phasen seines Lebens immer wieder sein praktisches Wirken in harmonischem Wechsel ablöst. Sein damals entstandenes Buch »Syrien als Wirtschaftsgebiet«, das über die wirtschaftliche Situation des Landes, seine Aussichten und den Anteil, den die jüdische Kolonisation an seiner Entwicklung zu nehmen versprach, wissenschaftlich informiert, hat vielleicht dazu beigetragen, die türkischen Machthaber zur

Schonung gegenüber den zionistischen Positionen im Lande zu veranlassen. Trotzdem mußte im Herbst 1916 der Verfasser auf Befehl der türkischen Regierung im Augenblick höchster Gefahr das Land verlassen. Sein Fortgang versetzte den Jischuw in eine Stimmung tiefer Entmutigung. Niemand ahnte, daß auch aus dieser Verbannung segensreiche Folgen für das Land entstehen würden.
Ruppin selbst ließ keine Mutlosigkeit in sich aufkommen. Unmittelbar nach der Verbannung verlegte er den Schauplatz seines Wirkens nach Konstantinopel. Hier erhielt er die Möglichkeit, in eine ununterbrochene und ungehemmte Verbindung mit dem Palästina-Amt, das von Dr.Thon weitergeführt wurde und die leitende jüdische Behörde des Landes bildete, zu treten. Hier trat er in die von Dr. Jacobsen und R. Lichtheim eingeleiteten politischen Verhandlungen mit den Vertretern der verschiedenen Regierungen ein, hier erhielt er Gelegenheit, seine ungewöhnliche kaufmännische Begabung zu beweisen. Es gelang ihm, der zionistischen Organisation fast die gesamten Mittel zu beschaffen, deren sie zur Fortführung ihrer Arbeit bedurfte. Was in Palästina bestand: Farmen, landwirtschaftliche und kaufmännische Unternehmungen von Gruppen und Privatleuten, das gesamte Schulwesen, die politische Arbeit – das alles konnte dank Ruppins Tätigkeit in Konstantinopel mit Subsistenzmitteln versorgt und dadurch erhalten werden. In großzügigster Weise zog er auch die nichtzionistischen Unternehmungen in den Kreis seiner Hilfstätigkeit, und daneben nahm er es auf sich, eine Schar von Einzelexistenzen – aus Palästina Verbannte, die palästinensischen Schüler der türkischen Offiziersschulen, Kinder russischer Eltern, die in palästinensischen Schulen erzogen wurden, alte Leute, die bis dahin von ihren Kindern im Auslande erhalten worden waren und nun von ihren Geldquellen abgeschnitten waren – vom sicheren Untergang zu retten. Nicht oft ist es einem Menschen vergönnt, in solchem Maße zum Retter eines Werkes und vieler einzelner Menschen zu werden wie es Ruppin in seinen Konstantinopler Tagen vergönnt war. Dabei vergaß er nicht, für die Zukunft

vorzubauen: aus den Mitteln, die er der Zionistischen Organisation in Konstantinopel beschaffte, konnte durch den Leiter der Anglobank in Haifa J. Grasovsky im Kriege der größte Teil des Bodens auf dem Karmelgebirge gekauft werden – das Gebiet, das dann bei der großen neuen Einwanderung nach Kriegsende für die Anlage städtischer Siedlungen bereitstand.
Im vierten Kriegsjahre kam der jähe Umschwung, auf den der Zionismus in gläubigem Vertrauen gewartet hatte: durch die Balfour-Deklaration wurden die politischen Grundlagen für eine Verbreiterung der Kolonisationsbasis um das Vielfache ihrer früheren Ausdehnung gegeben. Eine neue Zeit für den Zionismus bricht an: es gilt nun nicht mehr, an Beispielen in Palästina zu zeigen, was später einmal erreicht werden kann – es gilt, wirklich mit den aus Osteuropa, aus dem Orient, aus vielen Ländern aufbrechenden Massen ein neues Volk auf neuem Boden zu schaffen.
Die große, weitverzweigte Aufgabe, die sich jetzt in Palästina bietet, ruft nach einer neuen Ordnung der Dinge – als das Werk noch klein, übersichtlich, nur langsam im Wachsen begriffen war, als einer den anderen kannte, die Behörden jede Einzelheit im Auge behalten konnten, hatte man die ganze Arbeit in allen ihren verschiedenen Zweigen in die Hand eines einzigen Verwalters und Führers gelegt. Jetzt ist die Arbeit viel ausgedehnter und vielgestaltiger geworden, und jeder Teil: Politik, landwirtschaftliche Kolonisation, Industrie, Propaganda usw. erfordert eingehende Bearbeitung in einem besonderen Ressort. Dazu haben sich im Zionismus die verschiedenen Parteien gegeneinander abgegrenzt, und jede von ihnen will in der zionistischen Leitung vertreten sein. Das führt zur Bildung einer leitenden Behörde, in welcher der einzelne sich seinen Kollegen anpassen und häufig ihrem Willen unterordnen muß, in der Kolonisationspläne neben ihrem praktischen auch politischen und propagandistischen Wert haben müssen. Ruppin, den, nachdem er eine Zeit der Vorbereitung und Materialsammlung in Kopenhagen verbracht hat, die Londoner Zionistische Jahreskonferenz 1920 mit Selbstverständlichkeit in ihre Palästina-

Exekutive beruft, nimmt dieses Amt auf sich. Er tut es, obgleich er weiß, daß die Zeit ungehemmten und ungebrochenen individuellen Schaffens, wie sie ihm vor dem Kriege vergönnt war, nun vorbei ist. Aber an die Möglichkeit, sich von diesem Werke auszuschließen, denkt er nicht mehr – zu fest ist er in den Jahren seines Arbeitens in Palästina mit dem zionistischen Werk verwachsen.

In den fünfzehn Jahren, die er seitdem – mit unbedeutenden Unterbrechungen – der Zionistischen Palästina-Exekutive angehörte, hat er in ihr immer eine eminent wichtige Rolle gespielt: in dem leidenschaftlichen Gegensatz der Parteien, der bis in diese höchste Leitung des Zionismus drang, ist es immer seine Aufgabe gewesen, über die persönlichen und parteilichen Gegensätze hinweg das letzte Ziel unbeirrbar im Auge zu behalten, das unklar Wogende, Auseinanderstrebende nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu ordnen und fruchtbar zu machen, aus dem Gewirr die großen, klaren Linien herauszuarbeiten. Die Klarheit und Gradheit seines Denkens, die neben der wissenschaftlichen Disziplin des Geistes aus der Reinheit seines Charakters entspringt, die glückliche Mischung seines Wesens aus Phantasie und Wirklichkeitssinn hat ihn in all den Jahren seiner Zugehörigkeit zur Zionistischen Exekutive wieder und wieder befähigt, schöpferische Gedanken in die Debatte zu werfen. Um diese Gedanken wirksam werden zu lassen, mußte man ihm freilich von vornherein Vertrauen entgegenbringen, seine Klarheit und Gradheit mit gleicher Klarheit und Gradheit beantworten – wo diese ihm verweigert werden, wo seine Sachlichkeit auf rücksichtsloses Streben nach persönlichem oder eng begrenztem parteilichen Interesse stößt, zieht er sich in fast übergroßer Zartheit in sich selbst zurück und überläßt den Kampf den härter Geschmiedeten.

Nach Ruppins Rückkehr zur Arbeit, zur Verwirklichung des Palästinatraumes, zeigte es sich bald, daß einige aus der Fülle seiner Aufgaben ihm besonders ans Herz gewachsen waren: der Erwerb von palästinensischem Boden und die Heranbildung eines Stammes produktiv arbeitender Menschen. Eine der er-

sten Taten, denen er in der neuen Epoche seine Kraft widmete, war die Schaffung der Arbeiterbank, die den jüdischen Arbeitern des Landes die Möglichkeit erschloß, selbständige kooperative Unternehmungen zu schaffen und dadurch zahlreichen neu einwandernden Arbeitsgenossen Ausbildung und Erwerb zu verbürgen. Mit Hilfe dieser Bank und in steter Beratung mit Ruppin konnte die Arbeiterschaft wichtige wirtschaftliche Unternehmungen schaffen.

Auch die zweite durch Ruppins Mitwirkung gegründete Bank, die Allgemeine Hypothekenbank, die sich immer weiter entfaltet, hat eine wichtige Aufgabe in der Palästinakolonisation erfüllt, indem sie die Bautätigkeit stark gefördert und dadurch der jüdischen Arbeit ein großes, ständiges Schaffensgebiet erschlossen hat.

Auf dem Gebiet des Bodenerwerbs wird Ruppins Tatkraft von seinem wirtschaftlichen Weitblick befruchtet. Als er, angeregt durch die entzückten Äußerungen des Städtebauers Patrick Seddes über die Schönheit der Karmellandschaft, den Roten Karmel erwarb und einer Gruppe von Leuten mit geringen Mitteln zur Siedlung überließ, nannte man ihn einen unverantwortlichen Optimisten. Wer heute die blühende jüdische Stadt Hadar Hakarmel oberhalb Haifas sieht, die sich immer mehr an den Gebirgswänden hinauf bis zum Gipfel des Karmel erstreckt, ahnt kaum noch das ungeheure Maß von Umsicht, Mühe, kluger Berechnung und Geduld, das erforderlich war, bis die von Ruppin gegründete Palestine Land Development Company dieses große Gebiet in jüdischen Besitz brachte. Durch diese Erwerbungen bei Haifa sowie einige Jahre später durch die von Ruppin zusammen mit seinen Mitarbeitern in der Palestine Land Development Company ausgeführte Übernahme großer Bodenflächen vom Griechischen Patriarchat in Jerusalem, konnte an beiden Orten die jüdische Stadtsiedlung einen starken Aufschwung nehmen.

Stärker noch als durch die städtische Kolonisation wird Ruppin von seiner Aufgabe gefesselt, Boden für die Gründung eines jüdischen Bauernstammes zu erwerben und zu erschließen. In

Fortsetzung der vor dem Kriege abgeschlossenen Käufe im Emek, in jahrelanger, unermüdlicher Zusammenarbeit mit Hankin, in einer Arbeit, die immer wieder von Rückschlägen heimgesucht wird und in der Ruppin und Hankin sich immer wieder gegenseitig zu neuer Tatkraft anfeuern, gelingt es, den Emek Jesreel zu erwerben. Damit ist das Gebiet gesichert, auf dem die palästinensische Arbeiterschaft ihre Sehnsucht nach einer genossenschaftlichen Landwirtschaft in großem Maßstabe verwirklichen kann. Was Ruppin vor Jahren im Kleinen in Kinneret und Deganja unternommen, kann nun im Großen im Emek ausgeführt werden. Auf seine Empfehlung entschließt sich die Zionistische Exekutive zur Gründung der Arbeitersiedlungen im Emek, denen die von J. Wilkansky und J. Ettinger ausgearbeiteten und von Ruppin befürworteten Pläne für kooperative Gemischtwirtschaft zugrunde liegen.

Es ist schwer, die Leistungen eines so tatenreichen, auf den verschiedensten Gebieten sich auswirkenden Lebens wie das von Arthur Ruppin gegeneinander abzuwägen, aber bei einem Rückblick auf das bisher von ihm Erreichte will es scheinen, daß das, was er zur Schaffung der Emekkolonisation getan hat, das Bedeutsamste ist und vielleicht das, was ihm selbst am liebsten wurde. Alle Elemente seines Wesens sind in diesem Werk erkennbar: seine eigene Freude an produktiver Arbeit, die ihn jeden Morgen sein Tagewerk als Gärtner in seinem eignen Garten beginnen läßt, tiefes Empfinden der Naturkräfte und ihrer Schönheit, hohes soziales Verantwortungsgefühl, schlichte Anspruchslosigkeit und Abwendung von egoistischer Gewinnsucht, vor allem aber der Glaube an den Menschen und besonders an den durch die Arbeit auf den Feldern Palästinas von den Schlacken des Golus geläuterten jüdischen Menschen. Alle diese Elemente sind in Ruppins Arbeit für die Eroberung des Emek Jesreel und die Schaffung des jüdischen Bauern eingeströmt und haben das Werk zum Erfolg geführt.

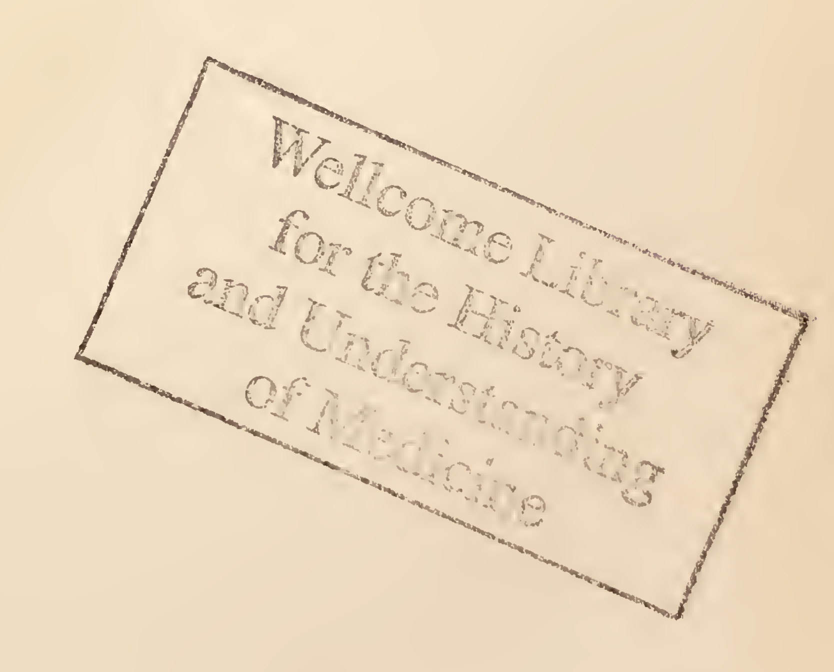
Nicht alles, was Ruppin in den bisherigen Jahren seiner Arbeit in und für Palästina getan hat, läßt sich so klar umreißen wie die genannten Leistungen. Manches, was er als Leiter des Kolo-

nisationsdepartements auf politischem und finanziellem Gebiet schuf, war so untrennbar mit der Arbeit seiner Kollegen in der Exekutive, den Zionistischen Fonds, der Palestine Land Development Company verflochten, daß sich der Anteil des einzelnen schwer abgrenzen läßt, manches erwies sich als erfolgreich und dauernd lebensfähig, andres trug keine Früchte. Manches, wie die Anknüpfung neuer wichtiger Verbindungen auf seinen Reisen – er ist teils zu organisatorischen, teils zu wissenschaftlichen Studienzwecken in den letzten Jahren nach Amerika, Rußland, Irak, Brasilien und Argentinien gereist – ferner seine politischen Unterhaltungen mit führenden Persönlichkeiten, seine Herstellung persönlich-gesellschaftlicher Beziehungen zur englischen Beamtenschaft des Landes – das alles erforderte Zeit und Kraft, ohne immer unmittelbare Erfolge zu zeitigen. Eine weitere scharf umrissene Aufgabe allerdings hat sich ihm in den letzten Jahren geboten, die wieder Ansprüche an seine individuelle organisatorische Begabung stellte: nachdem in Deutschland der Nationalsozialismus zur Herrschaft gelangt war, und die Juden aus Deutschland zu Tausenden nach Palästina zu strömen begannen, erhob ihn das Vertrauen der Zionisten, besonders derer aus Deutschland, zusammen mit Dr. Weizmann zum Leiter der Abteilung für die Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina.

Neben seinem großen praktischen Wirkungskreis hat Dr. Ruppin immer weiter der Wissenschaft gedient, in der er zuerst Bedeutung für das Judentum unserer Zeit erlangt hat. 1919 erschien sein Werk »Der Aufbau des Landes Israel«, 1925 »Die landwirtschaftliche Kolonisation der Zionistischen Organisation«, Bücher, in denen er die Summe seiner Erfahrungen als Kolonisator niederlegte. Von besondrer Bedeutung aber war das Erscheinen (1930–1933) seiner »Soziologie der Juden«, der 1934 »The Jews in the modern World« folgte. Was er vor Jahren in seinen »Juden der Gegenwart« begonnen hatte, war in diesen soziologischen Werken vertieft, durch die Erfahrung vieler für das Judentum schicksalsreicher Jahre bestätigt und erweitert, zu einer neuen, von der früheren Apologetik ganz

verschiedenen jüdischen Wissenschaft geworden. In den letzten Jahren ist Ruppin immer mehr zur wissenschaftlichen Arbeit, von der er ausgegangen ist, zurückgekehrt: Seine Berufung (1926) an die hebräische Universität in Jerusalem als Lektor für Soziologie des Judentums gibt ihm Gelegenheit, sein wissenschaftliches System immer mehr auszubauen. Seit 1935 leitet er im Auftrage des Zionistenkongresses das neu gegründete Institut für Wirtschaftsforschung in Jerusalem.

Noch wissen wir nicht, auf welcher Bahn sich Artur Ruppins Leben vollenden wird. Vielleicht wird er, der so oft nach der Mühe und Sorge seiner arbeitsreichen Tage in der Betrachtung der nächtlichen Gestirne Sammlung und Klarheit findet, ganz zu der wissenschaftlichen Forschung zurückkehren, mit der er seine Arbeit im Dienste seines Volkes begann. Vielleicht wird es ihn aus der Einsamkeit der Studierstube wieder hinaustreiben zum praktischen Schaffen, in Gemeinsamkeit mit seinen Werkgenossen zum Formen des neuen Landes für das neuwerdende Volk. Aber eines wissen wir: hier wie da wird es seine besondere Leistung sein, das Ungeordnete zu entwirren, in das Nebelhafte Klarheit zu bringen und aus Chaos Kosmos zu gestalten.



Gedruckt bei Oswald Schmidt G. m. b. H. in Leipzig

HANS KOHN

Die Europäisierung des Orients

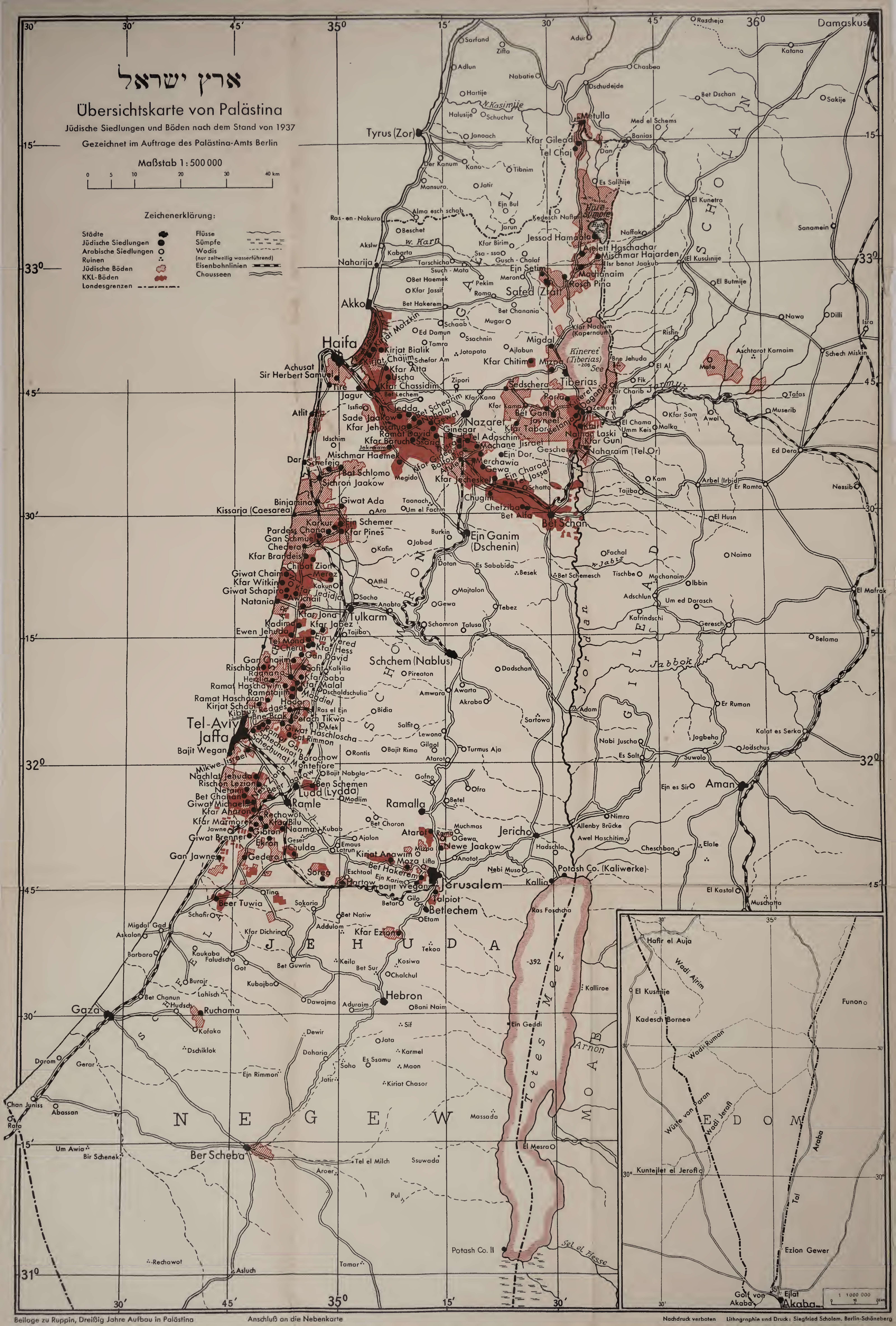
MCMXXXIV

356 Seiten Großoktav

Kartoniert M 6.—, Leinen M 7.50

Die jüngste Entwicklung in den Ländern des vorderen Orients ist typisch für einen die ganze Erde erfassenden Vorgang: den Versuch der Emanzipation der kolonialen und halbkolonialen Länder. Auf diesem uralten Kulturboden, dem klassischen Spannungsfeld zwischen Orient und Okzident, einem historischen Kampfplatz von Reichen und Völkern, Kulturen und Religionen, vollzieht sich ein äußerer Kampf und ein innerer Wandel von grundsätzlicher Bedeutung. Hier stoßen einander auf engem Raum die Expansionstendenzen aller Großmächte. In diesem unvergleichlichen Spannungsfeld der Weltpolitik suchen die Völker dieses Erdstrichs sich zu behaupten und zu entfalten, sind in den letzten fünfzehn Jahren neue Staaten entstanden, haben alte sich verjüngt, haben alte Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsformen in ganz kurzer Zeit eine tiefgehende Umwandlung erfahren. Durch den leidenschaftlichen Zusammenstoß so vieler Kräfte und durch das Beispielhafte des Strukturwandels auf allen Gebieten zieht die Levante heute wieder unsere Blicke an, und wird sie wieder einmal zu einem repräsentativen Schauplatz der Entscheidungen der Erdgeschichte. Seit länger als einem Jahrzehnt beobachtet Professor Hans Kohn diese Entwicklung und hat die Ergebnisse seiner Studien in einigen Schriften niedergelegt, die nun in dem vorliegenden Werk ihre abschließende Zusammenfassung finden.

SCHOCKEN VERLAG · BERLIN SW 19



ארץ ישראל
Übersichtskarte von Palästina
Jüdische Siedlungen und Böden nach dem Stand von 1937
Gezeichnet im Auftrage des Palästina-Amts Berlin
Maßstab 1 : 500 000
0 5 10 20 30 40 km
Zeichenerklärung:
Städte
Jüdische Siedlungen
Arabische Siedlungen
Ruinen
Jüdische Böden
KKL-Böden
Landesgrenzen
Flüsse
Sümpfe
Wadis
(nur zeitweilig wasserführend)
Eisenbahnlinien
Chausseen
Damaskus
Tyrus (Zor)
Metulla
Kfar Gileadi
Tel Chaj
Banias
Dan
Naharija
Akko
Haifa
Safed (Zfat)
Rosch Pina
Mischmar Hajarden
Ajelet Haschachar
Jessod Hamaala
Machanaim
Kfar Nachum (Kapernaum)
Migdal
Kineret (Tiberias) See
Tiberias
Degania
Zemach
Nazaret
Kfar Tabor
Kfar Chitim
Sedschera
Kiriat Bialik
Kirjat Chajim
Kfar Atta
Uscha
Kfar Chassidim
Jagur
Atlit
Achusat Sir Herbert Samuel
Tire
Jedda
Sade Jaakow
Kfar Jehoschua
Ramat David
Kfar Baruch
Tel Adaschim
Merchawia
Gewa
Ejn Charod
Tel Josef
Kfar Jecheskel
Chugim
Chefziba
Bet Alfa
Bet Schan
Naharaim (Tel Or)
Gescher
Nathan Laski (Kfar Gun)
Mischmar Haemek
Dar
Schefeja
Bat Schlomo
Sichron Jaakow
Binjamina
Kissarja (Caesarea)
Giwat Ada
Karkur
Ejn Schemer
Kfar Pines
Pardess Chana
Gan Schmuel
Chedera
Kfar Brandeis
Chibbat Zion
Merez
Giwat Chaim
Kfar Witkin
Giwat Schapira
Natania
Kfar Jona
Tulkarm
Kadima
Ewen Jehuda
Kfar Jabez
Tel Mond
Kfar Hess
Gan David
Rischbon
Raanana
Herzlia
Ramat Haschawim
Kfar Saba
Kfar Malal
Ramatajim
Ramat Hascharon
Kirjat Schaul
Petach Tikwa
Tel-Aviv
Jaffa
Bajit Wegan
Mikwe Jisrael
Nachlat Jehuda
Rischon Lezion
Bet Chanan
Giwat Michael
Kfar Aharon
Kfar Marmorek
Rechowot
Kfar Bilu
Giwat Brenner
Gibton
Ekron
Gan Jawne
Gedera
Chulda
Ben Schemen
Lydd (Lydda)
Ramle
Ejn Ganim (Dschenin)
Schechem (Nablus)
Ramalla
Jericho
Atarot
Newe Jaakow
Kirjat Anawim
Moza
Jerusalem
Betlechem
Talpiot
Kfar Ezion
Hebron
Beer Tuwia
Ruchama
Gaza
Ber Scheba
Kalia
Potash Co. (Kaliwerke)
Potash Co. II
Ejn Geddi
Totes Meer
Jordan
Jarmuk
Jabbok
Arnon
Es Salt
Aman
Arbel (Irbid)
El Kunetra
Ejlat
Akaba
Golf von Akaba
Ezion Gewer
Kadesch Bornea
Hafir el Auja
Wüste von Paran
G A L I L
S C H O M R O N
J E H U D A
N E G E W
G I L E A D
M O A B
E D O M
D S C H O L A N
Beilage zu Ruppin, Dreißig Jahre Aufbau in Palästina
Anschluß an die Nebenkarte
Nachdruck verboten
Lithographie und Druck: Siegfried Scholem, Berlin-Schöneberg